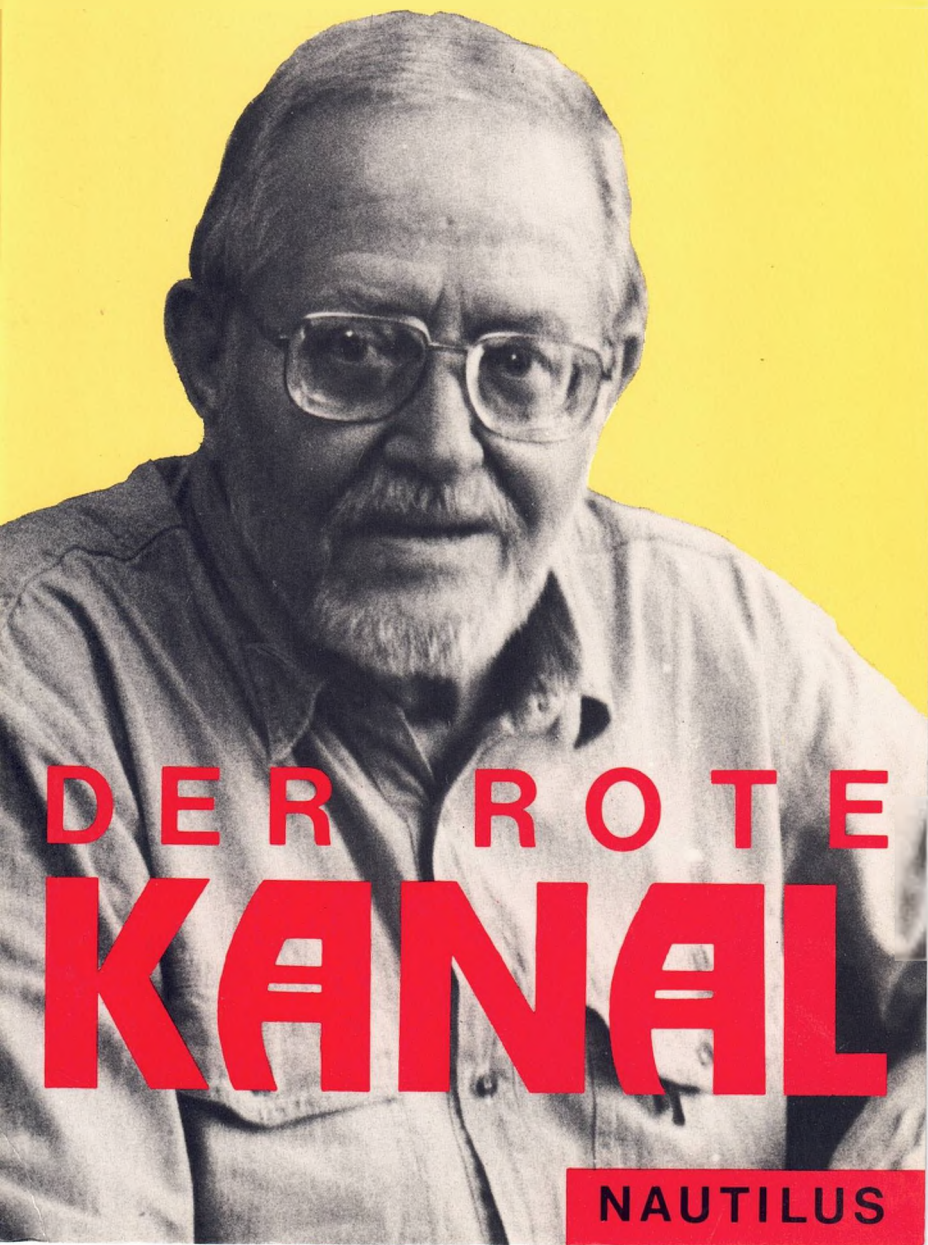


Karl-Eduard von **Schnitzler**



DER ROTE **KANAL**

NAUTILUS

**»Ich höre sie schon aufheulen:
Unerhört! Sudel-Ede wagt es, sich
wieder zu Wort zu melden!
Der unverbesserliche Lügner!
Ein Altstalinist, der nichts hinzugelernt
hat! Ich habe vieles hinzugelernt.
Zum Beispiel: Feind bleibt Feind!
Zum Beispiel aber auch: Niemand ist
Alleinbesitzer der Wahrheit!
Niemand darf im Alleinbesitz
der Macht sein!«**

Karl-Eduard von Schnitzler
DER ROTE KANAL
Armes Deutschland

Publiziert bei
Edition Nautilus

Editorische Notiz: Karl-Eduard von Schnitzler, geb. am 28.4.1918 als Sohn einer grossbürgerlich-adeligen Familie, Beitritt zur SAJ, antifaschistischer Widerstand, als Soldat an verschiedenen Kriegsschauplätzen, erste Rundfunkarbeiten während der Internierung in London, danach in führender Funktion beim NWDR in Hamburg und Köln, ab 1947 beim Berliner Rundfunk, später beim Fernsehen der DDR, dort Chefkomentator und verantwortlich für die 1519 Ausgaben des «Schwarzen Kanals».

Der Rote Kanal folgt, insbesondere was den Stand der politischen Auseinandersetzungen und die Positionen und Funktionen gewisser Protagonisten betrifft, den Gegebenheiten zum Zeitpunkt der ersten Niederschrift, die der Autor am 3.10.1991 vollendete.

Originalveröffentlichung

Edition Nautilus Verlag Lutz Schulenburg

Am Brink 10 • 2050 Hamburg 80

Alle Rechte vorbehalten. © by Lutz Schulenburg 1992

1. Auflage 1992 • ISBN: 3-89401-211-0

Printed in Germany

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

*Für meine Frau Marta Rafael,
die auf meinem Lebensweg
seit einem Dritteljahrhundert
mit Kritik, Übereinstimmung, Mut
und Liebe an meiner Seite lebt.*

VORBEMERKUNG

Ich liebe Deutschland. Ich bin Deutscher. Und dabei auch noch stolz darauf. Denn es gab und gibt ein reiches Deutschland: nicht das der Milliardäre und nicht das «über alles in der Welt», sondern das Deutschland, eingebettet in die Gemeinschaft der Völker – mit seiner Bildung, Wissenschaft und Kunst, seiner Kultur und Humanität, seinen Beiträgen zur Weltgeschichte und zur Weltkultur.

Bei allen Irrtümern: Ich habe stets auf der richtigen Seite der Barrikade gestanden, auf der gegen Menschenfeindlichkeit und Menschenverachtung gekämpft wurde und für eine bessere Weltordnung. Ein Kampf mit Wunden, Schmerzen und Narben an Körper und Geist. Mein unverrückbares «ich bleibe hier» – in der Deutschen Demokratischen Republik, oder nun in «Deutsch-Nordost» – zeugt für mein Deutschsein.

Der Feind meines Volkes stand nicht jenseits von Rhein und nicht an Newa, Moskwa oder Wolga, sondern «im eigenen Land», und er führte es mit List und Geschick, Lügen und alldeutscher Überheblichkeit in Kämpfe dagegen, dass «nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehe». Dafür wurde ein «Volk ohne Raum» beschworen und ein «deutsches Wesen, an dem die Welt genesen» sollte. «Weltherrschaftsanspruch» und «nordischer Herrenmensch» wurden erfunden als Rechtfertigung für Weltkriege, Völkermorde und Landraub. Das waren Verbrechen mit niedrigem Vorsatz, in Ziel, Ausführung und Zahl der Opfer von einmaliger Grösse und ohnegleichen in der Menschheitsgeschichte. Das waren Verbrechen von deutschen Unrechtsstaaten.

Ich wende mich:

an Deutsche, denen Deutschland in Goethe und Bach verkörpert ist, in Hölderlin und Beethoven, im «Faust» und im «Zauberberg», in «Nathan» und «Wege übers Land», in Marx und im Antifaschismus, in unseren Beiträgen zur Weltkultur und zur Menschheitsgeschichte.

Ich wende mich an die deutschen Linken, die sich bewusst sind: «Der Feind steht rechts und nur rechts»!

Ich wende mich an solche, die 1945 an ein neues Deutschland

glaubten. Ich wende mich an Sozialisten und Kommunisten, die nach der Niederlage des deutschen Faschismus an die Verwirklichung der Marxschen Utopie gingen und an Fehlinterpretationen, eigenen Fehlern, Fehlentscheidungen ihrer Führer und an der Unterschätzung von Stärke und Niedertracht ihrer Feinde scheiterten.

Ich wende mich an Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die sich keineswegs «40 Jahre lang betrogen, unterdrückt, bespitzelt, in ihrer Entwicklung behindert und ausgebeutet» fühlen, sondern sich bewusst sind, Bedeutendes, Erstmaliges und Vorbildliches geschaffen zu haben; aber auch an solche, deren Gedächtnis im anfänglichen Einheits- und Konsumrausch soziale Errungenschaften, soziale Sicherheit und das Nichtvorhandensein raffender Superreicher entfallen sind.

Ich wende mich an Freunde und Feinde des *Schwarzen Kanals*: an kritische Zeitgeister, die «Feindbild» und ‚Klassenkampf‘ nicht für überholt und abgestorben halten und nicht den «Fehlern» zurechnen.

Ich wende mich an solche Bundesbürger und Westberliner, die dank ihrer «Informationsfreiheit» keine Ahnung haben, was die Deutsche Demokratische Republik war, und deren DDR-Bild von Falschinformationen bestimmt ist.

Ich wende mich an kritische Zuschauer, die falsche Argumente für die DDR höher bewerten als richtige Argumente gegen Kapitalismus und Medienimperialismus. Auch an solche, die heute denken, sagen und mir sogar schreiben: Wir haben zwar den «Kanal» nicht oft und nicht immer gern gesehen; aber was der Schnitzler über Gebrechen und Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus gesagt hat, erfahren wir nun am eigenen Leibe, das war die Wahrheit!

An solche, die den «Kanal» gar nicht eingeschaltet, meine Sendung nie gesehen und gehört haben, aber, seit es sie nicht mehr gibt, kräftig über sie schimpfen, dem «Sudel-Ede» Absurdes, Ungesagtes in den Mund legen und unterstellen, wende ich mich nicht.

Ich bin weder Historiker noch Philosoph, sondern Journalist und Publizist und als solcher Zeitzeuge. Und zwar über einen ungewöhnlich langen Zeitraum hinweg, wenn ich Herkunft, Familien-

geschichte, Kenntnis kapitalistisch-imperialistischer Pläne, Urheberschaften, Taten und agierender Persönlichkeiten einbeziehe und antifaschistische Erfahrung aus gut 60 Jahren (seit 1932) bedenke.

Man erwarte von mir keine umfassenden und philosophischen Grundsätzlichkeiten mit umfangreichen Fussnoten und Literaturhinweisen, wenngleich ich viel gelesen und studiert habe. Zitate habe ich zwar jahrzehntelang notiert, aber dummerweise vielfach ohne Quellenangabe: Ich muss also gelegentlich auf den guten Glauben meines Lesers setzen.

Ich lege über eine grosse Zeitspanne Erfahrungen nieder – «nach bestem Wissen und Gewissen», wie man so schön sagt. Die Gefahr, dass mich Erinnerungen täuschen, besteht weniger, denn mein Langzeitgedächtnis funktioniert gut.

Ich will aus dem Fundus meines Wissens Zusammenhänge darstellen, Denkanstöße geben, zur Abkehr beitragen von Irrtümern, Falschinformationen, Fehleinschätzungen, unzulässigen Verallgemeinerungen und Pauschalverurteilungen und in Überlegungen zeitkritischer Geister provokatorische Wahrheiten einbringen.

Ich rede keiner «DDR-Nostalgie» das Wort. Ein neues Deutschland dürfte weder wie die DDR noch wie die alte BRD aussehen. Gewiss wird beim Erscheinen dieses Buches vielerorts Empörung hochschlagen: teils seitens prinzipiell Andersdenkender, teils von Uneinsichtigen und Unansprechbaren, teils von solchen, die sich noch in einem Denkprozess befinden.

Aber ich bin zu alt, um noch weiter warten zu dürfen. Es wird der Tag kommen, an dem die historische Wahrheit über die Deutsche Demokratische Republik und ihr Ende für die deutsche Geschichte eingefordert wird. Dann werden nicht Entschuldigungs-, Rechtfertigungs- und Schuldzuweisungs-Pamphlete gefragt sein, schon gar nicht jämmerliche Halbwahrheiten, deren Verbreiter sich fragen lassen müssen: Wo warst Du eigentlich damals? Was hattest Du für Funktionen und Verantwortung? Was hast Du zugelassen, unternommen, unterstützt, unwidersprochen gelassen, mitgetragen? Hast Du Macht und Funktion für Richtiges oder Falsches, Rechtes oder Unrechtes genutzt?

Teil I meiner Aufzeichnungen habe ich zwischen dem 15. Januar und dem 18. März 1990 niedergelegt, Teil II nach anderthalbjähriger Denkpause zwischen dem 23. August und dem 3. Oktober 1991. Widersprüche zwischen beiden Teilen sind aus dem jeweiligen Wissens- und Erkenntnisstand zu erklären. Gewisse Hoffnungen und Illusionen in der ersten Periode mögen heute naiv erscheinen oder von Resten einseitigen Denkens zeugen. Aber einmal ist es vielleicht nicht uninteressant, wie ich unmittelbar nach dem Zusammensturz gedacht habe, zum anderen wäre Verschweigen unehrlich. Auch alte Menschen sind lernfähig.

Schliesslich gestattet der zeitliche Abstand eine andere Tonart. Schuld und Sühne, Reue und Busse: Das sind Begriffe aus einer anderen Welt. Politik und Geschichte fragen nach Verantwortung, Wahrheit und Unterscheidungsvermögen, nach klarem Kopf und aufrechter Haltung.

Um es unmissverständlich vorwegzunehmen: Kommunisten stehen Nachdenken und Selbstkritik wohl an, Analyse und Sachlichkeit, auch wenn sie schmerzen. Aber kein Kommunist hat sich für Irrtümer, Fehlentscheidungen oder Schlimmeres vor Kapitalisten und deren Hofjournalle zu rechtfertigen oder gar zu entschuldigen. Erhobene Zeigefinger im Westen würden verdorren, wenn Wahrheit und Gerechtigkeit zur Zeit nicht ausser Kurs wären oder, wie man heute gern sagt, nicht «in». Vor der Tür dessen, was sich da anmassend «freie Welt» nennt, gibt es mehr zu kehren als rund ums Brandenburger Tor.

Zu Kreuze zu kriechen wäre unvereinbar mit aufrechtem Gang. Selbstkritik? Ja! Aber keine Selbstzerfleischung. Asche gehört aufs Glatteis oder in die Urne, nicht aufs Haupt.

Zeuthen, den 3. Oktober 1991

I. Teil

(15.1. bis 18.3.1990)

DIE FESTVERANSTALTUNG

Günther Weisenborn, bedeutender antifaschistischer Dichter und Schriftsteller, benutzte 1945 mir gegenüber einen Aphorismus, der mir unvergesslich geblieben ist: «Freiheit ohne Gerechtigkeit ist eine Witwe». Ich gestand zwar, dass das jesuitische «Zweck heiligt die Mittel» für den Humanisten/Kommunisten kein Leitwort sein könne, weil unmenschliche Mittel zu unmenschlichen Zwecken führen. Aber schrankenlose Freiheit für jeden ...?

Zu Hemingways Weisheit hatte ich mich noch nicht durchringen können: «Keine Diktatur kann wirklich diktieren, es sei denn durch Gewalt. Das ist der Grund, warum kein Diktator, auch kein potentieller, es sich leisten kann, nicht immer populär zu sein. Er wäre augenblicklich gezwungen, Gewalt zu üben, um an der Macht zu bleiben.» Ich hielt die Diktatur des Proletariats und die führende Rolle der Partei für unverzichtbar.

Ich weiss nicht, wann Ernest Hemingway das geschrieben hat. Jedenfalls ging mir dieser Gedanke durch den Kopf, als ich am 7. Oktober 1989 im Hochparterre des Palastes der Republik die Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Republik miterlebte.

Da stimmte ja wohl nichts: weder die Stimmung im Saal noch der Einzug der Gäste aus allen sozialistischen Staaten und fast allen kommunistischen Parteien noch die fröhlichen Mienen, mit denen sie Platz nahmen, noch die Hymne, die ich in diesem Saal wohl zum letzten Mal gehört habe; schon gar nicht die Festrede, die Erich Honecker ablas, wie solche Reden schon lange abgelesen wurden. Man wusste ja, wie alles wohlabgewogen, abgestimmt und zugearbeitet war. Man kannte die Ausschliesslichkeit der Erfolge. Und Erich Honecker – zwischen zwei Operationen – mangelte es mehr noch als sonst an der Fähigkeit, glaubwürdigen Optimismus zu verbreiten.

Sass da unten nicht Günter Mittag, bedauert wegen seiner Bein- und Unterschenkeloperationen, bewundert wegen seiner Energie, mit der er jegliche Hilfe und Rücksichtnahme, meist sogar die Krücke ablehnte? Verständnislos aber gegenüber jedem kritischen Einwand, was denn Anfang jeden Monats die Erfolgswahlen sollten, die nur Erste Bezirkssekretäre und Minister interessierten, nichts aussagten über Leistungsstand und Leistungssteigerung und allenfalls hektische Sitzungen in Sekretariaten auslösten. Wie konnte er zum mächtigsten Mann in dieser Führungsriege werden – mit seinem Opportunismus, seinen wechselnden Konzeptionen, seiner Hartherzigkeit und Brutalität im Umgang mit anderen?

Sass da unten nicht Joachim Herrmann? Flüsterte er mit seinem Nachbarn über die Erfolge seiner Informationspolitik? Schreiben konnte er. In der *Jungen Welt* hatte er sich flüssig, verständlich und überzeugend ausgedrückt. Beim *Neuen Deutschland* merkte man: Er ist niemals an der Basis gewesen, und im Genick sass ihm das Politbüro. Von Möglichkeiten und Grenzen der Informationspolitik verstand er nichts. Diese Inkompetenz gab er nach unten und auch nach oben weiter, nach unten verbunden mit der Arroganz der Dummheit.

Sie und andere, deren Kompetenz ebenfalls zunehmend in Frage gestellt werden musste, sassen da unten und feierten. Immerhin hatte sich ihr Staat 40 Jahre lang gegen alle Feindseligkeit behauptet, Embargos überstanden, die bedrohten Grenzen gesichert und die Deutsche Demokratische Republik auf irgendeinen 10. Platz der Industriestaaten hinauf geführt.

Doch so unbestreitbar Erfolge sind, die die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945 unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erkämpft und erarbeitet haben, so historisch gesellschaftliche und soziale Reformen sind, die die ersten Jahre unserer Republik bestimmten, so spürbar waren Erstarrung und Verkrustung, Stagnation und Destabilisierung – im Geistigen wie im Materiellen.

Wieviele mögen bei jenem Festakt gleich mir auf die Führung geblickt und Aufgeschlossenheit, Kompetenz, Verjüngung und Erneuerung erhofft haben – schon in den nächsten Stunden und Tagen; und ahnten doch schon, dass es zu spät sein würde.

Ich hatte in jenen Tagen Bertolt Brechts *Lob des Kommunismus* zur Hand genommen und mich unterfangen, Brecht zu kommentieren (nur für mich, ohne literarischen, aber mit aktuellem Anspruch):

«Er ist vernünftig, jeder versteht ihn. Er ist leicht.»

Aber es ist offensichtlich schwer, ihn verständlich zu machen.

«Du bist doch kein Ausbeuter. Du kannst ihn begreifen.»

Aber nicht auszubeuten, schützt nicht vor Inkompetenz.

«Er ist gut für Dich. Erkundige Dich nach ihm.»

Aber wenn spürbare Erfolge ausbleiben, lässt das Interesse für Erkundigung nach.

«Die Dummköpfe nennen ihn dumm, und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.»

Aber nicht nur feindliche Dummköpfe und Schmutzige beschädigen ihn, sondern auch wir selbst.

«Er ist gegen den Schmutz und gegen die Dummheit.»

Aber er ist selbst nicht gefeit gegen Dummheit und Schmutz.

«Die Ausbeuter nennen ihn Verbrecher.»

Doch wird der Prophet unglaubwürdig, gilt er im eigenen Lande nichts.

«Wir aber wissen: Er ist das Ende der Verbrechen.»

Und er könnte es sein, ist dazu berufen.

«Er ist keine Tollheit, sondern / das Ende der Tollheit.»

Aber im Sozialismus scheint alles möglich, auch das Gegenteil.

«Er ist nicht das Chaos, / sondern die Ordnung.»

Wenn nicht Chaoten ihn usurpieren.

«Er ist das Einfache, / das schwer zu machen ist.»

Weiss Gott. Er ist sogar fähig, Niederlagen zu erleiden.

VÖLKERWANDERUNG

Erst zu Tausenden, dann zu Zehntausenden stimmten sie mit den Füßen ab, gegen den sozialistischen Staat, für eine Gesellschaft, die ihnen feind ist – glitzernd zwar, verlockend, mit grossem Angebot, aber objektiv feindlich.

Drüben, jenseits von Elbe und Werra, gab man sich zunächst

freundlich. Einige waren es auch. Man verlockte die Unseren offiziell zum «Umzug von Deutschland nach Deutschland». Aber noch gab es Grenzen und Gesetze, Mauern und Botschaftszäune. «Europa-Picknicks» öffneten Übergänge. Ein Habsburger Prinz, das Politbüro einer befreundeten Partei, ungezählte Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, ob Agent oder Journalist oder beides, lauerten harmlosen Urlaubsreisenden auf, leiteten sie mit Versprechungen und D-Mark in bewachte Lager und überfüllte diplomatische Vertretungen um. Ein kapitalistischer Aussenminister drückte (buchstäblich) einem sozialistischen Aussenminister Millionen Deutschmark in die Hand, und letzterer öffnete dafür Falltüren, Botschaftstore und Grenzen. Die Bundesrepublik hat sich das «Unternehmen Sopron» viele Millionen kosten lassen. Und man versprach und versprach und versprach ...

Männer liessen ihre Frauen sitzen, Frauen ihre Männer. Mütter stellten Kinderwagen mit Säuglingen auf dem Treppenflur oder am Strassenrand ab oder baten ihre Nachbarn, «nur für einen Augenblick» die Kinder in Verwahrung zu nehmen. Unterhaltungspflichtige Väter entzogen sich ihrer Alimentationspflicht. Da waren auch Ehepaare, Brautpaare, Liebespaare, Eltern, Familien, junge zumal. Und die Aufgebrochenen zogen andere nach, Panik wurde gestiftet, Kopflosigkeit verbreitete sich. Massenhysterie erfasste sonst Bedächtige, Abenteuerlust die Jüngeren. Vergessen war, was man vom anderen Staat wusste: Für ein Drittel der eigenen Bevölkerung waren da nur ungenügend Arbeit, wenige und zu teure Wohnungen, keine Liebe für Alte und Kranke, keine Sorge um den Menschen.

Man hätte es wissen müssen: Kapitalisten weinen nicht. Ihnen mangelt die Fähigkeit zu trauern oder sich zu schämen. Auf ihrer Wertetafel steht nicht Menschlichkeit, sondern Profit. Den gibt es nur auf Kosten anderer, der sozial Schwächeren, der Ärmeren und Armen und solcher, die sich einreden lassen, sie seien «Sozialpartner», sässen «alle in einem Boot» und «zögen alle an einem Strick». Solche Lebenslügen wurden vergessen oder nicht als solche erkannt, und der Strom neuer Billigarbeiter schwoll an.

Ärzte vergassen Patienten und ihren Eid des Hippokrates, Ju-

gendliche ihr Jugendweihegelöbnis, andere Treueide und feierliche Verpflichtungen. Ungewissheit vor sich, liessen sie hinter sich die «DDR», den «Sozialismus». Dazu Arbeit, Wohnung, Freunde, Kollegen, Haus und Garten oft, die Datsche, so manches schwerverdiente und mit Engelsgeduld erwartete Auto.

«Sozialismus» wurde zum Schimpfwort, «Genosse» zur Beleidigung, «DDR» zum Schreckgespenst, «Kapitalismus» zum guten Stern («Stasi» war noch nicht im Schwange). Endlich lag die Welt offen vor ihnen – mit allem Luxus, Reisen und Wohlleben.

In der verlassenen Heimat wurde ihnen von ihrem bisherigen Staatsratsvorsitzenden «keine Träne nachgeweint», während Betriebe zur Kurzarbeit übergehen mussten, Neubauten liegenblieben, ganze Dörfer und Kleinstädte ohne Arzt, Zahnarzt und Krankenschwester waren. Bäcker, Kellner, Lehrlinge, Lehrer, Lokführer, Schaffner, Kraftfahrer, Sekretärinnen, Journalisten, Müllmänner, Bühnenarbeiter, Installateure, Beleuchter, Schauspieler, Elektriker, Maurer fehlten.

Bertolt Brecht hatte auf diese Lebensfragen eine Antwort gegeben:

«Wenn ein guter Mensch Weggehen will:

Womit kann man ihn halten?

Sag ihm: Wozu er nötig ist. Das hält ihn.»

Aber wenn die Glaubwürdigkeit dahin ist, Vertrauen verspielt, die Verwirklichung von Lebensträumen auf Jahrzehnte vertagt, dann will man jetzt und heute leben.

Waren wir denn nicht warmherzig, vertrauensvoll, vertrauenswürdig? Stand nicht der Mensch im Mittelpunkt? Waren nicht sein Glück, sein Fortkommen, seine soziale Sicherheit das Ziel unserer Politik? «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik» und «Alles mit dem Volk, durch das Volk, für das Volk»?

Zum Glück zwingen, eine neue Einstellung zur Arbeit erzwingen wollen, bedeutende Anfangserfolge nicht hinreichend bewusst machen, sie behaupten, nicht beweisen, Stagnation wie Fehlentscheidungen und Rückschritte verschweigen, Vertröstungen auf morgen, Hochjubeln fragwürdiger Erfolge, die Freiheit als leerer Wahn, Unkenntnis, Missachtung gar des Menschen, seines Lebens, seines Glücks: Wer sollte sich da nicht nach Lichter-

fülle und Luxus fürs Auge umsehen, nach bunten Autotypen und fernen Reisezielen? Und schöne Reden Reden sein lassen, weg-hören, abschalten?

ENDSTIMMUNG?

Ein rundes Dutzend Monde zuvor hatte ich geschrieben: «Gute 31 Jahre meines Lebens habe ich mit der Suche nach meinem Vaterland verbracht. Das Kaiserreich konnte es nicht sein; da habe ich noch in die Windeln gemacht. Die Weimarer Republik konnte es nicht sein, denn in ihrem Verlauf und an ihrem Ende fand ich zur Arbeiterklasse, und die hatte noch ‚kein Vaterland‘. Solange sie nicht die Macht hat. (...) Hitlers Reich war Anti-Deutschland und indiskutabel. Die britische Zone konnte es auch nicht sein, denn sie war wie Weimar, dazu noch unter Fremdherrschaft. Ich kann das Ziel meiner Suche terminieren: Als ich meinen Parteauftrag erfüllte und im Demokratischen Rundfunk die Wahl Wilhelm Piecks zum Präsidenten des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates übertrug – da hatte ich mein Vaterland gefunden.»

Dieses Bekenntnis stand in meiner 1989 veröffentlichten Autobiographie. Ein Jahr später sang im Fernsehen meines Vaterlandes – live und öffentlich bejubelt – ein Biermann in seiner un-nachahmlichen Ästhetik:

«He, Schnitzler, du elender Sudel-Ede,
wenn du sagst, die Erde ist rund,
dann weiss jedes Kind, unsere Erde ist eckig.
Du bist ein verkaufter, verkommener Hund.
Und wirst du bald in der Erde liegen,
in dich gehen nicht mal die Würmer rein.
,Der muss jetzt im Grab noch die Würmer belügen’,
wird stehen auf deinem Marmorstein.»

Es gab mal eine Gürtellinie. Nun, da vielerorts die Hosen heruntergelassen werden, ist die Gürtellinie kein geschmackliches Richtmass mehr. Hatte ich bis dahin Beschimpfungen, Verleumdungen und Drohungen nur aus dem Westen erfahren und mich durch August Bebel bestätigt gefühlt: «Wenn dich deine Feinde loben, kannst du sicher sein, einen Fehler gemacht zu haben,

schwoh mit dem Strom derer, die im Herbst 1989 glaubten, unser Vaterland verlassen zu müssen, die Flut von Verleumdungen und Drohungen aus meinem eigenen Staat zu einer Lawine an – obwohl das üble «Ich weine ihnen keine Träne nach» nicht von mir stammt und ich mich öffentlich am 11. Oktober 1990 distanziert habe; obwohl ich der erste Bürger der Deutschen Demokratischen Republik war, der am 8.9.1989 öffentlich, im Fernsehen, die Frage aufgeworfen hatte: «Was haben wir falsch gemacht?» In Leipzig hielten emotional aufgeheizte Leute Plakate in die Kameras: «Schnitzler in die Muppet-Show» und «Schnitzler in die Braunkohle!» In der Volkskammer meinte Prof. v. Ardenne, sich höchst abfällig über meine Sendung äussern zu müssen, wie Prof. Reich auf dem Alex, billigen Beifall einheimend.

Am 30. Oktober stellte ich aus eigener Entscheidung meine 30jährige Sendung *Der Schwarze Kanal* ein. 44 Jahre nachdem ich beim demokratischen Rundfunk, dann beim sozialistischen Fernsehen meine zweite Heimat gefunden hatte, wurde ich unter Vertragsbruch aus dem Fernsehen gejagt.

57 Jahre nachdem ich mit meiner Klasse gebrochen und die Position der Arbeiterklasse bezogen hatte, wurde ich nach einer üblen Fernsehprovokation bei SAT 1 in meinem Zentralorgan *Neues Deutschland* als «„Nessie“-ähnliches Fossil des verordneten Schwarz-Weiss-Journalismus» beschimpft und von einem bekannten Sport-Anonymus mit der Niedertracht beleidigt, ich sei «aus der anderen Ecke bezahlt worden». Kein Wort der Verteidigung, als ich nach einem makellosen antifaschistischen kämpferischen Leben von einem Bonner Bundesminister, einem «Bild-Journalisten» und meinem damaligen christlich-demokratischen stellvertretenden Ministerpräsidenten öffentlich als «faschistoid» verleumdet wurde. Meine Leserzuschrift hat *Neues Deutschland* nicht abgedruckt.

Hexenjagd auf wen auch immer, unbewiesene fahrlässige oder bösartige Vorverurteilungen in Medien, Parlamenten und Kommissionen, Pogrome und Aufrufe zur Lynchjustiz, ergebene Hinnahme arroganter chauvinistischer Belehrungen und Forderungen aus der BRD und der Verfall der Staatsgewalt zu einer Spottgeburt stellten mich vor die Entscheidung des Verbleibs in meiner Partei.

In der Nacht zum 22. Januar 1990 erhielt ich telefonisch den anonymen Hinweis, dass schon seit einer Woche ein Ausschlussverfahren gegen mich eingeleitet sei. Viele wussten es, ich nicht. Da erklärte ich am Morgen des 68. Todestages Wladimir Iljitsch Lenins blutenden Herzens den Austritt aus meiner Partei. Ich bin ein zu alter Kommunist, um mich noch «vorführen» und erniedrigen zu lassen.

Nun bin ich eine «Unperson». In den Medien meines Staates habe ich Berufsverbot. Meine Frau unterliegt der Sippenhaft: Welcher Veranstalter würde es wagen, «Schnitzlers Frau» zu engagieren? Wer meint, dieser «Dank des Vaterlandes» geschehe mir recht, soll das mit sich selbst ausmachen oder mit anonymen Telefonanrufen und Hetzbriefen abreagieren, wenn's ihm dann besser geht. Wir können damit leben.

Ich will nicht, dass mein zur Fernsehvisage gewordenes Gesicht, mein zum Reizwort pervertierter Name der Erneuerung meines Vaterlands und seiner wichtigsten Partei im Wege stehen. Mit «Sudel-Ede» (übrigens nicht Volksmund, sondern Uralterfindung des berühmigten RIAS-Schultze) kann man weder Glaubwürdigkeit gewinnen noch ein ehrliches Mass an Wählerstimmen.

Diese Niederschrift wird keine Jeremiade. Ich verspüre kein Selbstmitleid, noch erwarte ich persönliche Anteilnahme. Sie soll auch keine «Rechtfertigung» werden. Die leichtfüssige Entsorgung des Gewissens überlasse ich Wendehälsen und Trittbrettfahrern. Kollege Wendehals hat viele Vornamen: Egon, Günter, Manfred, Lothar, Heinrich, Wolfgang, Peter u.a. – Karl-Eduard heisst er nicht. Ich habe einem Regime gedient, das es nicht mehr gibt. Ich stand, gewissermassen, ein wenig in der Geschichte eines halben Jahrhunderts. Jetzt stehe ich ausserhalb. Wie ein roter Faden ziehen guter Wille und Kampfbereitschaft durch mein Leben, folglich auch durch diese Niederschrift.

VOR DER EINHEIT WAR DIE SPALTUNG

Lauter als die Trunkenen am Brandenburger Tor johlen, schneller denken jene, denen einst «ein halbes Deutschland lieber ganz als ein ganzes Deutschland halb» gewesen war und die nun – selbst überrascht – glauben, es bedürfe nur einiger Stunden, und die Deutsche Demokratische Republik werde ihnen wie ein reifer Apfel in den Schoss fallen. Der Einheit, wie sie sich dachten, jubelten vornehmlich jene entgegen, die 41 Jahre zuvor Deutschland gespalten hatten.

Das ist lange her, und vieles ist unterdrückt worden, unbekannt geblieben, wurde verfälscht, vergessen oder verdrängt. Die ersten sowjetischen Vorschläge nach dem Krieg zum Beispiel und die Vorschläge aus Berlin: gesamtdeutsche Verwaltung, gesamtdeutsche Parteien, gesamtdeutsche Gewerkschaften und andere demokratische Institutionen, Wahlen, Friedensvertrag. Sie sollten gewährleisten, dass Deutschland sich einheitlich, homogen als demokratisch-antifaschistischer Staat entwickelte. Die französischen, britischen, amerikanischen Antworten darauf: Non! No! Nein!

Im März 1945 (!) hatte Konrad Adenauer den ersten amerikanischen Offizieren, die ihn zielbewusst in Rhöndorf am Rhein aufsuchten, von zwei Deutschlands erzählt: «das eine im Wesentlichen geprägt durch die römische Kultur», und davon abgeleitet der Anspruch «abendländisch». Gegenüber dem amerikanischen Aussenminister Acheson stellte Adenauer «das Kulturland am Rhein dem östlichen Urwald, wo noch Menschenopfer dargebracht werden», entgegen. 1945 richtete er an General de Gaulle ein Memorandum: «Aus den Teilen, die bei Schaffung eines Rheinstaates übrigbleiben, dürften wohl zwei Staaten zu bilden sein, diese dann bestehenden drei Staaten könnten ein loses, dem Commonwealth entsprechendes völkerrechtliches Gebilde sein.» Armes Deutschland ...

Doch Konrad Adenauer zählte mit seinem Spaltungsvorsatz nicht zu den Gründervätern der Bundesrepublik. Mit vollem Recht nannte ihn der Sozialdemokrat Ernst Schumacher im Bundestag «Kanzler der Alliierten». Während noch sowjetische, amerikanische, britische Soldaten mit ihren Verbündeten und deutsche Wehrmachtssoldaten mit ihren Quislingen an den Fronten kämpften und starben, hatte John McCloy, Rechtsanwalt, Ban-

kier, Politiker und später amerikanischer Statthalter in der BRD – mitten im Krieg hatte dieser Repräsentant der Wallstreet erkannt, dass das Ruhrgebiet für Deutschland «so etwas wie eine Zündkerze darstellte, ohne die der Motor der deutschen Wirtschaft nicht anspringen würde». Das aber war notwendig, weil er und seinesgleichen davon überzeugt waren, was der amerikanische Sowjetexperte und Stratege McKennan aus Moskau nach Washington geschrieben hatte: «Die Idee eines Deutschlands, das gemeinsam mit den Russen verwaltet wird, ist eine Schimäre. Wir haben keine Wahl, als unsere Sektion in Deutschland – den Teil, für den wir und die Briten die Verantwortung übernommen haben – zu einer so prosperierenden, sicheren und überlegenen Unabhängigkeit zu führen, dass der Osten sie nicht bedrohen kann. Zugabebeermassen ist das die Teilung (...) Besser ein geteiltes Deutschland, in dem wenigstens der Westen als Puffer gegen die Kräfte des Totalitarismus agieren kann, als ein vereintes Deutschland, das diese Kräfte erneut an die Nordsee bringt.»

Diese amerikanische Deutschland-Konzeption aus dem letzten Kriegsmonat (April 1945!) machten sich Adenauer, Abs und Pferdmeiges (seine und Hitlers Bankiers und Ratgeber) zu eigen, und aus dieser amerikanischen Quelle schöpfte Adenauer seine spätere Kurzfassung vor dem Bundestag: «Lieber ein halbes Deutschland ganz als ein ganzes Deutschland halb.» Auf der nachfaschistischen imperialistischen Tagesordnung stand kein antifaschistisch-demokratisches, neues Deutschland. Das alte Deutschland sollte es sein. Und wenn schon nicht das ganze, dann – zunächst – das halbe.

Mitte 1947 entstand in Frankfurt am Main die Keimzelle der Bundesrepublik: Amerikaner und Briten schlossen ihre Besatzungszonen zum Vereinten Wirtschaftsgebiet, zur Bizone zusammen, Frankreich schloss sich an – mit der Tri – zone wurden die Umrisse des Separatstaates sichtbar. Im Frühjahr 1948 kam es zur Londoner *Sechs-Mächte-Konferenz*, auf der die drei Westmächte zusammen mit den Beneluxstaaten Vorbereitungen zur Errichtung eines westdeutschen Staates trafen. In Berlin forderte am 20. März 1948 Marschall Sokolowski im Alliierten Kontrollrat einen Bericht über die Londoner Beschlüsse. Seine drei westlichen Kol-

legen verweigerten sich. Die Waffenbrüderschaft der Antihitlerkoalition war endgültig vorbei.

In der damaligen Ostzone führte der frei gewählte «Deutsche Volksrat» ein «Volksbegehren für Einheit und gerechten Frieden» durch. In einer Sendung des Berliner Rundfunks ging über alle deutschen Sender ein Streitgespräch zwischen Vertretern des Nordwestdeutschen Rundfunks (Hamburg) und des Rundfunks in der damaligen Ostzone. Bonns Vertreter, Peter von Zahn, forderte nassforsch: «Warum haben Sie nicht ein Volksbegehren aufgeworfen, in dem gefordert wird, dass sich die Ostzone dem grösseren Teil Deutschlands anschliesst?» Meine damalige Antwort: «Wir haben gewisse Bedenken gegen den Einheitswillen gewisser westdeutscher Politiker, weil wir Bedenken gegen deren Hinterabsichten haben.» 40 Jahre später wurde dieser Vorgang im westdeutschen ZDF kommentiert: «Karl-Eduard von Schnitzler war schon damals ein Polemiker, doch hier traf er den Nagel auf den Kopf.»

Die Entwicklung überschlug sich. Ausländische Statthalter befahlen, «Parlamentarische Räte» parierten, ausländische Regenten redigierten dutzendfach in einen «deutschen Verfassungsentwurf» hinein. Auch Lobbyisten deutscher Banken, der Monopole und des Grossgrundbesitzes sorgten dafür, dass ihre Interessen in der Verfassung gesichert wurden. Das Volk wurde nicht gefragt und blieb draussen vor der Tür. Die «Bundesrepublik Deutschland» wurde gegründet, und am 19. September 1949 wählte der Bundestag Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler. Mit einer Stimme Mehrheit: seiner eigenen.

Die BRD als «deutscher Kernstaat», als «rechtmässiger Nachfolgestaat des Hitlerreiches», mit «Alleinvertretungsanspruch» und «Obhutspflicht» gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und ihren Bürgern ... Wie recht hatte Pastor Martin Niemöller: Die BRD sei «in Rom gezeugt und in Washington geboren».

Die Deutsche Demokratische Republik sollte die Alternative sein – «und nicht unter und nicht über anderen Völkern». Das ist nun misslungen. Eine neue Ordnung kann man nicht befahlen, neues Denken nicht verordnen. Neues Verhalten fällt nicht vom blauen Himmel, und Demokratie will erlernt sein. Ehemals Ge-

massregelte, vermeintliche oder echte «Opfer des Stalinismus» bestätigen: Leiden beweist noch keine Kompetenz.

VERUNSICHERUNGEN

In Übergangszeiten blüht der Weizen von Wendehälsen, Trittbrettfahrern, Besserwissern, «Schon-alles-gewusst-Haben», Denunzianten, vorgeblichen und wirklichen «Widerstandskämpfern», Opportunisten, Nihilisten, Panikmachern, Anarchisten, Profilierungssüchtigen, Pessimisten, Verleumdern, Kleingartenstalinisten – sie alle werden zu Neudemokraten.

Wenn so etwas aus dem Ruder läuft, sieht sich plötzlich ein beträchtlicher Teil des Volkes ausgegrenzt, entsteht eine «Koalition der Unbedachten und Unbedarften», ein «System kollektiver Verantwortungslosigkeit». Neunmalkluge drohen: «Wir werden nicht eher arbeiten, bevor die Wirtschaft nicht anständig funktioniert.» Betriebe werden nicht von der Direktion, sondern per Wandzeitung geleitet. Ein Nebenparlament organisiert mit der fernsehöffentlichen Diskussion über Lebensmittelpreise gefährliche Hamsterkäufe. Nichtinformierte, aber instinktlose Lehrer in Jena-Lobeda lassen die Schüler der 8. Klasse Beiträge über Ernst Thälmann, die Geschwister Scholl oder die Pionierorganisation aus den Heimatkundebüchern herausreißen. In der Haftanstalt Bautzen I drohen Häftlinge (sie haben sich fast ausschliesslich des Mordes, schweren Raubes, der Vergewaltigung, Kindesmisshandlung und anderer Verbrechen schuldig gemacht) mit Streik und Ausbruch und fordern «Demokratie und Freiheit». 96 Prozent der Strafgefangenen in Bautzen I sind zwischen 1- und 14mal vorbestraft, der Grossteil 4- bis 5mal; einer begründet seinen Straferlass damit, er habe seinen Mord «schliesslich vor der Wende» begangen.

Dem Realitätsverlust der früheren Führung folgte der Realitätsverlust bei Werkträgern: «Zwei Mark Lohn oder Streik; drei Tage zusätzlicher Urlaub oder Streik; Jahresendprämie in West oder Streik». Solche Erpressungsversuche sollte man mal in einem kapitalistischen Betrieb riskieren ...

Eine Wunschwelt wurde zur Legende verdichtet. Diese und andere irrealen Forderungen – woher nehmen, wenn nicht stehlen? und wem, bitte, stehlen? – waren nicht typisch, aber wurden reichlich versucht. Herrn Berghofers «Erneuerung» hatte starke Ähnlichkeit mit einer schleichenden Konterrevolution.

UMWELTVERSCHMUTZUNG (FRÜHJAHR 1990)

Kein Tag ohne Töpfer-Rede, Kommentarschelte, Filmberichts-klage, Expertenweisheit, allgemeine Stimmungsmache: Umweltverschmutzung in der DDR.

Es ist schwer gesündigt worden – aus falschen Prioritäten, falscher ökonomischer Konzeption, aus Inkompetenz, Unwissenheit, Unkenntnis der Gefahren, die wir für uns und unsere Kinder mit verschmutzter Luft, unreinem Wasser, verbrannten Wäldern heraufbeschworen haben. Aber beschäftigen wir uns einmal damit, was es an geistiger Umweltverschmutzung gibt:

Der Beilage zum *Börsenblatt des Deutschen Buchhandels* kann man am 13. Februar 1990 entnehmen, dass ein Rechtsanwaltsbüro in Hamburg im Auftrag seiner Mandanten «Titelansprüche für 53 Zeitungen in der DDR» erhebt, zum Beispiel *Rostocker Kurier*, *Magdeburger Neue Presse*, *Kurier Karl-Marx-Stadt* und, um sicher zu gehen, *Chemnitzer Morgenpost*: Gleichsam die Vaterlandsbekundung für Zeitungskinder, die noch gar nicht gezeugt sind.

Wolf Biermann, beleidigte Unschuld, reagiert seine hassvollen Geschmacklosigkeiten im DDR-Fernsehen ab und vergewaltigt, wie immer, seine Gitarre. Udo Lindenberg bleibt, wie immer, meist unverständlich, obwohl der Hohlraum unter seinem Hut selbst einem Stimmlosen guten Resonanzboden bieten sollte.

In einer RIAS-Highlife-Show auf unserem Alexanderplatz in Berlin plärrt ein Vierjähriger ins Mikrofon: «Schnitzler ist ein Verbrecher!» Von *Bild* über *Spiegel*, *Frankfurter Allgemeine* und ARD bis ins Bonner Bundeskanzleramt werden Krisen und Gewalt förmlich herbeigeredet. Neue «Demokraten» beschäftigen

sich gedankenarm, aber wortreich mit Nabelschau, politischer Autopsie und theoretischen Aufgaben – statt mit Lebenshilfe. Ein ARD-Team macht in der Mastanlage Neustadt (Orla) einen höchstleistungsfähigen Betrieb schlecht, damit auf dem künftigen «Gemeinsamen Markt» ein künftiger Konkurrent stillgelegt werde.

Am 14.10.1989 war in Falkenstein (Vogtland) endlich ein Ehrenmal für Max Hoelz enthüllt worden, einem lange umstrittenen, selbstbewussten, unschuldigen, als Mörder vorverurteilten und in den Kerker geworfenen Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und Volksherrschaft. Dreieinhalb Monate später wird das Ehrenmal gestürzt: Denkmalschändung auf Antrag und Druck der CDU-Ortsgruppe Falkenstein.

Die grosse Zeit der Vorverurteilung ist angebrochen. Ohne Beweise, gemeingefährlich und ohne Gefahr zu laufen, wegen übler Nachrede, Beleidigung und Verleumdung verklagt zu werden, setzen Neider, Streber, Feinde, um die eigene Existenz zitternde Personen und Institutionen, Postillen der Konterrevolution, Klatschbasen und Tratschvetter Gerüchte in die Welt, verdächtigen diesen, verleumden jenen, zeigen den einen an, beschuldigen den andern, bringen Ursachen und Wirkungen durcheinander oder Dinge miteinander in Zusammenhänge, die nichts miteinander zu tun haben.

Das Volk wolle seine Opfer haben ... Schliesslich hatte man «das Volk!» so weit. Natürlich gebe es Voreingenommenheit, warnen die wenigen Besonnenen. Aber «die Strasse schreit nach Rache», Staatsanwälte gehen in die Knie und seien «froh, schnell eines potentiellen Täters habhaft geworden zu sein». Zeugen und Beweismittel werden in Medien und Amtsstuben «in die gewünschte Richtung gedrückt». «Der massive Tatverdacht» löst sich rasch in Dementis, Zurückweisung in Anklageschriften oder Stillschweigen auf. Der neue Rechtsstaat – auf dem Wege vom Regen in die Jauche?

Bonns CDU/CSU führt in Gestalt einer Bundestagsfraktions-sitzung in Dresden (immer noch DDR) ihren Reichsparteitag durch, und die Bundesparlamentarier lassen auch in Dresden (immer noch DDR) eine «historische Dresdener Erklärung zu Deutschland» nicht aus. Man führt sich auf, als sei man hier schon zu Hause und habe das Sagen. Von einem Einigungsvertrag ist noch nicht die Rede.

Da wollte jemand Mitglied der Ost-CDU werden, für eine «Alianz für Deutschland» kandidieren und war ganz sicher, er werde das Amt des Wirtschaftsministers (immer noch DDR) übernehmen. Der Fall ist beispielhaft. Denn die Maizière war, dass der Eingeladene nicht über die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik verfügte, vielmehr als Stellvertretender Vorsitzender der Westberliner CDU und einer «Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU» in Bonn vorstand. Die absurde Einladung auf den Ministersessel an Elmar Pieroth hatte Lothar de Maizière ausgesprochen, gewiss als Antwort auf die Frage, die er selbst kurz vorher in einer Zeitung aufgeworfen hatte: «Besitzen wir überhaupt etwas Eigenes, das unsere Wahl zu unserer Wahl macht?» Und nun wird der Fall zum Krimi. Denn dieser Pieroth, den die *Frankfurter Allgemeine* zum «Ludwig Erhard der DDR» hochjubelte, ist Objekt von Untersuchungen der Staatsanwaltschaft in Bad Kreuznach: Die Pieroth-Weinkellereien sind in den grössten Fall von Weinpanscherei der letzten Jahrzehnte verwickelt – den Glykolskandal. Seine leitenden Mitarbeiter sind in Untersuchungshaft, bestochene Regierungsbeamte in Rheinland-Pfalz bangen um ihre Posten. So habe ich mir einen Wirtschaftsminister immer vorgestellt. Seine Weine – auch als Gefrierschutz in Autokühlem verwendbar ...

Der «Bund freier Demokraten» (Bonns FDP, DDR-LDP und DFP) hat dem früheren amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan schweren Herzens und nur mit Mühe ausreden können, am 16. März 1990 in Berlin auf einer Wahl Veranstaltung der immer noch Deutschen Demokratischen Republik eine Wahlrede zu halten, gegen Dollars versteht sich.

In der Heldenstadt Leipzig – wie derweil auch in anderen Kulturstädten unserer Republik – schliesst der Präsident einer Agentur «Medio Sektion W.-Germany» im Halbdunkel eines «Clubs Merkur» mit 51 jungen DDR-Bürgerinnen einen «Vertrag als Model». Eine wird flugs «Miss Leipzig». Aber «Pornographie ausgeschlossen», beteuert der Mann mit dem dicken Ring am Finger den Mädchen im Badeanzug. «Europaweit» suche er für eine Londoner Firma «East of Eden» – wie er sich verspricht – «Produkte». Eine ausgebildete Juristin, skeptische Bewerberin in Leipzig, durchschaut ihn und spricht unmissverständlich aus, was die sechs

Männer, die aus Karlsruhe angereist sind, suchen: «Billiges Ostfleisch». Als ob wir schon Teil der christlich-abendländischen Bundesrepublik wären.

ÄNGSTE

Diese sarkastische Zusammenstellung von Meldungen und Fakten aus der Zeit Ende 1989/Frühjahr 1990 erfolgt nicht, um Menschen zu diskreditieren, die ehrlich eine Wende wollten oder auf diese westlichen Freiheiten hereinfließen, sondern um deutlich zu machen, was «Öffnung» bedeutet. Sozialistische Offenheit? Ja! Aber «Demokratie an sich» gibt es nicht. Öffnung also nicht, ohne sie von den Fragen abhängig zu machen: Öffnung für wen? Öffnung wofür? Öffnung wohin? Kontrollierte, kontrollierende Fragen. Denn zu viele stehen bereit, um Wendungen und Öffnungen zu missbrauchen, gar ins Gegenteil dessen zu verkehren, was Gutwillige wollen. Öffnung auf Kosten des Sozialismus? Öffnung zur Beseitigung des Sozialismus?

Gewiss, es sind Massen auf den Strassen, mit Entschlossenheit und Kampfbereitschaft, Unzulängliches und Unerträgliches zu beenden und die Dinge zum Guten zu wenden. Schliesslich haben die alte Führung und ihr Apparat hinlänglich Breitseiten geboten, Anlässe zu Unzufriedenheit, Zorn und Empörung. Demonstranten dieses Geistes haben mein Verständnis.

Aber «Deutschlandlied», zerfetzte Staatsfahnen, plötzlich – über Nacht – fabrikneue Bundesfahnen und kaiserliche Reichskriegsfahnen stellen infrage: das war Volk – aber das ganze? Radikalisierung, Chauvinismus, Gewalt, Amoral: Sind nicht schon oft «Massen» hinter Losungen hergelaufen, die dieses und jenes wollten? Einmal haben sie auch Hitler gewollt. Diesmal sind es nur nationalistischer Taumel und Bonner Bauchredner, die im Trüben fischen wollen. Oder sollten das wirklich nur Besonnene gewesen sein auf Rathaus und Marktplätzen, Angern und Ringen? Wieviele sind zu Hause geblieben, nicht in Leipzig, Dresden, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt (und brüllten nicht «Chemnitz»)? Nur von den Lauten ist etwas zu hören. Die schweigende Mehr-

heit sieht man nicht auf Bildschirmen, hört man nicht aus Lautsprechern.

«Wir sind das Volk»? So einfach ist das nicht. Das Volk sind Menschen, viele Menschen: Laute und leise, erregte und besonnene, wissende und unwissende, politische und unpolitische, sehende und blinde, begreifende und nichtbegreifende, unsachliche und der Objektivität fähige, interessierte und desinteressierte Menschen, auf Freiheit und auf Krawall aus, ernstesten Losungen folgende und chaotische: «Wir sind das Volk»?

Wir sind ein Volk, unterscheiden uns schon diesseits und jenseits von Elbe und Werra, wie erst untereinander! Vernunft und Unvernunft sind menschlich wie das Überborden echter oder missbrauchter Gefühle. Rachegefühle sind verständlich, aber sollten – wie Emotionen überhaupt – Vernunft, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und christlicher Moral untergeordnet sein. Gerade in Zeiten der Enttäuschungen, der Verunsicherungen, der Ängste sollten Sachlichkeit, Besonnenheit und die Fähigkeit zu differenzieren, Oberhand gewinnen.

Deutschland, zum Beispiel. Wir Kommunisten haben – mit anderen – seine Ehre verteidigt gegen schwarz-weissrote Überheblichkeit und Arroganz und gegen braune Unwürde. Dann ging es unter in Blut und Schuld. Nun klopft wieder ein Deutschland ans Tor der Weltgeschichte. Das kann nicht der Freibeuterstaat mit dem harmlosen Kürzel BRD sein, mit Geld und Geltungssucht, voll praller selbstgefälliger Rechthaberei armer, vergierter Landsleute, dem Glitzern des Tinnens erlegen.

Ein spanisches Sprichwort sagt: «Was sich in Jahren nicht ereignet, ereignet sich in Minuten.» Angst ist eine unproduktive Gemütsbewegung. Angst als vorherrschende Stimmung kennt man vorrangig im Zusammenhang mit Krieg. Die einen haben Angst, dass er ausbricht; andere, wenige, haben Angst, dass ihn jemand verhindern könnte. Der eine hat Angst um sein Leben und das seiner Kinder; der andere um seine Kriegsprofite.

Heute wiegen andere Ängste schwerer. Der Angst vor der Übermacht des Staates steht die Angst wegen seiner Ohnmacht gegenüber. Nie haben Menschen soviel Angst vor der «Stasi» ge-

habt wie heute Angst vor Gewalt, Anarchie, Gesetzlosigkeit und Neonazismus. Neue Ängste herrschen wegen der Arbeitsplätze, des Lohns, der Renten, der Wohnungen, der Mieten, der Preise. Kannten wir in den letzten 40 Jahren Angst vor dem Alter? Heute gibt es Angst um alle Errungenschaften unserer Republik: Schulen, Krippen, Horte und Kindergärten, kostenfreie Bildung in Schule und Lehre, Sicherheit für Junge und Alte.

Die Angst nimmt viele Formen an. Angst, durch Bekanntschaft mit «alten Genossen» ins Gerede zu kommen oder «kompromittiert» zu werden, liess manche schwach werden und den Umgang abbrechen. In Todesanzeigen fehlt vor dem Namen des Verstorbenen immer öfter das Wort «Genosse»: Angst der Angehörigen? Angst der Betriebsleitung? Angst der Redaktion? Wovor und vor wem?

Unsicherheit und Angst haben sich aus gebreitet vor AIDS-Import und Drogen-Einfuhr. Intendanten bangen in leeren Theatern, Schauspieler wegen knapperer Gagen, Dichter, Schriftsteller um feste Verträge, Maler und Bildhauer ums bezahlbare Atelier. Die Verunsicherung greift um sich, «nicht mehr gebraucht zu werden». Hamsterkäufe sind ebenso Ausdruck der Angst wie die Auflösung von Konten oder verlustreicher Geldumtausch. Verarmung macht Angst und mindert die neue Hoffnung auf Reisen.

Bauern fürchten Fürsten und Barone, Grossgrundbesitzer, die mit ihren Familien und Anwälten wie Aasgeier auf Grund, Boden und Gebäude stürzen, die demokratisch reformiert worden waren, damit Landarbeiter und Kleinbauern von der Fron befreit wurden: «Junkerland in Bauernhand!» Soll diese Losung der demokratischen Bodenreform umgekehrt werden: «Bauernland in Junkerhand»?

In Arnstadt und Güstrow, in Aachen und Strasbourg gehen die Bauern auf die Strasse – mit Traktoren, Rindern und Schweinen. Auf den ersten Blick geht es um die gleichen Probleme: Erhalt bürgerlicher Existenz. Die Preise auf dem Markt müssten so gestaltet werden, wird gleichlautend gefordert, dass Landwirtschaftsbetriebe nicht unter den Hammer kommen. Angst «vor» der Marktwirtschaft treibt hier die Bauern auf die Strasse und in die Dorfkrüge, Sorge «mit» der Marktwirtschaft ihre Kollegen im

Westen. Wie weit wird das europäische Höfesterben reichen? Auch bis zur Oder und zur Neisse?

Revanchisten und frühere, ausbeutende Besitzer von Villen, Immobilien, Gütern, Fabriken, Wäldern, von ganzen Stadtteilen und Provinzen erwecken Angst, wenn sie im dicken Mercedes durch unser Land fahren und Ausschau halten, was Arbeiter und Bauern wertfördernd aus deren früherem Besitz gemacht haben und wie sie ihn nun mit Gewinn zurückergattern wollen. Durch Volksentscheid demokratisch enteignete Kriegsverbrecher oder deren Erben melden Ansprüche an und fühlen sich durch Kohl, Waigel, Dregger, Czaja, Hupka und Henning bestärkt und durch Rechtsverdreher, Bankiers und allerlei neue Verbände und Vereinigungen vertreten. Was ist Faktum, was Fiktion? Beide können einem Angst machen, wenn der Wissensstand ungewiss gehalten wird, der Erkenntnisgrad von Demagogie beeinflusst.

Goldgräberstimmung mischt sich mit Statthaltermentalität. Teils laut, teils verschämt, teils leise stimmen sie das alte Lied vom «angeblichen, nicht mehr oder gar nicht existierenden Kapitalisten» an. In Wirklichkeit hoffen sie gemeinsam auf neue Pfründe, glauben diese in Sichtweite.

WARUM ICH SOZIALIST WURDE

Als Berliner Kind habe ich oft auf den Knien Konrad Adenauers gesessen. Er war Freund meines Kölnischen Vaters, als Präsident des Preussischen Staatsrats häufig in Berlin und jedesmal bei uns zu Gast im Vorort Dahlem, im Pensionärs-Reihenhaus des ehemaligen kaiserlichen Generalkonsuls Eduard von Schnitzler.

Ausser Reichsbankdirektoren in ihren Villen in der Nachbarschaft gab es dort (und gibt es noch) eine Domäne, das städtische Gut Berlin-Dahlem. Das waren zwei Welten. Die Direktoren-Söhnchen waren langweilig und arrogant, die Kinder der Landarbeiter lustig und aufgeweckt. Sie wussten auch mehr. Mit ihnen spielte ich lieber. So blieb nicht aus, dass ich sah: Sie wohnten anders und lebten anders, assen anderes und kannten Existenzfragen. Als ihre Väter 1929 um einen halben Pfennig Stundenlohn

streikten, hatten meine Freunde nicht einmal Margarine auf dem Brot (Butter kannten sie ohnehin nicht). Ich stahl aus der elterlichen Speisekammer, was den Hunger meiner Freunde stillte und ihr Wachstum förderte. Die Prügel, die ich zu Hause erhielt, schmerzten mehr mein Gerechtigkeitsgefühl als mein Hinterteil. Dass die Quellen der Ungleichheit und Menschenfeindlichkeit eine Frage von Klassen und von Macht waren, wusste ich noch nicht. Mir standen einfach die Armen näher als die Reichen. Später erst begriff ich, dass das die Anfänge politischen Denkens waren.

Natürlich machte ich alles mit, was sie machten: Zeitung lesen, mit dem Fahrrad durch die Stadt fahren, demonstrieren, Wahlplakate kleben, Naziplakate übermalen. Unmittelbar nach der evangelischen Einsegnung durch den Dahierner Pfarrer Martin Niemöller trat ich – mit dessen Wissen und auf dessen Zuraten – 1932 in die SAJ ein, die *Sozialistische Arbeiter-Jugend*. Ich ging diesen Weg zusammen mit meinem Freund Peter Weiss, der in Zehendorf lebte und damals nicht ahnen liess, dass er einmal einer der bedeutendsten deutschen Denker und Dichter werden sollte, namentlich mit seiner «Ästhetik des Widerstandes», für deren Drucklegung in der DDR ich mich später lange Zeit vergeblich einsetzte.

Die Sozialistische Arbeiterjugend nahm mein Vater gerade noch hin. Dass sein jüngster Sohn mit seinen Spielkameraden vorm Dahierner Wahllokal, im feudalen *Alten Krug*, vertretungsweise das Wahlplakat trug «Wählt Thälmann», brachte ihn einem Schlaganfall nahe. Vollends empörte den Hindenburg-Fan, als ich von einer Demonstration in Lichtenberg den Spruch mitbrachte:

«Wer nie bei Siemens-Schuckert war, bei AEG und Borsig,
der kennt des Lebens Elend nicht, der hat es erst noch vor sich.»

(Ach ja, die wurden doch nach 1945 östlich von Elbe und Werra in Volkseigentum überführt. Und heute stehen deren Vertreter im Auftrag ihrer Aktionäre und Aufsichtsräte bei uns Schlange. So gross kann die «Misswirtschaft» im Sozialismus wohl nicht gewesen, können nicht «die Betriebe in den Bankrott» gewirtschaftet worden sein, wenn die durch Potsdamer Abkommen und de-

mokratischen Volksentscheid enteigneten alten Ausbeuter, Hitlers «Wehrwirtschaftsführer» und deren Aktionäre jetzt zurückhaben wollen, was einst ihnen «gehörte».) Aber im Berliner Sportpalast hörte ich Thälmanns Warnung: «Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.»

MEINE SIPPSCHAFT

Ostern 1932 hatte ich ein Schlüsselerlebnis. Ein Studienfreund meines Bruders Hans lud uns beide nach Nörvenich ein. Sein Vater besass die damals grösste deutsche Glasfabrik und war Präsident der Industrie- und Handelskammer Aachen. Diese Peills waren zudem weit entfernte Verwandte, und Vater Peill gehörte zu dem «Beraterkreis», von dem schon seit Ende der 20er Jahre der vorgebliche «Arbeiterführer Hitler» gesteuert wurde, so wie heute gewisse DDR-Politiker aus Bonner Adenauer- und Schumacherhäusem finanziert und «beraten» werden. Weitere Mitglieder des damaligen Beraterkreises Hitlers: Mein Vetter, der Kölner Bankier Kurt Freiherr von Schröder; mein Vetter, der IG-Farben-Verkaufsdirektor Georg von Schnitzler; Geheimrat Kirdorf vom Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikat u.ä. Erzfeinde der Arbeiter.

Beim Mittagessen stellte Peill auf der Tafel mit Gläsern, Messern und Tellern Europa dar und meinte lässig, für mich unvergesslich: «Sowjetrussland muss weg. Frontal ist das nicht empfehlenswert. Wir werden eine Zange ansetzen: Im Norden über das Baltikum, im Süden über den Balkan – bis nach Baku, zu unserem Öl. Um sicher zu gehen, bilden wir eine zweite Zange, im Norden über Norwegen nach Murmansk, im Süden über Italien, Nordafrika, Ägypten, durch Persien» – und wieder – «nach Baku zu unserem Öl». Hatte man nicht schon im Juli 1917, an die Wand eines Eisenbahnabteils gekritzelt, den Vers gefunden:

«Wir kämpfen nicht fürs Vaterland, wir kämpfen nicht für Gott, wir kämpfen für die reichen Leut', die Armen schieisst man tot!»?

Ostern 1932 also – ein Jahr vor der Machtübergabe an Hitler – entwickelt an einer grossbürgerlichen Festtafel ein deutscher Kapitalist den Plan, den Hitler am 22. Juni 1941 in die Wirklichkeit umzusetzen versuchte. Bertolt Brecht hat recht: «Imperialisten sind nichts Anonymes. Sie haben Name, Anschrift und Gesicht.» Mit solchen Leuten wollte ich nichts zu tun haben.

Am 22. 1.1990 schreibt Rudolf Augstein in seinem *Spiegel*: «Wahr weiter, dass ein einzelner Unhold allein den Zweiten Weltkrieg angezettelt hat, einen Ausrottungskrieg, wie ihn die zivi- lisierte Welt nicht gekannt hat.» So steht's im Raum, dann folgen doch noch vier Mini-Sätzchen: «War er allein? Nicht ganz. Er hatte mehr als seinen Koch bei sich. Die Eliten unterstützten ihn.» Ähnlich vertreten Historiker wie Haffner, Nolte, Joachim Fest, Ritter, Diewald u.a. die angebliche «Alleintäterschaft» Hitlers, ohne rot zu werden, richtiger: blass.

Natürlich konnte Hitler keinen Schritt ausserhalb des Rahmens der staatsmonopolistischen «Ordnung» tun. Dafür sorgten Augsteins «Eliten». Ich war mit massgeblichen Repräsentanten dieser «Elite» verwandt und bekannt.

Gerichtsprotokolle und Selbstzeugnisse beweisen die krimi- nelle Macht, mit der Deutschlands führende Industrielle, Bankiers und Grossgrundbesitzer Hitler zum Kanzler gemacht und zum Kriege gebracht haben. Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Kep- ler beeidete am 24. September 1946 – ich sass auf der Tribüne – vor dem Nürnberger Gericht der Völker: «Der Freundeskreis, zu- nächst ‚Freundeskreis Kepler‘ und später ‚Freundeskreis Reichs- führer SS Himmler‘ genannt, war ein Kreis leitender Persönlich- keiten der deutschen Wirtschaft.»

Leiter und Verwalter, das heisst Organisator und Geldsammler für Hitlers NSDAP, Führer des ‚Sonderkonto S‘, war mein Vetter Kurt von Schröder, Mitinhaber des Bankhauses I.H. Stein und Er- finder der famosen Idee, von jeder geförderten Tonne Ruhrkohle 5 Reichspfennige an die «Harzburger Front» abzuführen. (In Bad Harzburg hatten sich Ende der 20er Jahre die Rechtsparteien zu- sammengeschlossen. Grösster Teilhaber in Harzburg war Hitlers NSDAP: Sie erhielt den Löwenanteil der Ruhrspenden.)

Doch weiter Kepler in Nürnberg: «Am 18. Mai 1932 empfing der Führer die Herren im kleinen Saal des Hotels Kaiserhof in Düsseldorf. Der Führer hielt eine kurze Rede und enthüllte darin u.a. als Punkte seines Programms: Die Abschaffung der Gewerkschaften und die Abschaffung der Parteien mit Ausnahme der NSDAP. Keiner erhob irgendeinen Einwand.»

Initiator und Organisator dieser Verschwörung: mein Vetter Kurt Schröder. Noch vor den scheinbar Mächtigsten – Albert Vogler von den Vereinigten Stahlwerken, Steinbrink von Flick, Rosterg von der Kaliindustrie, Biegel von Siemens, Helfferich von der Hapag, Schacht von der Reichsbank – wird auf der Teilnehmerliste «Bankier Kurt von Schröder (Kölner Bankhaus Stein)» genannt.

Als Angeklagter vor dem Nürnberger Gericht der Völker sagte Vetter Schröder unter Eid aus: «Die Zusammenkunft zwischen Hitler und Papen am 4. Januar 1933 in meinem Haus in Köln (Köln-Lindenthal, Stadtwaldgürtel 35; anwesend: Hitler, Papen, Rudolf Hess und Kepler; und als Gastgeber: mein Vetter Schröder; Papen war vorletzter Reichskanzler vor Hitler gewesen; d.A.) wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 ersucht hatte. Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde (...) Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus (...) Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen.»

Natürlich kannten sie alle die programmatische Erklärung Hitlers in seinem Werk *Mein Kampf*, Seite 742: «Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schliessen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.

Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.» Hitlers Propagandachef Goebbels sollte später im Sportpalast jubeln: «Wir gewinnen aber nicht nur Land, um es zu besitzen. Wir gewinnen Land, um es auszubeuten. Diesmal geht es um Kohle, Eisen, Öl!»

Der Historiker Kurt Gossweiler schreibt in seinem Buch *Sturz ins Dritte Reich*. «Schröders Bedeutung wird noch deutlicher, wenn wir die Rolle seiner Bank betrachten. Das Bankhaus I.H. Stein in Köln war bereits 1921, als Schröder dort Teilhaber wurde, mit den tragenden Säulen des deutschen Imperialismus, der Ruhr-Schwerindustrie und der Chemischen Industrie aufs Engste verbunden. Nach Gründung der IG Farben (1925) und der Vereinigten Stahlwerke (1926) war das Bankhaus im Aufsichtsrat beider Konzerne durch Heinrich von Stein und Richard von Schnitzler, Schröders Schwiegervater (und Bruder meines Vaters; d.A.) vertreten. Schröder selbst avancierte sogar zum SS-General.» In Nürnberg angeklagt, verurteilt, vorzeitig aus der Haft entlassen, starb er reich und angesehen in Hamburg im Bett.

Mein Onkel Richard sass also in Schröders Auftrag im Aufsichtsrat des IG Farbenkonzerns. Dessen Verkaufsdirektor war mein Vetter Dr. Georg von Schnitzler: Ebenfalls in Nürnberg angeklagt, u.a. weil er das Gift Zyklon B nach Auschwitz und Theresienstadt geliefert hat, wurde er verurteilt, vorzeitig entlassen und starb in Frankfurt am Main reich und angesehen im Bett.

Da wäre, neben manch anderen, noch mein Vetter Herbert von Dirksen. Als deutscher Botschafter in Moskau leistete er, von sowjetischen Historikern anerkannt, sachliche Arbeit. Als Hitlers Botschafter in London machte er sich diplomatisch mitschuldig an der Vorbereitung des Münchener Abkommens, der Eroberung der Tschechoslowakei und des Überfalls auf Polen und war beteiligt an der britischen Sabotage eines Anti-Hitler-Abkommens mit der Sowjetunion.

Erwähnenswert noch mein Vetter Diego von Bergen. Als Hitlers Botschafter beim Vatikan war er massgeblich beteiligt am Zustandekommen des Konkordats, mit dem der Papst – als erster in der Welt – Hitler salonfähig machte und bis heute politischen Einfluss in Deutschland ausübt.

Mit solchen und ähnlichen Leuten bin ich verwandt, versippt, verschwägert, bekannt. Feindbild? Freundbild? Dabei war und ist mir meine Herkunft durchaus hilfreich. Der jeweilige Rahmen ist nicht die Familie, sondern die Klasse, der Werktätige, der Mensch. Für oder gegen den Menschen, für seine Freiheit, seine Rechte, seinen Frieden, sein Leben – oder gegen sie: Das ist und bleibt das Kriterium für mein Freund- und Feindbild.

Trotz oder wegen dieser Sippschaft bin ich Kommunist geworden. Damit sagte ich den Vorteilen einer bürgerlichen «Karriere» ade. Ich wollte nicht daran mitschuldig werden, was die Klasse, der ich entstamme, über mein Volk und Europa gebracht hat und bringen würde. Ich glaubte fest an eine bessere Welt.

GEGEBENHEITEN DER ZEIT. ODER WAS?

An der sogenannten Wende 1989/90 kündigte das Fernsehen der Deutschen Demokratischen Republik dem Schauspieler Erwin Geschonneck, weltberühmt durch seine künstlerischen Leistungen und durch seinen Kampf, seinen Leidensweg in den Jahren des Faschismus. Begründung im Kündigungsschreiben: «In vielen Punkten entspricht der Vertrag nicht mehr den Gegebenheiten der Zeit.»

Gegebenheiten der Zeit? Sind Antifaschisten und Kommunisten wieder Staatsfeinde? Damals, vor fünfzig, sechzig Jahren, siegten bei Millionen Deutschen wilde Gefühle, Emotionen über den Verstand. Die den Verstand behielten – Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, linke Christen, Humanisten – verlagerten ihren Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und dessen scheusslichste Erscheinungsform, den Faschismus, gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen Krieg in die Illegalität. Christen, Humanisten aus dem bürgerlichen Lager, aus Offizierskorps und Generalstab schlossen sich an – gegen Rassismus, Kriegsvorbereitung, Krieg und Kriegsverlust. Aus verschiedenen Motiven, aber mit allen Konsequenzen: Verfolgung, Degradierung, KZ, Folter und Schafott.

Auf ihrer Seite waren Recht und Gerechtigkeit, Anstand und

Moral, Menschlichkeit und historische Wahrheit. Sie standen für die Ehre Deutschlands, ihres Vaterlandes. Sie kämpften, litten, starben. Letztlich gehörten sie und ihre überlebenden Genossen, Kameraden und Brüder zu den Siegern und ihre Namen auf die Schilder von Strassen und Plätzen.

Am Tage des Sieges hatte ich im Londoner Bush-House eine BBC-Sendung geleitet: «Hier sprechen deutsche Kriegsgefangene zur Heimat.» Unser Thema: «Kapitulation oder Befreiung?» Wir sprachen von der Chance und dem schweren Weg, die vor uns Deutschen lagen. Denn schwerer noch als Trümmer in Städten und Dörfern wogen die Trümmer, die es in den Köpfen zu beseitigen galt. Beim Gang durch jubelnde Londoner auf dem «Strand» und in der Oxford-Street überkamen mich Scham und blasse Genugtuung, mit Matthias Claudius sagen zu dürfen: «...und ich begehre, nicht schuld daran zu sein».

Aus dem Kampf deutscher Antifaschisten und aus dem Sieg der Sowjetunion entstand – als Antwort auf die separate Rheinstateat-Gründung mit all ihren spalterischen Zügen – der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden, der erste Friedensstaat deutscher Nation. Der Traum deutscher Patrioten und Antifaschisten schien erfüllt.

Aber ist es gelungen, unserem Volk den Sieg bewusst zu machen, da es doch schmerzlich eine Niederlage und deren Folgen erlebte? Haben wir nicht eine Entfremdung der Antifaschisten von grossen Teilen des Volkes zugelassen? Haben wir diese Entfremdung jemals überwunden? Wenn uns heute Ahnungslose, mehr noch Böswillige einen «verordneten Antifaschismus» vorwerfen, genügt die Gegenfrage: Wie gut wäre es gewesen, wenn man in den Westzonen und in der BRD Antifaschismus wenigstens verordnet hätte!?

40 Jahre später allerdings müssen wir Antifaschisten eingestehen: Wir sind gross geworden mit Disziplin, mit blindem Vertrauen; anders wäre der Kampf in der Illegalität gar nicht zu führen gewesen. Leider hatten wir das schablonenhaft ins Heute übertragen. Leider haben wir Antifaschismus zunächst ausschliesslich als eine Kette heroischer Taten präsentiert – damit können sich junge Leute, die heute leben und heute ihre Welt träumen, kaum identifizieren. Auch haben wir der Darstellung sozial-

demokratischen Widerstands zu wenig Raum zuerkannt. In der Kirche, im Militär hatten wir Bundesgenossen. Wir sprachen über sie, aber fast nur, wenn diese Darstellung uns in unserem Kampf hervorhob. Oft war das jedenfalls so. Und falsch! Schon weil das Vermächtnis gemeinsamen Kampfes Kommunisten und Sozialdemokraten, ob jüdisch oder nichtjüdisch, Christen und Juden, Humanisten und Intellektuelle verbindet.

In der britischen Zone sah ich antijüdische Schmierereien, in der antifaschistischen Deutschen Demokratischen Republik glaubte ich diese Form der Unmenschlichkeit überwunden. Meine Frau, aus alter ungarisch-jüdischer Familie, die Bruder und andere Verwandte verlor, als Globke und Eichmann in Budapest tätig wurden, fühlte sich an der Seite eines deutschen Kommunisten und in diesem deutschen Staat sicher und geborgen.

Nun lese ich am 6. Januar 1990 in der *Neuen Zeit*, die sich christlich-demokratisch nennt, als fette Überschrift die perfide Frage: «Braucht PDS den Neonazismus?» Noch dicker war die Überschrift eines Interviews mit dem Bundesinnenminister Dr. Schäuble: «Die SED hat die Neonazis selbst produziert!» Und als die SED/PDS gegen die Besudelung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow zu einer Protestkundgebung aufrief, liess Rudolf Augstein in seinem unnachahmlichen *Spiegel*-Stil unter der Überschrift «Treptower Spektakel» schreiben: «Mit der Einbestellung von 250.000 Parteistatisten zur Propagandashow gegen rechte Schmierereien am sowjetischen ‚Ehrenmal‘ in Treptow hatte er (Gregor Gysi; d.A.) im besten Demagogenstil vor der vermeintlichen Gefahr von rechts gewarnt.» Das war selbst für den *Spiegel* eine ungewohnte Häufung von Niedertracht: «Spektakel, Einbestellung, Parteistatisten, Propagandashow», Ehrenmal in Anführungsstrichen, «Demagogenstil, vermeintliche Gefahr von rechts» – und alles in einem Satz: reif fast fürs Guinness-Buch der Rekorde.

Da sich in der Tat mit der Öffnung der Mauer antisemitische, antikommunistische und antisowjetische Sudeleien und Aufrufe zu Gewalt und Mord häufen, also jahrelange westdeutsche Praxis jetzt in Deutschlands Osten überschwappt, erwachen viele aus einem antifaschistischen Tief schlaf. Es war ein Fehler, die Juden-

stern-Schmierereien, Friedhofsschändungen und ausländerfeindlichen Parolen, wenn sie auch nur vereinzelt vorkamen, zu verschweigen. Andererseits hatten Wachsamkeit und Wirksamkeit der zuständigen Organe des Ministeriums für Staatssicherheit und unserer Justiz Alt- und Neonazis in Schranken gehalten. Dem «Runden Tisch» blieb es in seiner unerforschlichen Weisheit vorbehalten, die Versiegelung der einschlägigen Akten zu erzwingen und Abteilungen im MfS, die mit der genannten Aufgabe des Staats-Schutzes beschäftigt waren, stillzulegen und aufzulösen. Solcherart wurde vorbeugende, nachforschende und vereitelnde antifaschistische Tätigkeit verhindert.

Die Staatssicherheit – ob Ministerium oder Amt, ob zum überwiegend segensreichen Teil, zum kleineren Teil verwerflich – wurde abgeschafft in einem Staat, der innerhalb der angestrebten «Grenzen von 1937» liegt, der «befreit, eingemeindet, heim ins Reich geführt» werden soll; der im Visier von Bundeswehr und NATO liegt, Gegenstand von Träumen an rheinischen und bayerischen Kaminen von einer «Wiedervereinigung zum Grossdeutschen Reich». Endeten das Zweite Reich nicht im Ersten Weltkrieg und das Dritte nicht im Zweiten? Keine Staatssicherheit auf einem Tummelplatz westlicher Geheimdienste? Oder sind Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst, sogenannte «Menschenrechtsgruppen» in Westberlin, dazu CIA, Secret Service und Deuxième Bureau etwa in Wach- und Schliessgesellschaften umfunktioniert worden?

Ja, es ist wahr, dass der Faschismus in der Deutschen Demokratischen Republik zwar seiner ökonomischen Grundlagen entkleidet, aber nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden ist, wie es immer betont und geglaubt wurde. Wobei es – im Gegensatz zur BRD – an der radikalen Entfernung unbelehrbarer brauner Richter, Staatsanwälte, Lehrer, Militärs, höherer Verwaltungsbeamter und Politiker nicht gefehlt hat. Auch mit der Enteignung ihrer materiellen Basis haben wir die Faschisten in die Schranken verwiesen. Aber wir begnügten uns mit dem Bewusstsein, die Öffentlichkeit von Repräsentanten des Hitlerstaates gesäubert zu haben.

Dass es bei Älteren und Eltern braune Relikte gibt, die auf Kinder einwirken – bei ungenügender Gegenwirkung in der Schule

und bei der Freien Deutschen Jugend – sei unbestritten. Unbestreitbar aber Refaschisierung und Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland – schon vor deren Gründung: Die Ungebrochenheit Globkescher Personalpolitik bei Präsidenten, Kanzlern, Ministern, Staatssekretären, Richtern, Militärs, Beamten und Lehrern konnte nicht ohne Folgen bleiben.

Hatte nicht der CDU-Bundestagsabgeordnete Fellner sein Demokratieverständnis mit der Erkenntnis offenbart: «Die Juden melden sich immer dann zu Wort, wo irgendwo in der Kasse Geld klimpert»? Der Bürgermeister von Korschbroich hatte öffentlich erklärt, er könne seine marode Stadtkasse «nur in Ordnung bringen, wenn man einige Juden erschlägt». Bekanntlich macht jeder die Witze, die seinem moralischen und politischen Niveau entsprechen. *Super* erteilt heute in dieser Hinsicht einen aufschlussreichen Anschauungsunterricht.

Richter in Karlsruhe haben einen überführten Thälmann-Mörder freigesprochen und mit ihrer Urteilsaufhebung – so Rechtsanwalt Dr. Hannover – «eine Tendenz der Rechtsprechung weitergeführt, die auch dafür verantwortlich zu machen ist, dass die Richter des grausamen NS-Volkgerichtshofs nicht belangt werden konnten».

REPUBLIKANER

Es entspricht allgemeiner Praxis, den Faschismus hartnäckig «national-sozialistisch» zu nennen. «National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei» war ein Tarnname, um Deutsche irrezuführen und möglichst auch Arbeiter vor den kapitalistisch-faschistischen Karren zu spannen. Deswegen brauchen Neonazis auch heute Tarnnamen: «Republikaner», «Deutsche Volksunion»... «DSU» nannte sich vorübergehend eine westdeutsche Naziorganisation, was für Kohl, Waigel und deren hiesige Nachbeter kein Hinderungsgrund war, einen ihrer Ableger ebenfalls «DSU» zu nennen. Und Kohl ist hemmungslos genug, einen Gerhard Löwenthal als Verbindungsmann zu Schönhubers alten und neuen Nazis zu empfangen. Und Löwenthal? Er kandidiert in Berlin für

die faschistische «DSU». Rassenfragen sind meist Klassenfragen...

«Man würde zu kurz greifen, wollte man die Neue Rechte und ihre Anhänger in der Rubrik ‚Neonazismus‘ einordnen», war flugs ein professoraler Komplize aus Paderborn hilfreich zur Hand. Und früh schon sprach man in Bonn «von Rechtsradikalen, die sich, wenn auch am äussersten Rand des demokratischen Spektrums, noch innerhalb der Verfassung» befänden.

Am 12. Mai 1989 wird im Westberliner Märkischen Viertel der 24jährige Türke Ufuk Sahin erstochen. Sein Mörder schreit: «Kanaken raus!» «Ausländer raus!» «Deutschland den Deutschen!» Die letzten Worte des Opfers, wie Zeugen aussagen: «Du bist ein Mensch, ich bin auch ein Mensch, was soll das?»

Westdeutsche und englische Presseerzeugnisse und elektronische Medien glauben feststellen zu können: «Die SED hat die Neonazis selbst produziert.» Und allesamt überschlagen sich solche Produkte mit der Verleumdung, es sei die «Stasi, die Schmiereereien verübt, um der erneuerten PDS Vorwände für Protestdemonstrationen zu liefern». Die Deutsche Demokratische Republik ist als antifaschistischer Staat und deutsche Alternative zur Bundesrepublik in die Geschichte eingetreten. Die Partei des Demokratischen Sozialismus verbindet Sozialismus, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Humanismus auf dem Boden der DDR in echter Solidarität mit Bruderparteien und anderen Völkern.

Fortschrittliche Menschen lassen sich weder durch eine schlimme Erblast noch durch verängstigte Staatsanwälte, schon gar nicht aus dem Staat der Globke, Schönhuber und eines in Freiheit verstorbenen Thälmann-Mörders, ihren Antifaschismus madig machen.

MEINE BLINDHEIT

Die Partei bestimmte, was in der Geschichte wie gesehen zu werden hatte und wie nicht. Die Partei bestimmte, was eine Nachricht, was wie zu kommentieren war und was nicht. Die Partei bestimmte, was zu lernen war und was nicht, wie zu arbeiten, was

zu produzieren war und was nicht. Die Partei hatte immer recht. So war es in den letzten zwei Jahrzehnten.

Aber ein Zitat von Marx, Engels oder Lenin beweist oder rechtfertigt gar nichts. Wissenschaftlicher Sozialismus ist kein Dogma, sondern eine wissenschaftlich untermauerte Weltanschauung. Wissenschaft ist nicht dazu da, Auffassungen einzelner Politiker zu bestätigen, sondern Politiker sind dazu da, in die Wirklichkeit umzusetzen, was wissenschaftlich fundiert ist. Dazu gehören Volksnähe und keine «Wandlitze», moralische Sauberkeit und kein ungerechtfertigtes Privileg, Anerkennung und Befolgung der historischen Lehre, dass niemand Alleineigentümer der Wahrheit ist noch unkontrolliert Alleineigentümer der Macht sein darf.

Mit Idealen und Bibelsprüchen ist noch kein Krieg verhindert, ist noch niemand satt gemacht, gekleidet, gebildet und mit ordentlicher Bleibe versorgt worden. Grundsatz- und Absichtserklärungen sind ebenso schön wie zahlreich – früher wie heute. Aber politische, ökonomische, kulturelle Kompetenz? Realismus, Nutzen aus Erfahrung? Muss, darf Parteizugehörigkeit vor ihnen rangieren?

Andererseits: Kann jeder recht haben? Nach dem Motto: «Wie hätten Sie's denn gern?» Freiheit? Ja! Aber für alles und für jeden? Recht auf Parteienbildung? Ja! Aber auch für faschistische oder rassistische Parteien? Gesellschaftskonzept: Natürlich pluralistisch, demokratisch kontrolliert – aber kapitalistisch oder sozialistisch? «Ein bisschen schwanger» gibt es doch wohl nicht. Letztlich kann eine sozialistische Partei in den eigenen Reihen – am Ende einer offenen, schöpferischen Diskussion – nicht auf Konsens in den Grundsatzfragen verzichten; also Parteidisziplin oder Austritt?

Niemand bezweifelt, dass sich Kommunisten im Kampf gegen Faschismus und Krieg mutig, aufopferungsvoll, vorbildlich bewährt haben: in der Illegalität und in der Haft, im Zuchthaus und im Konzentrationslager, in der Emigration – und beim ersten Zupacken nach der Befreiung.

Niemand wird Richtigkeit und Unvermeidlichkeit bestreiten wollen, dass sie als erste und bevorzugt Funktionen und Positionen übernahmen. Organisation von Aufräumarbeiten, Lösung erster Versorgungsprobleme, Schaffung von Notunterkünften, auch notwendige Sicherheitsprobleme fielen zweifellos in die

Kompetenz der überlebenden Kommunisten und Antifaschisten. Sie waren zuständig, befugt, sachverständig, ehrlich, gerecht und moralisch gleichermassen berechtigt wie verpflichtet.

Aber dann wurde zunehmend mehr Kompetenz verlangt. Man hatte zwar kämpfen gelernt, Flugblätter drucken und verteilen, Verhalten in der Illegalität, agitieren und sabotieren, Folter widerstehen, auch sterben ... Aber nun galt es, Kommunen, Staat und Wirtschaft aufzubauen und zu leiten, zu planen, zu regieren, eine neue Gesellschaft zu gestalten. Das verstanden nur wenige. Wo hätten sie es lernen sollen? Einige lernten es erstaunlich schnell. Viele aber waren und blieben inkompetent, erfüllten Aufgaben so gut wie möglich, aber eben nicht gut genug. Ich enthalte mich hier einer Namensnennung.

Schulung und Schulen waren angesagt. Aber die Aufgaben wuchsen schneller als die Kompetenzen, als die notwendigen Zuständigkeiten und Fähigkeiten. Weil es doch «anfangs so gut geklappt» hatte, trat Kompetenz in den Hintergrund: Vornean regierten Zuverlässigkeit und Sicherheit. Und da war ja die Partei, die «immer recht» hatte. «Die Genossen werden schon wissen, was zu tun ist...» Und aus der Illegalität kannten wir die in Untergrund und Haft unverzichtbare Parteidisziplin. So wurden Denken und Verantwortung immer mehr nach oben delegiert.

Schliesslich kannte dieser selbsternannte «reale Sozialismus» keine Demokratie, liess keine andere Meinung gelten, bedachte nicht einmal gutgemeinte Warnungen und Ratschläge aus den eigenen Reihen, tat echte Besorgnisse ab und missachtete, ja bestrafte ernste Hinweise.

So entstand Rechthaberei aus dieser Machtanmassung. Die Folgen: Besserwisserei, Lebensfremdheit, Missachtung wissenschaftlicher Erkenntnisse, Borniertheit, Blindheit («noch nie war die Einheit von Partei und Volk so gross ...»). Wahlergebnisse, die wegen der einfachen, zur Wahl gestellten Fragen von Anfang an und durchaus in freier Entscheidung, hoch waren («Krieg oder Frieden?», «Ausbeutung oder Freiheit?», oder – da Sozialismus, Frieden und Freiheit miteinander identisch waren: «Kapitalismus oder Sozialismus?»). Da war die Entscheidung leicht und lag auf der Hand. Als Ideal und Wirklichkeit mehr und mehr auseinan-

derdrifteten, wurden Wahlergebnisse – ob angewiesen oder aus vorausseilendem Gehorsam, auch im Konkurrenzkampf mit der Nachbargemeinde, dem Nachbarkreis, dem Nachbarbezirk – manipuliert. Widersprüche wurden immer offensichtlicher, zunächst weniger in der Kaufhalle oder im Tante Emma-Laden als in Zahlen und Erfolgsberichten. Zweifel erwachsen aus Konzeptionen in Fragen der Arbeitsproduktivität, Prioritäten im Wohnungsbau, in der Industrie und in der Landwirtschaft, Unsicherheit bei den Problemen Lebensstandard und Konsumdenken. Unter diesem Ansturm von Zweifeln – namentlich in den Reihen der Intelligenz – wuchsen Ärger und Opposition, bis schliesslich zur Selbstbefragung: Warum haben wir nicht mehr gewusst, tiefer gesehen, die offene, freie Diskussion erzwungen?

Vorgedacht, geführt, befohlen, gegängelt hatten einige. Gehorcht, mitgemacht haben fast alle – sofern sie sich nicht in Nischen zurückgezogen hatten; mitgemacht aus falsch verstandener Parteidisziplin, aus Gutgläubigkeit, aus dem Vertrauen des alten Revolutionärs («Das kann doch nicht wahr sein»), aus der festen Überzeugung, selbst das Beste zu wollen, wie auch die Führung, aus Gleichgültigkeit, auch aus Ängstlichkeit: Widerspruch könnte die Existenz kosten. Mal aufgemuckt (auf dem eigenen Spezialgebiet), mal ein bisschen kritisch, aber nicht zu viel (es könnte «das Ganze gefährdet» werden). In der Sorge, nur nichts tun, was den Aggressionen des imperialistischen Feindes Vorschub leisten könnte; auch in der traumhaften Erwartung, irgendwann muss die Führung doch aufmerken und handeln. Als Honecker Generalsekretär wurde ... Als dieser schreckliche 40. Jahrestag Ablösung und Neuanfang gebot

Als ich Günter Mittag einmal fragte, wie lange er sich die Informationspolitik mit den unglaublichen Erfolgswahlen gefallen lassen wolle, antwortete er mir wie aus der Pistole geschossen: «Das ist nicht mein Ressort.» Die Zahlen waren sein Ressort, die Informationspolitik war das Ressort Joachim Herrmanns. Und der war mitsamt seinem Apparat blinder, tauber und brutaler Durchpeitscher des engeren Führungskreises um den Generalsekretär. Herrmann vermochte nur «nach oben» zuzuhören. «Apparat»: Dieser schreckliche Begriff könnte von Kafka stammen oder von

Orwell. Aber nicht nur das. Herrmann «beriet» auch den Generalsekretär über die Informationspolitik, von der er selbst nichts verstand. Sein Anteil an der Fehlentwicklung ist grösser als gemeinhin gesehen.

Demokratie soll nicht herrschen, sondern muss gelebt werden. «Warum hast du nicht den Mund aufgemacht, Genosse Schnitzler?» Ich habe nie von einer Tribüne auf Massen herabgeblickt, sondern bin unten mitmarschiert, vom Westfernsehen deshalb mehrfach verhöhnt. Aber was ich allgemein über Gehorchen und Mitmachen geschrieben habe, gilt auch für mich. Ich habe zu sehr auf Erhofftes geachtet und Teile der Wirklichkeit verdrängt, mich zu sehr über reale Erfolge und Fortschritte gefreut und Missstände, ja Rückschritte nicht als solche erkannt oder sie als vorübergehend abgetan. Vereinzelte Skandale, von denen ich hörte, hielt ich für regional begrenzt, erkannte nicht das Allgemeine. Ich hatte, unbewusst, gewissermassen eine Zensurschere im Kopf. Und ausserdem war mein Hauptgebiet die Auseinandersetzung mit dem Gebrechen und der Unmenschlichkeit des Kapitalismus.

Heute, in voller Kenntnis des Gesamten, mit voller Wucht gegen den Baum gefahren, fühle ich mich aber auch zugleich selbst missbraucht und belogen, bin verletzt und entsetzt und empfinde zweierlei Scham: zu wenig erkannt und zu wenig protestiert zu haben. Mich schmerzen Glaubwürdigkeitsverlust, Zorn, Wut und Hass, die mir entgegenschlagen. So sehr entgegenschlagen, dass ich am zweiten Januar-Sonntag des Jahres 1990 durch Gleichgesinnte von der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration ausgeschlossen wurde. Wenige Wochen vor der Regierungsübergabe an Hitler, Anfang Januar 1933, hatten wir Dahierner SAJler zusammen mit den Genossen des Kommunistischen Jugendverbandes an der LLL-Demonstration teilgenommen. Lenin – Liebknecht – Luxemburg: So hiess damals der Kampfmarsch nach Friedrichsfelde. Es war das letzte Mal, dass ich Ernst Thälmann gesehen habe. Nach der Befreiung liess ich gerade von dieser Kundgebung keine aus – bis zum Januar 1990 ...

FEINDBILD

Denken, Lernen und Widerstand bestimmten mein Leben, bis die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde. Gegen sie nun richten sich geballte Wut und blinder Hass des Feindes.

«Feind»? «Feindbild»? Prof. Kurt Masur hat laut *Neues Deutschland* vom 25. Januar 1990 gesagt: «Es gibt Leute, die haben keinen Lebensinhalt ohne Feindbild.» Ich weiss nicht, ob Masur heute das Bonner Verhalten gegenüber den ostdeutschen Brüdern und Schwestern anders beurteilt als «feindselig». Das Feindbild ist nicht unsere Erfindung und nicht die der anderen Seite. Feindbild ist die logische Folge der Existenz zweier feindlicher, unvereinbarer Ideologien. Ideologische Auseinandersetzung ist also jederzeit und unter allen Bedingungen geboten.

Ich leide, bedingt durch Studium und Lebenserfahrung, nicht an der bestürzenden Arglosigkeit, Kurzsichtigkeit und Gedächtnisschwäche, wie sie heute in der antifaschistischen Deutschen Demokratischen Republik verbreitet werden. Bertolt Brecht empfahl den Nachgeborenen:

«Gedenkt, wenn Ihr von unseren Schwächen spricht
auch der finsternen Zeit, der Ihr entronnen seid.

Gingen wir doch, öfter als die Schuh' die Länder

wechselnd,

durch die Kriege der Klassen, verzweifelt,

wenn da nur Unrecht war und keine Empörung.»

Klassenkampf: Wie er geführt werden muss, ist eine Frage örtlicher, zeitlicher, historischer Umstände und Bedingungen. Das eine ist die Frage des Klassenkampfes innerhalb des kapitalistischen Staates, ein anderes der Klassenkampf zwischen kapitalistischem und sozialistischem Staat. Wie kann, soll, muss letzterer geführt werden? Eines ist sicher: ohne Krieg! Wenn von der einen, der kapitalistischen Seite mit Gewalt gedroht, von der anderen mit Arbeitsleistung und dem Angebot von Abrüstung und Frieden und mit Vorleistungen geantwortet wird, ergibt sich die Logik: Kapitalistische Macht ist potentielle Kriegsmacht. Sozialistische Macht ist Friedensmacht. Die Geschichte hat das vielfach bewiesen.

DIE MAUER

Der «Ostzone» zunächst, dann der Deutschen Demokratischen Republik drohten von ihrer Gründung an Nichtanerkennung, Verletzung und Beseitigung ihrer Souveränität, ihrer Grenzen, ihrer Existenz. Um es deutlich zu sagen: Im Gegensatz zu Polen, der Tschechoslowakei und anderen sozialistischen Staaten war die Deutsche Demokratische Republik in Frage gestellt. Sie sei kein Staat, sondern eine «Zone», eigentlich «Irredenta», d.h. herrenloses Gebiet, das im Grunde «zum deutschen Nachfolgestaat Bundesrepublik» gehöre, aber leider «zeitweilig von der Sowjetunion besetzt» sei. Der separate Rheinstaat besitze ein «Alleinvertretungsrecht». Die «Hallstein-Doktrin», benannt nach dem Bonner Staatssekretär Hallstein aus Hitlers Reichsaussenministerium, bedrohte jeden Staat, der mit Bonn diplomatische Beziehungen unterhielt und es wagen sollte, auch die Deutsche Demokratische Republik anzuerkennen, mit dem Abbruch der Beziehungen. Mit Jugoslawien wurde tatsächlich so verfahren.

Aus dieser Bonner Haltung erfolgte – nach der ökonomischen Spaltung durch die separate Währungsreform – erst die Gründung der BRD, danach die der DDR, erst die Gründung der Bereitschaftspolizei, dann die Gründung der Kasernierten Volkspolizei, erst die Gründung der Bundeswehr, dann die Gründung der Nationalen Volksarmee, erst NATO-Beitritt der BRD, dann DDR-Beitritt in den Warschauer Pakt; dazu «Ständige Vertretung» statt Botschaft, Bonner Zieren und Zögern bei der Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen – bis zum heutigen Tag.

All das kulminierte im Kalten Krieg, in Versuchen, die Deutsche Demokratische Republik ideologisch zu destabilisieren, ökonomisch zu erpressen, militärisch zu bedrohen. Die kaum verhohlenen militärischen Absichten führten zum Manöver-Plan, nach dem im Herbst 1961 die Bundeswehr aus dem Stand eine «innerdeutsche Polizeiaktion» durchführen sollte: Stosskeile aus Helmstedt und Westberlin sollten sich im Raum Brandenburg vereinigen; an der Nahtstelle DDR/Tschechoslowakei sollte ein Stosskeil aus dem Raum Kassel zur Oberen Neisse durchbrechen, nach Norden einschwenken und so «binnen 48 Stunden die Zone

aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich herausbrechen». Die Sowjetunion werde das «hinnehmen, denn sie will keinen Krieg». Originaltöne Bonner Politiker, Generale und Journalisten ...

Unsere Westgrenze hatte unseren Staat und unsere Verbündeten zu schützen. Wir befestigten sie und machten sie – ausser an den Übergangsstellen – undurchdringlich.

Als Präsident Kennedy in der Nacht zum 13. August 1961 der Mauer-Bau gemeldet wurde, wusste er Bescheid und hatte erkannt: Alliierte Interessen sind nicht berührt, Bonns Tag X wäre keine «Polizeiaktion» und keine «innerdeutsche Angelegenheit», sondern würde Krieg bedeuten. Er drehte sich an Bord seiner Yacht auf die andere Seite und schlief weiter. Die militärische Variante «Befreiung der Ostzone durch Gewalt» war gescheitert.

Seit 1968 lag dem Politbüro ein Memorandum vor, in dem ich angeraten hatte, ungeachtet dessen, dass die Ursachen der Mauer auf westlicher Seite liegen und ihr Bau voll gerechtfertigt war, die Grenze durchlässig zu machen und frei reisen zu lassen. Sonst würde im Kessel ein Überdruck entstehen, den wir nicht durchhalten würden. Die überwiegende Mehrzahl der Reisenden werde zurückkommen – trotz andauernder politischer und ökonomischer Aggressivität, trotz Bonner Obhuts-Ansprüchen, trotz des völkerrechtswidrigen Staatsbürgerschaftsgesetzes, trotz der revanchistischen Grundgesetzpräambel, trotz des Karlsruher Urteils, unsere Grenze sei «keine Staatsgrenze, sondern der Grenze zwischen westdeutschen Bundesländern ähnlich», trotz des Fortbestandes der Einmischungsinstitution in Salzgitter, trotz der andauernden Verletzungen des Grundlagenvertrages und des Westberlin-Abkommens und trotz des völkerrechtlichen Beharrens auf den Grenzverlauf an unserem Ufer des Grenzstromes Elbe. Meine Spekulation war und ist nicht abwegig, dass manches anders gelaufen wäre ...

Vor 254 Jahren – 1737 – hatte der Preussenkönig Friedrich Wilhelm I. um Berlin eine «Anzeigemauer» bauen lassen. 15 km lang und 4 m hoch – als «Schutzwall gegen Schmuggler und Deserteur». So «einmalig unmenschlich» scheint unser Mauerbau nicht gewesen zu sein.

Unmenschlich waren jene, die die Ursachen für diese Grenz-

massnahme der Staaten des Warschauer Paktes geschaffen haben. Unmenschlich sind die, die an ihrer Westgrenze zu Frankreich, Holland, Belgien und Luxemburg Jahr für Jahr ein rundes Dutzend kleiner Zigarettenschmuggler und Kaffeeschieber zu Krüppeln schiessen lassen oder auch zu Tode. Gleichzeitig heulen diese Pharisäer: «Tote an der Mauer ...», «Mauermörder ...»

Jeder Tote ist ein Toter zuviel und ist zu beklagen. Wir haben diese Grenze nicht notwendig gemacht, die für die Sicherheit des europäischen Friedens und für den Schutz unseres Staates den Charakter eines Grenzwalls erhalten musste. Grenzgebiet ist Sperrgebiet. Reisepapiere, Pässe werden von allen Staaten an Grenzübergangsstellen geprüft.

Diese Grenze war eine besondere Grenze. Jawohl, jeder Tote ist einer zu viel und zu beklagen. Aber auch da ist Differenzierung angesagt. In einem Grenzgebiet – namentlich an einer derart sensiblen Grenze – muss besonders beachtet werden, dass es zweierlei Kategorien Mensch gibt: solche, die sich berechtigt, und solche, die sich unberechtigt, gesetzwidrig dort aufhalten. Die «Berechtigten» – das waren unsere Zöllner und die Soldaten unserer Grenztruppen. «Unberechtigt» hielt sich dort auf, wer Vorschriften, Gesetze, Grenzordnungen, Warnrufe und Warnschüsse missachtete, die Grenze verletzte und Grenzsoldaten gefährdete. Im Westen redet man ausschliesslich von letzteren: Sie seien «Widerstandskämpfer», «Freiheitshelden» und «arme Opfer des kommunistischen Terrorsystems». Im Grunde waren sie Selbstmörder.

Ihre Straftaten waren unleugbar: Hochverrat, Gesetzesbruch, Grenzverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, oft Flucht vor Fahndung durch Polizei und Staatsanwälte. Fünfundzwanzig Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Grenzpolizei und der Grenztruppen wurden ermordet.

Die Ordnung an der Grenze legt der jeweilige Staat fest, der Grad ihrer Strenge hängt vom Verhalten auf der anderen Seite ab. Ich rede von denen, deren Dienst und Dienstauftrag lautete: Schutz der Staatsgrenze, Verhinderung von Grenzverletzungen. Sie zu töten, ist heimtückischer Mord.

Über die Opfer der auf geputschten Grenzverletzer und des Bundesgrenzschutzes schweigt man sich im Westen aus. Der

flüchtige Kriminelle Weinhold erschoss von hinten zwei Grenzsoldaten. Mein Freund, Hauptmann der Grenztruppen Rudi Arnstadt, wurde auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik vom Oberjäger Koch des Bundesgrenzschutzes nach mehrfachem Anruf mit einer Maschinenpistole buchstäblich durchsiebt. Koch wurde befördert... Dass dieses unschöne, aber menschliche, weil Frieden erhaltende historische Bauwerk nun beschmiert und letztlich stückweise verscherbelt wird, wird in künftigen Geschichtsbüchern nicht auf den Ruhmesblättern vermerkt werden.

Erster Erfolg der Mauer: Deutschlands Imperialisten wurden zum ersten Mal zum Stehen gebracht – nicht in Verdun oder an der Wolga, sondern ehe sie ihren Krieg beginnen konnten – in Deutschland und von Deutschen!

Zweiter Erfolg: Die Unterbindung gezielter Menschen- und Geldverluste ermöglichte endlich ein planmässiges Arbeiten und führte zur relativen Stabilisierung der DDR, zur spürbaren Verbesserung des Lebens.

Dritter Erfolg: Konrad Adenauer war mit seiner Politik gescheitert und wurde gestürzt.

Vierter Erfolg: Die Mauer liess die «Politik der Stärke» als aussichtslos erscheinen.

NEUE GEBRAUCHSANWEISUNG FÜR DEN KALTEN KRIEG

Die Politik der Stärke und der militärischen Drohung war zunächst abgewehrt. Ihr langes Koma hatte in der Früh des 13. August 1961 begonnen. Die Mauer hatte trotz weltweiten Geschreis viele zum Schweigen gebracht und Einsichtige auf den Plan gerufen. Allerdings müssen Einsichten nicht immer zu richtigen Konsequenzen führen.

Sebastian Haffner, Westberliner Journalist mit historischen Ambitionen, in englischer Emigration ohne Zweifel ein ehrlicher Anti-Nazi – tat sich als Kalter Krieger hervor. Nun im Schatten der Mauer schwieg er lange Zeit. Dann gab er sich geläutert und einsichtig: Die Deutsche Demokratische Republik sei wohl doch ein Staat, ein ernst zu nehmender Verbündeter der Sowjetunion und von nicht geringem Gewicht unter den Staaten des Warschau-

er Pakts. Ihre Souveränität und die Versuche, sie seit ihrer Gründung ausbluten zu lassen, hätten ihr – zugleich im Namen und Auftrag des Ostblocks – das Recht gegeben, ihre ständig infragegestellte Grenze unter Kontrolle zu nehmen und ihre Existenz zu schützen. Die Zeit sei reif, sie als Staat zur Kenntnis zu nehmen, mit ihr zu sprechen und anders umzugehen als bisher.

Übrigens: Im Grundlagenvertrag wurden Grenzen und Grenzübergänge der DDR ausdrücklich völkerrechtlich anerkannt. Es gab eine Gemeinsame Grenzkommission, in der Beauftragte der BRD und der Deutschen Demokratischen Republik zusammen Meter für Meter der Grenze vermessen. Von einigen Kilometern an der Elbe abgesehen, wurde man sich über ihren Verlauf völlig einig.

Grund der Wandlung, diesem Ergebnis einer Denkpause, war die Hinnahme der Mauer durch die westlichen Alliierten. Bonn und die Frontstadt Westberlin standen plötzlich allein. Das bedeutete keinen Verzicht auf «Ostberlin», Rostock, Magdeburg, Halle, Dresden, Frankfurt/Oder, Obere Neisse, Spree, Oberelbe, Sudetenland, Breslau und Stettin. Aber mit einer Politik der Stärke wäre das wohl nicht zu erreichen ...

Deshalb schwieg auch Zbigniew K. Brzezinski. Sohn eines polnischen Diplomaten, 1953 emigriert, war er Amerikaner geworden, wissenschaftlicher Politologe, Ratgeber einiger Präsidenten und schliesslich bestallter Sicherheitsberater Präsident Carters.

Auch er verfiel nach jenem 13. August zunächst in Schweigen und Nachdenken. Dann veröffentlichte er als Ergebnis von Mauer und Denkpause im Jahre 1965 ein Buch mit dem Titel «Alternative to Partition» («Alternative zur Teilung»), Untertitel «Neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik». Er widmete es seiner Frau Muska und gab ihm als Leitmotiv Victor Hugos Aphorismus auf den Weg: «Keine Armee kann der Kraft einer Idee widerstehen, deren Zeit gekommen ist.» (Brzezinski in Deutsch: Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin, 1966)

Es erscheint hilfreich, zum Verständnis der Entwicklung seit dem Sommer 1961 bis heute und zur Erkenntnis der Wechselbeziehung zwischen Mauerbau und Mauerfall Brzezinskis Erkenntnisse und Ratschläge im Wortlaut zu kennen, gleichsam als frü-

hes, von uns zu spät erkanntes Programm des Imperialismus für die Jahrzehnte nach der Mauer.

Seite 47: «Als es 1961 zu einer akuten Kriegsgefahr kam, entstand in mehreren osteuropäischen Ländern eine Panikstimmung (...) Schon die bloße Möglichkeit eines konventionellen Krieges versetzte die osteuropäischen Länder in Schrecken, verursachte wirtschaftliche Störungen und erzeugte eine Atmosphäre allgemeiner Unsicherheit. Für Prag und Warschau wurde das Problem mit der Errichtung der Berliner Mauer im August 1961, die den ostdeutschen Pufferstaat stützte, zufriedenstellend gelöst.»

Seite 99: «Die Industrialisierung hat in Osteuropa reiche Früchte getragen. Man sollte nicht vergessen, dass sie nicht nur Ausdruck kommunistischer Ambitionen war, sondern von vielen Osteuropäern, die ihre bis dahin rückständigen (und vom zweiten Weltkrieg verwüsteten) Länder zu modernisieren wünschten, als eine wahrhaft patriotische Pflicht angesehen wurde. Osteuropa hat als Ganzes ein besonders starkes, anhaltendes wirtschaftliches Wachstum erlebt.»

Seite 104: «In Europa haben sich Politik und Wirtschaft gegen die kommunistische Ideologie verschworen und sind dabei, deren universalistische Perspektive auszuhöhlen.»

Seite 186: «Die sowjetische Stellung in Osteuropa muss soweit ausgehöhlt werden, bis die europäischen Staaten nicht länger als willige Werkzeuge fungieren und Ostdeutschland zu einer isolierten, ausschliesslich auf sowjetischen Garnisonen begründeten Sowjetkolonie geworden ist. Es liegt offenbar in der Macht der Vereinigten Staaten und Westdeutschlands, die Entwicklungen in diese Richtung hin zu beeinflussen.»

Seite 108: «Vor allem aber würde das neue amerikanisch-sowjetische Verhältnis den Ausgangspunkt einer neuen Politik der Aufsplitterung bilden, die in den Jahren 1963 und 1964 als eine Ersatzlösung für die früheren Versuche aufgenommen wird, durch Androhung von Gewalt die bestehende politische Konfiguration in Europa zu ändern.»

Seite 151: «Die neue Osteuropapolitik der Vereinigten Staaten gründet auf der Annahme, dass eine rein verbale Feindschaft die kommunistischen Regime nicht stürzen könne und dass die Ereignisse in Ostdeutschland und Ungarn gezeigt hätten, dass der Wes-

ten nicht willens sei, Gewalt anzuwenden. Anstatt darauf zu warten, dass die kommunistische Herrschaft zusammenbricht, sollten die Vereinigten Staaten künftig evolutionäre Änderungen in den einzelnen kommunistischen Ländern und im sowjetischen Block als Ganzem fördern.»

Seite 173: «Die Osteuropäer, insbesondere die Tschechen und die Polen, müssen davon überzeugt werden, dass die Existenz Ostdeutschlands ihre Freiheit einschränkt, ohne ihre Sicherheit zu stärken (...) Um das osteuropäische Interesse am Bestehen Ostdeutschlands zu untergraben, muss der Westen seine Haltung Ostdeutschland und dem übrigen Osteuropa gegenüber scharf differenzieren. Gegenüber Ostdeutschland ist die Politik der Isolierung geboten; Osteuropa gegenüber ist eine Politik des friedlichen Engagements zweckmässig, und zwar sowohl in wirtschaftlicher, kultureller wie schliesslich auch in politischer Hinsicht.»

Seite 174/175: «Die Ächtung Ostdeutschlands kann dadurch gefördert werden, dass man osteuropäische Staaten als vollwertige, unabhängige Partner behandelt, im Gegensatz zu Ostdeutschland, das zur Rolle einer blossen Marionette der Sowjets verurteilt bliebe. Die osteuropäischen Staaten können sich deshalb langsam entwickeln, weil sie Nationalstaaten sind. Ihr Nationalismus arbeitet in Richtung auf möglichst grosse Freiheit gegenüber dem einen Staat, der gegenwärtig ihrer Unabhängigkeit im Wege steht – die Sowjetunion.»

Seite 188: «Die westlichen Staatsmänner sollten lautstark betonen, dass konkrete Verbesserungen der kulturellen Beziehungen, ein stärkerer intellektueller Dialog und ein grösseres Mass an Meinungsfreiheit für die Herstellung echter internationaler Zusammenarbeit ebenso wichtig wie der Handel ist.»

Auf Seite 79 zitiert B. den Polen R. Strelecki, der auf dem IV. Parteitag der polnischen Arbeiterpartei vor der neuen Politik des Westens warnte; sie bestehe darin, die osteuropäischen Staaten «aufzuweichen». Und Deszö Nemes, ungarisches Politbüromitglied, wird von B. warnend zitiert, weil «nach seinen Formulierungen ,die Entspannungspropaganda der Westmächte ihre besondere Aufmerksamkeit der Intelligentsia zuwendet; sie betrachtet die Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler, Künstler, Lehrer, Schriftsteller und andere Repräsentanten des kulturellen Lebens,

die sich aus dem ideologischen und politischen Kampf herauszuhalten versuchen, als besonders leicht beeinflussbar’.

Seite 93: «Der Ost-West-Handel ist (...) für den Osten wichtiger als für den Westen.»

Seite 189: «Eine Hilfe für ihre wirtschaftliche Entwicklung lässt sich daher nur rechtfertigen, wenn sich dabei gleichzeitig auch andere Konsequenzen ergeben, als da sind: strukturelle Reformen im kommunistischen Wirtschaftssystem; vermehrte engere Kontakte und eine zunehmend freie Fluktuation von Menschen und Ideen.»

Seite 88: «Die Kommunisten haben auch ihren Widerstand gegen das vom Westen, hauptsächlich von den Vereinigten Staaten, verhängte Embargo des Exports ‚strategischer‘ Güter nach dem Osten verstärkt. In den letzten Jahren ist es den westeuropäischen Ländern gelungen, diese Liste von Gütern von im Wesentlichen unmittelbarer militärischer Bedeutung zu reduzieren – obwohl die amerikanische Liste noch immer mittelbare militärische Güter, wie chemische Anlagen und Ö raffinerien, umfasst – so dass das Embargo nur noch einen Teil des allgemeinen westöstlichen Handelsaustausches behindert.» (Gegen diese völkerrechtswidrige amerikanische Embargo-Liste wirkte zum Wohle der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Verbündeten mit grossem Patriotismus, Internationalismus und Erfolg Alexander Schalck-Golodkowski.)

Ich zitiere den amerikanischen Chefideologen Brzezinski so ausführlich (und natürlich unredigiert), weil er ausspricht, wie der Imperialismus – nachdem seine Politik der militärischen Stärke und des militärischen Drucks an der Berliner Mauer gescheitert war – seinen Krieg gegen den Sozialismus auf andere Art fortgesetzt und ihm damit eine schwere, folgenreiche Niederlage bereitet hat.

Man schaltete auf psychologischen und ökonomischen Krieg um: kulturelle Infiltration, finanzielle Unterwanderung, CIA-Einsatz, Spaltung der sozialistischen Staatengemeinschaft, Manipulierung der Völker durch Missbrauch von Äther und Papier – nicht zuletzt unter Ausnutzung und Zuspitzung der Fehler, Irrtümer, Fehlentwicklung und Denaturierung in den sozialistischen Staaten. Das Hauptkampfgebiet wurde das Feld der Ökonomie – mit dem Ziel des Westens:

Destabilisierung der sozialistischen Staaten, Totrüstern. Gegen schwache Rubel, Mark, Zloty, Krone, Forint und Lewa setzte man die Stärke von Dollar, D-Mark, Franc und Pfund. Dazu Embargo hier, Embargo dort, eine Cocom-Liste: Verbot der Lieferung von Hochtechnik in sozialistische Staaten.

Das alles und mehr vereinigte sich zu dem Strom, der sozialistische Solidarität und sozialistische Macht aufweichte und schliesslich verschlang.

DER SCHWARZE KANAL

Der ideologische Klassenkampf wurde vorwiegend in den Äther verlegt und verlangte dort eine Antwort. Aggressive antisozialistische Propaganda erforderte offensive antiimperialistische Konterpropaganda: Entlarvung und Hygiene im Äther. Denn friedliche Koexistenz bedeutet Klassenkampf – nicht mehr auf dem Schlachtfeld, aber sonst auf allen Gebieten: in der Ökonomie und der Diplomatie, in Politik, Kultur und Ideologie.

So entstand *Der Schwarze Kanal*. Natürlich sah er bei seinem Ende in Methode und Ton anders aus als bei seiner Geburt.

Anfangs, in der Zeit offener Drohungen Bonns, unsere Republik liquidieren zu wollen, brauchte ich nicht zu differenzieren. So hart wie die rheinischen Absichten war mein Ton. Alle Feinde in einen Sack, zuschnüren, draufschlagen: Es konnte immer nur den Richtigen treffen.

Zur zweiten Etappe: Mit eigenen Leistungen und mit Hilfe der Sowjetunion, anderer sozialistischer Staaten und auch einiger realistischer Persönlichkeiten im Westen durchbrachen wir die diplomatische Blockade unserer Republik. Bei andauernder ideologischer Aggression vermittels elektronischer Medien war die Auseinandersetzung nun nicht länger vorrangig persönlich zu führen, durch Entlarvung Bonner Prominenz als Mittäter Hitlers:

15 Bundesminister und Staatssekretäre der BRD hatten braune Westen und blutige Hände. Rund 100 Hitler-Generale und -Admirale, die den Eroberungskrieg vorbereitet, geführt und verloren hatten, durften die Bundeswehr aufbauen und – als Kadenschmie-

de für deren Offiziere – den Bundesgrenzschutz. 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter aus Hitlers Blutjustiz wurden in Bonner Dienste genommen, keiner von ihnen zur Rechenschaft gezogen. 245 leitende Beamte aus Hitlers diplomatischem Dienst zogen ins Auswärtige Amt ein, in seine Botschaften und Konsulate. 279 Gestapo- und Polizeiführer Hitlers wurden als «Beamte» übernommen in den Bundesverfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst, den Militärischen Abschirmdienst und in die Polizei.

Und die Präsidenten, die Staatsoberhäupter der Bundesrepublik? Der erste, Heuss, hatte im März 1933 im ersten Hitler-Reichstag dem «Ermächtigungsgesetz» zugestimmt. Es «ermächtigte» die Faschisten, Verfassungsartikel und Gesetze aufzuheben und gegen andersdenkende Persönlichkeiten Terror einzusetzen. Heuss war nicht der «Bruder Lustig», als er lässig und populär der Bundeswehr sagte: «Nu siegt mal schön.»

Bundespräsident Lübke hat für Hitler nicht nur das V1- und V2-Versuchsgelände Peenemünde gebaut, sondern auch die dazu gehörenden Konzentrationslager für deutsche Antifaschisten und ausländische Zwangsarbeiter.

Bundespräsident Gustav Heinemann war untadelig. Die guten Möglichkeiten, die seine Person in diesem Amt bot, sind von der Regierung Kiesinger vertan worden.

Bundespräsident Scheel, «hoch auf dem gelben Wagen», war nicht der «Bruder Leichtfuss», als der er sich gab, sondern vertrat eine Politik, nach der auch deutsche NATO-Soldaten nach Osten marschieren sollten. Im Osten lag zunächst die Deutsche Demokratische Republik.

Bundespräsident von Weizsäcker hat realistische Worte zum Widerstand der Kommunisten und zum Verhältnis der DDR ausgesprochen, wenngleich auch seine Weste nicht ohne Flecken ist: Für seinen Vater kann niemand etwas (so wenig wie ich für meine Verwandten). Weizsäcker hat im Nürnberger «Wilhelm-Strassen-Prozess» gegen Hitlers Diplomaten seinen Vater verteidigt: den Staatssekretär im Reichsaussenministerium von Weizsäcker, angeklagt und verurteilt wegen Beihilfe zur Verschleppung von Juden in die Gaskammer. Dem Vater beizustehen, wird niemand dem Sohn verübeln. Aber nun wird bekannt, dass der Sohn, bevor

er Bundespräsident wurde, Vorstandsmitglied, verantwortlich für Personal und Soziales, Leiter der Stabsabteilung und laut Handelsregister Mitinhaber der Firma Böhringer war, dem berüchtigten Dioxin-Produzenten. In dieser Firma ist – und nun berufe ich mich auf Angaben und Formulierungen des *Spiegel* – «die giftigste Chemikalie der Welt entwickelt und produziert» worden. Bei deren gewissenloser Produktion haben sich Hamburger Arbeiter «entzündete Furunkel, Appetitlosigkeit, Gelenkschwellungen, Gelbsucht, Gehörstörungen, Leberschwellungen, Nervenstörungen, Extremitätenakne, Haarausfall, Entzündungen der Geschlechtsteile und Krebs» zugezogen. Bei der Weiterentwicklung dieses Giftes als «Agent-Orange» zur Entlaubung der Wälder Vietnams litten vietnamesische Männer und Frauen unter denselben Erscheinungen – nur verstärkt; denn bei dem von Präsident Kennedy befohlenen Einsatz wurde der Giftanteil um das Zehnfache verstärkt. Vietnamesische Mütter gebären und gebären tote Kinder, weil Dioxin in der Gebärmutter ein Chorion-Karzinom auslöst. Vietnamesische und amerikanische Soldaten starben an den 3,9 Millionen Litern Agent-Orange. Lind die Langzeitwirkung frisst solange an den Körpern der Betroffenen in Hamburg, Vietnam und den USA, dass heute noch viele auf ihren schleichenden Tod warten. Man darf diesem Bericht des *Spiegel* ausnahmsweise trauen. Es gab aus dem Palais des Bundespräsidenten und der Konzernleitung der Böhringer-Aktiengesellschaft kein Wort des Dementis. Die Giftgefahr warnend zu veröffentlichen wurde Böhringer vom damaligen Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke verboten. Weizsäcker war durch die Vermittlung des damaligen CDU- Fraktionsvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, in die Industrie geraten. Jetzt weiss er auf Befragung des *Spiegel* als Mitinhaber, Geschäftsführer, Stabschef und Vorstandsmitglied für Personal und Soziales von nichts, habe «nur sporadische Kenntnis gehabt» und sei «nicht in der Lage, Verwertbares zu sagen». Lübke, Mannesmann, Böhringer, Weizsäcker, Kohl, Dow Chemical, Agent-Orange und Journalisten in Tageszeitungen und elektronischen Medien sowie schweigende Parlamentarische Untersuchungsausschüsse: Wer noch nicht wissen sollte, was eine Seilschaft ist...

Zurück zur zweiten Phase des *Schwarzen Kanal*. Die notwen-

dige Differenzierung begann. In der zweiten Etappe trat an die Stelle der entlarvenden persönlichen Auseinandersetzungen der ideologische Wettstreit Sozialismus/Kapitalismus – vorgeführt mit Beispielen der BRD-Femsehanstalten.

Dabei habe ich mich niemals der Fälschung eines westlichen Femsehzitats oder des verfälschenden Herausreissens aus dem Zusammenhang schuldig gemacht. Ich habe nicht alles gesagt, was ich dachte. Aber was ich sagte und sage, davon bin ich überzeugt. Die einzigen Unwahrheiten in meiner Sendung enthielten eben jene Zitate, die ich dem BRD-Femsehen entnahm und richtigzustellen bzw. zu widerlegen trachtete. Andere Zitate zog ich zur Bestätigung heran. Oft werden mir – bis zum heutigen Tag – Lüge und Fälschung vorgeworfen. Aber 30 Jahre lang blieb es bei Behauptungen und Beschuldigungen. Niemals wurde auch nur ein einziges Mal gegenüber den 1519 Sendungen der Versuch eines Nachweises unternommen – und das wäre doch fürs Westfernsehen ein Schmeckerchen gewesen, das man sich nicht hätte entgehen lassen. Allerdings, wenn ich Zustände und Entwicklungen in der BRD mit Gegenbeispielen aus der Deutschen Demokratischen Republik kontern wollte, war ich auf die Zahlen Herrn Mittags angewiesen...

Die dritte Etappe des *Schwarzen Kanal*’. Eintritt ins Atomzeitalter. Bertolt Brecht hatte 1951 unter dem Eindruck der amerikanischen Atombombe geschrieben:

«Das grosse Karthago führte drei Kriege.

Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten.

Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.»

Ein Menschenalter später musste der Leipziger Dichter Wolfgang Tilgner die Warnung verschärfen, denn es ging nicht mehr um «ein» Karthago:

«Die Amerikaner denken,

dass der Dritte Weltkrieg in Europa stattfinden wird.

Die Engländer und Franzosen denken,

dass der Dritte Weltkrieg in Deutschland stattfinden wird.

Die Deutschen an Rhein und Donau denken,

dass der dritte Weltkrieg im Raum Berlin stattfinden wird.

Die Zehlendorfer denken,
dass der Dritte Weltkrieg in Berlin-Mitte stattfinden wird.
In der Potsdamer Strasse denken sie,
dass er in der Leipziger Strasse stattfinden wird.
Solange wir denken, dass er irgendwo stattfinden wird,
wird er überall stattfinden.»

Bestehende, unverzichtbare, unvereinbare Gegensätze gebieten dennoch, sie auszutragen: unter friedlichen Bedingungen, in zivili-sierter, kulturvoller Form. Also nicht wie Springer, Augstein, Löwenthal, Rudolf, Nihous, Mertes, leider nun auch Pleitgen und Ruge und deren Epigonen. Ideologische Gegensätze dürfen nicht auf zwischenstaatliche Beziehungen übertragen werden wie durch Engert, Michael Schmidt u.ä. Aus ihnen darf keine Friedensgefährdung erwachsen, kein Hindernis für normale Beziehungen, keine Erschwerung oder Verhinderung notwendiger politischer Kompromisse. Es gibt auf dem Gebiet der Sicherheit den antagonistischen Klassengegensätzen übergeordnete Gemeinsamkeiten, um die zu ringen eine Lebensfrage ist.

Darauf baute die dritte Etappe des *Kanals*. Gegensätze und Unvereinbarkeiten dürfen nicht «in die Ecke gestellt oder verkleistert» werden. Wenn wir einerseits verhandeln, miteinander zum gegenseitigen Vorteil Handel treiben, eine gemeinsame Sicherheitspolitik suchen und friedliche Koexistenz anstreben, so sitzen doch auf der anderen Seite des Tisches Leute, die nicht gerade Anhänger, Freunde und Förderer des Sozialismus sind. Wenn man sich jedoch entschlossen hat, miteinander zu verhandeln statt aufeinander zu schießen, spuckt man sich nicht über den Tisch ins Gesicht und tritt sich nicht unterm Tisch vors Schienbein. Man wird in der dritten Etappe des *Kanals* kein Wort von mir finden, dass man als Hetze oder Demagogie bezeichnen könnte.

Im Nuklearzeitalter stehen Vernunft, Dialog, Berechenbarkeit, Glaubwürdigkeit auf der Tagesordnung. Aber nicht alle lassen Vernunft walten. Zuviele noch verstehen unter «Dialog» unbillige Forderungen an östliche Staaten. Die DDR z.B. müsse dies tun, anderes lassen, das eine abschaffen, jenes einführen ... alles mit dem Ziel, den sozialistischen Staat zu destabilisieren. Das erfordert weiterhin Entlarvung und Richtigstellung, nicht ideologi-

schen Krieg, wie jenseits der Westgrenzen praktiziert – sondern ideologische Auseinandersetzung. Nämlich in anderer Weise: zwar offensiv, aber objektiv, kulturvoll und nicht aggressiv, sondern sachlich.

Zahlreiche westdeutsche und andere Journalisten waren Zeugen, als ich diese Haltung 1984 auf der KSZE-Journalisten-Konferenz in Jablona bei Warschau vertrat, aufmerksame Zuhörer hätten zu Millionen hören können, wie ich sie seither praktiziert habe. Am wenigsten allerdings haben diejenigen den *Kanal* eingeschaltet, die ihn nun am hysterischsten verketzern. Und viele ausserhalb unseres Sendebereichs kannten nur verkürzte, verfälschende Ausschnitte im BRD-Fernsehen.

Ich hatte im Äther ideologische Abwehr im Kalten Krieg für meinen Staat betrieben. Jetzt wird an derselben Stelle mit Inkompetenz und liederlicher, hassvoller Recherche «Stimmung gemacht», angeheizt. Ich verspüre Genugtuung, dass ich meinen Abgang begründen konnte und mit Würde vollzogen habe. So habe ich am 30. Oktober 1989 meinen Zuschauern bei einer Einschaltquote von 14 Prozent sagen können:

«Diese Sendung heute wird – nach fast 30 Jahren – die kürzeste sein. Nämlich die letzte. Eben hat sich noch einmal im Vorspann der Bundesadler – wie 1'519 Mal zuvor – auf unsere Fernsehantennen gesetzt. Und statt der verfremdeten Vorspannmelodie ‚Von der Maas bis an die Memel‘ wird dieser grossdeutsche Anspruch nur noch auf Staatsakten und in Schulen der BRD und bei der Bundeswehrmacht erklingen: So ernst, wie von Männern wie Waigel und Dregger und Damen wie Süßmuth und Willms gemeint.

Will heissen: Der Revanchismus bleibt uns erhalten. Der Klassenkampf geht weiter. Also auch die aktuelle streitbare Polemik. Der Sozialismus auf deutschem Boden, die Deutsche Demokratische Republik – sie sollen beseitigt werden. Deshalb ist das Vordringliche, Erstrangige, Wichtigste: der Frieden, die friedliche Koexistenz und die Erneuerung und Kontinuität unseres Vaterlandes, des ersten deutschen Friedensstaates.

Kontinuität: Das sind Gründung, Existenz und Leistungen unserer Republik. In wenigen Jahrzehnten, früher sagte man für 40

Jahre: Ein Menschenalter plus 10 Jahre, in einem guten Menschenalter also haben wir soziale und politische Ergebnisse erarbeitet und erkämpft wie noch kein deutscher Staat zuvor. Auf Neu-land! Also auch mit Irrtümern und Fehlern – die jedoch unsere Erfolge nicht ungeschehen machen, nicht verblassen lassen dürfen.

Erneuerung: Das bedeutet nicht zurück, sondern vorwärts – zu einem besseren, attraktiveren, noch mehr erlebbaren und letztlich siegreichen Sozialismus.

Dem muss unsere ganze Kraft gelten. Nichts darf uns dabei behindern, nichts eine neue Politik beeinträchtigen. Zuviel Gereimtes und Ungereimtes, Geglücktes und Missglücktes, Richtiges und Falsches müssen in Wort und Tat, im freimütigen Dialog und in unverzüglichem gemeinsamem Handeln ausgewogen werden.

Das erfordert Mass und Geduld, Gründlichkeit und Ehrlichkeit, Eingeständnis und Standhaftigkeit. Und viel Vernunft, die verständliche Emotion unter Kontrolle hält.»

SELBSTKRITIK

Warum ist diese «Hygiene im Äther» bei so vielen misslungen? Gewiss habe ich als «Renegat» meiner Klasse einen besonders harten, wenn auch sachlichen Ton angeschlagen. Verglichen mit der Tonart, die westliche Medien uns gegenüber anschlagen, war mein Ton immer noch eher der eines Damenkränzchens oder eines höheren Töchterpensionats.

Bei Marx und Lenin, Heinrich Heine und Bertolt Brecht habe ich Polemik, Satire und Ironie gelernt. «Polemisiert' doch nicht mit mir»: Was für eine törichte Redensart! Polemik ist nicht Demagogie. Polemisieren heisst, mit Argumenten streiten. Darauf wird doch wohl niemand ernsthaft verzichten ... Haben wir – auch untereinander – nicht viel zu wenig gestritten? Das Zynismus zu nennen, ist eine Begriffsverwechslung. Der Zyniker kann sich nicht ärgern und nicht freuen; ich kann mich masslos freuen und ärgern. Der Zyniker glaubt nicht an das, was er sagt; ich glaube seit 1932 an den Sozialismus, hasse die Unmenschlichkeit des Kapitalismus und bekenne mich auch heute noch dazu.

«Die Kommunisten erziehen zum Hass»? Nein, wir erziehen zur Liebe. Zur Liebe zum Menschen und zur Liebe zum Frieden. Aber kann man den Menschen lieben, wenn man Menschenfeinde nicht aus vollem Herzen hasst? Kann man den Frieden lieben und von Herzen verteidigen und erkämpfen, wenn man Kriegsinteressenten nicht hasst? Wer mein Vaterland ausrotten und ihm die kapitalistische Unordnung überstülpen will: Den soll ich nicht hassen? Also Hass als Selbstzweck, blinder Hass: Nein! Aber Hass als Kehrseite der Medaille, Liebe und Hass als dialektische Einheit: Dazu bekenne ich mich.

Polemik, Ironie und Satire sind legitime, ja unverzichtbare Mittel in der Publizistik aller Art, aber für manche ungewohnt, für viele, die gemeint sind, schmerzhaft; doch auch solche, die nicht gemeint waren, fühlten sich getroffen.

Doch die zunehmende Ablehnung des *Kanals* im eigenen Land – ich hatte immer noch höhere Einschaltquoten als gewisse publizistische Sendungen des ZDF und der ARD – war älteren Ursprungs. Bei zu vielen, namentlich jüngeren Bürgern ist es uns nicht gelungen, sie mit ihrem Staat zu identifizieren, ich meine, sozialistischen Patriotismus zu erwecken, Vaterlandsliebe, Stolz aufs sozialistische Vaterland und seine Erfolge, Mitverantwortung und Engagement bei neuen Erkenntnissen und bei der Überwindung auftretender Schwierigkeiten, die ja zunächst weniger eine Existenzkrise des Sozialismus sind als eine wichtige Umbruchphase vor der Jahrtausendwende.

Das Argument «Reisen»: Die halbe Welt stand offen, Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Bulgarien, die Sowjetunion. Aber «Reisen»: Das war ja «Westen». Soweit hatten es die Semantiker des Kapitalismus gebracht. Und unsere Reisemöglichkeiten in den Osten und Südosten Europas wurden durch misstrauischen Bürokratismus oft zum Ärgernis. Am sozialistischen Reiseziel angelangt, waren wir mehr und mehr «Deutsche II. Klasse», hatten mit unserer Währung das Nachsehen gegenüber der Westmark, erfuhren nur zu oft Herablassung, Geringschätzung und Benachteiligung.

Bei zu vielen haben wir – vornehmlich, wie wir heute wissen, durch eine falsche Wirtschaftspolitik – bewirkt, dass sie nicht das sozialistische und das kapitalistische Deutschland, deren Klassen-

inhalt und Klassenstreit sahen, sondern «das arme und das reiche Deutschland». Und wenn wir – namentlich ich im *Kanal* – im «reichen Deutschland» kapitalistische Gebrechen entlarvten und verlogene Kapitalisten bekämpften, fühlten sich manche bei uns getroffen, die gar nicht gemeint waren. Ich habe doch nicht «gegen die Bundesrepublik gehetzt», sondern die kapitalistische Ordnung und deren Praktiken erkennbar gemacht und kritisiert (alles, was jetzt auf dem Sprung ist, über unseren Staat und sein Volk herzufallen).

«Gegner» sind z.B. nationale oder internationale Fussballklubs, wenn sie um Meisterschaftspunkte oder Cupsiege kämpfen. Vorher und nachher sind sie mehr oder minder gute Freunde, sagen wir: Sportkameraden. Im Kampf der Klassen hingegen gibt es keine zeitweilige Kameradschaft, sondern nur Dauerfeindschaft.

Das gilt natürlich nicht für Tante Trina im kapitalistischen, nicht für Onkel Ottokar im sozialistischen Staat. Auch da fühlten sich manche zu Unrecht getroffen. Klassenfeindschaft betrifft Charakter und Praktiken des jeweiligen Staates, der jeweiligen Gesellschaft und derjenigen, die die Macht ausüben. Schon Marx und Engels hatten erkannt, dass die Geschichte «die Geschichte von Klassenkämpfen» ist. Will heissen: Auch eine Vereinigung Deutschlands wird den Klassenkampf nicht aufheben.

Klassenbewusstsein ist ein Produkt des Lernens, Wissens und der Erfahrung. Natürlich wird die ausbeutende Klasse dem Ausbeutenden nicht sagen: Wir kaufen deine Arbeitskraft und wollen uns den Mehrwert aneignen, den du erarbeitest. Da sie Macht über Medien und Bildung, Denken und Meinung besitzen, reden sie von «Arbeitgeber und Arbeitnehmer». Welche Umkehrung der Wahrheit: Der Werk tätige, der seine Arbeit gibt, heisst Arbeitnehmer. Der Unternehmer, der sich die Arbeitskraft nimmt und erkauft, heisst Arbeitgeber ... Da Klassenbewusstsein solcherart vertuscht, verwischt, verschüttet wird, muss es erweckt, bewusst gemacht und immer wieder mit Beispielen gefestigt werden.

US-Aussenminister Baker äusserte in Prag, es komme jetzt darauf an, dass «der Geist der Revolution von der Strasse in die Regierung übergeht»! Merkwürdig: Bisläng waren in der Geschichte

«Revolutionen» und «Strasse» für Konservative und Reaktionäre immer nur grösste Schreckgespenster, denn sie beschworen höchste Gefahr für den Kapitalisten herauf ...

Dennoch ist unleugbar, dass ehrliche Demonstranten im Herbst 1989 eine überfällige Entwicklung in Gang gebracht, dass sie Drang und Zwang zur Selbstreinigung ausgelöst haben. Sie wollten eine bessere DDR, einen besseren Sozialismus.

SAT 1 – SKANDAL

Am 7. Januar 1990 wurde ich an unsere szenische Fernsehdokumentation vom 4. März 1966 erinnert: «Gesucht und gefunden». Bei einer Talkshow in Bonn, eher provokatorisches Spektakel denn Gesprächssendung, las in der johlenden Menge, die man als «Publikum» geladen hatte, ein Mann vom Blatt ab, was ich ihm einst Böses angetan haben soll und was man ihm als Anklageschrift auf geschrieben hatte. Die Richtigstellung, an der mich die SAT 1-Moderatorin Dr. Heidi Schüller und ihr Pöbel hinderten, sei hier nachgereicht.

Dieser Herbert Kühn war ein westdeutscher Terrorist. Als Bombenleger hatte er in Paris, Südtirol und schliesslich in unserer Hauptstadt Berlin Attentate verübt. Die Rostocker *Ostseezeitung* wusste am 25. Februar 1966 zu berichten: «Unsere Staatssicherheitsorgane machten den westdeutschen Bombenleger Herbert Kühn unschädlich, der sich in der Bundesrepublik, bei der OAS und in Südtirol auf seine ‚Hauptaufgabe‘ vorbereitete. Im Prozess vor dem Obersten Gericht der DDR erklärte er: ‚Ich bin ein deutscher Nationalsozialist.‘»

Diesen Kühn hatte ich nach seiner Verurteilung interviewt. Er war einverstanden, dass ich die Aufzeichnung in einer szenischen Dokumentation über sein Leben verwende. Seine denkwürdigen Schlussworte auf Band: «Wenn ich hier rauskomme, mache ich dasselbe wieder. Und Sie sind der erste, der drankommt.»

24 Jahre später war ich in Bonn «dran»: dieser Kühn als Ankläger des «Stalinisten Schnitzler» und als Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie. Im amerikanischen Kriminalfilm würde in

solchem Fall der Verteidiger zum Staatsanwalt sagen: «Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Zeugen!»

Ich war in dieser Talk-Show bei SAT 1 kaum zu Worte gekommen. Niedergebrüllt, im ersten Satz einer Antwort von der zweiten, dritten, vierten Frage unterbrochen und unaufhörlich Beschimpfungen ausgesetzt, widerstand ich dem deutlichen Bestreben der beiden Moderatoren und der als Publikum geladenen Gruppe «ehemaliger DDR-Häftlinge», mich zu hetzen und fertig zu machen, und verliess die Runde nicht. Sollte Herr de Maizière, der erklärt hatte, es sei «unzumutbar für meine Parteifreunde, zusammen mit Herrn Schnitzler auf dem Bildschirm zu erscheinen», in den Kulissen auf meinen Protest-Aufbruch warten. Ich hatte noch nie Berührungsängste, aber auch keinen Anlass, für diesen Herrn meinen Platz vor der Kamera zu räumen. Sollte sich diese Art «Journalismus», diese Methode des Umgangs mit Andersdenkenden selbst entlarven.

Ob ich hätte überhaupt teilnehmen sollen? Moderatorin Dr. Schüller, kurz nach der Sendung abgesetzt, hat mir in meiner Wohnung solche Zusagen gemacht, dass ich nicht absagen mochte. Trotz ihres Olympischen Eids als Hürdenläuferin, trotz ihres Eids des Hippokrates als Ärztin ist keine ihrer Zusagen eingehalten worden. Das allerdings hätte ich auf Grund meiner Erfahrungen wissen müssen.

Dennoch – nicht ich war der Blamierte. Die Sendung war kaum zu Ende, als schon Telegramme, Telefaxe und Anrufe eintrafen, in denen mir Medien des In- und Auslandes anboten, bei ihnen das zu sagen oder zu schreiben, was auszusagen dem geladenen Gast von SAT 1 verweigert worden war. Und dass «Ossis» seither in westlichen Talk-Shows fairer behandelt werden, dürfte auch auf meinen SAT 1-Skandal zurückzuführen sein.

DRECKSCHLEUDERN

Die ständigen Verleumdungen häuften sich. Vom Feind in Umlauf gebracht, wurden sie fleissig verbreitet und von mehr und mehr meiner Mitbürger geglaubt: Schlösser, Villen, Ferienhäuser in allen schönen Gegenden der Republik, auf Mallorca, an der Riviera, in Lübeck, Celle, Bad Hersfeld und anderswo. Mercedes,

Swimming-Pool, sechsstellige Valutakonten in der Schweiz und überhaupt: Privilegien und ein Leben in Samt und Seide, bei Sekt und Kaviar.

Aber kein Bürgerkomitee klopft an meine Tür und fragt nach unverdienten Privilegien. Wer schwer arbeitet und keinen 8-Stunden-Tag kennt und weniger Feier- und Sonntage als andere hat, sollte es möglichst leicht haben. Aber nicht mehr. Alle zwei Jahre, im Wechsel mit dem Sommer auf der Datsche, Urlaubsreisen mit Frachtschiffen unserer Seereederei – in der Enge eines Küstenmotorschiffs bis zur Bewegungsfreiheit auf einem grossen Frachter – in Ost- und Nordsee, Atlantik, Mittelmeer und Stille Ozean: Sie waren teuer und wurden bar bezahlt. Wo Valuta nötig war, sprang meine Frau ein: Ungarn dürfen bei sich zu Hause Valuta tauschen, so dass während kurzer Liegezeiten Hafencities erschlossen werden konnten.

Meine Frau, Márta Rafael, sei eine «Warenhausdiebin», wussten Westmedien lauthals und mit fetten Buchstaben zu verbreiten. Eine mehr als 60jährige mit zwei Paar rosa Socken ... Sie sollte provokatorisch erpresst und abgeworben werden. Die Erfinder dieser famosen Idee im Westberliner Verfassungsschutz hatten sich nicht vorstellen können, dass «Schnitzlers Frau» keine DDR-Bürgerin war, sondern Ungarin. Weil man sich mit Ungarn nicht anlegen wollte, machte man rasch einen Rückzieher und entliess sie nachts aus dem Gefängnis. Aber für die Medien blieb natürlich bis heute «Schnitzlers Frau – eine Warenhausdiebin» (und für einige liebe Kolleginnen und Kollegen und für einen Abteilungsleiter im ZK auch).

Wen interessiert, dass Marta Rafael zu den wenigen Überlebenden einer alten ungarischen jüdischen Grossfamilie gehört? Dass ihr Bruder von faschistischen «Pfeilkreuzlern» ermordet wurde; dass sie sich selbst 9 Monate lang verborgen halten musste, als Globke und Eichmann die Judenvernichtung in Ungarn in grossem Umfang begannen? Heute beginnt eine sozialdemokratische Bürgermeisterin, in voller Kenntnis des Schicksals meiner Frau, einen ablehnenden Bescheid an sie mit den Worten: «Gerade Sie ...»

Márta, meine Kinder und Freunde genossen keinerlei Förderung durch mich und demzufolge so wenig «Privilegien» wie ich.

Im Gegenteil: Sie hatten durch Position, Tätigkeit und politischen Ruf ihres Mannes, Vaters oder Freundes erhebliche Nachteile.

Ich habe auch nie «mit Honecker zu Mittag gegessen», ihn nie in Wandlitz oder in seinem Büro besucht. Da waren ja der dilettantische, taube Herrmann, dessen Apparat zwischengeschaltet, mit denen ich von Beginn an in heftigem, aber hoffnungslosem Streit lag.

Meine Frau fährt heute noch «Trabant», wie auch ich 18 Jahre lang mit Freude und Überzeugung privat «Trabant» gefahren habe, ehe ich – seit 1966 nach einer Bandscheibenoperation unter ständigen Schmerzen lebend – mit 71 Jahren einen etwas weicher gefederten Lada-Samara kaufen konnte, korrekt, mit Anmeldung, zu einem damals horrenden Preis. Apropos: Es ist nur die Bandscheibe, nicht das Rückgrat...

Der leidgeprüfte Walter Janka, ehemaliger Direktor des Aufbau-Verlages und Opfer des «Stalinismus», was man immer darunter verstehen will: In seinen Büchern mit dem wirklichen Geschehen ohnehin nicht immer konform, hat er Lücken in seinem Erinnerungsvermögen, wenn er schreibt, während seines Prozesses seien «die anwesenden Schriftsteller wie Anna Seghers, Willi Bredel und Bodo Uhse – an der Schreierei nicht beteiligt gewesen, sie blieben stumm. Ihre Gesichter wurden fahl. Anders reagierten Eduard v. Schnitzler, Bernd von Kügelgen, Dr. Günther Kertzsch. Sie stiessen sich gegenseitig an und trommelten mit den Fäusten auf die Tischplatte. Wie wildgewordene Studenten nach einer wohlgefälligen Vorlesung.» Ich kannte Janka kaum. Ich war in diesem Prozess nicht anwesend. Kertzsch und Kügelgen ebenfalls nicht. Beide haben mit Erfolg auf Unterlassung geklagt. Ich habe aus Achtung vor Jankas Schicksal, seinen Leiden und den Folgen für sein Gedächtnis auf eine Klage verzichtet, obwohl diese böse Verleumdung von Mitgliedern des Deutschen Theaters öffentlich verlesen, vom Fernsehen der DDR zweimal ausgestrahlt wurde und just während dieser Niederschrift von der *Jungen Welt* nachgedruckt und verbreitet wird. Auf einen Brief hat Janka nicht geantwortet.

Zu meinen angeblichen «Westberliner Besuchen, Einkäufen und Fressorgien» fiel mir kürzlich eine Notiz der *Frankfurter Rundschau* vom 11.4.1966 in die Hände: «Über Funktionäre aus

Ostberlin und der DDR gibt es noch immer eine ‚Liste unerwünschter Personen‘, die bei Betreten Westberlins zurückgeschickt werden. Bürgermeister Albertz teilte am Mittwoch in Berlin mit, dass das nach dem Bau der Mauer aufgestellte Verzeichnis jetzt überarbeitet werden und weniger Namen als früher aufweisen soll. Er lehnte es jedoch ab, die Anzahl der in der Schwarzen Liste Aufgeführten zu nennen. Der Ostberliner Staranwalt Prof. Kaul und der Starkkommentator des DDR-Fernsehens, von Schnitzler, gehörten aber dazu.»

WARUM ICH IN DEN OSTEN GING?

Meine Überzeugungen und Vorsätze entspringen der Vernunft, intensivem Studium von Geschichte und Zeitgeschichte und eigenen Erfahrungen. Wie Kriege gemacht werden, habe ich erlebt und beschrieben. Im Berliner Polizeipräsidium, auf Berliner Straßen, bei der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse und in der Tempelhofer Columbia-Kaserne, im Gefängnislazarett in Eberswalde, im Strafbataillon in Afrika, auf jugoslawischen und sowjetischen Kriegsschauplätzen und im französischen Maquis erfuhr ich, wie unmenschlich der Kapitalismus ist, wenn es um «1.000 Prozent Profit» geht.

Auf der Anklagebank des Nürnberger Gerichts der Völker sah ich die jämmerlichen Werkzeuge. Der einzige wirkliche «Macher» unter den Angeklagten, Bankier Hjalmar Schacht, wurde freigesprochen. Als uns im verdunkelten Gerichtssaal mit Filmbildern die furchtbaren Folgen von Herrenmenschentum, grossdeutschen und Weltherrschaftsträumen, Rassismus und Chauvinismus gezeigt wurden und wir auf der Zuschauertribüne vor Entsetzen erblassten und verstummten, rekelte sich Hermann Göring wenige Meter vor mir ungerührt auf der Anklagebank. Schacht, Finanzier und Nutzniesser des Völkermords, blickte indigniert. Und alle versicherten vor der Urteilsverkündung – auch das habe ich erlebt – ihre Unschuld: frech der eine, beleidigt der andere, ungerührt und unberührt der Rest.

In London hatte ich bei Kriegsende durch das Verbot einer meiner Kommentare in der BBC (durch Churchill persönlich veranlasst, wie ich später erfuhr) zu ahnen begonnen, dass die Briten

und Amerikaner versuchten, den Hitlernachfolger Admiral Dönitz und dessen Naziregierung in Flensburg in der Hoffnung zu tolerieren, es komme zu einer Umkehrung der Fronten: die Deutschen an der Seite der Westmächte gegen die Sowjetunion. Im Hamburger Rundfunk erlebte ich die Renazifizierung, in Köln erreichte mich die britische Weisung: «Antifaschistisch» und «reaktionär» seien «kommunistische Terminologie und folglich zu vermeiden ...»

Im Juni 1947 wurde ich als Berichterstatter Zeuge jener Konferenz, zu der Bayerns Ministerpräsident Hans Erhard die Ministerpräsidenten aller deutschen Länder in West und Ost nach München geladen hatte. 17 Ministerpräsidenten und Bürgermeister von Stadtstaaten waren versammelt und bekundeten, wie sie zur Einheit Deutschlands standen. Im Fernsehen der BRD wurde 1987 wörtlich bestätigt, was ich 40 Jahre zuvor als Augenzeuge erlebt hatte: «200 Reporter aus aller Welt sind auf den Ausgang der Gespräche gespannt. Sie müssen nicht lange warten. Die Ostzonalen bestehen darauf, das Modell eines deutschen Einheitsstaates zu erörtern. Genau das ist den Westzonalen verboten. Die Ostdeutschen reisen wieder ab.»

Warum musste ich Ende 1947 meinen Posten als amtierender Intendant des Kölner Rundfunks verlassen? Warum erhielt ich in Hamburg nur noch eine Schonfrist als Kommentator? Weil man genau wusste, dass ich den Schwindel der Londoner Konferenz nicht mitgemacht hätte: Dort fielen bis zum 6. März 1948 die Beschlüsse zur Spaltung Deutschlands. Die «Londoner Empfehlungen» befahlen den Ministerpräsidenten der drei Westzonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen: «Auf dem Territorium der westlichen Besatzungszonen soll ein Staat errichtet werden!»

Solche Erlebnisse und Fakten bestärkten mich in meiner Grundhaltung. Ich ging in die sowjetische Zone und kommentierte fortan am «Berliner Rundfunk» und am «Deutschlandsender» Erscheinungen und Entwicklungen im abgespalteten Teil Deutschlands und in Westberlin. Im Fernsehen übernahm ich einige Jahre lang den *Treffpunkt Berlin*. Er war als Rundfunk-Gesprächssendung entstanden auf dem Treffen von Journalisten in Berlin: Herbert Gessner aus München, Hans-Günter Cwojdrak

aus Hamburg, Helmut Schneider aus Frankfurt (Main), Dr. Karl-Georg Egel und Schnitzler aus Köln – unter der Leitung von Michael Storm vom «Berliner Rundfunk», der später als Markus Wolf so viel Gutes zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik und des Friedens geleistet hat.

PUBLIZISTIK

Vom Rundfunk endgültig zum Fernsehen übergewechselt, wurde ich Chefkomentator und leitete ab 1968 die «Kommentatorengruppe», die mit Heinz Grote, Günter Herlt, Günter Leucht und mir zu einem sensiblen und flexiblen Kollektiv mit eigenwilliger, origineller und aktualitätsbezogener, natürlich auf Parteidisziplin beruhender Argumentation wurde. Zugleich gestaltete jeder von uns auch andere Sendungen. Ich wandte mich mit dem Regisseur Lutz Kohlert einem viel zu wenig genutzten fernsehspezifischen Genre zu: der szenischen Dokumentation.

Es ging darum, Leben und Wirken von Persönlichkeiten oder politische und historische Vorgänge, ihre Ursachen und Wirkungen streng dokumentarisch darzustellen und transparent zu machen. Wenn dokumentarische Filmbilder, auf die es im Wesentlichen ankam, nicht vorhanden waren, blieb die szenische Rekonstruktion. Sie erfolgte durch Schauspieler, deren Texte und Umgebung streng historisch belegt waren.

Ich glaube, 18 oder 20 solcher szenischen Dokumentationen haben wir gesendet, meist zur aktuellen, beweiskräftigen Entlarvung solcher Leute wie Globke: Schreibtisch-Judenmörder, Erfinder des Gelben Sterns und der Denunziation jüdischer Mitbürger mit dem Zusatznamen Israel und Sarah, Mitautor und Kommentator der Nürnberger Rassengesetze und nach der Wende, als Adenauers erster Staatssekretär, oberster Personalchef der jungen Bundesrepublik.

Eine Dokumentation hiess «Kein Platz für Gereke». Dr. Dr. Günther Gereke hatte seine Laufbahn als Verwaltungsbeamter begonnen und war 1917 königlich-preussischer Landrat in Kyritz, dann in der Weimarer Republik im Kreis Torgau. Deutschnational, trat er 1933 als Arbeitsminister in die erste Hitler-Regierung ein. Doch dann lernte der Kritiker des Dritten Reiches sein Land

auch von der Gefängnisseite her kennen und wurde zum «Reichsfeind» erklärt. Als solchem blieb ihm auch Folter nicht erspart. Nach dem Kriegsende Mitglied der Adenauerschen CDU, bekleidete er das Amt des Stellvertretenden Ministerpräsidenten von Niedersachsen. 1950 traf ihn wiederum die Denunziation «Reichsfeind Nummer 1»: Westdeutsche Gazetten nannten ihn so, weil er im Auftrag niedersächsischer Bauern und Konservenarbeiter in die Deutsche Demokratische Republik gefahren war, um lebenswichtige Handelsverträge abzuschliessen. Das war wider den Zeitgeist. Auf Grund der folgenden heftigen Auseinandersetzung suchte Gereke schliesslich Asyl in der DDR und wurde erfolgreicher Präsident der «Zentralstelle für Zucht- und Leistungsprüfungen der Vollblut- und Traberpferde».

Er hatte allen Grund, über die Grenze zu wechseln. 1952 fuhr ein starker amerikanischer Wagen auf der Autobahn Tannenberg–Hannover mit hoher Geschwindigkeit so geschickt ein Auto an, dass er selbst unerkannt und fast unbeschädigt entkommen konnte, während der deutsche PKW an einem Baum zerschellte. Der getötete Insasse hiess Dieter Daerr – er war Mitarbeiter von Dr. Gereke. Wenige Tage vorher war bei ihm ein Herr namens Zimmermann erschienen, hatte einen Ausweis des «Bundesamtes für Verfassungsschutz» vorgezeigt und versucht, Daerr mit Drohungen und einer grossen Bestechungssumme von seinem Kampf für die nationalen Interessen abzubringen und Auskünfte über Dr. Dr. Gereke zu geben. Einige Tage später war er tot, die Akten über seinen mysteriösen Unfall wurden durch alliierten Eingriff bei der Staatsanwaltschaft in Hannover beschlagnahmt und sind seitdem verschwunden. MI-5 lässt grüssen ... Immerhin ging es um einen stellvertretenden Ministerpräsidenten, der mit seinem persönlichen Mitarbeiter in den Osten emigrieren wollte ...

DU UND MANCHER KAMERAD

Anfang der 50er Jahre habe ich für und mit Andrew Thorndike, dem bedeutendsten deutschen Dokumentarfilmregisseur, das Drehbuch «Du und mancher Kamerad» geschrieben: Vorberei-

tung, Entfesselung, Führung und Folgen der beiden Weltkriege unseres Jahrhunderts, ihre Hintergründe und Hintermänner.

Allein um den Titel gab es Streit im Politbüro. Denn bis dahin hatte gegolten: Deutsche Soldaten gleich faschistische Verbrecher. Meine Auffassung war schon längere Zeit: Täter und Opfer zugleich. Es war Wilhelm Pieck, der in diesem Sinne entschied. Und wenn Jahrzehnte später das Mahnmal Unter den Linden in Berlin «den Opfern des Faschismus und Militarismus» geweiht wurde und im Innenraum Erde nicht nur aus allen Konzentrationslagern, sondern auch von den grossen Schlachtfeldern in Ost und West eingebettet sind, darf mit Fug und Recht gesagt werden, dass die heftige Diskussion um «Du und mancher Kamerad» zu dieser Versöhnung innerhalb des deutschen Volkes beigetragen hat.

Auch der Lauterkeit der Putschisten vom 20. Juli 1944 wurden wir als erste gerecht – aus meiner Überzeugung: Wer auch nur einen Finger gegen Hitler und den Krieg gerührt hat, aus welchem Motiv und mit welcher Zukunftsabsicht auch immer, er gehört in die Ehrengalerie der deutschen Geschichte. «Revolution am Telefon» von Karl Gass und mir war die erste filmische Dokumentation zur Wende in der Betrachtung antifaschistischen Widerstandes.

Ich will's kurz machen: Zahlreiche «Heimatreportagen fürs Fernsehen, mehrteilige Reisereportagen aus der Sowjetunion, dem Irak, dem Libanon, aus Syrien und Ungarn; eine Weltfotoausstellung mit 20.000 Bildern aus 81 Staaten – in DDR-Städten und in Warschau, Prag und Moskau. Ein gleichnamiger Bildband: «Vom Glück des Menschen». Ein Filmbericht über die sensationelle Ulbricht-Reise zu Nasser nach Ägypten. Dreimal Präsident der Internationalen Jury der Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche, dann jahrelang Vizepräsident des Komitees dieser weltweiten Veranstaltung; Initiator der Aktion «Filmschaffende spenden Blut für Vietnam»; Teilnahme an internationalen Kongressen in Polen, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion; Reporter auf internationalen Konferenzen in Genf, Paris, Berlin, Moskau, Warschau, Budapest, Prag, Bonn; Berichterstatter zahlreicher Vertragsparaphierungen und -Unterzeichnungen.

Meine Auftritte und Tätigkeiten in der Öffentlichkeit wurden in den westlichen Medien stets gehässig vermerkt und verleumderisch kommentiert.

«DER GETEILTE MICHEL»

Anfang der 60er Jahre bekamen Lutz Kohlert und ich den persönlichen Auftrag Walter Ulbrichts, einen mehrteiligen «utopischen Dokumentarfilm mit Spielszenen» zu schreiben, zu drehen, zu kompilieren: «Der geteilte Michel». Stundenlang erläuterte uns Ulbricht das Projekt einer Konföderation beider deutscher Staaten. Unser Film sollte auf künstlerischemotionale Weise darauf vorbereiten, dass zwar ein Zusammenlegen beider deutscher Staaten mit ihren unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen nicht möglich sei, aber die Schaffung eines «gemeinsamen Dachs» über beiden souveränen Staaten mit gemeinsamen Institutionen der Sicherheit, der neutralen Aussenpolitik, der Kultur denkbar.

Es ging um die Konföderation. Mehr als zwei Jahre haben wir an dem Projekt gearbeitet, mit wiederholten Rücksprachen bei Walter Ulbricht, der unserem 6-bändigen Drehbuch schliesslich zustimmte.

Allerdings bemerkten wir in jener Zeit zunehmend, dass Ulbrichts Gedanke einer Konföderation keineswegs der kollektiven Meinung des Politbüros entsprach, vor einigen Mitgliedern sogar geheimgehalten wurde. Eines Tages wurden wir aufgefordert, ein Exemplar der noch in Arbeit befindlichen Manuskripte an das Büro Hager zu schicken. Wenig später verwarf Kurt Hager in einem Gespräch die Idee, entwickelte andere, abwegige, nicht zu realisierende Vorschläge. Und damit war das Projekt gestorben. Unverkennbar gab es schon damals (Anfang 1960) unterschiedliche, ja entgegengesetzte Meinungen im Politbüro und wohl auch im Kreml zur Lösung Konföderation.

Ungereimtheiten in der Informationspolitik und offenkundige Mängel leitender Mitarbeiter hatten mich veranlasst, am 20. Oktober 1950 in einem Memorandum an das Politbüro meine kritische Meinung zu unserer Rundfunk- und Pressearbeit niederzulegen:

«Ich muss vorausschicken, dass die Kritik an unserem ‚Holzhammerprogramm‘ der Inhalt unzähliger Sitzungen ist; dass es an Hinweisen, Warnungen und Ratschlägen von verschiedenen Seiten nicht gefehlt hat; dass jedoch niemals eine Änderung eingetreten ist, obgleich die Richtigkeit der Kritik und der Warnungen immer wieder anerkannt wurde (...) Nach wie vor prasseln auf den Hörer in jeder Wortsendung Schlagworte, stereotype Wendungen verärgern ihn und machen ihn für den durchaus richtigen Inhalt der Sendungen taub (...) Obgleich ich jede Woche ein bis zwei Tage in Ländern der Republik unterwegs war und meine Augen und Ohren offenhielt, obgleich ich mit Menschen aller Klassen und Anschauungen spreche, ist mir weder in der Republik noch in Berlin, noch im vorigen Jahr in Westdeutschland, noch in meiner umfangreichen Hörerpost ein Hörer begegnet, der eine positive Einstellung zu unseren Sendern hatte (mit Ausnahme einiger Genossen und einzelner konkreter Sendungen). Vor allem aber ist die Mehrzahl der uns leitenden Genossen zwar fähig, eine Sendung auf ihren richtigen politischen Inhalt hin zu beurteilen, ob sie Fehler enthält oder nicht; aber es fehlt vielen an Fähigkeit und Erfahrung, an der Verbundenheit mit den Massen, an der Kenntnis der wirklichen Situation in Berlin, in den volkseigenen Betrieben und Städten der Republik, auf dem Lande usw., beurteilen zu können, ob unsere Sendungen auch den richtigen Ton treffen, ob sie ‚ankommen‘, ob sie die Ohren, den Verstand und die Herzen der Hörer öffnen oder nicht. Die Angst vor dem Vorwurf des Formalismus und Objektivismus hat bei der Masse der Redakteure zu einer strafwürdigen, an unwissentliche Sabotage grenzenden Vernachlässigung von Sprache und Form geführt – und zwar noch einmal: Sowohl aus Unkenntnis der Umwelt, in der wir leben und über die und in die hinein wir doch sprechen, als auch aus fachlicher Unkenntnis der besonderen Gesetze, Möglichkeiten und Forderungen des Rundfunks, insbesondere der Psychologie.»

Das war 1950. Es änderte sich nichts. Und so wandte ich mich am 18. Dezember 1965 auf einer Parteikonferenz im Rundfunk, an der höchste Parteifunktionäre teilnahmen, an diese und sagte nach

einem ausführlichen, begründeten Hochachtungserweis für die Leistungen unserer Werktätigen und Künstler:

«Genossen, das alles bewirken wir doch nicht allein, dazu führen und befähigen wir doch die Menschen! Menschen, die zum grösseren Teil noch keine hochgebildeten Marxisten sind, keine Philosophen, keine Historiker; deren Menschwerdung im sozialistischen Arbeitsprozess erfolgt, deren Bewusstseinsbildung ein fortgesetzter Prozess ist, den wir beeinflussen! Den aber auch der Feind zu beeinflussen sucht! Ich rede jetzt hier nicht einmal von der direkten ideologischen Unterwanderung, die bei uns immer noch gern unterschätzt wird. Nein, ich meine die ganz einfachen Interessen des Durchschnittsbürgers, Des Durchschnittsbürgers wohlverstanden, der ein bisschen politisch interessiert ist: Er lebt in der DDR, und die neue DDR ist für ihn schon vertraut geworden, unsere Errungenschaften sind für ihn Selbstverständlichkeiten. Aber er hört auch nach drüben, und die Bonner Regierung, den Schöneberger Senat gibt's für ihn auch; und die spielen dort ein ungeheures demokratisches Scheinspiel mit öffentlichem Meinungsstreit und Personenstreit; Regierungsbildungen erfolgen dort scheinbar in aller Öffentlichkeit; es wird mit Stimmzetteln geheim gewählt; man kämpft gegeneinander: so bietet sich das Bild doch dar, auch wenn's nicht stimmt. Wer ist nun der Mensch, den wir überzeugen wollen? Ist das der sozialistische Mensch aus der Retorte? Oder ist es der, der inmitten dieser ganzen Widersprüche lebt, sie sieht und loyal zu unserem Staat steht, von der Richtigkeit unseres Weges im Wesentlichen überzeugt ist und dennoch nicht unberührt von feindlichen Meinungen und Einflüssen ... Das ist doch unser Adressat. Es ist weniger unsere Aufgabe, Genossen zu überzeugen oder Funktionäre zu befriedigen oder dazu beizutragen, dass Strichlisten abgehakt werden: Dieser Schwerpunkt ist behandelt worden, jener noch nicht; sondern dieser Mensch mit seinen Widersprüchen, in seinem fortschreitenden Bewusstseinsprozess – er ist doch das Objekt unserer Agitation.

Genossen, wenn Ihr mir soweit folgt, müsst Ihr mir auch weiter folgen: Dann ist zwar die erfolgreiche Rationalisierung in einem Betrieb unserer volkseigenen Düngemittelindustrie, historisch gesehen, wichtiger als alles, was man in Bonn tut oder lässt.

Aber wenn am gleichen Tag die Bonner Regierung platzt, weil die FDP-Minister austreten, dann darf nicht zuerst unsere Düngemittelindustrie kommen und nach 17 Minuten die Meldung vom Platzen der Bundesregierung. Wir sind doch nicht das Ausssenministerium. Das hat nichts mit der Wertigkeit der Ereignisse zu tun, sondern allein mit Aktualität, der Informationspflicht und dem Interesse, das wir zu erwecken und zu befriedigen haben.»

WIDERWORTE SIND KEIN WIDERSTAND

Gewiss, es gab in der Zeit der Deformation Worte und viele Widerworte. Als Joachim Herrmann, neugebackener Sekretär des Zentralkomitees für Agitation und Propaganda, bei seinem ersten Auftritt auf einer Parteiaktivtagung im Fernsehen dekretierte, die *Aktuelle Kamera* müsse «abends das sein, was morgens das *Neue Deutschland* ist», hielt ich entgegen, dass doch beide Medien völlig unterschiedliche Adressaten hätten und allein schon die Psychologie unterschiedliche Methoden gebiete (im Fernsehen kann man nicht zurücklesen, man muss durch Kürze, Abwechslung und mit Überraschungseffekten am Um- und Abschalten hindern ...). Die Diskussion war hart und ergebnislos.

Bei seiner SED-Chefredakteur-Konferenz in Kleinmachnow richtete ich nach Herrmanns Referat an ihn die Frage nach der Ausschliesslichkeit von «Erfolgsmeldungen»; das völlige Verschweigen von Fehlern und Missständen stelle unsere Glaubwürdigkeit infrage. Herrmanns Antwort war keine. (Ausserdem nahm er mir vielleicht übel, dass ich ihn versehentlich mit «Werner» ansprach: Werner Lamberz, sein Vorgänger, leider in Libyen unter verdächtigen Umständen bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommen, war ein gebildeter, aufgeschlossener Politiker, prinzipienfest und flexibel, sachlich und ehrlich; er konnte zuhören, genoss Vertrauen und war sehr wohl fähig, Sackgassen zu erkennen und eine Wende herbeizuführen. Herrmann dagegen konnte nicht zuhören, liess nicht ausreden, war besserwiserisch, taub, ungeduldig und herrisch.)

Auf dem letzten Journalistenkongress in der DDR (Ende 1988

im Saal der Volkskammer) habe ich nach einem nichtssagenden «Rechenschaftsbericht» und zwei unerträglichen «Diskussionsreden» aus dem Stegreif eine harte, kritische Rede gegen unsere Informationspolitik gehalten. Nur zwei Sätze daraus, gerichtet an die im Präsidium sitzenden Chefs der ZK-Abteilung Agitation, an der Spitze Joachim Herrmann: «Ihr fordert von uns Journalisten eine persönliche Handschrift. Hat sie einer, geht Euer grosser Hobel drüber, bis alles gleich aussieht. Ihr fordert von uns ‚Mut zum Risiko‘. Hat ihn einer, bekommt er bestenfalls einen Tritt vors Schienbein.» Die Journalisten brachen in erlösten Beifall aus. Im Präsidium herrschte eisiges Schweigen ...

Auf einem Forum im Deutschen Theater habe ich sehr kritisch zu unserer Informationspolitik Stellung genommen. Postwendend wurde das dem Zentralkomitee hinterbracht, und ein paar Tage später tadelte mich Abteilungsleiter Heinz Geggel, natürlich im Auftrag von Herrmann: «Seit wann machst Du unsere Informationspolitik schlecht?» Meine Antwort vor umstehenden Genossen: «Da ist nichts dran schlecht zu machen, sie ist schlecht.»

Ich will mich mit diesen und anderen Vorgängen nicht als Widerständler oder als Wendehals gebärden, der es «schon immer gewusst» hat. Ich habe aber auch nicht aus «Angst um die Karriere» warnende Memoranden unterlassen oder eindringliche Kritik zurückgehalten oder auf kleine Kreise beschränkt. Es ging mir nicht um persönliche Vor- oder Nachteile, sondern ich wollte den *Schwarzen Kanal* nicht gefährden, ihn vielmehr schützen und retten. Die parteiliche ideologische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und seiner Praxis war richtig und geboten. Sie ist heute – nachdem der Medienimperialismus im Kostüm einer «Pressefreiheit» einen Sieg errungen hat – gerechter und gebotener denn je. Den Verzicht auf Feindbild und Klassenkampf, die verbreitete Würdelosigkeit und Unterwerfung unter anmassende Bonner «Wahrheiten» halte ich für schädlich und verhängnisvoll.

LENIN UND DIE PRESSEFREIHEIT

Ich kann heute – Ende 1990 – immer noch nicht entscheiden, ob Lenin 1912 in seinem Brief an Mjasnikow nicht doch recht hatte. Der führende Kommunist Mjasnikow forderte damals «Pressefreiheit für alle, von den Monarchisten bis zu den Anarchisten». Lenin schrieb ihm:

«Wie konnten Sie von der allgemeinen Klasseneinschätzung, das heisst vom Standpunkt der Wechselbeziehungen aller Klassen, zu einer sentimental-spiesserhaften Einschätzung hinabgleiten? (...) Sie haben sich durch eine gewisse Anzahl trauriger und bitterer Tatsachen beirren lassen und haben die Fähigkeit verloren, die Kräfte nüchtern einzuschätzen (...) Nicht der Säuberung der kommunistischen Partei von einer Reihe ihrer Schwächen, Fehler, Übelstände, Krankheiten wird die ‚Pressefreiheit‘ dienen, denn das will die Weltbourgeoisie nicht. Die Pressefreiheit wird vielmehr zu einer Waffe in den Händen dieser Weltbourgeoisie werden. Sie ist nicht tot, sie lebt (...) Sie steht neben uns und lauert (...) Sie haben sich von einer Panikstimmung überkommen lassen und sind auf dieser schiefen Ebene soweit hinabgeglitten, dass es beinahe so aussieht, als wollten Sie eine neue Partei gründen oder Selbstmord verüben.» (Lenin, Werke, Band 32, S. 528)

Achtundachtzig Jahre später – am 13. Februar 1990 – entnahm ich der Beilage unseres DDR-»Börsenblatts«, dass Rechtsanwaltsbüros in Hamburg für 63 Zeitungen in der Deutschen Demokratischen Republik Titelschutz fordern (ich schrieb schon darüber).

Den *Spiegel* haben wir ja schon – für Westmark oder zum Schwindelkurs. Er zierte denn auch den Titel seiner Nummer 3/90 mit der Schlagzeile «Der Drahtzieher» und einem Foto Gregor Gysis, wie es Streichers *Stürmer* nicht anders retuschiert hätte (wenn es damals schon farbige Zeitungsaufnahmen gegeben hätte). Im Text wurde der Vorsitzende der Partei des Demokratischen Sozialismus «forsch-frischer Winkelzüge-Advokat» genannt, «Trickser», «Schausteller», «Heuchler mit Anfällen von Ehrlichkeit», «Demagoge mit der biedereren Schiebermütze als Tarnkappe», «strotzend vor Arroganz der Macht». *Spiegel*-Leserin Prof. Dr. Helga Einsele empörte sich in einer Zuschrift: «Beim

ersten Blick auf die Titelseite (...) war ich so bestürzt, dass ich an eine Kündigung meines Abonnements dachte. Ist der *Spiegel* wirklich antisemitisch, wie behauptet wird? (...) Der Artikel zum Titelbild, in dem in alle populistischen Hörner gebuht wird, gibt wenig Beweiskräfte für dieses Bild her: Bei Gott berechnete, aber alte Anwürfe gegen SED und Stasi werden mit vorzeitigen und insofern unbewiesenen Unterstellungen und Verdächtigungen gegen Gysi vermischt.»

Spiegel-Leser Dr. Ludger Heid zieht böse historische Parallelen: «Der *Spiegel* sollte in den Arsenalen deutsch-völkischer Zeitungen und Flugblätter einmal nachsehen und -lesen, wie dort Politiker wie beispielsweise Toller, Mühsam, Landauer, Eisner oder Leviné abgebildet und charakterisiert wurden. Sie waren nach völkischer Weltanschauung ‚jüdisch-bolschewistische Hintermänner, revolutionäre Hetzer, Helfershelfer, politische Nutznießer‘, eben ‚Drahtzieher‘ auf der politischen Bühne, denen man alle Schuld in die Schuhe schieben konnte. Der *Spiegel* erweckt mit seinem Titelbild gespenstische Assoziationen: Indem er sich ‚klassischer‘ antisemitischer Stereotype bedient, knüpft er an die Tradition deutsch-völkischer Agitation an.»

DEUTSCHLAND – EINIG FERNSEHLAND

Die Medien der anderen Seite sind mit der «Wende» nicht über Nacht zu reinsten Quellen der Wahrheit und der redlichsten Informationen geworden. Schludrige Recherche, Falschmeldungen und Dementis, Denunziationen und Entschuldigungen, Vorverurteilungen und Anheizen, Aufputzen von Gefühlen statt Beiträgen zur Information und zur Besonnenheit kennzeichnen derweil die Tätigkeit mancher Mitarbeiter der Medien auch bei uns. Enthüllungsjournalismus als «Dritte Gewalt», Journalisten, oft ohne Lebenserfahrung und Geschichtskennntnis, als Denunzianten, Richter, Scharfrichter gar: Einige haben schnell gelernt bei Springer und *Bild*, Löwenthal und ZDF, Augstein und ARD, *Super* und Rudolf.

Wie nötig wäre es heute, den Einmischungs-, Manipulierungs-, Fälschungs- und Destabilisierungskünsten gewisser Medien ent-

gegenzutreten und die geheimdienstliche, organisatorische Rolle gewisser Medienvertreter zu enthüllen. Wie einseitig, fern jeder Pluralität wird die Informationspolitik erst sein, wenn «unsere» Zeitungen von westdeutschen Verlagen geschluckt und von Westjournalisten bedient werden, wenn «unser» Fernsehen «abgewickelt» wird – kurz und noch einmal: wenn es keine Alternative zum Medienimperialismus mehr gibt.

Bestechung, Korruption, gekaufte Minister und Abgeordnete gibt es in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung natürlich nicht. Von unredlich erworbenen Vermögen und Liegenschaften hat man jenseits von Elbe und Werra nie etwas gehört. Onkel Alois, Coop, Neue Heimat, Abhörskandale, der Flick-Skandal mit Beteiligten und Verurteilten in Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen, Parteien und Wirtschaft: Diese Zeitungsfüller müssen sich wohl mehr als 40 Jahre lang auf einem andern Stern abgespielt haben.

Apropos *Stern* oder auch *Spiegel*: Geschichtsklitterungen mit gefälschten Hitler-Tagebüchern und einem Hitler als «Alleintäter»: Sie gehören natürlich ins Reich der Fabel. Man war immer «frei und unabhängig»: Gerstenmaier, Strauss u.a. haben nie das Parlament belogen, sondern sind «auf eigenen Wunsch zurückgetreten». Barschel muss irgendwo hinter Parchim Ministerpräsident gewesen sein. Gästehäuser der Regierung, der Parteien, Gewerkschaften und Grossbetriebe sind in der BRD und in Westberlin weithin unbekannt, Grauhandel und Geldwäsche in jenen Gefilden Fremdworte. Dienst- und Privatflüge mit Maschinen der Bundesluftwaffe? Gemeine Verleumdung. Atomunfälle von Brunsbüttel bis Bayern? Nie gehört. Waffen, einschliesslich U-Boote, für Südafrika, Israel, Chile und südamerikanische Kontaras? Pure Verleumdung. Bonns und Schönebergs Regierende und Parteiführer sind längst vom Mercedes und BMW auf Trabant umgestiegen. Überhaupt fährt man meist Fahrrad und wohnt nicht in Villen und Feriendomizilen, sondern in Hütten. Friede also den Hütten zwischen Bonn und München, Sylt und Alpen, Bayern und Adria! Krieg den Palästen in der DDR!

So kann man prächtig vom Pangermanismus, von der Gier nach Eingemeindung der DDR und von eigenen Gebrechen und

Verbrechen ablenken und sich als Ankläger des roten Beelzebubs aufspielen.

Nein, dieses Buch kann vom Umfang her kein Kompendium kapitalistischer Alltäglichkeiten werden. Aber vielleicht wäre für die Adressaten solcher «Informationspolitik» ein Blick in die Bibel von Nutzen. Dort wäre immerhin nachzulesen: «Sehet Euch vor vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu Euch kommen, inwendig sind sie aber reissende Wölfe.» Und Apostel Paulus schrieb in einem seiner Briefe an die Römer: «Darum, O Mensch, kannst Du Dich nicht entschuldigen, wer Du auch bist, der da richtet. Denn worum Du den anderen richtest, verdammt Du Dich selbst, weil Du eben dasselbe tust, was Du richtest.»

Gibt es z.B. einen einzigen Staat in der Welt – ohne Geheimdienst? Gibt es beim rheinischen Ahrweiler keinen «Regierungsbunker für den Ernstfall»? Werden dort nicht Jahr für Jahr Übungen durchgeführt – mit stellvertretenden Ministern und einem Bundeskanzler-Darsteller mit Nachrichten-Manöver? Aber dass es in Wandlitz genauso eine Einrichtung für den Spannungs- und Ernstfall gab: Pfui Teufel, da sieht man wieder die kommunistische Willkür ... Führen Bonns Innenministerium und Geheimdienste keine Listen, in denen Hunderttausende von Bundesbürgern erfasst sind, die im Spannungs- oder Ernstfall interniert werden sollen? Das Normale, international Übliche, nicht gerade in der Öffentlichkeit Diskutierte: In der DDR wird's zum «SED-Verbrechen».

WIR SIND DOCH ALLE DEUTSCHE

Mein Bekenntnis zur Deutschen Demokratischen Republik ist kein Nationalismus, sondern legitimer Nationalstolz – im besten Sinne des Wortes. Ich bin Patriot meines sozialistischen Vaterlandes, denn meine Republik ist deutsch – im Sinne Goethes und Thomas Manns. Die Wurzeln dieses Staates reichen tief, in die besten Traditionen unserer Geschichte. Und dennoch – oder gerade deswegen: Nationalität – deutsch! Staatsangehörigkeit – Deutsche Demokratische Republik!

Ein Erlebnis im Frühjahr 1967 mag die Neigung erklären, der

gängigen Formulierung «Wir sind doch alle Deutsche» mit Skeptis zu begegnen, zumindest auf einer gewissen Differenzierung zu bestehen:

Vier Wochen lang lebte ich in einem Sanatorium von Weltrup vorwiegend inmitten von Bundesbürgern. Wir waren Kurgäste in einem sozialistischen Staat. Fernsehzuschauer aus Hannover liesen sich herab, mit dem «ostzonalen Kommentator» ein Gespräch zu führen: «Wir sind ja schliesslich alle Deutsche». Ausserdem stand gerade mal wieder in ihrer Zeitung, ich sei «abberufen», «abgesetzt», «aufs Nebengleis geschoben».

Bald gab es Streit. Zunächst nicht mit mir. Rudi und Heinz waren uneins, ob die 42. oder 44. Division «bei Monte Cassino den entscheidenden Schlag geführt» habe.

Der Steinmetz aus Süddeutschland konnte sich nicht genug darin ergehen, «die schönste Zeit meines Lebens» zu preisen: «auf der Krim». Nun ist die Krim in der Tat schön und Intourist ein kulantantes Reisebüro. Der Steinmetz meinte indes die Krim im Krieg: «Sewastopol und so». Das allerdings war damals, wie ich mich zu erinnern glaube, für die Einwohner der Krim wie für die meisten Europäer nicht gerade «die schönste Zeit ihres Lebens». Dieser vergnügungssüchtige Steinmetz war auch Deutscher ...

Eine brave Handwerker-Gattin namens Krimhilde spricht lieb von ihren Kindern und Enkeln, geht gewiss sonntags zur Kirche, gelegentlich zur Beichte, versteht sogar etwas von klassischer Musik und will sicher immer und überall nur das Beste. Aber bei unseren finnischen Tischnachbarn besteht sie hartnäckig darauf, dass «Finnen und Russen Todfeinde» seien: «Sie haben doch auch den Russen gehabt.» Und als die beiden alten Leutchen aus Helsinki – gewiss keine Kommunisten – protestieren, meint Krimhilde aus Darmstadt souverän, man wisse ja, wie das ist: «Die Finnen müssen Freunde der Russen sein», sie «werden vom Russen dazu gezwungen». Krimhilde beharrt darauf: Nicht nur «die Deutschen», auch die Finnen könnten nur «Todfeinde der Russen» sein. Deutsche Krimhilde ...

Bis dahin war das mehr oder weniger die Dummheit von BzW-Lesern. Arthur war von anderem Schrot und Korn. Er bestand darauf, dass auf unserem gemeinsamen Tisch das Fähnchen der

Bundesrepublik und unser DDR-Emblem nebeneinander standen: «Wir sind doch schliesslich alle Deutsche, und hier werden wir beweisen, dass das geht! Und unsere Sportführer im Westen sind ja blöd mit ihrem ewigen Fahnen-theater.» Arthur gab sich aufgeschlossen und realistisch, aber: Gegenüber der von ihm gepachteten Autobahn-Tankstelle befindet sich – in der anderen Fahrtrichtung – eine sogenannte freie Tankstelle, d.h. sie ist keinem der grossen Ölkonzerne zugehörig, sondern – nach Arthurs Aussage – «in den Händen eines jüdischen Konsortiums». Dort ist das Benzin ein paar Pfennige billiger, darum fällt dem Arthur auf, dass seine Konkurrenten nicht Schwaben oder Bayern sind, sondern «Juden»: «Gott sei Dank» – (oder richtiger: dank Adolf) – «gibt's ja davon nicht mehr so viele ...» Arthur ist ein Gemüts-mensch. Im Hitlerkrieg war er unabkömmlich. Er arbeitete in der Rüstung. Und nach seiner blumenreichen Schilderung muss es direkt eine Lust gewesen sein, unter Arthurs Führerschaft bei der Wittauer Maschinen AG als Sowjetbürger in Deutschland Zwangsarbeiterin spielen zu dürfen ...

Seine und seiner Kumpane antisemitischen Bemerkungen häu-fen sich. Was tun? Sich an einen anderen Tisch setzen? «Um des lieben Friedens willen» weghören? Darüber hinweggehen?

Meine Frau gehört einer fast gänzlich ausgerotteten jüdischen Familie an. «Verzeihung, das haben wir nicht gewusst.» «Na und? Es waren sechs Millionen. Wisst ihr von denen auch nichts?» «Man wird doch noch sagen dürfen, was man für Kon-kurrenten hat!»

Gewiss, wir sind ja alle Deutsche. Abzüglich der deutschen Ju-den. Abzüglich der deutschen Kommunisten. Abzüglich der «Brüder und Schwestern in der Zone», sofern sie kein Herz für Strauss, Wehner und Krupp haben. «Man wird doch noch sagen dürfen, wo man mal gewesen ist, in Sewastopol und so oder am Monte Cassino!» Gewiss, aber man sollte vielleicht 23 Jahre spä-ter nicht auch noch stolz darauf sein. Als Deutscher ...

Diese Arthurs und Rudis, Heinz' und Krimhilds sind bestimmt kein repräsentativer Querschnitt der Bundesrepublik. Mein Tat-sachenbericht wäre unvollständig, folglich unwahr, wenn ich ver-

schwiese: Es gab auch westdeutsche Kurgäste, die nicht mitmachen, die sich distanzieren, die einer Meinung sind mit uns, nicht in allen philosophischen und politischen Fragen, aber im Grundproblem. Nie wieder darf Krieg ausgehen von deutschem Boden. Aber diese Arthurs, Rudis, Heinz' und Krimhilds gibt es. Der Bonner Staat ist ihr Staat – auch wenn sie an ihm herummäkeln.

Wer heute noch von «entscheidenden Schlägen bei Monte Casino» faselt und den «schönen (Kriegs-)Tagen auf der Krim» nachtrauert, wer immer noch nicht begriffen hat, dass Deutschland einen verbrecherischen Krieg begonnen, geführt und trotz aller «entscheidenden Schläge» verloren hat, wer in anderen Völkern «Todfeinde» sieht, wer europäische Grenzen verändern will: Für den ist der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende! Der hat offensichtlich noch nicht genug!

Diese Arthurs, Rudis, Heinz' und Krimhilds sind anders, denken anders, verhalten sich anders, reagieren anders, leben anders als wir. Leben sie besser? Sie sind arm. Arm im Geiste. Sie leben im Vorgestern.

Aber das hat Kinder. Das hat Enkelkinder. Was lernen die? Wozu werden sie erzogen? Und das hat Macht! Nicht nur ein kleines oder grosses Aktienpaket und einen Mercedes 250 SE, sondern einen ganzen Staat. Mit Ministern und Abgeordneten, Beamten, Richtern, Generalen, Lehrern und Journalisten, die genauso denken. Und wer anders denkt, bekommt die Macht zu spüren.

Sie sind gewiss nicht «Westdeutschland». Westdeutschland ist grösser. Und die Westdeutschen sind nicht nur Mercedes-Fahrer und Konzernherren. Aber der Imperialismus hat seine Arthurs und Rudis, Heinz' und Krimhilds manipuliert, hat sich Mitläufer, Parteigänger geschaffen, Wähler! Kritiklose Nachbeter mit dem Dauerruf «Freiheit» im Mund. Mit der unerschütterlichen Überzeugung, dass ihre «Demokratie» eine gute Sache sei, und sie mit samt ihren Politikern «gute Demokraten», gute Deutsche. Und mit dem Herzenswunsch, ihr «Deutschland» nach Osten auszudehnen. Denn hinter Elbe, Werra und Spree beginnt für sie «Sibirien».

Dieses Erlebnis schrieb ich 1967 nieder.

DIE SACHE MIT DEN ZWEI NATIONEN

Warum folgten unsere Philosophen, Führer und auch wir Journalisten der These «zweier deutscher Nationen»: eine «alte, überholte, absterbende kapitalistische Nation» und «die neue, sich entwickelnde sozialistische Nation»?

Mich verführte diese «Nationen-Doktrin» zu einer Replik, die mir einmal in Holland viel Zustimmung einbrachte:

Im Auftrage der Partei hatte ich 1966 eine Einladung des niederländischen Fernsehens angenommen. Thema: «Europa». Es war die Zeit, in der wir von der Politik der «Blöcke» auf Europa zuzugehen begannen. Die Hinweise meiner Führung lauteten wörtlich: «Keine Polemik mit Bonn! Kein *Kanal*-Stil! Nicht provozieren lassen! Unerschüttert unsere Europa-Politik darlegen!»

Ich konnte und musste also in Holland weiter gehen, als wir es mit unserer Informationspolitik in der Heimat gerade erst begonnen hatten. Mein erster Satz – damals für die DDR eine Ungeheuerlichkeit: «Uns ist in Bonn eine Regierung Brandt lieber als eine Regierung Strauss.» Das traf in Holland auf einhellige Zustimmung, denn dort ist das Bild des «schlechten Deutschen» noch lebendig: Holland war in zwei Weltkriegen überfallen, besetzt, zerstört und ausgeplündert worden.

Ich hatte damals in Holland eine recht gute Presse. Herr Feddersen musste seinem Wunsch und dem offen verkündeten Plan, in einer künftigen Regierung Brandt Regierungs-Pressesprecher zu werden, Valet sagen: Berlin hatte Bonn wissen lassen, dass ein solcher Mann als Bonner Regierungssprecher für die Deutsche Demokratische Republik *persona non grata* sei. Die DDR hatte damals Würde und Gewicht.

Dann begannen der westdeutsche Gesprächsteilnehmer und zwei holländische Journalisten zu provozieren. In der Nacht zuvor hatte es an unserer Westgrenze einen tödlichen Zwischenfall gegeben, von dem ich nichts wusste. Und so begann eine wilde, primitive Hetze gegen unser Grenzregime. Eingedenk des Hinweises «nicht provozieren lassen», liess ich sie reden. Bis es mir zu viel wurde. Nicht von der Grenze gehe Gefahr aus, sondern von denen, die sie verletzen und sie beseitigen wollen. Man solle endlich

zur Kenntnis nehmen, dass die Deutsche Demokratische Republik im Warschauer Pakt Position bezogen habe und an der Grenze für den Frieden einstehe – übrigens auch für den Frieden Westeuropas. Man solle also die Grenzverletzer kritisieren und nicht uns. Deswegen sei auch die Sitzordnung der Diskussionsrunde falsch: Mein polnischer Genosse, nicht der westdeutsche Chefredakteur Feddersen, gehöre neben mich plaziert.

Grosse Aufregung: Ausser dem Diskussionsleiter und mir sprangen – während der Live-Aufzeichnung – alle auf. Am Ende sassen dann die Parteigänger der NATO an einem Ende, die des Warschauer Vertrages am anderen: Die politische Lage in Europa war optisch sichtbar gemacht.

Um die Situation zu retten, stotterte Herr Feddersen: «Aber, Herr von Schnitzler, sind wir nicht in erster Linie alle Deutsche?» Meine Antwort: «Diese Frage, gerade hier in Den Haag gestellt, ist delikat; denn die Holländer haben sowohl die deutschen Aggressoren kennengelernt als auch das deutsche jüdische Mädchen Anne Frank. Ich bin einmal in der Haft zusammen mit einem polnischen Katholiken und einem französischen Genossen gefoltert worden: Dreimal dürfen Sie raten, wer mir da nähergestanden hat? Der polnische Katholik, der französische Genosse oder ‚mein deutscher Landsmann von der SS‘?»

ZUSTANDBESCHREIBUNG FEBRUAR 1990

Wolfgang Berghofer, bis zuletzt Oberbürgermeister von Dresden, nach gelungenem Versuch, auf einen in Richtung BRD fahrenden Zug aufzuspringen, empfiehlt uns, funktionierende Kombinate zu «entflechten». Obwohl doch schon seit vielen Monaten über Frankreich, Grossbritannien, Italien, die USA und die BRD eine Fusionswelle hinwegschwappt: Die Grössten fressen die Grossen, die Grossen Mittlere und Mittlere die Kleinen – entgegen den warm empfohlenen Grundsätzen der marktwirtschaftlichen Ordnung, in der doch gerade Vielfalt und Konkurrenz und der Mittelstand Wohlstand bringen und garantieren sollen. Der Wettbewerb soll doch gefördert, nicht durch Konzentration beschädigt werden, die Marktwirtschaft pluralistisch gestärkt und nicht geschwächt...

Berghofer hatte jahrelang pompöse FDJ-Aufmärsche, Fackelzüge und Feuerwerke inszeniert. Auch in Dresden glänzte er bei Staatsempfängen mit hehren Festansprachen. Dann produzierte er sich in den letzten Stunden des sozialistischen Fernsehens als «Reformer», fuhr in die BRD, liess dort seinen Austritt aus der SED bekanntgeben und verkündete – nun über andere Fernsehanstalten –, dass «wir von der BRD lernen» sollen (beinahe wäre ihm das altgewohnte «heisst siegen lernen» entfleucht). Er begab sich unter die Fittiche des Württemberg'schen Ministerpräsidenten Späth, der für persönliche Vorteile seinen regionalen Weltkonzernen (z.B. Daimler-Benz) Vorteile zuschanzte, bis er nicht mehr tragbar war; dann wurde der wegen Korruption zum Rücktritt Gezwungene nach Jena zu Zeiss delegiert. Sein Schützling Berghofer, ehe er sich eigenem Profitstreben zuwandte, empfahl uns noch rasch, «Betriebsleitungen zu wählen». Man nenne mir in der Welt einen kapitalistischen Betrieb, dessen Direktor von der Belegschaft gewählt und nicht vom Aufsichtsrat bestellt wäre.

Kombinatsdirektoren haben von ihren westlichen Kollegen rasch gelernt, was sich «nicht rechnet», was als «unrentabel» abzustossen ist. Sie schliessen – Gesetz hin, Gesetz her – Betriebskindergärten. Wie lange können Mütter noch arbeiten?

Direktoren und Kreisräte legen Krippen, Horte und Kindergärten still – ohne gesetzliche Grundlage. Alleinerziehende sollen sehen, wo sie bleiben. Frauen, denen Arbeit Lebens Erfüllung ist, sollen sich – christlich-sozial-demokratisch – auf die drei alten grossen «K» beschränken: Kinder – Küche – Kirche.

In der Sprechstunde der Staatsanwaltschaft Berlin-Prenzlauer Berg «kommen Räuber und verlangen, dass wir ihre Urteile aufheben», schildert eine Staatsanwältin einen Teil ihres Arbeitstages. Anonym: So wenig traut sie der Rechtssicherheit.

220.000 Urteile wollen pro Jahr gesprochen werden. 1.200 Richter sollen das bewältigen. Nur ein Prozent von ihnen war bei der sogenannten politischen Justiz beschäftigt. Einige von ihnen – schon in Rente – wenden ihre Häse und beteiligen sich in Kommissionen an Untersuchungen und Vorverurteilungen angebli-

cher Missetäter. Andere nehmen flugs Kontakt mit Kollegen auf, die in den Westen geflohen sind, weil sie beispielsweise deren Rostocker Testamentsunterschlagungen und -fälschungen gedeckt hatten. Hier- und Zurückgebliebene gelangen als ‚Widerstandskämpfer‘ zeitweilig zu politischen Ehren. Ein bisheriger Oberster Richter leitet im Volkskammerausschuss Verhöre wegen «Regierungs-Kriminalität». Gegen die gesamte Justiz – Staatsanwälte, Richter und Rechtsanwälte, auch gegen solche, die dann vor dem Volkszorn und der emotionalen Beschuldigungs- und Denunziationswillkür in die Knie gegangen sind – wurde und wird zur Hatz geblasen. Ebenso gegen Mitarbeiter der nationalen Sicherheit, ob sie Volk und Staat gegen Neonazis gesichert, Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit verfolgt und gestellt, Spione und Saboteure abgewehrt hatten oder Köchin oder Pförtner waren. Ein Obergericht klagte: «Die Angeklagten stellen einfach Ablehnungsanträge, wenn man SED-Mitglied war. Am besten wird man Koch: Das ist ein krisenfestes, unpolitisches Gewerbe.» Aber nicht in der Normannenstrasse ...

Dann war da der «Pressesprecher der Generalstaatsanwaltschaft». Mit literarischem Ehrgeiz besserte er mit der Fernsehreihe «Der Staatsanwalt hat das Wort» sein Einkommen auf und setzte der sozialistischen Moral in jeder Folge immer noch einen drauf. 1979 hatte P. Przybylski im Dietz Verlag ein Buch veröffentlicht: «Kriegsverbrecherprozesse im Spiegel von Nürnberg: Zwischen Galgen und Amnestie». Im Vorwort bekannte er: «Für die reaktionärsten, entspannungsfeindlichsten Kreise des Grosskapitals war und bleibt Nürnberg ein Alptraum, ihre Apologeten suchen den Nürnberger Prozess zu einer seltsamen Laune der Geschichte, ja zu einem Rücktritt des Völkerrechts zu verzerren. In den Hochburgen des Kapitals, voran in der BRD, setzen Juristen und Politiker bis zum heutigen Tag ihre ganze Kunst darein, faschistische Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit zu privilegieren und zu rehabilitieren, zu amnestieren und zu verherrlichen.»

Diesem richtigen Gedanken lässt P. aktuell anmutende Sätze folgen wie: «Die Verbrechen, die hier zur Anklage stehen, sind in der Geschichte der Menschheit einmalig.» Oder: «Mit seinem fa-

natischen Antikommunismus erwies sich Adolf Hitler als besonders geeigneter Exponent der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.» (Hier verwendet P. übrigens als eigene Formulierung wörtlich die Definition des Faschismus von Georgi Dimitroff.) P. fährt fort: «Hitler verkündete den Antikommunismus als Staatsdoktrin. Er prophezeite die ‚Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel.‘

Da war der SS-Obersturmbannführer, Polizeichef von Rom und Geiselmörder in den Adriatischen Höhlen, Herbert Keppler. In Italien wurde er zum Tode verurteilt. P. schreibt 1979 in seinem Buch auf Seite 148: «Führende Politiker der BRD lassen sich angelegen sein, für diesen eiskalten Mörder gute Worte einzulegen: Die Bundespräsidenten Heuss, Lübke und Heinemann, die Bundeskanzler Adenauer, Brandt und Schmidt, die Minister Genscher und Scheel. Im Juni 1976 ersuchen 232 Abgeordnete des Bundestages den italienischen Staatspräsidenten Leone, Keppler die Freiheit zu schenken.»

So weit Przybylski, so weit richtig. Dann erhält er – nach der Rückwärtswende – dienstlich und vertraulich gewisse Akten zur Aufarbeitung. Unter Verletzung von Auftrag, Gesetz, Geheimhaltung und Anstand missbraucht er die anvertrauten Akten und braut aus diesen Dokumenten und eigenen Kommentaren die Schmähschrift «Tatort Politbüro» zusammen, die, in hoher Auflage gedruckt, die Öffentlichkeit mit schiefen Vergleichen, Halbwahrheiten, Fehltritten und falschen Zusammenhängen eindeckt. Der Schlusssatz des Vorworts dieses Wendehals-Buches lautet: «Die Offenlegung über das, was geschehen ist, darf nicht länger aufgeschoben werden. Je früher die Wahrheit an das Licht der Öffentlichkeit gelangt, umso grösser wird die Chance sein, einer neuen Tragödie der Deutschen vorzubeugen ...» Peter Przybylski, im Februar 1991.

Mit diesem Mann hatte ich bei Pressefesten mehrere Begegnungen, und bei gemeinsamen Auftritten standen wir den Fragern Rede und Antwort. Nicht selten überholte mich dieser bekannte Staatsanwalt mit seinen Argumenten links. Stets war er über das Rechtswesen und andere Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik höchsten Lobes voll und hielt von jeder leisen Kritik peinlichst Abstand.

Dann erhielt ich einen Brief. Hier der ungekürzte Wortlaut: «Berlin, 10. Mai 1991. Lieber Kled! Anbei gestatte ich mir, Dir ein paar Schnapschüsse vom letzten Erfurter Pressefest zukommen zu lassen, die ich nachlässigerweise erst unlängst entwickeln liess. Gern denke ich an unsere gemeinsamen Stunden zurück, und bin noch immer dankbar für manche Anregung, die Du bei Deinem Auftreten vermittelt hast. Ich hoffe, dass es Dir gesundheitlich gut geht und Du Dir Deine Kämpfernatur zu bewahren weisst. Sei ganz herzlich gegrüsst von Deinem – Peter Przybylski.»

Man beachte das Datum: Am 10. Mai 1991 war der Herr Staatsanwalt schon beim strafbaren Missbrauch ihm anvertrauter Akten. Wir lesen ein konkretes Beispiel für zahlreiche charakterliche Gesinnungsbrüche. Krenz war noch schneller. Mittag und Schabowski folgten und legten die moralische Messlatte noch niedriger.

DER SEKRETÄR

Joachim Herrmann: «Versenkung» wäre nicht der richtige Ort, wo er zu verschwinden hätte. (Zugegeben: Hier schmerzt das Salz, das er in die Wunden des Journalisten gestreut hat.) Der einstmals hohe Herr brachte bei einem jämmerlichen, infamen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss der Volkskammer die erstaunliche Selbstbehauptung fertig, als ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda habe er «Hinweise, Veränderungen an Pressebeiträgen und Sendungen immer in kooperativer Zusammenarbeit» vorgenommen, und seine Kooperation mit den Medien sei «bis zum Schluss kameradschaftlich» gewesen.

H. versucht, Journalisten, deren Berufsstand er missachtete, in seine Kumpanei hineinzuziehen, obwohl er mit Drohung, Nötigung, Erpressung und Vollstreckung von Berufsverboten bis ins kleinste Detail, bis zu falschen Zitaten und falscher Rechtschreibung, vor allem aber mit Falschinformationen und Unwahrheiten Hauptverantwortlicher war für die Unglaubwürdigkeit, an der Partei, Staat und Journalisten so schrecklich zu leiden haben.

Allerdings: Warum sollte gerade er heute plötzlich nicht lügen ... Buckeln nach oben, treten nach unten.

Ich hätte in meiner Naivität nie geglaubt, dass solche Verhaltensweisen parteiüblich werden und so viel Schaden anrichten und andere mit hineinreissen würden. Und noch weniger: dass man mit solchen Eigenschaften in die höchste Führungsgruppe aufsteigen könnte. Nicht nur Sprachrohr, sondern auch Informant und Berater Honeckers war Herrmann. Beide bestellten des Öfteren Kommentare, und man musste sich mühsam ihrer Formulierungen erwehren, um verständlich zu bleiben. Wenn Honecker sich direkt einschaltete, überliess er auf Vorbehalt die Formulierung des Gewünschten dem Autor. Herrmann diktierte. Ich habe da Erfahrungen aller Art gemacht ...

DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST UNANTASTBAR

Ausser mit Geld und Wahllosungen traten im DDR-Wahlkampf auf 250 Kundgebungen und Versammlungen führende Politiker der bayerischen CSU zugunsten der DSU auf. Die Zeitungen hatten nur ein Thema, und die elektronischen Medien, einschliesslich des Deutschen Fernsehfunks, waren von gewohnter, wenn auch anderer Übereinstimmung, suchten lediglich einander durch hetzerische Vorverurteilungen, Herbeireden von Krisen, Verleumdungen der PDS und falsche Ratschläge zu übertreffen. «Mein» Fernsehen überschlug sich bei wörtlicher und wertfreier Übernahme jeglichen Unsinn aus dem Westen.

Die Teilaufgabe ungestörter und unbehinderter westlicher Geheimdienste, den Drang zum «Enthüllungsjournalismus gezielt auszunutzen» und «differenzierte öffentliche Diskreditierung anzustreben», zeitigt ihre ersten Früchte.

ADN wusste zu berichten: «Ziel ist es auch, sich in solchen Positionen zu verankern, die für die perspektivische Entwicklung entscheidend sind. Die Geheimdienstzentralen gehen davon aus, dass sie gegenwärtig eine höhere Wirksamkeit ihrer Tätigkeit erreichen können, da die Sicherheitsorgane der DDR nur noch eingeschränkt arbeitsfähig sind.» Kurz danach gab's überhaupt keine

mehr. Die Grenzen, der Staat – nach aussen und innen – sie waren schutzlos. Es konnte frei gewählt werden ...

Würdelosigkeit hatte sich schon angekündigt, als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik damit begannen, Benzin in einem halben Dutzend Kanistern in die BRD zu verschieben, und ihr Blut nicht den knappen Konserven unserer Krankenhäuser und damit ihren bedürftigen Mitbürgern zukommen, sondern es sich in Westdeutschland abzapfen zu lassen, um der vergötterten DM willen.

Für viele DDR-Bürger wurde der Bedarf an Hiobsnachrichten bis zu den Wahlen zum Erbrechen gedeckt. Dabei wurden die einfachsten Regeln des Anstands und der Wahrheit verletzt, die Würde für Kaisers Kaffee verkauft; «Wirtschaftspatriotismus» schlug in «Wohlstandspatriotismus» um. Vergessen sind die Erfahrungen der Internationale: Leeres Wort der Armen Rechte, leeres Wort der Reichen Pflicht. Wachsender Fremdenfeindlichkeit steht traditionelle Fremdenfreundlichkeit nur gegenüber, wenn mit DM gewunken wird. Hamburgs *Zeit* macht uns schämen: «Wenn die Bürger der DDR «Deutschland – einig Vaterland» riefen, meinten die meisten wohl ‚Demokratie jetzt‘, dann meinten sie «Umweltschutz jetzt»; jetzt meinen sie ‚volle Regale‘.» Dass ein «Anschluss» an die BRD Sehnsucht nach vollen und immer volleren Supermärkten in Windeseile erfüllen könnte, ist ihre Hoffnung. Wie viele werden das bitter und teuer bezahlen müssen...

«Sie rufen «Einheit jetzt» und meinen DM», schrieb eine Westberliner Zeitung. Eine Zeitschrift in Hamburg kennzeichnete unsere Würde mit einer unmissverständlichen Karikatur: Im Brandenburger Tor ein übergrosses After, in das hineinzukriechen als «Weg in die Freiheit» bezeichnet wird.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Aus einem Rundbrief der Westberliner *Grüne-Alternative Liste* (GAL):

«Plötzlich spielen / wildgewordene / Kleinbürger / aus / Deutschland-West, / schon immer / latent / obszön und neurotisch

/ Nietzsche / und werden / zu höhnischen / Herrenmenschen.

Hämisch / überfallen sie / die halbnackten / Menschen / des verunglückten / Realsozialismus. / Aus den / Mundwinkeln / sogenannter / Intellektueller / tropft / der Geifer. / Sie stellen / sich / rülpstend / der völkischen / Aufgabe ...»

Das sind natürlich nicht diejenigen, denen in der Bundesrepublik und in Westberlin Anfang des Jahres 1990 der Warenkorb höher gehängt worden ist. Stufenweise trat für sie eine veränderte «Hilfe zum Lebensunterhalt» in Kraft – im Westen.

Dieser Hilfe zum Lebensunterhalt bedürfen immerhin rund 3,3 Millionen Menschen zwischen Rhein, Elbe und Werra und am Westberliner Strand der Spree. Dort wird nämlich ein «amtliches Existenzminimum» vermessen. Im Verlauf der 80er Jahre wuchs im reichen Westen Deutschlands sprunghaft die Zahl derer, die von Sozialhilfe leben müssen. Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz vor dem Sturz ins Nichts – im Westen.

Welche vergleichbaren Konsequenzen haben diejenigen im Sinne, die seit Herbst 1989 so lautstark und selbstverständlich eine Marktwirtschaft westlicher Prägung für die Deutsche Demokratische Republik verlangen? Ist es das, was Herr Berghofer uns «von der BRD lernen» lassen möchte?

KATZENJAMMER

So schnellebig ist die Zeit: Die Bilder mit den hilfreichen Zollbeamten, Bundesgrenzschutz-Soldaten, Eisenbahnern, nichtbeamteten BRD-Bürgern (nicht zu vergessen: verständnisvolle und mit Herz und Hand zugreifende gastfreundliche Österreicher), die Blaskapellen, die einlaufenden Umsiedler-Zügen zum Willkommen aufspielten, die Umarmungsszenen über gestürzte Grenzpfähle hinweg – das alles gehört der Vergangenheit an und ruht in den Film- und Fernseharchiven.

Die echten und die Krokodilstränen der Rührung werden durch nüchterne Rechnungen und zweite Erfahrungen getrocknet. Dem Katzenjammer folgen Rufe wie «Haut ab, Ihr Kommunistenschweine», «Geht dahin, wo Ihr herkommt!»

Bürgerinitiativen gegen den Bau neuer Übersiedlerheime, Demonstrationen vor Arbeitsvermittlungsbehörden, Beamtenstreiks gegen Überstunden in Aufnahmelagern, Turnhallenbesetzungen als Protest gegen neue Einquartierungen zeugen von Volkszorn und sozialen Ängsten – im Westen.

Was dabei zum Vorschein kommt, sind die realexistierenden Defizite einer idealisierten Wohlstandsgesellschaft, die seit Langem vergebens versucht, mit zwei Millionen Arbeitslosen, einer Million Wohnungssuchenden, der wachsenden Zahl von Sozialhilfebeziehern, Obdachlosen und anderen brennenden menschlich-sozialen Problemen fertig zu werden.

Dass die anfängliche Freundlichkeit der Aufnahme Republikunwilliger einen gewaltigen Umschlag erfährt, dem liegen zwei Ursachen zugrunde:

Unter den Reisenden, die man ziehen lassen musste, waren nicht wenige «gesellschaftliche Aussenseiter», wie es im westdeutschen Amtsdeutsch heisst: Knackis aus Gefängnissen und Zuchthäusern, Asoziale und Arbeitsscheue, denen es um eine andere «Freiheit» geht, nämlich um Arbeitslosenunterstützung, Fürsorge und Krankengeld; «überwiegend alleinstehende Männer mit abgebrochenen Lebensläufen», wie Rita Hermanns vom Westberliner Sozialsenat berichtet; «gescheiterte Existenzen, die schon in der DDR durchs soziale Raster gefallen sind». Die «gegenwärtige Klientel» verhalte sich häufig «massiv ungezogen und fordernd frech», berichtet Rosemarie Gellert, die in Westberlin rund 7.000 Über Siedler betreut. «Kaum einen der Neuankömmlinge der letzten Wochen (März 1990) bewegen noch vorrangig politische Motive zur Umsiedlung», die meisten Übersiedler dieser Tage «waren im SED-Staat deklassiert, sie lockt vor allem der Wohlstand der westdeutschen Bananenrepublik», war in einem Nachrichtenmagazin zu lesen.

Dabei bin ich weit davon entfernt, etwa leugnen zu wollen, wieviele Anständige den Flüchtlingsstrom verstärken. Da sind Abenteuer suchende Jugendliche, enttäuschte Sozialisten, Ärzte, Lehrer, Schriftsteller, Mittel Ständler, die ihr Heil bei der Westmark glauben, weil Bürokratismus, Herzlosigkeit und Inkompetenz einen seriösen Weg in die Zukunft zu verbauen schienen.

Da sind Arbeiter und Arbeiterinnen, denen der «Arbeiter- und

Bauern-Staat» nicht die Heimat zu sein schien, die der Sozialismus versprochen hatte und wie sie sie sich vorstellten.

Sie alle lebten in sozialer Sicherheit und auf einem Niveau, wie es die Masse unseres Volks noch nie gekannt hatte. Aber da war die Verlockung des «goldenen Westens», der versprach, alles sei «drüben» besser.

Ihnen waren sehr wohl «Tränen nachzuweinen ...»

Die andere Ursache dafür, dass Übersiedler und Aussiedler in der BRD und Westberlin immer unwillkommener sind, liegt in der sozialen Situation vieler Bundesbürger und Westberliner. Der Arbeitsmarkt ist überfüllt, der Wohnungsmarkt leer: Was soll mit den Brüdern und Schwestern geschehen? Ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit ist prozentual wesentlich höher als der der Bundesbürger. Die ohnehin herrschende Obdachlosigkeit verbannt viele in Barackenlager, Turnhallen, Container, Wohnschiffe und wegen AIDS freigewordene Bordelle. Den Westdeutschen und Westberlinern werden Arbeitsplätze und nicht wenige Wohnungen weggenommen. Umsiedler stossen darum zunehmend auf Ablehnung, ja Fremdenhass. Ein Rückkehrer berichtet: «Ich habe mehrere Übersiedler-Kollegen scheitern sehen, die es einfach nicht packten, von Frühstücks- bis Mittagspause konzentriert durchzuarbeiten; ihnen fehlten Materialmangelpausen, Versammlungspausen und was es sonst noch so gab.»

Natürlich werden Paradebeispiele vorgeführt, gibt es «Vorzeige-Übersiedler». Aber als Folge der Bonner Rotstiftpolitik, des Zorns westdeutscher und Westberliner Kollegen und der nun offenen Grenze (mit der Verlockung zu Schwarzarbeit und «schnellem Geld») müssen sich echte Übersiedler ganz hintenanstellen und rangieren als «die neuen Türken».

Im Übrigen gilt für Bonn Schillers «Zauberlehrling»: «Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los!» Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rau warnt vor «Problemen, von denen sich manche in Bonn noch keine Vorstellung machen». Und die *Hamburger Morgenpost* schreibt ahnungsvoll: «Noch eine Million Flüchtlinge? Das hält Deutschland nicht aus!»

DIE SANFTE, LEISE, GEWALTFREIE REVOLUTION

Die im Lande blieben und hier eine völlige Wende bewirken wollten, gingen zunächst in die Kirchen, dann auf die Strasse und veranstalteten Demonstrationen: jeden Montag hier – spontan dort.

Eine Revolution war das nicht. Denn «Revolution» bedeutet den Übergang der Macht von einer Klasse auf die andere. Oder wenigstens den Versuch. Die Masse der Demonstranten aber wollte in den ersten Wochen den Sozialismus nicht abschaffen, sondern regenerieren, ihn von der Degeneration befreien. Sie wollten auch nicht ‚keine DDR mehr‘, sondern eine bessere DDR. Das war der verständliche Ausbruch von Enttäuschung, Zorn und Wut darüber, was unter der alten Führung aus dem Sozialismus gemacht worden ist.

Dabei ging es keineswegs sanft, leise und gewaltfrei zu. Durch einige Besonnene – auch im MfS und in Parteiführungen – kam es zwar nicht zum Blutvergiessen. Aber die geschürten Emotionen äusserten sich laut und hassvoll, intolerant und nicht selten gewaltsam. Zumal sich in die Menge der gutwilligen Demonstranten immer öfter kleine, aber harte Kerne von Chaoten einmischten, die mit dem Stein in der Hand «Keine Gewalt!» riefen und dann Polizisten bewarfen, Andersdenkende niederbrüllten und misshandelten. Das ist die historische Wahrheit, die im Rausch der neuen Wahrheit untergeht und geleugnet wird.

Dann schlichen sich Chauvinisten und Nationalisten ein, schnitten mit rostiger Schere aus der DDR-Flagge das Hammer- und Zirkelblem im Ährenkranz heraus, entrollten fabrikneue BRD-Fahnen und Reichskriegsflaggen aus der Kaiserzeit. Da wurde es für Demonstranten lebensgefährlich, die sich mit der DDR-Fahne zu einer besseren Deutschen Demokratischen Republik bekannten. Ausser Fausthieben und Steinwürfen ernteten sie Beschimpfungen wie «Rote aus der Demo raus!», «Stasi-Kinder!», «Wandlitz-Kinder», «Ab nach Rumänien» oder «Ihr müsst erstmal arbeiten lernen». DDR-Fahnen und Transparente «Gegen die Wiedervereinigung!» wurden verbrannt.

Aus einem Interview der Programm-Illustrierten *Hör zu*. Frage an den ZDF-Chefredakteur Klaus Bresser: «Das Fernsehen

schwingt den Taktstock der Revolution und dirigiert das Orchester der Massen. In der DDR hatten doch ARD und ZDF ihren Einfluss auf die Dramaturgie?» Antwort Bresser: «Fest steht doch: Wir haben ohne Zweifel massgeblich beigetragen zu dem, was sich da anstaute.» *Hör zu:* «Lustvolle Zeiten sind das für einen wie ihn, der dort, wo's brennt, immer gern dabei war ...» Und sei es als Brandstifter.

Das war eben doch nicht nur «das Volk». Das waren auch Konterrevolutionäre. Und es gebührt denen Dank, die mit Besonnenheit grösseres Blutvergiessen oder gar Bürgerkrieg verhindert haben, obwohl bereits Parteisekretäre, Betriebsdirektoren und Journalisten mit Mord bedroht wurden, in einem Fall mit vier Galgen, die an die Wohnungstür geschmiert waren: zwei grosse für die Eltern, zwei kleine für die Kinder ...

Dafür sind die Bürgerrechtler im Herbst 1989 nicht angetreten. Auf ihrem Programm standen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit im allgemeinen und Freiheit für Andersdenkende.

DEUTSCHLAND – EINIG UNVERSTAND

Der deutsche Einheitsstaat währte von 1871 bis 1945 (abzüglich 14 Jahre Weimarer Republik) ganze 60 Jahre. Aus Kriegen Preussens gegen Österreich, Dänemark und Frankreich hervorgegangen, hat dieses «Reich» dem eigenen wie den Völkern Europas zwei Weltkriege beschert. Ein friedlicher «Blitzsieg» – so der *Parlamentarische Politische Pressedienst* (PPP) in Bonn – soll nun ein «Viertes Reich» schaffen.

Helmut Kohl kann es gar nicht schnell genug gehen. Für ihn ist die DDR schon eingemeindet. Wie Bismarck und die Hohenzollem einst das französische Volk beleidigten und mit der Reichsgründung im französischen Versailles erniedrigen wollten, so denkt sich Kohl den Umgang mit der Deutschen Demokratischen Republik und ihrem Ministerpräsidenten in Bonn.

Von der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa völlig überrascht, den Anforderungen an einen Bundeskanzler nicht gewach-

sen, hielt es der Historiker Dr. Kohl ernsthaft für möglich, Deutschland im Jahre 1990 den Zweiten Weltkrieg noch nachträglich gewinnen zu lassen. Der Einheits-Kanzler will unserer Republik sofort seine D-Mark als einzige Währung vorschreiben: Weststatt Ostmark zwischen Rhein und Oder? Unsere Währungshoheit wäre an die BRD abgetreten. Umlaufende Geldmenge, Zinsen, Kredite, Staatsanleihen, Wechselkurs: Bonn hätte die Entscheidungsgewalt über unseren Staatshaushalt. Kein eigenes Budget – kein souveräner Staat! Die Deutsche Demokratische Republik als Filiale der Bundesbank in Frankfurt am Main? Die Mazières Partei CDU wird nicht vergessen werden, dass sie dieses Kohl-Programm zur Beseitigung der DDR zu ihrem eigenen gemacht hat. Und da ist kein Staatsanwalt, der wegen Hochverrats einen ‚Handlungsbedarf‘ sieht.

Herr Hans-Wilhelm Ebeling von der sogenannten Deutschen Sozialen Union (DSU) entschuldigte sich in der BRD, dass er «aus der leider noch existierenden DDR komme»; und dann schilderte er seinen eigenen Staat als «ein Land, in dem die Menschen mit einem Gesicht durch die Welt laufen, als wenn die Welt schon tot wäre»; in die Einheit habe «die DDR nichts einzubringen – ausser 16 Millionen Menschen und 108.000 Quadratkilometer Land». In der biblischen Geschichte verkauft Esau sein Erstgeburtsrecht für einen Teller Linsen. Dafür dürfte dieser Führer einer DDR-Partei nicht zu haben gewesen sein...

Kohls Innenminister Schäuble ist immerhin vom Generalbevollmächtigten der CDU-Schatzmeisterei, Uwe Lühje, aufmerksam gemacht worden, dass die Hilfsaktionen bundesdeutscher Parteien für die sogenannte DDR-Opposition «rechtlich nicht unproblematisch» seien: Es sei «sehr zweifelhaft, ob der Sach- und Geldtransfer in die DDR mit dem Parteiengesetz vereinbar» sei. Ausländische Parteien werden nämlich ausdrücklich von den Privilegien ausgeschlossen, die Bonns Parteiengesetz bietet; «gleiches gilt aber auch für deutsche, d.h. von Deutschen gebildete Parteien, deren Leitung sich ausserhalb des Geltungsbereichs des Parteiengesetzes befindet.»

Auch deshalb kam Kohls eiliges Vaterland zunächst nicht so schnell zustande, wie er wollte, weil der andere Partner – die

Deutsche Demokratische Republik – trotz einer Verschuldung von 21,2 Milliarden Dollar im Jahre 1989 nach dem statistischen Bericht der OECD («Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung») «mit diesem schwachen bis mässigen Niveau der Verschuldung nach wie vor kreditwürdig» ist. Die polnischen Schulden werden mit 41 Milliarden Dollar beziffert, die der UdSSR mit 48 Milliarden Dollar, Ungarn stehe mit 20,6 Milliarden Dollar in der Kreide, Bulgarien mit 9,5 und Rumänien mit einer Milliarde. Die unheilige Allianz Kohl, Schewardnadse, Teltschik, Seiters, de Mazière und *Bild* aber hatte die DDR mit der Tatarennachricht in Verruf bringen wollen, sie sei «zahlungsunfähig und stehe vor dem Staatsbankrott».

Die Deutsche Demokratische Republik ist kein «Seniorenstaat», in dem nichts produziert wird. Ausser wilden Demonstranten gibt es Werktätige, die arbeiten und um Leistungssteigerung ringen.

DIE WOHLTÄTER

Der Bundeskanzler, seine Minister und alle möglichen Grosskopfen versprachen «schnelle Hilfe». Premier Hans Modrow war sehr höflich, als er statt «Hilfe» immer nur einen «Solidarbeitrag» anmahnte. Schliesslich hiess es aus Bonn: «Keine D-Mark für die DDR wäre eine Hilfe ...»

Der schnellen Losung folgte der Versuch einer schnellen Lösung: Kohls Staatssekretär Teltschik sagte die DDR tot. Den Schlüssel zur deutschen Einheit habe «der Kanzler aus Moskau mitgebracht», er befinde sich Jetzt in Bonn». Nun läge – wenn es ihn denn gibt – solch ein «Schlüssel» wohl genauso in Berlin, vor allem aber in Moskau, Paris, London, Washington, Warschau und Prag. In Bonn sucht man eher einen Dietrich, um in die DDR einzubrechen.

Der Spitzenmann der «DSU», das ist ein Fan-Klub der bayerischen CSU in der DDR, Hans-Joachim Walter, auf die Frage der *Süddeutschen Zeitung* nach dem deutschen Weg: «Egal! Nur schnell muss er gehen!» Nach dieser Maxime haben – später, am 18. März 1990 – ja wohl viele ihr Kreuz gemacht. Man mag über Bismarcks «Blut- und Eisenmethode» bei seiner Reichsgründung

streiten. Unbestritten richtig und aktuell ist das Bismarck-Wort: «Hinter der wortreichen Unruhe, mit der Leute ausserhalb der Geschäfte nach dem Stein der Weisen suchen, der sofort die deutsche Einheit herstellen könne, verbirgt sich in der Regel eine flache und jedenfalls impotente Unbekanntschaft mit den Realitäten und ihren Wirkungen.»

Natürlich ist es nicht «egal», wie Deutschland aussehen wird – weder für die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik noch für die Bundesbürger noch für die europäischen Nachbarn und die Völker der Welt. Nach Helmut Kohls «grosser Deutschlandrede» in Leipzig wurden vorgebliche oder tatsächliche «Rote» durch die Strassen und Parks gejagt. Wie Sturmabteilungen gingen junge Christdemokraten gegen Studenten vor und prügelten sie, belagerten den Studentenklub «Moritzbastei» und stürmten mit dem Ruf «Rot-Front verrecke» die Mensa der Universität. «Ausländer raus!» brüllten sie (und meinten damit nicht den Ausländer Kohl, der ja nicht die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik besitzt, sondern sich selbst einbürgert).

Originalton Kohl in Leipzig: «Das Ausland muss endlich begreifen, was es heisst, nach über 40 Jahren in die Einheit gehen zu müssen!» Im Klartext heisst das: Kohl will die DDR zum Nulltarif, über Artikel 23 der BRD angeschlossen, mit Bonner Verfassung, Bonner Gesetzgebung, Bonner Wirtschaftsordnung, Bonner Bundeswehr und Bundesgrenzschutz; letztere an Oder und Neisse, in der Sächsischen Schweiz und im Zittauer Gebirge. «Endlich den Weg in die Einheit gehen!», fordert der politische «Enkel» Konrad Adenauers, des Herrn, der Deutschlands Spaltung auf dem Gewissen hat. Aber nun: «Das Ausland muss endlich begreifen ...»? Der Rest der Welt hat also deutschem Grössenwahn Beifall zu spenden, und Kritik verbittet man sich. Entweder weiss Kohl nicht, was er sagt: Das macht Angst. Oder er weiss es: Das macht Frösteln. Tolpatsch oder Krämer? Firm vielleicht im Ogersheimer Konsum, brutal im Machtgebrauch, wenn's um die eigene Partei geht; der Geschichte nicht gewachsen, wenn die politisch-historische Persönlichkeit gefragt ist.

Wir haben gerade schmerzlich erlebt, was es heisst, wenn sich eine Führung von der Realität entfernt. Angesichts solcher Vor-

zeichen neuerlichen Grössenwahns – «Wollt Ihr die totale Wiedervereinigung?» – muss man antworten: Kohl, seine Vorgartenzweige und deren Wahlopfer haben zu begreifen, was historisch geboten ist: Kein Viertes Reich, kein Weg der DDR vom volkseigenen Selbstbedienungsladen zum Freeshop der Dresdner Bank, keine Konsum-Kohlonie, keine verlängerte Werkbank der BRD, kein Billig-Lohn-Land, kein Deutschland «Vom Wir zum Ich», kein Deutschland, an dessen Wesen die Welt genesen soll, kein Kohlgeruch über Europa, sondern gleichzeitiges Zusammenwachsen von Ost und West in sozialer und militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Vertragsgemeinschaft – über eine Konföderation zum Staatenbund mit gemeinsamem Dach bis zum einigen Deutschland, das nicht so aussehen darf wie die BRD und nicht so wie die Deutsche Demokratische Republik.

Einen komplizierten Prozess kann man nicht terminieren. Nach anfänglichem Aufenthalt im Bremserhäuschen war Kohl der Umstieg in den Führerstand gelungen. Aber er liess nur mehr heisse Luft ab und lautes Pfeifen.

Über konkretes Verhalten, Marschrouten, Zeitpläne, Vorgänge, Taktiken, Konzeptionen, Konzeptlosigkeit, Widersprüche und Wortbrüche wird noch zu sprechen sein.

Aus Moskau kehrt Kohl am 11. Februar 1990 mit Einsichten zurück, die er wörtlich kundtat: «Wir werden eine neue Verfassung zu schaffen haben (...) Ich bin dafür, dass das, was sich bewährt hat, und zwar auf beiden Seiten, von uns übernommen werden soll (...) Es gibt auch Entwicklungen in der DDR in diesen 40 Jahren, die es sich lohnt anzusehen (...) Ich bin ganz und gar dagegen, eine Position einzunehmen, die auf Anschluss hinausgeht (...)»

So klang es aus Kohls Mund, nachdem Michail Gorbatschow mit ihm gesprochen hatte. Aber war es nicht Konrad Adenauer, der einmal gesagt hat: «Was schert mich mein Geschwätz von gestern»? Die Wirkung von Gorbatschows Seelenmassage, wenn es denn eine war, hielt nicht lange an. Am 1. März, nicht einmal drei Wochen später, ist alles vergessen, als ob's ein Wahlversprechen gewesen wäre. Kohl erklärt den Artikel 23 seiner Verfassung zur Koalitionsfrage und zur DDR-Pflicht. Im Artikel 23 des Grundgesetzes steht, dieses gelte «zunächst» für die Länder der BRD: «In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt

inkraft zu setzen.» Also Bundesmitgliedschaft durch einfache Beitrittserklärung einzelner Länder? Mit aller Anerkennung der bundesdeutschen staatlichen, politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Realitäten und Illusionen ...? Dem in der DDR zuzustimmen hiesse, die Republik preiszugeben und gegen das eigene Interesse zu votieren.

Allerdings gibt es in diesem Grundgesetz noch einen anderen Artikel zur Einheit; der 145er besagt: «Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tag, an dem eine Verfassung inkraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung geschaffen worden ist.» Dann würden die 16 Millionen im Osten Deutschlands über ihr eigenes Schicksal als Souverän mitreden dürfen. Anders aber wäre das ein «Deutschland-Durchmarsch des Kanzlers der Deutschen», als der Kohl ja in die Geschichte eingehen will.

Frage: Hat ein Kannibale das Recht, im Namen dessen zu sprechen, den er fressen will?

Willy Brandt erwies sich auch nicht gerade als konsequent. Jahrelang hatte er richtig «die Wiedervereinigung eine Lebenslüge» genannt. Dann konnte es auch ihm in der ersten, unerwarteten Überraschung nicht schnell genug gehen. Jetzt mahnt er vernünftigerweise wieder zur Vernunft: «Was zusammengehört, muss zusammenwachsen – nicht überstürzt». Wann ist die nächste Wendung des Orakels zu erwarten?

Ein einheitliches Deutschland ist kein Bonner Gnadenakt und weder nach Gutsherrenart noch durch Rosskuren à la Dr. Eisenbart zu erreichen. Wir wollen weder die BRDigung der Deutschen Demokratischen Republik, noch dass in einem Deutschland der Mächtigen die Mächtigen auf Kosten der DDR noch mächtiger werden. Wir wollen nicht die Übermacht eines Parteiapparates eintauschen gegen die Übermacht von Banken, Monopolen, Versicherungen und Grossgrundbesitzern. Will heissen: Anders als die Bundesrepublik muss das neue Deutschland schon sein.

Die Einheit ist nicht aufzuhalten, denn man kann sich nicht gegen die Geschichte stellen. Aber ein Minikanzler mit seinem Küchenkabinett und seinem ostdeutschen Nachtrab verkennt oder missachtet die Lehren der Geschichte und die Gebote der Gegenwart wie der Zukunft.

DER FRIEDE IM OSTEN

Brechts hymnenwürdiger Vers ist nicht der Bonner Staatskunst aus dem Herzen gesprochen:

«Und nicht über und nicht unter

andern Völkern wolln wir sein

von der See bis zu den Alpen, von der Oder bis zum Rhein.»

Kohl ist kein Bismarck mit dessen Rückversicherungsverträgen mit Russland; Teltshik kein Rathenau mit dem Rapallo-Vertrag; Stoltenberg mit seiner Gloria grossdeutscher Selbstherrlichkeit kein Scharnhorst und kein Gneisenau; zwischen Genscher und Stresemann gibt es auch eine beachtliche Distanz. Es scheint eine Tragik unserer Zeit, dass die Welt keine grossen politischen Persönlichkeiten aufweist.

Unter die tragischen Fehlentwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen musste ein Schlussstrich gezogen werden. Nach den Deutschrümen und ihren Ordensburgern, nach den Teilungen Polens zwischen Preussen-Deutschland, dem kaiserlichen Österreich und dem zaristischen Russland, nach der mehrfachen Auslöschung seiner staatlichen Existenz, nach Gleiwitz und Auschwitz konnte der Schlussstrich nicht zugunsten Deutschlands verlaufen. Historische Einsicht war geboten, wenn aus der angeblichen Erbfeindschaft der Völker Freundschaft für immer werden sollte.

Die Bundesrepublik und Polen sind keine Nachbarstaaten. Sie haben keine gemeinsame Grenze. Grenzen der BRD gibt es zur Nord- und Ostsee, zu Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz, Österreich, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik. Diese wiederum hat gemeinsame Grenzen mit der BRD und Westberlin, der Tschechoslowakei und Polen, und eine Seegrenze.

Deshalb gehörte zu den ersten aussenpolitischen Aktionen der jungen Deutschen Demokratischen Republik der Abschluss eines Grenzabkommens mit Polen. Der Verlauf der Grenze an Oder und Oberer Neisse war auf der Potsdamer Konferenz festgelegt worden. Das Abkommen von Zgorzelec (polnischer Teil von Görlitz) schuf bleibendes Völkerrecht. Dieser Vertrag von 1950 – unterzeichnet von den damaligen Ministerpräsidenten beider Staaten,

Joszef Cyrankiewicz und Otto Grotewohl (übrigens beide ehemalige Sozialdemokraten) – erkannte die Oder-Neisse-Grenze als «Friedensgrenze» zwischen Polen und Deutschen an und ist völkerrechtlich gültig und bindend.

In Bonn waren die massgeblichen Politiker von Beginn an gegen diese Grenze und ihren Verlauf. Ich erinnere mich noch gut, wie Joszef Cyrankiewicz nach der Unterzeichnung und dem Toast Otto Grotewohls lachend ein Bündel westdeutscher Nachrichten, Zeitungsartikel und Rundfunkprotokolle überreichte, in denen gegen die Absicht und Vollzug des Vertrages wütend und hassvoll, mit Beschimpfungen und Drohungen vom Leder gezogen wurde. Grotewohl fragte Cyrankiewicz lächelnd: «Haben Sie etwas anderes erwartet?» Cyrankiewicz antwortete, ebenfalls lachend: «Damit werden wir wohl noch lange zu tun haben.»

Bei privaten Besuchen in Josef Cyrankiewicz' Etagenwohnung in Warschau hat er vor meiner Frau und mir – bei köstlichem jiddischem Slivovicz – noch mehrfach über jene ersten Reaktionen am Rhein gelacht und sich von mir – zusätzlich zu seinen eigenen Informationen – über den anwachsenden Revanchismus der Bundesregierungen und der diversen «Landsmannschaften», wie sich die Revanchistenverbände treuherzig nennen, berichten lassen.

Die Friedensgrenze an Oder und Neisse blieb bis zum heutigen Tag ein Zankapfel. Kanzler, sogenannte «Bundesvertriebenen-Minister» und Bundestagsabgeordnete wie die zu Fossilien versteinerten Czaja und Hupka führten eine unaufhörliche politische, psychologische und erpresserische Hetze gegen Polen und seine Westgrenze. Seit Europas Uhren anders gehen und Kurs auf ein Gemeinsames Europäisches Haus genommen wird, spielt man in Bonn mit verteilten Rollen. Die Revanchisten in den Landsmannschaften und in der Bundesregierung bestehen auf einem «Anspruch auf die ehemaligen Ostgebiete»; die Mehrzahl der Sozialdemokraten und einige Freie Demokraten sind für «Verzicht» und Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze (dafür werden sie offen als «Verzichtspolitiker» diskriminiert); Helmut Kohl vollführt ein Mittelding zwischen Spagat und Eiertanz.

Zwar werden in dem nunmehrigen Warschauer Vertrag zwi-

schen Polen und der Bundesrepublik «Gebietsveränderungen und Grenzen» für unveränderlich erklärt. Aber der Bundeskanzler bringt es fertig, eine völkerrechtliche Anerkennung hinauszuzögern – bis wann? Um Grenzgarantien schwelt ein heftiger Streit.

Ein «Vertriebenengesetz» machte ja unter Adenauer aus allen Menschen deutscher Herkunft «Bundesbürger» – ob sie wollen oder nicht, ob Kinder oder Kindeskindest Polens sind und des Deutschen nicht mächtig. Laut Gesetz ist z.B. der Urenkel einer deutschen Frau, die vor 50 Jahren und noch früher einen Polen geheiratet oder ein uneheliches Kind zur Welt gebracht hat, ein «Vertriebener» bzw. ein «Bundesbürger». Das absurde Ergebnis dieses grossdeutschen Wahns: Heute gibt es um ein Vielfaches mehr «Vertriebene» als 1945.

Der überfällige CDU/CSU-Vorsitzende im Bundestag (und immer noch stolze «Ritterkreuzträger»), Alfred Dregger, spricht auch 1990 noch von «ostdeutschen Gebieten», und die Bundesregierung lehnt bis heute die Unterzeichnung und Ratifizierung des fertigen Vertrages ab. Gewiss, man erkenne sie an und wolle sie auch nicht ändern; man beschliesst auch halbherzig irgendwelche «Garantien». Aber die völkerrechtliche Bestätigung der Grenze steht aus – «bis zu einem Friedensvertrag», wahlweise auch bis zu einer «gemeinsamen Erklärung beider deutschen Parlamente».

Wie einfach wäre es, wenn sich Bundesregierung und Bundestag dem Völkerrechtsabkommen von Zgorzelec anschliessen: Das vorgebliche «Problem» wäre keins mehr, sondern vom Tisch. Aber da die Deutsche Demokratische Republik so etwas wie ein «Phänomen» sein soll, sollen wohl auch die von ihr geschlossenen Verträge «Phänomene» bleiben. Man kann gespannt sein, wie man in Bonn mit der Tschechoslowakei verfahren wird ...

Drei Gründe für sein gefährlich-zögerliches Verhalten verschweigt der Kanzler. Einmal geht es ihm um die Wahlstimmen der «Vertriebenen»; zu ungewiss ist, wie lange seine Kanzlerseeligkeit noch andauern wird. Zweitens glaubt er, mit diesem Schwebezustand den Republikanern Wind aus den Segeln zu nehmen und Neonazistimmen auf sich vereinigen zu können. Drittens steht immer noch «Deutschland in den Grenzen von

1937» im Raum: Und da gehören die Deutsche Demokratische Republik und Teile der Sowjetunion, Polens und der Tschechoslowakei hinzu.

Also erst einmal bis zur Oder und Neisse. Dann wird man sehen ... Erst einmal die Deutsche Demokratische Republik aus dem Wege schaffen, die seit 1950 ihrer internationalistischen Pflicht genügt und sowohl die Westgrenze des Sozialismus sichert als auch Polens Westgrenze treu verteidigt.

Angesichts der Politik der Kohl-Regierung ist es kein Wunder, dass Aussenminister Genscher feststellen musste, dass «sämtliche Regierungen beunruhigt» seien. Am grössten sind die Ängste verständlicherweise in Polen. Mein alter Freund Marian Podkowinski, polnischer Widerstandskämpfer, Journalist, Publizist, angesehenster Deutschlandexperte, «Vater» der Jablona-Konferenz von Journalisten aller KSZE-Staaten, Amerikas und Kanadas, klagt: «Dass Kohl die Sorgen der Polen so geringachtet, ist ein ‚Mangel an Vorstellungskraft‘.» Kohl vergesse «leichtfertig, dass für die Polen ein grosses Stück Deutschland immer noch ein Schreckensbild ist, das sie mit Hitler und Bismarck verbinden». Für viele Polen führe «immer noch eine gerade historische Linie von den räuberischen preussischen Ordensrittern des Mittelalters, die den polnischen Staat bedrohten, zu Adolf Hitler, der neben den Juden auch die polnische Nation ausmerzen wollte».

Bonns Historiker-Kanzler hat offenbar Lücken in der Ausbildung oder im Gedächtnis. Dass er nicht ernsthaft den «Vertriebenen-Verbänden» entgegentritt, wenn diese zur letzten Schlacht rufen um die Gebiete jenseits von Oder und Neisse, um ein Grossdeutschland für ein «Volk ohne Raum», dass er sich mit immer neuen Formulierungen um die unwiderrufliche Anerkennung der europäischen Grenzen von 1990 drückt, dieses skandalöse Hin und Her ist nur Wahltaktik: Kohl zögert mit seiner Oggersheimer Weltweite die Einheit Europas hinaus. Denn «erst ein Friedensvertrag»? Das könnte ihn teuer zu stehen kommen: Dann sässen mehr als 50 ehemalige Kriegsgegner am Verhandlungstisch über Deutschland zu Gericht, um Reparationsforderungen zu stellen, die dann in astronomischer Höhe ins deutsche Haus stünden. Ohrenzeugin Thatcher bestätigte: «Er will nicht.»

DAS GEMEINSAME EUROPÄISCHE HAUS

Es soll ja grosse Häuser geben, denen baupolizeilich eine Brandmauer vorgeschrieben ist. Da wohnen Menschen im Souterrain und im Dachgeschoss, dazwischen gibt es Bel-Etagen, Appartements, Wohnungen für Kinderreiche und – wenn Greisinnen und Greise Glück haben – auch Alten-Wohnungen im Parterre, ohne Stufen und mit einigen Erleichterungen.

Es gibt Hausgemeinschaften und Bekanntschaften über den Flur. Es gibt Untermieter. Und es soll Nachbarn geben, die sich ausser «Guten Tag» nur wenig zu sagen haben oder einander möglichst überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Deshalb gibt es Wohnungstüren, die man öffnen und verschliessen kann. Und wenn übler Duft ums Haus weht, macht man die Fenster zu.

So einfach ist das auch mit dem vielzitierten, angezweifelten und hochgelobten, Hoffnung erweckenden und bange Zweifel schürenden «Gemeinsamen Europäischen Haus».

Und so einfach ist es mit dem «Gemeinsamen Haus Europa» wiederum nicht. Denn da wohnen Menschen unterschiedlicher Nationalcharaktere, Kulturen, historischer Herkunft und Entwicklungen; die einen mehr gefühlsbetont, die anderen streng rational; hochgebildet diese und, ohne eigenes Verschulden, dem Intellektuellen-Armenhaus entwachsend andere; ihre Wirtschaft reicht von der Höchstautomatisierung bis zum Holzpflug und zur Sense. Sie leben anders, lieben anders, essen anders und anderes, wohnen anders, kleiden sich anders. Naturverbunden die einen, andere in Städte einbetoniert, jene mit dem Fussweg am Wiesenrain oder Bachufer glücklich, diese mit Pelz, Audi und grossem Peugeot immer noch nicht zufrieden. Die einen entzückt Vogelgezwitzcher und Waldesrauschen, andere fühlen sich glücklich, wenn sie mit Rock-Kultur bombardiert werden, und ihre Lust steigert sich, wenn die Lautstärke die eines startenden Jumbo-Jets übertrifft. Über Geschmack soll man nicht streiten, und dass Jeder nach seiner Façon selig» werden soll, wusste schon der Alte Fritz.

Aber alles unter einem Dach? In einem gemeinsamen Haus? Da bedarf es einer Hausordnung. Jeder hat das Recht, seine Woh-

nung so einzurichten, wie es ihm passt. Keiner hat am Schloss der Wohnungstür des Nachbarn herumzuspielen. Keiner sei des anderen Last und Belästigung. Keiner darf sich in das Leben des anderen einmischen. Schliesslich möchte jeder in seiner Wohnung zufrieden sein und zufriedengelassen werden. Er will verschont bleiben von unerbetenen, ungunen Ratschlägen, von der Kündigung seines Wohnrechts, wenn er seine Wohnung so einrichtet und seine Hauswirtschaft so organisiert, wie sein Vermieter es nicht will. Von Neidern will er verschont bleiben und von «Obermietern», von Hauswarten und von Hausbesitzern, die ihm kündigen, um vom nächsten Mieter höhere Mieten zu erpressen, seine Wohnung auflösen wollen, um selbst einzuziehen. Zu klären wäre vorher auch, wo und wie in diesem Haus Europa die Unterkunft der beiden deutschen Staaten sein soll: Im Hochparterre der eine, im Keller der andere?

Eine Hausordnung also, die alles erlaubt, was den Nachbarn nicht belästigt. Was ihn stört, kränkt, Gefahr heraufbeschwört für Besitz, Leib und Leben, verbietet sich von selbst. Kein Staat hat das Monopol auf das europäische Haus. Nicht Oggersheim ist die Keimzelle des europäischen Hauses, sondern Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.

DAS GEEINTE DEUTSCHLAND

Natürlich wird es ein geeintes Deutschland in einem geeinten Europa geben.

Aber Einheit – Hals über Kopf, durch Überredung, Verführung, Erpressung, im emotionalen Druck westlicher Medien und östlicher Strasse: Das würde ein Deutschland, wie es war. Deswegen halte ich es mit Gregor Gysi, der gesagt hat: «Wir sollten künftig unsere Regierung nicht so behandeln lassen, wie Kohl es im Februar (1990) versucht hat. Die Menschen in diesem Lande haben 40 Jahre gearbeitet, und sie haben es nicht nötig, auf dem Bauch zu kriechen, vor niemandem!»

Wie soll das neue vereinigte Deutschland aussehen? Die Einheit bedeutet ja nicht nur das Ende der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch das Ende der BRD.

Helmut Kohl hätte durchaus recht: «Wir müssen aufeinander zugehen» – wenn er es denn ehrlich meinen sollte. «Aufeinander zugehen» bedeutet nämlich: Jeder verlässt seinen Ausgangspunkt, und man trifft sich – nicht unbedingt in der Mitte, aber – entfernt von beiden bisherigen Positionen. Es muss sich also drüben wie hüben etwas ändern, wenn das ‚»einig‘ Vaterland« soziale und demokratische Züge tragen soll.

Wenn aus Bayerns Staatskanzlei im Zusammenhang mit einer «Wiedervereinigung» tönt: «Jede Einbringung sozialistischer Erregenschaften durch die Vereinigung beider Staaten in das Grundgesetz muss verhindert werden», oder: «Nichteinklagbare soziale Verfassungsrechte wie das Recht auf Arbeit oder Wohnung führen zwangsläufig zu zentraler Staats Wirtschaft und Aufhebung liberaler Freiheitsrechte» – da merkt man die Absichten und wird verstimmt. Die Deutsche Demokratische Republik soll ihrer Souveränität und Eigenständigkeit entkleidet werden, vorbehaltlos Bonns Verfassung übernehmen, nicht mitreden dürfen über Fragen der Sozialgesetzgebung, der Gleichberechtigung der Frau (einschliesslich ihres Rechts, ein Kind zur Welt zu bringen oder nicht), in Fragen der Bildung und der sozialen Sicherheit ...

Die Deutsche Demokratische Republik hat viel einzubringen ins künftige Deutschland, das seinen Bürgern Glück und seinen Nachbarn Vertrauen und Sicherheit geben soll. Da sind nicht nur «die fleissigen Werktätigen», die Kohl plötzlich entdeckt, «die trotz Sozialismus und Partei Bemerkenswertes geschaffen» haben sollen. Wir haben u.a. auch bemerkenswerte Friedenspolitik einzubringen und – als Gegenstück zur deutsch-französischen – die deutsch-sowjetische Freundschaft und die 1950 an der Oder besiegelte Freundschaft mit Polen.

Wenn heute auch schon Mut dazu gehört, um die Wahrheit auszusprechen: In der Deutschen Demokratischen Republik brauchte bis zum Eindringen der D-Mark niemand Angst vor Arbeits- und Obdachlosigkeit haben; die Arbeit von Millionen DDR-Bürgern hatte festere Grundlagen der sozialen Sicherheit geschaffen, als sie in der BRD auffindbar sind. Die Angst der Eltern, dass ihre Kinder auf Abwege geraten könnten, wurde in Grenzen gehalten,

Furcht vor einem Mangel an Lehrstellen und Studienplätzen war bei uns unbekannt. (Übrigens: Die vielen akademischen SED-Gegner, die vielen Pastoren, Ärztekinder, unterdrückten Menschenrechtler – woher haben sie ihre akademischen Grade, wenn ihnen an unseren Universitäten Studienplätze verweigert worden sein sollen?) Obwohl wir den ärmeren Teil Deutschlands und Berlins geerbt haben und ärmer geblieben sind, ja sogar noch bestohlen wurden, haben wir es schliesslich zu einem Platz unter den zehn ersten Industriestaaten der Welt gebracht; auch heute halten wir diese Stellung, obwohl unser Leistungsstand auf den von 1987 abgesunken ist. Ich sage es gewiss nicht aus Überheblichkeit (und weiss: es ist zu oft und zu stark betont worden), aber es ist dennoch die Wahrheit: Im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten lebte und lebt es sich bei uns am besten. Ich höre und lese zu oft und von zu vielen Damen und Herren aus den Führungs- und Chefetagen der BRD: Mit 40 Jahren Misswirtschaft müsse nun radikal aufgeräumt werden ... Auch mit den unleugbaren Vorzügen, Fortschritten und Errungenschaften?

«Runde Tische» und Bürgerkomitees haben sich mit allen Rechten, die in der BRD niemandem zustehen, z.T. bewährt. Kunst, Kultur und Literatur der Deutschen Demokratischen Republik: Sollen sie in einem Einig-Vaterland vor der Tür bleiben? Ich rede keinen neuen Subventionen das Wort. Aber vieles, was unser Staat gefördert hat, trägt Vorbildcharakter für alle Deutschen. Billiges Leben und Essen in Kindergärten, in Schulen und in der Mensa, soziale «Kontrolle», Kinderschutz, Abtreibungsrecht, Mieterschutz, Sorge um Mütter, Familie, Alte, Jugendliche – ich kenne Fakten und Diskussionen über Missachtung und Misshandlung der Wehrlosesten in der BRD ...

Wir haben Verwundungen davongetragen, aber wurden nicht verformt, sondern haben Begabungen, Tugenden und Verhaltensweisen ausgeprägt. Die Deutsche Demokratische Republik darf nicht würdelos in der Geschichte verschwinden und in Vergessenheit geraten. Sie wird keine «Fussnote» der Geschichte sein. Sie wird in das neue Deutschland ihre Leistungen, Fortschritte und Errungenschaften einbringen und in ihm tiefe Spuren eingraben. Und die Köpfe der Menschen, wenn sie einmal Emotionen

bewältigt haben und realen Überlegungen wieder zugänglich sind, werden viele sozialistische Ideale enthalten. Das werden weder ein Kohl noch ein Artikel 23 verhindern. Erich Mühsam, von den Faschisten ermordet, goss diese Gewissheit, gleichsam prophetisch, in den Vers:

«Das Beispiel lebt. Wird es das Volk befruchten,
das demutvoll die tiefste Schmach erlitt?
Das stets den Rücken krümmte unter Zuchten,
das immer nur die eigene Qual erstritt?
O Deutschland, zwischen Furcht und Hoffnung schwebt,
wer Deine Pflicht erkennt. – Das Beispiel lebt.»

«Aufeinander zugehen» ist leicht gesagt. Die Aufforderung «Losgehen» wird aber fast ausschliesslich an die DDR gerichtet. Bei allen notwendigen Veränderungen unsererseits: Eine Annäherung kann keine Einbahnstrasse sein. «Grosse Freiheit Nr. 7» ist keine Adresse für uns. Wir dürfen nicht leichtfertig alles wegwerfen, um kurzfristig und ausschliesslich Konsumbedürfnisse zu befriedigen. Bei aller Notwendigkeit einer Währungseinheit: Die D-Mark darf nicht zum Massstab aller Dinge werden.

GEGEN DIE GRUNDÜBEL UNSERER EPOCHE

Der Kampf gegen Welthunger, Unterernährung, Seuchen und Analphabetismus, um Wasser und Behausungen ist eine allseits anerkannte globale Jahrhundertaufgabe. Zu bewältigen ist sie nur in einem grossen, Kontinente und Weltanschauungen übergreifenden Gemeinschaftswerk. Deshalb bedarf es der wahrheitsgetreuen Information und des Wissens, der Erkenntnis und Kenntnis. Und der richtig verstandenen Koexistenz.

Das können wir nur zusammen schaffen. So ist die friedliche Koexistenz richtig verstanden. Sie hält nicht nur den Frieden zusammen, sondern vermag die Mittel freizusetzen, damit dieser Weltfrieden dem Weltbedürfnis nach Glück und Geborgenheit gerecht wird.

Für einen, der überleben und das nächste Jahrtausend erleben will, ist allein schon die Abrüstung lebens- und erstrebenswert.

Von den paar Unbelehrbaren abgesehen, die ihre Komplexe militärisch und industriell abreagieren wollen, gibt es niemanden, dem Abrüstung schaden, dem Rüstung Nutzen bringen würde. So einleuchtend ist das. Und wie schwer macht es sich der Mensch – von der Streitaxt bis zu Pershing, SS-20 und SDI.

Pflugscharen sind erst angesagt, «wenn das Reich Gottes gekommen ist», wenn also der Frieden greifbar nahe. Zunächst ist Vertrauen nötig, Berechenbarkeit; nur schrittweises Vorgehen heisst Fortschritt. Die Sowjetunion hat so viele Vorleistungen erbracht, die Deutsche Demokratische Republik soviel glaubwürdigen, vertrauensschaffenden Dialog, andere sozialistische Staaten so viele Beiträge, dass der Westen im Zugzwang ist. Ein einheitliches, entmilitarisiertes Deutschland würde diesen Fortschritt fördern. Nicht nur für den Vereinigungsprozess gilt der kategorische Imperativ: «Und handeln sollst Du, als hinge von Dir und Deinem Tun allein das Schicksal der deutschen Dinge ab. Und die Verantwortung wär' Dein!»

Als Stalin jenen berühmten Satz prägte: «Die Hitler kommen und gehn, das deutsche Volk aber, der deutsche Staat bleibt!», sagte er das aus der Erwägung, die optimale Lösung sei ein einheitliches, demokratisches, entmilitarisiertes Deutschland zwischen Ost und West, als guter Nachbar der Sowjetunion. Er ging davon aus – so wenigstens hatte er es im März 1945 in einem engeren Kreis gesagt –, dass die politischen Kräfte in diesem vereinten Deutschland von der Mitte nach links tendieren würden. Andererseits muss er im Besitz von Informationen gewesen sein – so Valentin Falin, Gorbatschows Deutschlandexperte –, wonach die USA Deutschland nach dem Kriege benutzen wollten, aber nicht im Interesse des allgemeinen Friedens, sondern der Pax americana. Stalins Reaktion: Schluss mit allen Spaltungsabsichten! Sein Vorschlag in Potsdam: Ein einheitliches, demokratisches, entnazifiziertes, entmilitarisiertes Deutschland.

Die Hebamme aller nachfolgenden Missentwicklungen war die westliche «Nachkriegspolitik der Stärke». Wer die Materie kennt, muss bestätigen: Stalin hatte eindeutig die Vorstellung von einer entmilitarisierten Welt nach dem Krieg. Für Deutschland sah er ein soziales System nach Art der Weimarer Republik als möglich

an. Der Aufruf der KPD an das deutsche Volk vom 11. Juni 1945 stellt eine Bestätigung dar.

Hans Modrows Vorschlag für ein neutrales Deutschland löste vielerorts Alarm und Schreckensgeschrei aus. Aber «Neutralität» in seinem Sinne – wenn ich das kommentieren darf – heisst nichts anderes, als dass von deutschem Territorium keine neue militärische Gefahr ausgehen darf. Kein Krieg von deutschem Boden: Das bleibt gültig, auch wenn es von Walter Ulbricht und von Erich Honecker stammt.

Das wäre ein Zukunftsmodell für Europa. Mit einem ganzen oder halben Deutschland in der NATO wären die sowjetischen Sicherheitsinteressen unvereinbar. Und das deckt sich mit den Sicherheitsinteressen der Deutschen wie aller seiner Nachbarn. Deutschland müsste also einen militärischen Status erhalten, der von anderen Nationen im Rahmen der europäischen Entwicklung gern übernommen werden würde: ein Präzedenzfall, wie man ohne Berge von Waffen lebt.

WAHLEN

Die Wahlen am 18. März werden zu Unrecht als «DDR-Wahlen 1990» angekündigt. Es werden BRD-Wahlen, Einmischungswahlen, DM-Wahlen, Bananen-Wahlen. Sie «Schicksalswahlen für Deutschland» zu nennen, stellt die Wahrheit auf den Kopf. «Schicksalswahlen gegen Deutschland» müssten sie heissen.

Der Schriftsteller Heiner Müller hat einmal gesagt: «Schliesslich habe Hitler auf einen Wahlsieg gründen können», folgerichtig sei «auch Auschwitz ein Resultat von freien Wahlen gewesen». Beides ist falsch (wie manches bei diesem Müller). Statt eines Wahlsieges hatte Hitler schwere Stimmenverluste erlitten. Darum musste er rasch an die Regierung geschoben werden. Denn sonst wäre seine Partei zu einer Fehlinvestition geworden. Selbst als Kommunisten schon in SA-Kellern, Gefängnissen und Lagern totgeprügelt und Sozialdemokraten verhaftet, eingeschüchtert und behindert wurden, erreichte die Hitler-Partei nur mit Hilfe der Deutschnationalen und anderer Reaktionäre mit Müh und Not 51 Prozent, eine «Allianz für Deutschland». Aussch-

witz mit «Wahlen» erklären zu wollen, zeugt nicht von klarer historischer Sicht. Der faschistische Apparat der Unmenschlichkeit war das Resultat des «Herrenmenschen-Anspruchs», der nicht «nationalsozialistisch» war, sondern imperialistisch. Deshalb folgten die Auftraggeber ihren Armeen auf dem Fusse und schufen mit Auschwitz, Auschwitz-Monowitz, Theresienstadt, anderen KZ's und deren unzähligen Aussenlagern einen Billig-Arbeitsmarkt, verschlissenen Sklaven als nützliche Ware bis zur letzten Prothese, zum letzten Haarschopf und zum Hautfetzen. Das entlastet nicht irreführende Wähler von Verantwortung. Volkes Stimme ist nicht automatisch gleichzusetzen mit Einigkeit und Recht und Freiheit. Zu oft haben sich Wähler verleiten lassen, gegen ihre eigenen Interessen zu stimmen. Immer noch ist der Mensch manipulierbar. Und die Mehrheit hat keineswegs immer recht...

Die Bundesparteien haben nach eigener Aussage 7,5 Millionen Wahl-DM für ihre Ableger in der DDR ausgegeben – in Wirklichkeit ist es ein Vielfaches mehr, was aus Bundesländern und Bundesparteien den zu zwei Dritteln fremdbestimmten DDR-Parteien zufließt. Die «Allgemeinheit» der Wahlen leidet unter drei Fakten: ihrer kurzfristigen Ansetzung, ihrer Fremdbestimmung und der Erblast der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Dem Wehgeschrei neuer und kleiner Parteien und ihren Klageliedern, sie hätten weder Geld noch materielle Möglichkeiten noch Medien-Gleichheit, steht die Tatsache gegenüber, dass einige aus dem kapitalistischen Westen finanziert und dirigiert werden, alle im Deutschen Fernsehfunk und in anderen Medien über hinreichend Zeit für Wahlsendungen und Schleichwerbung verfügen und sich der schamlosen Unterstützung durch westliche Medien und tendenziöse Wahlprognostiker erfreuen dürfen. Ausser der PDS. In einem ist man sich einig und lässt es massiv wissen: Nichts mit der PDS! Alles und alle gegen sie!

Umso erstaunlicher, dass aus der verrufenen Partei des Demokratischen Sozialismus nach den Prognosen wohl die drittstärkste in der Republik werden wird und die zweitstärkste in der Hauptstadt. Beweis, dass ihr die Trennung von der SED, die Erneuerung, die Umwandlung in die Partei des Demokratischen Sozialismus gelingt und die Wirkung der verketzernden Gleichsetzung

mit SED, Stasi und Männern wie Mittag und Herrmann nachlässt. Als einzige hat die PDS ein aktives Programm; durch sie wird eine seriöse, konstruktive Opposition gewährleistet sein.

Dabei werden wir uns Verleumdungen von atemberaubender Abwegigkeit genauso zu erwehren haben wie politischer und historischer Dreistigkeit. Wir werden uns fadenscheinigen Argumenten, tückischen Verdächtigungen und systematischer Verfälschung gegenübersehen. Betonte Böswilligkeit und Denunziationen gehören seit je ins Arsenal der Reaktion. So wird man vor keiner Diffamierung zurückschrecken. Und für all das hat man Mikrofone, Kameras, Lautsprecher, Druckereien und Demagogen: Erfahrene drüben und solche bei uns, die von einer Lernbegierigkeit sind, der man bessere Inhalte, Gegenstände und Handhabung gewünscht hätte. Und ein besseres Gedächtnis.

Das klingt defensiv. Aber wir kämpfen mit Erfahrungen, die wir im Kampf mit der deutschen Rechten gewonnen haben und deren wir uns wieder erinnern müssen: «Wer sich duckt, wird noch heftiger geschlagen!» Schweigen ist nicht Gold: Wer nicht schreit, wird nicht gehört!

DIE ZUKUNFT DES SOZIALISMUS

Gibt es noch jemanden, der nach dem Selbstbestimmungsrecht der DDR-Staatsbürger fragt? Punkt 1 des Programms der braunen NSDAP vom 24.2.1920 lautete: «Der Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Grossdeutschland». Grossdeutschland wurde zum Störfall. Wenn der Tag der Einheit der Tag der Reinheit werden soll, müssen viele Begriffe neu durchdacht, neu bewertet werden. Georg Maurer schrieb die Verse:

«In den Dingen ist verborgen
eine Formel schön.
Grund von allen unsern Sorgen
ist: sie nicht verstehn.
Wie wir nicht begreifen wollen
diese schöne List,
dass die Kette aller Dinge
unsere Freiheit ist.»

Auch wenn der erste Versuch einer Verwirklichung des Sozialismus – nicht nur auf deutschem Boden – zum Ausgangspunkt Null zurückgeführt hat und der Sozialismus gescheitert zu sein scheint: Das gesamte menschliche und geistige Kapital der kommunistischen Parteien ist nicht auf gebraucht. Frauen und Männer, die vor Trümmern stehen, wie die Deutschen 1945, sind nicht das Ergebnis einer bürokratischen Karriere, sondern eines revolutionären Prozesses. Und: Solange unterdrückte Menschen leben, wird es Widerstand geben. Gibt es eine andere Alternative zum mörderischen Imperialismus als den Sozialismus im Geist des Karl Marx im XXI. Jahrhundert?

Für Sozialisten ist kein Weltuntergang angesagt. Standhafte haben keinen Grund, sich von ihren Träumen zu verabschieden, auch wenn der Neubeginn wie ein Alpdruck auf uns lastet. Die neue Wirklichkeit erstrahlt derzeit in unverdientem Glanz. Ihren wahren Charakter werden wir bald umso mehr zu spüren bekommen, wenn die Mehrheit unseres Volkes am 18. März gegen ihre eigenen Interessen abstimmen wird. Ich beteilige mich nicht an einer Wählerbeschimpfung: Zuviel Demagogie dringt auf sie ein. Zuviel Mitschuld tragen auch wir an ihrer Unmündigkeit. Allerdings, die Wahrheit, dass nur «die allerdümmsten Kälber ihre Metzger selber wählen», geht mir nicht aus dem Sinn.

Ich habe meiner Biographie nur noch wenig hinzuzusetzen. Einst selbst weitgehender Intoleranz verbunden, dummgläubig und in falscher Treue, bin ich traurig über die Intoleranz, die ich anderen zugemutet habe. Keine Zeit, «selbst freundlich» zu sein? Ach, Brecht, das wäre als Erklärung doch zu leichtfüßig. Blinde Parteidisziplin mag für die Zeit des Widerstands und der Illegalität gültig gewesen sein, für die Konfrontation mit der Unmenschlichkeit in brauner Uniform und unterm Hakenkreuz. Aber Missachtung und Demütigung so zu verinnerlichen, dass wir die eigene Souveränität missbrauchen liessen und die des anderen, sogar des Genossen, dem Missbrauch auszuliefern halfen? Da liegt vielleicht eine über die Verantwortung hinausgehende moralische Schuld ...

War es eine Frage der falschen Leute, nicht die einer falschen Gesellschaftsstruktur? War diese im Grunde richtig, nur nicht den modernen Produktionsverhältnissen angemessen? Die Autopsie

muss tief einschneiden – es reicht nicht, von «ein paar Jahren» zu reden und von individueller Verantwortung. Solche Einsichten – an deren Ende ich noch nicht angelangt bin (ist es überhaupt erreichbar?) – geben mir den Mut, an eine Vorwärtsentwicklung zu glauben, an die Entwicklungsfähigkeit des gesellschaftlichen Prozesses.

Es war Galgenhumor – Anfangszeichen vielleicht menschlicher Bewegung –, als wir, zunächst hinter vorgehaltener Hand, schon vor Jahren erzählten: «Eine internationale ‚Titanic‘-Bergungsgesellschaft wurde gegründet. USA-Gesellschafter spekulieren auf Gold, Valuta, Werte und Schmuck in den Tresoren. Britische Teilhaber hoffen auf unversehrt gebliebene Aktien und andere Besitzanteile. Das Interesse der Deutschen Demokratischen Republik an der Bergung der ‚Titanic‘ richtet sich auf die Bordkapelle, die bis zum Untergang fröhliche Weisen spielte.»

Die Stalinschen Deformationen haben nicht die sozialistischen Grundwerte infrage gestellt. Wenn wir 1945 nicht aus einer Revolution hervorgegangen sind, sondern aus der Besetzung – auch wenn sie uns anfangs geneigt und förderlich war –, heisst das nicht, dass die Idee des Sozialismus schlecht und nirgendwo zu verwirklichen wäre. Zumal gebrannte Kinder bekanntlich das Feuer scheuen und lernfähig ist, wer eine Fehlentwicklung zugelassen, gar gefördert hat. Das Problem ist nicht, dass der wissenschaftliche Sozialismus schlecht oder auf dieser Welt nicht praktikabel wäre, sondern dass die massgeblichen Praktikanten – ehrlich und guten Wissens gestartet: aus Kampf, Verfolgung, Haft, Folter und mit vielen gefallenen, ermordeten Gefährten –, unter falschem Einfluss und Druck, irrend und arrogant in Misserfolg und Unglaubwürdigkeit endeten.

Nicht der Sozialismus ist gescheitert, sondern seine Führungen. Die heilige Inquisition führte nicht dazu, die Christenlehre in Abrede zu stellen. Der Sozialismus steht mit seiner Niederlage zwischen Scheiterhaufen und Abgrund. Leute und Medien, die den Sozialismus noch nie gut fanden, überschlugen sich schadenfroh und voller Hass, aber voreilig.

Wir lecken uns nach einer verlorenen Schlacht im Kampf der Klassen die Wunden. Aber zugleich sind wir, schmerzvoll zwar und weniger zahlreich, ungebrochen, voll Scham und Stolz erho-

benen Hauptes daran gegangen, Ursachen zu ergründen, Schäden zu begrenzen, Glaubwürdigkeit wiederzugewinnen und den Weg frei zu machen zur Rehabilitierung des Sozialismus, den ich nach wie vor für die einzige menschliche Alternative zur Unmoral und zum Gebrechen des Kapitalismus halte. Mag der eine weniger sozial werden, der andere demokratischer: Die Unvereinbarkeit bleibt. Und ich gestehe: Mangelhafter, aber emeuerungsfähiger Sozialismus ist immer noch besser als der beste, aber unheilbar kranke Kapitalismus. Lieber rote Socke als gar kein Strumpf.

Nein, meine Generation hat so wenig umsonst gelebt wie die davor. Wir leben und kämpfen weiter, gewiss auf verschiedene Weise und mit unterschiedlichen Vorstellungen. Dass es eine friedliche, sozialistische Deutsche Demokratische Republik gegeben hat: Diese Tatsache ist nicht auszulöschen, auch wenn sie derzeit verdrängt werden soll.

Vorerst führte die mühsame Rückkehr zur kritischen Vernunft zu einem Import der Verrottung des politischen Lebens. Was sich bislang erneuert hat, ist der deutsche Sumpf, soll die Ellenbogen-gesellschaft sein, die wir schon einmal überwunden hatten. Es bewahrheitet sich: Wer von prinzipiellen Positionen abgeht, gerät in den Bann rückständiger Strömungen. Wer das Kleingedruckte nicht liest und Angebote nicht durchschaut, findet sich mit der BRD wieder in einer Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung. Wer das Brandenburger Tor zu einer gesamtdeutschen Walstatt herabwürdigt, zwingt zu Fragen: Bedingungs- und gedankenlos fürs Vaterland der DM? Wird der Konsumrausch alle ethischen Werte hinwegfegen und alle Moral? Werden Autos, Stereo und Waschautomaten zum Sinn des Lebens? Wird der Bau von Autostrassen und Autobahnen zum Schwerpunkt des Bauschaffens, zur Zerteilung und Vergiftung der Natur? Wird «Ideologie» wertfrei zur Denunziation, «Sozialismus» zum Schimpfwort, «Genosse» zum Straftatbestand?

Die Menschheit ist um eine Hoffnung ärmer. Aber nichts wäre schädlicher als die massenhafte Dingfestmachung und Ausgrenzung von Sündenböcken, nichts umso mehr geboten als die Unterscheidung zwischen Strukturen und Personen, Institutionen und Individuen. Die Verfehltheit einer Konstruktion denen anzulasten, die ihr Ausgelieferte waren, indem sie sie mittrugen, wäre

töricht. Auch der Institution kann man nur gerecht werden, wenn man sie in ihren historischen Zusammenhängen sieht.

Es wird die Zeit kommen, da wir jenen sowjetischen Filmtitel wahrnehmen werden: «Erziehung der Gefühle». Friedrichs II. «Primat der Vernunft» wird zum herrschenden Prinzip werden. Man wird uns wieder annehmen. Ungeliebt zunächst, weil mit schwerer Erblast und dem Ruf beladen, geirrt, falsch gehandelt und dennoch recht gehabt zu haben.

BIN ICH EIN GROSSBÜRGER?

Ein Kleinbürger gewiss nicht. Aber den Grossbürger sagte mir jemand nach, der mir – zwar ganz anderer Meinung als ich – dennoch wohlgesonnen ist.

Bei ehrlicher Selbstprüfung: Von Geburt ja. Aber für seine Herkunft kann man nicht verantwortlich gemacht werden. Meine Lernfähigkeit hebt mich deutlich vom Grossbürgertum ab. Dass ich gern gut esse, ist keine Frage der Klasse, sondern eine Frage der Kasse: Viele Lebensmonate habe ich bei Wasser, Brot und Haferschleim verbracht, Jahre mit Studentenfutter und Soldatenkost. Der Handkuss ist weniger grossbürgerlich als ungarische und polnische Sitte. Frauen und Ältere zuerst zu grüssen, ihnen den Vorrang zu lassen, ihnen Platz anzubieten und in den Mantel zu helfen, würde ich nicht als klassengebunden ansehen, sondern als gutes Benehmen. Eine Vielzahl von Schlipfen war für Fernsehauftritte bestimmt; lieber sind mir Freizeitlook und Jeans. Dass ich belesen bin und davon ein gutes Deutsch ableite, habe ich mit Klassikern wie einfachen Genossen gemein – in der Grossbourgeoisie rangieren Bildung und Kultur hinter Geld und Profit und gehören nicht unbedingt zum Image.

Bleibt meine Lebensweise. Die ist seit meinem 14. Lebensjahr vom politischen Kampf bestimmt, von Arbeiterpolitik und Klassenkampf. Mein Verhältnis zu Geld und persönlichem Eigentum ist – entgegen allen Gerüchten – unterentwickelt. Dass ich Bier den Vorzug vor Wein gebe und Korn den Vorzug vor französischem Cognak, dass ich von Sekt nicht viel halte, ist weder bürgerlich noch proletarisch, sondern Geschmackssache. Meine Zi-

garre macht mich weder zu Churchill oder Erhard noch zu Fidel Castro.

Genug des Fragebogens. Ich habe mit allen Konsequenzen die Position der Arbeiterklasse bezogen, und ich habe Partei ergriffen – auch in meinem derzeitigen schmerzhaften Zustand der Parteilosigkeit. Den latenten «Grossbürger» können wir also streichen. Ich halte es mit Goethe: «Wem um die Sache zu tun ist, der muss Partei zu nehmen wissen, sonst verdient er nirgends zu wirken.»

Für einen solchen, parteiergreifenden Menschen aber gilt, was Louis Fümberg zum verrufenen Parteiagitator sagt:

«Man richtet Scheiterhaufen auf für ihn
und tausendmale glaubt' man ihn dahin
und tausendmale, wenn man tot ihn glaubt',
kommt er und spottet der verschlossenen Türen,
und wie die Stumpfen seine Nähe spüren,
erwachen sie und heben stolz das Haupt.»

STUNDENBUCH AM 18. MÄRZ 1990

Es ist 5 Uhr in der Früh'. Ich stutze meinen Bart, dusche warm und kalt wie jeden Morgen. Aber es ist nicht wie jeden Tag. Es ist Wahlsonntag. Blauer Himmel, strahlende Sonne, wie man sich einen Frühlingstag wünscht. Was soll ich anziehen? Freizeitlook? Jacke, Schlips und Kragen? Feierlich?

Mir ist nicht danach zu Mute. Feiertag? «Schicksalswahlen»? Seit Wochen und Tagen plärrt es aus Rundfunk und Fernsehen: «Die ersten freien Wahlen seit 40 Jahren». Das ist nicht wahr. Von den ersten Volksbegehren, Volksentscheiden bis zu den Wahlen 1949/50 waren sie frei und demokratisch. Auch danach ging es erst schrittweise vom Wahlzwang über den Gesinnungszwang zur Farce über, zum Falten.

Nun werden wir Kommunisten, wir ergebenen Patrioten der Deutschen Demokratischen Republik, in die Opposition gehen. «Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand Dir Land voll Lieb' und Leben, mein deutsches Vaterland.»

«Die ersten freien Wahlen seit 67 Jahren», überschlagen sich gerade geschichtsunkundige Brunnenvergifter der *Deutschen Welle*. Das ist noch verlogener; denn 1933 waren die letzten de-

mokratischen Wahlen, und Hitler und seine Partei bekamen so wenig Stimmen, dass sie nur in der Allianz mit den Deutsch-Nationalen und anderen Konservativen gerade die Mehrheit von 51 Prozent schafften. Ausserdem kann man Hitler-Wahlen und Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik nicht miteinander vergleichen, schon gar nicht sie gleichsetzen. Im Faschismus wurde mit der Absicht zur Wahl gerufen, ein irreführtes Volk in den Krieg zu stürzen; im «realen Sozialismus» waren die Wahl Veranstalter trotz ungueter Methoden bester Absicht und die Wahllosungen für jeden annehmbar und ehrlich gemeint.

Es ist 7 Uhr 40. Ich habe ein wenig gelesen. Rolf Schneiders *Der Tod der Nibelungen*. Ob es mir noch gegeben ist, die alte Idee eines «Hagen»-Dramas oder eines «Siegfried»-Musicals zu verwirklichen, um der Verlogenheit der Siegfriedlegende entgegenzuwirken? Denn dieser «deutsche Held» war, wenn man das Nibelungen-Lied studiert, Lügner, Feigling, Schwächling und Dümmling.

8 Uhr: Ich begeben mich auf den Wahlgang: Nüchtern, wegen der Wirbelsäule und eines schwächeren Beines auf den Stock gestützt, aber aufrecht, der Westmedien und ihres Pöbels vor dem Wahllokal gewärtig, unbeirrbar, mein Kreuz dorthin zu setzen, wo das einzige Programm, die einzige Potenz und Ehrlichkeit vorhanden ist, neu zu beginnen, gleichsam von Anfang an, nein, vom 11. Juni 1945 an. Mir ist, als ginge ich, jenen ersten Aufruf an das deutsche Volk zu unterzeichnen.

8 Uhr 10: Niemand auf der Strasse, vorbei jener törichte Ehrgeiz, als erster Wähler zu einem früheren Endergebnis beizutragen. Ein CDU-Plakat verspricht die «deutsche Einheit». Keine Westmedien, keine Reporter, zu früh wohl für Anpöbler. Im leeren Wahllokal langweilen sich Wahlhelfer vor sich hin. Ausweiskontrolle, Wahlbenachrichtigung, Wahlzettel, Wahlzelle, obwohl jeder im Raum weiss, wohin ich mein Kreuz setze. Dann doch «falten», Einwurf in die Urne, freundlicher Handschlag des mir benachbarten Wahlhelfers, der einer anderen Partei angehört, allseits freundlich «Guten Morgen». Auf dem Heimweg ein Plakat: «Für die Schwachen eine starke Opposition!» «PDS» ist abgekratzt und überschmiert.

9 Uhr: Frühstück mit meiner Frau. Wir reden über alles, nur nicht über das Tagesthema.

9 Uhr 50: Erste Freunde und Genossen kommen. Nicht zur «Wahlparty», sondern zum Frühschoppen. Eine alte Sitte. Aus allen gesellschaftlichen Gebieten, Produktion, Wissenschaft, Kultur, Militär, Politik, treffen wir uns regelmässig und tauschen, ohne Protokoll und in jeder Hinsicht offen und hemdsärmelig, Gedanken und Meinungen aus. Früher vierzehntägig oder sporadisch auf Anruf; nun rückt man näher zusammen. Was die Wahlen bringen werden, ist heute morgen zunächst weniger das Thema. Das Gespräch dreht sich mehr um Gemeinsames und Versäumtes, Vermeidbares und Unvermeidbares, um die Zukunft unseres Landes, Deutschlands, unserer Partei. Das kühle Bier ist süffig, Schusterjunge und Kartoffelsuppe munden.

Weitere Besucher. Das Gespräch wendet sich dem Wahlausgang zu, Köpfen, Persönlichkeiten, Bonner Bauchrednern. Klar, die PDS muss nicht erst mit Bonn telefonieren oder mit Helmut Schmidt in seiner Westberliner Absteige, bevor sie einen Beschluss fasst und ihre Meinung sagt. Personalfragen werden in Berlin entschieden. Ob er ein Führungsmitglied ausschliessen muss oder nicht, wird vom Parteivorstand beschlossen, nicht vom CDU-Staatssekretär Rühle in Bonn.

15 Uhr: Andere Gäste, andere Diskussionen. Wer bereit ist, einen theoretischen oder praktischen Beitrag zur Befreiung der Arbeiterklasse oder zu ihrer sozialen Besserstellung zu leisten, wird von uns unterstützt – welcher Partei er auch angehört. Wer mit uns auch nur einen Schritt in Richtung Frieden und Sicherheit geht, ist unser Verbündeter – selbst wenn er Antikommunist ist.

Vorverurteilungen und Vorurteile werden sich in Nichts auflösen. Darum: Vorwärts und nichts vergessen ... Augen auf und durch!

Wurde bei uns wirklich lebendiger Antifaschismus vermittelt? Wurden nicht vielmehr alle vereinnahmt, letztlich alle Heranwachsenden automatisch und nachträglich als Teil der Anti-Hitlerkoalition begriffen? Ohne die Kämpfe und ohne die Not, den Mut, das Leiden und das Wissen? «Manches hätte man erwerben können, aber nicht von Ikonen ...»

17 Uhr 30: Man geht, will erste Hochrechnungen zu Hause ver-

folgen. SPD = Sieger, «Allianz» abgeschlagen, PDS Vierter, PDS Dritter, PDS Zweiter: private Prognosen, Wunschträume ...

18 Uhr: Im Fernsehen auf allen Kanälen «Wahlparty im Palast der Republik». Was haben Westsender und Politiker aus Bonn und Westberlin in unserem Palast des Volkes verloren? Die PDS, die Grünen und beide Frauenorganisationen bleiben dem DM-Rummel in unserem Palast fern. Es gibt doch noch so etwas wie Würde.

18 Uhr 50: Erste Prognosen: «Hohe Wahlbeteiligung, Allianz über 50 Prozent, SPD Zweiter, PDS Dritter.» Der Magen krampft sich. Ein alter Nordhäuser hilft. Das Zweiergespräch versickert.

20 Uhr 20: Erste Hochrechnung. Dürfte dem Endergebnis nahekommen. Der 3. Nordhäuser ist fällig. Umbenennungen werden wohl unvermeidlich: Aus Karl-Marx-Stadt wird Chemnitz. Warum nicht aus der Wibelskirchener Strasse «Rhöndorfer Höhe»? Otto kann bleiben, aber statt Grotewohl Waalkes? Für den Marx-Engels-Platz böte sich Franz-Joseph-Platz an (das würde Bayern und Österreich gleichermassen erfreuen), für die Karl-Marx-Allee Karl-May-Allee. Statt der Tucholskystrasse würde eine Axel-Springer-Allee zum Checkpoint Charlie führen. Die Karl-Liebknecht-Strasse als die Strasse des 9. November? Das würde irritieren: Welcher 9. November wäre gemeint?

20 Uhr 30: Der vereinbarte Anruf aus Hamburg. Telefoninterview: «Was sagen Sie zum Wahlausgang?» Meine Antworten, durch belanglose Zwischenfragen unterbrochen: «Schwindel auf allen Bildschirmen, keine DDR-, sondern BRD-Wahlen, DM-Wahlen, Einmischungswahlen wie noch nie in der Geschichte. Nicht einmal die Amerikaner wagen es, sich bei ihren Bananenrepubliken so offen einzumischen. Bonner Wahlregie bis zum gestrigen Abend. Die liberalen Parteien? In den Bundestag wären sie bei der 5-Prozent-Klausel beinahe nicht hineingekommen. Ergebnis? Von allen schlechten das schlechtestmögliche. Alles soll von Bonn übernommen werden: Grundgesetz, Sozialgesetzgebung, NATO, Revanchismus, Kohl. Armes Deutschland ... Die PDS? Erstaunlich und bewundernswert. Alle wollten sie auf Null bringen. Trotz Verleumdung und Benachteiligung: Drittstärkste

Partei der Republik, zweitstärkste der Hauptstadt: Wandel gelungen, konstruktive Opposition zu erwarten.»

21 Uhr 50: Neubestätigung der Hochrechnung. Anrufe voller Genugtuung, dass die PDS nicht untergegangen ist, voll Bedauern, dass die SPD verliert und die Allianz Sieger wird.

22 Uhr 05: Der vereinbarte Anruf von SFB III. Ähnliche Fragen wie aus Hamburg, ähnliche Antworten wie um 20 Uhr 30, mehr den Achtungserfolg der PDS und die Misswahl der Allianz betont.

23 bis 24 Uhr: Weitere Telefonate. Freude über PDS, Trauer über Kohl-Sieg, Ärger über SPD-Niederlage, Genugtuung, dass Allianz ohne absolute Mehrheit. Welchen Dreh werden sie finden, um trotzdem ihre Absichten durchzusetzen? Auf den Bildschirmen: grinsender Kohl in der Toga des «Kanzlers der Deutschen». Nun werden wohl die «Sieger» der DDR-Wahlen bald nach Bonn zum Befehlsempfang fahren, um zu hören, wie ihre Koalitionsregierung aussehen soll, allerdings: Durch gesamtdeutsche Wahlen dürfte sich kaum etwas ändern, was nicht schon vorher geändert worden ist.

Gegen 24 Uhr: Die SPD will nicht in die Koalition? Welche Hintertür lässt man sich offen?

Nach Mitternacht: kann nicht einschlafen. Die Luft ist so drückend wie das Wahlergebnis. Griff nach Brechts «Neues Zeitalter»:

«Die neuen Zeitalter beginnen nicht auf einmal
mein Grossvater lebte schon in der neuen Zeit
mein Enkel wird wohl noch in der alten leben.

Von den Antennen kommen die alten Dummheiten
die Weisheit wurde von Mund zu Mund weitergegeben.»

Am 19. März 1989, gegen 0 Uhr 30 endet dieser I. Teil meiner Niederschrift.

II. TEIL

(23.8. bis 3.10.1991)

WAS TUN?

Es ist der 23. August 1991. Eine anderthalbjährige Pause hatte ich eingelegt: nachgedacht, Leben und Entwicklung verfolgt, Material gesammelt, Bücher gelesen, Dokumente studiert, in früheren Arbeiten gestöbert, mit Genossen, Freunden und Andersdenkenden heisse Nächte durchdiskutiert, Erfahrungen und Einsichten ausgetauscht; versucht, Verzweigungen abzuwenden und anderen Mut zu machen – und aufs Neue begonnen, Notizen zu schreiben, Gedankensplitter festzuhalten, einzelne Themen in Essay-Form zu behandeln.

Bis zum 3. Oktober 1991, dem zweiten «Tag der Einheit», wollte ich diesen Teil meiner Rück-Sicht «Armes Deutschland» abschliessen.

Ist nicht fast alles anders gekommen, als ich im I. Teil meiner Niederschrift vermutet hatte? Viel schlimmer noch, als in schlimmen Träumen vorgestellt? Ein obskurer «Putsch» in Moskau, Leningrad und in den Baltischen Staaten und seine «Niederschlagung» scheinen die Spekulationen wahrzumachen, die Amerikas Chefideologe, Zbigniew Brzezinski, seiner Gebrauchsanweisung für den Vernichtungsfeldzug gegen den Kommunismus ohne Waffengewalt folgen liess: Stalins Greuel und die innere Stagnation hätten Krisen in der Sowjetunion hervorgerufen, durch die das sowjetische Experiment seinen Vorbildcharakter einbüßen würde; wirtschaftliche Erfolge in der Sowjetunion seien nur auf Kosten politischer Stabilität zu erzielen, politische Stabilität aber nur auf Kosten wirtschaftlichen Scheiterns aufrechtzuerhalten; die Ära einer kommunistischen Weltbewegung verliere ihre ideologische Anziehungskraft und gehöre der Vergangenheit an; das alles solle durch ideologische, ökonomische, kulturelle, geheimdienstliche Einmischung gefördert werden?

Was es selbst in reaktionärsten Staaten der Welt kaum noch gibt: In der Sowjetunion ist die kommunistische Partei – nach welchem Statut? – von ihrem Generalsekretär «aufgelöst» wor-

den. Das Verbot – nach welchem Gesetz und Urteil? – sprach einer aus, der nicht mehr Mitglied der Partei war, ein Dissident. Ihre Gebäude, ihr Eigentum, ihre Gelder – nach welchem Recht? – liess er «versiegeln», beschlagnahmen, enteignen, ihr gesamtes Vermögen «in Staatseigentum überführen». Was soll aus dieser Sowjetunion werden?

74 Jahre Weltgeschichte sollen vergessen gemacht, ausgelöscht, der grösste Sieg des Sozialismus über den Imperialismus nachträglich in eine Niederlage verwandelt werden. Die Sowjetunion ist von der Bühne der Grossmächte abgetreten (worden). Aus dem Jahr Null der Menschheitsgeschichte soll wieder irgendein Kalenderjahr zwischen 1916 und 1918 werden.

Aber die Geschichte ist weder aufzuhalten, noch steht sie still. Sie geht weiter. Es wird einmal Historiker geben, die das Weltgeschehen beweiskräftig darstellen, wie es abgelaufen ist, was es der Menschheit gebracht und genommen hat – und was bleibt, gültig für Gegenwart und Zukunft. Dann werden – ausser Dokumenten und Akten – Zeitzeugen gefordert sein, aus welcher Sicht auch der Zeitzeuge seine Zeit bezeugen mag.

Deshalb lege ich weiterhin Zeugnis ab – über das, was ich erlebt, erfahren und empfunden habe, was ich weiss und denke. Das Denken konnten mir weder SA-Stiefel noch Gestapoheitschen, weder Blutrichter noch Peiniger im Strafbataillon nehmen. Auch die Dauerberieselung mit Lügengespinnsten und Halbwahrheiten sogenannter Journalisten des Medienimperialismus vermochten nicht, Bewusstsein und Standhaftigkeit zu erschüttern noch mein Denkvermögen, meine Schreibhand, weder Zunge noch Stimmbänder zu lähmen. Dauerbeschuss mit Hass, Verleumdung, Beschimpfung, Drohung oder Steinen ist kein Argument.

Ausserdem lehrt die Geschichte, dass es jähe Wendungen gibt. Gedächtnis und Bewusstsein, Wissenschaft und Technik, soziale Entwicklungen und soziologische Befindlichkeiten entwickeln sich ungleich schneller als in den letzten Jahrzehnten. Und das Prinzip Hoffnung ist nicht niederzuwalzen wie Staaten und Parteien. Ideen sind wandelbar und entfalten sich – mit dem Menschen, mit der Welt, mit der Geschichte. Sie besitzen Ewigkeits-

wert, wenn sie weise und kühn bedacht, fortentwickelt, gegen Missbrauch und Irrwege geschützt und überzeugend weitergegeben werden.

Das ist keine Nostalgie! In Nostalgie verfallen, nostalgisch denken bedeutet: Heimweh haben, wehmütige Erinnerungen pflegen an Vergangenes, es verklären – verbunden mit dem Wunsch, es möge wieder so werden, wie es war. Das wäre heute in der Tat falsch, verhängnisvoll und jeglichem Zukunftsdenken hinderlich, für die Hoffnung tödlich. Wer im Kampf um neue Sichten und Einsichten, im Abwägen von Falschem und Richtigem steht, wer in einer Zeit unzulässiger Verallgemeinerungen, der Vor- und Pauschalverurteilungen, undifferenzierter Betrachtungsweisen und Wertungen, hysterischer Gefühle, die ausser Kontrolle der Vernunft geraten sind – wer in solchen Zeiten den Blick zurück im Zorn richtet, weil er Gerechtigkeit will: Der ist kein «Nostalgiker». Seinen Mut, seine ehrliche Entschlossenheit zum neuen Denken als «Nostalgie» abzuwerten und zu diskreditieren, ist schlechterdings dumm; denn das führt zu falschem Denken und Handeln und verbaut Blick und Weg in die Zukunft.

Der Bonner Unrechtsstat – mit faschistoiden und separatistischen Notzüchtigern von Geschichte und Recht als Gründer, mit Verfassungsbrüchen und Notstandsgesetzen, Berufsverboten und Gesinnungsurteilen, Geheimdienstskandalen und AfV- und BND-Akten, mit Korruption in Regierung, Parlamenten und Wirtschaft, Privilegienwirtschaft führender Politiker, deren Bestechlichkeit und Amoral, grossem Geld für Grosse und kleinem Geld für Kleine, einäugiger Justiz, Staatsgewalt gegen links und Duldsamkeit gegen rechts – dieser Bonner Unrechtsstaat soll nun das Mass aller deutschen Dinge sein.

Massstäbe werden verschoben, Wahrheiten auf den Kopf gestellt, Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt, Erfahrungen gelehnet, Erinnerungen getilgt, Gedächtnis und Denkfähigkeit gelähmt, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zum Gespött gemacht und Wähler zum Narren. Lügner, von höchsten Ämtern bis auf niedrigste Redaktionsstühle, haben Konjunktur, Unwissen wird als Kenntnisreichtum ausgegeben und Dummheit als Regierungskunst, Niedertracht als Tugend und Andersdenken als Häresie.

Das alles geradezurücken wäre eine Aufgabe, die den Rahmen dieser Niederschrift sprengen und über meine Kraft gehen würde.

Worauf es mir ankommt: Ich will Gerechtigkeit für den Sozialismus (einschliesslich seiner Deformation), Gerechtigkeit für die Deutsche Demokratische Republik (einschliesslich ihrer Schwächen), Gerechtigkeit für die Millionen und aber Millionen Menschen, die in bestem Glauben und mit viel Begeisterung und Opfer Grosses geleistet haben.

TURMBAU ZU BABEL ODER: WAS WILL DAS WERDEN?

In der Bibel ist zu lesen, dass beim Turmbau zu Babel infolge des Sprachgewirrs der Bauleute «die Menschen sich entsetzten, irredurden und einer den anderen fragte: Was will das werden?»

Friedrich Schiller hatte verheissen: «Zu etwas Besserem sind wir geboren.»

Nun schien die Zeit für «etwas Besseres» gekommen. Und die Frage stand im Raum: Was soll das werden?

In unserer Volkskammer wird geredet wie noch nie. Sachliche, um Selbstkritik und neue Erkenntnisse Bemühte werden niedergeschrien von Wendehälsen und solchen, die sich ‚Widerstandskämpfer‘ nennen. Sie fragen sich keineswegs «Was soll das werden?», fühlen sich offensichtlich nicht «zu etwas Besserem geboren». Sie sind sich in ihrer babylonischen Verwirrung nur in einem einig: Weg mit SED, PDS, Hammer und Zirkel im Ährenkranz; einige schon mit der vorausseilenden Ergebenheit des Kollaborateurs künftiger Besetzer, die längst auf dem Sprung sind; «fünfte Kolonne», deren sich deutsche Imperialisten vor der Annexion anderer Staaten stets bedient haben ...

Natürlich rücken Annäherung und Vereinigung beider deutscher Staaten unaufhaltsam näher. Aber wie soll Deutschland aussehen? «Wie will das werden»? «Zu etwas Besserem sind wir geboren»?

RETTEN, WAS ZU RETTEN IST

Am 1. Februar 1990 verkündet Ministerpräsident Hans Modrow, aus Moskau zurückgekehrt, in Berlin vor der internationalen Presse: Deutschland soll wieder einig Vaterland aller Bürger deutscher Nation werden. Und er unterbreitet dafür ein Konzept. Erster Schritt: Eine Konföderation beider deutscher Staaten, das heisst Zusammenwirken in Fragen der Aussen- und Sicherheitspolitik, Neutralität, Beratungen über die Lösung der Berlin-Frage, über wirtschaftliche Zusammenarbeit und Annäherung, über Schritte zur Vereinigung.

Vier Tage später tritt die Opposition – ausser der Vereinigten Linken – in die Regierung ein. Dreizehn Parteien und politische Gruppen bilden das «Kabinett der nationalen Verantwortung».

Internationale Anerkennung, zumindest ungeteilter Respekt werden Hans Modrow zuteil. Frankreichs Präsident Mitterand lässt bei seinem Bonn äusserst missfallenden Berlin-Besuch seinen Pressesprecher sagen: «Herr Modrow trägt die Geschicke Europas auf seinen Schultern.» Aber längst sind Kräfte am Werk, die Hans Modrow die Arbeit schwerer machen und die Frage, wann und wie die deutsche Einheit zustandekomme und wie sie aussehen soll, auf ihre Art beantworten.

FEHLVERSUCHE IN SACHEN DEMOKRATIE

Die Kräfte, die die Bundesrepublik auf Kosten der Deutschen Demokratischen Republik vergrössern, die DDR einverleiben, anektieren, anschliessen, ‚Heim ins Reich führen‘ wollen, beschränken sich nicht auf die immer reaktionärer werdende Strasse. Es besteht ein Neben-Parlament, quasi eine Neben-Regierung, genannt «Runder Tisch»; allerorten, wo es gewählte Parlamente gibt, ob Gemeinde, Kreis- oder Bezirksstadt, vor allem aber im Berliner Schloss Niederschönhausen.

Die Institution «Runder Tisch» könnte eine segensreiche Einrichtung sein. Sie wäre nämlich der befugte Kontrollmechanismus, der dem SED-Regime gefehlt hatte und dem Sozialismus demokratisches Ansehen verliehen hätte. Natürlich müssten seine

Mitglieder über echte Kompetenz verfügen und über Objektivität und in der Öffentlichkeit Vertrauen geniessen. Und einiges Konstruktive haben einige Mitglieder auch zustandegebracht.

Aber statt Kontrolle und Beratung durch den «Runden Tisch» hat sich eine Doppelherrschaft mit all ihrer Unwägbarkeit und Schädlichkeit entwickelt. Wer regiert, die Regierung Modrow oder die Damen und Herren am «Runden Tisch»? Parlament und «Runder Tisch» sind zu Tribünen für blinde Zerstörer und hysterische Weltverschlechterer missraten. Da wird vorverurteilt, und Unbedarfte schwingen sich zu Staatsanwälten, Richtern und Regierenden auf – nicht selten auf der Grundlage von Weisheiten der aus dem Boden schiessenden Skandalblättchen.

Am ersten «Runden Tisch» sitzen nicht nur Vertrauenswürdige, sondern auch des Vertrauens Unwürdige; nicht nur Kompetente, sondern auch höchst Unfähige, Unwissende, Ahnungslose, Naive, wilden Stimmungen Ausgelieferte; nicht nur Gutwillige, «zu etwas Besserem» Entschlossene, sondern auch Böswillige, auch «Menschen, die sich entsetzten, irre wurden» und den anderen eben nicht fragten: «Was soll das werden?», sondern: «Was war, wie war es, wer war es?»

Die Volkskammer, von Wendehälsen, Korkenziehern, echten und falschen ‚Widerstandskämpfern‘ dominiert, übertrifft, wie die Mehrheit am «Runden Tisch», die gerade überwunden geglaubte Inkompetenz um ein Vielfaches – an Zahl wie an Lautstärke. Vorlaut, gehässig und destruktiv, ist sich die Mehrheit beider Gremien in einem Bestreben einig: der Regierung Modrow das Regieren so schwer wie möglich zu machen, die Deutsche Demokratische Republik mit unsäglichem Schmutz zu bewerfen, ihre immer noch gültige Verfassung zu missachten und den Eid auf sie zu verweigern.

Die Inkompetenz gipfelt in einer Verwaltungsärztin, die «Parlamentspräsidentin» wird und sogar «Staatsoberhaupt», von bösen Zungen ‚Zwergmann-Hohl‘ genannt. Ihre politische und parlamentarische Ahnungslosigkeit, verbunden mit einer Spracharmut, die diesen Mangel der SED-Führung weit übertrifft, ist peinlich. Wenn sie Geschäftsordnung, Tagesordnung und parlamenta-

rische Gepflogenheiten zum Gespött macht, wird das nicht dadurch aufgehoben, dass ihre anfänglich spiessige Bekleidung von Tag zu Tag modischer, westlicher und teurer wird ...

II. WAHL

Schon führen sich nicht nur Kanzler und Hausbesitzer, sondern auch ganz normale Besucher aus dem Westen in der DDR auf, als seien sie Besatzer in einem besiegten Land. Wächst so zusammen, «was zusammengehört»?

Wie ernst muss man Kohls Dresdener Versicherung nehmen, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten müsse «mit Vernunft und Augenmass vor sich gehen»? Was ist von Amerikas Aussenminister Baker zu halten, der in Westberlin beteuert: «Eine Lösung der deutsch-deutschen Frage darf nicht forciert werden, sie muss die berechtigten Interessen aller Beteiligten im neuen Europa berücksichtigen»?

Der Bundeskanzler hat in Dresden dem DDR-Ministerpräsidenten Versprechungen gemacht (Kredite, Vertragsgemeinschaft), von denen er beim nächsten Treffen in Bonn nichts mehr wissen will. Hans Modrow bewahrt Würde, als der Provinzling und Gefühlsakrobat Kohl ihn zu behandeln versucht, wie in dessen Weltbild der Lord mit seinem Butler umgeht – eben nicht mit englischem Stil...

Den in Dresden vereinbarten Vertragsentwurf über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft hat die Bundesregierung nicht einmal einer Antwort für würdig befunden. Man hält es auch nicht für nötig, der Modrow-Regierung einen schriftlichen Vorschlag für die beabsichtigte Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zu übermitteln.

Wie hatten die Wahllosungen gelautet? Die PDS reklamierte für sich «starke Opposition für sozial Schwache». Dieses Versprechen hält sie. «Keinem wird es schlechter gehen, einigen besser», versprach Kohl und setzte gleich noch einen drauf: «Keine Steuererhöhung». Kohl am 26.8.1990: «Es macht keinen Sinn, wenn wir den Ausweg in Steuererhöhungen suchen.» Otto Graf Lambsdorff am 30.10.1990: «Die FDP ist die einzige Partei, die gegen Steuererhöhungen war, bleibt und ist.» Theo Waigel am

9.11.1990: «Ich sage noch einmal: Ich plane keine Steuererhöhung.» Helmut Kohl am 15.11.1990: «Wenn ich dem Bürger vor dieser Wahl sage, wir machen keine Steuererhöhungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit, dann machen wir keine.» Theo Waigel am 19.11.1990: «Meldungen über angebliche Pläne zur Erhöhung der Mehrwert- und/oder Mineralölsteuer entbehren jeder Grundlage.» Otto Graf Lambsdorff am 19.12.1990: «Wir haben einen ehrlichen Wahlkampf geführt.» Theo Waigel am 19.2.1991: «Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit sind nicht nötig.» Helmut Kohl am 28.2.1991: «Den Vorwurf ‚Steuerlügner‘ betrachte ich als ungerechtfertigt.» Wenn es mit dem Gedächtnis der alten und neuen Bundesbürger besser stünde, würden sie bei den nächsten Wahlen die richtige Antwort geben ...

«Freiheit» bedeutet für die Informationspolitik, dass die Massenmedien zu einer Art öffentlicher Bedürfnisanstalt wurden, für Blinde, Kurzsichtige, Schwerhörige, Rachsüchtige, von Verfolgungswahn geplagte Denunzianten und Querulanten; bei Förderung von Rufmord und dem Schrei nach Lynchjustiz. Nicht das Bedürfnis nach der Brechtschen Weisheit wird geweckt, sondern das Informationsbedürfnis wird reduziert: auf das kindliche Fassungsvermögen von *Bild-* und *Super-*Lesem, Rambo- und John Wayne-Fans, auf amerikanische Nicht-Musik und Biermann-Baladen – weit unter dem gescholtenen Informationsniveau des einstigen *Neuen Deutschland* und der *Aktuellen Kamera*.

Die Weisheit von Mund zu Mund weiterzugeben, erfordert offene Ohren und geistige Aufnahmebereitschaft. Aber Werbefernsehen, Einkaufscenter, «Golf», Bambi- und Bumsangebote haben wohl grössere Anziehungskraft. Endlich «frei wie der Westen». Dabei war der DDR-Bürger eindringlich gewarnt. Muss, wer nicht hören will, fühlen? Armes Deutschland ...

Aber wir haben ein frei gewähltes Parlament. Es heisst immer noch Volkskammer. Die alles Vernünftige niederstimmende, jeden Andersdenkenden niederbrüllende Mehrheit hat eine «Allianz für die Freiheit» gebildet. So waren die grossbürgerlichen Parteien in den Wahlkampf gezogen, und die «Allianz für die Freiheit» hat den Wahlsieg für die Allianz-Versicherung errungen, die die staatlichen Versicherungen der DDR übernahm. Seit-

her stehen die Versicherungskunden Schlange, länger als einst im Konsum. Bürokratismus macht sich breiter, als er je in vergangenen Zeiten war.

Auch die Regierung ist frei gewählt. Und damit der Ministerpräsident nichts falsch macht, hat er einen «Berater» aus Bonn zur Seite. Seine Minister erfreuen sich derselben «Assistenz». Stefan Heym meinte zu diesem Kabinett, unter diesen Blinden sei der Einäugige Diestel König.

FRIEDENSGÖTTIN HIN – SIEGESGÖTTIN HER

Einen 9. November gibt es in jedem Jahr. In den letzten 71 Jahren gab es in der deutschen Geschichte vier 9. November besonderer Art.

Am 9. November 1918 beendete die deutsche Revolution den von Beginn an verlorenen Weltkrieg Nr. 1. Der Hohenzollern-Kaiser, Wilhelm II. von Preussen, floh über die Grenze ins Ausland. Die geschlagenen Militärs zwangen Zivilisten – und diese gaben sich dafür her –, im Spiegelsaal von Versailles die Kapitulation zu unterschreiben. Dann gingen auch General Ludendorff ins Ausland und Generalfeldmarschall von Hindenburg in die ‚inhere Emigration‘ nach Hannover.

Am 9. November 1923 marschierten Hitler, Hess, Göring, General Ludendorff und ähnliche in München zur Feldherrenhalle – ein dilettantischer Putschversuch gegen die Weimarer Republik. Ein paar Warnschüsse – ein Querschläger traf Göring, der während der ärztlichen Behandlung in Schweden zum Morphinisten wurde –, und schon liefen die Helden des Bürgerbräukellers auseinander (ausser Ludendorff). Zu ehrenhafter Festungshaft verurteilt, diktierte Hitler seinem Adlatus Rudolf Hess im Luxusappartement der Festung Landsberg sein – leider von zu wenigen gelesenes – Buch *Mein Kampf*.

Am 9. November 1938 inszenierten deutsche Faschisten die «Reichskristallnacht»: erster Höhepunkt auf dem Wege zum Holocaust, auf der Grundlage der Nürnberger Rassengesetze von 1935, die im Eichmann-Prozess als «Grundgesetze für die Endlösung der Judenfrage» bezeichnet wurden.

Am 9. November 1989 gab es einen «kalten» Staatsstreich: Die obskure Öffnung der Grenzen – ohne politische, psychologische, wirtschaftliche Vorbereitung, durch Schabowski, Krenz und wer sich heute noch dieses Anschlags rühmt. Das steht im Geruch geheimdienstlicher Machenschaften. Jeder Fernsehzuschauer konnte sehen, wie gegen Ende jener sensationellen Pressekonferenz ein (italienischer, wie sich später herausstellte) Journalist Schabowski einen Zettel zuschob, den dieser ungelesen in der linken Jackentasche verschwinden liess. Etwas später zog er ihn hervor und verlas die Öffnung von Grenze, Mauer und Brandenburger Tor. Kein Stadtkommandant von Berlin war informiert, kein Kommandeur oder Soldat der Grenztruppen, keine sowjetische Stelle: ein Spiel mit dem Feuer.

Besonnenheit und tiefe Bewegung bei den einen, provokatorische Emotionen und unverantwortliche Hysterie bei vielen anderen – so kam es zu widersprüchlichen, letztlich historische Wahrheiten hinwegschwemmenden ‚Begegnungen an der Grenze‘. Westliche Fernsehkorrespondenten waren – wie immer – mit ihren Kameras rechtzeitig zur Stelle und verteilten, bevor sie drehten, Flaschen mit Schnaps und Sekt. Bonn stellte sich verdächtig ahnungslos und überrascht. Kohl will von nichts gewusst haben – wie auch Bush nach dem ominösen Putsch in Moskau, wie Kennedy bei Erhalt der Nachrichten vom Abenteuer in der Schweinebucht.

Am 31. Dezember 1989 zerstörten betrunkene Einheits-Vandalen mit Hilfe des DDR-Fernsehens die Quadriga auf dem Brandenburger Tor. Dieses ist ein deutsches Symbol. Es ist keine «Porta triumphalis», und die Göttin mit ihrer Quadriga keine Sieges-, sondern die Friedensgöttin. Davon zeugt der Auftrag, den der Architekt Carl Gotthard Langhans vor 200 Jahren dem Bildhauer Johann Gottfried Schadow erteilt hat: «Triumph des Friedens» soll die Nike darstellen, und unter den Sockel der Quadriga gehöre der «Friedensfries».

Mit Frieden indes hat dieses Tor nicht gerade viel zu tun gehabt. Es sah chauvinistische Aufmärsche und Siegesparaden. Nach dem Sieg über Preussen bei Jena und Auerstedt fiel die Quadriga 1806 Napoleons Kunstraub-Politik zum Opfer. Er liess sie demontieren und im Pariser «Musée Napoléon» verwahren, das heute «Louvre» heisst.

Als Frankreich 1871 von Moltke bei Sedan geschlagen und im Spiegelsaal des Versailler Schlosses von Bismarck mit der Proklamation des II. Reiches gedemütigt war, verhandelten Marschall Blücher und Wilhelm von Humboldt 1874 über die Rückführung. Am 7. August wurde die Göttin in Berlin zum zweiten Mal enthüllt. Von da an blickte sie nicht mehr nach Westen, sondern lenkte ihre Quadriga gen Osten: mit Eisernem Kreuz, Preussenadler und Siegeskranz. «Viktoria» nannten sie die damaligen Hofberichterstatter. Aus der Friedensgöttin war eine Kriegsgöttin geworden. Die historische Quittung war 1945 die rote Fahne neben der zerstörten Quadriga und auf dem Reichstag.

Wer alles ist durch dieses Tor gegangen, gefahren, kutschiert, marschiert. Da waren Kaiser und Kronprinzen, die dazugehörigen Kaiserinnen, Prinzessinnen und Hofdamen in ihren Equipagen. Da war der des Deutschen nicht recht kundige Engländer, der einen kaiserlichen Gendarmen gefragt haben soll: «Who ist der grosse Brandenburger Tor?» Der Polizist habe wahrheitsgemäss geantwortet: «Majestät ist im Tiergarten ausgeritten.» (Achtung: Witz)

Die Göttin sah, wie Soldaten stadtauswärts marschierten – nach Verdun und an die Mame. Zurück kamen sie weniger martialisch: teils über ihre Niederlage getröstet durch die vom geschlagenen Ludendorff erfundene Ausrede «Dolchstoss in den Rücken der siegreichen Front» (das waren natürlich Sozialdemokraten und Kommunisten), teils mit letzten Briefen gefallener Kameraden für deren Angehörige, teils als Revolutionäre, die ein anderes Deutschland wollten als das, für das sie auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges geführt worden waren. Ihnen folgten Konterrevolutionäre, um mit einem Herrn Kapp gegen die junge Republik zu putschen. Und zu ihrer Begrüssung stand General Ludendorff am Tor; in seiner kaiserlichen Uniform, am 13. März 1920, morgens früh um sechs. Wie der Zufall so spielt...

Der Kapp-Putsch wurde von den deutschen Arbeitern mit einem Generalstreik abgewehrt. Aber dann wurde 1925 Hindenburg Reichspräsident: der kaiserliche Generalfeldmarschall und Kumpan Ludendorffs (beide standen auf westlichen Kriegsverbrecherlisten). Hindenburg liebte es, die Weimarer Republik im kaiserlichen Uniformrock zu repräsentieren. Als etwa Zehnjähri-

ger – mein deutsch-nationaler Vater hatte im Hotel Adlon einen Fensterplatz gemietet – wurde ich Zeuge, wie Hindenburg in eben diesem antirepublikanischen Aufzug mit dem afghanischen Kaiser Aman Ullah durchs Brandenburger Tor fuhr. Der kaiserliche Gast hatte sich übrigens als Befürworter eines gutnachbarlichen Verhältnisses zur jungen Sowjetunion aus der Schar der Antikommunisten hervorgehoben.

Dann sah ich am 30. Januar 1933 Hitlers SA und den «Stahlhelm» durchs Brandenburger Tor marschieren – mit Fackeln, mit denen sie in naher Zukunft erst Bücher, dann den Reichstag, dann Nachbarstaaten, fast ganz Europa und schliesslich Berlin in Brand setzen sollten – und Menschen. Die kupferne Friedensgöttin war ausserstande, über diesen Fackelzug zur Reichskanzlei Tränen zu vergiessen.

Hitler lässt seine Wehrmacht durchs Tor paradieren. Die Friedensgöttin erblickt Soldaten, die als «Legion Condor» aus Spanien zurückkehren, von der Generalprobe für den grossen Krieg. Und sie sieht sie dann gen Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich hinausmarschieren und als «Sieger im Westen» zurückkehren, siegestrunken, zum zweiten Mal mit Elsass-Lothringen als Kriegsbeute deutschen Grössenwahns.

Dann war es mit der Siegesgöttin aus. Ihrem Blick, wenn auch nach Osten gerichtet, blieb der Beginn des geheimgehaltenen hinterhältigen Überfalls auf die Sowjetunion erspart. Schwer beschädigt, verletzt, fast erblindet, sah sie dann nur noch, wie der sowjetische Marschall Shukow zu Fuss unter ihr durchs Tor und auf die Linden zuing, um das befreite Berlin zu erkunden.

Als der erste sozialistische deutsche Staat gegründet war, liess er das kriegsbeschädigte Brandenburger Tor und seine Quadriga, unter Mitwirkung Westberliner Handwerker, renovieren und restaurieren: Lorbeer-Kranz ohne Eisernes Kreuz, kein Preussenadler – die Friedensgöttin war wiedererstanden. Die Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik hatte ihr Friedenssymbol. Es wurde sogar durch eine Mauer geschützt, als die Bedrohung aus der «Frontstadt Westberlin» und der BRD zu gross wurde.

Seitdem wurde aus dem Symbol ein Ort der Provokation. Immer wieder machten es aufgehetzte oder beauftragte Jugendliche

zum Gegenstand hassvoller Angriffe auf Frieden und Sozialismus: 1948, 1949, 1953. Als der neue deutsche Staat beim ersten Versuch nach 40 Jahren zusammenzuberechnen begann, gab es wieder den Sturm auf das Brandenburger Tor und seine Friedensgöttin. Und als über Nacht «Volkskammerabgeordnete» den «Beitritt» zur BRD erklärten, dauerte es nicht mehr lange, bis Diepgen und Kohl die misshandelte Friedensgöttin wieder mit Eisernem Kreuz und Preussischem Adler ausrüsteten.

KRUPP UND KRAUSE

Der Bundeskanzler betreibt unterdessen seine Machtübernahme in der DDR mit dem Ziel, als Bismarck II., «Kanzler aller Deutschen», in die Geschichte einzugehen. «Grossvater Adenauer» reicht wohl nicht mehr. Das bedeutete zweierlei: ein «Einigungsvertrag» musste her und eine Mafia zur Zerschlagung und Plünderung der DDR-Wirtschaft, getarnt als «Treuhand».

In grossen DEFA-Zeiten gab es einmal einen grossen Film: *Krupp und Krause*. Da wurde dargestellt, wie Krause als ausgebeuteter Krupparbeiter durch die Zeit der Klassenkämpfe geht. Hautnah erlebt er, was Gustav Krupp von Bohlen und Halbach im Januar 1944 in einer Rede rühmte: «Es ist das grosse Verdienst der gesamten deutschen Wehrwirtschaft, dass sie in diesen schlimmen Jahren (die Weimarer Republik; d.A.) nicht untätig gewesen ist, mochte auch aus einleuchtenden Gründen ihre Tätigkeit dem Lichte der Öffentlichkeit entzogen sein. In jahrelanger stiller Arbeit wurden die wissenschaftlichen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen, um zu gegebener Stunde (er meinte die Machtübergabe an Hitler; d.A.) ohne Zeit- und Erfahrungsverlust wieder zur Arbeit für die Deutsche Wehrmacht bereitzustehen (...) Nur durch diese verschwiegene Tätigkeit deutschen Unternehmertums (...) konnte nach 1933 unmittelbar der Anschluss an die neuen Aufgaben der Wiederwehrhaftmachung erreicht, konnten dann auch die ganz neuen vielfältigen Probleme gemeistert werden.»

Zunächst meisterte Krupp «die ganz neuen Probleme» der

«Arisierung». Er nutzte den Rassenwahn und den allgemeinen Raub jüdischen Eigentums, um sich Reedereien und Werften anzueignen. Dann kam die Zeit, da es ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zu beschäftigen galt. Viele der Männer, die in Frankreich, Polen oder der Sowjetunion den Beschuss mit Krupps Granaten überlebt hatten, dazu Frauen und junge Mädchen, fanden nun Unterkunft und Arbeit in Konzentrationslagern deutscher Monopole. Der Anteil ausländischer Zwangsarbeiter, Kriegsgefangener und deutscher KZ-Häftlinge in den Mitteldeutschen Stahlwerken des Flick-Konzerns betrug 52 Prozent der gesamten Belegschaft. Bei der AEG Hennigsdorf waren es sogar 61 Prozent. Das «Krupp»-Familienunternehmen quälte in seinen Betrieben insgesamt 97952 ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge.

Doch nicht nur in Krupps firmeneigenen Konzentrationslagern wurden Tausende zu Tode geschunden. Krupp zog seine Profite auch aus dem Massenvernichtungslager Auschwitz. Das geht aus einem Schreiben der Firma Fried. Krupp AG vom 8. September 1942 an die I.G. Farbenindustrie hervor. In dem Schreiben an den Kriegsverbrecher Dürrfeld vom I.G.-Farbenkonzern heisst es u.a.: «Mit der Bitte um vertrauliche Behandlung teilen wir Ihnen mit, dass unsere Firma im Begriff steht, in Räumen und mit Arbeitskräften, die uns von der SS zur Verfügung gestellt werden, in Auschwitz die Fertigung wehrmachtswichtiger Teile aufzuziehen.»

Für den Chemie-Konzern konnte das nicht überraschend sein: Mit Auschwitz-Monowitz hatte I.G. Farben bereits sein betriebs-eigenes Konzentrationslager.

Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg kam zu der Schlussfolgerung: «Die Verschleppung zur Sklavenarbeit war vielleicht das schrecklichste und grösste Sklavenunternehmen der Geschichte.» 1948 wurde Krupp zu 12 Jahren Gefängnis und Einziehung seines gesamten Vermögens verurteilt. Keine drei Jahre später, im Januar 1951, wurde der Verbrecher gegen die Menschlichkeit auf Antrag der Regierung Adenauer aus dem Gefängnis entlassen, wurde die Beschlagnahme seines Vermögens aufgehoben. Washington und Bonn hatten den Krupp-Konzern zum Eckpfeiler der Wiederaufrüstung auserkoren.

Im DEFA-Film *Krupp und Krause* durchleidet der «Kruppianer» Krause den dornigen Weg des Antifaschisten und wird Zeuge vieler Kruppscher Verbrechen. Nach der Kapitulation verschlägt es ihn in die Deutsche Demokratische Republik. Dort steigt der Arbeiter schliesslich zum Generaldirektor eines Kombinats auf. Und eines Tages ist es so weit: Der ehemalige Krupp-Arbeiter verhandelt auf der Leipziger Messe gleichberechtigt mit einem führenden Direktor der Firma Fried. Krupp.

Manche haben den Empfang Erich Honeckers in der Krupp-Villa Hügel bei Essen durch massgebliche Banken- und Wirtschaftsführer der BRD (nach dem offiziellen Staatsempfang in der Bundeshauptstadt) als Erreichung endgültiger Gleichberechtigung und Anerkennung gewertet. Ich bin heute anderer Meinung und frage mich immer noch, warum man Mittag und Honecker gewährte, was man Walter Ulbricht verweigerte. Mir geht Brzezinski nicht aus dem Sinn ...

Ein anderer Krause sass dann mit den «Krupps» am Verhandlungstisch. Der Name «Krupp» steht hier stellvertretend für politische Vertreter des heutigen Krupp-, Daimler-Benz-, Deutsche Bank- und «Allianz»-Staates gegenüber: Herren wie Schäuble, Seiters und ähnliche. Gleichberechtigt? Es ging um die «schrittweise Vereinigung», um das «Zusammenwachsen beider deutscher Staaten», um den künftigen «Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag».

Günther Krause, auf dem Papier Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, lässt Souveränität, Entschlossenheit und Stehvermögen des Arbeiters Krause im DEFA-Film missen. DDR-Krause hat wohl weniger mit seinem Geburtsland und dem Staat im Sinn, in dem er aufgewachsen und etwas geworden ist. Es gibt nichts, was er nicht verkauft. Ein Doktor aus Dresden schreibt: «Peinlich, peinlich. Es wird doch nun endlich Zeit, deutlich zu machen: Es gibt einen Gewinner, der pfeift, und einen Verlierer, der danach tanzt. In Ordnung, wir tanzen ja schon alle wie verrückt; aber warum will man uns unbedingt weismachen, es gäbe keinen, der pfeift?»

Bisherige Oberste Richter spielen sich als Sprachrohr von Un-

tersuchungskommissionen auf und überschütten Menschen mit Verdächtigungen und Verleumdungen, mit denen am Tisch zu sitzen sie sich noch ein paar Tage zuvor geehrt gefühlt hatten. Unbewiesene Behauptungen und durchsichtige Falschaussagen werden zu Argumenten, Halbwahrheiten triumphieren, Wahrheiten und Richtigstellungen werden höhnisch verlacht. Über allem thront hilflos – mal schweigend, mal schreiend am unparlamentarischen Gewirke beteiligt – eine politische Amateurin, gestützt, geschützt und flüsternd beraten von solchen, deren Geschäfte sie führte.

Und immer wieder Krause. Er berichtet von Verhandlungen, die «keine Verhandlungen» seien, benutzt aber immer wieder das Wort «Verhandlungen». Er wirft mit Zahlen um sich, die der sozialdemokratische Finanzminister Romberg umgehend berichtet. Er rühmt sich seiner Verhandlungskunst und lobt die «Fairness» seiner Partner Schäuble und Seitzers. Schliesslich liegt den Parlamentariern ein dickes Aktenbündel auf dem Tisch. Und sie haben tatsächlich zwei oder drei Stunden Zeit, es durchzublättern. Dann wird er auch schon angenommen: der «Einigungsvertrag».

Er heisst tatsächlich so. In der Abkürzung. Richtiger wäre: Einheit-Vertrag; denn schon bald ist er Makulatur und nur noch zum Feueranzünden gut. Hauptautor Schäuble schreibt dann über diesen Vertrag: «Die Sorge wuchs, die Wiedervereinigung könnte von einer nationalen zu einer sozialen Frage werden.» Wieder der *Spiegel*, weil er mit der brutalsten Offenheit wirkliche Hintergründe und Zusammenhänge verrät: «Es konnte ja keine Rede davon sein, dass hier ein normaler Vertrag zwischen gleichberechtigten Vertragspartnern ausgehandelt wurde.» Der Mann auf der anderen Seite des Tisches, Günther Krause, war im Gegensatz zu Lothar de Maizière von Anfang an kein Gegenspieler, sondern zur Übergabe bereit. Der Verhandlungsführer Krause hatte, anders als sein damaliger Regierungschef, nicht einmal die Absicht, auch nur etwas aus den Nischen der absterbenden DDR zu retten. Er wollte «die Einheit lieber heute als morgen vollziehen». Schäuble bestätigt das in seinem Buch an vielen Stellen. Die Tatsache, «dass am Ende der erste DDR-Entwurf für einen Einigungsvertrag auffallend unseren Diskussionselementen entsprach, konnte

niemand überraschen, der von unserer engen Zusammenarbeit wusste», beschreibt der Innenminister sein Verhältnis zu Krause und dessen Auftrag.

WARUM DIE PLÖTZLICHE EILE?

Man fragt sich angesichts der durchaus vernünftigen Absicht Kohls, die Einheit mit Behutsamkeit, Geduld und Augenmass anzugehen und sich Zeit zu lassen: Warum der Meinungswechsel, der «gewaltsame Beitritt», die Sturzgeburt? War die anfängliche Meinung nicht ernst gemeint, nur taktische Täuschung, täuschende Taktik? War Kohl über den Kräfteverfall der Sowjetunion und über Moskauer Absichten informiert? Fürchtete er eine Veränderung in Moskau? Ein «Stoj» im Prozess des fortschreitenden Verzichts auf die Deutsche Demokratische Republik, auf deren Preisgabe?

Und de Maizière? Kein Zweifel, dass er die DDR möglichst lange erhalten und sozialistische Werte in das künftige Deutschland einbringen wollte. Leider wurde eines Nachmittags am Wolfgangsee mit einer Akte gewunken, und schon berief de Maizière für die späten Abendstunden die Volkskammer ein, und diese besiegelte den «Beitritt».

Gregor Gysi warnte vor der Verabschiedung des «Anschluss-Vertrages»: «Fast alles soll so werden wie in der Bundesrepublik. Nur die Löhne, Gehälter und Renten sollen auf längere Zeit niedriger bleiben.» In der Tat hatte Herr Krause diesem Hauptmakel des Vertrages zugestimmt. Wenn die Deutsche Demokratische Republik erst der BRD beigetreten sein würde, gäbe es die DDR als Vertragspartner, der über die Einhaltung der ohnehin schon mageren Vereinbarungen wacht, nicht mehr. Im Bundestag wären die DDR-Abgeordneten dann in der Minderheit; dieses Parlament aber kann mit Mehrheit beschliessen, was es will, z.B. den Vertrag Stück für Stück abzubauen ...

Die Damen und Herren, die Kohl als DDR-Altlast in sein Kabinett nahm, sitzen in der zweiten Reihe. Walther Ortlieb und die Dame Bergmann-Pohl erhalten für ihr Herumtollen auf ihrer Quotenspielwiese im Monat mit rund DM 30.000 mehr als die meisten Menschen in den fünf Ländern im ganzen Jahr. Einzig Vertrags-

partner Krause hat ein ernsthaftes Ressort und Aussichten, im Bonner Establishment aufgenommen zu werden – falls er die Skandale überlebt, in die er verwickelt ist. Und dann bleibt noch offen, wie er die Volksinteressen am Eisenbahnbau und die Profitinteressen der Automobil- und Mineralölmonopole am Straßenbau unter einen Hut bringt.

Lothar de Maizière, nachdem er seine Schuldigkeit getan hat, geht enttäuscht. Aber er fällt nicht ins Bodenlose: Schon als letzter DDR-Ministerpräsident hat er für seine Anwaltskanzlei die gesamten profitbringenden juristischen Interessen der Treuhand an Land gezogen – im Bunde mit der Kanzlei des Steuerhinterziehers Otto Graf Lambsdorff, wie der *Spiegel* verrät.

Auch das Sprachproblem ist geregelt. Nach jenem 3. Oktober ist es nach wochenlangen Mühen auf Grund eines ministeriellen «Sprachführers» verpönt, das Gebiet der neuen Länder etwa «ehemalige DDR» zu nennen; das Kürzel «BRD» ist schier strafbar. Für die Altländer lassen die Bürokraten «das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebietes» gelten. Da wäre doch «Kolonie Deutsch-Nordost» kürzer ... Auch «frühere DDR» soll es nicht mehr heißen, da das Wort ‚früher‘ einen Gegensatz zu einem ‚später‘ suggeriere ...

MITGIFT VERSCHMÄHT. ODER WAS?

Der Literaturwissenschaftler Prof. Hans Mayer, 84, früher Leipzig, jetzt Tübingen, mit untadeliger antifaschistischer Vergangenheit, floh einst aus der Deutschen Demokratischen Republik, gewiss mit guten Gründen. Jetzt warnt er davor, «das Personal dieses Staates und der ihm vorausgehenden sowjetischen Besatzungszone auch moralisch und charakterologisch vom Ende her zu deuten». Das schlechte Ende widerlege nicht einen möglicherweise guten Anfang: «Demokratisch und antifaschistisch. Das war eine Denkwirklichkeit, nicht bloss eine Vokabel.» Hans Mayer unternimmt eine halbe Ehrenrettung Wilhelm Piecks und eine ganze Johannes R. Bechers: Becher preist er als «Glücksfall eines

ostdeutschen Kulturministers»; am «Totalverriss Bertolt Brechts versuchen sich Banausen». Die Deutsche Demokratische Republik nennt er einen «Staat der Schriftsteller».

Im Gegensatz zur unqualifizierten Meinung, das schlechte Ende zeuge immer gegen den Anfang, steht der «Fakt», dass im Politbüro Walter Ulbrichts erbittert diskutiert und gestritten wurde, während Erich Honecker nur noch höfisches Nicken akzeptierte. Vor dem erzwungenen Beitritt war die Rede vom «Aufeinanderzugehen» und davon, dass man «nicht bei Null» anfangen, «weil es in der DDR manches gibt, was in einer neuen Bundesrepublik der Übernahme wert» sei. Zwar gab es Vollbeschäftigung nicht ohne Überbeschäftigung, und niedrige Mieten waren in dieser Masse dem Erhalt von Wohnungen und Häusern nicht förderlich. Aber Massenarbeitslosigkeit und Mietwucher waren unbekannt. Wie sie vermieden wurden, wäre für westdeutsche Handhabung von nicht geringem Wert gewesen. Subventionen sind nicht von Grund auf falsch. Auch im Kapitalismus sind sie durchaus üblich, wenn auch nicht zum Nutzen des Volkes, sondern zum Nutzen ohnehin grosser Profitmacher. Einige Praktiken der DDR wären auch für die (alten und neuen) Bundesbürger von Vorteil gewesen: Das gesamtsoziale Gesundheitswesen, Polikliniken, Arzneimittel-Praxis, Prophylaxe, Schwangerenbetreuung, Altenpflege wie in der DDR hätten auch Alten und Gesundheitsbedürftigen in der Ex- wie der jetzigen Bundesrepublik zum Wohle gereicht. Von der wissenschaftlichen Förderung des Sports – vom Breitensport zum Leistungssport, von der Kinder- und Jugendspartakiade bis zur sportlichen Betätigung Alter und Behinderter – könnten Volksgesundheit und Leistungssportler im Westen viel profitieren. Die «Messe der Meister von morgen» war ungleich breiter angelegt als die Aktion «Jugend forscht» einer Illustrierten. Unser Bibliothekswesen führte zu einer Massen-Leserschaft. Wie ist zu erklären, dass in der Deutschen Demokratischen Republik stets hinreichend Lehrstellen mit meist vorher gesichertem Arbeitsplatz bereitstanden, während sie in der alten und nun auch «neuen» Bundesrepublik fehlen – und weder durch Statistiken noch durch Ankündigungen des Herrn Ortlieb herbeigeredet werden können? Kulturelles Erbe: Wo wurde es zielgerichteter, wissenschaftlicher und menschenfreundlicher gepflegt?

Eine Geschichte der Arbeiterbewegung und der Klassenkämpfe gibt es «drüben» nicht; dort füllen Herrschaftshäuser und Feldmarschälle, fast gewonnene Schlachten und Kriege, Kriegshelden und Reaktionäre, nicht Widerstandskämpfer und Patrioten die Lehrpläne. Faschismus und Holocaust waren umstritten und rückten – zunächst auf Druck der Deutschen Demokratischen Republik, dann wegen des verständnislosen Kopfschüttelns im übrigen betroffenen Ausland – erst spät wenigstens an den Rand des Schulwissens. Ein feiner Unterschied wird auch heute noch gemacht; immer wieder liest und hört man die Floskel «Deutsche und Juden». Gab es keine deutschen Juden, keine jüdischen Deutschen? Keine deutschen jüdischen Sozialdemokraten und Kommunisten? Gelten sie heute noch als «Fremdrassige»? Die Deutsche Demokratische Republik war der deutsche Beitrag zum Frieden und zum Antifaschismus.

Viele materielle, soziale, geistige, kulturelle und moralische Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik hätten der Bundesrepublik gut zu Gesicht gestanden. Sie wurden und werden missachtet, negiert, plattgewalzt, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, weil es keine vereinigende Hochzeit mit ansehlicher Mitgift der Braut – wenn auch einer armen – war, sondern der Beitritt eines Protektorats, die Einvernahme einer Kolonie, in der nicht einmal die Menschen zählten. Sie werden um Stolz, Würde, Arbeitsleistungen und Erfolge gebracht.

Eine neue Illustrierte hat, bevor sie schleunigst wieder abgewickelt wurde, die Merkmale der neuen «Kolonie Deutsch-Nordost» mit denen der alten Kolonie «Deutsch-Südwest» (Namibia) verglichen: «1. Die Ureinwohner werden enteignet. 2. Das Land wird geplündert. 3. Buschzulage für das Expeditions-corps. 4. Die heimische Wirtschaft wird vor der Konkurrenz geschützt. 5. Müll wird in die Kolonie verschoben. 6. Die Glasperlenhändler treiben ihr Unwesen. 7. Die Kultur wird zerstört.»

Der Haupttäter des «Einigungs»-Vertrages, Bundesinnenminister Schäuble, schreibt: «Hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vom bei gleichberechtigter Ausgangsposition an.»

Dem helfen Schwarzseher, Krankbeter und Treuhand ab.

«Qualitativ Neues» hätte nämlich bedeutet, die «Mitgift» der Deutschen Demokratischen Republik mit Dank und Augenmass zu berücksichtigen. Aber Schäuble bedauert treuherzig: «Festtagsstimmung ist vorbei, der Alltag ist grau und voller Sorgen. Die Euphorie des Jahres 1990 ist verflogen, und viele Hoffnungen sind längst durch Ängste überdeckt.»

«Vae victis» – «Wehe den Besiegten» – kündigten die Römer ihren Opfern an. «Treuhand», «keine Steuern», «keinem wird's schlechter gehen» sind heute die Losungen, mit denen man den Opfern das «Wehe» schmackhaft machen will.

So behält Friedrich Engels nach über 100 Jahren noch einmal recht: «Die Mächte der Vergangenheit sind wieder die Mächte der Gegenwart...»

TREUHAND ODER WAS?

Die «Treuhand»-Anstalt sei «die grösste Holding der Welt», heisst es. Sie ist Besitzer, und ihr obliegen Verwaltung, Sanierung und Vermarktung des volkseigenen Vermögens der Deutschen Demokratischen Republik. Das sind Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, Universitäten und Krankenhäuser, Sportstätten und Gaststätten, Hotels und Museen, Immobilien von Theatern und Kinos, Kultur- und Gästehäuser, Baugelände und gesetzlich enteigneter Besitz, Vermögen von Gewerkschaften und Parteien, Werften und Schiffe, Eisenbahn und Strassenfernverkehr und vieles andere mehr. Der ermordete erste Treuhandchef Rohwedder schätzte lässig «für den ganzen Salat 600 Milliarden Deutschmark». Wirtschaftsexperten gehen von «rund einer Billion» aus. Mit nur einem Zehntel dieser Summe für den Aufschwung zwischen Oder und Elbe wären Steuererhöhungen überflüssig.

Aber statt dem kompetenten Wirtschaftsministerium untersteht die «Treuhand» dem Finanzminister. Waigels «Treuhand» beklagt sich im August 1991 beim zuständigen Bundestagsausschuss, sie werde das Jahresziel von 17 Milliarden um etwa 12 Milliarden D-Mark verfehlen. Nur zweieinhalb Milliarden habe sie bei «Verkauf und Privatisierung ostdeutscher Unternehmen» im ersten Halbjahr erzielt. Aber sind «Verkauf und Privatisie-

«Treuhand» Hauptauftrag der «Treuhand»-Anstalt? Eigentlich sollte sie erhalten, was funktioniert, und sanieren, d.h. bei der Gesundung dessen helfen, was erhaltenswert ist und nicht zu sehr in roten Zahlen steckt und moderner Produktionsweise hinterherhinkt.

Die «Treuhand» – und deswegen setze ich sie in Anführungszeichen –, d.h. Gohlke, Rohwedder und Frau Breuel, verkaufen die gewinnbringenden Filetstücke und kämpfen dabei marktwirtschaftswidrig nicht etwa um möglichst hohe Verkaufserlöse. Weniger starke Betriebe werden nicht saniert, sondern solange hingelassen, bis sie fast völlig kaputt sind und höchstens einen Appel und ein Ei wert. Auf dem derweil unverkäuflichen Rest sitzt sie nun. Dafür hält sie wertvollen Grundbesitz feil.

Die «Treuhand» ist in der Geschichte das grösste Raubritter-Unternehmen eines Siegers. Die Verschleuderung der Produktionsmittel ist nichts anderes als Diebstahl des vom Volk der Deutschen Demokratischen Republik Erarbeiteten. Vom erzielten Erlös fließen gnädigerweise Bruchteile in einen «Aufbau Ost» zurück. Wenn die «Treuhand» mit den Massstäben gemessen würde, die sie an die ihr anvertrauten Betriebe anlegt, müsste sie in Liquidation gehen. Frau Breuel und Herr Waigel würden nach marktwirtschaftlichen Prinzipien wegen Unfähigkeit aus jedem kapitalistischen Grossbetrieb entlassen, mit Hohn und Spott an die Luft gesetzt werden. Aber es geht der «Treuhand» nicht um Effizienz und Rentabilität. Es geht darum, «kaputtzumachen, was kaputtgemacht werden muss»: Konkurrenten westdeutscher Firmen, Monopole, Handelsketten, Hotelketten, Theaterbesitzer, Brauereien, Kunstblumenhersteller, Energieerzeuger, Stromproduzenten, Verkehrsbetriebe, Schulen, Forschungsstätten, Universitäten, Institute, Krankenhäuser – was auch immer ...

Dass es dabei um Menschen geht, ist in solchen Bilanzen nicht vorgesehen. Im Grauschleier der Nicht-Information werden ganze Regionen um Arbeitsplätze gebracht und zu Notstandsgebieten abgewirtschaftet; Massenentlassungen werden erzeugt und finanziert – statt Arbeitsplätze geschaffen; Männer und Frauen werden zu Kurzarbeit (bis Null), zu Warteschleifen und Vorruhestand verurteilt; Kinder ihrer Krippen, Horte und Gärten, Alte ihrer Heime beraubt, indem man die Träger-Betriebe vernichtet und

Kommunen verarmen lässt: Was hilft da Björn Engholms schöne Aufforderung: «Mit den falschen Versprechungen muss endlich Schluss sein!» Und seine Feststellung im *Neuen Deutschland*: «Dazu muss vor allem die Treuhand ihre Politik ändern; sie betreibt eine an kurzfristigen Erfolgen orientierte Verkaufs-, aber keine Sanierungspolitik; Beschäftigungsgesellschaften sind wahrhaftig kein ideales Mittel zum Abbau der Erwerbslosigkeit, aber für drei bis vier Jahre sind sie noch dringend erforderlich; die Treuhand muss sich stärker daran beteiligen, als sie bisher angeboten hat; die SPD fordert, den Sanierungsauftrag der Treuhand gesetzlich zu regeln.» Man liebt doch dort Michail Gorbatschow: Warum missachtet man dessen leichtfüßige Warnung: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!» Die «Treuhand» hat längst fast alles kaputt gemacht, die SPD käme zu spät – aber nicht sie, wir werden bestraft ...

ZUM BEISPIEL

Der Bundesrichter Hanns-Karl Gärtner ist als 66jähriger pensioniert. Nach seinem Verhältnis zur DDR befragt, meinte er: «Nichts. Nie. Null.» Kenntnisse über den «SED-Staat»? Er wisse «praktisch nichts», nie war er «drüben, null Interesse»: Öffentliche Bekenntnisse einer schönen Seele. Dieser eingestandene Ignorant sitzt nun in der Zweigstelle Schwerin der «Treuhand-Anstalt». Zusammen mit 14 anderen Richtern seines Schlages liess er sich vom Bundeskanzleramt für den Job eines «Vertrauensbevollmächtigten» anwerben. Ausser einem schönen Zubrot zur Pension: Nichts zu erwarten, nichts gewesen ...

Der Vorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Eisenhüttenstadt wollte sich Mitte August 1991 von seinen vormundschaftlichen Überwachern bei der «Treuhand» in Berlin seinen Geschäftsverkehr bestätigen lassen. Es war alles untadelig, nichts zu bemängeln. Da fiel ein treues Auge (ich weiss nicht, ob es ein «Vertrauensbevollmächtigter» war) auf einen Beleg: Im Rahmen einer landesweiten Aktion hatten die Mitglieder 1.000,- DM gespendet: Milchpulver für Kubas Kinder. Durch den sowje-

tischen Rückzug aus Kuba entfällt auch das tägliche Glas Milch seit Fidels Regierungsantritt. Das war nicht «Treuhand»-Sache. Für westdeutsche Konzerne noch ein paar DDR-Molkereien: Darüber hätte sie mit sich reden lassen. Aber germanische Milch für rote Bastarde in der Karibik? Der Beleg wurde ausgesondert und zurückgewiesen. Die «Treuhand» ist weder Caritas noch Innere Mission noch Heilsarmee – schon gar nicht «Rote Hilfe». Sie hat plattzumachen und zu verschauern, damit von der DDR nichts übrigbleibt. Humanitäre Kriterien haben auf Kontoseiten keinen Platz.

«Alte Halle ausgeschaltet, niemand arbeitet mehr», lautet die letzte Eintragung im Schichtbuch der Elektro-Physikalischen Werke (EPW) in Neuruppin. Ulrich Brugger hatte zugeschlagen. Der Vierundvierzigjährige ist «Treuhand»-Mann für die letzte Stunde. Er lässt komplette Werke demontieren, verschrotten oder verkaufen. Wenn die Telefonkabel gekappt, die Werktoore verrammelt sind, hat der Liquidator seinen Auftrag erfüllt. In Neuruppin liess der Mann aus dem Westen die Maschinen im grössten Leiterplattenwerk Europas abstellen und schickte 2'400 Frauen und Männer aufs Arbeitsamt. Viele andere Arbeitsplätze gibt es in Neuruppin nicht...

In mehr als 30 Ländern werden die Kunstblumen und Festartikel aus Sebnitz geschätzt. Jetzt verwarf die Treuhand realistische Sanierungsüberlegungen, und der liebenswerte Betrieb mit 1'700 Arbeitern und Angestellten beendet seine Tätigkeit – die Arbeit dort war bei vielen schon seit Generationen Familientradition. «Unbestritten ist im Westen, dass *SERO* das weltbeste Werkstoff-Erfassungssystem» ist, sagte ein Herr Wagner von der *Lösch-Aktiengesellschaft* im westfälischen Münster; *SERO* habe «zu Container-Sammlungen den entscheidenden Vorteil garantierter Sortenreinheit», das sei «die Bedingung für gewinnbringenden Weiterverkauf an die Industrie». Wagner kritisierte «im Westen weitverbreitete Pauschalurteile» über die DDR; die *Lösch-AG* habe beim Kauf «von der Treuhand wenig Überzeugungsarbeit zu spüren bekommen», er werde «das Gefühl nicht los, dass viele Dinge in der DDR gekippt werden, nur weil sie ein DDR-Image haben».

Es gab mehr erfolgreiche Betriebe, als man die Westdeutschen

glauben machen wollte. In Zwickau wurden bei *Trabant* Sonder-schichten für Aufträge aus Osteuropa gefahren. Im *Kabelwerk Oberspree* in Berlin waren Überstunden angesagt. Haushaltsgerä-terhersteller, vor allem die Produzenten von Kühlschränken und Waschmaschinen, hatten reichlich zu tun. Die Waggonbauer mussten ranklotzen, um Auslandsnachfragen zu befriedigen. Ma-schinenbaubetriebe wie *TAKRAF* in Magdeburg fuhren Zusat-zschichten. Und die Baumwollspinnerei in Flöha hatte Grossauf-träge aus Osteuropa und Vietnam. Es gab in der DDR überlebens-fähige Produktionszweige, eine industrielle Basis und im Herbst 1'990 Auslandsaufträge im Wert von 17 Milliarden D-Mark, dazu 2'800 Joint-ventures, die 19 Milliarden Umsatz gebracht hätten.

Natürlich gab es viele Probleme und Kämpfe in Betrieben ums Überleben. Aber durch gezielte Schwarzmalerei in Parlamenten und Medien, vor allem durch die abwartende, hinhaltende, einsei-tig, um nicht zu sagen: sabotierende Haltung der «Treuhand» wurde Vorhandenes zerschlagen, «abgewickelt», auf Null ge-drückt und verscherbelt, der Bevölkerung der neuen Länder ge-stohlen. Allein in einem Radius von 30 Kilometern um Halle wur-den Notstandsgebiete geschaffen: Hettstedt, Mansfeld und Sangerhausen, Leuna, Merseburg und Schkopau, Ammendorf, Wolfen und Bitterfeld. Diese ertragreiche Gegend wurde in ein mezzo giorno verwandelt, die Elendsgebiete Mittel- und Südita-liens.

Die «Treuhand» vollzieht die Konzern-Strategie: Das Land zwischen Rügen und Rhön ist in erster Linie ein Absatzmarkt, danach verlängerte Werkbank, zu allerletzt Produktionsstandort! Lieber Billig-Investitionen in den Handel als teures Geld für Pro-duktionswandel.

NEULAND UNTERM FLUCH

Die Ernteergebnisse sind in diesem Jahr (1991) fast so gut wie 1990. Trotz geringeren Anbaus 338 Millionen Tonnen Korn: Frü-her kam da Freude auf. Über 1,6 Millionen Hektar landwirtschaft-licher Nutzfläche sind im vorigen Jahr in der Europäischen Ge-meinschaft (EG) stillgelegt worden. Mit «schlafenden Äckern»

auf 12,5 Prozent der Nutzfläche liegen die neuen Bundesländer an der Spitze.

Erzwungene Produktionspreissenkung, Flächenstillegung, Mengenreduzierung lassen die Bauernsorgen nicht geringer werden. Am 31. Dezember 1991 ertönt für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften der letzte Glockenschlag, obwohl 2.000 LPGs ein realistisches Sanierungskonzept vorgelegt haben. 7,5 Milliarden DM stehen als Entschuldung zu Buche, die «Treuhand» billigt zur Entschuldung und Stundung ganze 1,4 Milliarden zu.

So wird aus «Junkerland in Bauernhand» immer öfter «Bauernland in Golferhand». Planierraupen, Bagger und LKW-Kipper pflügen Land um, ebnen es ein. Dann kommen Gärtner mit Rasen, dann werden Löcher gebohrt. So entstehen – wo Brot wachsen, Kartoffeln und Rüben gedeihen, Raps blühen und Mais sich recken könnten – Golfplätze vor den Toren und Zäunen vieler Gemeinden, Parkplätze und später Klubhäuser und (vielleicht) Hotels. Wer dort spielen wird? Otto Normalverbraucher gewiss nicht. «Geldleute werden kommen», hofft ein Dorfbürgermeister. Wenn es deren Whisky-Kehlen zulassen, werden sie singen: «Märkische Heide, märkischer Sand sind des Märkers Freude, sind sein Heimatland» oder auch: «Kein schöner Land zu dieser Zeit...»

Zum «Treuhand»-Bestand zählen 1,9 Millionen Hektar Forstfläche. Nach der Rückgabe an Private sowie an Länder und Kommunen verblieben der «Treuhand» noch 1 Million Hektar Äcker und Wiesen sowie 400.000 Hektar Wald, sagt ein Herr Rohr von der «Treuhand». Zum Verkauf dieser Flächen werde gegenwärtig mit einem Bankenkonsortium ein Geschäftsbesorgungsvertrag ausgehandelt. Das Konsortium besteht aus vier Banken, von denen drei mehrheitlich im Besitz des Bundes sind. Rohr schätzt die Verkaufserlöse für Ackerfläche auf 8.000 bis 10.000 Mark pro Hektar. Im Westen werden im Durchschnitt 30.000 Mark erzielt. Aus den «Treuhand»-Angaben errechnet sich ein Erlös von mehr als 10 Milliarden DM. Eine kostenlose Übertragung der Flächen an die Länder und Kommunen lehnt Rohr ab. Und an vielen Schneisen steht: «Betreten verboten! Privateigentum!»

Wir hatten eine gesunde, produktive Land- und Forstwirtschaft. Jetzt gelten EG-Normen und bestimmen kapitalistische

Gedankengänge. Brot für alle hat die Erde. Solange ein Mensch auf unserem Erdball hungert, kann kein Bauer zu viel säen und ernten. Überfluss gehört in die Töpfe der Hungernden statt auf Konten und in Verwaltungskassen von Nahrungsmittelbergen. Für den sozialen und ökonomischen Niedergang in der «Dritten Welt» tragen kapitalistische Staaten die Hauptverantwortung. Wir stehen in ihrer Schuld. Und unsere Bauern haben ebenfalls das Recht auf ein würdiges Leben.

DIE REPUBLIK UND IHR PALAST

Das Sein darf das Bewusstsein nicht verstimmen und schliesslich deformieren. Sozialistisches Bewusstsein lässt sich nicht verordnen. Es ist uns nicht gelungen, die Entfremdung aufzulösen; wir haben sie sogar vertieft. Der Widersprüche waren zuviele: Enthusiasmus war gefordert – ideologische und psychische Zwänge standen dem entgegen. Massenaktivitäten wurden angezielt – und durch dirigistische Leitungen eines Überapparates erstickt. Eine neue Einstellung zur Arbeit strebten wir an – und verhinderten sie durch verordnete Wettbewerbe. Wir rangen um neue Produktionsverhältnisse – und glaubten, sie mit administrativem Druck durchsetzen zu können. Für Reformen fehlte an der Spitze die Einsicht in ihre Notwendigkeit. Es war zuviel Zeit vertan worden. Es war zu spät. Wir missachteten den wachsenden Unterschied zwischen einem richtigen Standpunkt und der Verwirklichung seines Inhalts, seiner Ziele.

Auch Angst spielte eine Rolle: Dass Reformen vom Feind, der auf dem Sprung sass, als Schwäche ausgelegt und ausgenutzt werden könnten.

So öffnete sich die Schere zwischen Ideal und Wirklichkeit immer mehr. Mechanismen traten an die Stelle echter Triebkräfte. Wir gewöhnten den Menschen ab, selbständig und verantwortungsbewusst zu denken und zu entscheiden, und erzogen nur zu viele zu vorauseilendem Gehorsam. Dabei regen doch Meinungsverschiedenheiten zu schöpferischem Nachdenken an. Zuhören führt zum Miteinander. Einigen mag Machterhalt wichtiger erschienen sein als Glaubwürdigkeit.

Das Missverständnis der Prinzipien friedlicher Koexistenz liess uns immer weniger nach dem Zweck der Macht fragen; stattdessen begann ein weltfremdes Moralisieren. Beim Rundblick, Überblick und Rückblick liessen zuviele den Feind aus dem Auge, während doch Überblick, Rundblick und Rückblick das Feindbild nicht verwischen dürfen. Die erste wirkliche Parteiüberprüfung – nicht per Fragebogen oder «Gespräch auf Herz und Nieren» – fand erst im Feuer der schleichenden Konterrevolution statt. Nun sehen wir, wie sich die Partei «befindet» ...

Aber es war nicht das Leben, das uns bestrafte: Der schon schwer geschlagene Feind hatte sich während unserer Periode selbstverschuldeter Schwächung erholt und gestärkt. Nun lief er – ideologisch, ökonomisch, psychologisch und militärisch – zu seiner gewalttätigen Hochform auf und nutzte die Breitseite, die wir ihm boten.

Die XXII. wissenschaftliche Tagung der Norddeutschen Gesellschaft für Lungen- und Bronchialheilkunde behandelte das Thema: Die Gefahren von Asbest. Befragt, ob es notwendig sei, Gebäude zu sperren, auswändig zu sanieren, oder – wie vom Berliner Regierenden Bürgermeister gefordert – abzureissen, antwortete Prof. Dr. Eckard Kaukel vom Allgemeinen Krankenhaus in Hamburg vor der Presse, man sei bei epidemiologischen Untersuchungen von Asbeststaubkonzentrationen zu einer «Krebsrate» gekommen, die man bei Hochexponierten gefunden habe: «Da ist man auf eine Zahl gekommen: 1.000 Fasern pro Kubikmeter. Das ist eine Faser pro Liter, von der man annimmt, dass sie krebserzeugend ist – oder auch nicht ... Da hat man eine ganz interessante Untersuchung gemacht, diese Zahl zugrunde gelegt und gesagt: Ein Schüler, der etwa 15, 20 Jahre dem Asbest ausgesetzt war, soll eine Sterblichkeitsrate von 1 haben. Und jetzt lese ich Ihnen mal vor, wie gross die Wahrscheinlichkeit ist, dass man an anderen Ursachen stirbt: An Blitzschlag ist das schon 3, Fahrradunfälle: 75, Fussgänger: 290, Flugzeugunglück: 730, Autounfall: 1600 und Raucher: 8800. Un da haben Sie auch schon meine Einstellung dazu. Wissenschaftlich begründbar ist das nicht. Das ist ein politisches Problem.»

Damit war der «Palast der Republik» gemeint. Er beherbergte

17 Restaurants, Cafés und gemütliche Gaststuben, 16 Küchen, ein Theater, das *TIP*, (Ex-Intendantin Oelschlägel in der Staatsoper zu meiner Frau und mir: «Mein Konny baut mir ein Theater». Da war der Palast noch im Bau, kein Theater eingeplant, aber Konrad Naumann 1. Sekretär in Berlin.) In seinen Nebenräumen und Vestibülen bot der Palast Platz für Galerien. Im Grossen Saal erlaubte eine hochentwickelte Technik die Umwandlung für 600 bis 1.000 Gäste: gesellschaftliche Veranstaltungen mit oder ohne Speisetafel, Kongresszentrum für Parteitage und andere Konferenzen, Konzerthalle und Saal für kulturelle Darbietungen und Fernsehsendungen.

Vergeblich hatte der Westkorrespondent Wiesner bei der Einweihung des Hauses des Volkes versucht, ein herabsetzendes «Palazzo Prozzo» in Umlauf zu bringen. Über 70 Millionen Besucher überzeugten sich vom humanistischen Sinn des Bauwerks. «Palazzo Prozzo» und «Honeckers Renommierbau» wurden erst nach der sogenannten «Wende» aus westlichen Zeitungsarchiven geholt.

Im Parlamentstrakt des Palastes tagte die letzte Volkskammer. Und da entdeckte man den Asbest. Das Parlament war frei gewählt, die Regierung demokratisch zustande gekommen, die Deutsche Demokratische Republik als Völkerrechtssubjekt existent. Luftmessungen in der Volkskammer wie in dem gesamten Palast hatten gerade ergeben, «dass die Faserkonzentration allerorten unter den gültigen Richtwerten» lag. Aber da meldeten sich ein überbetrieblicher «Arbeits-Sicherheits- und umwelttechnischer Dienst» (ATD) aus Westberlin mit einem «Gutachten» und ein Ministerialrat Horst Bossenmeyer aus Stuttgart mit einer Expertise. Diese ausländischen «Experten» durften in der Deutschen Demokratischen Republik westdeutsche ‚Asbest-Richtlinien‘ vollstrecken und entschieden «die unverzügliche Einstellung der Nutzung» des Hauses.

Kraft dieses «Vorgriffs auf die deutsche Einheit» durften die Abgeordneten der Volkskammer nicht einmal ihre Abschiedssitzung in ihrem angestammten Plenarsaal abhalten. Für ihre letzte Tagung durften sie in den grossen Saal des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands umziehen, der vormals Sitzungssaal der Reichsbank gewesen war und inzwischen

einen zwar immer noch ungefährlichen, aber höheren Asbestgehalt aufwies als der Palast.

Kein Treppenwitz der Geschichte. Denn den anonymen «Veranlassern» lag nicht die Gesundheit der Abgeordneten oder der Palast-Besucher am Herzen, sondern sie übten vorausseilende Gewalt, probten das, was dann durch die Dampfwalzeneinigung auf 108.330 DDR-Quadratkilometern der alten BRD als Beute zufallen sollte. Da war für einen «Palast der Republik» kein Platz. Er war so unübersehbar, so bekannt und beliebt, so nützlich und Besichtigungsziel jedes auswärtigen Besuchers («sowas im Osten», konnte man Westbesucher sagen hören), dass er als erstes weg musste.

Der Palast der Republik war ein Symbol, Asbest ein Vorwand, die demonstrative Schliessung des «vergifteten Palazzo Prozzo» ein Symptom.

DIE ERSTEN LEIDTRAGENDEN

In diesem Sommer 1990 fallen lärmende Kinderscharen auf. In vielen Landschaften, an Seeufern und in Wäldern sind Kinderferienlager rar geworden. Ein argwöhnisches Mädchen fragt im Ferienlager Fürstenberg eine Besucherin, die das schöne Gelände besichtigt: «Wohl, um den Kaufpreis runterzuhandeln? Was wollen Sie denn hiermit anfangen?» Es war der letzte Durchgang. Mancher der heute Dreizehnjährigen war 6-mal hier, mit Winterlager sogar öfter. Nun kann der Betrieb die Feriengestaltung für die Kinder seiner Beschäftigten nicht mehr finanzieren. Die Eltern könnten es auch nicht mehr. Denn mit den 12,- Mark für den zwei- bis dreiwöchigen Aufenthalt ist es vorbei. Ein Dreizehnjähriger: «Bei sechs bis acht Wochen Sommerferien war es immer prima, dass man neben dem Urlaub mit den Eltern noch eine weitere Ferienreise hatte und nicht ganz so brav sein musste. Für die Kleinen ist das schon blöd ohne das Ferienlager. Viele Eltern können nicht mal mehr in den Urlaub fahren, da müssen die Kinder die ganze Zeit zu Hause bleiben.»

Nicht für die Schule, sondern fürs Leben lernen wir, wussten die alten Römer. Mit dem Einmarsch westdeutscher Lehrerverbände ist das nun anders. ‚Wir haben alles im Griff‘, meinte eine

thüringische Kultusministerin gelassen vorm Schulanfang. Als es soweit war, waren Tausende von Schülern ratlos: Welche Schule hatten sie denn nun zu besuchen? In den neuen Bundesländern erlassene Gesetze zielen auf die Totalreform des Bildungssystems der DDR. Aber was ist ein «neues, ideologisch unbelastetes Schulbuch»? vielerorts fehlten bei Schulbeginn die neuen Bücher. Für die Schüler in 45 Schulen Schwerins sind sie noch nicht einmal bestellt. Die Westverlage – wer sonst? – sind überfordert. Trotzdem machen sie mit 450 Millionen Deutschmark den Schnitt ihres Lebens. Ein Satz Schulbücher kostet im Durchschnitt 300,- D-Mark. Wer soll das bezahlen? vielerorts konnte die Finanzierung nicht geklärt werden.

Bewährte Polytechnische Oberschulen werden zerschlagen und müssen über Nacht in Grund-, Haupt-, Real- oder Gesamtschulen umgewandelt werden. In Thüringen und Sachsen-Anhalt erfand man noch – in schönem Partikularismus – eine Sekundär- oder Mittelschule. Das Gymnasium ist für die DDR ein völlig neuer Schultyp.

Eine «Übertrittsverordnung» in Thüringen bestimmt, dass die Kinder in den Leistungsfächern mindestens die Note «gut» vorweisen oder eine Prüfung ablegen müssen. Mangels einheitlicher Bewährungskriterien fallen mal 10, mal 90 Prozent der Schüler durch das Raster. Gerichtliche Klage gegen diese willkürliche Praxis hatte Erfolg. Dieses Verfahren sei verfassungswidrig.

Die Einheitsschule der DDR (10 Jahre POS für alle, zwei Jahre EOS für Abiturienten) war «eine einmalige Ausgangsbasis für die Realisierung des Gesamtschulkonzepts», meint ein Berliner Pädagoge und zielt an seiner Schule auf mehr Differenzierung für gute und schwächere Schüler, auf neue Fächer und neue Lehrmethoden, auf Mitbestimmung für Lehrer, Eltern und Schüler.

Heftige Kämpfe, Klassenkämpfe, werden an unseren Schulen ausgetragen. Reaktionäre Pädagogen und Philologen-Verbände in den alten und neuen Ländern arbeiten zusammen gegen die «linke» Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). So haben die Lehrer – je nach politischer Couleur ihrer Landesregierung und der Mehrheit in ihrem Parlament – sehr unterschiedliche Lehrpläne, ihre Schüler sehr unterschiedliche Schulbücher. Stun-

den- und Organisationspläne sind nicht selten erst in Tagen und Nächten vor dem ersten Schultag erarbeitet worden.

Die Klassen werden – Schulreform hin, Schulreform her – nicht kleiner, sondern grösser, denn es fehlen Lehrer. Teils bleiben sie zu Hause, bis ihre «Überprüfung» beendet ist, teils wurden viele von ihnen bereits entlassen. Bis zum 31. Dezember 1991 sollen zum Beispiel in Sachsen 7.000, in Brandenburg 6.000 Pädagogen von ihren Schulen und Schülern entfernt werden. Im Gesamtmasstab steht jedem sechsten der 185.000 Lehrer in den neuen Bundesländern die Kündigung ins Haus. «Nicht belastete Lehrer» sind häufig falsch qualifiziert: Wer etwa bisher Sport und Geographie lehrte, soll ab sofort Geschichtsunterricht geben. Unsicherheit und Angst um die berufliche Zukunft gehen in den Lehrerzimmern um. Junglehrer, noch nie vor einer Oberstufenklasse, müssen sich ohne Bücher und Stoffvorgaben «jeder für sich etwas ausdenken», wie einer klagt.

Unsicherheit, Frust und Angst sind schlechte Begleiter eines Pädagogen. Das überstülpte Schulsystem der Alt-BRD gilt in West- und Mitteleuropa längst als antiquiert. Im Schulwesen werden Spuren des überstürzten Westanschlusses besonders sichtbar, Folgen der erzwungenen Anpassung besonders fühlbar. Leidtragende sind Kinder und Jugendliche. Bisher haben sie fürs Leben gelernt. Nun müssen sie lernen, wie man sich einem System anpasst, das sich «Eliten» erzieht und Kinder weniger vermögender Eltern unter «ferner liefen» registriert.

VISION RÜCKWÄRTS

Ob die Nachgeborenen auf diesen Schulen lernen werden: Da gab es einmal zwei deutsche Staaten? Nach einem furchtbaren, von den deutschen Eigentümern der Industrien und Latifundien, der Banken und der Mittel zur Volksverführung verschuldeten Weltkrieg lag unser Land in Trümmern. Aber die Zerstörungen waren ungleich verteilt.

In einem, dem grösseren deutschen Staat, konnten noch im Jahr der Kapitulation 120 Hochöfen angeblasen werden, im anderen

waren es zum gleichen Zeitpunkt nur fünf. In der kleinen Deutschen Demokratischen Republik gab es keine metallurgische Basis. Nur 2,7 Prozent der deutschen Steinkohle, 0,6 Prozent des Kokses, 6,6 Prozent der Stahlproduktion wurden früher in den deutschen Ostprovinzen erzeugt. Wo nun Ruinen standen, ja auf Feldern und Wiesen errichteten die Ostdeutschen damals die Stahlwerke und Eisenhütten Brandenburg, Riesa, Hennigsdorf, Gröditz, Freital oder die Maxhütte – und vierzig Jahre lang wurde da gearbeitet und produziert.

Fast völlig fehlte eine Industrie, die Ausrüstungen für die Schwerindustrie herstellte. Es gab keine Werften, keine Hochseehafenanlagen, keine Schiffe. Das alles musste der arme deutsche Staat sich selbst schaffen.

1938 hatten 61 Prozent der in Deutschland erzeugten Stickstoffdüngemittel ihre Herkunft im Gebiet der späteren DDR, 83 Prozent des synthetischen Kautschuks, knapp die Hälfte der deutschen Soda- und Ätznatronerzeugung sowie der Salpeterproduktion. Im grossen westlichen Staat wurden 80 Prozent der Schwefelsäure, 75 Prozent der Kunststoffe und 90 Prozent der Teerfarbstoffe hergestellt.

Ob unsere Nachkommen die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, die unterschiedlichen Kriegsziele der Alliierten im Lehrplan ihres neuen Schulsystems finden werden? Die Produktionsstätten im östlichen Staat waren fast ausnahmslos zerstört, die im Westen grösstenteils erhalten. Denn den Bombenkrieg hatten die Westmächte vor allem gegen die Bevölkerung geführt, gegen Städte und Dörfer. Im Westen hatte es kaum noch deutschen Widerstand gegeben. Im Osten aber lautete die Hitlerlösung: «Jedes Dorf eine Festung»! Die russische Antwort konnte nur sein: «Jede Festung ein Trümmerhaufen»! Die Industrie im Osten wurde von den Westalliierten niedergebombt, denn dort sollte ja nach der Kapitulation die sowjetische Besatzungszone entstehen. Deshalb musste ja auch Dresden sterben ...

Ob unsere Nachgeborenen die Nachkriegsgeschichte lernen dürfen? Vier Fünftel des in Deutschland produzierten Eisens und Stahls kamen von der Ruhr. Aber Deutsche und Alliierte im Westen verweigerten den Ostdeutschen fast jegliche Zulieferung. Steinkohle und Koks gingen nach England. In der Textilindustrie

besaßen wir zwar mehr Webereien, aber die Spinnereien standen in der Überzahl im Westen.

Schon 1948 wurde die Rohstoffzufuhr aus den Westzonen nach Ostdeutschland für ein Jahr gesperrt. Bonner Kräfte um den ersten Bundeskanzler, Dr. Adenauer, ließen durch amerikanische, britische und französische Bundesgenossen westliche Firmen unter Druck setzen, die mit dem kleinen östlichen Staat Handelsverträge abgeschlossen hatten. Im April 1951 brach die Bundesregierung den Warenverkehr mit den «Brüdern und Schwestern im Osten» völlig ab. Man wollte ihnen politische Bedingungen aufzwingen. Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren des Bonner Wirtschaftsministeriums sollten westdeutsche Kaufleute zwingen, beim Handel mit der DDR eine «Liefere-langsam-und-nicht-alles-Politik» zu praktizieren. Eine «Widerrufsklausel beim Unterkonto I» im Handel mit der DDR war im internationalen Handel einmalig: Mit dieser Klausel konnte über Nacht jede Vereinbarung mit der Deutschen Demokratischen Republik gebrochen werden. Ein Franz-Josef Strauss erklärte: Besser als eine Maschinengewehrsalve ist die stufenweise Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen. Später gebärdete sich Strauss zwar realistischer (was ihm den putzigen Vorwurf eintrug, «Stasi-Agent und Hochverräter» zu sein). Aber das ändert nichts am ökonomischen Krieg, der – neben dem politischen, psychologischen und ideologischen Krieg – von Westdeutschland gegen die «Brüder und Schwestern im Osten» geführt wurde.

Ob unsere Nachgeborenen an ihren Schulen lernen werden, warum wir gezwungen waren, schmutzige, ineffektive Braunkohle abzubauen und Mensch und Landschaft zu beschädigen? Oder welche Leistung es war, wenn wir zwischen 1946 und 1953 fünfhundert neue Betriebe gebaut und vierhundertneunundvierzig bestehende erneuert oder erweitert haben? Das ging fast über unsere Kraft – trotz der Hilfe, die wir aus der kriegsgebeutelten Sowjetunion erhielten. Viele restaurierte Betriebe blieben alt, manche Maschine konnte nicht durch eine neue ersetzt werden. Wer dort arbeitete, war ein Held und hat mehr geleistet als mancher seiner Kollegen, die im Westen mit Kapital und Marshallhilfe an modernen Arbeitsplätzen werkten. Wir mussten die Produktion von Erzeugnissen aufnehmen, deren Lieferung Bonn verschleppte oder

verweigerte. Mit Mühe und Entbehrungen begegneten wir der systematischen Sabotage normalen «innerdeutschen» Handels zwischen beiden deutschen Staaten. Hiess es nicht gleichzeitig, wir seien doch «alle Deutsche»? Wurde die Phrase von den «Brüdern und Schwestern» nicht in die Höhenluft der Unerträglichkeit gesteigert? Und wurde nicht zunehmend über Probleme und Schwierigkeiten heuchlerisch hergezogen, die im Wesentlichen im Westen erzeugt wurden?

Werden unsere Nachgeborenen an ihren Schulen aus ihren neuen Schulbüchern lernen, welche Leistungen im Osten vollbracht wurden und was nun an Erfolgen und Fortschritten gebremst, rückgängig gemacht, vernichtet wird? Wer also in wessen Schuld steht?

CHARITÉ

Das Haus der weissen Bettlaken und Kopfkissenbezüge, der Frauen und Männer in Weiss und der weissen Mullbinden hat seine Aussenfront mit schwarzen Tüchern verhängt.

Nein, ich meine nicht die «Todesklinik im Bergischen Land». Im Kreiskrankenhaus Waldbröl sind durch Behandlungsfehler 51 Patienten ums Leben gekommen. Rentabilitätsdenken und möglichst hohe Abrechnungsquoten, Gewinnorientierung, das Wirken von Profitgesetzen im Gesundheitswesen, Gesundheit als Ware: Das kann nur auf Kosten des Patienten und auf Kosten ärztlicher Ethik gehen. Das ist Kapitalismus.

Nein, ich meine die ehrwürdige Charité, an der Robert Koch und Behring, Rudolf Virchow und Sauerbruch gelehrt, geforscht, diagnostiziert, operiert und geheilt haben, und die, im Krieg schwer beschädigt, nach modernsten Erkenntnissen von der Deutschen Demokratischen Republik neu errichtet und ausgerüstet worden ist, angesehen in aller Welt, Treffpunkt internationaler Wissenschaftler und Spitzenärzte.

Nun schwarze Tücher der Trauer und des Protestes? *Bild* schimpfte sie «Horrorlinik», andere Schreiber und Sprecher aus Journaille, Politik und Ärztekammer-Präsidien reihen sich in die Hetz- und Verleumdungskampagne ein. «Kriminelle Praktiken», die von der Staatsanwaltschaft untersucht werden, seien «nur die

Spitze eines Eisbergs». Eine «linke» Tageszeitung verbreitete, es handele sich um «Symptome eines Systems, das alle moralischen Werte tendenziös aushöhlte». Berliner «Grüne» verlangten für «die eng mit der Stasi verfilzte Renommierklinik des einstigen SED-Regimes» Konsequenzen «bis hin zum Verbot ärztlicher Tätigkeit».

Denunzianten und Denunziationen, Verrat aus Angst um die eigene Stellung, aus Rache, weil man mal wegen Unzulänglichkeiten entlassen worden war, oder einfach lügenerische Wichtigtuerei – das alles fließt zusammen mit dem Willen westlicher Politiker, die Charité plattzumachen und an diesem Beispiel des DDR-Gesundheitswesens die gesamte Sorge um den Kranken, Vorsorge für den Gesunden, Forschung für die Wissenschaft zu diskreditieren.

Darum erfand, verbreitete und wiederholte man Greuelgeschichten über «kriminelle Praktiken in der Charité»: Angebliche, medizinisch nicht zu vertretende Ferntransporte aus Kliniken der Republik nach Berlin; Todkranke, aber noch am Leben, sollten als Organspender in die Charité – für Parteiführer, Staatsmänner und leitende Mitarbeiter des MfS (für wen sonst?). Und um noch eine draufzusetzen und den Kessel am Kochen zu halten, wird «Charité-Skandal Nr. 2» nachgeschoben: Charité-Ärzte hätten an jungen Mädchen illegale Doping-Tests durchgeführt, Verfahren wurden eingeleitet, Untersuchungskommissionen gebildet. Und wer nicht fehlen durfte: Frau Dr. Bergmann-Pohl, Vorzeige-Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, fordert «die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission». Sie hätte die Unhaltbarkeit wissen müssen, schliesslich kannte sie die Charité.

Massenhaft wurde mit Namen herumgeworfen: angebliche Täter, angebliche Zeugen, angebliche Mitwisser, Mitarbeiter von Ärztekammern. Von fahrlässiger Tötung war die Rede, von Verstössen gegen die ärztliche Ethik und den Eid des Hippokrates, und natürlich – sonst hätte ja etwas gefehlt – von der «Stasi, die beträchtlichen Einfluss gehabt und die gesamten Nierentransplantationen gesteuert, finanziert und organisiert» habe, namentlich «Ende der 70er, Anfang der 80er».

Pech, dass es damals an der Charité noch gar keine Nierentransplantationen gab. Pech, dass es keine «Organbank» gab. «Über solche Behauptungen könnte man lachen, wenn es nicht so ernst wäre», erklärte der Direktor der Chirurgischen Klinik, Prof. Dr. Helmut Wulf. «Wenn ein solches Ansinnen gekommen wäre, hätten wir es selbstverständlich abgelehnt.» Er könne belegen, dass die Empfänger von Organen quer durch alle Berufe, Altersgruppen und sozialen Schichten gegangen sind: «Ehemalige NVA-Generäle und SED-Bezirkssekretäre sind aber nicht darunter.» Die Chirurgische Klinik, in der Herz-, Leber- und Nierentransplantationen vorgenommen wurden, habe «niemals Geld von der Stasi» erhalten. Herz, Leber und Nieren seien in der DDR nicht kommerziell gehandelt worden. Auch die wenigen Ost-West- und West-Ost-Austausche seien ohne Bezahlung erfolgt. Pech, dass Arzneimittelüberprüfungen ergeben haben: Es gab keine «Versuchskaninchen» in der Charité.

Ein Herr Vilmar tat sich hervor, indem er eine «Besteuerung der Dicken» forderte. Der Lacherfolg war ihm sicher. Aber der Herr ist Präsident der Bundesärztekammer. Also musste er sich auch zur Charité äussern. Bei der Ärzteschaft der Charité – so der Dicken-Besteuerer – sei «in Analogie zur Entnazifizierung eine Entsozifizierung nötig».

Einen einzigen Makel hat die 281 Jahre alte moderne Charité allerdings: Sie steht in Ostberlin, einst DDR-Hauptstadt. Deshalb helfen alle Beweise ihrer Unschuld, ihrer medizinischen Qualität, der hohen Moral ihrer Ärzte, der Schwestern und Pfleger gar nichts: «Die Charité steht zur Disposition.» Der CDU-Finanzstaatssekretär Theodor Strauch von der Berliner Senatsverwaltung der Finanzen liess wissen, dass das Todesurteil für die Charité gefällt sei.

An dieser Stelle sei vorweggenommen, dass der niederträchtige Anschlag auf die Charité im Wesentlichen gescheitert ist: am erbitterten Protest aller Mitarbeiter der Charité, an weltweiten Einsprüchen namhafter Mediziner und Wissenschaftler, am guten Ruf der gesamten Einrichtung. Wenn ich dennoch die Kampagne gegen die Charité ausführlich schildere, dann deshalb, weil hier besonders deutlich die niederträchtige Absicht erkennbar wird, das gesamte Gesundheitswesen der Deutschen Demokratischen

Republik in seiner wissenschaftlichen und sozialen Bedeutung zu beseitigen.

Ein Zeitplan für die Vernichtung der Charité liess Absicht, Methode und Zielstrebigkeit erkennen. Die Ostberliner Charité wird plattgemacht, das Westberliner Universitätsklinikum bleibt, Steglitz als die der Freien Universität, das Virchow-Krankenhaus als die der Humboldt-Universität. Da letzterer die elementaren Voraussetzungen für die Ausbildung von Ärzten fehlen, sollte sie sich mit fremden Federn schmücken dürfen: «Charité Rudolf Virchow» war als künftiger Name vorgesehen.

Es ergeben sich Fragen: Wer sollte verantworten, dass die Bettenzahl in der Charité von 2.000 auf 600 reduziert werden sollte, das wären um die 70 Prozent gewesen? Wer versprach sich etwas von der Zuweisung der charitéeigenen Grundlagenmedizin ans Westberliner Virchow-Krankenhaus, wo sie fehlt? Was sollte die Abgabe der unprofitablen Psychiatrie des Virchow-Krankenhauses an die verbleibende Rest-Charité? Was dachte man sich bei der Ankündigung: «Die nicht mehr benötigten Gebäude der Charité könnten zur Disposition gestellt werden»? Damit meinte man auch das vor wenigen Jahren neuerrichtete Bettenhaus: es sei «grundsaniierungsbedürftig». Fachleute und Patienten mit Vergleichsmöglichkeiten wissen, das Bettenhaus hat einen Standard, der sich vor dem Durchschnittsniveau westlicher Einrichtungen nicht zu verstecken braucht. Sollten auch Operationssäle, diagnostische Geräte wie Computer und Kernspintomograph auf den Müll, oder wollte da auch die ominöse «Charité Rudolf Virchow» zuschnappen?

Auf diese Fragen gab es nur eine Antwort: Die Charité sollte ausgeplündert werden, um das Virchow-Krankenhaus zu sanieren. Anders waren diese Versuche nicht zu verstehen.

Das missglückte Attentat auf die Charité ist indes nur der Anfang eines Grossangriffs auf das intakte Gesundheitswesen, das die DDR hinterlassen hat. So werden zehntausend Mark Kopfgeld an Schwestern und Pfleger gezahlt, wenn sie ihre hiesige Arbeitsstelle und ihre Patienten verlassen und sich einen neuen «Arbeitgeber» in den alten Bundesländern suchen. Dabei wird ihnen volles BRD-Gehalt gezahlt. Schliesslich kann man mit den haltlosen

Verleumdungen des DDR-Gesundheitswesens trefflich von den eigenen westlichen Gebrechen ablenken.

Der Präsident des Allgemeinen Patientenverbandes, Christian Zimmermann, hatte auf dem Kasseler Gesundheitstag – wie einem Artikel der *Frankfurter Rundschau* zu entnehmen war – erklärt: «Die 5.000 bis 6.000 Medizinschäden, die pro Jahr den ärztlichen Haftpflichtversicherungen gemeldet werden», seien «nur die Spitze eines Eisbergs». Zu den geschätzten 25.000 Todesfällen kämen jene Patienten, die auf Grund einer falschen Behandlung oft schwere, bleibende Schäden zurückbehalten.

Was hat der seitens der DDR von de Maizière und Krause unzureichend durchdachte und völlig übereilt abgeschlossene «Einigungsvertrag» auf diesem Feld gebracht? Den fünf neuen Bundesländern wird ein Gesundheitssystem aufgepfropft, das sich nicht bewährt hat, kaum noch finanzierbar ist und auch im Westen seit Jahren in der Kritik steht. Im Gesundheitswesen der früheren DDR ist unter schweren Bedingungen und Opfern sehr viel geleistet worden. Das gilt auch und besonders für die medizinischen Fakultäten der Universitäten. Die praxisbezogene ostdeutsche Ärzteausbildung war der vorwiegend theoretisch-orientierten Westdeutschlands weit überlegen. Das bestätigen auch unverdächtige Quellen. 1983 urteilte der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde, H. Olbing (Essen), in der *Ärzte-Zeitung*, dass der (west)-deutsche Medizinstudent das «Privileg» habe, «in der Pädiatrie die schlechteste Ausbildung auf der ganzen Welt zu erfahren». Der Kölner Kinderarzt H. Ewerbeck kritisierte, dass «schon 11 Jahrgänge von Jungärzten ihre Approbation erhalten, mit Kenntnissen in Kinderheilkunde häufig weit unter dem Niveau einer Schwesternschülerin». Und die *Medical Tribune* kommentierte am 22. April 1988 eine Erhebung unter Studenten: «Wer hätte nicht unter dem antiquierten Medizinstudium gelitten und dem Praxisschock hinterher? ... Heute scheint das noch viel schlimmer zu sein ...»

In diesem Zusammenhang zitiere ich noch einmal die *Medical Tribune* (12. Oktober 1990). Unter der Überschrift «Polikliniken in Westdeutschland» ist zu lesen: «Auch (Kassen-)Ärzten hätte es gutgestanden, einmal über alternative Perspektiven oder wenig-

tens Ergänzungen ‚unseres‘ ambulanten Gesundheitswesens nachzudenken.» Die Hektik jedoch, mit der ‚unser‘ System nach ‚drüben‘ übertragen wurde, und die Rolle, die Ärztekammer und kassenärztliche Vereinigung dabei spielten, ist politisch fatal und nicht frei von dem Ruche, Privilegien sollten gewahrt bleiben.

WAS JETZT RECHT SEIN SOLL

46 Prozent aller leitenden Posten im brandenburgischen Justizministerium werden von Westimporten eingenommen. «Entspricht es den Tatsachen», wandte sich eine Berlinerin an den Minister für Justiz in Mecklenburg-Vorpommern, «dass Dr. Münzberg – verantwortlich für den Freispruch eines Mannes, der Kinder erhängen liess – heute als Stellvertretender Generalstaatsanwalt in Mecklenburg-Vorpommern arbeitet? Es ist so unglaublich, dass ich es für einen Irrtum halte.»

Es war kein Irrtum. Der Verbrecher gegen die Menschlichkeit amtiert in Schwerin. Als Staatsanwalt in Hamburg hat er Belastungsmaterial in Entlastungsmaterial umgemünzt, als er den Prozess gegen den SS-Obersturmbannführer Strippel einstellte. Seine Begründung: Dem Mord an Fünf- bis Zwölfjährigen fehle das Mordmerkmal «Grausamkeit», denn die Kinder waren vor dem Erhängen mit Morphium betäubt worden. Staatsanwalt Münzberg: «Ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden, sie hatten insbesondere nicht besonders lange seelisch oder körperlich zu leiden.»

Von diesen und ähnlichen gemütvollen Staatsanwälten sollen wir nun «Rechtsstaat» lernen. Wie schön, dass uns «Rechtswissenschaftler» dabei helfen; denn unsere Republik war ja ein «Unrechtsstaat». «Mangelnde Qualifikation» sei der Grund, warum so viele Westimporte, so wenig Osis eingestellt werden. Gab es bei uns keine Einbrecher, die bestraft werden mussten, keine Taschendiebe, Räuber, Gewalttäter, Automarder, Vergewaltiger, Meineidige, Betrüger und was sonst noch Gesetze brach? Waren unsere Richter unqualifiziert, sie der verdienten Strafe zuzuführen?

«Nach den von mir getroffenen Ermittlungen besitzen Sie nicht die Zuverlässigkeit, die das Gesetz für die Erteilung einer Fahr-

erlaubnis voraussetzt», schrieb ein Kreisgerichtsdirektor an Hans-Georg Glienke, Jeder Bewerber einer Fahrerlaubnis muss seinen charakterlichen und geistigen Voraussetzungen nach Gewähr dafür bieten, dass er sich an die geltenden sittlichen Gesetze, also an die staatliche Ordnung hält und den besonderen gesetzlichen Verpflichtungen als Kraftfahrer gewissenhaft nachkommt. Die o.g. Tatsachen lassen den Schluss zu, dass dies bei Ihnen zumindest z. Z. nicht zutrifft. Sie sind daher vorläufig ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen gern. § 3 (2) der Strassenverkehrs-zulassungsordnung (StVZO) anzusehen.»

Das muss aber ein schwerer Junge gewesen sein, dass die Bürger vor ihm geschützt werden mussten. Datum: 22. März 1956. Ort: Burgdorf in Niedersachsen. Straftat: Hans-Georg Glienke war FDJ-Sekretär, und die FDJ war verboten. Strafe: 1954 ein Jahr und neun Monate Gefängnis. Kurz nach der Verbüßung der Strafe im Geist des Kalten Krieges: Führerscheinentzug, Gefährdung der nackten Existenz.

Das war natürlich kein politisches und kein Terrorurteil, keine Justizwillkür, sondern «rechtsstaatlich». Solche «unabhängigen Richter» lehren uns nun «Rechtsstaat», weil unsere Richter dafür nicht über «genügende Qualifikationen» verfügen. Ach ja, noch ein Rechtsfall: Gegen die Düsseldorfer Ärztin Dr. Doris Maase wurde 1958 in Nordrhein-Westfalen ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie bei den Landtagswahlen für die 1956 verbotene KPD kandidierte. Sofort meldete sich die Landesrentenbehörde und erkannte der Ärztin die Rente als «Verfolgte des NS-Staates ab». Frau Dr. Maase war 1935 vom ‚Volksgeschichtshof‘ wegen antifaschistischen Widerstands zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Verbüßung in die Konzentrationslager Lichtenburg und Ravensbrück verschleppt worden. Forderung des Düsseldorfer Gerichts 1958: «Sie haben bis dahin die erhaltene Haftentschädigung zurückzuzahlen, und es ist von Ihnen zu erstatten der Betrag von 26.582,- DM.»

Rechtsanwalt Dr. Dieter Posser, in Düsseldorf Justizminister und Landtagsabgeordneter, hat jetzt ein Buch veröffentlicht: «Anwalt im Kalten Krieg»: «In der politischen Strafjustiz der alten BRD gab es 125.000 Ermittlungsverfahren wegen ‚Staatsgefährdung‘. Das hieß: Betätigung als Kommunist.

Verfolgt und bestraft wurde aber auch die Tätigkeit von Nichtkommunisten, wie z.B. Frau Prof. Fassbender in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Aus dieser machte man kurzerhand eine ‚Tarnorganisation‘, und schon galt sie als kriminell, verfassungsfeindlich und geheimbündlerisch. 7.000 (in Worten: siebentausend) Bundesbürger waren aus politischen Gründen eingesperrt.

Die wesentliche juristische Grundlage dieser Verfahren waren das 1. Strafrechtsänderungsgesetz, das sogenannte Blitzgesetz und das KPD-Verbotsurteil. Beim ‚Blitzgesetz‘ – es wurde schon eine Woche nach seiner Erarbeitung im Rechtsausschuss im Bundestag verabschiedet – wurde in Anlehnung an die Praxis der NS-Justiz dem Bereich ‚Hochverrat‘ und seiner Vorbereitung ein neuer Bereich vorgeschaltet: ‚Staatsgefährdung‘

Heute begnügt man sich noch mit ‚Staatsnähe‘. Sonst erlaubte Formen politischer Tätigkeit wurden zur Straftat, weil sie angeblich vorgenommen würden «in der Absicht, die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes zu untergraben» (§ 91 StrGB). Es war pures Gesinnungsstrafrecht. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Schneider (einst Mitschüler des Autors) sprach das am 11. Juni 1951 im Bundestag ohne Scham öffentlich aus: «Wir schaffen in gewisser Beziehung ein Gesinnungsstrafrecht». Und im Strafgesetzbuch, Leipziger Kommentar 7. Auflage, S. 580, beschrieb das ehemalige NSDAP-Mitglied und damals Richter am Bundesgerichtshof, Jagusch, das so: «Diese Absicht, wertneutrale, gewaltlose Methoden, denen man ihren weiterreichenden Zweck äusserlich nicht ansieht (z.B. Wahl, getarnte umstürzlerische Funktionäre in Betriebsräten), strafrechtlich zu treffen und zu unterbinden, ist der Zweck und das besondere Problem der Vorschriften gegen die Staatsgefährdung.» Jupp Angenfort, weil er Leiter der Freien Deutschen Jugend war, wurde 1955 vom Bundesgerichtshof nach zwei Jahren Untersuchungshaft zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

DIE FRAU IST FREI GEBOREN

Angst befällt Frauen in den neuen Ländern – und verwirrt hoffnungsvolle Erwartungen ihrer westdeutschen Geschlechtsgenossinnen, wenn sie von folgendem Vorfall hören: «An der deutsch-niederländischen Grenze haben Angehörige des Bundesgrenzschutzes Anfang März 1991 eine aus Holland heimreisende Frau gegen ihren Willen einer gynäkologischen Zwangsuntersuchung unterzogen. Auf einem Formular war ‚Feststellung des Alkohols im Blut‘ durchgestrichen und durch ‚Verdacht auf illegalen Schwangerschaftsabbruch‘ ersetzt worden.»

Der Fall lag dem Rechtsausschuss des Düsseldorfer Landtags vor. Der FDP-Rechtsexperte Burkhard Hirsch: «Das ist auf jeden Fall Körperverletzung.» Aber ermittelt wurde bislang weder gegen den BGS noch gegen den Arzt noch gegen den Fälscher des Formulars noch gegen den anonymen Denunzianten, sondern nur gegen die betroffene Frau: wegen Verstosses gegen Paragraph 218.

«Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich in allen Rechten.» So beginnt Artikel 1 der «Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin», die Olympe de Gouges genau vor zweihundert Jahren formulierte, damit die berühmte Erklärung der Menschenrechte von 1789 nicht länger als Erklärung von Männerrechten verstanden werde. Seinerzeit unterband man solcherart Aufsässigkeit auf ebenso einfache wie erfolgreiche Weise: mit der Guillotine. Die Guillotine von heute ist die christlich-demokratische Bundestagsmehrheit, die mit ihrer Absicht, den Abtreibungsparagraphen 218 auf ganz Deutschland auszudehnen und sogar zu verschärfen, die Chance verspielt, bundesdeutsches Recht im Prozess der Vereinigung zu korrigieren und westdeutschen Frauen endlich zukommen zu lassen, was für ostdeutsche Frauen seit 1979 als Selbstverständlichkeit gilt: den kostenlosen Schwangerschaftsabbruch innerhalb von einer Frist von drei Monaten. (Dank vieler flankierender Massnahmen – Krippen, Horte, Kindergeld, Kündigungsschutz, Mütterjahr, finanzielle Zuschüsse – hat die Geburtenzahl in der damaligen DDR trotz der legalen Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs zugenommen). Laut «Einigungsvertrag» sollte diese Regelung auch nach dem 3. Ok-

tober 1990 erhalten bleiben. Das gab den Frauen westlich von Elbe und Werra die Hoffnung, das Mittelalter sei nunmehr auch für sie überwunden.

Aber «unparteiische Richter», natürlich Männer, haben für die Bundesrepublik entschieden, dass «ein befruchtetes Ei im Leib der Frau nach zwei Wochen als menschliches Leben angesehen werden» müsse und somit «durch Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes zu schützendes selbständiges Rechtsgut» ist. Was man aus einem Ungeborenen alles machen kann ... Und im neuen Gesetzentwurf der christlichen Parteien sollte nicht einmal eine Vergewaltigung oder eine zu erwartende Behinderung des Kindes einen Abbruch rechtfertigen.

Die ganze Diskussion läuft letztlich darauf hinaus, den Frauen ihre über Jahrzehnte errungenen Rechte wieder zu nehmen und sie zum Haustier zu degradieren. In der DDR war auf diesem Gebiet die Menschenwürde und die Freiheit der Persönlichkeit verfassungsgemäss gesichert, nämlich das Recht der Frau auf Selbstbestimmung über ihren Körper und ihre Lebensplanung. Die von juristischen Nachstellungen bedrohten Frauen aus Baden-Württemberg und Bayern reisen jährlich zu Tausenden zum Abbruch ins liberalere Hessen oder nach Holland – und nun auch in die neuen Bundesländer. In christlich-unionsgeführten Ländern südlich des Mains fehlen weithin Einrichtungen zum Schwangerschaftsabbruch. Viele Ärzte, klagt ein Stuttgarter Arzt, sind inzwischen «zu feige, eine Indikation zu stellen» – aus Furcht vor dem Staatsanwalt. Und aus Furcht vor dem Papst.

In jeder Sekunde werden in der Welt drei Menschen geboren. Im selben Zeitraum verhungern doppelt so viel. Aber Heiligkeit Woytila hat 4.000 Bischöfe in dieser Welt angewiesen, in Staaten, die die Geburtenverhütung gesetzlich zulassen, mit ihrem ganzen Gewicht zu protestieren. Solche Gesetze stünden «im krassen Widerspruch zum göttlichen Willen». Aber die unaufhaltsame Übervölkerung unseres Planeten, der tägliche Hungertod Zehntausender von Menschen, vor allem von Kindern, die Slums moderner Grossstädte, wo Arbeits-, Wohnungs- und Hoffnungslose Kinder zeugen, damit sie betteln, sich prostituieren, Kinderarbeit leisten und dadurch ein paar Pfennige nach Hause bringen: das soll nicht

im krassen Widerspruch zum göttlichen Willen stehen? Wo bleiben das Dogma, die päpstliche Grosskampagne seiner Bischöfe zum Schutz des geborenen Lebens? Das muss doch wohl vor dem vielbeschworenen «ungeborenen Leben» Priorität haben!

Leser- und Leserinnenzuschriften aus Frankfurt am Main, Erlangen, Offenburg, Würzburg und dem niedersächsischen Westertassum offenbaren den Zorn westdeutscher Frauen und Männer auf den päpstlichen Starrsinn: «Wieder mischen sich der bodenküssende Kleriker und sein Fan-Club in Angelegenheiten, die ihren Erfahrungshorizont weit übersteigen dürften.» «Wo bleibt ein ähnliches Engagement dieser Fanatiker, wenn es um den Schutz des Lebens von Geborenen geht?» «Das beste Mittel gegen Übervölkerung in der Dritten Welt ist Klebeband: für den Mund vom Papst.»

Im Bonner Treibhaus hat die Ärztin und Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium, Dr. Bergmann-Pohl, ihre Meinung geändert. Im *Kölner Express* schilt sie Reformen und Reformen des § 218, sie «begreifen nicht, dass der Unionsentwurf einen spürbaren Rückgang der Abtreibung zum Ziel habe, um die Geburtenrate im gesamten Bundesgebiet wieder anzuheben». In der Deutschen Demokratischen Republik hatte sie es anders begriffen und anders gesprochen. Heute schreiben ihr allerdings auch andere Leute ihre Artikel und Reden. Vielleicht hat sie Zeit und Herz genug, um mit jener Frau zu fühlen, die an ihre Zeitung schrieb: «Ich bin gegen den § 218. Das heisst nicht, ich sei gegen Kinder. Ich habe vier Kindern das Leben geschenkt und alle vier habe ich sehnlichst erwartet. Es waren Wunsch Kinder (wie egoistisch von mir, denn ich habe sie nicht gefragt, ob sie auf diese Welt wollten). Trotzdem habe ich zweimal nein gesagt zu weiteren Kindern. Die ökonomische Belastung der Familie wäre unerträglich hoch geworden. Zum Betteln bei Behörden war und bin ich zu stolz. Die Kinder hätten schon während der Schwangerschaft unter ihrem Unerwünschtsein gelitten. Jeder Kinderpsychologe kann das beweisen. Für die Kinder wäre die Kindheit die Hölle geworden, da sie in der Anerkennung in der Familie immer hintenangestanden hätten. Eben unerwünschte Last, die einem aufgezwungen worden wäre. Daraus ergibt sich für mich, dass ich

letztendlich im Sinne dieser Kinder gehandelt habe, so unsinnig es auch klingt. Den vier Kindern, die ich habe, bin ich eine gute, liebende Mutter. Ich bin kein herzloses Monster und auch keine Mörderin.»

Dabei ist die Gleichberechtigung der Frau in der Verfassung festgeschrieben. In der DDR bestanden zwischen Ideal und Wirklichkeit gewisse Unterschiede. Aber nun treffen die Folgen des Kapitalismus-Imports sie schwerer und schlimmer. Im «Eini-gungsvertrag» kommt das Wort «Frau» einmal vor. 52 Prozent beträgt der Frauenanteil in Deutschland. Bei uns gingen 700.000 Kinder vom dritten Lebensjahr an in den Kindergarten (95 Prozent, fast die ganze Generation), und die Eltern zahlten 50 Pfennige für die Milch und 35 Pfennige für das Mittagessen. Die Kinder waren während der Arbeitszeit von Mutter/Vater versorgt. In der reichen BRD hingegen sind Kämpfe um die anderthalb Millionen Kindergartenplätze an der Tagesordnung. Sie kosten die Eltern bis zu 600,- DM im Monat. Für etwa ein Drittel der Kinder gibt es keinen Platz. Obwohl Kinderpsychologen empfehlen, jedem Kind über drei Jahren sei eine «ausserhäusliche Förderung als Korrektiv gegen sogenannte Übermütterung oder Vernachlässigung» zu gönnen, wird heute gegen Horte und Kindergärten und für «Erziehung in der Familie» plädiert. Und die sozialen, wissenschaftlich fundierten Errungenschaften der DDR werden zunehmend liquidiert oder unbezahlbar verteuert. Ich zitiere dazu eine ausnahmsweise nicht verquaste Passage aus dem *Spiegel*. «Währenddessen sahen im Westen auch weniger ambitionierte Frauen keine Möglichkeit, sich neben dem Wunsch nach Kindern auch den nach Berufstätigkeit zu erfüllen. 80 Prozent der Frauen wollten gern arbeiten; aber nur die Hälfte der Bundesbürgerinnen ging einer regelmässigen Berufstätigkeit nach. Wer arbeiten geht, weiss nicht, wohin mit den Sprösslingen. Wer Kinder aufzieht, kommt beruflich nicht zu Rande. Weil dieser Widerspruch schier unauflöslich schien, verzichtete zuletzt ein Drittel der Bundesbürgerinnen auf Kinder. So ruiniert die DDR auch war: In der Kinderbehütung hatte der SED-Staat die stärkste Wirtschaftsmacht Europas abgehängt. Nur jedes 63. Kind kommt in einer westdeutschen Krabbelgruppe unter; in den Kindergärten fehlen ganztägige Unterbringungsmöglichkeiten für eine halbe Million Kleinst-

bürger, ein Rechtsanspruch auf Betreuung – vor einem Jahr von den unionsregierten Bundesländern abgeschmettert – steht jetzt erneut zur Diskussion.»

KULTUR: KEINE PFLICHTAUFGABE?

Kultur ist keine Ware. Kunst ist nicht zu subventionieren, sondern zu finanzieren. Kürzungen von Subventionen dürfen niemals Künstler treffen, so wenig wie Kinder, Frauen, Alte und Kranke.

«Abendländische Kultur», die viel beschworene ... das ist eine semantische Überheblichkeit. «Abendländisch» wird stets mit «westlich» gleichgesetzt. Und westlich ist kapitalistisch. Dann ist also morgenländisch keine Kultur? Arabische Kultur, jüdische, russische, chinesische, mexikanische, südamerikanische Kultur gibt's also nicht. Sozialistische ohnehin nicht.

Selbst das fatale «11. Plenum der SED» vermochte nicht, der Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik generellen Schaden zuzufügen. Welch Unterschied zwischen diesem 11. Plenum und den Kulturbeschlüssen des letzten Parteitages der PDS! Aber diese Vielfalt der gesellschaftlichen Realität in Kunst und Kultur wird von kapitalistischen Kulturbanausen beharrlich gelegnet, vom Medienimperialismus verfälscht oder verschwiegen. In Wahrheit ist der Mangel an Kultur im Umgang mit Kulturschaffenden und kulturellen Einrichtungen in Bonn hausgemacht. Kultur und Kunst in der Deutschen Demokratischen Republik soll es überhaupt nicht gegeben haben. In Wahrheit soll sie ausgemerzt werden – wie die ganze DDR.

Der Kanzler erhob die Kultur der Deutschen zur «Chefsache». In der alten BRD trug der Bund weniger als 5 Prozent aller Kulturausgaben, einschliesslich der Beträge, die man im Ausland (etwa für die sogenannten Goethe-Institute) ausgab. Da nach dem Grundgesetz die Kulturhoheit bei den Ländern liegt, fielen auf die Länder 35 Prozent, auf die Gemeinden 60 Prozent aller «Kulturkosten». Jetzt rühmt sich Bonn einiger hundert Millionen, die es für kulturelle Einrichtungen in den neuen Ländern freigegeben haben will. Dabei war federführend die «Abteilung V + K (Ver-

triebene, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte, kulturelle Angelegenheiten)» beim Bundesinnenminister. Nun werden Schlösser, Dome und Kirchen in den neuen Ländern restauriert. Nicht ganz so viele wie von der DDR, aber immerhin: Man hat eine «Liste erhaltenswerter Kulturgüter» angefertigt (die Rückverfrachtung zweier toter Preussenkönige eingeschlossen).

Der Millionenhilfe aus dem Westen stehen 4,2 Milliarden Mark gegenüber, die die Deutsche Demokratische Republik einst in die Kulturszene fließen liess. Auch die Kombinate und die Gewerkschaften, Genossenschaften, Städte und Gemeinden hatten ihre Kulturfonds. Da bekamen Maler, Bildhauer und Komponisten Aufträge und hatten gute Arbeitsbedingungen, billige Ateliers und interessierte Teilnehmer in Stadt und Land. Ich betrachte den kompletten Nachweis kultureller DDR-Leistungen nicht als meine Aufgabe. Aber einiges ins Gedächtnis zu rufen, scheint geboten.

Da die Gemeinden bankrottgefährdet sind, Länder angeblich zahlungsunfähig, «Sponsoren» nicht gerade Kultur-Fans und Bonner Millionen kaum Tropfen auf den heißen Stein – ergibt sich in den neuen Ländern ernstlich die Frage, wie ein kultureller Konkurs noch abgewendet werden kann, wenn Bühnen, Ballette und Bibliotheken, Orchester und Museen aufgegeben werden und Kulturschaffende aller Genres in den Westen wandern. Pleiten sind programmiert. Die «Stiftung Kulturfonds» in Berlin hat eruiert, dass Schriftsteller und bildende Künstler die am meisten existentiell bedrohte Gruppe stellen. Maler, Grafiker und Gestalter seien «sozial stark abgerutscht». Ein beträchtlicher Teil von Schriftstellern und Künstlern bewege sich in der «Geringfügigkeitsgrenze von 250,- DM pro Monat». Durch die Schliessung von Kulturhäusern und auch Diskotheken kündige sich bei Unterhaltungskünstlern ein «Trend zum Null-Verdienst» an.

Und die Bevölkerung? Wir hatten das Bedürfnis nach Kultur geweckt. Museen und Theater waren gut besucht, Bibliotheken von Ausleihbüchern entleert, neue Bücher im Handumdrehen vergriffen. Jetzt dreht man – nach Abzug erhöhter Lebenskosten, Mieten, Versicherungsprämien, Fahrgeldern und anderen Tarifen – die Groschen um, die vom geschrumpften Einkommen bleiben. Bedürfnis? Ja. Erfüllung: Überwiegend nur für Reiche.

Johann Gottlieb Fichte mahnte einst: «Saget nicht, lasset uns noch ein wenig ruhen, noch ein wenig schlafen und träumen, bis etwa die Besserung von selber kommt. Sie wird niemals von selbst kommen.» Kultur – das sind nicht nur künstlerische Institutionen und deren Betreiber. Kultur ist nicht gleich Kunst. Kultur ist ein übergeordneter Begriff. Man darf «Kultur» nicht auf Künste und andere Fachressorts reduzieren. Wir sprechen von «Ess-Kultur», «Sprach-Kultur», «Wohn-Kultur», Kultur im Umgang mit Menschen und mit der Geschichte. Auch für Kleidung und Körperpflege gilt nicht allen der Begriff «Zivilisation», sondern auch Kultur. Sorge um den Menschen, Vorsorge und Pflege der Gesundheit, Fürsorge für Kranke, Alte, gefährdete Jugendliche, Kinder, Mütter – das alles und vieles mehr ist Kultur.

Kultur als Ganzes gesehen hatte in der Deutschen Demokratischen Republik einen ungleich höheren Stellenwert als in der alten Bundesrepublik. Gewiss, an Kultur im Umgang mit den Künstlern, Schriftstellern und anderen Kulturschaffenden haben wir es gelegentlich fehlen lassen. Aber es gab nicht – wie im kapitalistischen Staat – eine Barriere zwischen Kunst und Kommerz – im Sinne einer Erpressung der Kunst durch Vermarktung. Gewiss, wir oktroyierten gern fertige Antworten, statt Wege zur Beantwortung zu weisen. Gewiss griffen Inkompetente und der Machtmissbrauch eines «Apparats» gelegentlich in schöpferische und planerische Kulturarbeit ein und sahen in Kunst und Kultur eher Aushängeschilder als Lebensbedürfnis. Dennoch stehen grosse Leistungen und Künstler der Deutschen Demokratischen Republik unausrottbar in der Kulturgeschichte Deutschlands und der Welt.

Warum sollen Kunst und Kultur in den neuen Ländern ausgerottet werden? Weil es – wenn die gesamte Deutsche Demokratische Republik aus der Geschichte und dem Gedächtnis ausgelöscht werden soll – auch keine DDR-Kunst gegeben haben darf.

Natürlich gehören auch Bibliotheken zur Kultur. In der Deutschen Demokratischen Republik hatte so gut wie jede Gemeinde ihre Bibliothek. Bei den heutigen Buchpreisen sinkt die Lesefreudigkeit: Leihbibliotheken sind lebensnotwendig. Wer Kultur nicht als Lebensbedürfnis empfindet, verarmt geistig. In der Stadt- und Kreisbibliothek Königs Wusterhausen stehen ca.

23.000 Bücher, dazu viele Schallplatten und Tonbandkassetten zum regelmässigen Austausch für (noch) 29 Gemeindebibliotheken des Kreises zur Verfügung (auch als humanistischer Gegenpart zu Videotheken und Sex-Shops). Es bestehe die Gefahr, konnte man am 17. Oktober 1991 in einem Heimatblatt lesen, «dass demnächst mit einem kurzsichtigen kreistagspolitischen Rotstift-Strich alle noch existierenden 29 Gemeindebibliotheken im Kreis Königs Wusterhausen ab 1.1.1992» gestrichen werden. Seit November 1990 lägen diese Probleme auf dem ‚Kulturtisch‘ der Kreisverwaltung: «Bis heute unbeachtet und unbeantwortet.» Eine indirekte Antwort gab es jedoch. Die Leiterin des Kreis-Kulturamts, eine Frau Stöckigt, erklärte lapidar: «Kultur ist keine Pflichtaufgabe ...»

Auch die Geschichte sollte warnen. Der berühmte braune Barde Hanns Johst liess in einem «Leo-Schlageter»-Stück seinen «Helden» ausrufen: «Wenn ich das Wort ‚Kultur‘ höre, entscheide ich meinen Browning». Ein Bundesausserminister von Brentano setzte zu Zeiten Konrad Adenauers Bertolt Brecht mit dem zuhälterischen Nazibarden Horst Wessel gleich. Bundeskanzler Erhard nannte widerspenstige Schriftsteller und Künstler «Pinscher».

Damals war tatsächlich «Kultur keine Pflichtaufgabe». Aber heute, da wir doch in einer abendländischen Kultur leben, eine solche Re-Aktion in mittelalterliche, vorsintflutartige Auffassungen?

Verlage werden «abgewickelt», auch wenn z.B. Egon Bahr, Peter Härtling, Walter Jens, Otto Schily, Irenäus Eibl-Eibesfeld, Friedrich Schorlemmer, Antje Vollmer, Eberhard Hilscher, Helga Bemmen, Gustav Just, Helmut H. Schulz, Hans Löffler oder Rolf Hochhuth in Offenen Briefen protestieren. Der Aufbau-Verlag und der Verlag «Volk und Welt» werden auf Befehl einer profilierungssüchtigen Justizsenatorin mittags um zwölf im Westernstil von Polizisten überfallen und gefilzt, weil sie angeblich mit Lizenzen unredlich umgegangen sein sollen. Natürlich ist es purer Zufall, dass Anschuldigungen und Polizeiattacken gegen «Ostverlage» zwei Tage vor Beginn der Frankfurter Buchmesse erfolgen. Zur politischen kommt die moralisch-geschäftliche Demonstration.

Soll am Ende nur die Immobilie übrigbleiben?

BILDERSTÜRMER

Zwischen Geschichtslosigkeit und blindem Hass sind – seit die abendländische Kultur über uns hereingebrochen ist – Bilderstürmer, Denkmal-Schleifer und Namen-Töter am Werk. Strassennamen werden durchgestrichen, mit schwarzer Farbe übersprüht die Namen von Widerstandskämpfern, Helden der Arbeit und der Arbeiterklasse. Parlamente, Magistrate und Kreisbehörden beteiligen sich daran. Bilderstürmer waren schon immer ein Merkmal der barbarischen Restauration.

Hatte noch in der böhmischen Stadt Loket ein Betrunkener Johann Wolfgang von Goethe den Kopf abgeschlagen, weil er Goethe mit dem ersten kommunistischen Staatspräsidenten der Tschechoslowakei, Klement Gottwald, verwechselte, so hat das nüchterne Stadtparlament von Cottbus die «Klement-Gottwald-Strasse» in eine «Fürst-Pückler-Strasse» verwandelt. Auch Philipp Müller, Hans Beimier und Artur Becker gehören zu den «geschichtlich neu zu bewertenden Personen, die eines Strassennamens nicht wert» seien. Wer soll noch wissen (oder gar daran erinnert werden), dass Artur Becker 1930 mit 25 Jahren jüngster Reichstagsabgeordneter war und 1931 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands wurde? Er organisierte unter jungen Menschen den antifaschistischen Widerstand und kämpfte im Thälmann-Bataillon der Internationalen Brigaden gegen den spanischen Faschisten Franco; am Ebro fiel er am 13. April 1938, schwerverwundet, den Franco-Truppen in die Hände und wurde im Gefängnis Burgos ermordet. Nun soll im Berliner Arbeiterbezirk Prenzlauer Berg sein Name von Strassenschildern verschwinden.

Die Bürgermeisterin von Eichwalde betrieb selbstherrlich die Umbenennung der «Ernst-Thälmann-Strasse» in «Bahnhofstrasse». Am 3. März 1933 wurde Ernst Thälmann verhaftet. In der Einzelhaft des Zuchthauses, gequält und gefoltert, legte er ein glühendes Bekenntnis zur deutschen Nation und zum Internationalismus ab. Hitlers Wille und Wahn war es, dass Thälmann den sowjetischen Sieg nicht erleben sollte. Am 18. August 1944 liess er ihn heimtückisch in Buchenwald ermorden. Am 18. August 1991 gedachten an der Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals viele

Hunderte Ernst Thälmanns, Alte und Jugendliche, Kommunisten und Sozialdemokraten und Kirchenmänner: Thälmann war nicht nur Führer der Kommunisten, sondern mehr noch ein grosser deutscher Patriot, der Haltung, Klarsicht, Mut und Opferbereitschaft gezeigt hat, als die Mehrheit unseres Volkes – allen Warnungen zum Trotz – dem braunen Rattenfänger nachlief; der Unerschütterlichkeit und Todesbereitschaft bewies lange vor jenen, die sich erst auf Widerstand besannen, als die von Thälmann vorausgesagte Niederlage der Nazis offensichtlich wurde. Nun verschwindet sein Name von Strassenschildern, auch die Gedenkstätte in Ziegenhals ist bedroht.

In Schwerin befindet sich an einem alten Laternenpfahl auf dem Grunthalplatz eine unscheinbare Gedenktafel mit der Inschrift: «An diesem Laternenpfahl wurde 1945 die antifaschistische Lehrerin Marianne Grunthai von der Schweriner SS aufgehängt.» Die Tafel verrostet. Und wenn sie, verwittert, auf dem Kehricht verschwindet, wird wohl auch der Platz umbenannt werden. Denn bei der «Bewältigung der Vergangenheit», «Aufarbeitung der Geschichte» waltet bei gewissen Leuten eine deutschnationale Geschichtsphilosophie.

In der Potsamer «Hegelstrasse» wurde das kleine Karl-Liebknecht-Museum geschlossen. Am 14. April 1991 hat der sozialdemokratische brandenburgische Ministerpräsident, Manfred Stolpe, bei der Einweihung des Potsdamer Glockenspiels sein Geschichtsbild dargelegt: «Als der Turm der Garnisonkirche durch diktatorische Willkür im Jahr des Prager Frühlings stürzte, wurde der Keim in unsere Herzen gesenkt, dieses System nicht auf Dauer zu ertragen. Wer unsere Tradition mit Füßen trat, konnte in diesem Lande keine Perspektive haben.» Es war natürlich nicht «diktatorische Willkür», die zur Beseitigung der Reste von Garnisonkirche (und auch des Neuen Berliner Schlosses) führte, sondern der damalige Zustand der Staatsfinanzen – Wohnungen und Werke hatten ja wohl den Vorrang. Sicher, aus heutiger Sicht wäre ein wiederhergestellter Kirchturm als Museum nicht von der Hand zu weisen, allerdings mit anderer historischer Sicht als Herr Stolpe. In der Garnisonkirche gingen Hindenburgs deutsch-nationale, zum Teil noch feudale Reaktion und Hitlers Faschismus die Ehe ein, abgesegnet von Bischof Dibelius.

Einen Ehrenplatz im Museum hätte hingegen Karl Liebknecht verdient, der als Potsdamer Reichstagsabgeordneter 1914 als einziger Parlamentarier gegen die Kriegskredite stimmte und 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin «Nieder mit dem Krieg», «der Feind steht im eigenen Land» gerufen hatte. Nach der Ermordung Liebknechts hat Reichspräsident Ebert im Kreise der Minister gesagt: «Jetzt, wo Liebknecht tot ist, werden wir viel Ärger mit den Potsdamern haben ...» Mit Herrn Stolpe droht nun kein Ärger. Unter Stolpes Ministerpräsidentschaft wurde das Liebknecht-Museum geschlossen – der Regierungschef setzt andere historische Prioritäten, will andere «Potsdamer Traditionen».

Seit dem 1. Juli 1991 heisst die Hugo-Wenzel-Strasse im Schweriner Lankow «Eutiner Strasse». Wenzel, während der Novemberrevolution Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates im hessischen Diedenhofen, wurde 1921 als Kommunist in den Landtag von Mecklenburg gewählt, dem er bis 1927 angehörte, lange Zeit als Fraktionsvorsitzender. Wegen mehrerer Artikel im *Volks-Echo*, dessen Chefredakteur er war, zum Blutmai 1929 klagte ihn das Reichsgericht der Vorbereitung zum Hochverrat an und verurteilte ihn im Frühjahr 1930 zu 15 Monaten Festungshaft – dabei hob das Gericht die «Intelligenz des Angeklagten» als strafverschärfend hervor ... Nach der Machtergreifung hielt er sich verborgen, wurde im Juli 1933 verhaftet und starb 1940 im KZ.

Guben an der Neisse verlor seinen Namen «Wilhelm-Pieck-Stadt». Die durch Mehrheitsbeschluss des Stadtparlaments beschlossene Umbenennung ist nichts anderes als Geschichtsverdrängung durch ein Pauschalurteil. Wilhelm Pieck zählte unbestreitbar zu den Kräften in der KPD und später in der SED, die ausgleichend wirkten. Er war ein Mann, dem auch ausserhalb seiner Partei Hochachtung entgegengebracht wurde. Geschichtsnotorisch ist, dass er aus der Sowjetunion mit der Konzeption eines neuen, friedliebenden, antifaschistischen und demokratischen Deutschlands zurückkehrte. Auch seine Versuche, die neue Partei vor negativen stalinistischen Einflüssen zu schützen, kann kein Historiker leugnen. Nun ist auch eine Strasse in Guben von seinem Namen «befreit» worden. Pfarrer Michael Lemke, Mitglied der Gubener Arbeitsgruppe für Strassenumbenennung, meinte, es

sei jetzt in Guben «eine schlechte Zeit für Wilhelm Pieck»; mit grösserem Zeitabstand würden nach seiner Meinung «gewiss wieder objektivere Einschätzungen Raum gewinnen».

Warum Rindviecher wild werden, wenn sie rot sehen? In einer brandenburgischen Kreisstadt wollten Obere im Zuge der Schilderstürmerei mit der «Kommunisten-Auskehr» auch gleich die «Heinrich-Heine-Strasse» loswerden. Weil er ein Freund Karl Marx' war? Weil er in der kulturlosen DDR so «hochgespielt» worden ist? Nachdem in der Hitlerzeit seine «Lorelei» von einem «unbekannten Dichter» stammen sollte? Weltliteratur? Wo für solche Kultur-Stürmer deutsche Nationalliteratur bei Gorch Fock und Beumelburg, Dwinger und – wenn man sich intellektuell geben will – bei Ernst Jünger aufhört ...

In Wriezen liess Bürgermeister Siebert ein Denkmal für Fritz Dornbusch, Wilhelm Hirschert und Bruno Moses schleifen. Das zuständige Kulturamt liess wissen, der Marktplatz solle neu gestaltet werden. Ausserdem entspreche «die Inschrift nicht in allen Fällen den historischen Ereignissen». Die drei Männer waren antifaschistische Opfer des braunen Terrors. Ihr Makel: sie waren Kommunisten.

ANTI-ANTIFASCHISMUS

Anfang 1947 hatte ich als damaliger Amtierender Intendant des Nordwestdeutschen Rundfunks (Köln) ein Fernschreiben des britischen Chief-Controllers, Hugh Carlton Greene, vom übergeordneten Nord westdeutschen Rundfunk (Hamburg) erhalten. Die Weisung hiess: Begriffe wie «reaktionär» oder «antifaschistisch» seien «kommunistische Terminologie» und folglich «ab sofort zu vermeiden».

Heute verrät die Absicht, Opfern des Faschismus und Teilnehmern am Widerstand gegen Hitler und den Krieg der deutschen Monopole Renten zu kürzen, ein Bonner Konzept des Anti-Antifaschismus. Aber nicht nur jüdische und nichtjüdische deutsche Kommunisten sollen an ihrem Lebensabend (im Durchschnitt sind die Betroffenen heute 73 Jahre alt) zu Sozialfällen gemacht werden, sondern auch deutsche Juden und Halbjuden, die allein wegen ihrer Rasse einst für «undeutsch» erklärt und damit zum Frei-

wild für Blutrichter und SS-Schergen wurden. Deutsche Juden, die den Holocaust überlebten, und solche, die mit ihrem Widerstand Freiheit, Gesundheit und Leben riskierten und damit in einer Zeit tiefster deutscher Schmach Deutschlands Ehre hochgehalten haben, sollen nun um den «Dank des Vaterlandes» gebracht werden, der ihnen in der Deutschen Demokratischen Republik erwiesen worden ist.

Das Mass in Deutschland (neu) misst dreifach. Da schantzt sich die Bundestagsmehrheit eine Diätenerhöhung zu, die die Aufwendungen für Hitler-Opfer und -Gegner weit übersteigt. Dann soll der Ausgleich für Leiden und Mut um mehr als die Hälfte gekürzt werden. Übelsten Nazibonzen wurden vom Bundestag mit dem 131er-Gesetz Weiterbeschäftigung und Beamtenpension bis zum Tode gewährt. Die Witwe des blutigsten aller Blutrichter, Roland Freisler, erhielt mit ausdrücklicher Genehmigung des bayerischen Sozialministeriums zu ihrer Grundrente und der Witwenversorgung der Angestelltenversicherung eine «Schadensausgleichrente» von 400,- DM, weil ihr Mann, wenn er nicht kurz vor Ende des Krieges und seiner Scharfrichtertätigkeit durch eine Bombe ums Leben gekommen wäre, «als Rechtsanwalt oder Beamter des Höheren Dienstes tätig gewesen» wäre. Kurz, das West-Niveau für Hitler-Opfer liegt weit unter dem, was ehemaligen Nazi-Beamten, SS-Leuten und Wehrmachtsoffizieren gewährt wurde (wobei hier eine Gleichsetzung ungebührlich wäre). Stefan Heym kritisierte die Bonner Politiker, die «zu zartbesaitet sind, ihrer Polizei Order zu geben, mit den glatzköpfigen Neonazis aufzuräumen», aber nicht, «den betagten Bürgern in die Mängengrube zu treten, die, als sie noch jung waren, die Courage hatten, gegen die Original-Nazis zu kämpfen». Er habe nie erlebt, dass «alten Nazis von Herrn Blüm ihre Ehrenbezüge gekürzt worden wären».

Aber bei der Strafaktion gegen Hitler-Opfer geht es nicht nur um Geld. Sie ist auch kein «Missgriff», keine «Unsensibilität in einer Zeit, in der alle Welt erschüttert ist» über neonazistische Gewalt, die nun aus dem alten Deutschland nach der Mauer-Öffnung auch in die neuen Länder übergreift». Die Strafaktion, gezielt in dieser Zeit gestartet, ist ein Signal. Wenn wir den wider-

wärtigen Streit um Gedenkstätten dazu nehmen, die systematische Ausmerzung der Namen von Widerstandskämpfern, dann erkennt man eine Konzeption: «Antifaschismus» soll nicht nur «als kommunistische Terminologie vermieden», er soll diskreditiert, kriminalisiert, ins Abseits der Geschichte gestossen werden.

Von Pontius Rüche bis Pilatus Stoiber waschen sie ihre Hände in Unschuld. Neonazistisches Bombenattentat auf dem Münchener Hauptbahnhof, Schändung jüdischer Friedhöfe von Flensburg bis Badenweiler, Jagd auf Türken in Kreuzberg – das soll es in den 40 Jahren BRD und Westberlin nicht gegeben haben. Das gibt's erst seit Hoyerswerda, und das war DDR – heute sind die dortigen Vorgänge «DDR»- und «SED-Altlasten». «Rassismus», notdürftig als «Fremdenfeindlichkeit» und «Asylantenhass» getarnt, feiert Urständ', weil Kommunisten ja «rotlackierte Nazis» sein sollen, wie SPD-Führer Schumacher schon 1946 vorgegeben hat (ein Jahr vor Greenes Verbot, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen).

Aber wie ist es zu verstehen, wenn in keinem der Berichte über Hoyerswerda über diejenigen etwas zu finden ist, die in ca. 70 Pkws angereist waren: Neonazis, vorwiegend aus Westberlins Kreuzberg, mit Kampfanzügen, Schlagstöcken, Schlagringen, Fahrradketten, scharfen Hunden, Feuerwerkskörpern, Raketen, Molotowcocktails und Brandsätzen? Nicht, dass ich etwa die Gleichgültigkeit oder gar Sympathie verschweigen wollte, die viele Einwohner Hoyerswerdas angesichts der pogromartigen Ausschreitungen empfanden – aber dort leben 70.000 Menschen: Mit welchem Recht wird von ihrer Heimatstadt ein widerliches Bild gezeichnet – in allen Medien, nicht nur in *Bild* und *SuperM*? Warum ist aus dem Namen ihrer Heimatstadt das «Kennwort» für Terror gegen Asylanten und «Andersartige» gemacht worden?

WORT- UND TOTSCHLAG

Die Politiker, von denen folgende Aussprüche stammen, leben nicht in Hoyerswerda und den neuen Bundesländern. Was anders als Volks Verhetzung, als Aufruf zum Pogrom ist es, wenn sich

Politiker aus Westdeutschland und Westberlin zu folgenden Ausprüchen hinreissen lassen:

CDU-Bürgermeister im saarländischen Lebach, Nikolaus Jung: «Die Stadt wird nicht zulassen, dass in Lebach die Zigeuner tanzen.» Bayerns Innenminister Stoiber, CSU: «Ich warne vor einer drohenden Durchmischung und Verrassung des deutschen Volkes.» CDU/CSU-Fraktionsführer im Bundestag, Alfred Dregger: «Ausländer sind Gäste, nicht Bürger, und daher auch nicht Mitbürger.» Wilhelm Schmans, stellvertretender CDU-Bürgermeister im niedersächsischen Jesteburg: «Dieses Zeugs muss hier weg.» Baden-Württembergs Innenminister, Dietmar Schelle, in einem Brief an seinen SPD-Kollegen an der Saar, Friedel Läßle: «Im Asylbereich muss unser Ziel sein, zu einem politischen Konsens, vergleichbar mit dem zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, zu kommen.» Der SPD-Vorsitzende von Brandenburg, Steffen Reiche: «Grosse Flüchtlingsströme aus dem Osten können der europäischen Kultur ein Ende setzen; sie können für Europa gefährlicher werden als die Rote Armee in der Zeit des Kalten Krieges.» Horst Niggemeier, SPD-Bundestagsabgeordneter und Bürgermeister im nordrheinwestfälischen Datteln: «Viele Asylanten kommen aus Kultur- und Zivilisationskreisen, die uns völlig fremd sind. Die haben auch ein anderes Verhältnis zum Eigentum, als es die meisten der deutschen Eltern ihren Kindern beibringen.» Klaus Landowsky, CDU-Fraktionsvorsitzender in der Hauptstadt Berlin: «Es kann nicht sein, dass manche Ausländer bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Strassen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort ‚Asyl‘ rufen, dem Steuerzahler auf der Tasche liegen.» Hartwig Mannen, CDU-Ratsmitglied im ostfriesischen Roggenstede: «Wir haben nichts gegen Ausländer. Nur ist in unserem Dorf für sie kein Platz.» Bayerns CDU-Staatssekretär für Landesentwicklung und Umwelt: «Man bedenke die ökologischen Folgen, die im Falle einer weiter ungebremsten Zuwanderung auf die Bundesrepublik zukommen.» Der christlich-demokratische Kriminaloberrat beim Bundeskriminalamt, Josef Schütt: «Der Missbrauch des Asylrechts ist die Normalität. Das geht zu Lasten des deutschen Volkes»; deshalb rät er den Bürgern, «den Aufstand zu probieren».

Und so tobt denn, angeheizt und auf geputscht durch solche

Politiker und sie nachäffende und übertreffende Journalisten, der Mob durch deutsche Lande (auch durch die neuen Länder). Alte Begriffe wie «andersartig», «undeutsch», unverkennbare Anleihen bei übelsten Rasse-Theoretikern und Nazi-Richtern bis zum «Stürmer»-Jargon des braunen Widerlings Streicher sind unüberhörbar. Wort- und Totschlag.

Kohls Mann fürs Grobe, CDU-Generalsekretär Volker Rühle, hatte vor den Wahlen in Bremen und Niedersachsen auf 16 Seiten die Anti-Asylbewerber-Kampagne entfesselt. Flächendeckend hatte er seine Kreisvorsitzenden und Fraktionschefs in allen Parlamenten, vom Gemeinderat bis zum Landtag, eingeschworen: «Ich bitte Sie, die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD herauszufordern.» Umsiedler, Rückkehrer, Asylanten, Flüchtlinge dürfen ihre Rücken hinhalten, damit auf ihnen Wahlkampf geführt wurde und wird. Und Rühles Brandbrief war auch gleich eine Gebrauchsanweisung beigelegt: Niederträchtige Anfragen an Stadtverwaltungen, bei denen herauskommen sollte: Asylanten wohnen vornehm in Hotels, fressen dem Bundesbürger die Haare vom Kopf, sind frech, faul und vergewaltigen deutsche Frauen. Die B//d-Zeitung fing Rühles Bälle auf und ordnete am 14.8.1991 einen Katalog der Kriminalität «der jeweiligen Nationen» zu: Rumänen sind Einbrecher und Diebe, Polen schmuggeln und klauen Autos, Albaner betrügen mit dem Hütchenspiel, Jugoslawen betreiben Zuhälterei, Türken handeln mit Drogen ...

Bundesaussenminister Genscher legte eine Liste von Ländern an, in denen «politisch nicht mehr verfolgt» werde, aus denen daher «keine Asylanten mehr hereinzulassen sind».

Der niedersächsische CDU-Chef, Josef Stock, gestand nach den niedersächsischen Kommunalwahlen schamlos und zynisch: «Das Thema Asyl hat uns gut getan.» Aber es gibt auch eine Kehrseite der Heuchelei: Entgegen der Kohl-Losung «Das Boot ist voll» erklärte die langjährige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Lieselotte Funcke, die demographische Entwicklung Deutschlands «rechtfertigt die Einwanderung von Angehörigen anderer Nationen». Sie begründete ihre Auffassung mit dem «drastischen Bevölkerungsrückgang zwischen Saar und Oder. Durch geburtenschwache Jahrgänge war die Anzahl der Deut-

schen bereits unter 70 Prozent ihres früheren Bestandes zurückgegangen».

Warum klingt's aus dem Munde von Experten anders als aus den Notrufen gewisser Politiker und Journalisten? Warum halten sich grosse Konzerne oder Fussballklubs der Bundesliga, Eishockey- und Handballclubs, auch Leichtathletik-Vereine in der Debatte ums Asylrecht derartig zurück?

Im Profisport ist die Antwort einfach: Ausländer kommen, weil es in der BRD mehr Geld gibt. Sie sind also reine Wirtschafts-Asylanten. Aber auch die Personalchefs von BMW und Ruhrkohle, Siemens und Volkswagen wissen nur zu gut, wie recht der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heiner Geissler, hat, wenn er in der *Hamburger Zeit* für die Elite, anders als *Bild*, *Super*, ARD oder ZDF, schreibt: «Schon heute würde die deutsche Wirtschaft kollabieren, gäbe es nicht fünf Millionen Ausländer bei uns. Jeder zweite Platz an den Montagebändern der Automobilkonzerne, 60 Prozent der Arbeitsstellen in den Giessereien, 70 Prozent in den Dienstleistungsbetrieben nehmen heute Ausländer ein. Erhards sogenanntes Wirtschaftswunder wäre ohne Spanier, Italiener, Türken, Portugiesen und andere ein Wunder geblieben.»

Übrigens sind sie auch Konsumenten. 1989 kauften Ausländer für 60 Milliarden DM Waren. Zum Sozialprodukt trugen sie weit über 100 Milliarden DM bei, und sie geben mehr, als sie zurückhalten: 1990 zahlten sie in die Rentenkassen fast 13 Milliarden DM ein, in Anspruch nahmen sie jedoch nur 3,7 Milliarden DM.

Auch in der Deutschen Demokratischen Republik wäre manches gar nicht oder schlechter gelaufen – ohne Afrikaner, Araber, Vietnamesen, Ungarn, Polen ...

Es kommt nicht darauf an, diesen ökonomisch-sozial-kulturell notwendigen Zustrom zu unterbrechen, sondern ihn zu bewältigen. Das ist schwer – angesichts von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Aber in diesem Fall muss man Heiner Geissler recht geben: «Werdende Wirklichkeit zu verkennen, wäre mindestens ebenso verhängnisvoll wie der Versuch, die Wirklichkeit abzuschaffen ...»

Bleibt – bei welchem Thema nicht? – die «Treuhand»! Sie könnte zur Ausländerfreundlichkeit beitragen. Aber ein hoffnungsvolles neues Projekt von Entwicklungshilfe und Ausländer-

politik hat sie schlicht abgewickelt. Der Zeitschrift *Damid* lag, wie sie in ihrer letzten Ausgabe schreibt, «vor allem die Situation in den fünf neuen Bundesländern am Herzen, in denen das Zusammenleben mit Ausländern sich noch in der Phase eines Lernprozesses befindet. Hier muss sich erst die Fähigkeit entfalten, Konflikte auszuhalten und friedlich (...) auszutragen.» «Treuhand» und Regierungskommission haben die Konten des ‚Solidaritätsdienst International‘ (SODI) gesperrt, aus dessen Mitteln auch *Damid* (*Das Ausländer- und Auslandsmagazin im deutschsprachigen Raum*) durch eine Anschubfinanzierung für die ersten sechs Ausgaben und den Pressedienst gestützt werden sollte. Nun ist dank «Treuhand» der Vertrag SODI-DAMID GmbH hinfällig. Zustimmung – vor allem von Ausländerbeauftragten in den alten und neuen Bundesländern, auch aus dem Ausland –, man sei auf dem richtigen Wege, half nichts: In der dritten Nummer mussten sich die «Dritte-Welt-Engagierten» vorerst verabschieden. Widerstand ist geboten!

DRUSHBA – FREUNDSCHAFT

Im Uferpark an der Moskwa soll ein «Panoptikum des Totalitarismus» begründet werden. Erste Ausstellungsstücke: zwei Staatschefs, Swerdlow und Kalinin, Stalin, Dzierzynski – alle in Stein. Erwartet werden: Gorki, Woroschilow, Mitschurin, Tupolew, Gagarin, Lomonossow und andere Repräsentanten der Sowjetunion. Sie in einem Panoptikum? Ist das Vandalismus oder Schlussstrich? Kultur im Umgang mit der Geschichte jedenfalls nicht.

Nicht weniger kulturlos ist im neuen Deutschland der Umgang mit den sowjetischen Befreiern. Im grossdeutschen Bundestag begnügte man sich am 50. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion mit einer Süßmuth-Rede von zehn Minuten. Geplant war eine halbe Stunde. Eine Sondersitzung, wie von der PDS-Fraktion vorgeschlagen, war dieser Gedenktag dem Bundestag nicht wert. Auch der Bundespräsident, als Wehrmachts-Leutnant bis kurz vor Leningrad im Einsatz, hat der Bitte, eine solche Sitzung zu beantragen, nicht entsprochen; er wies auf «andere, kleinere Gedenkveranstaltungen» hin ...

Dafür schlugen in Neuruppin Skinheads mit Knüppeln auf sowjetische Soldaten ein. Im Oderbruch schändeten Militaria-Händler aus Westberlin und den alten Bundesländern Soldatengräber aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Deutsche Demokratische Republik hat auf den Seelower Höhen eine würdige Gedenkstätte für die 30.000 sowjetischen Soldaten errichtet, die mit dem Sturm über die Oder – die grösste Zusammenstellung von Feuerkraft, der grösste Panzeraufmarsch im gesamten Krieg – die Ausgangsstellungen für die Eroberung Berlins erkämpft hatten. Nun suchen die «Leichen-Touristen» aus dem Westen mit Suchelektronik, Detektoren, Magnetsonden, Spaten und Schaufeln nach Waffen und Waffenresten, Orden und Koppelschlössern, Stahlhelmen und Zahngold. Bei Lietzen gruben Plünderer den Soldatenfriedhof an und hinterliessen Gerippe, einzelne Skelettknochen und eingeschlagene Schädel. Die Polizei zeigte wenig Fahndungseifer, denn in der Regel werden den Plünderern nur «Ordnungswidrigkeiten» angelastet. «Vorsätzliche Grabschändung kann man den Tätern, die in der Regel mit Magnetsonden arbeiten, kaum nachweisen», meinte ein führender Gemütsmensch bei der Frankfurter Polizei; und die «Suche nach metallischen Gegenständen, die nicht unbedingt am Skelett hängen» müssen, sei nicht strafbar.

Einmal allerdings, berichten Journalisten, sahen die Polizisten «Handlungsbedarf»: Bei einem Bauern, der Plünderern energisch entgegengetreten war, «erschieden sie mit einem Haussuchungsbefehl, um ihn zur Herausgabe der Sonde zu zwingen, die der Landwirt konfisziert hatte». «Rote Socke», «Stasi-Spitzel» wurde an sein Haus geschmiert und gedroht: «Dich kriegen wir auch noch».

Inzwischen fand Polizei-Oberst Bischoff doch vier Gründe für ein Einschreiten: Erstens werde im Naturschutzgebiet gegraben; zweitens würden den Leichen Dinge abgenommen, die den Angehörigen zustehen; drittens werde Munition ausgegraben und ungesichert liegengelassen; viertens müsse jeder Leichenfund kriminologisch untersucht werden ... Wenn das keine Gründe sind – nach 45 Jahren ... Und ob diese Untaten vielleicht nicht nur nach Paragraphen beurteilt werden müssten, sondern menschlich, geschichtsverantwortlich, ja politisch?

REICHSTAG. ODER WAS?

1989 beschloss das Westberliner Abgeordnetenhaus, im Reichstagsgebäude eine Gedenktafel für ermordete Abgeordnete der Weimarer Republik anzubringen. Man einigte sich auf einen allgemeinen Text. Angeblich fehlte eine verbindliche Liste mit Zahl und Namen der Opfer.

In Wirklichkeit wollte man keines kommunistischen Reichstagsabgeordneten gedenken müssen. Von den 1.244 Abgeordneten der Weimarer Republik, die nicht Hitlers NSDAP angehörten, wurden zwischen 1933 und 1945 politisch verfolgt: 766. Von ihnen verbrachten 416 mehrere Jahre in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Mindestens 88 Abgeordnete wurden ermordet. Was nicht auf einer Gedenktafel sichtbar werden sollte: Fast jeder zweite ermordete Reichstagsabgeordnete gehörte der KPD an. Die Kommunisten hatten den höchsten Blutzoll entrichtet.

Warum die Parteien bei der Gründung der Bundesrepublik 1949 sich um die Aufklärung des Schicksals der Reichstagsabgeordneten gedrückt haben, erklärt der Bonner Historiker Prof. Martin Schumacher mit dem «breiten antikommunistischen Grundkonsens in der damaligen Zeit». Dieser «antikommunistische Grundkonsens» hat seither nicht nachgelassen. Im Gegenteil: Er ist heute penetranter, verlogener, hysterischer und verhängnisvoller denn je.

In bundesdeutschen Zeitungen erscheinen Anzeigen, in denen Medaillen «deutscher Soldatenhelden» feilgehalten werden, «27 Träger des Ritterkreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten in echtem Silber oder Münzgold», Hitlers Bomben- und Jagdflieger, seine Kriegsverbrecher-Generale Kesselring, Schörner und Sepp Dietrich von der Waffen-SS, «in De-luxe-Kassette» und mit «Echtheits-Urkunde».

Leichenfledderei an den Befreiern vom Faschismus, Heldenlobpreisung für von Hitler dekorierte Mörder deutscher und anderer Soldaten und europäischer Zivilisten, hassvoller Antikommunismus? Vorwärts – in die Vergangenheit? Armes Deutschland ...

LAGERLEBEN

Kaffeeduft zieht über das Land. Ältere Besucher achten darauf, nicht auf Bananenschalen auszurutschen. Kinder kreischen vor Freude über den gelungenen Schuss aufs Fußballtor – mit einer Cola-Büchse. Die Eltern packen im Supermarkt ihre Körbe und Netze voll Fleisch, Käse, Gemüsedosen und Zahnpasta. Bedächtige Familienväter prüfen im benachbarten Autohaus Lack, Federung und Instrumente fahrbereiter Autos.

Alte wie unbedarfte neue Nazis reiben sich die Hände und freuen sich am geschäftigen Treiben. Denn unter Kaffeestube, Supermarkt und Autohaus liegen die Gebeine von mehr als 100.000 Kindern, Mädchen, Frauen und Müttern. Ravensbrück war das schrecklichste Frauenkonzentrationslager der deutschen Faschisten.

Niemand soll sagen, er habe es nicht gewusst. Auch die Fürstenberger nicht. Wo mehr als 220.000 weibliche Häftlinge unter Geschrei und Schlägen durch ein Lagertor getrieben wurden, half kein Zukneifen der Augen, kein Verstopfen der Ohren. Wo weit mehr als die Hälfte viehisch gequält, gefoltert und gemordet wurden und ihre Folterer und Mörder nach Dienstschluss in den umliegenden Orten an den Theken der Kneipe ihr Bier tranken, ehe sie zu ihren Frauen und Kindern heimkehrten, war nichts geheimzuhalten.

Wo 44 Jahre lang in einem antifaschistischen Staat die Erinnerung wachgehalten, die Täter – soweit nicht in den Westen geflohen – ihrer Strafe zugeführt, die Opfer geehrt, das Schreckenslager in eine Gedenkstätte umgewandelt und Jahr für Jahr 14-jährige Jungen und Mädchen durch ihre Jugendweihe mit dieser Seite deutscher Geschichte vertraut gemacht worden sind – da kann 1991 kein Bürgermeister, keine Stadtverordnetenversammlung, kein Landesminister, keine Landesregierung und kein Ministerpräsident sich ahnungslos stellen und zunächst einmal bedeckt halten.

Sollte Brandenburgs Minister für Kultur und Wissenschaft der einzige sein, dem die Errichtung von Geschäften und Lokalen auf dem Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers unerträglich schien? Die Warnung des Freien Demokraten Enderlein vor «unsachgemässer Gestaltung und Nutzung» der Gedenkstätte spricht

indes auch nicht gerade von Sensibilität. Was meint er mit «unsachgemässer Gestaltung und Nutzung»? War die bisherige Gestaltung nicht sachgemäss? Und wie anders soll man eine Stätte wie Ravensbrück nutzen als zur «Beförderung der Humanität», wie Hölderlin sagt?

Kein bundesdeutsches Verwaltungsgericht werde nach dem «Rechtsstaat-Prinzip der Verhältnismässigkeit» den Abriss des fast fertigen Supermarktes zulassen, erklärte der Verwaltungsjurist Muth. Muth kommt aus der Bankzentrale Frankfurt am Main, um die Brüder und Schwestern im Osten den Umgang mit Geld zu lehren. Zum Warenangebot von Kaisers Filiale der Tengelmann-Warenhandelsgesellschaft gehört Sensibilität für Geschichte nicht. Und ein Verwaltungsjurist aus der Banken- und I.G. Farben-Nachfolger-Hauptstadt hat gewiss die «Verhältnismässigkeit» von Aufwand und Nutzen studiert; dass es auch ein Verhältnis zur deutschen Geschichte geben sollte, konnte er seiner *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* nur schwerlich entnehmen.

Aber wieso zog die Firma Renault ihren Auftrag zurück? Ihr Pressesprecher erklärte es wörtlich: «Nachdem wir über die Medien zu Wochenbeginn über den Fakt informiert wurden, dass es sich dort um das Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers handelt». Frage: «Mal angenommen, das Autohaus befände sich nicht im Rohbau, sondern gerade vor der Einweihung. Wäre die Entscheidung dieselbe?» Antwort: «In jedem Fall». Zusatzfrage: «Kann es sein, dass eine Firma mit Stammsitz in Frankreich für die Problematik, um die es hier geht, besonders sensibel ist?» Antwort: «Ich glaube, jede Firma würde genauso entscheiden. Wäre uns die Sachlage vorher bekannt gewesen, hätten wir natürlich gar nicht erst Aktivitäten entwickelt.»

Der französische Firmensprecher war höflich. Er übergang die gegenteilige Haltung Tengeimanns. Er verschwieg, dass unter den Ravensbrück-Häftlingen besonders viele französische Kinder, Mädchen, Frauen und Mütter waren. Und er verschwieg die Rolle Fürstenbergs und Brandenburgs: Das Gelände des Konzentrationslagers war von einer «interministeriellen Arbeitsgruppe», bestehend aus Vertretern der Landesregierung Brandenburg und der Stadt Fürstenberg, als «Gewerbegebiet» frei gegeben worden, ob-

wohl zuvor der Kultur- und Wissenschaftsminister Enderlein einen Baustopp angekündigt hatte.

Und wieder soll niemand sagen, er habe das nicht gewusst. Das war weder «Unkenntnis» noch ein «Versehen», noch sollte es eine «Zweckentfremdung» sein. Diese schamlose Offerte zeugt nur einmal mehr davon, wo Profitdenken hinführt. Sie zeigt die Grenzen kapitalistischer Menschlichkeit.

Den neuen «Fall Ravensbrück» hätte es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht gegeben, obwohl manches in Routine sträflich erstarrt war. Ein Bundesbürger aus den alten Ländern schrieb, «dass niemand als Antifaschist seine Glaubwürdigkeit erhöht, wenn er die DDR jetzt verurteilt. In diesem Sinne wende ich mich gegen den inflationären Gebrauch des Wortes ‚verordneter Antifaschismus‘. Hätte es in der Bundesrepublik einen ‚verordneten Antifaschismus‘ gegeben, wäre es wohl nicht so leicht möglich gewesen, zur Zeit des Evangelischen Kirchentages im Juni 1991 in Dortmund z.B. in der Bahnhofsbuchhandlung faschistische und kriegsverherrlichende Literatur auszulegen. Bücher von Eugen Kogon (Der SS-Staat) oder Günter Weisenborn (Der lautlose Aufstand) oder andere antifaschistische Literatur war nicht zu sehen. Auf meinen Protest hin geschah nichts, das Fenster blieb. Hätte es in der Bundesrepublik ‚verordneten Antifaschismus‘ gegeben – Welch bessere Ausgangsposition hätten wir gehabt. In unserem Kreis war es z.B. erst 1985 möglich, eine Strasse nach Günter Weisenborn in seiner Geburtsstadt Velbert zu benennen. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Allein die ‚Verordnung‘ des Antifaschismus hilft nicht, doch gibt es dadurch bessere Ausgangsbedingungen, und entscheidend ist, was Antifaschisten daraus machen.»

Immerhin: Der Protest der Kirchen wegen des Skandals von Ravensbrück, das Zurückweichen kommunaler Institutionen der Landesregierung vor Protesten zeigen eine gewisse Einsicht. Sie beweisen: Antifaschismus ist eine bleibende Grösse der deutschen Geschichte.

UNDANK IST DER WELT LOHN

Einer der Hauptleidtragenden des Hinscheidens der Deutschen Demokratischen Republik heisst *Trabant*. Er fand ein unverdientes Schicksal. Sehnlichst und lange erwartet, wurde er am Wochenende liebevoll gepflegt und gewienert, oft mehr als ihm guttat, meist in einer Garage beheimatet, während Menschen mit Wohnungen noch Probleme hatten. Und er dankte Liebe und Pflege: Er sprang zuverlässig an und lief und lief und lief und liess seinen Besitzer nie im Stich. Pflegeleicht, unkompliziert, wenig Reparaturen, klein, raumsparend, mit guter Beschleunigung, war er der Stolz mancher Familie. Mercedes, BMW, Opel und Ford liess man auf der Autobahn mit ungunstigen Gedanken passieren: Die zugelassenen 100 Stundenkilometer hielt man ja selbst mühelos.

Dann kam die «Wende» – auch für den Trabbi: Er wurde nicht mehr liebevoll gepflegt, geputzt und gewienert, sondern seine bisherigen Liebhaberinnen und Liebhaber – wie fröhlich waren sie mit Kind und Kegel in den Urlaub gefahren, hatten ihrem Liebling die Ostsee gezeigt und das Schwarze Meer, den Balaton und Thüringens Höhen, den Spreewald und das Erzgebirge, die polnische Küste und Bjelo-Russland –, sie hatten ihre Liebe über Nacht vergessen. Man liess ihn verkommen, schlug ihm Fronten und Seiten ein, riss seine Sitze heraus, stellte ihn an einem Baum, am Strassenrand, in einer Parkanlage, im Wald ab, und dann wurde er geplündert: undankbar, gefühllos und ohne Gedächtnis für Trabbis zuverlässige Freundlichkeit und Treue. Warum sollte man für ein Auto ein besseres Gedächtnis haben als für die bisherige soziale Umgebung ...

Man wandte sich ab und Sternen und Blitzen zu und kaufte sich Ersatz. «Aus dem Westen»: Etwas leiser, geräuschärmer, grösser, die Farben bunter und haltbarer, die Ersatzteile teurer. Und viele Verkäufer verkauften Rostlauben und Unfallfahrzeuge, mit Lack und Poliermittel hochgestylt – aber man hatte ein «Westauto». Der Unterhalt wurde teurer (wie Benzin, Diesel und Versicherung), Neuwagen gab's auf Kredit. Und da alles andere auch teurer wurde (Lebensmittel, Miete, Tarife), mussten viele den neuen Stolz verkaufen. Autohändler halten Ford und Mazda auf Halde. Ach, Trabbi ...

Ich fuhr ihn lange, meine Frau hat heute noch Freude an ihm. Beide sehen wir jedem anderen Trabbi wehmütig nach, sein Schicksal hat er nicht verdient. Wie so vieles andere hierzulande: Du warst besser als Dein Ruf. Aber in einem Trabantenstaat musste wohl Dein Nest in Zwickau erst beschmutzt und dann abgewickelt werden.

Und schon taucht eine andere Wende am Horizont auf. Das Auto – immer grösser, stärker, schneller, bequemer – wird als Klima-Killer Nr. 1 erkannt und als Massenvernichtungswaffe. Der gängige Pkw ist über 4 Meter lang und daran gemessen, dass im Durchschnitt nur 1,3 Personen darin sitzen, hoffnungslos überdimensioniert. In Deutschland steht ein Auto 18 Stunden, um eine Stunde bewegt zu werden, sagt eine Studie. Auf der Welt soll es 520 Millionen Kraftfahrzeuge geben, die im Jahr wenigstens 300.000 Menschen das Leben kosten und zwei Milliarden Tonnen Kohlendioxyd ausstossen.

Ich beschäftige mich mit diesem Problem unter anderem deshalb, weil mir vor 31 Jahren einmal des nachts ein Volltrunkener ins Auto lief und an den Folgen verstarb. Ich war frei von jeder Schuld; aber das ist kein Trost, wenn man am Tod eines Menschen beteiligt ist.

Der Leiter des Fachbereichs Verkehrslehre der Polizeiführungsakademie des Bundes und der Länder (PSA) in Münster, Hans Günter Urban, warf die Frage auf, ob das Auto tatsächlich noch ein zeitgemässes Transportmittel sei, und gab zur Antwort: «So, wie es ist, passt es jedenfalls nicht mehr in diese Welt.»

Es geht unabwendbar auf den Kollaps zu. «Verbesserungen» führen zum besseren Kollaps. Besserer Bus, bessere Bahnen, ob U-, S- oder Eisenbahn, müssen den Nahverkehr übernehmen. Macht Autofahren in der Stadt überhaupt noch Spass? Lohnt der Urlaub, wenn man gestresst, vergiftet heimkehrt – von der See oder vom Gebirge – durch den Stau? Nicht, dass ich eine Antwort wüsste ... Mit der einfachen Forderung: Verkehrsreduzierung, Verkehrsvermeidung, wird die Branche der Pkw-Bauer und Benzproduzenten nicht zu überzeugen sein. Und wir selbst, die wir uns im Auto oder auf dem Motorrad unserer «Freiheit» freuen? Wie lange noch?

WAS KOSTET DIE EINHEIT

Eigentlich – wenn man die Einheit so ersehnt – ist die Frage nach ihren Kosten profan und kleinkariert. Im Staat der Krämer wurde sie denn auch prompt gestellt. «Was kostet die Währungsunion?» «Unabsehbare Kosten» sagten Skeptiker voraus.

Der anerkannte Bremer Historiker Prof. Dr. Arno Peters hat durchgerechnet, wie es sich mit der Tilgung der gesamtdeutschen Reparationszahlungen verhält. Sein Reparations-Ausgleichsplan verdient, ungekürzt publiziert und studiert zu werden. Hier ist der Wortlaut:

§ 1

Deutschland hat in seiner Gesamtheit den Zweiten Weltkrieg begonnen, geführt und verloren. Es hat in seiner Gesamtheit bedingungslos kapituliert und hat deshalb auch insgesamt für die Reparationen der Siegermächte aufzukommen.

§2

Die nach der Niederlage erfolgte Teilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und die später hieraus hervorgegangene Zweiteilung Deutschlands kann an dieser Rechtslage nichts ändern.

§3

Die Höhe der von den Besatzungszonen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs (später Bundesrepublik Deutschland) erbrachten Reparationen wurden von der Interalliierten Reparationsagentur (I.A.R.A.) mit 517.000.000 Dollar/1938 beziffert. Diesen 517.000.000 Dollar/1938 entspricht ein Betrag von 2.161.060.000,- DM/1953.

§4

Die Höhe der von der Besatzungszone der UdSSR (später Deutsche Demokratische Republik) erbrachten Reparationen wurde (1985) vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen mit 66.400.000.000,- RM/1944 beziffert.

Diesen 66.400.000.000,- RM/1944 entspricht ein Betrag von 99.138.888.889,- DM/1953.

§5

Deutschland hat mithin nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum 31.12.1953 an Reparationen aufgebracht:

BRD	2.161.060.000,-
.....	DM/1953
DDR	99.138.888.889,-
.....	DM/1953
Insgesamt	101.299.948.889,- DM/1953

§6

Bei einer Einwohnerzahl von 67.765.400 (1953) waren von jedem Deutschen einzubringen:

101.299.948.889,- DM/1953:

67.765.400 Deutsche = 1.494,86 DM/1953.

§7

Entsprechend ihrer Einwohnerzahl von 49.763.400 (1953) hatte die Bundesrepublik Deutschland aufbringen müssen: 49.763.400 Einwohner x 1.494,86 DM/1953 = 74.389.435.856,- DM/1953
Die Bundesrepublik hat nur aufgebracht:

2.161.060.000,- DM/1953

Die Differenz in Höhe von 72.228.375.856,- DM/1953 schuldet die Bundesrepublik Deutschland der Deutschen Demokratischen Republik seit ihrer Aufbringung. (Spätester Fälligkeitstag 31.12.1953 – Abschluss der Reparationsentnahmen.)

§8

Entsprechend ihrer Einwohnerzahl von 18.002.000 (1953) hätte die Deutsche Demokratische Republik aufbringen müssen:

18.002.000 Einwohner x 1.494,86 DM/1953 =

26.910.513.033,- DM/1953

Die DDR hat aber aufgebracht 99.138.888.889,- DM/1953

Die Differenz in Höhe von 72.228.375.856,- DM/1953

hat die Deutsche Demokratische Republik stellvertretend für die Bundesrepublik Deutschland gezahlt und wartet seit dem 31.12.1953 (= Abschluss der Reparation) auf die Rückerstattung dieser für die Bundesrepublik Deutschland ausgelegten Summe.

§9

Den 72.228.375.856,- DM/1953 entspricht nach den Berechnungen der Deutschen Bundesbank ein Betrag von 211.477.965.586,- DM/1989 (Lebenshaltungs-Index) bzw. 482.343.579.042,- DM/1989 (Baukosten-Index).

§ 10

Für die Verzinsung der Reparationsschuld seit dem Fälligkeitstage (31.12.1953) ist der Zinssatz zugrundegelegt, den die Deutsche Demokratische Republik für den 5-Milliarden-Kredit zahlte, der ihr vom Bundesfinanzministerium über deutsche Grossbanken 1983 – 1988 überlassen wurde: $6 \frac{5}{8}\%$ (= 1% über dem Liborsatz, der 1983 = $5 \frac{5}{8}\%$ betrug).

Verzichtet man angesichts dieser angemessenen Verzinsung auf den Ausgleich der zwischen 1953 und 1989 stattgehabten Geldentwertung (s. § 9), so ergibt sich aus dem am 31.12. 1953 fälligen Schuldbetrag von...72.228.375.856,- DM/1953 zum Jahresende 1989 eine Schuld von

727.165.791.041,- DM/1989.

Durch Verzicht auf den Indexausgleich nach § 9 entspricht dies einem Realzins von 3,5% (nach Lebenshaltungs-Index) beziehungsweise 1% (nach dem Baukosten-Index).

§ 11

Die tatsächlichen Schäden, die der Deutschen Demokratischen Republik dadurch entstanden sind, dass die Bundesrepublik Deutschland die seit dem 31.12.1953 geschuldete Reparations-Ausgleichs-Zahlung bis heute vorenthalten hat, betragen ein Mehrfaches der nominellen Schuld der Bundesrepublik.

§ 12

Die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg auf Kosten der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik entwickelte, hat die Möglichkeit, ihren Willen zur Abtragung dieser historischen Schuld gegenüber der Bevölkerung der DDR dadurch zum Ausdruck zu bringen, dass sie der Reparations-Ausgleichs-Zahlung von 727.165.791.041,- DM/1989 (die nur eine Verzinsung nach § 10 enthält) von sich aus einen angemessenen Betrag zur Kompensation der Geldentwertung nach § 9 hinzufügt.

Der frühere CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf hat die Schuld im Prinzip anerkannt. Leider ist er für Kohls CDU wohl zu intelligent und besitzt in dieser Partei keine «Hausmacht». Aber 727.165.791.041,- DM: Das ist schon was. Würden sie von der BRD beglichen, erübrigten sich alle «Hilfe»- und Investitionsprogramme.

Und was die Einheit angeht, was sie kostet und wen: Das hängt ja wohl mit der Frage zusammen, wer die Spaltung verschuldet hat. Diese Frage ist eindeutig und geschichtsnotorisch geklärt. Nach dem «Verursacher-Prinzip» gibt es nur einen, der die Kosten der Einheit zu tragen, sie zu erstatten hat: die Bundesrepublik Deutschland (alt, versteht sich).

DAS PRIVILEGIEN-SYNDROM

Eine Friseurin aus Magdeburg klagte dieser Tage, sie habe vom Juli 1990 bis zum Juli 1991 ungefähr 7.000,- DM netto verdient. Bonner Parlamentarier sind nicht gerade die Kellerkinder der Nation: 9.664,- DM Diäten plus 5.443,- DM steuerfreie Kosten – pauschale 12.443,- DM im Monat dürften der Magdeburger Friseurin schwer verständlich zu machen sein. Und sie liegt mit ihren 583,30 DM pro Monat noch nicht einmal unter den letzten aller Einkommen.

Nun erklärt der Sozialdemokrat Jochen Vogel, keine andere Berufsgruppe habe so lange Lohnverzicht geübt wie die Bundestagsabgeordneten. Und so sollen die Diäten um 8 Prozent heraufgesetzt werden. «Nicht kleckern, klotzen», hatte Hitlers Blitzkriegs-Panzergeneral Guderian als Parole ausgegeben. Abgeordnete der Grünen und der PDS werden als einzige gegen diesen Beschluss stimmen, obwohl man die Partei des Demokratischen Sozialismus gerade von Amts wegen bestohlen und unter Kuratel gestellt hat. Scham war noch nie die Stärke parlamentarischer Selbstbediener ...

Umso grösser war ihr, anderer Politiker und der Journalisten Geschrei, als es galt, «Privilegien» der alten Führung der DDR anzuprangern. Ich kenne Wandlitz von zwei Besuchen beim verstorbenen Horst Sindermann, dem Volkskammerpräsidenten. Diese geschlossene Waldsiedlung war gewiss ein Fehler, der Einkaufsladen ein Skandal. Aber was daraus alles gemacht wurde,

war ein schlimmerer Skandal als der, zu dem «Wandlitz» hochstilisiert wurde.

Vor des Kanzlers Domizil, Genschers Palais, den Villen anderer Minister der ersten Kategorie stehen in Bonn Panzerwagen und Bundesgrenzschutz. Die Villen exponierter Persönlichkeiten – oberster Bankherren, Versicherungschefs und Wirtschaftsführer – werden rund um die Uhr bewacht. Es spricht für die Kunst der Kameraleute und Fotografen, dass auf ihren Bildern die waffenstarrnde Schutztruppe fast nie in Erscheinung tritt.

Die SED-Führung entschloss sich zu einer anderen Form des Personenschutzes, weniger Aufwendung: Sie baute die Siedlung in Wandlitz und glaubte auf diese Weise Geld und Wachpersonal einzusparen. Aber das Aufeinanderhocken und die Selbstisolierung führten zur Entfremdung vom Volk. Die falsche Entscheidung «für Wandlitz» stellt keinen Straftatbestand dar. Die Empörung, die erst durch Gerüchte, dann durch «Sensationsberichte» der Medien, vor allem im DDR-Fernsehen, ausgelöst wurde, war zutiefst heuchlerisch und nur dazu angetan, Gefühle hochzupeitschen und Hass zu säen. Jawohl, es gab in Wandlitz ein Restaurant: eine etwas gepflegtere Kantine, in der man gutes Essen bestellen konnte und natürlich bezahlen musste. Es gab eine Schwimmhalle – für 2'000 und ein paar Menschen. Ich glaube nicht, dass die sportlichen Kohls und Blüms ins Bonner Stadtbad gehen. Die Fertighäuser kosteten – ebenso natürlich – Miete. Und als mir in einer Talkshow der Bundesumweltminister Töpfer das Stichwort «Wandlitz» vorhielt, konnte ich ihm entgegnen: «Sie, Herr Töpfer, würden in ein solches Haus nicht einziehen, allenfalls ihr Chauffeur.»

Eine Schmutzwelle von Verleumdungen riss Wahrheit und Verstand in den Abfluss. Sie sollte Männer und Frauen treffen, die einen Bruchteil dessen verdienten, was sich Abgeordnete und Minister in Bonn unter den Nagel reißen. Dafür mussten sie hart arbeiten (wie erfolgreich, klammern wir jetzt einmal aus). Oder kannte jemand einen Minister oder einen 1. Kreissekretär, der einen Achtstudenten tag hatte oder mehr als ein freies Wochenende im Monat?

Von dem ganzen Sud der Verdächtigungen, Geld oder Immobilien oder Schmuck oder was sonst veruntreut zu haben, blieb

nichts übrig (ausser dem einen oder anderen schwarzen Schaf, das man überall findet). Es gab kein Politbüromitglied, keinen Parteisekretär, kein Regierungsmitglied, das «zu mieten» war wie etwa Bundeswirtschaftsminister Möllemann, der für 30.000,- DM im kleinen Kreis ein Referat zu halten bereit ist: Graf Otto Lambsdorff nimmt 25.000,- DM, Otto Schily 20.000,- DM, Jochen Vogel 10.000,- DM. Mit Helmut Schmidt können sie nicht konkurrieren: Der verdient in den USA für jeden Auftritt Hunderttausende. Das Wirtschaftsmagazin *Forbes* veröffentlichte unwidersprochen und ungestraft diese und noch viel mehr Zahlen und nannte auch die Namen von Agenturen in Köln, Düsseldorf und London, denen Bonns Starpolitiker ihre Geschäfte anvertraut haben.

Die geschmähte, angeblich auch noch «unwaidmännisch» betriebene Jagd (ich bin kein Jäger und habe bei zwei Einladungen ganze zwei Hasen getroffen) hat dazu geführt, dass jetzt der Abteilungsleiter Forsten im Bundeslandwirtschaftsministerium, Hinz, während einer Pressekonferenz bedauerte, in der Schorfheide, wo ein Sommersitz des Staatsrates war, sei der Wildbestand «noch immer etwa zehnmal so hoch wie ökologisch vertretbar». Jäger mit eigener Jagdhütte und mit eigenem Jagdgebiet gibt es in Bonn und Umgebung natürlich nicht ...

Bundestagspräsident Rainer Barzel ist verständlicherweise nicht etwa 1984 über Nacht abserviert worden, weil er über seine Anwaltskanzlei in Frankfurt insgesamt 1,8 Millionen DM Beraterhonorar vom Flick-Konzern kassiert hatte. Worüber ist Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier gestolpert, wenn nicht über 281.107,- DM «Wiedergutmachung», die ihm dank seiner Bemühungen um die Novellierung eines Gesetzes zugeflossen waren – für eine Professorenlaufbahn, die ihm die Nazis angeblich verwehrt haben sollen. Und da ist Frau Süsmuth, die ihrem Mann einen Dienstwagen mit Chauffeur zur Verfügung stellte; und er kassierte auch noch Kilometergeld für Fahrten mit dem Wagen des Bundestags, die er privat oder als CDU-Wahlkämpfer durchführte. Die Barschel-Affäre und der Flick-Skandal und Wahl-Schwindelgelder und die Onkel Alois-Affäre und der Neue Heimat-Skandal, die ganze schleichende Korruption in Abgeordnetenhäusern und Immobilienbüros, in Partei- und Rathäusern und

Baufirmen – von alledem sind die Zeitungen seit Jahrzehnten Woche für Woche voll. «Doch Brutus ist ein ehrenhafter Mann.»

Aber die DDR als «Bonzenherrschaft im Unrechtsstaat»: die Zeitungen schreiben's, Rundfunk und Fernsehen plärren es, und Redner überschlagen sich dabei und setzen immer noch einen drauf – und die Leute glauben es und schwätzen es nach – dank *SUPER* und *ILLU*, *EXTRA* und *BILD*, *ARD* und *ZDF*, *SPIEGEL* und *STERN* und wer noch geduldiges Papier beleidigt und den Äther verschmutzt.

Was wirklich geschah in der DDR: Einige wenige von Millionen ehrlicher, sauberer Sozialisten haben sich eines unsozialistischen Verhaltens schuldig gemacht.

TREIBJAGD

«Der innere Feind verfiel bei unseren Altvorderen der Acht und wurde ehrlos, rechtlos und friedlos, vogelfrei, jeder Volksgenosse konnte ihn offen erschlagen ... Die restlose Ausrottung des inneren Feindes gehört zur Wiederherstellung der deutschen Ehre. An ihr kann der deutsche Strafrichter durch grosszügige Auslegung des Strafgesetzbuches teilnehmen.» Das schrieb im Mai 1933 ein Dr. Dietrich in der Deutschen Justizzeitung.

Wieder ist Rache angesagt. Aber heute braucht man keine privaten Folterkeller, kein Konzentrationslager, keinen Galgen und kein Fallbeil. Man ist moderater und begnügt sich für die Vergangenheitsbewältigung mit Fragebogen, Kündigung, Rentenkürzung wegen «Staatsnähe», Mietsteigerung, Steuerschraube, Verleumdung, Ausgrenzung, «Privilegien»-Geschrei und einer Justiz, in deren Rechtsprechung es Beweisführungen gibt, die atemberaubend sind. Und wenn gar nichts hilft, dann zaubert man immer noch irgendwo eine «Stasi-Akte» hervor.

Das alles artet in eine Treibjagd aus, bei der es gar nicht um die Ahndung von Rechtsbrüchen geht, sondern um den alten zügellosen Antikommunismus, der noch nie Grenzen kannte: weder völkerrechtliche noch moralische, keine Grenzen des Anstandes und der Fairness noch der Wahrheit und der Menschlichkeit.

Schauprozesse gegen junge Soldaten – ohne Rechtsgrundlage – müssen erhalten, um «mit der DDR abzurechnen». Kein Richter, kein Geschworener war DDR-Bürger. Richter Seidel, obwohl «Republikflüchtling» und mehrfacher «Fluchthelfer», fühlte sich keineswegs befangen oder voreingenommen und gab sich mehr als Polemiker denn als gebildeter Jurist. Er und die Schöffen erwiesen sich als frei von jedem «DDR-Wissen». Sie missachteten geschriebenes Recht und Einigungsvertrag, operierten mal mit alt-bundesdeutschem, mal mit DDR-Recht (je nach Gutdünken); sie führten willkürlich diesen oder jenen Paragraphen an, erklärten das «Grenzgesetz der DDR» für gültig, aber die angeklagten Grenzsoldaten für schuldig, weil sie dieses Gesetz befolgt hatten. Sie operierten mit einem «Schliessbefehl», den es niemals gab, leugneten jedoch die analoge, fast wörtliche Übereinstimmung der Anweisung für den Waffengebrauch von Bundesgrenzschutz und Grenztruppen. Sie übersahen – wie Schmierjournalisten und seriöse Politiker am Rhein –, dass die Menschenrechte «Freizügigkeit» nur «innerhalb eines Landes» kennen und «Einschränkungen» ausdrücklich zulassen; dass die Väter des Grundgesetzes ausdrücklich kein «Ausreiserecht» verankert haben. Sie konnten nicht einmal feststellen, von wo und von wem der tödliche Schuss abgegeben worden ist. Ob «Mord oder Totschlag?» konnte auch Richter Seidel nicht entscheiden, obwohl ja gerade er mit dem Schuldspruch beauftragt war, weil er ungute persönliche Gefühle in den Grenzer-Prozess einzubringen hatte. Daher keine Berücksichtigung der Tatsache, dass der «Vorsatz» erst während einer Vernehmung – ohne Anwesenheit eines Rechtsanwalts – ins Protokoll hineingedrückt worden war. Daher kalte Ablehnung aller Beweisanträge der Verteidigung. Wie auch sonst könnte man das angestrebte Justiz-Spektakel gegen «die Grossen» anheizen, wenn man «die Kleinen» straffrei liesse? Also musste der «Rechtsstaat» zuschlagen ...

Und so gebärdet er sich auch in der Hauptstadt am Rhein und im dortigen heiligen Parlament. Gewählte Abgeordnete der PDS werden wie Aussätzige behandelt: Geht im Bundestag einer zum Rednerpult – meist, wenn die Fernsehkameras wegen Mittagspause oder einer Fussballübertragung abgeschaltet sind –, rascheln Tageszeitungen, werden Stühle gerückt, wird getan, als ob

kein Redner das Wort hätte – und Frau Präsidentin lassen diese Flegelei gewähren. Die Büros der PDS-Abgeordneten liegen 10 Minuten Fussmarsch ausserhalb der Bonner Bannmeile. Sie haben nicht die Rechte einer Fraktion. Auf Grund ihres «Gruppenstatus» erhalten sie halb soviel Geld wie einer Fraktion zusteht. Alle Aktivitäten sind ihr versagt, mit der eine Opposition die Regierung in die Enge treiben kann: Sie können keine namentliche Abstimmung fordern noch den sofortigen Eintritt in die Zweite Beratung. Schon gar nicht ist ihnen erlaubt, die Herbeirufung eines Mitglieds der Bundesregierung ins Parlament zu beantragen. Aus dem wichtigen Vermittlungsausschuss und aus Untersuchungsausschüssen (mit Ausnahme des Schalck-Ausschusses) sind sie verbannt. Dass der PDS-Gruppenstatus das Recht beinhaltet, in allen Fachausschüssen vertreten zu sein und Vorlagen für die Schwerpunkte parlamentarischer Arbeit zu erarbeiten und zu erhalten; dass Ausschüsse, die einen «wesentlichen Teil der Informations-, Kontroll- und Untersuchungsaufgaben des Bundestages» erfüllen, «ein verkleinertes Abbild des Plenums widerspiegeln» müssen; dass Gruppen, die wie die PDS den Status einer «Fraktion im Ausschuss» haben, mit allen Rechten aus der Geschäftsordnung – anders als die Parlamentsmehrheit glaubte – auch Vertreter in die 13 Unterausschüsse entsenden dürfen: Das alles musste erst mit einer Klage beim Bundesverfassungsgericht erkämpft werden. Die Bundestagsmehrheit wollte der PDS diese Rechte vorenthalten.

Heute gibt es in Deutschland Abgeordnete zweiter Wahl, Lehrer zweiter Wahl, Richter zweiter Wahl, Journalisten zweiter Wahl, Frauen zweiter Wahl, Kranke zweiter Wahl, Kinder zweiter Wahl (wenn sie die «falschen Eltern» haben): Menschen II. Klasse, gegen die eine Hexenjagd inszeniert wird, weil sie in der Vergangenheit nichts anderes getan haben als das zu erfüllen, was sie als ihre verfassungsmässige Pflicht betrachteten. Der Herr Bundespräsident liess auf Hinweise und Beschwerden erklären, die SED-Prominenz werde «fair behandelt» und es bestehe «kein Anlass zu der Befürchtung, die Justiz beachte nicht die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit». Ach, ja?

Seit 200 Jahren kennt jeder Anwaltsgehilfe den Weg zu rechts-

staatlicher Ermittlung und Verurteilung: Anzeige, nicht Anruf – schriftlich, nicht mündlich – Fakten, nicht Vermutungen und Unterstellungen – Kriterien des Strafrechts, nicht emotionale Blähungen – Staatsanwalt, nicht Hilfssheriffs der CDU. Die BND-Wanzen im Telefon sollten genügen.

DAS 40-JAHRE-SYNDROM

Die angebliche «40 Jahre DDR-Misswirtschaft» ist inzwischen zum «40 Jahre Unrechtsstaat» eskaliert und dieser wiederum zum «40 Jahre Terrorstaat». «40 Jahre Unrecht, Unterdrückung, Versklavung, Lüge, Desinformation, Kulturfeindlichkeit» – alles Schlechte, Negative, Unerträgliche: und das «40 Jahre lang».

Die «Wessis», die mit unerträglicher Ignoranz und Überheblichkeit zu wissen vorgeben, was alles falsch und schlecht war und wie es nun richtig und besser zu machen sei, sind noch eher verständlich. Wenn es aber ehemalige DDR-Bürger glauben und es ihnen nachschwätzen, so frage ich: Wo ist Euer Gedächtnis geblieben, wo die Erinnerung, wie es wirklich war?

Der Krieg war verloren, und wir haben die meisten Lasten getragen: mehr Zerstörungen und allein die Reparationen. Mit dem Sieger, dessen Völker malträtiert, terrorisiert, um ihre Jugend und Millionen anderes gebracht worden waren, hatten wir hautnah zu tun. Wie nach dem Westen, so waren auch zu uns Flüchtlinge aus dem Osten geströmt: Wir haben sie integriert. Von der Trümmerruine führten wir Frauen und Mädchen in die Gleichberechtigung und zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Reiche – so es sie gab – lebten schlechter, die Volksmassen besser, es herrschte Gerechtigkeit. Aus der Armut schufen wir soziale Sicherheit, aus Feindschaft Freundschaft. Unser Volk lernte von der Arbeiterklasse Solidarität. Die Kinder hatten Krippen, Horte und Gärten und Bildung, unabhängig von der Herkunft. Wir gaben Zugezogenen, Landarbeitern und Kleinbauern Äcker und Maschinen und bauten ihnen Häuser. Kriegsverbrecher und Ausbeuter wurden enteignet, wie es das Potsdamer Abkommen vorschrieb. Werk tätige wurden

Lehrer und Richter – ohne braun im Kopf. Wir bauten Wohnblöcke und Staudämme und brachten Geld und Kraft auf für die Erhaltung von Kunstwerken und wertvollen Kulturbauten. Wir waren arm, aber gerecht und im Rahmen unserer Möglichkeiten bemüht und erfolgreich.

Gewiss, es gab Fehler und Fehlentscheidungen (und Hauptverantwortliche drücken sich vor dieser Verantwortung) – aber Fehlentwicklungen gab es kaum in den ersten zwanzig Jahren. Gewiss, unsere Informationspolitik wurde in ihrer gerechten Parteilichkeit immer einseitiger. (Der mittragende Autor leugnet seine Mitverantwortung nicht. «Bereuen» tut er nur, dass er seine Hinweise, Beschwerden und Kritiken nicht laut, hörbar geäußert hat.) Dennoch ist unsere Bevölkerung durch unsere Medien über geschichtliche Zusammenhänge und Hintergründe, über Gebrechen und Unmenschlichkeit von Kapitalismus und Imperialismus besser informiert worden als die Bundesbürger. Gewiss, es gab Mängel in unserer Bildungspolitik. Aber es gab vorwiegend Modernes, Fortschrittliches, Lebensnotwendiges. Gewiss, es gab Fehlurteile unserer Justiz. Aber die überwältigende Mehrheit unserer Richterinnen und Richter sprach Recht. Über Fehlleistungen unserer Sicherheitsorgane auf Grund einer degenerierten Sicherheits-Doktrin schrieb ich bereits. Aber dass in Mitteleuropa Frieden blieb, bei uns die Kriminalität im Zaum gehalten wurde, Neonazismus mit Rassenwahn und Fremdenhass in Grenzen: Darum haben sich Volksarmee und Grenztruppen, Volkspolizei, Justiz und Ministerium für Staatssicherheit verdient gemacht.

Gewiss gab es in Neubauvierteln Plattenbauten, die mit Phantasielosigkeit und Pfusch am Bau nicht erfreuten und mangels Nachfolgebauten zu Erscheinungen der Vereinsamung, ja zu steigenden Selbstmordraten führten. Aber wir haben Millionen Familien aus den Hinterhöfen des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des Hitlerstaates samt seiner Hinterlassenschaft an Vernachlässigung und Zerstörung erlöst. Nicht alle, aber Millionen. Gewiss haben wir die Restaurierung von Altbauten und Innenstädten vernachlässigt und unser gewaltiges Wohnbauprogramm einseitig betrieben. Aber für viele Millionen Menschen erschien

der Schlüssel zur Neubauwohnung als Eintrittskarte ins Paradies. Und wo stünden wir heute – ohne unser Wohnungsbauprogramm? In den alten Bundesländern ist die Wohnungsnot nicht geringer. Gewiss war die Versorgung mit Lebensmitteln nicht variabel genug, mit Waren des täglichen Bedarfs unzureichend. Aber niemand hat Hunger gelitten. Und die Körpergewichte stiegen über die gesundheitliche Vernunft. Noch nie haben deutsche Werktätige derartig in materieller Geborgenheit und sozialer Sicherheit gelebt, noch nie waren sie zu solcher Zukunftsgewissheit berechtigt. Sie kannten keine Angst vor Arbeitslosigkeit, Mietwucher und sozialem Abstieg.

In diesen 40 Jahren des «Zwar-Aber» gab es kein «fifty-fifty», sondern das «Aber» überwog bei Weitem. Wieviele von denen, die sich heute «unterdrückt, verfolgt und bespitzelt» gefühlt haben wollen und «dem Terror der Stasi ausgeliefert», sind ehrlich? Wieviele waren wirklich betroffen? Jeder Verdächtige oder Belangte ist einer zuviel! Aber wollen wir nicht mit den Füßen auf der Erde und mit der Zunge bei der Wahrheit bleiben?

Man schwätzt von «200 Kilometern Stasiakten». Dann wären 190 Kilometer Angaben über SED-Mitglieder und andere treue DDR-Bürger, neun Kilometer Material über Nazi-, Kriegs- und Verbrecher gegen die Menschlichkeit; Berufsverbrecher wären erfasst. Der kleine Rest von einem Kilometer beträfe schuldige Hochverräter und unschuldige Andersdenkende. So ungefähr verhält es sich mit den Proportionen. Alles andere ist Gauckelei.

Wenn ich heute höre: «40 Jahre Fehlentwicklung, 40 Jahre Misswirtschaft, 40 Jahre Unterdrückung und Terror», dann muss ich mich fragen: In welchem Staat haben diese Menschen ohne Gedächtnis gelebt, dass sie jetzt feindliche Parolen nachbeten? Welche DDR existiert in ihrem Gedächtnis?

FREIHEIT – EIN LEERER WAHN?

«40 Jahre Unfreiheit?» Und nun «Sieg der Freiheit?» Der Kapitalismus ist in der Irreführung von Menschen seit Hunderten von Jahren erfahren. Die Irreführung ist allumfassend. An der Spitze der Täuschungsversuche aber steht das Gerede von der Freiheit.

Noch nie hat die Freiheit, haben Begriffe wie Gedankenfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit, Freiheit der Persönlichkeit, Freiheit des Künstlers, Freiheit des Wissenschaftlers derart zum Bereich des Mundwerkes gehört wie in unseren Tagen, auch – bewusst hereingetragen – in einigen Kreisen bei uns. Noch nie ist über das wahre Wesen der Freiheit sowenig nachgedacht worden wie heute: freie Welt, freies Amerika, Sender Freies Berlin, Freiheitsglocke, Volksbund für Frieden und Freiheit – kaum einer, der sich nicht auf die Freiheit beriefe, Freiheit verspräche, sie zu verteidigen, zu schützen, zu retten vorgäbe. Und im persönlichen Zwiegespräch hören wir immer wieder: Freiheit, wie ich sie verstehe. Und wie gern habe ich als Jugendlicher jenes schöne, aber leider sachlich anfechtbare Lied mitgesungen: «Freiheit, die ich meine». Es muss also verschiedene Freiheiten geben, oder nicht?

Kann es etwas mit Freiheit zu tun haben, wenn ein Besizender die Möglichkeit und das Recht hat, ohne zu arbeiten und auf Kosten anderer seinen Besitz zu vergrössern? Freiheit für Schieber und Schmarotzer kann doch nicht Freiheit sein. Es kann auch nichts mit Freiheit zu tun haben, wenn der begabte Arbeiterjunge nicht auf die Höhere Schule gehen und nicht studieren kann, weil er ja mit 14 Jahren einen Beruf erlernen und ab 16 mitverdienen muss, damit er und seine Familie etwas zu essen haben, während ein reicher Halbidiot vom Geld seiner Eltern studiert und mit Nachhilfeunterricht, Korrepetitoren und Pressen als Doktor der Rechte auf die Menschheit losgelassen wird. Vorrechte – politische, materielle, kulturelle und soziale Vorrechte auf Grund der Herkunft und Geburt, des Besitzes, der Nationalität, der Rasse, des religiösen Bekenntnisses, des Geschlechts – das sind Merkmale der Unfreiheit. Solche Rechte kann es in einem freien Staat nicht geben. In einem Staat, in dem das möglich ist, wird die Parole von der Freiheit eine Phrase und dient nur als Vorwand zur Erhaltung der Unfreiheit. Es ist das die Freiheit Adenauers und Kohls, Genschers und des Papstes. Sehen Sie sich deren Länder und Einflussgebiete an, und sie werden alle hier aufgeführten Merkmale der Unfreiheit finden.

Was aber ist Freiheit? Wesentliches trifft die letzte der berühm-

ten vier Freiheiten des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Es ist die Freiheit von Furcht. Und zwar die Freiheit von Furcht vor Not, Hunger, Kälte, Arbeitslosigkeit, Unbildung, Unwissen, die Furcht vor Ausbeutung und sozialer Degradierung, die Freiheit vor allem von Furcht vor Krieg – Ängste die nirgendwo grösser sind als in den Ländern, die sich zu Hütern der Freiheit und der Demokratie aufwerten.

Sind wir nun frei, da wir doch der freiheitlichen BRD beigetreten sind, von ihr vereinnahmt wurden? Vor einem Westberliner Gericht stand ein achtzehnjähriger Junge, der die DDR verlassen hatte, weil er hier zu einer Jugendstrafe verurteilt worden war. Obwohl man ihm Arbeit in Westberlin verschafft hatte, trieb er sich herum. Er hat sich nicht kriminell vergangen, aber er verlor. Seine Erklärung vor dem Westberliner Gericht: «Ich wollte frei sein.» Es gibt viele Menschen, die – wenn auch nicht in ganz so krasser Form – sich solcherart die Freiheit vorstellen. Freiheit stellt in ihrer Vorstellung hemmungslose Ungebundenheit dar. Und alles, was sie in ihrer hemmungslosen Ungebundenheit stört oder gar behindert, erscheint ihnen als Zwang, als Unfreiheit.

Nun sind wir Menschen aber keine Einzelpersone. Es stellt nicht jeder von uns eine kleine abgekapselte Welt für sich dar, sondern wir alle sind gesellschaftliche Individuen. Keiner kann für sich leben. Es gibt keinen Robinson Crusoe, der fernab von seinen Mitmenschen auf einer einsamen Insel lebt und existiert. Ohne die menschliche Zusammenarbeit gibt es im zwanzigsten Jahrhundert kein Trinkwasser und keine Nahrung, keine Kleidung, gibt es keine menschliche Existenz. Wir leben in der menschlichen Gesellschaft. Und wirklich leben, würdig leben können wir nur miteinander.

Aber dieses Miteinanderleben, das die Voraussetzung ist fürs Leben schlechthin – dieses zwangsläufige Miteinanderleben legt jedem Einzelnen Verpflichtungen auf. Das Zusammenleben in der Gesellschaft macht es erforderlich, dass sich der Einzelne in die Gemeinschaft einfügt, auf sie Rücksicht nimmt. Das heisst, er muss seine persönliche Freiheit in gewissem Sinne einschränken, damit jedes Mitglied der Gemeinschaft das grösstmögliche Mass an Vorteil aus der Gemeinschaft zieht. Die Freiheit des Einzelnen

hört da auf, wo sie mit der Freiheit des Anderen kollidiert. Romain Rolland hat das wesentlich schlichter und treffender formuliert, indem er sagte: «Um zur Freiheit zu gelangen, muss man Freiheiten aufgeben.» Das heisst, es gibt keine schrankenlose Freiheit, es gibt nur eine zielbewusste Freiheit. Es gibt keine Freiheit ohne die Frage: Freiheit wofür? Es gibt keine Freiheit ohne die Frage: Freiheit für wen?

Und das haben wir wohl zu eng gesehen. Freiheit nur für uns? Freiheit für die Vernunft? Es gibt kein Monopol für Vernunft. Niemand ist im Alleinbesitz der Wahrheit. Können andere nicht anders denken, andere Wahrheiten glauben? Haben sie keinen Anspruch auf Freiheit?

Wir haben Andersdenkende und Menschenfeinde gleichgesetzt, in einen Topf geworfen. Das führte zum Machtmissbrauch. Zur Unfreiheit für solche, die Anspruch auf Freiheit haben. Wir haben auch «die kleine Freiheit» des Einzelnen unzulässig eingeschränkt – gewiss im guten Glauben «für die Sache», «für den Frieden». Das war unwürdig, entsprang einem Gefühl, Stärke zeigen zu müssen, weil wir unterlegen seien. So schwächten wir uns selbst, indem wir Verbündete zurückstießen, Gutwillige in eine Reihe mit wirklichen Feinden stellten und immer mehr Menschen gegen uns aufbrachten und gleichsam dem Klassenfeind in die Arme trieben. Wir schufen selbst, was uns zutiefst verhasst war: den Obrigkeitsstaat. Uns fehlte die Toleranz der geistigen Souveränität. So verloren wir sie und unseren Staat.

40 Jahre lang hatten wir die Macht, unsere kleine Welt zu verändern. Wir haben viel erreicht. Wir haben Beweise erbracht, die durch Gegenbeweise nicht widerlegt werden. Diese 40 Jahre sind – trotz Fehler und Versagern – weder aus der deutschen noch aus der Weltgeschichte auszulöschen – trotz des gedankenlosen, gedächtnisschwachen «40-Jahre-Syndroms».

«Es ist ja doch nicht so, dass wir die ganze Zeit über nur bedrückt, geduckt, verzagt, verbittert, resigniert gewesen wären – wie uns manche und manchmal auch wir uns selber einreden wollten –, wir haben doch nicht nur gelitten, geseufzt und uns wundgerieben, sondern wir haben miteinander gefeiert, uns miteinander gefreut, miteinander gelacht, uns Freiheiten herausgenommen, Phantasie entwickelt, uns gegenseitig immer wieder Mut

gemacht. Wir sollten nicht so tun, als sei das alles nicht gewesen ...» Diese Worte sagte Altbischof Dr. Werner Krusche und gab damit ein Beispiel, geschichtliche Wahrheiten zu sagen und vor Unwahrheiten zu warnen.

DAS STASI-SYNDROM ODER: DAS ZWEITÄLTESTE GEWERBE DER WELT

«Und Moses sandte Kundschafter aus, um zu sehen, ob dies das gelobte Land sei, von dem Gott gesagt hatte, dass dort Milch und Honig fliesse ...» Im Alten Testament wird bezeugt, dass Spionage das zweitälteste Gewerbe der Welt ist. Gewiss ist sie die älteste Form zwischenstaatlicher Beziehungen.

Dieses Kapitel wird keinesfalls ein kurzer Abriss der Geheimdienste. Aber seit Felix Edmundowitsch Dzierzynski den inneren Schutz der jungen, von allen Mächten der Welt, ob äusseren oder inneren, bedrohten Sowjetunion organisierte, gibt es in den westlichen Ländern einen Schock. Seit in der Deutschen Demokratischen Republik ein Ministerium für Staatssicherheit existiert, geht ein Stasi-Gespens um, bewegt ein Stasi-Syndrom Papierwälder, Ätherwellen, Gedanken und Gefühle der Menschen, werden Akten zu Damoklesschwertern umgeschmiedet, und Stahl und Limbach tun, als ob Mielke der Erfinder, Mischa Wolf der Perfektionist dessen waren, was heute als «Stasi» wie Mehltau auf Leben und Schicksalen der Menschen liegt.

Wer noch nicht seinen Verstand verloren hat, muss sich fragen: Wo bleibt der Aufschrei nach Ermittlungen und Prozessen gegen George Bush – er darf Präsident sein und war doch Chef der CIA; er schickte nicht nur «Kundschafter» aus, um nach Milch und Honig zu suchen – seine Agenten führten giftige Rasier- und Hautcreme mit sich und vergiftete Taucheranzüge, um Fidel Castro zu ermorden. Wann kommt James Baker vor Gericht? Um ihn einem Nürnberger Urteil auszusetzen, würden zwar schon seine kriegsvorbereitenden Reisen in den Nahen Osten genügen; aber als CIA-Chef – auch er (!) – wollte er Nasser und Ghadaffi umbringen lassen. Ich weiss nicht, wer als CIA-Chef seine Finger in den

Mordfällen von John F. Kennedy oder seines Bruders hatte oder im Fall Martin Luther King. Aber dass die CIA im Kongo den gewählten Präsidenten Lumumba in die Hände von Mobutu spielte, damit er viehisch umgebracht würde, ist genau so notorisch wie die Teilnahme der CIA an der Ermordung Allendes.

Zu so etwas sei die freie Welt nicht fähig? Dann lese man die Romane LeCarrés oder Frederic Forsyths, denke an Rambo oder 007, James Bond, die als Geheimagenten morden dürfen, wen sie wollen und wann sie wollen. Jede Woche gibt es im Fernsehen einen amerikanischen, britischen oder französischen Agentenfilm mit Mord und Totschlag. Und das sind «Helden», die dort im Regierungsauftrag schwerste Verbrechen begehen. Darf man so etwas erfinden? Die Heldentaten sind erfunden, die Tatsache lizenzierter Verbrechen nicht. Und diese gesamte Agententätigkeit ist nicht auf den «Schutz» des demokratischen Rechtsstaats gerichtet, sondern auf die Ausbreitung US-amerikanischer Macht bis zum Krieg.

Aus dem Original-Interview eines realen «Agenten der Freiheit»: «Wie war ihre Ausbildung?» Antwort: «Sehr gut. Natürlich muss man sich ständig weiterbilden. Zum Beispiel muss man wissen, wie man sein Messer am wirkungsvollsten einsetzt. Die effektivste Methode ist, den Unterleib des Gegners anzugreifen. Da ist er besonders empfindlich, und wenn man es richtig anstellt, hat er keine Chance. Man muss auch wissen, wie man Radiobomben baut. Ich habe eine Menge über Elektrizität gelernt. Wie man zum Beispiel jemanden mit einer Autobatterie zum Sprechen bringt. In der letzten Zeit interessiere ich mich besonders für chemische Waffen. In meiner Arbeit kann man nie genug lernen. Deshalb lese ich viel Fachliteratur wie das ‚Buch der schmutzigen Tricks‘. Ausserdem habe ich natürlich die Zeitschrift *Soldiers of Fortune* abonniert. Wichtig sind vor allem gute persönliche Gewohnheiten. Wenn ich mit einem wichtigen Auftrag betraut bin, versuche ich, acht Stunden zu schlafen und mache in den Wochen davor mehrmals Entspannungsübungen.»

Das wird bestätigt durch eine Nachricht, die durch die CIA-Zensur gerutscht sein muss: «Der amerikanische Staat in Gestalt der CIA hat Tests mit Elektroschocks, LSD-Injektionen und an-

deren Mitteln an Bürgern vorgenommen. Man zwang sie, stundenlang die Anklage zu hören: ‚Du hast Deine Mutter getötet!‘, weil der Staat wissen wollte, ob man ‚Gehirne waschen‘ kann.»

«Gut ausgeschlafen» und «entspannt» stürzten CIA-Agenten 1953 den persischen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh, weil er die Ölindustrie seines Landes verstaatlicht hatte. 1963 wurde unter Anleitung und Mitwirkung der CIA der irakische Staatspräsident Kassem vor der offenen Kamera des Fernsehens in Bagdad ermordet, weil er die *Iraq Petroleum Compagnie* (I.P.C.) in Gemeineigentum überführte. Sein Mörder wurde Fernsehchef, und ich hatte mit ihm in Bagdad und Berlin mehrere Begegnungen, bei denen er sich seiner Mordtat an Kassem und auch der Ermordung israelischer Kriegsgefangener rühmte (in seinem Büro bewahrte er als «Schaustücke» Uniformteile und andere Ausrüstungen seiner Opfer auf).

In der Themse-Ausfahrt vor London liess die CIA durch den gekauften Kapitän eines japanischen Frachters das DDR-Frachtschiff *Magdeburg* in den Grund bohren. Die *Magdeburg* hatte 70 britische Omnibusse an Bord, die nicht nach Kuba gelangen sollten. Unser Kapitän ist mir gut bekannt. Ausser den zahlreichen Mordversuchen an Fidel Castro versuchte Washington auch, durch seine CIA Kuba mit Verbrennung von Zuckerrohrfeldern und durch Infizierung mit Schweinepest in die Knie zu zwingen. Auch die Landung in der Schweinebucht war ein Versuch des amerikanischen Geheimdienstes CIA.

Die CIA-Agenten Felix I. Rodriguez und John Weismann haben 1989 im Verlag Simon and Schuster, New York, das Buch *Shadows Warrior* veröffentlicht. Darin schildert Felix Rodriguez Mendigitia – das ist der wirkliche Name des CIA-Agenten – sein Leben ... Seit seinem 17. Lebensjahr hatte dieser heute 50 Jahre alte Exil-Kubaner im Auftrage der amerikanischen Regierung und seiner «Firma» gegen alles gearbeitet, was auf seinem Kontinent «links» war, antiimperialistisch.

Er war dabei, als die CIA in der Schweinebucht versuchte, Kuba für Battista und die USA zurückzuerobern. In ganz Südamerika, in Vietnam und El Salvador spähte er nach Feinden des Imperialismus. Er hatte seine Finger in der Contra-Affäre der

Reagan, Weinberger und North: illegale Waffenhilfe der USA für antisandinistische Konterrevolutionäre in Nicaragua. Als das aufzog, musste der CIA-Agent Rodriguez vor dem Untersuchungsausschuss in Washington aussagen. Dabei trug er am Revers eine Auszeichnung der CIA «für Mut im Einsatz».

In seinem «Rechtfertigungs»-Buch steht der Satz: «Ich hatte damals Flecken auf meiner Uniform – das Blut auf dem grün- und khaki gefärbten Stoff.» Auf seinem Ruhesitz in Miami bestreitet der CIA-Agent, dass er Ché Guevara ermordet habe. Chés Blut sei wohl beim Verladen des Leichnams in den Helikopter an seine Hose geraten. Geschossen habe ein anderer ... Aber der CIA-Agent schildert detailliert, was an jenem Oktober 1967 im bolivianischen Urwalddorf Las Higueras geschehen ist: «Sobald Chés Guerilla-Truppe geortet war, folgte eine unerbittliche Jagd. CIA-Direktor Richard Helms schickte massive Hilfe in den Andenstaat. Exilkubanische Agenten übernahmen die Geheimdienstarbeit.» «Guevaras letzte Augenblicke sind in einer seltenen, zu Herzen gehenden Botschaft des CIA-Mitarbeiters an das Hauptquartier aufgezeichnet,» schreiben die Ex-Agenten Marchetti und Marks in ihrem CIA-Buch. 1967 wurde die ursprünglich 55 Mann starke Guerilla-Einheit umzingelt und aufgerieben. Bolivianische Rangers nahmen Guevara mit zwei Genossen fest und brachten ihn nach Las Higueras. Guevara lag leicht verletzt und gefesselt auf einer Bank im winzigen Zwei-Zimmer-Schulhaus auf getrockneten Lehmsteinen. Mit seiner eigenen Pentax liess der Agent ein Bild machen: «Die CIA sollte die einzige Aufnahme von Ché an jenem Tag haben, das einzige Bild des lebendigen Ché am Tag seiner Hinrichtung.» Rodriguez stellte sich dabei neben den Todgeweihten.

Mindestens 60 Mal haben die Vereinigten Staaten zwischen 1980 und 1986 versucht, durch «covert actions» entweder unerwünschte Regierungen in allen Teilen der Welt (z.B. in der kleinen Inselrepublik Mauritius) zu unterminieren, in ihrer Existenz zu bedrohen und zu stürzen oder den Vereinigten Staaten sympathische Regierungen zu stabilisieren. Je nach Belieben veranstalteten sie «freie Wahlen», indem sie Wahlschieber bezahlten, oder sie verhinderten Wahlen.

1987 belief sich der Etat für die «Central Intelligence Agency», die CIA, für den Kampf um die Durchsetzung amerikanischer Ideen und Interessen auf 25 Milliarden Dollar, der Personalbestand offiziell auf 16.000 Mann. 600 Millionen Dollar gibt die CIA jährlich für «verdeckte Aktionen» aus. Etwa 100 Milliarden Dollar wurden in sechs Amtsjahren Präsident Reagans in die Verbesserung von «signal intelligence» investiert, in spionierende Elektronik, die in Europa, im Nahen Osten und in China installiert war. Die Etats der geheimen «National Security Agency» (NSA) und des «National Reconnaissance Office» (NRO) wurden in sechs Jahren um 500 Prozent aufgestockt, z.B. für die Verwanzung von Opel-Fahrzeugen verwendet, mit denen Angehörige der sowjetischen Militärmission durch die Bundesrepublik fuhren: Man hatte ihre Autos, ehe sie noch das Werk in Rüsselsheim verlassen, manipuliert.

Ab und an kann man sogar dem *Spiegel* glauben, z.B. wenn er 1989 (Nr. 8, Seite 30 ff) dem «aggressivsten US-Nachrichtendienst» eine Titelstory widmet, eben der NSA. Dieses Nationale Sicherheitsbüro verfügt über einen Sicherheitsetat von 15 Milliarden Dollar, mit dem es rund 100.000 Mitarbeiter und ca. 4.000 NSA-Nebenstellen unterhält. Allein in der BRD und in Westberlin wurden «rund 350 Geheimdienstzentralen, Stäbe und Kommandos der NSA ausgemacht. Nur 5 Prozent der amerikanischen Nachrichtendienstkenntnisse liefert die CIA.» Der ehemalige Geheimdienstler James Bamford beschreibt in seinem Buch «The Puzzle Palace» das Hauptquartier der NSA in Fort Meadow, Maryland: «Hinter drei Meter hohen Stahlgitter-, Stacheldraht- und Elektrozäunen – die grösste alleinstehende Spionagefabrik der Welt.» (Die Normannenstrasse ist dagegen eine bessere Blockhütte.) Diese «Black City» wurde unter Ronald Reagan auf 1600 Hektar Fläche und 35.000 NSA-Mitarbeiter erweitert, archiviert ca. 24.000 Tonnen streng geheimgehaltenen Materials und zerschnipgelt täglich 40 Tonnen Papier im Reisswolf. Laut *Spiegel* verfügt die «NSA über ein ganzes Netz elektronischer Horchposten. Knotenpunkte dieses Netzes sind gigantische Antennenanlagen, so in der Lech-Ebene bei Gaiblingen, wo ein kreisförmiges Antennengitter von etwa 300 Meter Durchmesser wie ein Riesenhorn im Gelände steht, oder auf dem Teufelsberg in Westberlin

oder im Harz auf der Linie Schöningen, Braunlage, Meissner und Grünelbach. Mit diesen Antennenkomplexen ist die NSA in der Lage, beliebige Richtfunkstrecken der Post abzuhören, über die in der BRD schon jedes dritte Telefongespräch geführt wird. Da jedem Richtfunktelefonat die Teilnehmernummer als Huckepacksignal beigegeben ist, brauchen die Lauschcomputer der NSA nur entsprechend programmiert zu werden und können so aus Tausenden von Leitungen jedes beliebige Gespräch herausfischen. Demnächst, so der *Spiegel*, werden die abgehörten Gespräche von Sprachrobotern übersetzt und ausgedruckt. Um in der Computertechnologie entsprechend immer eine Nasenlänge voraus zu sein, werden ganze Hundertschaften der besten Mathematiker, Informatiker und Wissenschaftler beschäftigt und Millionen Dollar in die Computerforschung investiert. «So versetzt sich die NSA in die Lage, dem neuesten Stand der Computertechnik jeweils um fünf Jahre voraus zu sein. Dass die Lauschangriffe die DDR bislang verschont haben, dürfte ausgeschlossen sein. Zu auffällig konzentrieren sich deren Abhörenanlagen entlang der einstigen deutsch-deutschen Grenze. Der USA-Geheimdienst hört überall und jeden ab, was Gorbatschow im Politbüro zu sagen hat, welche Aktien Schweizer Bankiers in New York verkaufen wollen, wie die Berliner AL über die SPD denkt und umgekehrt. Die NSA-Lauscher wissen, was die befreundeten und die feindlichen Dienste einander zu sagen haben, welche Serie die *Washington Post* plant, wie oft der Chef mit Mitarbeiterinnen nach Dienstschluss zugange ist.»

Nicht ganz so aufwendig, aber genau so skrupellos treiben es das britische MID und das französische Deuxième Bureau. Vom Bundesnachrichtendienst, dem Amt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abwehrdienst schweigt des Sängers Höflichkeit; für alle drei steht die CIA.

MYSTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Jeder Staat hat ein Sicherheitsbedürfnis. Die Deutsche Demokratische Republik hatte geradezu eine Pflicht zur Sicherheit; denn ihr wurde ja 40 Jahre lang offen gedroht, sie auf jede mögliche

Weise auszurotten. Es ist also kein Grund zu erkennen, schlecht von Männern und Frauen zu denken, die sich – im Rahmen von Verfassung und Gesetz ihres Staates – mit bestem Gewissen dem Dienst für die Sicherheit ihres Staates hingegeben haben. Es ist unerfindlich, warum «die Existenz einer Stasi-Akte» von Vornherein eine Belastung oder gar einen Strafbestand darstellen soll. Wieviel Kilometer Stasi-Akten beherbergen verbrecherische Taten von Spionen, Schwerverkriminellen, Faschisten, Kriegsverbrechern, Verbrechern gegen die Menschlichkeit und von ähnlichen, die in jedem Staat der Welt in Straftat und Straftaten gehören?

Heute kann man manchmal das Gefühl bekommen, Geschichte wäre von Geheimdiensten gemacht. Und ich frage mich, ob nicht auch der Bundesverfassungsschutz zu den Drahtziehern der Politik gehört, statt den Geltungsbereich des Grundgesetzes zu schützen.

Da gab es einmal im Vorzimmer des längst verstorbenen Sekretärs für Wirtschaft im Politbüro der SED, Bruno Leuschner, einen «Genossen», beschäftigt als Persönlicher Referent. Eines Tages – in den frühen 50er Jahren – wurde er als Agent des Bundesnachrichtendienstes enttarnt, überführt, verurteilt und nach einigen Haftjahren in die BRD entlassen. Gesund und munter; denn umgehend wurde er Mitarbeiter, Redakteur und zeitweilig Moderator der Sendung *ZDF-Magazin* des Herrn Löwenthal. Schenk hiess der Mann, der zeitweilig jede Woche einmal über die DDR im Allgemeinen, über unsere Staatssicherheit im Besonderen herzog. Der enttarnte und vorbestrafte Agent Schenk ...

Vor einigen Jahren wurde im Vorzimmer des Bundeskanzlers Willy Brandt dessen Persönlicher Referent, Günter Guillaume, als Kundschafter des Ministeriums für Staatssicherheit enttarnt, überführt, verurteilt und nach langen Haftjahren krank in die DDR entlassen. Eigentlich sollte gar nicht er, sondern seine Ehefrau Christel versuchen, in eine aufschlussreiche Stellung zu gelangen; und sie wäre auch beinahe als Sekretärin ins Vorzimmer des damaligen Bundesverteidigungsministers Leber gelangt. Aber wie das Leben so spielt: Es ergab sich zufällig, dass ihr Mann an die Seite Willy Brandts geriet. Und ein Ehepaar in zwei derart exponierten Funktionen – das wäre wohl nicht zweckmässig gewesen

und hätte schon im Anfangsstadium zur Enttarnung geführt. (Eingefügt sei, dass die Legende, Brandt sei «über den Agenten Guillaume gestürzt», zwar von schier ewiger Dauer scheint und auch heute gern wiederholt wird, aber dadurch an Wahrheitsgehalt nicht zunimmt. Vielmehr war Willy Brandt damals in eine Reihe privater Skandale verwickelt, die im bevorstehenden Wahlkampf von den ehrbaren C-Parteien mit Sicherheit ohne menschliche Skrupel hochgespielt worden wären. Das wusste der kluge Herbert Wehner und wollte seinen Intimfeind Brandt von der politischen Bühne zurückziehen. Just in diese Überlegungen hinein wurde Brandts Referent in der Öffentlichkeit als DDR-Kundschafter enttarnt, und Herbert Wehner hatte einen Vorwand, Brandt loszuwerden ...)

Was aber unterschied Schenk und Guillaume? Schenk hatte den Auftrag, beim wichtigsten Wirtschaftsfunktionär der DDR herauszufinden, wo in der Wirtschaft Ungereimtheiten bestanden und Engpässe drohten. Auf Grund seiner Erkenntnisse konnte dann seitens der BRD eine solche Embargo-Politik verfolgt werden, die die Versorgung der DDR-Bevölkerung verschlechtern, die Stimmung stören und den Staat destabilisieren würde. Guillaume sollte an der Seite des Bundeskanzlers herausfinden, wie in Bonn die Machtverhältnisse verteilt waren und welche Kräfte aktiv gegen die DDR vorgehen wollten, mit welchen Persönlichkeiten und Gruppierungen ein gemeinsames Handeln für die Normalisierung der Beziehungen beider Staaten zum gegenseitigen Nutzen denkbar wäre. Zwei grundverschiedene Aufträge, die die Unterscheidung beider «Berufsbezeichnungen» gerechtfertigt erscheinen lässt: hüben Kundschafter, drüben Agenten.

Wenn Spionage und Spionageabwehr seit Menschengedenken die ältesten Formen zwischenstaatlicher Beziehungen darstellen, muss man natürlich differenzieren: Welchen Zwecken dient die Aufklärung, friedlichen oder unfriedlichen? Regierungen zu stürzen – ob in Bonn, Afrika oder Mittelamerika –, Staatsmänner zu ermorden, deren Politik nicht genehm ist; anderen Völkern vorzuschreiben, wie sie zu leben haben oder wie nicht: Das war niemals Sinn, Zweck und Absicht der Regierung der Deutschen Demokra-

tischen Republik, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Ministeriums für Staatssicherheit.

Aber bei dessen Sorge um die Unantastbarkeit des sozialistischen Regimes sah es sich – zunehmend im Kalten Krieg – einer immer aggressiveren, offensiveren Feindseligkeit und einer ideologischen und ökonomischen Feindtätigkeit gegenüber, die einige Männer in der Führung – ich möchte nur Krenz und Honecker nennen – zu einem immer grösseren Missverständnis, letztlich Missbrauch der im Grunde berechtigten, gerechten Macht des Ministeriums für Staatssicherheit verleiteten. Auch das Feindbild wurde in verwerflicher Weise erweitert, die Abwehr mit den Mitteln des Staatsschutzes auf solche Mitbürger ausgedehnt, die keineswegs den Staat beseitigen, sondern die Regierungspraxis und die Arbeit der führenden Partei verbessern wollten. Ich meine die flächendeckende Sicherheit gegen Andersdenkende im eigenen Land.

Dass gleichzeitig zu einer Aussenpolitik übergegangen wurde, die mehr und mehr in «Konzessionen gegen Valuta» mündete, von der schrittweisen Preisgabe von Prinzipien gegen «Wirtschaftshilfe», im Missverständnis der Helsinki-Schlussakte und der friedlichen Koexistenz als Ausdruck des Nachlassens kapitalistischer Feindseligkeiten und Abschwächung des Klassenkampfes nach aussen – das steht auf einem anderen Blatt. Das gehört in die Rubrik Schewardnadse mit seinem indiskutablen Ausspruch: ‚Aussenpolitik ist kein Klassenkampf‘.

Im Bedürfnis, sich heute als «Widerstandskämpfer gegen 40 Jahre Unterdrückung» zu profilieren, will natürlich jeder zweite «mit der Stasi zu tun gehabt», also «Widerstand» geleistet haben: Der makabre Witz von den 32 Millionen DDR-Bürgern, 16 Millionen Opfern, 16 Millionen Tätern ...

Auch wenn man bei der Zahl der «Stasi-Opfer» getrost zwei Nullen streichen kann: Auch der kleinste Missbrauch sozialistischer Macht ist unwissenschaftlich, unmoralisch, schädlich und zu verurteilen. Aber wieder muss man fragen: Wo bleibt der Schrei nach Enttarnung der Spitzel des BND, des Amtes für Verfassungsschutz und des MAD – in der früheren DDR und ihrer Volkskammer, im Bundestag, in den Telefonen der alten und

neuen Bundesländer? Warum soll Justizminister Kinkel straffrei ausgehen, wo er doch ebenfalls Chef des BND war? Oder Herr Boeden, der das Amt für Verfassungsschutz leitete? Gab es in der BRD nicht Abhörskandale aller Bonner Dienste, auf die vornehmlich diejenigen «peinlichst berührt reagierten», die sich heute so masslos über das MfS erregen und es zu einer Büchse der Pandora machen wollen, die sie planmässig und gezielt immer wieder öffnen, wenn es in ihren Terminplan passt?

Verschobene U-Boote für Chile und für Israel Konstruktionszeichnungen? Das war ein Gemeinschaftswerk von Barschel und Stasi... Deshalb ist Barschel ja auch umgebracht worden – natürlich im Auftrag der Stasi, nicht etwa im Auftrag der Kieler Rüstungsmafia. Und um den in den Rüstungsskandal verwickelten Stoltenberg zu retten, schiebt man der Stasi die «Fälschung» in die Schuhe; denn Stoltenberg ist ein ehrenwerter Mann.

Natürlich hatte jeder, der in der DDR eine Leitungsfunktion hatte, ob grosse oder kleine, mit der Sicherheit zu tun. Ob es um Sicherheit im Betrieb, in Stadt und Land ging, um Empfehlungen oder Begutachtungen, um Reisekader oder Abwehr von Agenten und Neonazis. Das war kein «Spitzelunwesen» und kein «Unterdrückungsstaat», schon gar kein «Unrechtsstaat». Sondern Staatsbürger machten von ihrem Recht Gebrauch, erfüllten ihre Pflicht, um die eigene Sicherheit besorgt zu sein. Angesichts der unübersehbaren Bedrohungen war das eine staatsbürgerliche Pflicht. Hatte nicht Pfarrer Bonhoeffer den Gedanken festgehalten: «Fehlen von Macht kann Schuld sein. Auch Macht ist eine ethische Qualifikation.»

Der einstige christlich-demokratische Innenminister der Regierung de Maizière, Peter-Michael Diestel, sagte in einem S^zeGmterview – trotz provokatorischer Ausfälle des Redakteurs: «Es gibt viele Mitarbeiter des ehemaligen MfS in meinem Haus, die früher reine Polizeiaufgaben erfüllt haben, z.B. Personenschutz. Ich bin auf die Loyalität und die Fachkompetenz dieser Leute und mancher ihrer Kollegen angewiesen. Ich kann mich nicht von Friseuren, Bäckern oder Theologen, sicher gutwilligen Menschen, beschützen oder beraten lassen, die diesen Beruf nicht gelernt haben ... Ich bin nach meiner rechtsstaatlichen und christ-

lichen Überzeugung der Auffassung, dass ein Gericht oder Untersuchungsausschuss feststellen muss, wer sich nach dem Strafrecht schuldig gemacht hat. Von dem werde ich mich trennen. Ich werde aber nicht zulassen, dass Hexenjagd gemacht wird gegen Menschen, die Berührungspunkte mit dem MfS hatten, die aber strafrechtlich und auch moralisch nicht relevant waren ...» Leider blieb Diestel ein Rufer in der Wüste. Die Hexenjagd ist entbrannt, füllt nicht nur das «Sommerloch» der Medien, sondern fordert Denunzianten, Karrieristen, Überläufer, Verräter geradezu heraus. Und deren moralische Qualitäten entsprechen denn auch den Qualitäten der Beschuldigungen.

Ob Verstoß gegen den «Einigungsvertrag», ob Verstoß gegen das Datenschutzgesetz: Zwei Zeitungen, darunter natürlich Springers *BILD*, veröffentlichten Namenslisten von «hauptamtlichen ehemaligen Stasi-Mitarbeitern» mitsamt ihrem angeblichen Gehalt und ihren Anschriften; willkürlich zusammengestellt, zum Teil phantasievoll, leicht als billiges Machwerk zu erkennen. Das Ziel: Denunziation. Erste Ergebnisse:

Familien werden öffentlich beschimpft, in Schwerin z.B. aufgrund einer Namensverwechslung. Schüler werden in der Klasse gehänselt, bedroht und verprügelt, bis ihre Eltern sie von der Schule nehmen müssen. Vor allem aber bieten Akten oder die Drohung mit angeblich vorliegenden Akten herrliche Gelegenheit zur Erpressung und zum Schüren allgemeiner Verunsicherung und Angst.

Unter den ersten, die am 15. Januar 1990 das MfS in der Normannenstrasse stürmten, waren nicht «wütende Stasi-Opfer» und auch keine «wildgewordenen Halbwüchsigen», die Akten aus den Fenstern werfen oder verbrennen und Mobiliar zertrümmern wollten. Die Spitzengruppe bestand aus Herren zwischen 30 und 40 Jahren; sie waren genau informiert, missachteten Büros und Schreibtische und eilten zielsicher auf gewisse Ablagen zu, wo sie – ebenso zielsicher – Aktenbündel auswählten, mit denen sie unerkant, unauffällig und mit unbekanntem Ziel verschwanden. Zwecks späteren Gebrauchs.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Die Deutsche Demokratische Republik war Völkerrechtssubjekt, souverän, mit eigener Verfassung und Gesetzlichkeit, von 161 Staaten anerkannt

(deren diplomatische Vertreter nicht in Potsdam oder Westberlin residierten, sondern in der DDR-Hauptstadt Berlin), Mitglied der UNO und deren Organisationen. Sie wurde wegen ihrer konstruktiven Mitarbeit von den UNO-Generalsekretären Dr. Waldheim und Perez de Cuellar mehrfach anerkennend hervorgehoben. Kein einziges Mal wurde sie seit ihrer Aufnahme in die UNO in irgendeinem Gremium der Vereinten Nationen auch nur mit einem Wort der Menschenrechtsverletzung geziehen; sie war Partner beim Abschluss vieler völkerrechtlicher Verträge, Vertragspartner auch der BRD.

Ein Staat, also. Nicht zu vergleichen mit UNO-»Unrechtsstaaten« wie Chile, Südafrika, Türkei, Israel, El Salvador und ähnlichen Staaten, gegen die viele Resolutionen wegen Unmenschlichkeit, Eroberungskrieg, Okkupation und Rassismus beschlossen worden sind.

Pauschalisierung und Kriminalisierung einzelner Vorgänge sind juristisch unhaltbar, völkerrechtswidrig und unzulässig. So pflügen Sieger in einem eroberten Land zu verfahren. Bonns Grundhaltung zu Verfassung, Recht und Gesetz in der früheren Deutschen Demokratischen Republik, in «Deutsch-Nordost», findet ihre Entsprechung im früheren «Deutsch-Südwest» und nicht zuletzt im «Protectorat» und «Generalgouvernement» Hitlerdeutschlands. Wie war das doch mit dem «Zusammenwachsen» und dem «Aufeinanderzuehen»?

Nein, ich habe in diesem Kapitel über «Dienste West» und «Dienste Ost» Reinhard Gehlen nicht vergessen, sondern ihn mir für den Schluss aufgespart. Er war ja in der Bundesrepublik (alt) ein ehrenwerter Mann, der nach seiner Pensionierung ein Buch von 204 Seiten schreiben durfte: «Der Dienst». Ihm kann man entnehmen, was ein «guter Dienst» ist und was «eine verbrecherische Organisation», zu der ja einige Leute das Ministerium für Staatssicherheit machen wollen.

Gehlen leitete in Hitlers Generalstab die Spionageorganisation «Fremde Heere Ost». Regelmässig hielt er im «Führer-Hauptquartier» Vorträge. Seine Verdienste für den Hitlerkrieg nützten nichts: Zum Schluss wehte nicht seine Fahne, sondern die Fahne der «fremden Heere Ost» überm Reichstag.

Aber Gehlen war ein ehrenwerter Mann. Er ging mit Material

und Mitarbeitern zu den Amerikanern über, die den faschistischen Spionagechef mit offenen Armen und seine Kenntnisse und Erfahrungen in ihre Auslands-Aufklärung aufnahmen. In der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik entstand dann im bayerischen Pullach die «Organisation Gehlen» – natürlich mit den alten antisowjetischen Hitlerspionen aus «Fremde Heere Ost».

Aus der «Organisation Gehlen» wurde der Bundesnachrichtendienst BND. Sein erster Leiter, der Chef aller Ostspione Hitlers, Mitarbeiter der Spionagezentrale in Fort Langley und wieder ehrenwerter Informant Konrad Adenauers, Theodor Blanks, Franz Josef Strauss', Georg Lebers und Herrn Wörners: Reinhard Gehlen.

Seine literarische Hinterlassenschaft enthält schon auf Seite 49 die Aufgaben des «Dienstes»: «1. Nachrichtengewinnung, 2. Sabotage, 3. Spionageabwehr und Gegenspionage». «Russlands Wehrkraft, Rüstungsumfang und Wehrmacht»: Das war sein Standardthema bei Vorträgen, die er zwischen 1939 und 1971 zu halten pflegte, erst als Dienst, dann zur Aufbesserung seiner fünfstelligen Pension. Mehrfach im Schmuck von Ritterkreuz und Bundesverdienstkreuz.

Nicht, dass ich die beiden gleichsetzen wollte, sie nicht und ihre Dienste nicht; aber Markus Wolf verübelt man den Karl-Marx-Orden, und dem MfS schon seine Existenz ...

DAS SCHALCK-SYNDROM

Neues Deutschland nannte Noriega den «Karibik-Schalck». Also muss doch etwas an dem Mann dran sein, mehr als seine zweihundert Pfund. Noriega war CIA-Agent, panamaischer Diktator von der USA Gnaden, Rauschgift-Grosshändler. In Panama liess er verfolgen, verhaften, foltern, morden. Als die USA ihm den Rauschgifthandel übelnahmen, spielte er Mimikry: Aus dem Gross-Dealer und CIA-Agenten wurde ein «Volksführer» gegen die USA, ein «Verteidiger panamaischer Souveränität». Mord und Rauschgifthandel gingen weiter. Washington wollte ihn haben und bombardierte Panama. Dann hatte es ihn. 5.000 Panamesen mussten dafür sterben, Zehntausende standen vor den Trüm-

mern ihrer armseligen Bleibe. Die USA hatten ihre Vorherrschaft in Südamerika demonstriert. Und sie hatten Noriega.

Den «Karibik-Schalck»? Schreibt *Neues Deutschland*, die «sozialistische Tageszeitung», die – nach eigener Bekundung – «40 Jahre lang gelogen» hat und nun die Wahrheit und nur noch die Wahrheit schreiben will. Schalck, KoKo und Stasi verfolgt sie ohne Unterbrechung und trägt dazu bei, die Menschen bei Laune zu halten, bei «Steinigt ihn» – eine Treibjagd mit alttestamentarischem Hass. Hass und Wahrheit aber sind keine Geschwister, sondern meist Antipoden.

Ein Leser aus 4440 Wolfen durchbricht diesen Dauerbrenner, und das ND, pluralistisch wie es ist, druckt die Zuschrift ab: «Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss in Bonn soll die Gelegenheit Schalck-Golodkowski klären. Die PDS darf gnädigerweise daran teilnehmen. Gibt es für Gregor Gysi nichts Wichtigeres zu tun? Ich denke schon. Devisen waren knapp in der DDR wie in allen sozialistischen Staaten. Schalck beschaffte sie mit voller Unterstützung westdeutscher Manager und Politiker, zum Beispiel Franz Josef Strauss. Abgesehen von der Verwendung, für die Schalck nicht hauptverantwortlich war, war die Beschaffung doch wohl nicht verbrecherisch. Es hätte mehr Schalcks geben müssen, die versuchten beide Wirtschaften einander anzunähern.»

Alexander Schalck-Golodkowski war kein CIA-Agent, kein folternder und mordender Diktator und kein Rauschgiftschmuggler. Hängen wir des ND leichtfertig-unbedachte Gleichsetzung «Karibik-Schalck» niedriger.

Ich weiss nicht, wieviele Bürger an Schalck denken, wenn sie sich der Bananen und Apfelsinen zu Weihnachten und anderen Fest- und Feiertagen erinnern? Wieviele Kombinatdirektoren, Forschungsprofessoren, Wissenschaftler erhielten hochtechnische Geräte, die wir nicht herzustellen vermochten, aber dringend benötigten? Wieviele, die heute – naiv oder desinformiert oder bösartig – über KoKo (Kommerzielle Koordinierung) das Blaue vom Himmel herabphantasieren, verfallen in tiefes Schweigen – unwissentlich oder bewusst – wenn das Wort «Cocom» fällt.

Neues Deutschland nennt «Cocom – ein Relikt». Es ist mehr. Noch heute ist es wirksam gegen die Sowjetunion, Ungarn, Kuba, Ägypten, Iran und Irak und andere, in den Augen Washingtons

«unsichere Kantonisten». Cocom heisst «Koordinierungskomitee für die multilaterale Kontrolle von Exporten» und stellt eine völkerrechtswidrige Lieferverbotsliste von fast 100 Seiten dar. Auf amerikanischen Druck durften und dürfen westliche Länder in als «kommunistische Länder» eingestufte Staaten keine «Ausrüstungsgegenstände von strategischem Wert» liefern. Darunter fielen Präzisionswerkzeuge, Mikrocomputer, Ausrüstung für das Fernmeldewesen (z.B. keine Telefonrekonstruktion für Budapest). Aber die Verbotsliste ging über Hochtechnologie weit hinaus – praktisch bis zur schlichten Bürotechnik.

Parallel zu dieser völkerrechtswidrigen Embargopolitik verhönte der Medien-Imperialismus sozialistische Staaten wegen deren «Technologierückstand». Neunmalkluger wissen auch, dass die DDR mit der Entwicklung eigener Computertechnik eine «falsche Politik» betrieben habe ... Sollten wir uns beim Technologietransfer mit der zweitbesten Lösung begnügen? Mit der Konsequenz, dass der ungleiche Technologiestand zementiert wurde?

Die Cocom-Liste stellte einen Völkerrechtsbruch dar und einen 40 Jahre langen Dauer-Akt der Unmenschlichkeit. Es war das moralische Recht, die politisch-ökonomische Pflicht der sozialistischen Staaten, diesem verbrecherischen Anschlag zu begegnen. Da die Deutsche Demokratische Republik über die beste Aufklärung verfügte, erhielt sie von der sozialistischen Staatengemeinschaft den Auftrag, den Widerstand zu organisieren und das Cocom-Embargo zu unterlaufen.

Die Leitung wurde Alexander Schalck-Golodkowski übertragen; und die Wut darüber, dass er mit seinen Firmen und den Methoden, die im kapitalistischen Westen gang und gäbe sind, offensichtlich Erfolg hatte, tobt sich heute mit der kriminellen Energie aus, mit der man Schalck zum Buhmann der Nation macht. Er hat den Niedergang der Mittag-Wirtschaft nicht verhindern können, aber ihm lag die Deutsche Demokratische Republik am Herzen. Und wem die DDR am Herzen lag, der sieht schlecht aus, wenn er sich heute an Verleumdungskampagnen und Hetzjagden gegen Schalck-Golodkowski beteiligt und jeden Unsinn glaubt, den Medien und männliche wie weibliche Klatschbasen verbreiten. Schalck hat sich nicht persönlich bereichert, nichts unterschlagen

oder gestohlen. Er hat die Fonds, über die er verfügte, umgehend nach Berlin überwiesen und lebt in keiner «Prunkvilla am Tegernsee», sondern in einem Bungalow auf Kredit. Seine Frau arbeitet in München und hat aus dem Schalckschen Wohnsitz in Berlin nicht ihren Schmuck mitgenommen, sondern Anzüge ihres Mannes; denn der umfangreiche und übergrosse Schalck kann schlecht «von der Stange» kaufen, und Massschneider sind für ihn zu teuer. Schalcks bestreiten ihren Lebensunterhalt von einem Kredit.

Dass seine früheren Partner Bonner und Münchener Politiker und westdeutsche Konzernchefs und Verkaufsdirektoren waren, die durch die Cocom-Liste genauso behindert wurden wie ihre Kunden in sozialistischen Staaten, hatte nichts mit «Spionage» zu tun, sondern mit Geschäften zum gegenseitigen Vorteil. Auf Schalcks Seite zum Vorteil der DDR. Dass man bei solchen Geschäften miteinander redet und Schalck darüber Aktennotizen machte und diese weitergab, wenn sie von Gewicht waren, dürfte einen normalen Menschen kaum überraschen. Dass Kohl, Schäuble, Strauss, Streibl, Tandler und andere freundlich und aufgeschlossen waren, hatte seine Ursache nicht in leichtfertiger Mitteilungsbedürfnis und nicht in «Schalcks Neugier eines Kundenschafters», sondern im aufgeschlossenen Geschäftsklima: Man erkannte Schalck als fähigen Manager an. Strauss als «Top-Spion des MfS» zu denunzieren, wie es der SPD-Abgeordnete Andreas von Bülow tut, der Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist, von dem Schalck seine Rehabilitierung erwartet, müsste Lachstürme auslösen und ist – da teile ich die Meinung des jüngeren Strauss-Sohnes Franz-Georg – «völliger Schwachsinn». «Das wär'», spottet Strauss-Sohn Max, «schon eine tolle Medien-Story, wenn der alte Antikommunist ein Agent der Stasi gewesen wäre.»

Dass schliesslich Schalck technische Einrichtungen und Geräte auch für die Sicherheit seines Staates abgezweigt hat: Erstens war das nicht seine Sache und zweitens erinnere ich an die komplizierte Hightech der CIA und des BND. Nur, was dem einen recht ist, kam den anderen teuer.

Bleiben die – im Verhältnis zum Gesamtumfang der segensreichen KoKo-Tätigkeit – Zutaten für den ominösen Einkaufsladen in Wandlitz: So sehr diese Sonder-Versorgung zu verurteilen und

zu verdammen ist – wenn nicht Schalck, dann hätte es eben ein anderer gemacht.

Bleiben wir also auf dem Teppich. Oder versuchen wir, wieder auf einen solchen zu gelangen. Werden wir sachlich, lassen wir Herrn v. Stahl und die unsägliche Dame Limbach sich abstrampeln, Schalcks Tun zu kriminalisieren. Im Westen hält man sich nicht nur zurück, weil Schalck zu viele kennt und zu viel weiss. Man weiss selbst, dass die Justiz von der Politik auf einen Holzweg geschickt worden ist. Sollte sie den Sündenbock dennoch auf eine Anklagebank bugsieren, wäre es das Ergebnis von Falschaussagen, Fehleinschätzungen, Meineiden und Rechtsbeugungen. Allerdings: Im kapitalistischen «Rechtsstaat» ist alles möglich, auch das Gegenteil...

UND NOCH EINMAL DIE MAUER ODER: DER TAG X

Eine Meldung aus diesen Tagen: «BGS feuerte auf flüchtenden Pkw: Beim Durchbruch einer Strassenkontrollstelle nahe Forst hat ein Angehöriger des Bundesgrenzschutzes auf einen Pkw Wartburg geschossen. Das Fahrzeug hatte Stoppsignale nicht beachtet. Der Beamte musste zur Seite springen, um nicht überfahren zu werden. Nachdem der Fahrer zwei Warnschüsse ignoriert hatte, feuerte der Grenzschützer auf den rechten Hinterreifen. Dabei wurden vier Insassen leicht und der 18jährige Fahrer schwer verletzt.»

Wenn's zwei Jahre früher und an der Westgrenze passiert wäre, würde es geheissen haben: «Mauermörder»! Die ND-Überschrift ist nicht genau: Nicht «auf flüchtenden Pkw» feuerte der Bundesgrenzschutz, sondern auf die Insassen, auf Menschen also. Handelte der Grenzschützer nach einer «Vorschrift zum Waffengebrauch» oder nach einem «Schiessbefehl»? Die Frage ist für den BGS-Schützen wichtiger als sie scheint. Denn gar zu schnell könnte er sich in der Turmstrasse vorm Landgericht wiederfinden. Dort masst man sich ja gerade an, über vier Grenzsoldaten der DDR zu richten, die ebenfalls – nach Anruf und vorgeschriebenen Warnschüssen – auf einen Grenzverletzer geschossen haben, entsprechend der Verfügung: «Bei Nichtbefolgung der Anordnung der Grenzstreifen wird von der Schusswaffe Gebrauch gemacht.»

(Wortlaut West). Wortlaut Ost und Wortlaut West waren fast identisch, nur: Wenn unsere Grenzsoldaten von der Waffe Gebrauch machten, wurden unsere Regierung eines «SchieSSbefehls» beschuldigt und die Soldaten des «Todesschusses», des «Mauermordes». Ich glaube nicht, dass der BGS-Schütze von Forst eine Anklage zu befürchten hat.

Grenzgebiet ist militärisches Sperrgebiet. Wer die offiziellen Grenzübergänge benutzt, kann dies mit Gelassenheit tun. Aber Sicherheit und Ordnung an der sensiblen Grenze DDR-BRD waren bestimmend für den Frieden. Aus der deutschpolnischen Grenze hatten wir eine Friedensgrenze gemacht. Die Westgrenze war's nicht. Vom ersten bis zum letzten Tage nicht.

Oder was soll man – ausser den bekannt-berüchtigten aggressiven Aussprüchen Adenauers – davon halten, wie darauf reagieren, wenn schon 1952 in Bonn «eine Art Schattenregierung» existierte, «die nur auf den Tag X wartete ...». «Tag X», das war der Tag der gewaltsamen Vereinnahmung der DDR, wie man damals sagte. Mir sind jetzt Aufzeichnungen aus jenen Tagen in die Hände gefallen, die eigentlich nur eine Frage zulassen: Warum wurde nicht schon damals die Mauer errichtet? War doch – ich zitiere geheime Unterlagen aus jener Zeit – «bei der Berliner Filiale des Bonner Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen (im internen Dienstgebrauch auch «Abteilung X' genannt) durch die Kollektivhilfe aller Beteiligten eine lange Liste von Namen zusammengekommen, die laufend erweitert, verändert, ergänzt wird. In Bonn existiert – nach Auskunft des Kaiser-Ministeriums – von der Liste nur ein Exemplar, das abwechselnd von Bundesminister Jakob Kaiser und seinem Staatssekretär Thedieck benutzt wird. Aus den Spitzenkandidaten dieser Personalliste und den führenden Mitgliedern des Forschungsbeirates rekrutiert sich nach Ansicht von Jakob Kaisers Bonner Ministerialbürokraten eine Art Schattenregierung, die nur auf den Tag X wartet.»

Die Spannweite dieses vorbereiteten Regierungs-Kuratoriums für die DDR reichte von DGB-Rosenberg am linken Sozialisierungsfügel bis zur rechten grünen Flanke des Herrn von Zitzewitz, der in Muttrin bei Stolp vor seiner Flucht 2.654 ha Grundbesitz sein eigen genannt hatte.

Und diese Attentats-Absichten, diese feindlichen, aggressiven Verschwörungen sollte eine verantwortungsvolle DDR-Führung nicht bis ins Detail erkundschaften lassen? Dagegen sollte sie keine Abwehrmassnahmen vorbereiten und ergreifen?

Zunächst gingen alle diese Spekulationen nicht auf; denn nach der Unterzeichnung des General Vertrages durch Adenauer waren sogar die optimistischen Sachbearbeiter der Bonner Ministerien, die den spätesten X-Tag auf den 1.10.1952 terminierten, der Ansicht, dass es noch sehr lange dauern würde, bis die «Schattenregierungsliste» in die engere Wahl gezogen werden würde. Konrad Adenauer wollte den «Tag X» erst militärisch und im Westbündnis absichern. Daher Bundeswehr, Allgemeine Wehrpflicht, NATO-Beitritt.

Die politisch-ökonomische Vorbereitung lief parallel. Es drängten, aus begreiflichen Gründen, solche Kräfte, die aus früheren deutschen Ostgebieten geflohen, im nunmehrigen Ostdeutschland enteignet und damit der materiellen Grundlagen ihres früheren Machtmissbrauchs verlustig gegangen waren, wie es das Potsdamer Abkommen vorsah.

Auf allen Gebieten aber gab es nur ein Ziel: Die DDR muss weg. Der Kalte Krieg wurde in aller Schärfe entfacht. Im Zentrum des Feuers stand die Deutsche Demokratische Republik. Für diese aber ging es um mehr: All ihr Tun und Lassen musste sich messen vor dem Hintergrund des drohenden Dritten Weltkrieges. Allein aus dieser verantwortungsbewussten Betrachtungsweise sind Vorkommnisse, Verhältnisse und Massnahmen an unserer Grenze zum NATO-Bündnis zu werten. Wer das unterlässt, erliegt Fehleinschätzungen und Fehltritten.

MAUER UND WAHRHEIT

Am 14. April 1986 inspizierte Michail Gorbatschow die Staatsgrenze der DDR zu Berlin (West). Den Grenzsoldaten der DDR schrieb der Generalsekretär ins Gästebuch: «Am Brandenburger Tor kann man sich anschaulich davon überzeugen, wieviel Kraft und wahren Heldenmut der Schutz des ersten sozialistischen

Staates auf deutschem Boden vor den Anschlägen des Klassenfeindes erfordert. Die Rechnung der Feinde des Sozialismus wird nicht auf gehen. Das Unterpfand dessen sind das unerschütterliche Bündnis zwischen der DDR und der UdSSR sowie das enge Zusammenwirken der Bruderländer im Rahmen des Warschauer Vertrages. Ewiges Andenken an die Grenzsoldaten, die ihr Leben für die sozialistische DDR gegeben haben.»

So hiess es vor Tische. So schrieb Michail Gorbatschow noch vor fünf Jahren. Heute wird einem Offizier der Grenztruppen, der im Materiallager des Öffentlichen Dienstes Arbeit gefunden hat, unter Berufung auf den sogenannten «Einigungsvertrag» mit der Begründung gekündigt, es sei «für Ihre Kollegen unzumutbar, mit Ihnen zusammenzuarbeiten». Und vier junge Grenzsoldaten sehen sich vor Gericht gezerrt, weil sie – getreu ihrem Fahneneid – den Befehl befolgt haben, ihren Staat und die unantastbare Westgrenze der sozialistischen Staatengemeinschaft zu schützen.

Wenn Menschenblut fliesst, ist es zunächst einmal schlecht, mit Paragraphen zu argumentieren. Ich teile nicht die Meinung Erich Honeckers, der auf die Frage, ob ihm «die rund 200 Mauertoten leid tun», kaltherzig antwortete: «Mir tun die 25 gemeuchelten Grenzsoldaten leid.» Natürlich stehen mir Verteidiger der DDR näher als Gesetzesverletzer. Aber jeder Tote ist ein Toter zuviel. Natürlich setze ich sie nicht gleich; zumal ich den von einem Bundesgrenzschutz-Offizier auf dem Territorium der DDR ermordeten Hauptmann Rudi Arnstadt gut gekannt habe. Aber der Tod an der Grenze darf nicht kaltlassen. Auch die anderen waren Menschen – und Opfer. Nicht Opfer einer Kalaschnikow oder eines «Schiessbefehls», sondern Opfer jener gewissenlosen Politiker und Journalisten, die sie geradezu aufgeputscht haben, Grenzordnung und Gesetz zu brechen; Opfer jener Karlsruher Richter, die sich berechtigt glaubten, unserer Staatsgrenze ihren völkerrechtlichen Charakter abzusprechen und sie den Ländergrenzen der BRD gleichzusetzen. Also «innerdeutsche Grenze wie zwischen den Ländern der Bundesrepublik», also wie die Grenze zwischen Bayern und Baden, Schleswig-Holstein und Ostfriesland. Man brach also angeblich kein Völkerrecht, sondern ging «von Deutschland nach Deutschland». Wenn das keine höchstrichterliche Einladung war, eine völkerrechtliche Staatsgrenze zu verlet-

zen! Eindringlinge wie Republikflüchtige «testeten» die Grenze nicht nur, sondern sollten sie als nicht existent demonstrieren. Von westdeutschen und Westberliner Richtern, Politikern und Journalisten wurden sie dazu ermuntert, ja aufgefordert, unterstützt und ausgerüstet.

Die Bevölkerung brachte und bringt man mit dem Alarm-Schrei «Schiessbefehl» in Pogrom-Stimmung. Im westdeutschen und Westberliner «Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes (UZwG)» vom 10.3.1961 in der Fassung vom 20.12.1984 heisst es im § 12 (Besondere Vorschriften für den Schusswaffengebrauch) im 1. Absatz: «Schusswaffen dürfen nur gebraucht werden, wenn andere Massnahmen des unmittelbaren Zwanges erfolglos angewendet sind oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen. Gegen Personen ist ihr Gebrauch nur zulässig, wenn der Zweck nicht durch Waffenwirkung gegen Sachen erreicht wird.» Das «Gesetz über die Staatsgrenze der DDR – Grenzgesetz vom 25. März 1982» § 27 – regelt die Anwendung von Schusswaffen. Sein 1. Absatz definiert den Grundsatz: «Die Schusswaffe darf nur in solchen Fällen angewendet werden, wenn die körperliche Einwirkung ohne oder mit Hilfsmitteln erfolglos bleibt oder offensichtlich keinen Erfolg verspricht. Die Anwendung von Schusswaffen gegen Personen ist erst dann zulässig, wenn durch Waffenwirkung gegen Sachen oder Tiere der Zweck nicht erreicht wird.» Die Gesetze über die Anwendung von Schusswaffen sind also inhaltlich wie wörtlich analog.

Im Grenzgesetz der DDR werden die Rechtfertigungsgründe angeführt: «Die Anwendung der Schusswaffe ist gerechtfertigt, um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt. Sie ist auch gerechtfertigt zur Ergreifung von Personen, die eines Verbrechens dringend verdächtig sind.» Nichts also von «Schiessbefehl». Es wird nicht befohlen zu schiessen, sondern klar definiert, wann von der Waffe Gebrauch zu machen ist. Genau wie im § 10 des westdeutschen «Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt»: «Schusswaffen dürfen gegen einzelne Personen nur gebraucht werden, um die unmittelbar bevorstehende Ausführung

oder die Fortsetzung einer rechtswidrigen Tat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen oder als ein Vergehen, das unter Anwendung oder Mitführung von Schusswaffen oder Sprengstoffen begangen werden soll oder ausgeführt wird, darstellt; um eine Person, die sich der Festnahme oder der Feststellung ihrer Person durch die Flucht zu entziehen versucht, anzuhalten, wenn sie bei einer rechtswidrigen Tat auf frischer Tat betroffen wird, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt oder als ein Vergehen, das unter Anwendung oder Mitführung von Schusswaffen oder Sprengstoffen begangen wird, eines Verbrechens dringend verdächtig ist oder eines Vergehens dringend verdächtig ist und Anhaltspunkte befürchten lassen, dass sie von einer Schusswaffe oder einem Sprengstoff Gebrauch machen werden; zur Vereitlung der Flucht oder zur Wiederergreifung einer Person, die sich in amtlichem Gewahrsam befindet oder befand

Wieder ist fast völlig Übereinstimmung der Texte in Bezug auf Waffengebrauch festzustellen. Allerdings ist in der westdeutschen Fassung, die heute für Gesamtdeutschland gilt, der Personenkreis, gegen den Schusswaffen angewendet werden können, wesentlich weiter gefasst als im DDR-Grenzgesetz. Das DDR-Gesetz verlangte, gegen Jugendliche und weibliche Personen Schusswaffen «nach Möglichkeit» nicht anzuwenden und «nach Möglichkeit» Schonung des Lebens von Personen.

Bis zum heutigen Tag konnte kein Staatsanwalt, kein Politiker, kein Journalist den authentischen Wortlaut eines «Schiessbefehls» vorlegen. Gesetzliche Grundlagen für Prozesse gegen Grenzer gibt es nicht – genausowenig wie für Prozesse gegen Angehörige des MfS. Oder kann man jemanden anklagen und bestrafen, weil er gültige Gesetze befolgt hat, deren Inhalt sogar mit den entsprechenden Gesetzen der alten BRD übereinstimmt?

«Schiessbefehl» – wenn man es denn so nennen will – gibt es mit antihumanistischem Inhalt und Formulierung z.B. in der «Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministers des Innern» zum «Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes». Da heisst es, dass Explosivmittel gegen Personen gebraucht werden dürfen, «wenn die Anwendung von Maschinenpistolen, Geweh-

ren oder Maschinengewehren ohne Erfolg war oder keinen Erfolg verspricht». Man soll nicht meinen, dass das etwa für den Kriegsfall gilt. Es wird durchaus die Möglichkeit gestattet, mit Handgranaten oder Panzerfäusten bei Zusammenstößen, wie in der Mainzer Strasse in Berlin, vorzugehen. Interessant ist auch § 10, Absatz 2 des Gesetzes der «Schiessbefehl»-Schreier über den unmittelbaren Zwang. Danach dürfen Schusswaffen gegen eine Menschenmenge eingesetzt werden, «wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen und Zwangsmassnahmen gegen Einzelne nicht zum Ziele führen oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen». Die Formulierungen sind so dehnbar, dass der Schuss in die Menge zur Ermessensfrage und der Willkür Tür und Tor geöffnet wird. Diese Befürchtung ist keinesfalls übertrieben. Der Bundesminister für Verteidigung, Führungsstab der Streitkräfte IV 2, gab eine Taschenkarte für Posten und Streifen im militärischen Sicherheitsbereich heraus, in der steht: «18. Ich schiesse (gezielt) auf eine Menschenmenge, wenn ich nur dadurch verhindern kann, dass aus der Menge heraus rechtswidrige Gewalttaten gegen die Bundeswehr und die verbündeten Streitkräfte begangen werden.» Es gibt in dieser Karte noch andere Festlegungen für den gezielten Schuss. «Schiessbefehl» entpuppt sich als reine Heuchelei. Die Anwendung von Schusswaffen an unserer Grenze – vom Gesetzgeber der Deutschen Demokratischen Republik mit vielen Vorbehalten versehen – widersprach keinem internationalen Recht, unterschied sich kaum von den Vorschriften der Nachbarstaaten, insbesondere der BRD. «Schiessbefehl» gehört zu dem schmutzigen Instrumentarium, mit dem alles, was mit der Deutschen Demokratischen Republik zusammenhängt, kriminalisiert und zu ihrer Diffamierung missbraucht wird.

Dabei gerät man in Schwierigkeiten. Denn wenn man Grenzsoldaten bestrafen will, müsste man auch die Abgeordneten vor Gericht stellen, die in der Volkskammer das Grenzgesetz beschlossen haben. Dann wären da die Wähler, die diese Abgeordneten gewählt haben. Und dann wären da ausländische Staatsmänner, die den «Unrechtsstaat» anerkannt haben; wieso für sie Straffreiheit? Und die internationalen Politiker, die den Führern

und Wirtschaftlern der DDR die Hand gedrückt haben: Sind sie nicht ebenfalls schuldig am «Schiessbefehl des Unrechtsstaates»?

Wenn ich mich heute unverändert vor unsere Grenzer stelle, dann nicht, weil ich für einen «Schiessbefehl» wäre und für seine unmenschliche Anwendung, sondern weil der Dienst unserer Grenzer uns Deutschen, den Europäern, wenn nicht der Welt viele Kubikmeter Blut erspart hat und sie nicht an den Pranger gehören, sondern auf die Friedensseiten der Weltgeschichte.

BUSEN, BLUT UND ROTE SOCKEN

Machiavelli hatte im 25. Kapitel seines Buches *Der Staat* geschrieben: «Die Masse der Menschen lässt sich ebensogut mit dem Schein abspesen wie mit der Wirklichkeit; ja, häufig wird sie mehr durch den Schein der Dinge als durch die Dinge selbst bewegt.» Und selbst Solschenizyn – von der früheren sowjetischen Führung genauso überschätzt wie im umgekehrten Sinn von den heutigen Herren in Moskau – hatte eine Meinung, der man zustimmen muss: «Der Imperialismus und seine Medien haben aus freien Wahlen einen ‚Triumph der inhaltlosen Quantität über die inhaltlose Qualität‘ gemacht.» Aber auch Übermensch Solschenizyns erstaunliche Meinung über den Medien-Imperialismus gibt keinen totalen Überblick über dessen Funktion.

In der S/uegeZ-Hausmitteilung vom 26.8.1991 wird mit Selbstverständlichkeit und schamlos «mitgeteilt»: «Vom Baltikum bis zum Ural war der *Spiegel* im Einsatz.» Hitlers Wehrmacht besang ihren «Einsatz» bescheidener: «Von Finnland bis zum Schwarzen Meer, vorwärts!» Ob Freiheit, Objektivität, Pluralismus, Streit, Polemik mit den Konkurrenten, Unterschiede im Niveau: Die Medien des Imperialismus sind – in vorauseilendem Gehorsam, gleichgeschaltet, sich nur in Nuancen unterscheidend – einig: Gegen den Sozialismus, gegen die Sowjetunion, gegen die DDR, solange sie noch existierte; ob schnell oder schrittweise, billig oder teuer. Die Deutsche Demokratische Republik musste weg. Da funktionieren die Öffentlich-Rechtlichen Anstalten als geölte Transmissionsriemen Bonner Parteien und Geheimdienste,

und die Lichtgestalten des [Kloakenjournalismus](#) erhielten die Weisung: Feuer frei! Einsame Spitze – erst in Berlin und nun in Zagreb: Michael Schmidt. Und seit die DDR «weg» ist, muss alles moralisch diskreditiert, fertiggemacht werden, was von ihr übriggeblieben ist und an sie erinnern könnte. Materiell besorgen das Regierung, Minister, Bundestag und «Treuhand», Landesregierungen und Länderparlamente. Geistig, psychologisch, emotional betreiben das die Medien, denen die Bevölkerung ausgesetzt ist, von denen sie in eine geistige Wüste verführt wird.

Sex- und Brutalitätsüberflutung dient als Transportmittel für politische Lüge und Verdrehung der Geschichte. Unter dem Feldgeschrei «Bewältigung der Vergangenheit» soll die Vergangenheit Urständ feiern. Journalisten gebärden sich als Kisch oder Karl Kraus und sind doch nur Karlchen Krause, dem Onanie und Orgasmus vertrauter sind als Moral und Politik. Nicht, dass ich erstere für unmoralisch hielte. Aber mit ihrer Totalentblössung (plus Videopornos, Peepshows, Wettbewerbe um den schönsten Busen und «Enthüllungen», der Prostitution förderlich, Kindersex und privaten Usancen Prominenter) zerstört man nicht nur sittliche Werte und untergräbt die vielbeschworene Menschlichkeit, sondern man tarnt auch den eigentlichen Auftrag: Mit Primitiv-Sex Primitiv-Politik unter die Leute zu bringen, das politische Aufnahme- und Urteilsvermögen einzuschränken und von der Welt und dem Leben falsche Bilder zu prägen, damit man kritiklos und wehrlos ist, wenn es sie zu verteidigen gilt.

Aber «Politik rechnet sich nicht»; man könne sie nur in Verbindung mit Blut und Sex an den Mann bringen: Das war und ist mein Geschmack nicht. Und das war niemals Methode der SED.

Mittel zum Zweck sind Offenheit, Mut, Vertrauen und Psychologie. Der Mut, Probleme, Schwierigkeiten, Fehler offen darzulegen; und Psychologie, um mit Behutsamkeit, Einfühlungsvermögen, Verständnis und Toleranz dem Leser, Hörer, Zuschauer gegenüberzutreten.

Stalin hat einmal die Psychologie «imperialistische Afterwissenschaft» genannt. Damit war die Psychologie nicht mehr existent. Und so sah denn unsere Informationspolitik auch aus. Noch nicht, als Albert Norden und Werner Lamberz das Sagen hatten:

Sie waren gebildet, hatten Gefühl und Augenmass, liebten den Menschen und hörten auf ihn – im Rahmen dessen, versteht sich, was unter den Zwängen Stalins, des sozialistischen Aufbaus und des Kalten Krieges möglich war. Mit Mittag und Honecker und unter Herrmann wurde das dann schrittweise anders. Aber immer blieb das Ziel: Der Mensch, die soziale Sicherheit, der Frieden.

Das ist eine andere Zielstellung, als sie der Imperialismus den Medien vorgibt. Natürlich ist Informationspolitik Machtpolitik. Dass der zunehmende Machtmissbrauch gegen sozialistische Normen versties, unvermeidlich auch unsere Medienpolitik erfasste und uns Journalisten in Zwangslagen versetzte, wurde von einem früher, vom anderen später begriffen. Wer an der Klassenfront stand, mit dem Gesicht zum Klassenfeind, merkte es als letzter. Er war auch nicht derartig betroffen, weil er ja dem Feind seines Staates gegenüberstand und freiere Hand hatte für Widerstand, Verteidigung und Offensive.

Ich sah ja «drüben» andere Ziele, Absichten und Methoden, die ich verabscheute, offenlegte und bekämpfte – im Kalten Krieg, der gegen uns geführt wurde, in der ideologischen Auseinandersetzung. Das war ein Kampf zwischen Wahrheit und Lüge.

Wir haben ihn verloren. Ich versage mir jetzt die kaiserlich-imperialistische Ausrede vom «Dolchstoss in den Rücken der kämpfenden Front». Für Mittag und Herrmann habe ich nur Unverständnis und Verachtung. Aber viele westdeutsche und Westberliner Journalisten und ihre Politiker haben auf Verachtung einen grösseren Anspruch.

Begriffe wie ‚Klassenkampf‘, «ideologische Auseinandersetzung», «offensive Verteidigung sozialistischer Werte» oder «Entlarvung kapitalistischer Heuchelei und imperialistischer Ziele» sind kein Schnee von gestern, sind nicht überholt, «nostalgisch» oder «Altlasten unbelehrbarer Stalinisten», sondern äusserst aktuell und im höchsten Masse humanistisch. Denn Antikommunismus ist nach wie vor mehr als die Thomas Mannsche «Grundtorheit». «Pluralismus» ist unverändert eine Täuschung, «Presse- und Meinungsfreiheit» eine Illusion und «freie soziale Marktwirtschaft» eine heuchlerische Verkleidung des gewöhnlichen Kapitalismus.

Ein *Schwarzer Kanal*, natürlich differenzierter, nicht mit dem

Anspruch auf Alleinbesitz gesellschaftlicher und historischer Wahrheit, nicht weniger klassenkämpferisch, aber toleranter – ein solcher *Kanal* würde die verderbliche Emotionalisierung überwinden, die Erkenntnisfähigkeit fördern helfen und der einmaligen Monopolstellung des Medienimperialismus eine Informationsquelle Andersdenkender für Andersdenkende gegenüberstellen.

«SERBIEN MUSS STERBIEN»

Zu den Aufgaben des Medien-Imperialismus gehört es auch, deutschnationale Besoffenheit zu schüren. Welchen Konsumenten westdeutscher Meinungsmacher fällt es auf, dass deren Medien fast ausnahmslos Serbien verteufeln und Kroatien in den Himmel heben?

Genscher will Kroatien völkerrechtlich anerkennen. Kriegerische Zwischenfälle sollen stets von Serbien begonnen worden, Waffenstillstände von Serbien gebrochen sein. Schon 1914, nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Frau in Sarajewo, lautete eine geschmackvolle, den Weltkrieg vorbereitende, kaiserliche Losung: «Serbien muss sterbien»; Berlin wollte Wien in den Krieg verwickeln, um dann selbst die Auseinandersetzung um die Weltherrschaft beginnen zu können. Was soll jetzt Bonns Einmischung in Jugoslawien und Parteinahme für Kroatien?

Man will Slowenien und Kroatien zu eigenständigen Staaten machen. Aber Slowenen und Kroaten sind keine «Völker», sondern Volksgruppen, die sich zu einem föderativen Gebilde zusammengeschlossen haben. Die Amtssprache in Serbien ist nicht Serbisch und in Kroatien nicht Kroatisch, sondern in Belgrad wie in Zagreb serbokroatisch.

Bonns Vorliebe für Kroatien reicht in die Geschichte. Die jugoslawische Regierung wollte 1941 unter dem Druck Hitlers dem Dreimächtepakt beitreten: Der «Achse Berlin – Rom – Tokio». Das wurde durch einen Militärputsch verhindert, worauf Hitler einen Straffeldzug befahl; aber nicht etwa gegen Kroatien, sondern gegen Serbien. Dort sass der antifaschistische Widerstand, der dann durch Tito verkörpert wurde. Hitler liess einen profaschisti-

schen, antiserbischen, kroatischen Staat gründen, und setzte als «Führer» Ante Pavelic ein. Dieser kroatische «Poglavnik» (Führer) liess seine faschistische «Ustascha» gegen die starke serbische Minderheit in Kroatien wüten und vernichtete Juden nach deutschem Vorbild. Globke war eine Zeitlang Berater des kroatischen «Führers» und zeigte anhand seines «Kommentars», wie die perfiden «Nürnberger Rassegesetze» praktikabel zu machen waren. Pavelic floh nach Argentinien und hinterliess ausser Massengräbern einen tiefen Hass zwischen Kroaten und Serben.

Jetzt lassen die Führer Kroatiens, um Titos Einigungswerk zu zerstören, runde hundert Kasernen der jugoslawischen Bundesarmee auf kroatischem Boden überfallen, besetzen oder belagern. Die Serben bilden das grösste Volk, Serbien ist der grösste Staat Jugoslawiens. Kroatien hat mit ausländischer Hilfe, vor allem des Herrn Genscher, Serbiens Schmerzgrenze überschritten.

Österreich setzt aufs angrenzende Slowenien, Deutschland auf Kroatien. Das ZDF strahlt antiserbische Greuelfilme aus, Kroatien hatte das Filmmaterial geliefert. Nichtdeutsche Journalisten pflegen in Serbien an die Windschutzscheibe ihrer gemieteten Autos die Kennzeichenkürzel ihres Heimatstaates anzubringen, um nicht für Deutsche gehalten zu werden, in Kroatien bedienen sie sich – umgekehrt des «D» als Sympathiewerbung. Für die grösste Belgrader Zeitung *Vecernje novosti* ist Kroatiens antiserbischer Kampf schlicht ein «von den Deutschen bestellter Krieg».

Warum mischt sich Bonn derart ein? Frankreich hält sich wegen der Bretonen zurück, Italien wegen der Sarden und Korsen, England wegen der Iren, Spanien wegen der Basken. Was, wenn dort überall der Schrei nach Souveränität erhoben würde? Das Völkerrecht ist ein gebrechlich' Ding. Zum Völkerrecht gehören Selbstbestimmungsrecht und Selbstbestimmungspflicht. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das Genscher für Bonn spielt – in Jugoslawien, in den baltischen Staaten, in den anderen Teilen der Sowjetunion.

Fernsehen, Presse und Rundfunk – die Reihenfolge ist beabsichtigt – forcieren dieses gefährliche Spiel. Will Bonn sich rechtzeitig Einflussgebiete sichern und nicht wieder zu spät kommen – wie 1914 Krupps Kaiserliches Deutschland?

ZERRSPIEGEL

Wo über mich persönlich derartig viel erfunden, gelogen, gefälscht, phantasiert wurde – von «Prügel durch Volkspolizei» über «Kauf von Toilettenpapier auf dem Kurfürstendamm», «Selbstmordversuch», «politisch in Ungnade gefallen», «zur Zahnbehandlung nach Lübeck» – ach, es sind viele Aktenordner, in denen ich gelegentlich vergnügt blättere; dazu falsche, gefälschte Angaben über Herkunft, Geburtsjahr, Verwandtschaft, Besitz- und Wohnverhältnisse, Adresse. Journalistische Schluderei, jämmerliche Recherchen, Abschreiben des zweiten, fünften, fünfzigsten Fälschers vom ersten, dazu Verleumdungen meiner Frau – das ist Feindseligkeit, bewusste Fälschung mit dem Ziel, einen Andersdenkenden zu diffamieren, einen Keil zu treiben zwischen mich und meine Adressaten.

Persönlich zu werden, sich verleumderisch ins Privatleben des Klassenfeindes einzumischen, mit Schmutz zu werfen, frei zu erfinden: Das war stets und ist unverändert faschistischer, recht-nationalistischer, bourgeoiser Brauch. Wenn ich also aus persönlicher Erfahrung die Verlogenheit der anderen Seite kenne, bleibt die Frage nicht aus: Wie erst müssen sie lügen, wenn es um gewichtigere Dinge geht als um einen unbequemen Journalisten oder Politiker?

Manche reden von «Vergangenheitsbewältigung» und betreiben in Wirklichkeit Gegenwartsvergiftung. «Sorgt euch nicht um den morgigen Tag», steht in der Bibel, «der morgige Tag sorgt für sich selbst.»

«Jeder hat seine eigene Plage ...» Der Medienimperialismus sorgt in der Tat dafür, dass jeder Tag «seine eigene Plage» hat. Beladen mit Klischees, die ein Schlachtschiff zum Sinken bringen würden, mit Märchen, die Andersen und die Brüder Grimm vor Neid erblassen liessen, mit einer schillernden, vielfältigen Verpackung versehen, die allein dazu da ist, Inhalte zu tarnen oder schmackhaft zu machen. Antikommunismus – latent, als «Gesinnung» oder militant! Und nur nicht nach vorn blicken, nicht um den morgigen Tag kümmern: Dafür sorgen schon wir mit unseren «Sensationen des Tages». Den heutigen, versteht sich.

Merke: Wichtig ist nicht nur, dass der Mensch das Richtige

denkt, sondern auch, dass, wer das Richtige denkt, ein Mensch ist.

Im Medienimperialismus sind Journalisten, die richtig denken und Menschen bleiben, selten gefragt und leider immer noch Ausnahmen. Ich möchte da eine Ausnahme hervorheben, einen Kollegen, der gerade starb, den ich – bei aller Gegnerschaft – hochgeschätzt habe, menschlich und politisch: Hans Werner Schwarze. Mit seinen Kommentaren und seiner ZDF-Sendung *Kennzeichen D* hob er sich wohltuend von den Löwenthals und Konsorten ab. Ich kannte ihn von internationalen Konferenzen als einen fairen und sachlichen Gesprächspartner und fuhr ihn – zum Missfallen meiner Führung – mit seiner Frau durch den Norden der Republik (seine Frau ist Stralsunderin). Er hat sich an Absprachen gehalten und mein Vertrauen nicht missbraucht. Hätte die andere Seite mehr Schwarzes (oder auch Güttts) gehabt, ein *Schwarzer Kanal* wäre sicher weniger notwendig gewesen.

Aber die andere Seite wird leider von solchen dominiert, die sich lieber als Staatsanwälte aufspielen, Rufmord betreiben und flugs bei der Hand sind mit Lüge, Spekulation, Verleumdung, Drohung, Erpressung: Man heizt etwas hoch, morgen ist es ganz anders oder vergessen. Man verschweigt Wahrheiten, jongliert mit halben, «gewöhnnt» die Menschen an Parteispenden, Miet- und Preiserhöhungen, Arbeitslosigkeit und verbreitet Pornographie und entsprechende Nachrichten, gleichzeitig spielt man moralische Unschuld und Empörung. Verbrechen kann man gar nicht breit genug beschreiben – ohne Rücksicht auf den Nachahmungstrieb. Und die Politik? Soviel Oberflächlichkeit, Verdrehung, Verdächtigung, Geschichtslosigkeit: «Wörtliche Betäubung ...»

Die Haupttriebkraft hat Altbischof Schönherr einmal so definiert: «Im Westen stossen wir allenthalben auf einen tiefeingewurzelten Antikommunismus. Er ist zu vergleichen nur mit dem Antisemitismus, der ja auch nicht so leicht aus den Herzen herauszuoperieren ist. Antikommunismus – das ist seit dem kommunistischen Manifest ‘eingewurzelte Abscheu vor den Kommunisten und», so Altbischof Schönherr, «seit 1917 aufs Engste verbunden mit der Russenfurcht.»

Der anfängliche Unterschied – *Bild* für Lieschen Müller, *Spiegel* für Dr. Lieschen Müller – ist ausgeglichen. Der *Spiegel* wurde

zu einer Postille der Konterrevolution, *Bild* zum Zentralorgan der Bundesregierung. Bei beiden kommt es – wie bei Wahlen – weniger auf den Inhalt an als auf die Verpackung. Allenfalls dass *Bild* allgemeine Hetze unter der Gürtellinie betreibt, während der *Spiegel* innenpolitisch die Rolle eines Kritikers und Enthüllers, aussenpolitisch aber die eines Spitzenverleumders des realen Sozialismus übernommen hat. Wobei er von den diversen Kölner und Pullacher Diensten mit Dokumenten und Informationen trefflich unterstützt und kanalisiert wird.

Ich sass einmal mit einer Delegation in einem Bonner Hotelrestaurant. Am Nachbartisch Herr Dr. Stoltenberg, damals Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Als der unsägliche Fernseh-Löwenthal hereinsah und einen Platz suchte, sprang der Ministerpräsident auf, eilte auf den passionierten Kommunistenhasser zu, grüsste devot und bat den senilen ZDF-Hetzer wortreich an seinen Tisch. Und der macht nun Jahre lang Meinung. Unter dem Motto «Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Pressefreiheit».

Merke: Weltweite Kommunikation bedeutet noch lange nicht weltweite Information und schon gar nicht Aufklärung. In jenen Breiten gehörte der Wetterbericht eigentlich auf die Titelseite: Achtung: Nebel, Vernebelung, geringe Sichtweite!

Friedliche Koexistenz und die Schlussakte von Helsinki sind von der DDR-Führung – in ihrem Bestreben nach echter Friedenspolitik – gründlichst missverstanden worden. Denn da fing der Medienimperialismus auf der Linie Brzezinski erst richtig an. Seine Korrespondenten, bisher mehr Schwarzberichterstatter und Spione, wurden zu Agenten und zu Agentenführern. Es gab kaum Kritiker, Unzufriedene, Aussteiger, Dissidenten, die nicht aufgespürt und vor westliche Mikrofone gezerrt wurden, wenig später drängten sich manche dazu. Konspirative Treffs wurden erst gesucht und besucht, allmählich organisiert. Keine Demonstration, bei der nicht pünktlich ein Kamerateam zugegen war. Bald war das organisierte Zusammenspiel sozialismusfeindlicher Kräfte und akkreditierter Journalisten unübersehbar. Bei personellem Zusammenschluss Andersdenkender (auch wenn das keineswegs immer sozialismusfeindlich war) nahmen Westjournalisten in im-

mer grösserer Zahl, gegen Ende mit massgeblichem Einfluss, teil.

Das sind keine «Stasi-Erkenntnisse», sondern Beobachtungen und Erfahrungen und zugleich Bestätigung des Bahrschen Rezeptes «Wandel durch Annäherungen». Wir waren für beides: Für Annäherung beider deutscher Staaten mit dem Ziel der Normalisierung und letztlich einer Konföderation. Friede sollte sein zwischen beiden deutschen Staaten und nie wieder von deutschem Boden Krieg ausgehen. Und Wandel im Sinne der Verbesserung des Sozialismus, notwendiger Reformen, der grösseren Leistungsfähigkeit der Deutschen Demokratischen Republik, des Wachsens der Attraktivität, der Anziehungskraft des Sozialismus auf deutschem Boden.

Aber das hat Egon Bahr – wenngleich kein Brzezinski – mit seinem «Wandel durch Annäherung» nicht gemeint. Das war vielmehr eine Losung für den Kurs auf Beseitigung des Sozialismus; nicht der Kapitalismus sollte sich wandeln, sondern der Sozialismus – und zwar so lange und so prinzipiell, bis er vereinnahmt werden konnte. Und wie die «Annäherung» gemeint war, zeigten dann die Kapitulationsurkunde des Herrn Krause, der letzten Volkskammermehrheit und Herrn de Maizières auf der einen, die Diktate der Herren Seiders, Schäuble und Kohl auf der anderen Seite, des Kanzlers Wende vom «Aufeinanderzugehen» zum Aufeinanderlosgehen – und die *Treuhand*.

Das waren die Felder, auf denen sich Westdeutschlands und Westberlins Medien tummelten. Die einen vortäuschend, andere zurückhaltend, aber nicht, weil sie das nicht gewollt hätten, sondern weil ihr politischer Verstand nicht soweit reichte. Dritte, sehr wenige, blieben sachlich – und daher Ausnahmen.

Hofberichterstatte hat es nicht nur in Berlin gegeben. Hier diktieren jetzt *Burda*, die S^r/ng^r-Epigonen und *Gruner & Jahr*. Statt Herrmann. Natürlich gibt es keine «Staatsnähe» des Fernsehens mehr. Ob öffentlich-rechtlich oder privat: Die Intendanten der östlichen Rest-Anstalten werden ausnahmslos Wessis sein. Statt der SED-Parteidisziplin wirkt nun erpresserisch das CDU/CSU-Parteibuch. Die SPD ist im Ausnahmefall geduldet, die FDP der Schwanz, der mit dem Hund wackeln will. Sender im besetzten Gebiet, Zeitungen im Protektorat – nach dem Muster der Zei-

tungen im «Reich». Da man unter westdeutschen oder kollaborierenden Chefredakteuren Laufjungen als Redakteure braucht, sind sie unterwürfig und eilfertig und erreichen – zusammen mit ihren auftraggebenden Redakteuren – ein noch niedrigeres Niveau als *Bild* und ähnliche Boulevardzeitungen auf dem westlichen Medienmarkt. Die Vielzahl von Zeitungen und Sudel-Illus ist kein Dienst am Informationsbedürfnis, sondern zugleich Desinformation und Konkurrenz: Wer am niedrigsten sinkt und am primitivsten polemisiert, gewinnt. Vielzahl der Kanäle bedeutet nicht etwa Vielfalt der Programme, sondern Kampf um Einschaltquoten vermittels geistiger anspruchslosigkeit und formaler Eintönigkeit. Fast 30 Talkshows im Monat werden auf deutschen Kanälen geboten. Man erfährt nichts, was nicht schon hundertmal gesagt worden wäre, was man nicht schon hundertmal gehört hätte. Was Politiker ansonsten von sich geben, und sie drängeln sich an Mikrofone und vor Kameras: Man nähert sich dem Informationswert Null.

Einzelkämpfern sitzen die reaktionären Voss und Mertes im Genick. Ulrike Wolf, als Chefredakteurin beim *Norddeutschen Rundfunk* durch ihre CDU-konformen Kommentare und Moderationen berüchtigt, aber auf den absteigenden Ast geraten, wird sich nun in Dresden als Funkhauschefin mit 240.000,- DM gesundstossen; Ministerpräsident Münch bot ihr als Regierungssprecherin zu wenig, schliesslich müssen sich Minister in den neuen Ländern mit 135.000,- bis 157.000,- Deutscher Mark begnügen.

Für die neue Medienlandschaft in Deutsch-Nordost gilt, was Alexander Solschenizyn in den USA erfahren hat und für die Welt des Medienimperialismus warnend beklagt, «dass die unerträgliche Flut an überflüssigen und detaillierten Informationen unsere Seele ruiniert, bis hin zur geistigen Armut; jenseits einer gewissen Grenze muss man sich auch vor Informationen schützen».

«Täglich Lügen, Lügen in reinen puren Tatsachen, Tatsachen erfunden, Tatsachen in ihr Gegenteil entstellt. Und was der Schamlosigkeit die Krone aufsetzte, war, dass man sich in den allermeisten Fällen weigert, auch nur eine Berichtigung zu bringen.» Sätze aus den Jahren 1989 bis heute? Zutreffend ja, aber 130 Jahre alt. Ferdinand Lassalle äusserte sie wiederholt im Septem-

ber 1863 in seinen Reden in Barmen, Solingen und Düsseldorf auf Versammlungen des *Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins*. «Die Presse ist in dem Entwicklungsstadium, auf welchem sie angelangt ist, der gefährlichste, der wahre Feind des Volkes, ein umso gefährlicherer, als er verkappt auftritt. Ihre Lügenhaftigkeit, ihre Verkommenheit, ihre Unsittlichkeit werden von nichts anderem Überboten als vielleicht von ihrer Unwissenheit.»

Ich weiss nicht, ob heute in Redaktionszimmern Stammbücher geführt werden. Da hinein gehörten ja wohl diese Sätze Lassalles: «Wenn nicht eine totale Umwandlung unserer Presse eintritt, wenn diese Zeitungspest noch 50 Jahre so fort wütet, so muss dann unser Volksgeist verderbt und zugrunde gerichtet sein bis in seine Tiefen! Denn Ihr begreift, wenn Tausende von Zeitungsschreibern, diese heutigen Lehrer des Volkes, mit 100.000 Stimmen täglich ihre stupide Unwissenheit, ihre Gewissenlosigkeit, ihren Eunuchenhass dem Volke einhauchen, dem Volke, das gläubig und vertrauend nach diesem Gifte greift, weil es geistige Stärkung aus dem selben zu schöpfen glaubt, nun, so muss dieser Volksgeist zugrunde gehen und wäre er noch dreimal so herrlich! Nicht das begabteste Volk der Welt, nicht die Griechen hätten eine solche Presse überdauert!»

FÜR EIN LINSENGERICHT

Die Posaunenbläser der zum Provinzling geschrumpften DSU, Stiefschwester der bayerischen Christlich-Sozialen Union, liessen es von allen Zinnen erschallen: Was wollt ihr denn? Die DDR und alles, was in ihr geschah, war von allem Anfang an schlecht.

Aber gerade das können Menschen, die ihr Leben in diesem deutschen Staat gelebt haben, nicht länger glauben. Man erinnert sich eigener Erfahrungen, und die widersprechen der Schwarzmalerei und dem anfänglichen Schwarzfilm: Es gab soziale Sicherheit – wenn auch nicht gerade auf dem Niveau reicher Geheimräte. Der vielgeschmähte Staat kümmerte sich um Arbeitsplätze, Wohnungen und Gesundheit «seiner Menschen». Man könnte die Erinnerung an sein soziales Angebot als Stachel für künftiges

Handeln nützen – auch in den alten Ländern. Will man, fragen sich immer mehr – nun doch – «unsere Menschen», diesen Staat vielleicht gerade deshalb aus der deutschen Geschichte streichen? Wer solches im Schilde führt, tut just das, was der alten Führung angekreidet wird: Er will nachträglich die Geschichte umschreiben.

Wie immer haben Belagerer einer Burg vor deren Erstürmung in der Burg «unseren Mann» (nicht nur in Havanna). In der Passauer Nibelungenhalle trat freudestrahlend der ehemalige Pfarrer an der Leipziger Thomaskirche, Hans-Wilhelm Ebeling, an das von Franz Josef Strauss geweihte Rednerpult und verkündete am traditionellen politischen Aschermittwoch der Bayerischen CSU: «Ich komme aus der leider noch immer existierenden DDR»; das sei ein Land, in dem «die Menschen mit einem Gesicht durch die Welt laufen, als wenn die Welt schon tot wäre». In die Einheit habe die DDR nichts einzubringen «ausser 16 Millionen Menschen und 108.000 Quadratkilometer Land». Im I. Buch Moses wird im 25. Kapitel erzählt, wie Jakob seinem Zwillingenbruder Esau den Handel anbot: «Verkaufe mir deine Erstgeburt». Esau antwortete: «Siehe, ich muss doch sterben; was soll mir dann die Erstgeburt?» Da gab ihm Jakob Brot und das Linsengericht. Was hat man Herrn Ebeling gegeben? Linsen wären dann wohl nicht attraktiv genug ...

Prof. Jens-Georg Reich verriet am 8. September 1991 der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (am Main, versteht sich): «Wir Ostdeutschen kommen aus einem Land, in dem es keine Bürgerrechte gegeben hat, keine Wahlen und keine ordentliche Justiz, in dem die Menschenrechte verletzt und die Kinder repressiv erzogen wurden, in dem das ganze Medizinsystem repressive Entartungserscheinungen gezeigt hat. Wir kommen aus einem Land, in dem es schwer war, ein ehrliches, ordentliches Leben zu führen ...» Auf die Interviewer-Frage: «Wieviel haben Sie erreicht?», antwortete er: «Es ist alles erreicht worden, was wir forderten. Unsere Kinder können sich freiheitlich entwickeln. Wir haben Raum gewonnen, die Welt gewonnen.»

Reich wird zynisch: «Die Klagen über materielle Sorgen werden sicherlich durch die Medien verstärkt. Es denken jedoch auch viele wie jene Frau aus Meissen, die sagte: ‚Ja ja, ich finde es

schlimm, dass ich nur 60 Prozent von dem, was ich im Westen kriegen würde, bekomme. Aber 40 Prozent ist mir die Freiheit und Freizügigkeit wert/» Diese Haltung sei «auch weit verbreitet in der Bevölkerung; man hört sie nur nicht so oft». Von Arbeitslosen, Obdachlosen, Kurzarbeitern, von Millionen unter dem Existenzminimum Lebenden hört Herr Reich wohl nichts.

Seit mich Pfarrer Niemöller 1932 konfirmiert hat; seit ich, als ich in Bad Godesberg mit dem Sohn Karl Barths auf der Schule war und dadurch den Vater kennenlernte (im nahen Basel: der Theologe Karl Barth musste vor den Faschisten in die Schweizer Emigration gehen); seit ich politisch denken kann – habe ich vor Christen eine hohe Achtung. Vor solchen zumindest, deren Reden und Tun christlich ist und die ihren Doppelauftrag erfüllen: für Frieden auf Erden einzutreten und Nächstenliebe zu üben. Trotzdem oder gerade deswegen muss ich zu den moralischen und politischen Eigentoren solcher Herren wie Ebeling, Reich und Eppelmann etwas sagen: Ebeling und Eppelmann haben in Berlin und Leipzig, nachdem sie sie mit ihrem Segen versehen hatten, junge Menschen versammelt und auf die Strasse geschickt, die in ihrer Mehrheit vorher noch keine Kirche von innen gesehen hatten. Christlicher Glaube und Gebet waren ihnen fremd. Die mit Kerzen aus Kirchentoren schritten, wollten die Rückkehr von einem unvollkommenen Sozialismus zu einem besseren Sozialismus. Keineswegs forderten sie anfangs die Abschaffung der DDR, sondern vielmehr eine bessere DDR. Es waren Andersdenkende, meist Gutwillige, die des Anhörens ihrer Gedanken, der offenen Diskussion, der Achtung und Beachtung ihrer Argumente wert gewesen wären.

Aber in der Politik gilt nicht, was man sich wünscht, sondern nur, was am Ende herauskommt. Der Charakter der Montagsdemonstrationen wandelte sich über Nacht – mit Bundesfahnen und Vereinigungslosungen. Und auch mit zunehmender Gewalt. Eine Wende vollzog sich: Von der «Reform eines unvollkommenen Sozialismus» zur «sozialen, demokratischen Marktwirtschaft», also zum gewöhnlichen Kapitalismus, zur kapitalistischen Restauration. Doch seit wann ist Rückkehr zum Kapitalismus «revolutionär»? Heisst «Revolution» nicht, radikale Veränderungen der

gesellschaftlichen Verhältnisse im Sinne historischen Fortschritts? Seit wann gehört Kapitalismus zum gesellschaftlichen Fortschritt? Ich nenne die Leipziger und die Berliner und andere Demonstranten nicht «Konterrevolutionäre». Aber die «Wende» vom Sozialismus zum Kapitalismus, die Rückkehr zum Kapitalismus, die Rückwärtswende zur Vereinigung mit der kapitalistischen BRD: Das war Konterrevolution! Die Ermordung des Sozialisten Allende durch die CIA und den Sturz seiner demokratischen sozialistischen Regierung durch Pinochet wird doch wohl auch niemand als «Revolution» einschätzen: Pinochet – ein Revolutionär? Dem christlichen Historiker Kohl blieb es vorbehalten, die Pinochet-Diktatur mit der Deutschen Demokratischen Republik zu vergleichen. Plötzlich nicht mehr das tägliche Glas Milch für kubanische Kinder: Rückkehr zur sozialen Gerechtigkeit?

Ich sage nicht, dass die geistlichen Herren wussten, was sie taten. Auch die Überrepräsentation von Kirchenmännern an «Runden Tischen» und in der letzten Volkskammer war nicht das Übel. Sie wussten wohl nicht, was bei ihrem Tun herauskommen würde. Als diejenigen, die Geld und Macht und Medien besaßen, die Sache in die Hand nahmen – sie wollten ja immer einen «Tag X» –, da mussten manche gestehen: Das haben wir nicht gewollt.

Der DDR – trotz ihrer Schwächen und Fehler – braucht sich niemand zu schämen. Der Tod der Deutschen Demokratischen Republik hat zu einer Schwächung der deutschen Friedensposition geführt. Diese «Gegendarstellung» haben genannte Herren und ihresgleichen verdient. Sie haben sie provoziert. Im Sozialismus waren werktätige Menschen gewöhnt, für besondere Leistungen eine Prämie, gute Worte und einen ehrlichen Händedruck zu erhalten. Jetzt werden unsere Menschen kalt ausgefragt: Wie alt sind Sie? Haben Sie Kinder? Haben Sie ein Auto? Waren Sie in letzter Zeit länger krank? Einsatzfähigkeit und Mobilität sind gefragt. Wer und was nicht in dieses Schema passt, fällt durch: «Auf Ihren Arbeitsplatz warten Hunderte ...» Der Betroffene fragt sich: Bin ich ein Mensch oder eine Ware?

Gewarnt war man: Arbeitskraft ist eine Ware; sie gehört dem Besitzer der Produktionsmittel, und der kann sie kaufen, wenn er sie braucht und wenn sie seinen Ansprüchen genügt.

Er kann's auch lassen. Oder entlassen. Schlag nach bei Marx und Engels.

Ein brandenburgischer Neu-Unternehmer kürzte willkürlich den Urlaub. Proteste beantwortete der christlich-abendländische Menschenfreund: «18 Tage im Jahr sind immer noch besser als 365!» Eine westdeutsche Firma inseriert in der *Wochenpost* nach Heimarbeitern aus dem Osten: «Benötigte Menge 250 Stück.» *Neues Deutschland* schrieb dazu treffend: «250 Stück Schrauben, 250 Stück Pornohefte, 250 Stück Mensch.»

Nicht nur an ihren Taten, an ihren Worten sollt ihr sie erkennen. Für sie ist der Mensch nicht einmalig und unverwechselbar – er ist austauschbar. Der Mensch ist kein Individuum, sondern Teil einer Kategorie, den man nutzen und der unnütz sein kann, «nicht gebraucht» wird. Wir haben es oft an Wärme fehlen lassen. Aber was uns da übergestülpt wird, macht frösteln. Ein Stück Mensch ...

ROT GLEICH BRAUN. ODER WAS?

Hitler trug einen Schnurrbart, Stalin auch: Braun gleich Rot? Die Moskauer haben Nasen im Gesicht, das hatten Berliner schon in der Nazizeit: Rot gleich Braun? Kommunisten demonstrierten unter roten Fahnen, die Faschisten auch (wenn auch ein Hakenkreuz hineingeklatscht war): Rot gleich Braun? Nun muss ein braunes Oberhemd noch kein SA-Hemd sein. Und Stiefel tragen auch Leute, die nicht in der Wehrmacht oder in der SS waren. Man könnte das ins schier Unendliche fortsetzen und Vergleiche wie Rot = Braun dem Gespött preisgeben.

Aber die Versuche einer Gleichsetzung sind ernstgemeint und ernstzunehmen. Es wird schon lange versucht, Menschen durch schiefe, unzulässige Vergleiche irrezuführen. Der erste Nachkriegs-SPD-Führer Schumacher nannte Kommunisten «rotlackierte Nazis». Der CSU-Historiker Bossle verkündete 1975 auf einem Parteitag in München, die Sowjetunion sei, wenn man einige Erscheinungsformen vergleiche, «eine Mustergesellschaft des Faschismus». Am 5. Juli 1967 wurden auf einer Kultusminister-Konferenz der BRD, dem höchsten Leitungsgremium des

westdeutschen Bildungswesens, «Richtlinien für die Behandlung des Totalitarismus im Unterricht» erlassen, nach denen «die Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus zu den wesentlichsten Aufgaben der politischen Bildung gehöre und «die Leiter aller Schularten verpflichtet wurden, die Schüler mit den Merkmalen des kommunistischen und nationalsozialistischen Totalitarismus» vertraut zu machen.

Die «Totalitarismus-Theorie» setzt Kommunismus und Faschismus gleich. Da die «Freiheit» zum allgemeinen Wertmassstab der USA, der NATO, aller kapitalistischer Staaten erklärt wurde, stehen sich «finstere totalitäre Mächte», «unfreiheitliche totalitäre Diktaturen», «totalitäre Tyrannei», «totalitärer Despotismus» einerseits und «die Freiheit der westlichen Demokratien» andererseits feindlich und unversöhnlich gegenüber. Einer der rabiatesten antikommunistischen Ideengeber der Reagan-Administration, Norman Podhoretz, denunzierte den Kommunismus als «Vorgänger und Nachfolger des Nazismus», als «Tyrannei in neuer Gestalt, die ‚Totalitarismus‘ genannt wird».

Es wird gern behauptet, der Kapitalismus habe «keine Ideologie». Die «Totalitarismus-Doktrin» ist die Aggressions-Ideologie des USA-Imperialismus und seiner Verbündeten und beruht auf einer der grössten und bösartigsten Geschichtslügen, nämlich auf der Unterstellung, dass zwischen Sozialismus und Kommunismus einerseits und dem Faschismus andererseits eine Wesensgleichheit als «totalitäre Systeme» bestehe. Unter Missachtung und Verzerrung historischer Tatsachen und Erfahrungen behaupten ihre Verfechter, dass Faschismus und Sozialismus denselben gesellschaftlichen Ursachen entsprängen und wesensgleiche Staats- und Gesellschaftsformen darstellten. Diese Doktrin soll ein negatives Gesellschaftsbild (Totalitarismus) und ein positives (freiheitliche Demokratie) suggerieren. Auf diesen Unsinn sind auch die Schreckensworte «Bedrohung aus dem Osten» und «Unrechtsstaat» zurückzuführen.

Das ist kein Geschwätz einer Handvoll Spinner. Der vom Rüstungskonzern Flick bestochene und deshalb nicht länger tragbare Bundestagspräsident Rainer Barzel brachte die beiden Hauptele-

mente der Bedrohungslüge mit der These auf den Nenner: «Waffen in der Hand von Totalitären sind bedrohlich.»

Mit Wurzeln im 19., teilweise im 18. Jahrhundert, wurde «Totalitarismus» von italienischen Liberalen zur Kennzeichnung der faschistischen Diktatur Mussolinis benutzt. Allerdings erfassten sie nicht die sozialen Wurzeln. Auch Antonio Gramsci nannte 1926 auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens, der wegen Mussolinis Verbotsterror im französischen Lyon durchgeführt wurde, den Faschismus ein «totalitäres System». Thomas Mann sprach 1938 von der «Missidee, genannt Staatstotalität». Heinrich Mann charakterisierte 1939 den von Hitlers Faschisten strapazierten Begriff des «Antibolschewismus» als «totalitäre Flunkereien».

Der bürgerliche Philosoph Max Horkheimer wies 1939 darauf hin, «dass derjenige vom Faschismus schweigen sollte, der nicht gewillt ist, vom Kapitalismus zu reden». Das heisst, Dimitroffs Definition auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale hat sich als richtig erwiesen: «Der Faschismus an der Macht (...) ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.»

Die politische Macht im Sozialismus ist in ihrem Wesen Macht der Arbeiterklasse im Bunde mit allen demokratischen Kräften des Volkes. Die sozialistische Demokratie soll – so muss man nun angesichts von Fehlentwicklungen sagen – allen Bürgern die unmittelbare Teilnahme an der politischen Machtausübung sichern, sich nicht auf den Wahlzettel beschränken und nicht am Werktor enden. Die so verstandene Diktatur hiess für Marx nichts anderes als konsequente Gewaltanwendung im Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und gegen den zu erwartenden verzweifelten Widerstand der gestürzten Bourgeoisie. Grundrechte und Freiheiten, die keine bürgerliche Demokratie erreichen kann, sollen garantiert werden: das Recht auf Arbeit und Wohnung, auf Bildung und berufliche Qualifikation, das Recht auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Bürger, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und das Recht auf ein friedliches, sozial gesichertes Leben, das Recht auf Meinungsfreiheit. Sozialistische Demokratie soll gesellschaftliche Verhältnisse schaffen, im Manifest sagen es Marx und Engels, «worin die freie

Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist».

Einiges haben wir verwirklicht, manches versäumt, vorerst fast alles verloren.

Der Faschismus geht von entgegengesetzten gesellschaftlichen Grundlagen aus. Allein diese Grundlagen beweisen die Absurdität der Totalitarismus-Doktrin, der These, Sozialismus und Kapitalismus seien gleichzusetzen, also: Rot gleich Braun. Aber die unsinnige Gleichsetzung wurde – vornehmlich in den letzten Jahrzehnten und ganz besonders heute – mit Hilfe der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften (Politologie, Soziologie, Philosophie, Sozialpsychologie, Wirtschaftskunde, Staatslehre, Geschichtsschreibung) mit allen verfügbaren Mitteln ausgebaut und perfektioniert.

Die berühmte ehemalige amerikanische UNO-Botschafterin Jean Kirkpatrick hat als Professorin an der Georgetown-Universität in Washington schon 1979 Thesen aufgestellt, die Bestandteile des Weltbildes sind, nach dem US-Präsidenten Aussenpolitik betreiben. Sie erfand den feinen Unterschied zwischen «autoritärem» und «totalitärem» Wesen von Diktaturen. «Autoritäre Diktaturen» seien militärisch-antikommunistische Diktaturen, trügen «potentiell demokratischen Charakter», seien «demokratisierbar» und darum «gut»; deshalb müsse man ihnen Hilfe ange-deihen lassen. «Totalitäre Diktaturen» sind alle sozialistischen Staaten; und schon haben wir den Ursprung des «Reichs des Bösen», das Reagan im Osten entdeckte, und die parafaschistischen Regimes, die Washingtons CIA in Chile, Guatemala, El Salvador, Südafrika oder in der Türkei gegen jeden gesellschaftlichen Fortschritt einsetzte und förderte bzw. noch fördert.

In der *Geschichte der Deutschen* ässt Prof. Hellmut Diewald wissen: «Es ist (auch) so, dass die Faschisten sich eigentlich nicht als Gegner des Sozialismus empfunden haben». Der Historiker Karl-Dietrich Bracher benutzt den Begriff «Linksfaschismus»; und in einer Zeit, da auch westdeutsche Publizisten und Wissenschaftler sich veranlasst sehen, vor einem Rechtsruck zu warnen, lehnt Bracher «das antifaschistische Verständnis der Demokratie ab», weil es angeblich «totalitäre, marxistisch-kommunistische Denkformen» begünstige.

Die Ersetzung des Adjektivs «antifaschistisch» durch «totalitär» diffamiert den Begriff «Widerstand». Wenn nicht vom antifaschistischen Widerstand die Rede sein soll, sondern vom «Widerstand im totalitären Staat», kommt das dem Salto mortale gleich, dass der antifaschistische Widerstand der Kommunisten und anderer demokratischer Kräfte verleumdet und konterrevolutionäre Aktionen gegen den Sozialismus als «Freiheitskampf» gefeiert werden.

Wenn das «Erste Unrechtsbereinigungsgesetz» der Bundesregierung nur «von stalinistischen Erscheinungen Betroffenen Entschädigung» zuspricht, aber kommunistische Opfer des Kalten Krieges nicht erfasst, sondern ausgrenzt: Frauen und Männer, die aus politischer und weltanschaulicher Überzeugung gegen die Militarisierung der BRD aufgetreten sind und deshalb in Massen strafrechtlich belangt wurden; wenn die Opfer der Berufsverbote keine Gerechtigkeit bekommen und gegen Blockierung der Stationierung von Mittelstreckenraketen noch immer Strafprozesse anhängig sind; wenn antifaschistische Widerstandskämpfer, die wegen ihrer politischen Überzeugung nach § 6 des Bundesentschädigungsgesetzes keine Wiedergutmachung erhalten haben; wenn Antifaschisten feststellen müssen, dass die Bundesregierung noch nichts getan hat, um den im Einigungsvertrag übernommenen Verpflichtungen gegenüber den ausgegrenzten und vergessenen Opfern des Faschismus in den neuen Bundesländern nachzukommen – dann lassen die Erfinder der «Totalitarismus-Doktrin» grüssen ...

Hatte nicht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Juni 1919 auf ihrem Parteitag in Weimar die Leerformel von der «Diktatur von rechts und links» strapaziert? Parteivorsitzender Otto Wels sprach 1931 auf dem Leipziger Parteitag das selbstmörderische «Bolschewismus und Faschismus sind Brüder» aus. Sogar Rudolf Breitscheid behauptete auf jenem Parteitag eine «Wesensgleichheit zwischen Moskau und Rom». Ermordet wurde er in Buchenwald – fast zum selben Zeitpunkt wie Ernst Thälmann.

Die «Totalitarismus-Doktrin» war eines der ideologischen und politischen Haupthindernisse für ein gemeinsames Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten und anderen Faschismus-

gegnern. Haben wirklich nur die Kommunisten etwas aufzuarbeiten?

Die alte, von Brzezinski gepflegte, von jedem mittelpächtigen Politiker benutzte, jedem bürgerlichen Blatt verbreitete, von jedem Kleinbürger geglaubte Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus ist historisch falsch, propagandistisch demagogisch, moralisch perfide und wahrheitswidrig.

Natürlich hat die stalinistische «Sozialismus»-Variante negative Folgen gezeigt. Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus war oft schematisch; die einseitige Schuldzuweisung an die Bundesrepublik erweckte den Eindruck, als wollten wir uns aus diesem Kapitel der deutschen Geschichte davonschleichen. Ein jugendlicher Skinhead aus Leipzig, ernstzunehmender, gebildeter Gesprächspartner, meinte: «Einpaukerei und ständiges Wiederholen von zwar richtigen Auffassungen und Meinungen, Bevormundung und Besserwisseri stumpfen junge Leute ab, verkehren das Gewollte ins Gegenteil.»

Aber das berechtigt nicht zum Zweifel am antifaschistischen Charakter des sozialistischen deutschen Staates, am antifaschistischen Kampf der Kommunisten und schon gar nicht zu einer Gleichsetzung von unmenschlicher und menschlicher Ideologie. Die Deutsche Demokratische Republik war als antifaschistischer Staat die deutsche Alternative zur Bundesrepublik! Ich lasse mir weder durch eine schlimme Erblast noch durch Staatsanwälte und Polizisten noch gar aus dem Staatsgebiet der Globke, Schönhuber und eines in Freiheit verstorbenen, pensionierten Thälmann-Mörders meinen Antifaschismus madig machen.

HÖHER – WEITER – SCHNELLER! ODER WAS?

Die Sportlerinnen und Sportler der Deutschen Demokratischen Republik waren es, die höher und weiter sprangen, weiter warfen und stiessen, schneller liefen und schwammen, mehr Meisterinnen und Meister, mehr Olympiasiegerinnen und -sieger stellten, als die zweimal so grosse Bundesrepublik (alt) hervorzubringen imstande war.

Das lag am Schulsport, an der Förderung des Breitensports, an früher Talentsuche, an Jugendspartakiaden, an Kinder- und Ju-

gendsportschulen, an der Sportwissenschaft – an der Rolle des Sports im Sozialismus. Die USA mit ihren Universitäten und deren Millionenfonds für Leistungssportler, die Sowjetunion und die kleine DDR waren die Grossmächte des Sports.

Kurz nach dem «Beitritt» verkündete der *Spiegel*: «Der Typ des ehemaligen DDR-Athleten hat keine Zukunft». Das schien zunächst ein wenig voreilig. Denn wenig später holten die «bisherigen DDR-Sportler» bei den Weltmeisterschaften den Löwenanteil der «17 deutschen Medaillen», dazu Landes-, Europa- und Weltrekorde.

Aber das Hamburger Nachrichten-Magazin weiss bekanntlich, stets vorinformiert, wie der «Zeitgeist» wächst. Schon begann die Abwicklung auch des DDR-Sports. Denn die Deutschen in den «neuen deutschen Ländern» waren stolz auf die weltweiten Erfolge, die ihre Sportlerinnen und Sportler errungen und mit denen sie ihrem Staat Weltgeltung erkämpft hatten; sie identifizierten sich mit ihrem Sport und ihren weiblichen und männlichen Sportlern.

So begann unter dem Motto «Umkrempeln» eine «Zeit, bis das in die Einheit eingebrachte Heiratsgut aufgebraucht» sei, weil «keine neuen Vorräte angelegt werden können». Dieses Zitat eines westdeutschen Sportjournalisten meinte, in die Praxis übersetzt: Der Breitensport wird schmaler, Jugendspartakiaden fallen weg, die Förderung des Leistungssports wird auf private Sponsoren eingeschränkt. Jeder für sich, keiner für alle. Wer etwas kann, wird sich schon durchsetzen ... Oder, wie Grit Breuer, Weltklassesprinterin aus Neubrandenburg, es beschreibt: «Vielfach verabschiedet sich der Nachwuchs vom Sport. Da ist kein Geld mehr da für Wettkämpfe, da fehlen Trainer, die ehemaligen Trainingszentren gibt es nicht mehr, und an den früheren Kinder- und Jugendsportschulen ist ein verdammt hoher Preis zu zahlen. Da werden manche Eltern nicht mithalten können. Ich kann aber jedem nur raten, weiterzumachen, sonst geht die Leichtathletik kaputt.» Und das war denn ja wohl auch das Ziel. Aber Sportler sind auch Menschen. Einen vielversprechenden, erfolgreichen Sportler kann man nicht einfach «abwickeln» wie Klubs, Verbände, Trainer und Trainingsanlagen. Also muss man versuchen, sie zu verunsichern und herabzusetzen.

Der *Spiegel* erwies sich bei der plötzlich einsetzenden Doping-Hetzjagd nicht nur als Initiator, Produzent fragwürdiger «Dokumente», sondern als bösartigster, skrupellosester Denunziant und Verleumder: Junge Leistungssportlerinnen habe man in der DDR «über Jahre auf einem schmalen Grat wandeln lassen – zwischen Tod und Vermännlichung!» Jeder Zuschauer von Fernsehübertragungen weiss, dass Katrin Behrendt, Helga Radtke, Martina Hellmann, Marita Koch, Heike Drechsler, Bärbel Wöckel, Katharina Witt, Grit Breuer, Katrin Krabbe – um nur einige zu nennen – nicht «vermännlicht» sind, sondern hübsch, schlank, wohlproportioniert und nicht nur wegen ihrer sportlichen Leistungen gesuchte Objekte von Kameraleuten und Fotografen.

Abgesehen davon, dass die Sportmedizin in der DDR auch für die Humanmedizin viel geleistet hat: Oberstes Gebot war strenge gesundheitliche Kontrolle der Sportler. Es ist ein übles Bubenstück, Doping und Drogen miteinander gleichzusetzen. Doping, der Missbrauch von Pharmaka im Leistungssport, ist keine «Erfindung der SED». Die Praxis ging von den Vereinigten Staaten aus und entartete rasch zum weltweiten Drogenmissbrauch. Dass sich die DDR mit diesem Problem wissenschaftlich auseinandersetzte, war nicht nur legitim, sondern geboten.

Dabei ging es im Leistungssport sowohl um die berechtigte Regeneration nach Verletzungen und kräftezehrendem Training als auch um die Verhütung körperlicher Schäden, die Erhaltung der Gesundheit des Leistungssportlers. Die Sportmediziner der Deutschen Demokratischen Republik spielten – im Gegensatz zur hassvoll-verleumderischen Interpretation unserer wissenschaftlichen Erkenntnisse und Praktiken durch eine Frau Prof. Berendon – eine hervorragende Rolle im Kampf um ein internationales Kontrollsystem zum Schutz des Leistungssportlers vor Drogenmissbrauch. Die letzte Untersuchung der Athleten vor der Ausreise zu einem internationalen Sportereignis diente dem Schutz vor Provokationen, deren Zahl gross war und in Zukunft kaum kleiner werden dürfte. Es wurde wissenschaftlich dafür gesorgt, dass ärztliche Betreuung von Leistungssportlern nicht zu deren Nachteil erfolgte, sondern – im Gegenteil – gleichermassen Gesundheit und Leistungsfähigkeit förderte. Dass dazu wissen-

schaftliche Forschung, international anerkannt und seit der sogenannten «Wende» verleumdet, notwendig war und überall betrieben wird, liegt auf der Hand. Aber nun geht es ja nicht mehr um «Brüder und Schwestern», nicht um die «Einbringung wertvollen Heiratsguts in den gesamtdeutschen Sport»: DDR-Sport war «SED-Drill und Doping».

Vergessen und verschwiegen, dass übelste Doping-Praktiken in der alten BRD, im Kalten Krieg vertuscht, geschehen sind: Das einzige deutsche Todesopfer im Sport war die westdeutsche Siebenkämpferin Birgit Dressel. Dieser schwerste aller Dopingfälle war so gravierend, dass damals der (Bundes-)Deutsche Leichtathletik-Verband (DLV) das vom Bremer Pharmakologen Prof. Dr. Schönfelder erarbeitete Gutachten «nur intern diskutieren» wollte. Die Sportlerin erwies sich bei der Obduktion als «vollgestopft mit Chemikalien, verabreicht von ärztlicher Hand», verlautete aus dem DLV. Birgit Dressel, an einem allergischen Schock als Folge des Doping-Anabolikums «Stromba» verstorben, hatte noch kurz vor ihrem Tod ihrer Sportkameradin Petra Leidinger auf deren besorgte Fragen geraten: «Durchziehen, mit allen Konsequenzen!»

Das war der Rat des damaligen Bundestrainers Christian Gehrman und des Lehrers und Hobby-Trainers im pfälzischen Thaleischweiler, Simon, die gegen Geld «Methandienon» verschrieben und verschickten und gegen die die Staatsanwaltschaft Zweibrücken ermittelt. Das Anabolikum, dessen Zusammensetzung bis heute unbekannt blieb, war vom Schweizer Pharma-Konzern *Ciba-Geigy* bis 1982 als «Dianabol» verkauft, dann aber wegen schädlicher Nebenwirkungen vom Markt genommen worden. Gehrman manipulierte damit weiter und bezog u.a. die Weltrekordlerin Eva Wilms, Diskusmeisterin Ingra Maneke und Kugelstosserin Claudia Losch in seine kriminellen Dopingpraktiken ein. Wie in einer kriminellen Vereinigung deckte der DLV die bekannten Vergehen seiner Medaillen-Garanten. Als Bundestrainer war Gehrman zwar schliesslich nicht mehr zu halten; aber nun genießt er als Trainer des bayerischen Verbandes die Rückendeckung der Funktionäre.

Umso bösartiger und vernichtungswütiger spielen sich dieselben Funktionäre gegenüber den Sportlerinnen und Sportlern der

verhassten ehemaligen DDR auf. An der Spitze der Kölner Sportprofessoren Dr. Donike. Er ist in der Tat «Doping-Experte». Seit vielen Jahren hat er in eingeweihten Sportlerkreisen den vielsagenden Spitznamen «Professor Spritze». Dass sein Sohn als Radsportler plötzlich Höchstleistungen vollbrachte, die ihm ganz schnell wieder abhandenkamen, liess ihn und seinen fachmännischen Vater damals in üblen Verdacht geraten.

Den Kölner Doping-Spezialisten störte nicht, dass DLV-Sportwart Manfred Steinbach, im Hauptberuf im Bundesinnenministerium, den überführten Anabolik-Experten Gehrman trotz alledem ins Trainingslager für Tokio berufen hatte. Er hatte auch keine Einwände, als die Anabolika-Einnahme der Marathonläuferin Iris Biba von deren Trainer damit entschuldigt wurde, sie habe «aus Versehen im Dunkeln statt zur Schlaf- zur Dopingtablette gegriffen». (Das wirft Fragen auf: War der Trainer im Dunkeln Zeuge? Wie dicht lagen die Dopingtabletten auf dem Nachttisch neben dem Schlafmittel?)

Alles nichts für Prof. Donike aus Köln. Dem missfallen Sportlerinnen und Sportler aus der ehemaligen DDR im Allgemeinen; wenn sie erfolgreich sind, im Besonderen; und vollends, wenn sie sich nicht an der Verketzerung oder gar Leugnung der Deutschen Demokratischen Republik und deren Sports beteiligen.

Als Katrin Krabbe mit vier Medaillen und einem Weltrekord als erfolgreichste Sportlerin nach Hause kam, wurde sie im nunmehr gesamtdeutschen Sport von seinen Funktionären und seiner Presse begeistert aufgenommen und hochgejubelt. Aber dann verkündete sie frischweg: «Ich habe in der DDR halt schöne Zeiten erlebt.» Das durfte wohl nicht wahr sein. Schlimmer noch: Ihre Freundin und Sportkameradin Grit Breuer bekannte sich im Fernsehen zu den Jugendspartakiaden in der DDR, und sagte – welch ein Skandal –, sie verdanke die Entfaltung ihrer Talente der «allseitigen Sorge um den Sport in der Deutschen Demokratischen Republik».

In diesem Neubrandenburg musste irgendwas nicht in Ordnung sein. So bekam Grit Breuers und Katrin Krabbes Trainer, Thomas Springstein, vom Bundesfrauentrainer Thiele die Weisung, die Krabbe möge sich doch «im Training auf die Staffel

konzentrieren, denn ihre Leistungen im Einzelrennen geben nur zu wenig Hoffnung Anlass». Springsteins Reaktion: «Ich will so arbeiten, wie ich es gewohnt bin», doch wohl auch nach «Altlast».

Grit und Katrin aus Neubrandenburg und ihr Trainer hatten in Tokio Erfolge, wie sie Sportlern aus der alten BRD völlig versagt blieben. Nach ihrer zweiten Goldmedaille wollte man Katrin für ihre Ehrenrunde eine Bundesfahne in die Hand drücken. Sie lehnte ab, lief bejubelt um die Bahn und belehrte dann Journalisten: «Ich bin nun mal in der DDR grossgeworden, und ich will mich nicht vermarkten lassen.» Und sie setzte noch einen drauf: «Die neue Hymne löst in mir keine Heimatgefühle aus.» Frage: «Fühlen sie sich im neuen Deutschland noch nicht heimisch?» Antwort: «Ich mag diese Frage nicht. Ich fühle mich in Neubrandenburg zuhause. Mir geht es seit der Wende besser, doch ich weiss, dass es vielen schlechter geht. Vor allem den Nachwuchssportlern.»

Das war denn wohl zuviel. Der *Stern* nannte sie «schnellbeiniges Produkt aus realsozialistischer Vergangenheit» und schwang sich zu dem Tadel auf: «Bei Interviews taxierte sie ihr Gegenüber, die Lippen aufeinandergepresst, immer auf der Hut». Sie hat es eben nicht nur in den Beinen. Zu ihren guten Erfahrungen in der DDR kommen nun die Erfahrungen im Umgang mit freiheitlichen Journalisten und Sportfunktionären. Diese sinnieren auf Rache am erfolgreichen DDR-Sport. Und sie lassen sie heimtückisch aus an seinen hervorragenden Repräsentanten – ohne Rücksicht auf Wahrheit, Takt, Scham und die Möglichkeit des Verlustes von Olympiamedaillen für Deutschland. Und unter Verzicht auf die vielbeteuerte Menschlichkeit. Denn – Sportler sind auch Menschen...

Am deutlichsten machte Haltung und Absicht gegenüber dem DDR-Sport einer aus einer ganz anderen Sportart: Karsten Wettberg, Fussballtrainer bei München 1860. Zugleich verriet er den Stellenwert des Sports im realen Kapitalismus. Als seine Elf in der Abstiegsrunde der 2. Fussball-Bundesliga gegen Rot-Weiss Erfurt antreten sollte, bekannte er in einer öffentlichen Diskussion: «Wir müssen feindseliger werden. Die Erfurter sind unsere Feinde, die wollen uns den Arbeitsplatz wegnehmen. Fussball ist

Kriegsersatz, da muss man an die Grenzen des Erlaubten gehen – und noch mehr.»

Fussballtrainer Schlappner aus der alten Bundesliga übernahm das Training beim FC Carl Zeiss Jena. Aus seinen Erfahrungen bei Begegnungen mit Bundesliga-Klubs aus den alten Bundesländern berichtete er im Hamburger *Stern*: ‚Ossischwein‘ war noch das Harmloseste, was wir zu hören gekriegt haben. Und darauf waren meine Jungs nun gar nicht gefasst, das hat sie total fertig-gemacht. (...) Dazu ist das Selbstbewusstsein in den neuen Ländern noch zu dünn und die Sensibilität zu hoch. Beinahe jeder meiner Spieler hat einen Arbeitslosen direkt in der Familie, hier ist soviel soziale Not, da gehen solche Sachen ans Eingemachte.» Frage: «Und die Schiedsrichter?» Schlappner: «Unserm Kapitän Jürgen Raab hat einer gesagt: ‚Was willst du Ossi denn, lern doch erst mal richtig Deutsch‘. Dreimal ist uns Ähnliches passiert. (...) Da habe ich manchesmal Mühe gehabt, meine Mannschaft von dem Eindruck abzubringen, dass sie betrogen werde.»

Der 47jährige Handball-Schiedsrichter Rudolf Buchda – international anerkannt, 349 internationale Spiele, Unparteiischer bei acht Weltmeisterschaften, drei olympischen Turnieren und acht Europacup-Finalen, insgesamt 1.750 Spiele – steht «für den Deutschen Handballbund nicht mehr zur Verfügung». Seine Begründung: «Ganz offen gesagt: Ich habe die Schnauze gestrichen voll. Die ständigen Demütigungen, Gängeleien und Nörgeleien seitens des DHB, die teilweise böartigen Anfeindungen in den altbundesdeutschen Hallen, das alles hat die Grenzen des Vertretbaren längst überschritten (...) Die vom DHB als Beobachter eingesetzten Leute, alles Wessis, haben vielfach Dinge über mich und meinen Schiedsrichter-Partner Hans Jürgen Eichhorn aus Schwerin zu Papier gebracht, die nicht nur unobjektiv, sondern schlichtweg falsch waren. Wenn Leute wie der Manager vom VfL Gummersbach über derartig fragwürdige Berichte an den DHB äussern, der Beobachter müsse wohl ein gänzlich anderes Spiel gesehen haben, kennzeichnet das die Situation. (...) Was ich mir alles anhören musste, weil ich ‚Ossi‘ bin – ich will es hier gar nicht wiedergeben. Da waren Stasi-Beschimpfungen noch harmlos. (...) Erst werden die Handballstars aus der Ex-DDR geholt, nun ‚Ostschiedsrichter aussortiert‘: Kein Zufall, sondern deutsche Reali-

tät, nicht nur im Sport. (...) Ich bin bei *Carl Zeiss Jena GmbH* in der Technologie angestellt, bin noch einer von den 3.000 dort Beschäftigten, von einst über 50.000 zu Zeiten des Kombinats Biermann. Aber wie lange? (...) Ich will mir meine menschliche Würde bewahren. Wäre ich jünger, würde ich gehalten. Ausserdem muss ich auch an meinen Beruf denken.»

Höher – weiter – schneller! Wächst so zusammen, was zusammengehört?

MIT HASS UND AUS RACHE: ZUM TRIBUNAL!

Einige, die für «unsere Menschen» grosse Töne gefunden und heute mit ihnen nichts mehr im Sinn haben – Herren wie Rainer Ortleb oder Günter Krause, einst DDR-Führungskader in Blockparteien, nun in Bundesregierung und Bundestag in der II. Reihe –, glauben, sie würden bleiben und aufrücken, wenn sie sich mit abfälligen Bemerkungen über ihren früheren Staat schier überschlagen, nachdem er zuvor von ihnen bejubelt worden war. Zur «Wende» hatten sie nichts Bemerkenswertes beigetragen. Aber zu einem Rachefeldzug gegen Andersdenkende reicht es allemal. Sie sollten an das abschreckende Schicksal des letzten Ministerpräsidenten ihrer Republik denken: Lothar de Maizière hat zwar mehr Charakter als sie und eine Zeitlang auch mehr Stehvermögen gezeigt, aber schliesslich hat der Bundeskanzler die allzeit bereite Akte geschwenkt und sich des nörgelnden Bratschisten als einer peinlichen Altlast entledigt. Es ist gar nicht so leicht, sich in der Bonner Hackordnung zu behaupten. Je ehrlicher, desto schwieriger. Die Wendehälse des Ostens haben sich mit den Glücksrittern des Westens verbunden. Diese Kombination macht zur Zeit Furore und Vermögen.

Nun wollen Herr Schorlemmer und ähnliche ein Tribunal. Im Lexikon lesen wir unter «Tribunal»: «Hoher Gerichtshof, Gericht (besonders Strafgericht), Gerichtsplatz auf dem alten Forum im alten Rom, ursprünglich erhöhter Platz für den Richterstuhl». Schorlemmer also auf dem Richterstuhl, und unter ihm – wie sein Freund, Prof. Reich, sagt – «ein System; offengelegt werden muss, dass dieses System im Grunde genommen der Menschlich-

keit widersprach, aber im Namen der Menschlichkeit gehandelt hat.» Also das Ergebnis der Verhandlung und das Urteil sind bereits vorweggenommen. Dieser erhöhte Platz im Tribunal wird Prof. Schorlemmer streitig gemacht von Prof. Reich, vom Sozialdemokraten Thierse, von Kohl, Kinkel, Limbach und v. Stahl.

Ich zitiere Gerhard Zwerenz: «Fragt sich nur, ob diejenigen, die euch jetzt für die Ewigkeit auf euer Versagen festnageln wollen, ein Recht dazu besitzen. Für Stalin gewesen zu sein, macht schuldig. Für Hitler gewesen zu sein, macht schuldig. Ein Staat, der Hitlers Beamte per 131er Gesetz zu Bonner Beamten ernannte, besitzt kein Fitzelchen Recht, SED- und DDR-Personal kollektiv auszubooten. Jene Massen, die als vormalige DDR-Bevölkerung laut und mediengerecht danach verlangen, gehören zu den Massen, die das SED-Politbüro mit Leichtigkeit zu Massendemonstrationen kommandierte. Ich achte hingegen jeden, der oppositionell war. Es waren viele, aber keine Massen. SED, Stasi, Schalck-Golodkowski, Markus Wolf – alles wird immer mehr zu Sündenböcken gestempelt von welchen, die unter der DDR-Diktatur das Maul nicht aufzumachen wagten oder vom sicheren Hort westlicher Ämter und Redaktionssessel aus nichts zu riskieren brauchten. Aber auch: Bei den ewigen Halalstaatsjagden nahmen jeweils genug westliche Hoheiten teil. Geschäftemacher und Geschäftlhuber sollten sich erinnern. Ihre frommen Fotogesichter im alten ND waren nicht gerade dazu angetan, SED-Genossen oppositionell zu stimmen. Sie mussten, im Gegenteil, denken: Wenn unsere Fürsten von den Strauss & Schmidt & Kohl so hofiert werden, wie kann ich als kleines Licht dann widersprechen? Wie viele kritische Genossen machte der FJS-Milliardenkredit stumm und gehorsam? Wer steht gegen seine ungeliebte Parteispitze auf, wenn der Staatsratsdiktator immerzu von ausländischen Politikern, Managern, Milliardären hochgehört wird? War Honeckers Empfang im Bonner Bundes- und im Münchner Freistaat etwa ein Signal an die SED-Basis, ihren Oberjäger zu pensionieren?»

Natürlich sehe ich manches anders als Gerhard Zwerenz. Aber nachzudenken ist über seine Gedanken gewiss. Namentlich in Bonn. Und vornehmlich über Ursachen und Wirkungen. Der

Jagdleidenschaft zu frönen, ist meine Sache nicht. Aber ist sie wirklich – waidmännisch betrieben – eine derartig bemerkenswerte Sünde? Oder ist sie nur zu verurteilen, wenn Politbüromitglieder auf die Pirsch gehen? Viele waren in ihren besten Jahren selbst Gejagte, Verfemte, Eingekerkerte, als andere Heutige ihre braune «Freiheit» für Freiheit hielten.

Aber der Schelte «unserer Menschen» sollte man sich enthalten – wie auch jeglicher Wählerschelte. Das Marx-Wort steht als unerschütterliche Grösse im Raum: «Der Mensch ist ein Produkt seiner Umgebung.» An der Gestaltung der «Umgebung» haben wir es in den letzten Jahren mangeln lassen. Aber wie Kapitalisten mit der Umgebung umgehen, in der der Mensch lebt und arbeitet und wählt, hat unser Volk in den ersten 45 Jahren unseres Jahrhunderts erfahren; im Westen wurden die Erfahrungen von 1945 bis heute fortgesetzt; und nun sind wir Ossi auch Teilhaber.

Die Totalitarismus-Doktrin wird sehr differenziert angewandt. Die Beweisführung «Rot gleich Braun» wird variiert: Wenn es gerade in den Kram passt, distanziert man sich von prügelnden und brandstiftenden Neonazis und erklärt sie kurzerhand zur «Nachfolgeerscheinung der SED-Diktatur». Zugleich aber verlagert man das Gewicht mählich von Braun auf Rot. In der Endphase der Weimarer Republik wurde im Bürgertum die Frage aufgeworfen, was denn schlimmer sei: die Kommunisten oder die Nazis? Allein die Fragestellung setzte bei beiden gleichermassen «schlimm» voraus. Gibt es heute nicht schon wieder die Tendenz: «Die Braunen waren wenigstens gute Deutsche ... « Und dazu das Unwissen oder das grosse Vergessen: Weltkriege, Holocaust, Ravensbrück, «Auschwitz-Lüge»; nichts davon hat mit den Kommunisten zu tun. Unvergessen ist die Gleichung, die Adenauers Aussenminister v. Brentano mit Hitlers Horst Wessel anstellte, der ein Zuhälter war und dessen Lied «Die Fahne hoch» deutsche Nationalhymne wurde, unvergesslich Kohls Vergleiche Gorbatschows mit Joseph Goebbels und Pinochets Chile mit der Deutschen Demokratischen Republik. Sein Besuch mit Reagan an den SS-Gräbern in Bitburg war nur folgerichtig im Weltbild dieses Historikers.

Vergessen wir niemals: Faschismus als Herrschaftsform kam

nie von unten nach oben, sondern stets von oben, von der herrschenden Klasse und durch ihre Gelder und Medien nach unten. Die politisierenden, schreienden, prügelnden, zündelnden Grüppchen und Gruppen, auch wenn sie, zu Parteien gebündelt, hochgepöppelt wurden, waren immer nur Eingreiftruppen, Reserven des Imperialismus für den Fall, dass der Widerstand zu gross geworden, die Grenzen seiner Macht erreicht schienen.

Schorlemmers «Tribunal»: Das klingt so schön nach «Nürnberger Tribunal der Völker». Damit hatten viele Leute, die heute applaudieren, damals nicht viel im Sinn: «Siegermentalität» hiess es und «Siegerwillkür». «Wo ist die Rechtsgrundlage?», schrien vor allem solche, die bis eben mit dem Hakenkreuz auf der Robe zu Gericht gesessen hatten. Und «kein Gesetz mit rückwirkender Kraft» klagten vor allem jene, die Unrecht gesprochen hatten, bis auf dem Reichstag die rote Fahne gehisst wurde.

Dabei hatte das Nürnberger Tribunal eindeutige, unanfechtbare völkerrechtliche Grundlagen. Der braune Verbrecherstaat mit seiner Schuld an Krieg und an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von einer in der Weltgeschichte einmaligen Dimension waren: Deutschland, Europa und grosse Teile der übrigen Welt waren mit gierigen Eroberungen, wüsten Zerstörungen und blutigem Völkermord in unvergleichlichen Ausmassen überzogen worden; dieser Verbrecherstaat war vornehmlich unter den Schlägen der Roten Armee zusammengebrochen, hatte bedingungslos kapituliert und war mit seiner Gesetzlosigkeit von der Landkarte verschwunden. Die übriggebliebene Führungsmafia als kriminelle Vereinigung vor ein Gericht der Völker zu stellen, war Volkes Wille, historische Gerechtigkeit und Gebot der Menschheit und ihrer Zukunft. Unter einmalige, unvergleichliche Verbrechen sollte in Nürnberg, dem Ausgangspunkt der faschistischen Zusammenrottungen und der Unrechtsgesetze, ein Schlussstrich gezogen werden. Es war ein antifaschistisches Völkertribunal.

Was soll Schorlemmers, Thierses und deren Nachbeter «Tribunal» werden? Was anderes als ein antikommunistisches «Tribunal»? Was anderes als ein McCarthy-Komitee mit seiner verabscheuungswürdigen Herabwürdigung würdiger Menschen?

Was anderes als ein «Schauprozess», ein «Volksgericht» – und von da ist man schnell beim Standgericht und beim ‚Volksgerichtshof‘! Übrigens, bei aller Bewältigung der Vergangenheit durch die Kommunisten (und die Sozialdemokraten): Es waren ausnahmslos die Parteien des deutschen Kapitals, die unser Volk in zwei Weltkriege geführt haben.

Wie war es? Wie kam es? Antworten auf diese Fragen geben Antworten auf die Geschichte. Die Frage, wer war es, muss sachlich und geschichtsnotorisch beantwortet werden. Das war in Nürnberg – mit Einschränkungen auf westalliiertes Gebiet – der Fall.

Von Schorlemmers «Tribunal» ist das nicht zu erwarten. Kann man deutsche Geschichte aufarbeiten, indem man sich auf die Zeit von 1945 bis 1990 und auf den deutschen Raum zwischen Elbe, Werra und Oder beschränkt? Auf die «Besiegten»? Also doch: Sieger-Justiz? Was war 1945 bis 1990 zwischen Elbe, Werra und dem Rhein? Reichen die Wurzeln beider deutscher Staaten nicht viel tiefer als die in Karlshorst vollzogene Kapitulation? Waren da nicht zwei von deutschen Imperialisten und ihren Kaisern und Führern entfesselte Weltkriege? Gab es nicht die Parteien der «Alldeutschen», der «Deutschnationalen», der «Deutschnationalen Volkspartei», der deutschen Faschisten? Wo blieb in der Bundesrepublik (alt) die Aufrechnung mit ihnen? Viele Fragen! Und im Westen Deutschlands keine ernsthaften Antworten. Jetzt sollen die Jahre 1870/71 bis 1945 aussen vor bleiben? Einfach 1945 anfangen?

Will solch ein «Tribunal» auf die Zerrbilder und «Zeugen» verzichten, die seit Jahren ein DDR-Bild an die Wand werfen, dass sich die Balken biegen und der DDR-Bürger, der sich nicht hat dumm- und dämlichreden lassen, sich fragen muss: Was ist denn das für ein Staat? Das kann doch nicht der sein, in dem ich 15, 20, 30, 40 Jahre gelebt habe? Den ich auf gebaut, den ich gestärkt habe? Die falschen Zeugen und Zeugnisse entspringen ja nicht dem Willen nach historischer Wahrheit, sondern der Lust an verleumderischem Hass und der Verführung, Menschenjagd und Existenzvernichtung auszulösen und vergessen zu machen, dass man jedes Gespür für die historischen und globalen Zusammenhänge verloren hat. Wo bleibt die Einsicht: Die über 50-jährige

Nachkriegsentwicklung ist nicht nur von Stalin, Chruschtschow, Breschnew, Ulbricht und Honecker geprägt worden, sondern entscheidend von Truman, Kennedy, Churchill, Adenauer, Strauss, Kohl, der NATO, der CIA und dem BND? Ein «Tribunal» wie das von Schorlemmer vorgeschlagene würde jeglicher verfassungsmässigen, gesetzlichen und historischen Grundlage entbehren. Mit dem angestrebten Ziel, «das gesunde Volksempfinden» zu mobilisieren und zu manipulieren, die Volksseele zum Kochen zu bringen, wäre es kein Tribunal, sondern eine Medien-Show zur Hetze gegen «Bolschewisten». Ein Volk von 16 Millionen Anklägern und Angeklagten wäre das Ergebnis. Staatsanwalt und Scharfrichter in einer Person: Der Journalist.

Herr Kollege Pleitgen, haben Sie dafür mit Ihren Live-Sendungen Friedrich Schorlemmer vom weithin unbekanntem Wittenberger Pfarrer zum politischen Medienstar hochgespielt? Herr Schorlemmer, ist Ihnen Ihre Medien-Popularität deshalb soviel wert, weil Sie Ihr Geltungsbewusstsein befriedigt? Sollten Menschen mit Ihrer politischen Unerfahrenheit, so kurz erst in einer Partei und im Licht der Öffentlichkeit, sich nicht von Bescheidenheit leiten lassen, von Verantwortung für das, was man auslösen könnte?

Glauben Sie, mit einem «Tribunal» etwas anderes zu produzieren als weitere Munition für Medien und Journalisten, die Sie selbst völlig richtig so charakterisiert haben: «Freiheit der Presse wird im skrupellosen Kampf um Leserzahlen bisweilen zum zynischen Geschäft, zur Freiheit der Würdelosigkeit. Entwürdigende Auswüchse der Pressefreiheit, erfolgreich psychologisch ausgeklügelt, appellieren eher an niedere Instinkte und richten bei den ohnehin aufgewühlten Ostdeutschen ein seelisches Zerstörungswerk an.»

Wäre es nicht des Nachdenkens soviel wert wie die Besinnung auf christliche Gebote der Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Toleranz? Ich teile Ihre Forderung nach «Rücksicht auf die, die nach uns kommen, dass wir ihnen nicht Wüste hinterlassen».

BEFINDLICHKEITEN

Durch neue Erfahrungen mit neuen Freiheiten entfernen sich viele vom Wir zum Ich. Da die schönste Bildung die Vermögensbildung geworden ist, verblasen Hilfsbereitschaft, Miteinander, sogar Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Familie, einer Gruppe, der Gesellschaft. Neue Einsichten und Erkenntnisse wenden sich nach innen. Das menschliche Individuum muss lernen; aber es lernt ihm im Grunde Fremdes und oft nur vom Konkurrenten, um es besser zu machen als er. Man klammert sich an Beschäftigungsprogramme, Warteschleifen, ein paar Stunden Kurzarbeit. Man denkt an den eigenen Arbeitsplatz oder wie die nächste Mietsteigerung zu bewältigen ist. Dieses letzte Stück Hoffnung, diese Tages- und Zukunftssorgen machen noch mehr immun gegen Sorgen des Nachbarn. Die Einsamkeit nimmt zu, und immer mehr meinen, jeder stehe für sich allein zwischen Tausenden, die wiederum ein Bruchteil sind von Millionen.

Man entnimmt der Vollmundigkeit des Kanzlers oder den Höhenflügen seiner Weisen, dass der Aufschwung begonnen habe und die Zahl der «Betriebsneugründungen» steige. Man sieht's ja auch: Zeitungskioske, Imbissstuben, Videotheken, Sexshops. Das haben wir nicht gewollt? Was denn haben sie gewollt, die da zu Recht auf die Strasse gehen zu müssen glaubten? Wogegen sie waren, haben sie unüberhörbar artikuliert. Aber wofür? Dass «unsere Menschen» «Ossis» wurden, Hofnarren in einer freien Welt, deren Lehrer sie im Umschulungslehrgang belehrten: «Das Tisch! Du verstehen?» Oder junge Jurisprudenz-Assessoren, die gestandenen Richtern offenbaren: «Wenn jemand einem anderen etwas fortnimmt, was jenem gehört, nennt man das ‚Diebstahl‘, verstehen?» Beide Beispiele sind nicht erfunden. Das Selbstbewusstsein des DDR-Bürgers ist teils der Hingabe an VW oder Opel oder den Urlaub auf Mallorca gewichen oder dem Warten in der Stempelschlange und beim Wohnungsamt. Es ist schwer, mit aufrechtem Gang Blumentöpfe zu gewinnen.

Aber anders geht's nicht. Hiess es früher: Wer schreit, hat Unrecht, gilt heute: Wer nicht schreit, wird nicht gehört. Frauen wollen keine Ausbildung zur Bundesbürgerin, sondern zur Facharbei-

terin. Steuern mästen die Grossen und schröpfen die Kleinen. Treuhand hält hin, blockt ab, bis nichts mehr zu sanieren ist. Grosse verdienen an der Einheit, die Kleinen bezahlen die Zeche. Statt Einfällen überwiegen Ausfälle. Man klagt über «flächendeckende Sicherheit» und beklagt nicht die Vernichtung der flächendeckenden Gesundheits Versorgung.

«Bis zur Wende waren wir Brüder und Schwestern, nach der Wende sind das Fremdworte», ergab eine EMNID-Umfrage über Erfahrungswerte der Osis: «Sie wenden sich wegen ihres Wohlstandes von uns ab; ihre Kenntnisse über die frühere DDR sind sehr gering und zum Teil verzerrt, dadurch entsteht viel Überheblichkeit; sie ziehen unsere Geschichte total ins Negative, obwohl sie viel zu wenig über unser Alltagsleben wissen; sie wollen uns nicht mehr ... «

Sie haben immer zu wenig, wenn nicht gar nichts gewusst über die Deutsche Demokratische Republik. Die DDR-Bürger waren über die Bundesrepublik immer besser informiert als umgekehrt. Und keineswegs durch die West-Medien. Die wahrheitsgemässe Berichterstattung über Westdeutschland – einschliesslich historischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Hintergründe und Zusammenhänge – erfolgte in den Medien der Deutschen Demokratischen Republik. Wir verstanden nur nicht, glaubhaft zu machen, dass der Wohlstand in der BRD auf Kosten der DDR (Reparationen und Kalter Krieg) und der Dritten Welt geschaffen worden ist. Und viele nahmen uns Gebrechen und Unmenschlichkeit des gewöhnlichen Kapitalismus nicht ab, weil wir oft langweilig und eintönig waren und eher zum Abschalten anregten als zum Nachdenken. Wenn man jetzt vom Rathaus kommt – oder vom Arbeitsamt, Finanzamt, Wohnungsamt – ist man nicht immer klüger, sondern verbittert und schweigt.

Jetzt sind wir in Deutschland angelangt: als Arbeiter II. Klasse, Bürger II. Klasse, Bauern II. Klasse, Ärzte und Wissenschaftler II. Klasse, Richter II. Klasse, Lehrer II. Klasse, Sportler II. Klasse und wer und was noch alles zweitklassig sein soll – Deutsche II. Klasse ... Armes Deutschland.

Die Menschen befinden sich mit ihren fünf Ländern gewissermassen in der II. Bundesliga. Wenn wir aufsteigen wollen, dürfen

wir nicht verzagen, sondern müssen kämpfen. Aber nicht als Einzelkämpfer, sondern zusammen – ob's nun Team, Kollektiv oder Solidargemeinschaft heisst.

NOTBAU ODER FESTES HAUS

Ich weiss nicht, wie oft das Grundgesetz schon geändert worden ist: Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze und vieles andere mehr. Verfassungswidrig, entgegen dem «Einigungsvertrag» und ohne Volksabstimmung, wurde es den fünf neuen Ländern und Berlin-Ost unverändert übergestülpt. Gerade weil es als Provisorium gedacht war, war 1949 auf eine Volksabstimmung verzichtet worden. Darum der klare Grundgesetz-Auftrag einer gesamtdeutschen Verfassung nach Herstellung der Einheit. Mit Volksabstimmung.

Wissenschaftler und Politiker machten sich 1989 an die Erarbeitung einer neuen deutschen Verfassung. Der Verfassungs-Entwurf des «Kuratoriums für einen demokratisch-verfassten Bund deutscher Länder» formuliert Forderungen gegen die Anhäufung von Macht, die sich in den Händen der Regierungspartei befindet und die Demokratie aushöhlt. Da war von Volksbefragung und von Volksentscheid die Rede und von einer Volksabstimmung über die neue Verfassung. Das war eine echte nationale Frage, und das Komitee tagte in der Frankfurter Paulskirche. Anlass und Ort waren politisch bedeutungsvoll und zweifellos fernsehfreundlich. Aber, o Wunder, ZDF und ARD waren nicht interessiert, DFF nahm nicht einmal in *Aktuell* Notiz von dem Ereignis. Diese Medien-Haltung entsprach der Zurückhaltung von CDU, CSU, FDP und SPD. Es scherte sie nicht, dass der Vorsitzende des Parlamentarischen Rates, Prof. Carlo Schmid (SPD), im Mai 1948 eine Volksabstimmung über den Entwurf des Grundgesetzes mit den Worten abgelehnt hatte: «Einem Notbau gibt man nicht die Weihe, die dem festen Haus gebührt.» Bundestag und Grundgesetz als «Notbau», eben als Provisorium. Jetzt wäre es wohl an der Zeit, aus dem provisorischen Bundestag ein «festes Haus» zu machen und aus dem provisorischen Grundgesetz eine neue, für

ganz Deutschland gültige Verfassung. Und über die würden wir Deutsche denn wohl gem demokratisch abstimmen wollen ...

Die Regierungsparteien im alten Bonn und in den alten Bundesländern indes wollen keine Verfassung für alle deutschen Länder. Das heisst, ändern will man schon: Man will ein Grundgesetz schaffen, das die Entsendung deutscher Soldaten über den NATO-Bereich hinaus in alle Welt erlaubt. Eine weitere Änderung soll bewirken, dass vor Willkür und Hunger Flüchtenden nur noch sehr beschränkt in der BRD Asyl gewährt wird.

Für diese Verfassungsänderungen scheut man vor keiner Unwahrheit zurück: Die Bundeswehr gehöre an den Golf und nach Jugoslawien, um dort für «Ruhe und Ordnung» zu sorgen; man müsse dafür gewappnet sein, wenn es gelte, «Verantwortung wahrzunehmen», wenn irgendwo auf unserem Kontinent oder wo sonst in der Welt Unruhen, nationale Streitigkeiten oder innenpolitische Zwiste ausbrechen sollten. Und was das verfassungsmässige Asylrecht angeht, so sei «das Boot voll».

Heute schon kreisen deutsche Hubschrauber der Bundesluftwaffe mit uniformierten Inspektoren der UNO über dem Irak – wider die Verfassung. Und Bundeswehrsoldaten werden in Kambodscha von ihrem Verteidigungsminister inspiziert – vorerst als «Sanitäter».

«STAATLICH GELENKT». ODER WAS?

Sprachschöpfer im Westen reden nicht nur von einem «verordneten Antifaschismus», sondern auch von der «staatlich geplanten Friedensbewegung der DDR». Als ob normale Menschen nicht für den Frieden wären und sie zu organisieren, ihren Willen und ihre Kräfte zusammenzufassen, eine Schuld sei ... Schon seit je will man aus der Deutschen Demokratischen Republik den Buhmann machen, mit dem Westdeutschlands und Westberlins Bevölkerung erschreckt und Bonns Politiker und Militärs als Retter des Abendlandes hingestellt werden sollen: die angriffslüsterne Sowjetzone, bereit und willens, mit Volkspolizei, Kasernierter Volkspolizei, Volksarmee und Kampfgruppen (im Rücken natürlich Sowjetarmee und Warschauer Vertrag) über das friedliche

Westdeutschland herzufallen. Darum erst die Spaltung. Auch heute beharrt man auf dieser Mär.

Werfen wir also einen synchron-optischen Blick auf diese viel geschmähten 40 Jahre. Wer ist auf dem harten Weg der Spaltung vorangegangen? Erst wurde die Währung im Westen einseitig reformiert, dann im Osten. Erst wurde die Bundesrepublik einseitig und spalterisch gegründet, dann zogen wir nach und gründeten die DDR. Erst, schon 1947, gab es in Westdeutschland jene «Dienstgruppen», deutsche Soldaten im englischen, amerikanischen und französischen Sold, die, wie es am 15. März 1952 in der amerikanischen Dienstgruppenzeitung hiess, «als vollwertige Soldaten im Sinne des Völkerrechts» zu gelten hatten; bei uns gab es nichts dergleichen. Erst wurden in Westdeutschland der Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizei aufgestellt, dann zogen wir gezwungenermassen nach und gründeten die KVP. Erst trat Westdeutschland der aggressiven NATO bei, erst vier Jahre später wurden wir Mitglied des gänzlich andersgearteten Warschauer Paktes. Erst beschloss der Bonner Bundestag die Wehrgesetze und die Aufstellung der Bundeswehr, dann kam zwangsläufig unsere Nationale Volksarmee. Die Bundesrepublik führte die allgemeine Wehrpflicht ein, wir antworteten darauf zunächst mit dem Verzicht auf die Einführung der Wehrpflicht. Bundesregierung und Bundestag beschlossen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, wir lehnten die atomare Bewaffnung unserer Volksarmee ab. Auf immer neue Waffen für die Bundeswehr antworteten wir mit Abrüstungsvorschlägen, ja sogar mit Abrüstungsvorleistungen.

Ein gelehrter, gläubiger Christ hat 1988 die Frage aufgeworfen: «Wer Geschichte verstehen will, der muss fragen: Was konnte in einer Epoche getan werden, was musste getan werden, was wurde getan? Welche Kräfte haben die Aufgaben ihrer Zeit gesehen und zu erfüllen versucht? Welche Kräfte haben sie zu hindern versucht? Wer war im Recht und wer war im Unrecht? Und dann stellt sich die Frage: Was haben die, die im Recht waren, für die man Partei nehmen muss, richtig, was haben sie falsch gemacht? Was könnten wir als ihre Erben lernen, ihre Sache fortzuführen und ihre Fehler zu vermeiden?»

ÜBER DIE AMIS UND ÜBER UNS

Dass über einem der Rednerpulte Helmut Kohls ein Transparent die Losung verkündet haben soll: «Im Bruderbund mit den USA für den Sieg der freiheitlich-demokratischen Grundrechte in der ganzen Welt! Von den USA lernen heisst siegen lernen!», halte ich für ein Gerücht.

Allerdings – wenn man an Konrad Adenauers «Gleichschritt mit unseren amerikanischen Freunden» denkt (egal wohin sie marschierten), an Willy Brandts Westberliner Treueschwur für John F. Kennedy: «Ich möchte, dass Sie spüren: In dieser Stadt schlägt das Herz des deutschen Volkes –auch für Sie» oder an Helmut Kohls «unverbrüchliche deutsch-amerikanische Wertegemeinschaft» – dann wird unübersehbar, dass tatsächlich niemand in der amerikanischsten Republik, die ausserhalb der Vereinigten Staaten existiert, als Bundeskanzler denkbar wäre, der etwa schwerwiegende, grundsätzliche Vorbehalte gegen die imperialistischen Auftritte, die aussen- und verteidigungspolitischen Methoden, die innere Befindlichkeit und Tradition der Vereinigten Staaten hat. «Wir sind alle Amerikaner», beteuerte Helmut Schmidt als sozialdemokratischer Bundeskanzler; als Kanzler a. D. kassiert er bei Vortragsreisen in den Vereinigten Staaten die Dollars scheffelweise.

Die Milchspeisung in seiner Ludwigshafener Schule und sein Anzug aus einer amerikanischen Kleiderspende sind für den Bundeskanzler politisch gestaltendes Wissen. Ist es naive Amerikagläubigkeit, die ihm Schweigen zur Ehrenpflicht macht, wenn nicaraguanische Häfen von der amerikanischen Kriegsmarine vermint werden und deren Regierung vom Weltgerichtshof in Den Haag des mehrfachen Bruchs des Völkerrechts beschuldigt wird – weil sie «derselben geistigen Heimat» entstammen? Wie stand es mit den «gemeinsamen Grundüberzeugungen», als der damalige Vizepräsident Bush, nachdem ein amerikanisches Kriegsschiff einen iranischen Airbus mit 290 zivilen Luftpassagieren abgeschossen hatte, die hanebüchene Erklärung abgab: «Ich werde mich nie für die Vereinigten Staaten entschuldigen! Es interessiert mich nicht, wie die Fakten sind!»?

Armes Deutschland: Nun sind auch wir in Deutsch-Nordost in

diesen «gemeinsamen geistigen Hintergrund» einbezogen. Was Gott und die USA tun, das ist wohlgetan. Und wenn es im Widerspruch zur politischen Moral steht, ist nicht nur die Kritik, sondern schon die wertfreie Berichterstattung über amerikanische Missstände unerwünscht, strafenswert, mindestens ein Beweis subversiver Geisteshaltung. Oder hätte die *Frankfurter Allgemeine* etwa die Reagan-Doktrin kommentiert und verurteilt? Unter dem Codewort «Veil» waren völkerrechtswidrige Geheimdienstoperationen im Ausland Regierungspolitik. Wenn so etwas Moskau und seinem KGB hätte nachgewiesen werden können (und nicht nur gelegentlich erfunden werden musste)! Sie suchen einen Mörder? In der Hauptstadt der freien Welt können Sie einen für 200 Dollar kaufen. In Los Angeles werden im Jahr mehr Menschen erschossen als in ganz Westeuropa! 250.000 amerikanische Geisteskranke sind in den USA obdachlos! Die hochmoralische USA – ein Land der Kinderarbeit, der Kinderprostitution und des Kinderhandels, des Verkaufs von Kleinkindern verhungerner, hoffnungsloser Eltern an reiche, aber unfruchtbare Besitzbürger! Ernten werden durch Wanderarbeiter eingebracht, die kein Recht auf medizinische Betreuung, keine soziale Sicherheit für Alte und keine Schulen für ihre Kinder und Enkelkinder haben!

«Es interessiert mich nicht, wie die Fakten sind» ... *Springers Welt*, die *Frankfurter Allgemeine*, die Deutsche Presseagentur DPA interessierten diese Fakten auch nicht. Vereinzelte realistische Anwendungen (Thilo Koch, Pleitgen) sind wegen der vorgeblichen «Objektivität», «Freiheitlichkeit» und «Pluralität» geduldet, manchmal sogar erwünscht. In den Fischerchören der publizistischen Hofsänger gehen sie ohnehin schnell unter. Eine konkrete und kontinuierliche Schilderung der amerikanischen Wirklichkeit findet in Blättern und Sendern, denen die Staatsräson eingetrichtert wurde, nicht statt. Die Bonner Politik der Verherrlichung der USA schuf in der Bundesrepublik ein Amerikabild, das der Wahrheit hohnspricht.

BEISPIEL: DIE ENTDECKUNG AMERIKAS

Als Ronald Reagan in sein Amt eingeführt wurde, verkündete er, sein Land sei «eine leuchtende Stadt auf dem Hügel», es sei «das Land der Verheissung», auf das «Gott seine Gnade giesst, der immer auf uns blickte und uns als das Land führte, das das Land der Verheissung ist, die letzte grosse Hoffnung des Erdmenschens, das Land, das nie dafür bestimmt war, das zweitbeste Land zu sein. Vielleicht können wir, wenn wir beten, auch darum bitten, dass die anderen etwas haben, das sie feiern können.»

Der mittelmässige Hollywood-Schauspieler und zweifellos beste Präsidentendarsteller hatte seine Rollen- und Redenschreiber beauftragt nachzuforschen, was die europäischen Entdecker Amerikas einst gepredigt hatten. Man fand John Winthrop, der 1630 nach seiner Landung in der Massachusetts Bay seinen Begleitern aus der Alten Welt predigte: «Dass wir eine Stadt auf dem Hügel sind und die Augen aller Menschen auf uns ruhen.» Die erste amerikanische Generation war ihrem Selbstverständnis nach – so wird es von dem angesehenen Historiker Henry Steele Commager von der New Yorker Columbia University beschrieben – «das neue Jerusalem, sie war Zion, und ihre Menschen waren das auserwählte Volk; es ist völlig eindeutig, dass der Mythos der Einzigartigkeit den Mythos der Überlegenheit mit sich führte».

Damit waren natürlich nicht die ersten amerikanischen Generationen gemeint, sondern die europäischen Entdecker und Einwanderer. Diese hatten die Ureinwohner teils ausgerottet, teils mit Glasperlen und Alkohol und durch Treuhandraub des Bodens ins soziale Abseits gedrängt. Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts hat Präsident Theodore Roosevelt das schöne Bekenntnis abgelegt: «Ich gehe nicht soweit, zu denken, dass nur tote Indianer gute Indianer sind, aber ich glaube, dass das für neun von zehn Indianern gilt, und was den zehnten angeht, so will ich den Fall nicht mehr untersuchen. Jedenfalls hat der bösartigste Cowboy mehr moralische Prinzipien als der durchschnittliche Indianer!»

«Deutsch-amerikanische Wertegemeinschaft»? «Unser grosses Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde»:

Das stammt nicht von Hitler. «Werden wir uns in der Blüte unserer vitalen Jugend und am Beginn unserer gloriosen Männlichkeit zu den ausgelaugten Völkern gesellen und einen Platz bei den Schwachen und Feigen einnehmen? Tausendmal Nein!» Theodore Roosevelt fehlte nicht viel zum ersten Faschisten der Welt. Ronald Reagan und George Bush bekennen sich zu diesem Theodore Roosevelt als ihrem liebsten und vorbildlichsten Präsidenten der amerikanischen Geschichte ...

BEISPIEL: AMERIKAS PRÄSIDENTEN

Richard Nixon proklamierte, seine «Nation unter Gott kann der Welt mehr geben, als andere Völker ihr geben können. Wir können der Welt geistige Führung geben. Ob wir das wollen oder nicht. Uns wurde die Aufgabe zur Führung angetragen.» Dann musste er als Lügner und Rechtsbrecher schimpflich abtreten.

Einer seiner Vorgänger, John F. Kennedy, sah in seinem Land «das helle Leuchtfeuer der Hoffnung für die ganze Welt» und leitete daraus «das Recht auf die moralische Führung des Planeten» ab. Dann liess er seine CIA die Schweinebucht-Invasion in Kuba versuchen und begann den Krieg gegen Vietnam. Als er ihn beenden wollte, musste er sterben.

Amerikas zweiter Präsident, John Adams, meinte, die Gründung der amerikanischen Nation sei «zweifelsfrei ein herrlicher Plan der Vorsehung, den Rest der Welt, der unter beklagenswerten Umständen lebt, zu erleuchten und eines Tages zum ‚American way of life‘, also zur menschlichen Vollkommenheit zu bekehren».

Vor anderthalb Jahrhunderten residierte mit Andrew Jackson im Weissen Haus in Washington ein Analphabet und Revolverheld, der sich des Besitzes einer weissen Sklavin rühmte und stolz darauf war, einen Widersacher im Duell erschossen zu haben.

Tiefes Unbehagen rufen das amerikanische Kriegsverbrechen an Libyen und Washingtons Mordversuch an Ghadaffi in Westeuropa hervor. Die immer aggressiver werdende Aussenpolitik Reagans erschütterte das Fundament des westlichen Bündnisses, und von «gemeinsamen transatlantischen Werten» war da wohl

nicht mehr viel zu hören. Daran ändert sich auch nichts, wenn der eine oder andere «Verständnis für Washingtons Reaktion» beteuert.

Mit dem Terrorismus verhält es sich etwas anders als mit dem alten Streit, ob erst das Huhn da war oder erst das Ei. Da gibt es solche, die üben individuellen Terror gegen Unschuldige, sprengen Flugzeuge, töten Geiseln, bringen Menschen ums Leben oder verletzen sie, die tanzen wollen und sich des Lebens freuen. Das ist verbrecherisch, und jeder anständige Mensch verabscheut, verurteilt und bekämpft es. Denn, wohlgemerkt: Alles gegen Mord an Unschuldigen! Alles gegen Flugzeugentführungen, Geiselnahmen und Sprengstoffanschläge.

Aber das gilt dann umso mehr für solche, die Versuchsbomben zur Vernichtung der Menschheit zünden und glauben, andere Staaten damit terrorisieren zu können; die mit Richtern und Polizisten, Haft, Folter, Krieg und Rassismus eigene Mitbürger und Nachbarn verfolgen; die unter dem Vorwand «Kampf gegen den internationalen Terrorismus» in Wirklichkeit einen Kampf gegen PLO, ANC und SWAPO führen, gegen Libyen, Nicaragua, Syrien, Irak und Iran, und Mordanschläge auf Arafat und Ghadaffi versuchen. Ich spreche von denen, die selbst blutige oder unblutige Anschläge inszenieren, um dann laut «Haltet den Dieb» zu schreien und zu einem «Kampf gegen den internationalen Terrorismus» aufzurufen. Und den führen sie dann – als Staatsterrorismus: gegen Nordkorea, Vietnam, Laos und Kambodscha; gegen Grenada, Libanon und Libyen. Andere ahmen den «Grossen Bruder» nach: gegen Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon, mit Morden in Sabra und Shatila, mit Luftterror gegen Tunis; mit terroristischen Überfällen auf Angola und Mocambique. Was die Battista und Duvalier unter amerikanischem Schutz trieben, was Pinochet, Duarte, Sawimbi oder die sogenannten Kontras treiben: Es ist blanker Terrorismus. Was für ein schlechter, böser Witz, wenn Israels Regierungschef vor dem Parlament der Europäischen Gemeinschaft zum «Kampf gegen den internationalen Terrorismus» aufruft.

Terrorismus ist die Methode von Kolonialisten, Kapitalisten, Imperialisten, Faschisten, Zionisten – seit altersher. Und seit altersher wehren sich die Menschen: mit tauglichen, legalen, mora-

lich berechtigten Methoden des Widerstands; aber verzweifelt, irregeleitet schlagen sie auch mit individuellem Terror zurück, der Unschuldige trifft und ihrer eigenen gerechten Sache schadet.

Mit dem Schlagwort «Kampf gegen den internationalen Terrorismus» werden unter diesem Tarnhemd Freiheitskämpfer, Freiheitsbewegungen und Staaten bekämpft, die ihre Unabhängigkeit errungen haben und ihren eigenen Weg gehen. «Verständnis» dafür? Dafür Verständnis? Damit «geistige Verbundenheit»? «Wertgemeinschaft»?

Es war ein deutscher Kaiser, der mit einem Kanonenboot in der nordafrikanischen Region imperialistische Politik machte: der «Panther»-Sprung nach Agadir. Es war ein faschistischer deutscher «Führer», der SS-Leute in polnische Uniformen steckte, sie den «Reichssender Gleiwitz» überfallen liess, um eine «Begründung» zu schaffen, Polen zu überfallen. Es war Washington, das im Golf von Tonking einen «vietnamesischen Angriff auf den amerikanischen Zerstörer ‚Maddox‘» erfand, um sich das «Recht» anzumassen, Nordvietnam zu bombardieren.

Historische Fakten sollten bekannt sein und die Erinnerung wach, das Gehirn alarmiert, wenn Unbefugte heuchlerisch von «Terrorismus» reden (oder auch von «Aufarbeitung der Geschichte»).

MASSTAB AMERIKA

Von den 55 Delegierten jener Versammlung in Philadelphia, auf der Amerikas Unabhängigkeit und die Menschenrechte verkündet wurden, waren 42 Kongressabgeordnete, 7 Gouverneure, 28 wohlhabende Anwälte und hohe Richter, 24 Geldverleiher, 15 Sklavenhalter mit Grossgrundbesitz, 14 Bodenspekulanten, 13 Grosskaufleute und Bankiers. Kleine Farmer, Handwerker, Lohnarbeiter befanden sich nicht in dem Konvent, den Thomas Jefferson, Verfasser der Unabhängigkeitserklärung von 1776, einst eine «Versammlung von Halbgöttern» genannt hat. Wie sollten da die Vorsätze der Unabhängigkeitserklärung Wirklichkeit werden: «Wir halten es für selbstverständliche Wahrheiten, dass alle Men-

schen gleich geschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräusserlichen Rechten ausgestattet sind, zu denen das Leben, die Freiheit und das Streben nach Glück gehören?»?

Leider öffnet sich die Schere zwischen Ideal und Wirklichkeit immer mehr. Rufe nach Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmungsrecht und Souveränität der Völker, Forderungen aus den USA an sozialistische Staaten gerichtet, entbehren jeglicher Berechtigung, jeglichen Rechts, nämlich der eigenen untadeligen Ausgangsposition. «Und da man» – schreibt Friedrich Engels im Anti-Dühring – «nicht mehr in einem Weltreich lebte, wie das Römische gewesen, sondern in einem System unabhängiger, miteinander auf gleichem Fuss verkehrender Staaten von annähernd gleicher Höhe der bürgerlichen Entwicklung, so verstand es sich von selbst, dass (...) Freiheit und Gleichheit proklamiert wurden als Menschenrechte. Wobei es» – fährt Friedrich Engels fort – «für den spezifisch bürgerlichen Charakter dieser Menschenrechte bezeichnend ist, dass die amerikanische Verfassung, die erste, welche die Menschen anerkennt, in demselben Atem die in Amerika bestehende Sklaverei der Farbigen bestätigt: Die Klassenvorrechte werden geächtet, die Rassenvorrechte geheiligt (...) « Es ist nicht zu leugnen, dass die einzigen Atombomben, die bisher abgeworfen wurden und die Bevölkerung zweier Städte vernichteten, amerikanischer Herkunft waren. Wer gab den Befehl?

Da hatte es in Kansas City einen kleinen Krawattenhändler gegeben, der brav seine «Schutzgebühr» zahlte: an die erpresserische Mafia der Brüder Pendergast. Aber diese hatten Grösseres im Sinn als Kansas City. So hievten sie ihren tributpflichtigen Krawattenhändler auf einen Abgeordnetensitz von Kansas, auf den Gouvemeursstuhl, auf den Senatssessel und schliesslich auf den Thron des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Beide Pendergast-Brüder sassen mittlerweile im Zuchthaus Sing-Sing. Jim Pendergast starb. Und zu seiner Beisetzung im Zuchthaus flog mit der Präsidentenmaschine der Vizepräsident der USA.

Als Franklin D. Roosevelt starb, gab der zum Präsidenten aufgerückte Harry S. Truman den Befehl zum Abwurf der Atom-

bomben auf Hiroshima und Nagasaki: Der Präsident von Gnaden der Pendergast-Mafia ... Unglaublich, aber wahr.

Und symptomatisch. Kein Diktator hatte genug Blut an den Händen, kein korrupter Ausbeuter zuviel auf seinen ausländischen Konten, um nicht als Verbündeter der USA willkommen zu sein, bezahlt und an der Macht gehalten zu werden. Präsident Franklin Delano Roosevelt hatte dafür eine einfache Erklärung. Über den verbrecherischen Diktator Somoza in Nicaragua sagte er kurz und bündig: «Ich weiss, dass er ein Hundesohn ist. Aber wenigstens ist er unser Hundesohn.»

Durch verlogene Propaganda werden Schandtaten in «Wohltaten» verwandelt. Für Psychopathen an Schaltstellen der Regierung wird um Vertrauen und Wählerstimmen geworben. James Forrestal rannte als Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten im Pyjama durch die Strassen New Yorks und schrie: «Die Russen sind gelandet, die Rote Armee ist da!» Unter grösster Geheimhaltung ins Krankenhaus eingeliefert, sprang der fanatische Kalte Krieger in der psychischen Verwirrung seines Antikommunismus eines Tages aus dem Fenster des 16. Stockwerks auf die Strasse. Dennoch wurde auf den Namen dieses antikommunistischen Hysterikers ein Flugzeugträger getauft. Dieser «Forrestal» trug bei jeder amerikanischen «Strafaktion zum Schutz amerikanischer Männer und Frauen» Drohung, Erpressung, Granaten und Flugzeughbomben nach Zentral- und Südamerika, ins Mittelmeer und in den Golf.

Z. Brzezinski, als er des frommen Carters Sicherheitsberater war, meinte – im Widerspruch zu seiner eigenen Richtlinie für die Beseitigung des Kommunismus ohne Waffen: «Tatsache ist, dass, wenn wir unsere sämtlichen Atomwaffen einsetzen würden, ungefähr 10 Prozent der Menschheit getötet werden würde. Nun, das wäre eine Katastrophe. Aber sie wäre nicht das Ende der Menschheit.»

«Gemeinsame geistige Grundlagen und Hintergründe» mit solcher Gesellschaft? «Deutsch-amerikanische Wertegemeinschaft» – mit solchen Gemütsmenschen?

Ja, es gab das Amerika grosser Humanisten. Aber es gibt auch das Land der CIA, FBI und McCarthys. Norman Mailer war «erfasst» und wurde überwacht. Pearl S. Buck, Ernest Hemingway, Theodore Dreiser, John Steinbeck, John Dos Passos, Thomas Wolfe, William Faulkner, sogar Truman Capote. Hauptdenun-

zianten unter den Schauspielern waren Adolphe Menjou und Ronald Reagan. Vor dem Gesinnungs-Ausschuss hatten sich auch Thomas Mann, Bertolt Brecht, Paul Dessau, Hanns und Gerhart Eisler zu verantworten. Wieviele McCarthy- und FBI-Akten mag es geben? Oder auch Ludwig Mies van der Rohe, weltbekannter Architekt und Schöpfer des Revolutionsdenkmals in Berlin-Friedrichsfelde, das am 13. Juni 1926 von Wilhelm Pieck enthüllt und auf Befehl Hitlers bald nach dessen Machtübernahme geschleift wurde: Auch er war «erfasst». Missliebige Namen zu tilgen und Denkmäler zu schleifen, scheint eine Begleiterscheinung jedes Rechtsrucks zu sein.

In den USA wurden 200 Organisationen bespitzelt und erfasst, weil sie für Frieden in Vietnam und Nicaragua, gegen die Aufrüstung und für die Abrüstung eintraten. Telefone wurden abgehört, Wanzen gesetzt, Agenten eingeschleust. Und noch 1989 lagen über jeden einst Verfeimten die Dossiers bei der Obrigkeit, ist die Denunziation ein probates Mittel, das drohende Winken mit einer FBI-Akte eine nicht unbekannte Praxis.

Spricht der Bundeskanzler vielleicht in diesem Zusammenhang von «Wertegemeinschaft, gleichen Ideen und Interessen und gemeinsamem geistigem Hintergrund»? Ist das der «geistige Gehalt der deutsch-amerikanischen Freundschaft»?

Habgier bestimmt auf diesem halben Kontinent das Verhalten von Regierung und herrschender Oberschicht. Politische Anspruchslosigkeit zeichnet dieses Volk aus, das keine Sozialgesetze kennt, die diesen Namen verdienen. In keinem anderen «entwickelten Staat» ist die wirtschaftliche und politische Korruption derart verbreitet. Rassismus gehört zur Nation wie das Sternbanner. Dieses Amerika – von seiner Gründung bis zum Golf – ist durch Gewalt entstanden. Für die Festigung und Ausbreitung der amerikanischen Macht haben frühere Präsidenten Cowboys, Sheriffs und das «Marine-Corps» benutzt; Reagan und Bush bedienen sich des Dollars, der Weltbank, der erpressten UNO, der CIA, ihrer «Forrestals» und ihrer immer mörderischeren Waffen. Die Vereinigten Staaten von Amerika wären nicht, was sie geworden sind, hätte es nicht die gesetzlosen Erfolgreichen, die erfolgreichen Gesetzlosen gegeben. Upton Sinclair nannte dieses Land

der Gewalt und Habgier, der korrupten Regierungs-, Oppositionspolitiker und Gewerkschafter und der verrohten Sitten «das verachtenswerte Bordell des Big Business».

Und noch einmal: «Wertegemeinschaft» mit diesem Staat, «gemeinsame geistige Heimat», «gemeinsame Grundüberzeugung», «gleiche Ideale» und «gleiche Interessen»? Wer das für möglich hält und vertritt, führt unser Volk in die Servilität, in Hörigkeit, an den Abgrund der Unkultur, zum «Gleichschritt» mit einer Nation, deren Hinwendung zur Gewalt pathologische Züge trägt. Die «Demokratie» ist eine Maske, um den wachsenden Drang zur Weltherrschaft dieses humanistisch unterentwickelten Staates zu verdecken.

Wohlgemerkt: Keine Verachtung, kein Hass für dieses Volk! Alle Sympathie für «das andere Amerika»! Aber alles gegen Nordamerikas herrschende Klasse!

Dieses Land hat einen langen, schweren Gesundungs- und Reifeprozess vor sich, bis es für Europa nicht mehr Gefahr und Bedrohung darstellt, sondern einen echten Partner, mit dem sich gleich zu gleich leben lässt...

SCHLESISIEN, SERBIEN UND DER GOLF

«Serbien muss sterben» war ein lustiger Slogan zu Kaiserszeiten, und dann wurde in Sarajewo der Erste Weltkrieg ausgelöst. Heute geht's wieder gegen Serbien. Kroatien, das einst unter dem Quisling Ante Pavelic zu Hitler überging, ist wieder der erklärte Liebling einer deutschen Regierung. Wieso das Bonner Drängen nach Selbstbestimmung für Kroatien? Ein ungenannter Pariser Spitzendiplomat zu Aussenminister Genscher: «Weil Sie als nächstes die Selbstbestimmung für Schlesien und das Elsass verlangen könnten.» Warum Bonns Eile, die baltischen Staaten und die Ukraine anzuerkennen? Französische Diplomaten argwöhnen, «das neue Deutschland versucht, in den baltischen Republiken und auf dem Balkan alte Einfluss-Politik zu betreiben».

Helmut Kohl, Adenauers «Enkel», Bismarcks «Urenkel», konstatierte ungerührt: «Unser Land liegt eben auch geographisch denkbar ungünstig. Wir sind die Stärksten und Tüchtigsten und

dem entsprechend unbeliebt bei unseren Nachbarn. Damit müssen wir leben.»

Bürgerkrieg auf dem Balkan, der Zerfall des Blocks sozialistischer Länder und die Schwäche der Sowjetunion haben die wichtigste Leitlinie der Nachkriegspolitik zerstört: militärstrategisches Gleichgewicht, Stabilität, Sicherheit, Berechenbarkeit.

Der «grosse» Krieg ist unwahrscheinlich geworden. Aber sollte kein Zusammenhang bestehen zwischen der Verunsicherung und Lähmung sozialistischer Staaten, der Sowjetunion zumal – und der frechen amerikanischen Intervention in Panama, mit 50.000 Toten und niedergebrannten, zerbombten Städten und Dörfern, nur um einen angeblichen Rauschgift Händler aus der Regierung zu jagen? Noriegas Regierung wurde gestürzt, er selbst soll in Amerika verurteilt werden – oder auch nicht, denn er weiss viel. Das Kriegsziel wurde erreicht. Grenada lässt grüssen ... Wer ist nun dran? Kuba? Libyen? Oder noch einmal Irak? Oder Serbien?

Besteht hier nicht ein Zusammenhang zwischen Frieden und Sozialismus? Wird hier nicht die Umkehrung sichtbar: Je schwächer der Sozialismus, desto unsicherer der Frieden?

Präsident Johnson hatte verkündet, man werde den Gegner «in zehn bis dreissig Tagen zur Raison bomben». Luftwaffengeneral Curtis Le May setzte noch einen drauf: Man werde den Gegner «zurück in die Steinzeit bombardieren».

Ach so, das war 1964. Und der «Gegner» war Vietnam. Nun regneten auf Irak und Kuwait Napalmbrandsätze, sieben Tonnen schwere Mammutbomben, Aerosol-Bomben, Raketen, Artillerie-Granaten und was immer die USA und ihre Verbündeten in ihren Munitionsdepots und Bombenlagern vorrätig haben und ausprobieren wollten.

Überschrift der *International Herald Tribune*. «Die Mär von den ‚smarten‘ Bomben». Zur angeblichen Präzision, mit der während des Golfkrieges nahezu nur militärische Ziele in Irak getroffen worden seien, schreibt die grossbürgerliche USA-Auslandszeitung *International Herald Tribune*. «Nachdem der Golfkrieg vorbei und gewonnen ist, hat sich die U.S. Air Force entschlossen, eine Tatsache zu enthüllen, die nur wenige Fernsehzuschauer oder Zeitungsleser vermuten konnten, solange die Kämpfe im Gange waren: Die berühmten ‚smarten Bomben‘

machten nur sieben Prozent aller Explosivkörper aus, die über Irak und Kuwait abgeworfen wurden (...) ‚Smarte Bomben‘ waren zu etwa 90 Prozent erfolgreich, wobei der Nation nicht berichtet wurde, dass 81.980 Tonnen un gelenkter Bomben lediglich eine Präzisionsrate von etwa 25 Prozent besaßen. 62.137 Tonnen davon verfehlten ihre Ziele.»

Die zwei Bomben, die in Bagdad früh um 4.30 Uhr auf einen zivilen Luftschutzkeller fielen, waren smart und gut gezielt ... Im gesamten Amaria-Viertel gab es keinerlei militärische Anlagen. Der Schutzbunker trug – entgegen amerikanischen Desinformationsmeldungen – keinen Tarnanstrich. Die Zahl der toten Kinder, Frauen und Männer liess sich in der ausgebrannten Ruine nicht mehr feststellen. Acht Stunden lang drang beissender Qualm heraus, der Brand im Innern wurde erst nach Tagen gelöscht. Im 5-Minuten-Takt krochen Männer vom Zivilschutz hinein. Sie bargen 15 Überlebende, im Laufe der folgenden Wochen zusammengeschnitzte Ballen verkohlter Leichen.

George Bush, Präsident der Führungsmacht des freien Westens, jeden Morgen durch ein öffentliches Gebet moralisch gestärkt, rühmt sich im Konfettiregen, er sei «stolz, froh und glücklich». «Der Krieg ist mir bekommen wie eine Badekur»: So hatte 1915 Generalfeldmarschall von Hindenburg sein Befinden beschrieben, während bei Langemarck deutsche Soldaten in den sinnlosen Tod gejagt und Deutschlands Blitzkrieg in den Trümmern von Verdun zum Stellungskrieg gerann. Die Kosten des Golfkrieges waren zuvor und bei Beginn derart hoch veranschlagt worden, die Spenden der Verbündeten – Bonn an der Spitze – so reichlich geflossen, dass für die USA ein satter Netto-Gewinn verblieb. Unterm Strich: 2,4 Milliarden Dollar. Wer spricht davon, dass Washington etwas davon wieder herausrücken würde?

Die Weltbörse kennt zwei Wappentiere. Vor der renovierten Frankfurter Börse stehen sie als «Kunst am Bau» lebensgross in Bronze: der Bulle für Hausse, der Bär für Baisse. Die Bärenschnauze schimmert golden vom vielen Handauflegen, damit die Kurse nicht fallen. Nicht, dass Börsianer abergläubisch wären; aber Gerüchten sind sie hörig, Meldungen, ob falsch oder richtig. Wie würde dieses Gerücht, jene Ente die Kurse beeinflussen?

Als Bonns Milliardenpende für einen Krieg, den man hätte vermeiden können und müssen, ausgehandelt wurde, wussten beide Seiten: Das ist eine Prämie für schnelles, perfektes Killen.

Saddam Hussein ist nicht gerade das Gelbe vom Ei, wenn es um Friedfertigkeit und Menschlichkeit geht. Aber nun soll er im Krieg die Ölquellen in Brand gesetzt und aufs Neue Kurden gemetzelt haben. Hatte nicht General Schwarzkopf geprahlt, hatten es Bildreporter nicht fotografiert und gefilmt: Von der Türkei und von Saudi-Arabien aus hatten amerikanische Piloten «nördlich von Bagdad die Landschaft plattgebombt und in Kuwait alles zerstört»? Kuwait ist nicht nur eine Stadt, sondern ein kleines Land, und man sah die zerbombten, brennenden Ölquellen; und nördlich von Bagdad leben die Kurden, und sie flohen auch vor amerikanischen Bomben und Tiefangriffen, soweit sie nicht dem flächendeckenden Bombardement zum Opfer gefallen waren. Heute werden sie von der Türkei bombardiert, und niemanden scheint es zu berühren, dass dieser NATO-Staat in aller Öffentlichkeit seine Bomben auch auf den Norden Iraks abwirft.

Trotz der Zensur der Herren Bush, Cheney und Schwarzkopf (er würde so gern als «Rommel» in die Geschichte eingehen und ist doch nur eine primitive Dampfwalze) – es kamen Bilder, Fotos und Filmbilder ... Dennoch: Der wahre und gefährliche Punkt besteht darin, dass die Bush-Administration und das Militär so erfolgreich waren, die Informationen über den Krieg zu kontrollieren, und dazu in der Lage, der Öffentlichkeit nur das mitzuteilen, wovon sie wollten, dass sie es wusste.

Jetzt weiss man, was die Öffentlichkeit nicht wissen sollte. Der «saubere Krieg» verlief so, wie man ihn auf amerikanischen Truppenübungsplätzen in der BRD und in den USA geprobt hatte: Schwerste Panzer fuhren nach Brandölgriffen gegen irakische Schützengräben mit Spezial-Schilden vor und begruben irakische Soldaten bei lebendigem Leibe im Wüstensand: Menschen wurden erstickt, zerquetscht, untergepflügt. Wie war das noch? «Fakten interessieren mich nicht...»

Aber vielleicht interessiert, dass General Schwarzkopf fünf-

undvierzig Jahre zuvor Vorgänger hatte: Am 19. September 1941 hatten deutsche Soldaten in Wehrmachtsuniform in der Schlucht von Babi Jar 33.000 jüdische Sowjetbürger lebendigen Leibes eingegraben und ermordet.

«FREIE BERICHTERSTATTUNG» VOM GOLF

Von Beginn an galt: Vom Kriegsschauplatz dürfen keine Bilder von Toten oder Verwundeten gesendet werden – ausser von irakischen Opfern, versteht sich. Aber auch diese mit Massen: keine Bilder des Grauens, die den Zuschauer gegen den Krieg und gegen die Kriegs verbrechen der USA aufbringen könnten. In Frühstücksfernsehen und Expertenrunden wird die amerikanische Lesart von den Kriegsursachen verbreitet und variiert. Der Krieg darf kein menschliches Gesicht bekommen. Aus Jerusalem werden Bilder zerstörter Gebäude gezeigt und Menschen in Angst, mit Gasmasken. In Bagdad haben die Menschen wohl keine Angst, dort sieht man nur «fanatisierte Moslems». Töne der Vernunft sind rar bei den Kriegsberichterstatlern vor Ort und zu Hause. SAT 1 ändert sein Programm: Statt des Krimis «Auf leisen Sohlen kommt der Tod» wird «Gideons Schwert» gezeigt – ein Polit-Thriller vom Kampf Israels gegen die arabische Bedrohung. Erst als Bush und Schwarzkopf die originelle Idee vom «siegreichen Blitzkrieg» fallen lassen müssen, gibt es Ernüchterung und etwas wahrheitsgetreuere Bilder.

Amerikanische Verluste? So gut wie keine! Monate später kommt nach Untersuchungen heraus: Es gab natürlich amerikanische Opfer durch irakische Waffen. Vor allem aber: Amerikanische Bodentruppen haben sich mehrfach gegenseitig beschossen. Die USA-Luftwaffe hat eigene Soldaten bombardiert: mindestens 107 Tote und Verwundete durch eigenes Feuer; 35 getötet, 72 verwundet = 17 Prozent der amerikanischen Verluste mithin auf dem eigenen Konto. Von Verbündeten mit gleichem Schicksal ist nicht die Rede.

Man hatte aus Vietnam gelernt. Da waren Kriegsberichterstatler von der Army mittels Hubschrauber an die Front geflogen worden und durften sogar beim Massaker von Mylay fotografieren: 515 Menschen, überwiegend Frauen, Kinder und Greise, wa-

ren auf Befehl des Leutnants Calley abgeschlachtet worden wie einst Franzosen in Oradour und Tschechen in Lidice. Man zeigte Bilder von nackten, schreienden Kindern mit verbrannten Hautfetzen, die um ihr Leben rennen; Säuglinge, von Maschinengewehrsalven zerfetzt, und Gis verzehren daneben ihre Lunchpakete. Man zeigte sogar amerikanische Friedensdemonstrationen und liess die amerikanische Mutter eines der Täter fassungslos sagen: «Ich habe der Armee einen guten Jungen gegeben. Sie haben einen Mörder aus ihm gemacht.»

Höchste Militärs und Politiker sahen sich blossgestellt und fanden «die Schuldigen» für die Niederlage: Kriegsberichterstatter – und Kriegsgegner in der Heimat ... Das sollte es im Irak nicht wieder geben. Malcolm Brown, preisgekrönter Vietnam-Reporter der *New York Times*, sagte in Kuwait: «Ein solches Ausmass an Überwachung habe ich noch nie erlebt.»

VON «UNSEREM HUNDESOHN» ZUM «MONSTER»

Ich kenne Saddam Hussein aus der Zeit, als er noch Berater des Präsidenten al-Bakr war. Er vertrat Ansichten der Baath-Partei, äusserte sich antiimperialistisch, antikapitalistisch, neutral, mit Sympathien für die Sowjetunion und für sozialistische Staaten und mit herber Kritik an den USA. Er bedauerte die Spaltung der Baath-Partei und die Feindschaft zwischen den «syrischen und irakischen Brüdern». Er hatte zustimmend über meine Bemerkung gelächelt, wahrscheinlich gebe es in Bagdad zuviele Syrer und in Damaskus zuviele Iraker. Und er verstand, warum die diplomatische Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik auch im Interesse des Nahen Ostens, des Iraks, läge; denn die Anerkennung helfe, einen völkerrechtlich weissen Flecken in Europa zu beseitigen. Unsicherheit in Europa habe stets zur Unsicherheit auch im arabischen Raum geführt: siehe militärische Bedrohung der Territorien des heutigen Iraks und Syriens oder deutsche Soldatenfriedhöfe bei Bagdad und Damaskus aus zwei Weltkriegen. Es kam zu einem kurzen Gedankenaustausch zwischen Hussein und al-Bakr in arabischer Sprache, mein Dolmetscher

war wohl in Vergessenheit geraten. Inhalt des Gedankenaustausches: «Wir müssen diese Frage neu überdenken.» Wenig später erkannte Iraks Regierung die Deutsche Demokratische Republik diplomatisch an.

Aber, wie schon gesagt: Das Feinste vom Feinen ist Saddam Hussein gewiss nicht. Doch die Rekapitalisierung seines Landes nach plötzlichem neuen Ölreichtum, sein Krieg gegen Iran, nachdem er sich mit dem Schah am Rande der Konferenz von Algier über die Grenzstreitigkeiten im Schatt el-Arab und in Kurdistan geeinigt hatte, sein misslungener Blitzkrieg mit Opfern ohne Zahl auf beiden Seiten und auch unter den irakischen Kurden, die Saddam mit Giftgasmunition bedachte, die Ermordung von Gegnern im Innern, vor allem irakischer Kommunisten – das alles war kein Grund für eine amerikanische Kritik oder gar Verurteilung Saddams. Schliesslich war er ihr «Hundesohn», um an Roosevelts Einvernahme Somozas zu erinnern.

Sicherheitsberater Brzezinski hielt Saddams Überfall auf den nach dem Sturz des Schahs scheinbar desolaten Iran für wahrscheinlich, aber er «befürwortete eine Annäherung an den Irak». Als dann Reagan an die Regierung kam (nicht ohne massive und intrigante Hilfe der CIA), wurde die geheime Zusammenarbeit des Westens mit Bagdad verstärkt. Das war die Zeit der Waffenlieferungen und Dollarstützen. Saddam erhielt über Saudi-Arabien Erkenntnisse der amerikanischen Satellitenaufklärung; diese waren gefälscht, die militärischen Potenzen Irans wurden absichtlich heruntergespielt. Saddam wurde zur nützlichen Spielfigur in einer Schachpartie, die sich Amerikaner und Israelis im Nahen Osten ausgedacht hatten. Er war eben «unser Hundesohn».

Sogar im *Spiegel* konnte man nachträglich lesen: «Zynisch und skrupellos wurden Iraner und Iraker gegeneinander ausgespielt; Traumergebnis für die USA war ein Patt der beiden verfeindeten Staaten (...) Während Israel voll auf den Iran setzte, bandelte Washington erst mit dem Irak an, dann mit beiden Kriegsgegnern, am Ende schliesslich wieder mit dem Irak.» «Eine Niederlage des Iraks gegen den Iran wäre eine Katastrophe für die Interessen des Westens», hiess es 1987 in einer Studie des US-Senats, als der Krieg «schon sieben Jahre tobte und die Zahl der Opfer an die Million heranreichte.»

Worauf es der Regierung Reagan ankam, erklärte ein hoher Beamter des State Department 1983 so: «Uns ist es scheissegal, wie lange die Schlächterei zwischen dem Iran und dem Irak anhält – solange unsere Alliierten nicht betroffen werden, und solange das Machtgleichgewicht nicht kippt.»

Ja, man ging weiter. Ein Sieg des Irans wäre tödlich für die Emirate und Scheichtümer, deren Öl die USA als ihr Eigentum betrachteten. Also arbeitete Sicherheitsberater Robert McFarlane im Auftrage des Pentagon vorsorglich einen Plan aus, der – falls Saddam ins Wanken geraten sollte – ein direktes amerikanisches Eingreifen in den Krieg vorsah. Amerikas Außenministerium strich den Irak von seiner «Liste der Terror-Nationen» und setzte dafür den Iran darauf. Und die USA lieferten und lieferten an Saddam nach Bagdad: landwirtschaftliche Produktionscomputer, militärisch nutzbare Chemikalien, Waffen und Hubschrauber.

Wie konnten da westdeutsche Rüstungsfirmen, Computer-Produzenten, Chemie-Riesen, Fahrzeug- und Flugzeugbauer zurückstehen? Schmidt-Holtz, Chefredakteur des *Stern*, jammerte, nachdem alles herausgekommen war: «Die Schande, Saddam Hussein aufgerüstet zu haben, lastet auf uns Deutschen, deren politische Führung sich nach jahrelanger augenzwinkernder Kumpanei mit Saddam jetzt am liebsten aus der Verantwortung stehlen möchte (...) Deutsche Bundesregierungen, deutsche Behörden, deutsche Firmen hätten das alles verhindern können, wenn sie nur gewollt hätten.» Aber wann hätte ein Kapitalist auf den Maximalprofit verzichten wollen?

April C. Glaspie bezeichnet man nach zwanzig Dienstjahren als «Karriere-Diplomatin». Sie war in Amman, Kuwait, Beirut, Kairo, Tunis und Damaskus. Zuletzt war sie Botschafterin der Vereinigten Staaten in Iraks Hauptstadt Bagdad. Eine Woche vor Saddams Einmarsch in Kuwait hatte er die amerikanische Botschafterin zu einer vertraulichen Unterredung geladen. Von Bush in dessen Masslosigkeit «als infamer Lügner» beschimpft, veröffentlichte Saddam das Protokoll des Gesprächs. Er legte der Botschafterin dar, dass Kuwait, gerade 30 Jahre selbständiger Staat, Kunstprodukt nach der Auflösung des britischen Kolonialreiches – gegen Irak einen Wirtschaftskrieg führe, irakische Ölfelder von

Rumaila, nahe der Grenze, unterirdisch anzapfe, die Benutzung seiner Häfen erschwere (Iraks Basra und Fao können Hochseeschiffe nicht anlaufen) und sich beharrlich weigere, Irak auch gegen hohes Entgelt am Golf einen Hochseehafen zu überlassen. Das alles könne Irak nicht länger hinnehmen.

Die Botschafterin antwortete: «Ich habe eine direkte Anweisung des Präsidenten, um bessere Beziehungen mit dem Irak nachzusuchen. Präsident Bush ist ein kluger Mann. Er wird keinen Wirtschaftskrieg gegen Irak erklären. Wir haben keine Meinung zu den innerarabischen Konflikten wie Ihrem Grenzstreit mit Kuwait (...) James Baker hat unsere offiziellen Sprecher angehalten, dies ausdrücklich zu betonen.»

Dieses Gespräch ist authentisch; es wurde von Aussenminister Baker bestätigt. Washington war also nicht nur vorgewarnt, sondern hat Saddam Hussein durch seine Botschafterin geradezu ermutigt, sich sein Recht von Kuwait mit Gewalt zu holen. Verständlicherweise wurde die Botschafterin mittlerweile zum Sündenbock, vornehm natürlich: Sie ist wieder Universitäts-Professorin ...

Wieso Amerikas Wende – gegen Irak, personifiziert durch Saddam Hussein? Warum wurde Saddam auf einmal durch Präsidentenreden und Journalistentaten zu einem «zweiten Hitler» hochstilisiert, zum «Weltfeind Nr. 1», zum «Monster», das liquidiert werden müsse?

Saddam schien ein Realpolitiker zu sein, intelligent, gebildet und ausdauernd. Als Iraks Ölförderung mit Hilfe der Sowjetunion explosionsartig anstieg, erhöhte die Regierung in Bagdad alle Arten von Einkommen über Nacht um 30 Prozent. Die Infrastruktur musste modernisiert, die Eisenbahn nach Norden zur türkischen Grenze, nach Süden bis Basra und Rumaila von zwei auf sechs Gleise verbreitert, Autobahnen gebaut werden. Das erzeugte Bodenspekulation, die unkontrolliert blieb und zu kapitalistischem Profitdenken führte. Damit war gewissen halbsozialistischen Idealen ein Ende bereitet. Die Beziehungen Iraks zur Sowjetunion, zur DDR und zur Tschechoslowakei wurden gelockert, zu kapitalistischen Staaten wieder aufgenommen und ausgebaut. Die Baath-Führung förderte die Rekapitalisierung, und das weckte Eroberungs- und Kriegslust. Irak wurde den kapitalistischen Indu-

striaestaaten und deren Führungen «sympathisch». Deshalb die anfängliche Förderung.

Aber die USA wollten mehr. Auf dem Wege zur Weltherrschaft geht es ihnen um die Vorherrschaft im Nahen Osten, um die grössten Ölreserven auf dem Erdball, um die Beherrschung wichtiger Verkehrswege zu Lande und zu Wasser, um Globalpolitik.

Deshalb der Umschwung von «unserem Hundesohn» zum «Monster, das beseitigt werden muss». Der Zerfall des Ostblocks und die Schwächung der Sowjetunion erlaubten die Bestechung der UNO. Eine Resolution – von fast allen UNO-Mitgliedern gefasst – gestattete den USA samt ihren «Verbündeten» den Einsatz militärischer Gewalt (wieviele UNO-Mitglieder dürften dem Dollar-Druck von Wallstreet und Weltbank und der Erpressung durch State-Department und Pentagon erlegen sein?).

Die Kriegs-Resolution war ein Verstoß gegen die Verhältnismässigkeit der Mittel. Dutzende von Resolutionen der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates haben Israel als Aggressor und Okkupanten verurteilt, als Verletzer von Völkerrecht und Menschenrechten. Was ist geschehen – seit 40 Jahren? «L'appetit vient en mangeant» – der Appetit kam beim Essen: Jeder unbestraften Aggression liess Israel die nächste folgen. Seine Bomben fielen auf Bagdad, Damaskus, Beirut, Amman, Kairo, Tunis. Der Splitter einer Bombe Israels, auf der Strasse Damaskus-Beirut dicht neben mir eingeschlagen, liegt auf meinem Schreibtisch.

Hussein aber musste vernichtet werden. Kein kluges Abwarten, kein wachsender Druck durch Embargo, keine zunehmende internationale Isolierung, keine Geduld für eine politische Lösung: Mit dem Zertifikat der Vereinten Nationen schlug General Schwarzkopf zu, setzte Kuwait und Irak in Brand und verwandelte beide Staaten mit beispielloser Brutalität in brennende Friedhöfe.

Der marokkanische Völkerrechtler und UNO-Berater Mahdi el-Mandshira sagt: «Dieses ist ein Krieg zwischen Nord und Süd, ein Krieg der Umverteilung.» «Dieses ist kein Krieg der Vereinten Nationen», entsetzte sich Perez de Cuellar auf einem Schlachtfeld, das einmal eine Siedlung war. Ein wenig spät. Denn es war der Sicherheitsrat der UNO, der Bush und Schwarzkopf

die «Rechtfertigung» ihres Blutbades geliefert hatte, die UNO-Verzierung des «Wüstensturms».

Wieder einmal soll «das nächste amerikanische Jahrhundert» angebrochen sein, in dem laut Bush «allein die USA die Welt im Kampf gegen die Bedrohung für Anstand und Menschlichkeit anführen».

Das erste Kriegsziel wurde nicht erreicht: Saddam Hussein wurde nicht zu Tode gebombt oder als Gefangener vor ein Tribunal gezerrt. Das zweite Kriegsziel wurde nicht erreicht: «Kuwait vor der Diktatur und für die Demokratie retten». In Kuwait herrscht, brutal wie zuvor, der Sabbah-Clan. Die Scheichs und Prinzen kehrten aus den Luxus-Asylen zurück. Als erstes werden ihre Paläste wieder hergerichtet, ihre unangetasteten Auslandskonten sind beträchtlich angewachsen. Und als Emir Dshahir al-Sabbah heuchelte, er wolle Parlamentswahlen abhalten, piff Saudi-Arabiens König Fahd seinen Herrscherkollegen zurück: «Die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie ist überhaupt noch nicht dringlich», solch «demokratischen Luxus kann sich Kuwait im Moment noch nicht leisten».

Wie lange brannten die Hunderte, mit amerikanischen Bomben in Brand gesetzten kuwaitischen Ölquellen, bis sie – nicht durch neue amerikanische Technik – eher gelöscht werden konnten als zunächst angenommen? Noch inen Iraker und Kuwaitis durch die Trümmer ihrer Dörfer und Städte. In Ruinengebirgen regiert Hunger, das umgepflügte Land gibt dem mageren Vieh keine Nahrung. Fladenbrot, Hirse sind zu seltenen, kostbaren Delikatessen geworden.

Aber schon denkt man in Washington wieder an den Golf. Bush droht offen mit neuer amerikanischer Intervention, wenn Saddam nicht die Waffenstillstandsbestimmungen bedingungslos einhält; Air Force und andere Einheiten sind in den USA in Alarmbereitschaft versetzt worden. Das Volk in den USA wird in neue Hysterie vor dem «Weltfeind Nr. 1» gehetzt – obwohl in der Golfregion noch 36.300 US-Soldaten stationiert sind, in Saudi-Arabien noch Kampfflugzeuge und Tarnkappenbomber startbereit.

Der «grosse» Krieg mag unwahrscheinlicher geworden sein, aber «neues Denken» scheint mir nicht Sache der Politiker und Militärs des Westens. War also der Zusammenhang zwischen Ka-

pitalismus und Krieg, der Zusammenhang zwischen Sozialismus und Frieden eine bösertige Verleumdung? Beweist nicht die Geschichte bis in unsere Tage: Je schwächer der Sozialismus, desto unsicherer der Frieden?

OKTOBERREVOLUTION

Ein Begriff, Wunsch und Sehnsucht aller Menschen, nahm greifbare Gestalt an: Der Frieden! In den ersten Stunden jenes Oktobers 1917, während an den Fronten in Russland, Italien und Frankreich Menschen aller Nationalitäten sterben, im Stacheldrahtverhau verbluten, Giftgas ihre Lungen und Augen zerfrisst und Schrapnells und Granatsplitter ihre Glieder abtrennen – in dieser ersten Revolutionsnacht erlässt der Sowjetkongress jenes historische «Dekret über den Frieden». Zum ersten Mal in der menschlichen Geschichte wird damit der Friede zum Regierungsprogramm erhoben.

Zuvor allerdings war das «Dekret über die Sowjets» ergangen: Alle Macht den Räten! Denn wie sollte der Frieden ohne Macht errungen und verteidigt werden ...

Nicht nur die Arbeiter in aller Welt hörten die Signale aus dem Smolny. Auch die Kriegsherren aller Länder begriffen, was dort geschehen war und was ihnen drohte. Die kaiserlichdeutsche Regierung brach das Waffenstillstandsabkommen von Brest-Litowsk und ging zur Offensive gegen die junge Sowjetunion über. Auf den Ruf der bolschewistischen Partei und der Sowjetregierung «Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr!» antworteten Arbeiter und Bauern, und das Volk eilte an die Front. Die jungen Abteilungen der Armee des revolutionären Volkes, organisiert von Leo Trotzki, schlugen bei Narva und Pskow den Angriff der deutschen Okkupanten auf Petrograd zurück, deutsche kriegsgefangene Kommunisten und Sozialisten kämpften an der Seite ihrer sowjetischen Genossen.

Dann folgte eine schwere Prüfung der anderen. Vierzehn Mächte, darunter England, Frankreich, Deutschland, Japan und die USA, versuchten, zusammen mit Anhängern des Zaren, mit Weissgardisten und Atamanen, die junge Sowjetrepublik in Stücke zu reißen. In den Händen der Interventen und der von ihnen

ausgehaltenen konterrevolutionären Generale waren der Ferne Osten, Sibirien, das Ural gebiet, Transkaukasien, der Nordkaukasus, die Ukraine, Bjelorusland, das Baltikum und eine Reihe von Gebieten Zentralrusslands. Die Donezkohle, das Erdöl von Baku, das Getreide aus der Ukraine und dem Kuban-Gebiet waren für Sowjetrussland unerreichbar. 200 Gramm betrug die tägliche Brotration der Einwohner Petrograds, Moskaus und Tulas. Mit zerlumpter Kleidung, ungenügend ausgerüstet, mangelhaft ausgebildet und bewaffnet, kämpften an den zahlreichen Fronten des Bürgerkrieges die Regimenter und Brigaden der Roten Armee.

Und siegen trotzdem. Ach, Michail Gorbatschow und Boris Jelzin, kennt Ihr die Geschichte Eures Landes? Habt Ihr sie vergessen?

Die antikommunistische, antisowjetische Bedrohung aus dem Westen hielt an. Blockaden, Embargos, internationale Isolierung, diplomatische Blockade, Spionage, Unterstützung konterrevolutionärer Rudimente und nationalistischer, separatistischer Bestrebungen verführten Stalin zu gewaltsamen Methoden und verqueren Feindbildern. Verletzungen kommunistischer Prinzipien und Leninscher Normen wuchsen sich zur Unterdrückung von Teilen des eigenen Volkes aus; und durch Druck und vorauseilendem Gehorsam gelangten sie auch in die sozialistischen Länder.

ÜBER DIE RUSSEN UND ÜBER UNS

Lenin hatte mehrfach nach der deutschen Revolution gerufen. Die Oktoberrevolution sei gut und notwendig für Russlands Übergang vom feudalen zaristischen Völkergefängnis zum Sozialismus. Aber für hochentwickelte Industriestaaten bedürfe es der Revolution in Deutschland. Deshalb – bei allem Streit über innerparteiliche Demokratie und Toleranz – Lenins Loblied auf Rosa Luxemburg, die er «Adler der Revolution» nannte, und seine Solidarität mit, seine Sympathie für Karl Liebknecht.

Ohne die Wechselbeziehung zwischen Oktober- und November-Revolution zu leugnen: Die Revolution in Deutschland hätte

das Beispiel für andere hochentwickelte Industriestaaten werden können. Meine These, Karl Liebknecht hätte «der deutsche Lenin» werden können, sollte vielleicht nicht ins Reich leerer Spekulationen abgeschoben werden.

Die deutsche Novemberrevolution wurde im Blut ertränkt. Vordergründig begingen den Massenmord an deutschen Arbeitern, Soldaten, ihren Führern und Verbündeten die Freikorps, reaktionärste Teile des auseinanderlaufenden kaiserlichen Heeres. Aber herbeigerufen hatte sie – per Telefon – der Sozialdemokrat Ebert, dessen Bekenntnis im Raume steht: «Ich hasse die Revolution wie die Sünde.» Geduldet, gefördert und unterstützt wurden sie von sozialdemokratischen Führern, die nichts gegen öffentliche Plakate wie «Tötet Liebknecht!» unternahmen. Die Mörder im Berliner Eden-Hotel und am Landwehrkanal, die ihre Befehle vom Sitz der Konterrevolution in Berlin-Dahlem, Podbielskiallee 78, erhielten, gingen straffrei aus. Der Jäger Runge, an dessen Gewehrkolben Rosa Luxemburgs Blut klebte, blieb auch in der Bundesrepublik Deutschland ungeschoren und starb, mit hoher Pension versehen, im Bett seiner Wohnung, deren Anschrift den Justizbehörden nach Hinweisen aus der Deutschen Demokratischen Republik bekannt war. (Ähnlich verfuhr man dann später mit einem der Mörder Ernst Thälmanns.) Der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske verabschiedete sich in Berlin zur Niederschlagung der Revolution in Kiel mit den Worten: «Einer muss der Bluthund sein!» Wenn man sich dann noch zurückerinnert: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte 1914 den Kriegskrediten für den Ersten Weltkrieg zugestimmt – dann wird deutlich: Nicht nur deutsche Kommunisten haben Geschichte aufzuarbeiten und Vergangenheit zu bewältigen ...

Die deutsche Revolution war erstickt und in Friedrichsfelde zu Grabe getragen worden. Heute werden dort und anderswo Grabstätten deutscher Antifaschisten und Kriegsgegner geschändet: «Täter unbekannt», Schutz und Fahndung «ohne Ergebnis». Wieso auch? Ihre Namen werden ja ohnehin in Strassen, auf Plätzen und an Häusern ausgelöscht.

Welches andere Beispiel blieb den deutschen und anderen Kommunisten als Russland? Dem jungen Sowjetstaat – zunächst

auf ein Minimum des Territoriums dieses Reiches beschränkt, von Bürgerkrieg und Interventionskriegen bedroht – diesem einzigen Vorbild zu helfen, war heilige Sache des internationalen Proletariats, vornehmlich des deutschen.

Die Sowjetunion bestand alle Prüfungen und hatte, am Zarenreich gemessen, atemberaubende Erfolge. Kunde von Führungskämpfen nach Lenins Tod und von dieser oder jener Fehlentwicklung wurde der antisowjetischen Hetzpropaganda zugerechnet. Die Sowjetunion blieb einziges erstrebenswertes Vorbild.

Aber schon Romain Rolland hatte recht, als er sagte, man könne die Freiheit nicht, wie die Bourbonen, aus dem Ausland in einem Wagen einführen.

DER WEG IN DEN VATERLÄNDISCHEN KRIEG

Rund zwanzig Jahre nach Bürgerkrieg und Intervention, nach Embargos, Isolierung und weltweiter, zügelloser antisowjetischer Hetze, fielen modernste Panzer und kriegserprobte Eroberungssoldaten aufs Neue in die Sowjetunion ein, vom Hakenkreuzglorenschein der Blitzsiege in Polen und Norwegen, an der Maginotlinie und in Dünkirchen umwoben. Bis vor Moskau, bis tief in den Kaukasus, bis ans Wolga-Ufer in Stalingrad hinein stiessen sie vor. Und dennoch siegte die Sowjetarmee.

Es war nicht die Weite des Raumes, die sie im Bürgerkrieg siegen liess; denn der Raum war in den Händen des Feindes. Es waren nicht der «General Winter», nicht einige amerikanische Lebensmittelschiffe und Jeeps, nicht strategische Fehler Hitlers oder Görings, die die Sowjetunion dem Faschismus widerstehen und ihn zerschlagen liessen. Die Sowjetunion siegte vom Beginn ihrer Existenz an, solange ihre Arbeiter und Bauern wussten, weshalb sie das Gewehr in die Hand nehmen mussten, solange sie wussten: Es geht darum, wer die Macht im Staat hat, es geht um die Macht der Arbeiter und Bauern.

Begonnen allerdings hatte es mit dem deutschen Krieg gegen andere Völker und Staaten, zunächst gegen Polen. Wie konnte es

Deutschland wagen loszuschlagen, obwohl doch fast alle Völker gegen Hitler waren?

Niemand zweifelt mehr an Hitlers Schuld. Immer mehr erkennen aber auch, dass hinter Hitler andere standen: Sie sassen an Rhein und Ruhr und wollten ihren Milliarden neue Milliarden hinzufügen. Wie könnte das schneller gehen als durch Rüstung und Krieg! Sie sassen auf Rittergütern und wollten ganze Provinzen. Wie könnte das anders gelingen als im Krieg! Sie sassen im Generalstab und hofften auf Ruhe und reiche Pfründe. Wo aber gibt es Heil und Sieg und fette Beute, wenn nicht im Krieg! Sie hatten die Macht und wollten mehr Macht. Sie hatten Deutschland und wollten die Welt. Deshalb hatten sie Hitler bestellt, damit er ihr Geschäft besorge. Das ist die einfache historische Wahrheit.

Aber ist es die ganze Wahrheit? Untersuchen wir dieses Rätsel anhand historischer Quellen: Dokumente, Akten, Protokolle, private Notizen, vertrauliche Berichte, persönliche Tagebücher, veröffentlichte Memoiren, Zeitungsnachrichten, offizielle und geheime Reden. Wie konnte es das faschistische Deutschland wagen, 1939 loszuschlagen?

Zwanzig Jahre zuvor – 1919 – hatte Deutschlands Regierung nach dem völligen Zusammenbruch an allen Fronten den Versailler Vertrag unterschreiben müssen, der Deutschland Souveränität und Würde nahm und ihm überall Fesseln anlegte.

Überall? Wirklich? «Alle deutschen Befestigungen im Westen sind zu schleifen!» Alle deutschen Befestigungen im Osten blieben erhalten. Die deutschen Truppen in den baltischen Staaten konnten dort bleiben. «Die deutsche Westgrenze wird festgelegt und garantiert!» Die deutsche Ostgrenze bleibt offen.

So stand es im Versailler Vertrag. Merkwürdig. Nach allen Seiten hatte Deutschland Krieg geführt. Man sollte meinen, es werde nun an allen Seiten daran gehindert werden. Aber nur im Westen schuf man Garantien. Sechs Jahre später: Konferenz von Locarno – 1925. Mit drei Ergebnissen: Die deutsche Westgrenze wird erneut feierlich garantiert, die deutsche Ostgrenze bleibt wiederum offen. Deutschland wird eine gewisse, über die Versailler Beschränkungen hinausgehende Rüstung zugestanden.

Merkwürdig. Wiederum: Sicherungen gegen Deutschland im Westen, aber freie Hand für Deutschland im Osten. Und dazu Aufrüstung – lange vor Hitler. Aber wie sollte Deutschland seine neue Rüstung bezahlen? Nach vier Jahren Krieg? Nach einer schrecklichen Inflation? Und angesichts von Reparationszahlungen bis zum Weissbluten?

Am 10. Januar 1925 gewährt das amerikanische Bankhaus *Dillon, Read and Company* der *August-Thyssen-Hütte* eine Anleihe von 12 Millionen Dollar. Am 26. Januar 1926 erhält die *Rhein-Elbe-Chemie* vom selben Bankhaus 25 Millionen Dollar. Ein halbes Jahr später bekommt die *Thyssen-Hütte* weitere 5 Millionen.

Also mit Dollars gestärkt, erfolgt der Zusammenschluss der grössten deutschen Montan- und Bergwerksunternehmen zu den Vereinigten Stahlwerken. Leiter: Fritz Thyssen. Und wieder fliesen amerikanische Gelder: Am 26. Juni 1926 – 30 Millionen Dollar. 1927 – 30 Millionen Dollar. 1928 an die *Gelsenkirchener Bergwerks AG* – 15 Millionen Dollar. An die *Ruhr-Chemie* und *Ruhr-Gas AG* 16 Millionen Dollar. In den Jahren 1925 bis 1930 an den *Siemens-Konzern* – 24 Millionen Dollar. Im September 1927 an die *Deutsche Bank* – 25 Millionen Dollar.

Das bedeutete: Amerikas Grossbankiers finanzierten die deutschen Kanonenkönige. Wen aber finanzierten diese?

Da war ein Mann, der hatte nach dem Krieg in der Festungshaft ein Buch geschrieben, in welchem es auf Seite 742 hiess: «Wir Nationalsozialisten ziehen bewusst einen Strich unter die aussenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm Untertanen Randstaaten denken.»

An anderer Stelle dieses Buches heisst es: «Der Drang nach Osten geht weiter. Russland muss von dieser Liste europäischer Staaten gestrichen werden.» Das Buch hiess: *Mein Kampf*. Sein Autor: Adolf Hitler. Und dieser Hitler erhielt Geld. Geld von Thyssen, Geld von Krupp, Geld von Kirdorf, Geld von der *Gel-*

senkirchener Bergwerks AG, von der *Ruhr-Chemie*, der *Ruhr-Gas AG*, von *Siemens* und der *Deutschen Bank* und schliesslich vom *Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat*. Von jeder Tonne Kohle, die an der Ruhr gefördert wurde, bekam Hitlers NSDAP ca. drei Pfennige. Und das alles organisiert, gesammelt und verteilt von meinem Vetter, Baron Freiherr von Schröder, über das *Schröder-Schnitzlersche Bankhaus I.H. Stein* in Köln.

Mit welchem Sinn und Zweck? «Wenn wir von neuem Grund und Boden reden, können wir nur an Russland und die ihm Untertanen Staaten denken», hatte Hitler geschrieben. Da lag es: Grund und Boden, Ländereien, fruchtbare Felder, Kohle, Erz, Öl, Arbeitssklaven – dort konnte man sich gesundstossen. Und man konnte diesen verhassten Kommunismus beseitigen.

Man hatte ja freie Hand: Die deutsche Westgrenze war festgelegt und garantiert, die deutsche Ostgrenze offen. Und amerikanische Kredite standen zur Verfügung. Man hatte die finanziellen Mittel, um Hitler als Parteiführer aufzubauen und ihm die nötigen Waffen zu geben. Man hatte Geld wie Heu: Von *Rockefellers Standard Oil*, von *Henry Ford*, von *General Motors*, von *General Electric*, von *DuPont*, von der *International Nickel Company*, von der *International Telephone and Telegraph Corporation*. Alle zahlten sie über das Bankhaus *Dillon, Read and Co.*, dessen Präsident erst James Forrestal hiess (der sich später als Kriegsminister aus Russen-Hysterie das Leben nahm), – danach hiess ein Bankpräsident John Foster Dulles, später berüchtigter Aussenminister. Sie alle bezahlten – ob direkt oder indirekt – Hitler und machten ihn zum Führer, Reichskanzler, Reichspräsidenten und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht. Denn: «Wenn wir von neuem Grund und Boden reden, können wir nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.» Ein kollektives Sicherheitssystem in Europa, vom sowjetischen Aussenminister Litwinow im Auftrage Stalins nachdrücklich betrieben, hatte man jahrelang im Völkerbund sabotiert.

Hitler war an der Macht, und es floss Blut. Hunderttausende sassen hinter Stacheldraht, wurden an den Pfahl gehängt, über den Bock geschnallt und gefoltert, endeten durch Genickschuss, auf dem Schafott oder mit eingeschlagenem Schädel.

Da schloss der Papst mit Hitler ein Konkordat, segnete ihn und machte ihn international gesellschaftsfähig – mit der hilfreichen Hand des deutschen Botschafters beim Vatikan, meines Veters Diego von Bergen. Da erkannten die Regierungen Englands, Frankreichs und Amerikas das Hitlerregime völkerrechtlich und diplomatisch an. Da machte McDonald, Leiter der britischen Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz, am 16. März 1933 den Vorschlag: Deutschland hat das Recht, sein Heer von 100.000 auf 200.000 Mann zu vergrössern. Da wurde ein Vier-Mächte-Pakt geschlossen zur – wie es hiess – «politischen Zusammenarbeit und zur Erhaltung des Friedens»; seine Teilnehmer: England, Frankreich, Italien, Deutschland (Hitlerdeutschland!). Da beschloss das britische Unterhaus am 23. März 1933 (24 Stunden nach dem «Tag von Potsdam» und dem «Ermächtigungsgesetz»): Deutschland wird Rüstungsgleichheit gewährt. Da reisten sie zu Hitler, der ein Mörder war: Der Lord Londonderry fast jedes Jahr. Der Prince of Wales, später Eduard VIII., Herzog von Windsor, als König nicht abgesetzt wegen seiner nicht standesgemässen Ehe mit Mrs. Simpson, sondern wegen seiner zu offen gezeigten Sympathie für Hitler und dessen «Nationalsozialismus». Da schlossen sie mit Hitler ein Flottenabkommen: Das Verhältnis zwischen der britischen und der deutschen Kriegsflotte sollte 100 zu 35 betragen; da die britische Flotte 1.201.700 Bruttoregister-tonnen besass, die deutsche aber nur 78.600 Tonnen, durfte die deutsche Kriegsflotte um 343.000 Bruttoregister-tonnen vergrössert werden. Das Verhältnis der U-Boote sollte gar 55 zu 45 betragen. Und da Deutschland, falls es diese Grenze überschreiten sollte, lediglich der britischen Regierung davon Mitteilung zu machen brauchte, war die U-Boot-Aufrüstung praktisch unbegrenzt.

SO WAR ALLES IN GANG GEBRACHT

Es gab keine Rüstungsbeschränkungen mehr für Hitler. Die Dollars und Sterling-Pfunde flossen weiter, die Gegner im Innern wurden gejagt, gefoltert, getötet. Aber noch war die Ausgangsbasis für den Krieg zu klein.

Hitler lässt in das entmilitarisierte Rheinland Truppen einmarschieren. Jetzt geht es nicht mehr nur um Unrecht in und an Deutschland. Jetzt werden internationale Verträge gebrochen. Wie reagiert der Westen?

Lord Astor erklärt im britischen Oberhaus: «Man muss dem Oberhaupt der nationalsozialistischen Regierung helfen, Deutschland und Europa vor der kommunistischen Revolution zu retten.» In Frankreich schränken die Eigentümer von *Schneider-Creuzot* und anderen Rüstungswerken die Produktion ein und weisen Rüstungsaufträge zurück, weil sie Angst vor der «Volksfront» haben und in Hitler ihren Retter sehen.

Am 17. März 1936 warnt Litwinow, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, in einer grossen Rede vor dem Völkerbund: «Die Reden des Herrn Hitler und seine Vorschläge auf dem Gebiet der internationalen Politik laufen alle darauf hinaus, einen Feldzug gegen die Völker des von mir vertretenen Staates zu organisieren und ganz Europa, ja die ganze Welt gegen sie zusammenzuschliessen. Mag sich seine Aggression in nächster Zeit faktisch gegen andere Länder richten, mögen seine Angriffe gegen die Sowjetunion lediglich dazu dienen, die Vorbereitung der Aggression gegen andere Staaten zu vernebeln, allein der Umstand, dass er zu diesem Zweck die Sowjetunion als Zielscheibe für seine unaufhörlichen Angriffe aussucht, gibt mir das Recht, offen und rücksichtslos den Wesenskern der aggressiven Aussenpolitik des Herrn Hitler blosszulegen.»

Aber der Westen hörte nicht auf die sowjetischen Warnungen. Im Gegenteil: Am 1. November 1937 fand auf dem Obersalzberg eine Unterredung zwischen Hitler und dem britischen Lordsiegelbewahrer, Freund des Ministerpräsidenten Chamberlain und späteren Aussenminister Lord Halifax statt. 1945 wurde in den Archiven des deutschen Auswärtigen Amtes das Protokoll dieser Konferenz gefunden. Darin heisst es: «Lord Halifax und andere Mitglieder der englischen Regierung waren davon durchdrungen, dass der Führer durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Land diesem den Weg nach Westeuropa versperrt» habe und dass daher «mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen» werden könne. Lord Halifax sagte laut Protokoll: «Es darf nicht der Eindruck entstehen,

dass die Achse Berlin-Rom oder das gute Verhältnis London-Paris durch eine deutsch-englische Einigung in Mitleidenschaft gezogen würde. Die vier westeuropäischen Mächte müssen eine gemeinsame Grundlage schaffen.» Auf keinen Fall dürfe eine der vier Mächte aus der Zusammenarbeit herausgelassen werden.

Das war praktisch das Angebot Englands und auch Frankreichs, der faschistischen Achse Berlin-Rom beizutreten. Weiter heisst es in dem Protokoll: «Später sprach Halifax über die Änderungen der europäischen Ordnung, die wahrscheinlich früher oder später eintreten würden. Zu diesen Fragen gehören Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei.»

Danzig, Österreich und die Tschechoslowakei: Das kam einer Einladung gleich, einer Aufforderung, der Hitler dann ja auch bald nachkam. Dreieinhalb Monate später erklärte der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, in einer Unterredung mit Hitler und Ribbentrop – es war am 3. März 1938 – klipp und klar: «Wie oft bin ich selbst für den Anschluss Österreichs eingetreten. Meine Regierung ist derselben Meinung.»

Eine Woche später marschierte Hitler in Österreich ein. Kein Politiker des Westens erhob auch nur ein Wort, geschweige denn eine Hand. Die Sowjetregierung warnte in einer Erklärung: «Die internationale Passivität und die Straflosigkeit der Aggression im Einzelfall wird fatalerweise zur Wiederholung und Mehrung solcher Fälle führen.» Und sie schlug vor, die Grossmächte mögen kollektive Sicherheitsmassnahmen ergreifen. Die Antwort des britischen Aussenministers lautete: «Ich bedaure, dass die Regierung Seiner Majestät dem von Herrn Litwinow gemachten Vorschlag nicht zustimmen kann.»

Nichtstun kam der Aufforderung an Hitler zur nächsten Aggression gleich. Hitler sollten neue Köder hingehalten werden, damit er den Weg nach Osten nicht verfehle. In dem Buch *Défense de la Paix* enthüllt der damalige französische Aussenminister Bonnet, dass Englands Premierminister Chamberlain bei den geheimen französisch-britischen Beratungen vom 28. April 1938 in London erklärt hat: «Ich zweifle sehr daran, dass Hitler die Ver-

nichtung des tschechoslowakischen Volkes will. Falls aber Deutschland diese Vernichtung wünscht, sehe ich, um ganz offen zu reden, keinen Weg, wie es daran gehindert werden könnte.»

Unverzüglich die Vertreter der UdSSR, Englands und Frankreichs zusammenrufen! Im Namen dieser Mächte eine Erklärung veröffentlichen, die darauf aufmerksam macht, dass der Tschechoslowakei im Fall eines unprovokierten Überfalls seitens Deutschlands Hilfe erwiesen wird! Dieselbe Frage im Völkerbund einbringen, um Mittel und Wege dieser Verteidigung zu erörtern! Endlich eine technische Konsultation von Vertretern der Generalstäbe der UdSSR, Frankreichs, Grossbritanniens und der Tschechoslowakei zu organisieren, um einen Plan gemeinschaftlicher Kriegshandlungen vorzubereiten: Das war die Haltung der Sowjetunion. Sie hätte – von den Westmächten befolgt – die Tschechoslowakei, sie hätte den Frieden retten können! Aber der Westen wollte nicht. Warum?

Der damalige Chef der französischen Militärmission in Prag, General Faucher, sprach darüber offen: «Es ist für Frankreich nicht wünschenswert, Hitler mit Hilfe der Sowjetunion zu schlagen. Die Vernichtung Hitlers unter Mitwirkung der Bolschewiki rief stürmisches Anwachsen der Sympathien für die Sowjetunion hervor. Das würde einen gefährlichen Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung bewirken. Mit einem Wort: Wir wollen nicht gegen Hitler marschieren, wenn die Bolschewiki unsere Verbündeten sind.» Noch deutlicher wurde der frühere CIA-Chef und amerikanische Präsident Hoover, der am 27. Oktober 1938 in der *New York Herald Tribune* schrieb: «Ich bin davon überzeugt, dass weder Deutschland noch die anderen faschistischen Mächte einen Krieg mit den westlichen Demokratien wünschen, solange diese Demokratien den Vormarsch des Faschismus nach Osten nicht stören.»

So nahm denn das Verhängnis seinen Lauf. Am 15. September flog Chamberlain zu Hitler nach Berchtesgaden. Am 22. September flog Chamberlain zu Hitler nach Bad Godesberg. Und dann flogen Chamberlain, Frankreichs Daladier und Mussolini zu Hitler nach München.

München! Die Vertreter der Tschechoslowakei durften in einem Nebenzimmer warten, bis Hitler und Mussolini, Chamber-

lain und Daladier ihnen das Todesurteil für ihr Land überreichten.

Am 1. Oktober 1938 rückten die Hitlertruppen in das tschechische Sudetenland ein. Hitler stand jetzt auf den böhmischen Bergen. Und Böhmen und Mähren, das Goldene Prag und die Slowakei lagen wehrlos vor ihm. Er zögerte nicht. Am 15. März 1939 besetzten deutsche Truppen Prag. Das war das Ende der Tschechoslowakei, Folge von München, jenem Abkommen, über das die Amerikaner Sayers und Kahn in ihrem Buch *Die grosse Verschwörung* schreiben: «Die sowjetfeindliche Heilige Allianz, von der die Weltreaktion seit 1918 träumte, war endlich erreicht. Nach Abschluss dieses Paktes stand die Sowjetunion ohne Bundesgenossen da. Die tschechischen Sudetenländer wurden dem Deutschen Reich einverleibt. Das Tor nach dem Osten stand der Wehrmacht weit offen.»

«NICHT EINMISCHUNG» UND GEDULD

Ein neuer Begriff war in der Politik aufgetaucht: «Nichteinmischung». Die «Nichteinmischung» hatte in Spanien dazu geführt, dass die demokratisch gewählte Volksfrontregierung ohne ausreichende Unterstützung und Bewaffnung blieb und dem faschistischen Putschisten Franco unterlag, dem die volle Hilfe Hitlers und Mussolinis zur Verfügung stand. Die Westmächte taten nichts, denn sie waren ja für «Nichteinmischung».

Die «Nichteinmischung» hatte dazu geführt, dass die Tschechoslowakei Hitler zum Frass vorgeworfen wurde, als Kaufpreis für die Voraussetzung, den Krieg gegen die Sowjetunion beginnen zu können.

Im März 1939 erklärte Stalin auf dem 18. Parteitag der KPdSU: «In Wirklichkeit bedeutet die Politik der Nichteinmischung eine Begünstigung der Aggression, die Entfesselung des Krieges und folglich seine Umwandlung in einen Weltkrieg. In der Politik der Nichteinmischung macht sich das Bestreben, der Wunsch geltend, die Aggressoren bei der Ausführung ihres dunklen Werkes nicht zu hindern, zum Beispiel Japan nicht zu hindern, sich in einen

Krieg gegen China, noch besser aber gegen die Sowjetunion einzulassen, zum Beispiel Deutschland nicht zu hindern, sich in die europäischen Angelegenheiten zu verstricken und sich in einen Krieg gegen die Sowjetunion einzulassen, alle Kriegsteilnehmer tief in dem Morast des Krieges versinken zu lassen, sie im Stillen dazu anzuspornen, dazu zu bringen, dass sie einander schwächen und erschöpfen, dann aber, wenn sie genügend geschwächt sind, mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen – natürlich «im Interesse des Friedens» aufzutreten, um den geschwächten Kriegsteilnehmern die Bedingungen zu diktieren.»

Dennoch liess die Sowjetunion nicht davon ab, nach Auswegen zu suchen, nach Möglichkeiten, durch ein kollektives Bündnissystem den drohenden Krieg Hitlers zu vereiteln. Am 18. März 1939 schlägt die Sowjetunion vor, eine Beratung der sechs Mächte einzuberufen. Aussenminister Halifax lehnt ab: Das sei eine langwierige Sache. Hitler erklärt das britischdeutsche Flottenabkommen für null und nichtig. Hitler annulliert den Nichtangriffspakt mit Polen. Höchste Gefahr ist in Verzug. Die Weltöffentlichkeit fordert von den Westmächten Verständigung mit der Sowjetunion gegen Hitler.

IN 18 TAGEN NACH MOSKAU

Unter diesem Druck beginnen endlich am 23. März 1939 in Moskau britisch-sowjetische Verhandlungen. Sieben Wochen später, am 10. Mai, gibt die sowjetische Nachrichtenagentur *Tass* bekannt: «Der Leiter der britischen Delegation, Hudson, Englands Minister für Überseehandel, hat einen Dreimächtepakt zwischen England, Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt.» Weitere Verhandlungen führten der britische Botschafter Steeds, der französische Botschafter Naggiar und später der nachgeordnete Beamte des Foreign Office, Strang, in Moskau. Hitlers Kriegsvorbereitungen nähern sich ihrem Abschluss. Seine Propagandawalze geht über Polen hinweg. Er lässt Grenzzwischenfälle und blutige Überfälle seiner Volkssturmbanden auf polnische Bürger inszenieren. Es ist nur mehr eine Frist von ein paar Wochen, bis er losschlagen würde. Der Westen aber bleibt untätig.

Wo lagen die Ursachen? Am 28. März 1939 schreibt der britische Aussenminister Halifax seinem Botschafter in Washington in einem Brief: «Die Verhandlungen mit der Sowjetunion werden nicht mit der Absicht geführt, eine grundsätzliche Übereinkunft mit der Sowjetunion zu erzielen.»

Im britischen Unterhaus erklärt Sir Archibald Sinclair, Führer der Liberalen: «Ich weiss nicht, ob der Generalstab der Regierung mitgeteilt hat, ob wir den Krieg gewinnen können, wenn die Sowjetunion an unserer Seite an ihm teilnimmt; aber jedenfalls ist klar, dass wir ohne die Hilfe der Sowjetunion den Krieg nicht gewinnen können.» Am 26. Mai 1939 schreibt Lloyd George in der französischen Zeitschrift *Le Soir* einen scharfen Artikel gegen die Haltung der britischen Regierung. Es heisst darin: «Chamberlain fuhr nach Rom, um Mussolini zu besuchen und ihn durch die offizielle Anerkennung der Annexion Abessinien zu erfreuen, aber auch, um ihm zu sagen, dass er der italienischen Intervention in Spanien keine Schwierigkeiten bereiten werde. Warum ist nach Moskau lediglich ein Beamter des Foreign Office geschickt worden, der England in diesem mächtigen Lande vertritt, das uns seine Hilfe angeboten hat? Darauf gibt es nur eine Antwort: Chamberlain, Halifax und Simon wünschen kein Abkommen mit Russland!»

Schliesslich wurden Widerstand und Druck so stark, dass sich die Regierungen Englands und Frankreichs entschliessen mussten, in Moskau Militärverhandlungen aufzunehmen. Es war Juni geworden. Mitte Juni 1939! Vom Beschluss, Militärmissionen nach Moskau zu schicken, bis zu deren Abreise vergehen elf Tage. Man brauchte sechs Tage bis Leningrad, denn man verzichtete auf ein Flugzeug und fuhr stattdessen mit einem alten Passagierfrachtdampfer. Es war Juli geworden, als sie endlich in Moskau eintrafen. Nach 18 Reisetagen!

Und dann hatten sie keine Vollmacht, ein Abkommen zu schliessen. § 15 der Direktive, die die britische Regierung ihrer Delegation für Moskau mitgegeben hatte, lautete: «Die britische Regierung ist nicht gewillt, detaillierte Verpflichtungen einzugehen, die geeignet sind, uns unter Umständen die Hände zu binden. Deshalb sollten Bemühungen gemacht werden, das Militärabkom-

men auf möglichst allgemein gehaltene Bedingungen zu beschränken.»

Marschall Woroschilow, der auf sowjetischer Seite die Verhandlungen führte, gab der Moskauer *Iswestija* über den Verlauf der Beratungen folgendes Interview: «Wie endeten die Verhandlungen mit den Militärmissionen Englands und Frankreichs?» «Im Hinblick auf die zutagegetretenen ernsthaften Meinungsverschiedenheiten sind die Verhandlungen abgebrochen worden. Die Militärmissionen sind aus Moskau abgereist.» «Kann man erfahren, worin diese Meinungsverschiedenheiten bestehen?» «Die Militärmission der Sowjetunion vertrat die Meinung, dass die UdSSR, die keine gemeinsame Grenze mit dem Aggressor besitzt, Frankreich, England und Polen nur unter der Bedingung Hilfe erweisen kann, dass ihre Truppen durch polnisches Gebiet marschieren können; denn es gibt keinen anderen Weg für die Sowjettruppen, um mit den Truppen des Aggressors in Fühlung zu kommen. Ebenso wie die englischen und amerikanischen Truppen im vergangenen Weltkrieg mit den Streitkräften Frankreichs keine militärische Zusammenarbeit hätten bewerkstelligen können, wenn sie nicht die Möglichkeit gehabt hätten, auf französischem Boden zu operieren, genauso könnten auch die Sowjetstreitkräfte mit den Streitkräften Frankreichs und Englands militärisch nicht zusammenarbeiten, wenn man sie nicht auf polnischen Boden lässt. Obgleich die Richtigkeit dieser Auffassung auf der Hand liegt, haben die französische und englische Militärmission dieser Stellung der Sowjetunion nicht zugestimmt, während die polnische Regierung unverhohlen erklärt, sie brauche und wolle keine militärische Hilfe von der UdSSR. Dieser Umstand hat die militärische Zusammenarbeit der UdSSR mit diesen Ländern unmöglich gemacht.»

Was wollte der Westen mit dieser Haltung erreichen? Die Sowjetunion sollte zwar, wenn Hitler Polen überfällt, Deutschland den Krieg erklären, aber dann Gewehr bei Fuss stehen bleiben und abwarten, bis die Hitlertruppen nach der Niederwerfung Polens über ihre eigene Grenze einfielen. Das bedeutete, Hitler einzuladen, Polen zu überfallen, und ihn auf die sowjetische Grenze zu hetzen, während man im Westen nichts tun wollte, da man sich ja zu nichts verpflichtet hatte.

Aber hinter der Haltung des Westens stand noch mehr: Am

19. Mai 1939 gab der britische Premierminister Chamberlain unter einem Hagel empörter Fragen nach den Gründen des Stockens der Verhandlungen mit der Sowjetunion folgende Erklärung ab: «Ich muss vorsichtig sein und darf mir nichts erlauben, was die Lage erschweren könnte. Das von mir Gesagte bedeutet, dass wir nicht allein mit der russischen Regierung zu tun haben. Wir müssen auch die Regierungen anderer Länder im Auge haben.»

Die «Regierungen anderer Länder»: Das war Hitlerdeutschland. Anfang 1939 hatten die Kohlenbarone Englands und Deutschlands einen Kartellvertrag geschlossen, in dem nicht nur feste Preise vereinbart, sondern vor allem ausländische Absatzmärkte aufgeteilt worden waren. Ende Februar 1939 beschloss das britische Kabinett, dem Hitlerregime in absehbarer Zeit die ehemaligen Kolonien des deutschen Kaiserreichs auszuliefern. Mitte März 1939 wurde in Düsseldorf ein reguläres Bündnis zwischen den Hauptverbänden der englischen und der deutschen Schwerindustrie beschlossen, das ein gemeinsames Auftreten auf den Weltmärkten und die gemeinsame Ausschaltung von Konkurrenten vorsah. Nach dem Raub der Tschechoslowakei lieferte der Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, den bei ihm deponierten Goldschatz der Tschechoslowakei an Hitler aus. Im Sommer 1939, während der britischen Verhandlungen mit der Sowjetunion, bot der britische Minister Hudson der Naziregierung eine riesige Anleihe an.

Dieser Hudson, der die ersten Verhandlungen in Moskau sabotiert hatte, führte damals das tückische Doppelspiel der britischen Regierung durch. Mitte Juli 1939 war Görings Ministerialdirektor Dr. Wohlfahrt in London. Herbert v. Dirksen, deutscher Botschafter in London und Vetter des Autors dieser Niederschrift, berichtete Hitler darüber in einem geheimen Memorandum vom 21. Juli 1939: «Hudson hat Wohlfahrt sagen lassen, dass er ihn gern sprechen wolle. Darauf ist im Einverständnis mit mir eine Besprechung angesetzt worden, die gestern stattgefunden hat. Bei dieser Gelegenheit hat Hudson weitgehende Pläne über eine deutsch-englische Zusammenarbeit zur Erschliessung neuer und zur Pflege bestehender Weltmärkte entwickelt. Er hat unter anderem ausgeführt, dass es noch grosse Gebiete in der Welt gäbe, in denen

Deutschland und England weitgehende Betätigungsmöglichkeiten finden würden: China und Russland.»

Am 3. August 1939 berichtet Vetter Dirksen nach Berlin: «Falls das englisch-deutsche Abkommen abgeschlossen werden sollte, sind die Engländer bereit, es den Deutschen zu überlassen, die Danziger Frage ebenso wie die Frage des polnischen Korridors allein mit Polen zu entscheiden. Falls die obengenannten Pakte zwischen England und Deutschland zum Abschluss kämen, würde mit der englischen Garantiepolitik Schluss gemacht. Dann wäre Polen gewissermassen mit Deutschland alleingelassen.»

So wurde Polen preisgegeben, damit Hitler endlich, endlich an die Grenze der Sowjetunion kommen konnte und mit ihr Zusammenstössen sollte. Selbst ein Blinder musste erkennen, was hier gespielt wurde: Ein osteuropäischer Staat nach dem anderen wurde Hitler ausgeliefert, um diesem den Weg in die Sowjetunion zu bahnen. Mit der Sowjetunion wurde zum Schein verhandelt, zur Täuschung der Sowjetunion, zur Irreführung der beunruhigten Völker, die ein Bündnis gegen Hitler forderten. Es waren nicht Verhandlungen, um den Frieden zu erhalten, sondern Verhandlungen, um die Sowjetunion zum Schlachtfeld zu machen. Man liess Hitler verstehen, dass die Sowjetunion keine Verbündeten habe, dass sie isoliert sei, dass er sie überfallen könne, ohne zu riskieren, bei England oder Frankreich auf Widerstand zu stossen.

DER PAKT

So stand auf der einen Seite der zum Losschlagen entschlossene Hitler, auf der anderen Seite die infame Absicht der Westmächte, Hitler auf die Sowjetunion zu lenken und eine geschlossene Kriegsfront aller Imperialisten gegen das Land des Sozialismus zustande zu bringen.

In dieser höchst gefährlichen Situation bot Deutschland der sowjetischen Regierung einen Nichtangriffspakt an. Der deutsche Imperialismus fühlte sich 1939 noch nicht stark genug, mit der Sowjetunion anzubändeln. Die Westmächte schienen ihm nicht entschieden und geschlossen genug. Er wollte sichergehen und erst den Rücken freihaben.

Am 19. August willigte die Sowjetregierung ein, den deutschen Aussenminister von Ribbentrop am 23. August in Moskau zu empfangen. Vier Tage hatten die Westmächte noch Zeit, sich zu revidieren. Darum diese Frist vom 19. bis zum 23. August. Noch war das Tor zur Verständigung gegen die deutsche Aggression offen.

Aber der damalige US-Innenminister Ickes musste in seinem (nach dem Krieg veröffentlichten) Tagebuch schreiben: «England hätte sich längst mit Russland einigen können. Es hielt die Hoffnung aufrecht, dass es Russland und Deutschland gegeneinander ausspielen und so sich selbst aus der Entscheidung heraushalten könnte. Es fing sich in seinem eigenen Netz.»

Der am 23. August 1939 abgeschlossene sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt hatte folgenden Inhalt: «Die beiden vertragsschliessenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltaktes, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander zu enthalten. Falls einer der vertragsschliessenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragsschliessende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen. Keiner der beiden vertragsschliessenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet. Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den vertragsschliessenden Teilen entstehen sollten, würden beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschliesslich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungsaustausches oder nötigenfalls durch Schlichtungskommissionen bereinigen.» Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt wurde auf zehn Jahre abgeschlossen.

Die reaktionäre Presse in England und Frankreich zeterte über den «unnatürlichen Bund zwischen Kommunismus und Faschismus». Und bis in unsere Tage wird fleissig die Meinung verbreitet, die sowjetischen Verhandlungen mit England und Frankreich seien wegen dieses Vertragsabschlusses mit Deutschland gescheitert. Aber am 27. August 1939 erklärte Marschall Woroschilow: «Nicht deshalb wurden die militärischen Verhandlungen mit England und Frankreich abgebrochen, weil die UdSSR einen Nichtangriffspakt mit Deutschland schloss, sondern umgekehrt.

Die UdSSR schloss einen Nichtangriffspakt mit Deutschland unter anderem auch infolge des Umstandes, dass die militärischen Verhandlungen mit Frankreich und England wegen unüberwindlicher Meinungsverschiedenheiten in eine Sackgasse geraten waren.»

Dieser Vertrag war nicht etwa von einem übermässigen Vertrauen der Sowjetunion zum faschistischen Deutschland getragen. Er schwächte auch keineswegs die Wachsamkeit der Sowjetregierung und ihre Sorge um die Stärkung der Wehrkraft. Der damalige Aussenminister Molotow erklärte unmissverständlich: «Dieser Vertrag ist durch die feste Zuversicht in unsere realen Kräfte, in ihre volle Einsatzbereitschaft für den Fall einer beliebigen Aggression gegen die UdSSR untermauert.»

Wenige Tage nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, am 3. Juli 1941, legte Stalin in einer Rundfunkrede die Gründe dar, die die Sowjetunion bewogen hatten, mit dem faschistischen Deutschland einen Pakt abzuschliessen. Stalin sagte: «Man könnte fragen, wie konnte es geschehen, dass sich die Sowjetregierung auf den Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier nicht von der Sowjetregierung ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht. Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerlässlichen Bedingung: Dass das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich war der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion gerade ein solcher Pakt. Was haben wir durch den Abschluss des Nichtangriffspaktes mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für eineinhalb Jahre den Frieden gesichert, sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des

Paktes zu überfallen. Das ist ein unbestreitbarer Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.»

Der Westen heulte damals, und heute gehören ja auch wir zum immer noch heulenden «Westen». Aber die Sowjetunion war die letzte europäische Grossmacht, die sich zu einem Pakt mit Hitlerdeutschland bereit erklärte. Hitler hatte 1934 einen Nichtangriffspakt mit Warschau geschlossen. England und Frankreich unterzeichneten 1938 mit Hitlerdeutschland eine Nichtangriffsdeklaration. Von dem jahrelangen Techtelmechtel der Westmächte mit Hitler ganz zu schweigen.

Wenn am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, dann nicht, weil ein sowjetisch-deutscher Nichtangriffspakt existierte, sondern weil England und Frankreich sich geweigert hatten, mit der Sowjetunion einen ehrlichen Bündnisvertrag abzuschliessen. Der Hass gegen die Sowjetunion, der Antikommunismus, wurde zum entscheidenden Faktor für die Entfesselung des Krieges. Hitler schlug los – und, wie vom Westen gewünscht, nach Osten. Vorerst gegen Polen. Aber Richtung Sowjetunion. Die britischen und französischen Imperialisten schienen am Ziel: Ein paar Tage noch, und Hitler würde an der sowjetischen Grenze stehen. Und dann ...

Doch Stalin durchkreuzte diesen Anschlag. Am 17. September 1939 marschierte die Rote Armee in die Westukraine und in Weissrussland ein, in die Gebiete, die Polen 1920 der jungen Sowjetunion geraubt hatte. Die Rote Armee machte an der Curzon-Linie halt, an jener Grenze, die 1919 in Versailles auf Vorschlag des britischen Aussenministers Curzon als Ostgrenze Polens festgelegt worden war. Am 1. Oktober 1939 erklärte der damalige britische Marineminister, Winston Churchill, in einer Rundfunkrede – nicht ohne mehrere unfreundliche Ausfälle gegen die Sowjetunion: «Dass die russischen Armeen auf dieser Linie stehen, ist für die Sicherheit Russlands gegen die deutsche Gefahr absolut notwendig!»

Die Sowjetunion begegnete Hitlers Überfall auf Polen, indem sie den östlichen Teil Polens dem Zugriff der deutschen Armee entzog. Die Sowjetunion engte Hitlers Ausgangsbasis zur Fortführung des Krieges gegen den Osten ein. Die Hitlertruppen standen nicht an der gewünschten Linie Narva – Minsk – Kiew, sondern Hunderte Kilometer weiter westlich. Der Zeitgewinn vom

29. August 1939 bis zum Juni 1941 verschaffte der Sowjetunion unter anderem die Möglichkeit, 3.000 neue Industriegebiete zu errichten und ihr Kriegspotential zu vergrössern. Die Sowjetunion gewann Zeit und Raum.

Das hat zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges beigetragen. So konnte die Sowjetunion 1941 die Überfalloffensive der Hitlertruppen vor Moskau und Leningrad abfangen. Das heisst: Der Vertrag vom August 1939 schützte vorübergehend die Sowjetunion, stärkte ihre Position und trug wesentlich zur Niederlage Hitlers bei. Wer also diesen Vertrag verurteilt oder verleumdet, bedauert den Sieg der Roten Armee über Hitler, bedauert die Niederlage Hitlers.

GEHEIMPROTOKOLLE

Ganz anders sind die Geheimabkommen zu werten, die gleichzeitig mit dem Nichtangriffspakt oder kurz danach vereinbart worden sind. Sie waren so geheim, dass jahrelang nichts über ihre Existenz bekannt war oder wurde. Bis heute hat noch niemand ein Original zu Gesicht bekommen. Aber schliesslich kamen Kopien zutage, Augenzeugen meldeten sich, so dass am Vorhandensein der Dokumente kaum ein Zweifel ist.

Die Grundhaltung der Sowjetunion gegenüber Deutschland hatte immer ambivalenten Charakter: Internationalistisch – wenn es um die KPD, dann um die SED und die Deutsche Demokratische Republik ging; national bis nationalistisch bei der Wahrnehmung sowjetischer Eigeninteressen.

Als der Hitlerkrieg unvermeidbar schien und Veränderungen der europäischen Landkarte auf der Tagesordnung standen, blickte Stalin zur Ostseeküste und erinnerte sich des früheren Hin und Her in den russisch-baltischen Staaten. Schweden, Dänen, Polen – wer alles herrschte im Baltikum. Sicher waren Stalin auch die Ostlandritze des Deutschen Ordens im Gedächtnis, die immer wieder über die Grenzen des Zarenreiches geführt wurden. Sicherheitsdenken und grossrussische Begehrlichkeit wirkten zusammen. Schliesslich war es politische Voraussicht, falls der Krieg doch noch zu verhindern wäre, mit dem Deutschen Reich

Interessengrenzen abzustecken – welche Herrschaft auch gerade über Deutschland bestimmte.

So vereinbarten seine Unterhändler – verständlicherweise geheim und selbstverständlich unabhängig vom Nichtangriffspakt – den «Beitritt» der baltischen Staaten zur Sowjetunion.

Gleichzeitig kam Stalins Grausamkeit in besonderem Masse zum Tragen: Er liess – aufgrund einer Intrige der Gestapo – seinen Marschall Tuchatschewski ermorden, mit ihm rund 100 führende Militärs. Das sollte sich in der ersten Phase des Vaterländischen Befreiungskrieges verhängnisvoll auswirken.

Ausserdem belastete Stalin sein Schuldkonto in den befreiten, zeitweise polnischen Gebieten mit der blutigen Verfolgung polnischer Intelligenz, polnischer Geistlicher und vor allem polnischer Offiziere in Katyn.

Damit übertraf er bei Weitem jenes britische «right or wrong – my country» (Recht oder Unrecht – mein Vaterland). Er bestätigte die Amoral des jesuitischen «Zweck heiligt die Mittel»: Der unmenschliche Zweck gebietet unmenschliche Mittel...

DIE ALLIERTEN

Warum aber traten die Westmächte nach Hitlers Überfall auf Polen gegen ihn in den Krieg ein, obwohl sie ihn doch dazu ermutigt hatten? Und warum setzte Hitler nach der Niederlage Polens den Krieg zunächst nach Westen fort?

Die Westmächte fielen in die Grube, die sie der Sowjetunion gegraben hatten. Ihre Völker dachten gesünder als ihre Führer. Für sie war Hitler der faschistische Aggressor. Kein Staatsmann der westlichen Welt konnte es sich vor seinem Volk leisten, offen mit Hitler gemeinsame Sache zu machen. Nicht einmal Mussolini: Der hielt sich vorerst heraus. Die Völker Englands und Frankreichs aber zwangen ihre Führer, dem Aggressor Hitler den Krieg zu erklären.

Doch trotz ihrer Kriegserklärung setzten die Regierungen Englands und Frankreichs ihre hitlerfreundliche Politik fort. Weder England noch Frankreich unternahmen eine wenn auch noch so kleine Offensivoperation, um Polen zu helfen.

Sie waren auf Krieg gegen die Sowjetunion eingestellt, nicht auf Krieg gegen Hitler. Vor dem deutschen «Westwall» führten die westlichen Armeen einen «Sitzkrieg» (*drôle de guerre*) und liessen Hitler ungehindert Dänemark und Norwegen besetzen. Untätig verharren sie an der französischen Maginotlinie, bis Hitler in Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich einfiel.

Sie waren so wenig auf Krieg gegen Hitler eingestellt, dass Hitler das ausnutzte, seinen ersten Schlag dort führte, wo der geringste Widerstand zu erwarten war, um sich den Rücken freizumachen und das gesamte Kriegspotential Westeuropas für den Krieg gegen die Sowjetunion in seinen Besitz zu bringen. Wer ändern eine Grube gräbt ...

Aber immer noch gab der Westen nicht die Hoffnung auf, doch noch Seite an Seite mit Hitler gegen den Osten zu marschieren. Der Danziger Völkerbundkommissar Burckhardt, der britische Lord Runciman, der schwedische Grossindustrielle Axel Wenner Gren, der schwedische Geschäftsmann Dahlerus – sie und andere verhandelten noch nach Kriegsausbruch mit London und Berlin, um Hitler zum Einfrontenkrieg gegen die Sowjetunion zu bewegen. Und Hitler war keineswegs prinzipiell abgeneigt: Er sandte seinen Stellvertreter Rudolf Hess nach England.

Aber vergeblich. Die Weltmeinung gestattete kein Bündnis mit Hitler, Göring, Goebbels und Himmler. Sie gestattete auch keinen Frontwechsel des Westens, als Hitler schliesslich die Sowjetunion überfiel.

Dennoch setzte der Westen seine hitlerfreundliche und sowjetfeindliche Politik fort. Als die Sowjetunion zum Hauptverbündeten des Westens geworden und in schwerste Kämpfe mit der Naziarmee verwickelt war, schrieb zwei Tage nach Hitlers Überfall, am 24. Juni 1941, der damalige amerikanische Senator Harry S. Truman in der *New York Times*: «Wenn wir sehen, dass Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen. Und wenn Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen – and that way let them kill as many as possible – and so sollen sie sich gegenseitig umbringen, so viele wie möglich!»

Das wurde zum Leitmotiv des Westens im vergangenen Krieg. Die Hilfe der Westmächte für die schwer kämpfende und leiden-

de Sowjetunion bestand darin, dass sie erst lange nach der Schlacht von Moskau, nach dem ersten entscheidenden Sieg über Hitler einsetzte, nämlich im Frühjahr 1942; die westliche Hilfe an Kriegsmaterial betrug ganze drei Prozent aller an der sowjetischen Front eingesetzten Fahrzeuge und Waffen. Die alliierten Luftangriffe auf Deutschland waren schwer und für die Zivilbevölkerung schrecklich: Für den Verlauf des Krieges und seinen Ausgang waren sie fast bedeutungslos. Im Frühjahr 1945 hatte die deutsche Rüstungsindustrie – trotz der Luftangriffe – den grössten Ausstoss an Waffen und Munition!

Die einzig wirksame Hilfe für die Sowjetarmee, die Landung in Westeuropa, die Errichtung einer zweiten Front, wurde vom Westen mehr als zwei Jahre lang versagt. Am 26. Mai 1942 war in London der englisch-sowjetische Bündnisvertrag geschlossen worden. Darin hiess es: «Hinsichtlich der unaufschiebbaren Aufgabe der Schaffung einer zweiten Front in Europa im Jahre 1942 wurde völlige Übereinstimmung erzielt.» Am 11. Juni 1942 wurde in Washington ein Abkommen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten geschlossen, in dem es hiess: «Hinsichtlich der unaufschiebbaren Aufgabe der Schaffung einer zweiten Front in Europa im Jahre 1942 wurde völlige Übereinstimmung erreicht.»

Aber das Jahr 1942 ging zu Ende, die Sowjetarmee brachte Blutopfer über Blutopfer, die zweite Front blieb aus. Das Jahr 1943 verstrich, und von einer zweiten Front war nichts zu sehen und zu hören.

Der Westen war deswegen nicht untätig: Die Westmächte landeten in Afrika. Das brachte allerdings an der Ostfront keine Erleichterung. Die Westmächte landeten in Griechenland: Das brachte der Sowjetarmee keine Entlastung, sondern sollte im Gegenteil dem sowjetischen Vorstoss nach Südosteuropa zuvorkommen. Die Westmächte landeten in Italien: Aber deswegen brauchte Hitler die Ostfront auch nicht von einer einzigen Division zu entblößen.

Stattdessen verhandelten die Westmächte hinter dem Rücken ihres sowjetischen Verbündeten mit Hitler. Am 13. September 1941 verhandelte in der portugiesischen Hauptstadt Lissabon ein Sohn Lord Beaverbrooks, der damalige englische Major und spätere Unterhausabgeordnete Max Aitken, mit dem Vertreter des

Deutschen Auswärtigen Amtes, Gustav von Köfer. Der deutsche Generalkonsul in Genf, Kräusel, berichtete an Staatssekretär von Weizsäcker, dass der britische Unterhändler gefragt habe: «Wäre es nicht möglich, den bevorstehenden Winter und das Frühjahr dazu zu benutzen, um hinter den Kulissen die Möglichkeiten eines Friedens zu erörtern?»

1942 und 1943 wurden diese Verhandlungen hinter dem Rücken der Sowjetunion fortgesetzt. Im Februar 1943 führte der amerikanische Geheimdienstchef Allan Dulles (Bruder des verstorbenen amerikanischen Aussenministers) unter dem Decknamen «Bull» in der Schweiz Geheimverhandlungen mit dem Fürsten Hohenlohe, der sich «Pauls» nannte und im Auftrag des deutschen Aussenministeriums handelte.

In dem nach dem Kriege aufgefundenen Bericht wird wiedergegeben, was «Bull» alias Allan Dulles erklärte: «Der deutsche Staat muss als Ordnungs- und Aufbaufaktor bestehen bleiben. Eine Aufteilung desselben oder die Loslösung Österreichs kommt nicht infrage.» Weiter heisst es in dem Bericht: «Bull ging auf eine staatliche und industrielle europäische Grossraumordnung ein und sah in einem föderativen Grossdeutschland (ähnlich den USA) und mit einer an dieses angelehnten Donaukonföderation den besten Garanten für Ordnung und Aufbau in Zentral- und Osteuropa. Er erkannte die Ansprüche der deutschen Industrie auf die führende Rolle in Europa voll auf an.»

Derselbe Allan Dulles arbeitete von der Schweiz aus mit Dr. Goerdeler und Generalfeldmarschall von Witzleben zusammen, die zu den Verschwörern des 20. Juli gehörten. Die Rede war vom Sturz Hitlers, der «versagt» habe, aber nicht vom Sturz des deutschen Imperialismus. Stauffenberg war da ganz anderer Meinung. Gegenstand der Verhandlungen über das politische Programm des 20. Juli, wie Goerdeler und Witzleben es sahen, war: Sofortige Einstellung des Krieges im Westen, sofortige Zusammenarbeit Deutschlands mit dem Westen, Fortführung des Krieges gegen die Sowjetunion mit westlicher Unterstützung; keine Auflösung der Konzentrationslager, sondern nur Auswechslung der Bewachungsmannschaften; keine Gewerkschaften in Deutschland; Deutschland – ein Ständestaat.

Das waren andere Vorstellungen als die Stauffenbergs, Haefens, Leuschners und anderer tapferer und klarer Helden des 20. Juli 1944. Nein, Grossdeutschland sollte erhalten bleiben. Was den Westmächten bis dahin nicht geglückt war, sollte nun doch noch Wirklichkeit werden. Deshalb waren sie endlich in Frankreich gelandet: Zwei Jahre zu spät, um der Sowjetunion zu helfen und nur, um die siegreiche Sowjetarmee nicht zu weit nach Westen, womöglich bis zum Atlantik, vorstossen zu lassen. Deshalb 45 Jahre später plötzlich jubelnde NATO-Gedenk- und Siegesfeiern an der normannischen Küste. Deshalb zunächst in Bonn: «Verrat und Verräter vom 20. Juli», dann die Kehrtwendung: «Widerstand im Offiziersrock», «Stauffenberg-Kaserne» – und heute: Okkupation des 20. Juli 1944 als fast «einziger Widerstand gegen Hitler», Staatsakte in der Berliner Bendler-Strasse mit Bundeswehrgeneralen und Bundestagsabgeordneten, die Hitlers «Kriegsverdienstkreuz» und «Ritterkreuz» tragen ...

Ich – mit meiner «hassvollen Intoleranz» – war immer der Meinung: Wer – aus welchen Gründen auch – dazu beitragen wollte, Hitler zu stürzen und den Krieg zu beenden, verdient Hochachtung und gehört objektiv zu unseren Verbündeten. In diesem Sinne habe ich schon 1974 eine szenische Dokumentation über den 20. Juli geschrieben.

Auch nach dem Misslingen des Offiziersputsches gab es Verhandlungen zwischen den Westmächten und den Faschisten. Über den schwedischen Grafen Bernadotte versuchte Himmler, mit England zum Frieden und zu einem antisowjetischen Bündnis zu kommen. In der Schweiz unternahm der Gestapospitzel Dr. Gisevius gleichartige Versuche.

Mehr als ein halbes Jahrzehnt hatte die Sowjetregierung versucht, den Frieden der Welt zusammen mit den Westmächten zu retten. Annähernd drei Jahre lang trug sie dann fast allein die Last des Krieges. Der Westen aber handelte gegen sie und hinter ihrem Rücken und versuchte von Anfang bis Ende, mit dem faschistischen Todfeind der Sowjetunion gemeinsame Sache zu machen. Da wäscht auch das ruhmreiche «Geschwader Normandie-Njemen» nichts aus den Schandakten westlichen Verrats an den sowjetischen Verbündeten ...

ANTIHIITLERKOALITION IN AKTION

Wie aber reagierte die Sowjetunion? Kurz vor Weihnachten 1944 unternahm Hitler an der Westfront, im Raum der Ardennen, eine Verzweiflungsoffensive, der wegen der schlechten Führung der amerikanischen und britischen Truppen einige Anfangserfolge beschieden waren. Da richtete Churchill am 6. Januar 1945 an Stalin ein Schreiben, in dem es hiess: «Die Schlacht im Westen ist sehr schwer. Sie selbst wissen aus eigener Erfahrung, wie sehr besorgniserregend die Lage ist, wenn man nach vorübergehendem Verlust der Initiative eine sehr breite Front zu verteidigen hat. Für General Eisenhower ist es sehr erwünscht und notwendig, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob wir im Januar auf eine grosse russische Offensive rechnen können. Ich betrachte die Sache als dringend.»

Am nächsten Tag antwortete Stalin: «Wir bereiten eine Offensive vor, aber das Wetter ist für unsere Offensive augenblicklich ungünstig. In Anbetracht der Lage unserer Verbündeten an der Westfront hat das Hauptquartier des Oberkommandos jedoch beschlossen, die Vorbereitungen in forciertem Tempo zu beenden und spätestens in der zweiten Januarhälfte ohne Rücksicht auf das Wetter an der gesamten Zentralfront grossangelegte Offensivoperationen gegen die Deutschen zu beginnen. Sie brauchen nicht daran zu zweifeln, dass wir alles tun werden, was nur getan werden kann, um den wackeren Truppen unserer Verbündeten zu helfen.» Darauf Churchill am 9. Januar an Stalin: «Ich bin Ihnen für Ihr ergreifendes Schreiben sehr verbunden. Ich habe es an General Eisenhower weitergeleitet. Möge Ihr edles Beginnen von vollem Erfolg begleitet sein!»

Stalin löste sein Versprechen schon früher ein: Die sowjetische Offensive wurde vom 20. Januar auf den 12. Januar vorverlegt. Am selben Tag musste Hitler seine Offensive im Westen einstellen und mehrere Elitedivisionen abziehen und nach Osten werfen. Am 17. Januar 1945 schrieb Churchill an Stalin: «Im Namen der Regierung Seiner Majestät und aus tiefstem eigenem Herzen möchte ich Ihnen unseren Dank und unsere Glückwünsche aussprechen.»

DER WIDERSPRÜCHLICHE WEG ZUR BEFREIUNG

Die Hauptschuld dafür, dass Hitler aufkommen und sich breitmachen konnte, tragen wir Deutsche. Jedes Volk ist dafür verantwortlich, was in seinem Lande geschieht. Und es ist Sache der Völker Englands, Frankreichs und Amerikas, sich mit dem Schuldanteil auseinanderzusetzen, den ihre Regierungen am Zweiten Weltkrieg tragen, den heute manche Historiker, Politiker und Journalisten zu einem «Krieg zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus» umfälschen wollen.

Ich dokumentiere den Weg in den Krieg deshalb so ausführlich, weil gerade heute nur wenige historische Entwicklungen und Vorgänge derart verlogen dargestellt werden.

Die Triebkraft für Hitler und die Westmächte war der Antikommunismus. Er ist die Quelle von Hetze und Verrat, von Krieg und Blutopfern ohne Zahl. Wenn die Völker nicht blind gewesen wären vor Antikommunismus, hätten Hitler und sein Krieg verhindert werden können.

Es ist kein Wunder, dass diese Tatsachen über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in der alten wie in der «neuen» Bundesrepublik verschwiegen, geleugnet oder verfälscht werden. Denn Grossdeutschland soll wieder die Rolle des Gendarmen gegen Osten spielen, und die NATO ist jenes Bündnis, welches der Westen seit 1933 angestrebt und schon vor der bedingungslosen Kapitulation in Karlshorst in Angriff genommen hat. Nach Hitlers Selbstmord versuchten die Westmächte, in Flensburg mit dem «Führer-Nachfolger», Grossadmiral Dönitz, eine Separatregierung zu installieren – mit dem Ziel: Umkehrung der Fronten, Frieden im Westen zur Fortführung des Krieges im Osten. Die britische und amerikanische Bombardierung Dresdens – wie nach Kriegsende in Europa die amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki – zielte mehr auf Machtdemonstration gegenüber der Sowjetunion als auf die «gemeinsamen Feinde Deutschland und Japan». Dann zerstörten Churchill mit seiner «Eiserner Vorhang»- und «Gefahr aus dem Osten»-Rede in Fulton, Amerikas Aussenminister Byrnes mit seiner wüsten antiso-wjetischen Rede in Stuttgart die Antihitler-Koalition und alles,

was es an friedenerhaltenden Gemeinsamkeiten gegeben hatte. Churchill schliesslich gestand zynisch: «Wir haben das falsche Schwein geschlachtet!»

OFFENE FRAGEN

Und das alles sollte der sowjetische Star-Historiker Afanasjew nicht wissen? Oder seinem Bruder, der 20 Jahre lang Chefredakteur der *Pravda* war, nicht bekannt sein? Wie konnte Schewardnadse diese Sowjetunion nach aussen hin, international, gewissermassen aus dem Verkehr ziehen, sie zur Zweitrangigkeit verdammten, zur Kapitulation veranlassen, den Pakt der Verbündeten auflösen – und selbst im westlichen Ausland zum «Hoffnungsträger» werden? Und im Innern ging's abwärts: Die Läden wurden leerer als im Land der Besiegten; die Versorgung geriet auf das Niveau des Kriegskommunismus; und der internationalen Popularität des Heilbringers Gorbatschow standen wachsende Kritik, Ablehnung, Feindschaft im eigenen Land gegenüber.

Darum war etwas angesagt, was man «Putsch» nannte und einem internationalen Niemand innenpolitische Popularität verschaffte. Der obskurste «Putsch» der Geschichte – natürlich mit Gutgläubigen und nicht ohne Vorzeige-Opfer –, ohne Munition, ohne operative Führung, ohne Nervosität in Washington, ohne politische oder militärische Reaktion im Westen, aber mit ungeheurer amerikanischer «Bürgerkriegspropaganda» auf Fernseh- und Rundfunkkanälen der ganzen Welt? Hatte man den Sitzkrieg 1939/40 an Frankreichs Grenze «drôle de guerre» genannt: Mit wieviel mehr Recht könnte man diese zwei Augusttage des Jahres 1991 in Moskau «drôle de putsch» bezeichnen ... Vor dem Kreml sollen – ernsthaft im ZDF und im *Spiegel* behauptet – mehr Panzer aufgefahren sein als für den Sturm auf die Seelower Höhen und auf Hitlers Reichshauptstadt... Ein Krupp-Kran riss einen der Retter der jungen Sowjetunion vor Konterrevolution und Interventionskriegen, Felix Edmundowitsch Dzierzynski, vom Sockel. Und der ehemalige sowjetische Professor Michail Voslensky, der vor dem Verrat an seinem Vaterland noch an meinem Esstisch Loblieder auf Lenin und Dzierzinsky gesungen, sich von Stalin

distanziert, aber Treuebekenntnisse zur Sowjetunion und ihren Freunden abgelegt hatte – er äusserte sich nach dem Moskauer «Putsch» in Springer- und SUPER-Art: «Alle DDR-Seilschaften könnten sich ermuntert fühlen, daran zu arbeiten, dass sich die neuen Bundesländer politisch und psychologisch absondern.»

Auch Leute wie er werden in dem Gebiet, das vor dieser Niederschrift Deutsche Demokratische Republik hiess, die deutsch-sowjetische Freundschaft nicht aus unseren Herzen, die Erinnerung an die Opfer des Sowjetvolkes nicht aus dem Gedächtnis reissen.

Und dieses Volk, dessen Leidens- und Leistungsfähigkeit vor der Geschichte bestanden hat wie kein zweites Mal – dieses siegreiche Volk hätte von einer klugen, von Wissenschaft und Weitblick geleiteten Führung nicht zu einem Arbeitsenthusiasmus begeistert werden können, mit dem es seine Schäden und Verluste überwunden, seine Fähigkeiten und Ressourcen entfaltet und eine Arbeitsproduktivität erreicht hätte, die dem Kapitalismus weit überlegen gewesen wäre? Welche Starrheit der Führung, ökonomische Inkompetenz, welcher psychologische Dilettantismus, welche Arroganz der Macht und deren wachsender Missbrauch führten da zum Stillstand, während sich Sputniks und Weltraumschiffe in den Himmel hoben...

VON DER SOWJETUNION LERNEN

Das Ansehen der Sowjetunion war durch ihren Quasi-Alleinsieg über den deutschen Imperialismus und dessen scheusslichste Erscheinungsform, den Faschismus, aufs Neue gestiegen. Damit auch ihr Beispiel- und Vorbildcharakter. Wo neue Staaten in Europa entstanden, blickte man nach Moskau und strebte dem einzigen Vorbild nach. Spärliche Meldungen über Verletzungen Leninscher Normen wurden wiederum der früh einsetzenden antisowjetischen Hetzpropaganda zugerechnet. Schliesslich kamen sie vom Klassenfeind ...

Die Sowjetunion hat ihre Freundschaft gegenüber Deutschland von ihrer Geburt an bewiesen. Man könnte das in einer langen historischen Darstellung nachzeichnen – beginnend bei jenem

grossherzigen Weizenangebot, mit welchem die Sowjetregierung unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges dem von den angeblich so humanen Westmächten einer andauernden Hungerblockade ausgesetzten Deutschland half, über die Verurteilung des Versailler Friedensdiktats durch die Sowjetregierung bis zum Vertrag von Rapallo; dann käme die lange Liste von Angeboten, Verhandlungen, Verträgen und Massnahmen, die «Russenaufträge» zum Beispiel, die während der Weltwirtschaftskrise vielen hunderttausend deutschen Arbeitern Lohn und Brot gaben, bis zu der Hilfe, die die Sowjetunion nach 1945 gewährte.

Die deutsche Furcht war gross geworden. Die alles überschwemmende Propaganda (schon vor Hitler, seit 1917!) und die – allem Leugnen zum Trotz – Kenntnis davon, was Deutsche dem Sowjetvolk angetan hatten, hatte «die Angst vor dem Russen» geschürt: Was würden sie mit uns machen?!

Sie vergalteten nicht Gleiches mit Gleichem. Zwar wurde fleissig verbreitet, was dennoch geschah. Als ich 1946 aus Köln zu einem kurzen Besuch in Berlin weilte, fragte mich Oberst Tulpanow: «Was spricht man drüben über uns?» Ich antwortete wahrheitsgemäss: «Diebstahl von Uhren und Fahrrädern, Vergewaltigungen ...» Tulpanow mit hochrotem Kopf: «Die Schale ist zu dünn, wir haben es noch nicht geschafft.» Auf meinen fragenden Blick fuhr er ruhiger fort: Bei den fernöstlichen Völkern der Sowjetunion gehörte noch vor ein, zwei Menschenaltern die Frau zur Kriegsbeute, und es galt das Recht der Plünderung: «Wie sollten wir das in so kurzer Zeit aus den Menschen herausbekommen – und dazu in einer Zeit der vielen blutigen, grausamen, rohen Kriege gegen uns, mit Kriegs verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit!»

Das muss man wissen und verstehen, um zu begreifen, dass den rudimentären Ausnahmen die grosszügige Regel gegenüberstand: Aus dem von den Faschisten zerstörten Stalingrad kamen Traktoren, aus dem ausgehungerten Leningrad Maschinen und Elektromotore, aus der gebrandschatzten Ukraine Weizen und Fett, Lastwagen aus Moskau und Walzmaterial aus Magnitogorsk.

Von der Sowjetunion lernen heisst siegen lernen? Das war nicht einmal falsch. Wenn nur nicht alles übernommen worden

wäre, sondern das Richtige. Es mussten ja nicht Offenställe oder Maisanbau sein. Oder Thesen und Praxen Chruschtschows und Gorbatschows.

Noch am wenigsten kopierte man in der Ostzone und dann in der DDR. Wir hatten ein – zunächst ehrlich funktionierendes – Mehrparteiensystem. In der Volkswirtschaft gab es einen grossen privatwirtschaftlichen Sektor; zeitweise um 30 Prozent. Berija wurde von Walter Ulbricht freundlich nach Hause geschickt, als er von der DDR-Führung ähnliche Schauprozesse forderte wie in Budapest gegen Rajk und in Prag gegen Slansky. Als KGB-Agenten dennoch in die Republik einreisen wollten, um solche Prozesse zu organisieren, wurden sie abgewiesen. Auch wenn es zu hässlichen Prozessen und Verurteilungen kam: Es gab auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage des Personenkults kein Todesurteil! Es wäre nicht einmal zynisch zu sagen, hier habe zunächst «ein sanfter Stalinismus» geherrscht (wenn sich denn jemand in der Lage fühlt, «Stalinismus» zu definieren).

Das mindert nicht Erscheinungen des Unrechts und der Rechtlosigkeit und gibt den Betroffenen keinen Trost, mildert nicht ihre Leiden und Enttäuschungen. Aber differenzieren muss man schon. Der bittere Scherz, die DDR habe 32 Millionen Bürger gezählt: 16 Millionen Täter und 16 Millionen Opfer – ist ebenso weit von Wahrheit und Wirklichkeit entfernt wie vom Sinn eines Scherzes: durch Übertreibung zur Wahrheit zu führen.

Allerdings, der kritische Rückblick darf nicht den Blick nach vom verhängen: Verbrechen im Kapitalismus erwachsen aus seinen inneren Gesetzen. Ausbeutung, Diebstahl der Arbeitskraft, der Gesundheit und Lebensqualität, Opferung des Werktätigen auf dem Altar des Profits, Terror, Mord und – wenn erforderlich und möglich – Intervention und Krieg sind dem Imperialismus wesenseigen, systemimmanent.

Politische Entartung, Machtmissbrauch, schändliche Folgen des Personenkults sind dem Sozialismus nicht immanent, sie sind keine Widerlegung des Sozialismus. Sie sind Verletzungen sozialistischer Grundprinzipien, stellen Verfälschungen Leninscher Normen dar. Das jesuitische Wort vom «Zweck», der «die Mittel heiligt», stellt eine Aufforderung zur Verletzung der Menschlich-

keit dar; denn unmenschliche Mittel verderben den menschlichen Zweck.

Ich kann und will nicht vergessen, dass Millionen sowjetischer Soldaten bei der Befreiung ihrer und meiner Heimat gefallen sind – mit dem Namen «Stalin» auf den Lippen. Wo wären wir heute, wo die Welt, wenn sie nicht gesiegt hätten – unter der Führung Stalins? Unter der Geburtsurkunde meines Vaterlandes DDR – es hätte «ein Wendepunkt in der Geschichte Europas» sein können – stand der Name «Stalin».

Nichts soll verkleinert werden, nichts abgeschwächt, was Stalin zu verantworten hat: nichts Böses, aber auch nichts Gutes. Zar Peter war nicht gerade ein Menschenfreund; dennoch ist er als «der Grosse» in die Geschichte eingegangen. Friedrich II. von Preussen war – menschlich und was seine Kriege angeht – auch nicht gerade gross. Zar Iwan hiess nicht von ungefähr «der Schreckliche». Gustav Adolf von Schweden hat die Abkehr vom Papst, die Evangelisierung Nordeuropas auf Leichenhügeln geschändeter Frauen und gemeuchelter Kinder bewirkt. Sind sie deshalb nicht als historische Grössen in die Weltgeschichte eingegangen?

Der Aufbau der britischen, französischen, spanischen, portugiesischen, italienischen, amerikanischen Nationalstaaten erwuchs aus einem Meer blutigster, langwierigster Kriege, der Ausrottung ganzer widerstrebender Stämme und Völker, Rassen und Regionen – ohne dass ich die Einmaligkeit des faschistischen Völkermords bestreiten wollte. Was hat die katholische Kirche an Verbrechen aufzuweisen: Inquisition mit der Verbrennung vorgelieblicher Hexen und Ketzer. Welchen schmutzigen Krieg haben Kirchenführer aller Konfessionen nicht gesegnet und Aggressoren wie Opfern versichert, dass Gott mit ihnen sei? Wie blutig wurde christlicher Glaube in die Welt getragen – zu Germanen und Slawen, Inkas und Afrikanern, Indianern und Asiaten: Kreuzzüge nach Osteuropa und in den Nahen Osten? Wie wurden Giordano Bruno und Galileo Galilei, Luther, Müntzer und die Bauern verfolgt? Und doch sind Kirche, Glaube und Menschheitsentwicklung nicht voneinander zu trennen.

Verbrechen im Sozialismus? Sie sind umso verurteilungswerter, als der Sozialismus angetreten ist mit höchsten ethischen Werten und der Entschlossenheit, sie zu verwirklichen: Nie wie-

der Krieg – Friede auf Erden! Schluss mit der Ausbeutung – Nächstenliebe! Ende des Kolonialismus – vor Gott, Natur und Gesetz sind alle Menschen gleich, haben alle Völker und Rassen gleiche Rechte! Im Mittelpunkt steht der Mensch – nicht das Profitstreben (auch nicht ein Politbüro)!

Wie Religionen, so entspringen auch Moralbegriffe dem jeweiligen gesellschaftlichen Zustand. Der Kannibale betrachtete Menschenfresserei als durchaus moralisch. Griechen und Römer sahen die Sklaverei als moralisch an, Feudalherren des Mittelalters Fron, Hörigkeit, Leibeigenschaft, eingeschlossen das Recht der ersten Nacht. Hochmoralisch erscheinen dem Kapitalisten das Lohn-Arbeits-Verhältnis, Ausbeutung, Minderbewertung der Frauen und Jugendlichen, Gleichgültigkeit und Feindlichkeit gegenüber Kindern, Feindseligkeit gegenüber Andersdenkenden. Für hochmoralisch erklärten Anfang Mai 1958 sieben katholische Moraltheologen die Anwendung der Atomwaffe. Der evangelische Propst Ammussen sah in der Atombombe «die Zuchtrute Gottes».

Sicher gibt es Himmel und Hölle. Aber beide werden von Menschen auf der Erde geschaffen. Wir warfen den Blick auf vier Gesellschaftsstufen und vier Moralbegriffe. Aber in keiner herrschte der höchste Moralbegriff. Der höchste moralische Zustand ist derjenige, in dem die Menschen sich als Freie und Gleiche gegenüberstehen, in dem der einfache Grundsatz «Was Du nicht willst, das man Dir tu’, das füg’ auch keinem andern zu» alle menschlichen Beziehungen beherrscht und gesteigert wird zur aktiven Menschenliebe.

Im Mittelalter galt der Stammbaum des Menschen, im Kapitalismus entscheidet der Besitz über seinen Stellenwert. Im Sozialismus zählt der Mensch als Mensch. Daran habe ich geglaubt. Dafür habe ich mein Leben lang gekämpft. Die Deutsche Demokratische Republik – im Bunde mit der Sowjetunion – war für mich der erste deutsche Staat, in dem der Frieden zum Regierungsprogramm erhoben worden ist.

Wie war dieser Zusammensturz möglich? Es bleibt mir vorerst unbegreiflich, dass in dieser Gesellschaft Verbrechen begangen worden sind. Wie konnte aus Herzlichkeit Herzlosigkeit werden? Wie konnte es geschehen, dass Völkerfreundschaft in Formalismus mündete und in verbrecherischer Gleichgültigkeit endete und

für viele in der Zusammenarbeit mit dem bisherigen gemeinsamen Feind? Das sind Fragen, für deren Beantwortung mir noch ein Teil «Aufarbeitung der Geschichte» bleibt...

DER HEISSE KRIEG WIRD ZUM KALTEN

Was heute in Vergessenheit gerät und sichtbar nach dem Willen gewisser Kräfte in Vergessenheit geraten soll: Von Ihrer Gründung an stand die Deutsche Demokratische Republik auf der Abschussliste des deutschen und internationalen Imperialismus, der sich schon vorher mit der BRD und der Abspaltung der «Frontstadt» Westberlin Ausfallbasen gegen den Sozialismus geschaffen hatte, zunächst und vornehmlich gegen die DDR. Den anti-sowjetischen Ausfällen gingen mehr und mehr ideologischer Krieg und Aktionen gegen den sozialistischen deutschen Staat voraus. Politiker und Medien überschlugen sich mit offenen Drohungen. Drei Aussprüche Konrad Adenauers mögen dafür stehen: «Es geht nicht um die Wiedervereinigung, sondern um die Befreiung der Ostzone.» – «Lieber ein halbes Deutschland ganz als ein ganzes Deutschland halb.» – «Ich möchte den Tag erleben, an dem die Bundeswehr mit klingendem Spiel durchs Brandenburger Tor marschiert.» Sozialdemokratische Politiker standen in ersten Jahrzehnten Adenauer nicht nach. Westberliner Zeitungen, auch sozialdemokratische, nannten Westberlin «Frontstadt», «Falltür in den Osten» und «billigste Atombombe». Strassenschilder in Westberlin und in der Bundesrepublik wiesen nach «Frankfurt (Oder)», «Breslau», «Stettin» und «Königsberg» – und stets mit genauer Kilometerangabe. Die vielen Fähren im Nord-Ostsee-Kanal tragen ausnahmslos deutsche Namen von Städten jenseits von Oder und Neisse.

Welcher Jüngere in den breitgetretenen Gebieten weiss heute, dass gegen Ostzone und DDR Wirtschaftsboykotte verhängt und gezielt Engpässe erzeugt oder verschärft wurden, um die Versorgung der «Brüder und Schwestern» zu verknapen und den Aufbau zu behindern, wenn nicht zu verhindern? Zum Schaden unserer Währung wurden Wechselkurse nicht nach den Warenkörben errechnet, sondern willkürlich manipuliert. Nehmen wir zwei

Schlosser, die auf einem Hausflur am Prenzlauer Berg wohnten. Der eine ging beim *Borsig-Konzern* in Westberlin «uff Arbeit», der andere zum *VEB Borsig* in Wilhelmsruh. Beide verdienten – sagen wir – 700 Mark. Unserer lieferte die 700 Mark zu Hause ab, der andere ging in Westberlin zur Wechselstube. Der Kurs schwankte in jenen Jahren zwischen 1:4 und 1:13. Er tauschte – sagen wir – 1:10 und kam mit 7.000 Mark nach Hause: Welcher Staat hätte das ausgehalten und sich lange gefallen lassen und keine Gegenmassnahmen ergriffen?

Wer weiss noch, was die Hallstein-Doktrin war? Sie sollte aus der Deutschen Demokratischen Republik einen Nicht-Staat machen und wollte anderen Staaten diplomatische Beziehungen zur DDR bei Androhung von Strafe verbieten. Das war die Alleinvertretungsanmassung.

Am Rande nur sei auf die völkerrechtswidrige Untergrundtätigkeit westlicher Geheimdienste und staatlich gestützter «Kampfgruppen» und anderer Terrororganisationen hingewiesen. Der schuldbeladene Urvater des kriminellen Terrors lässt sich heute in einem «Museum am Checkpoint Charlie» als Sieger feiern: Rainer Hildebrandt.

Niemals – weder absolut noch relativ – sind vom Ministerium für Staatssicherheit so viele Bürger überwacht worden, wie in der alten und «neuen» Bundesrepublik durch Amt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischen Abschirmdienst, CIA ausgeforscht und registriert wurden und werden. Und schliesslich der anschwellende psychologische Krieg im Äther und die immer offenere Androhung militärischer Gewalt.

Diese Zuspitzung des Kalten Krieges zeitigte zweierlei Folgen. Sie zwang die Deutsche Demokratische Republik zu immer engerem Schulterschluss mit der Sowjetunion. Aus Wilhelm Piecks «deutsch-sowjetische Freundschaft als Herzenssache» wurden Zwang, Gedankenlosigkeit und Routine. «Freunde» wurde zunehmend in Anführungsstriche gesetzt. Es gab Druck aus Moskau. Sowjetischen Überspitzungen konnte weniger widerstanden werden. Zum anderen veränderte sich als Folge der wachsenden Feindseligkeit und Gefahr aus dem Westen die Sicherheitspolitik. Zur unverzichtbaren äusseren Sicherheit (von der wirtschaftszerstörenden Überrüstung abgesehen) kam nun auch in der Deut-

schen Demokratischen Republik die falsche Sicherheitsdoktrin im Innern: Aus Sorge um die Sicherheit des Staates, die führende Rolle der Partei, um «Einheit und ideologische Festigkeit» im Lande wurde «flächendeckende Sicherheit». Jeder Andersdenkende wurde aufgespürt und zum «Klassenfeind» erklärt, zum «Agenten des Kapitalismus».

Davon gab's genug. Und Wachsamkeit war keine leere Worthülse. Aber Misstrauen gegen jeden und alle? Überwachung und Verfolgung eines jeden, der hier Zweifel äusserte, dort Kritik übte, in diesem oder jenem anders dachte – und keineswegs anderes wollte, als dass der Sozialismus besser funktioniere, sozialistische Prinzipien vom ideologischen Himmel auf die Erde geholt würden, die Menschen und ihr Staat menschlicher miteinander umgingen, dem Staat, seinem Staat mehr Erfolge und mehr Ansehen zuteil würden? Hier liessen Stalin und Berija grüssen.

Wenn wir nun zum Ausgangspunkt zurückkehren, 1917 und 1918/19, gelungene Oktoberrevolution an der Newa, im Blut erstickte Novemberrevolution an der Spree: Dass es nur die Sowjetunion als Beispiel gab und Stalinsche Strukturen auch in der DDR zum Tragen kamen, tragen nicht jene Kräfte eine Mitschuld daran, die die deutsche Revolution zwischen Kiel und Berliner Marstall, Mitteldeutschland, Ruhr und München verraten haben und niederschliessen liessen? Und jene, die den Kalten Krieg entfesselten und ihn voller Hass gegen die Deutsche Demokratische Republik führten?

Mitschuld, sage ich. Nichts von der eigenen Verantwortung soll gemindert werden. Da gibt es zwar keine Straftatbestände, keine zuständigen Gesetze, Staatsanwälte und Richter. Vergangenheit aufzuarbeiten ist nicht Aufgabe der Justiz, schon gar nicht einer so fragwürdigen, wie sie zwischen Elbe, Werra und Rhein aus Reichsgericht und Volksgerichtshof erwachsen ist. Schon gar nicht nach Gesetzen, die in der Deutschen Demokratischen Republik keine Rechtskraft hatten. Noch weniger schliesslich nach Gesetzen mit rückwirkender Kraft. Aber Gefühl und Bewusstsein für Verantwortung sind gefragt, gefordert.

Wenn ich an Russland denke in der Nacht... Es bereitet mir Herzschmerzen; denn unverändert liebe ich Menschen und Land – mit ihrem Gemüt, ihrer Leidens- und Leistungsfähigkeit. Nach

wie vor ordne ich die Oktoberrevolution als Signal für die grosse Wende in der Menschheitsgeschichte in mein Geschichts- und Weltbild ein. Die Opfer des Sowjetvolks für die Befreiung unseres Volkes müssen unvergessen und für immer verpflichtend sein.

ZEITGEIST

«Wo öffnet sich dem Frieden, wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort? / Das Jahrhundert ist im Sturm geschieden, und das neue öffnet sich mit Mord ... / Zwei gewalt'ge Nationen ringen um der Welt alleinigen Besitz, / aller Länder Freiheit zu verschlingen, schwingen sie den Dreizack und den Blitz.» So schildert Friedrich Schiller die Aussichten der Völker zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Er meinte England und Frankreich, wusste noch nichts von Sowjetunion und USA, nichts vom Dreizack der Flugzeugträger und dem Blitz des Plutoniums. Drei dieser «gewalt'gen Nationen» sind 200 Jahre später in die Kulissen der Weltbühne getreten. Es blieben als Hauptdarsteller die Vereinigten Staaten von Amerika. Es formiert sich, langsam und widersprüchlich, eine Dritte Welt. Und deutlich vernehmbar sind die Ansprüche Grossdeutschlands. Immer öfter erscheinen auf dem Bildschirm Flaggen, deren Träger – zugegeben – vielleicht gar nicht wissen, was sie da wehen lassen: auf weissem Grund ein Eisernes Kreuz und ein schwarz-weiss-roter Gösch. Zuerst sah man sie, als die Montags-Demonstrationen in Leipzig umkippten: vom «Wir sind das Volk» über «Wir sind ein Volk» zum «Einig Volk», vom Willen zu Reformen im Rahmen des Sozialismus in der DDR zum Willen, die DDR mitsamt dem Sozialismus auszumerzen. Zu den DDR-Fahnen kamen über Nacht fabrikneue Bundesfahnen mit und ohne Bundesadler und eben diese schwarz-weiss-rote Flagge mit dem Eisernen Kreuz.

Diese Fahne wurde 1871 eingeführt, als «Reichskriegsflagge». Gerade war Frankreich besiegt, war mit Blut und Eisen das II. Reich proklamiert worden. Bald fuhren unter dieser Flagge deutsche Matrosen in den Tod, marschierten deutsche Infanteristen in die Massengräber. Unter dieser Reichskriegsflagge, das Lied «Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarz-rot-goldener Lump» auf

den Lippen, zogen dann Konterrevolutionäre, Freikorps und Kapp-Putschisten durchs Brandenburger Tor, um erst die deutsche Revolution und dann die Weimarer Republik zu beseitigen. Die Revolution wurde im Blut erstickt, die Republik durch den Generalstreik der Arbeiter noch einmal gerettet.

Wer die Idee geboren hat, diese Fahne der Unehre heute wieder in Mode zu bringen, hat den Zeitgeist gut begriffen. Die Jungen, die sie schwenken, wissen wohl nicht, was sie da tun. Armes Deutschland ...

«In Bonn sitzt die erfolgreichste Regierung Europas», rühmt sich der Bundeskanzler – und hält die Linie Adenauer-Bismarck-Friedrich-der-Grosse-Kohl für richtig und für historisch kontinuierlich. Auch diese Reihenfolge stammt von Kohl. Die Zahl der Sätze, die der Kanzler mit «Ich» beginnt, hat sich seit dem sogenannten Tag der Einheit verdoppelt, seine ohnehin unterentwickelte Neigung zur Selbstkritik ist vollends verkümmert. Schliesslich hat er Vorbilder. Und er sieht sich selbst in deren Nachfolge eingereiht.

Im Anfang war Adenauer: Das ist Helmut Kohls unumstösslicher, festgemauerter Glaube. Im Oktober 1948, also einen Monat nach Zusammentritt des Parlamentarischen Rates, wussten bei einer Allensbacher Umfrage 65 Prozent der Bevölkerung nicht zu sagen, wer zu diesem Zeitpunkt der fähigste deutsche Politiker sei. Die Entstehungsgeschichte des Bonner Grundgesetzes weiss von eigenständigen Beiträgen des ersten Bundeskanzlers fast nichts zu berichten. Am 21. August 1949 lud Adenauer ausgewählte CDU-Spitzen in seine Rhöndorfer Wohnung. Wer sollte erster Bundeskanzler werden? Bankier Robert Pferdmenges schreibt als Augenzeuge: «Mit schöner Selbstverständlichkeit nahm Adenauer als Hausherr den Vorsitz für sich in Anspruch. Mit gleicher Sicherheit ergriff der Hausherr als erster das Wort.» Kölns Oberbürgermeister Hermann Pünder bezeugt Adenauers Behauptung: «Man hat mich dazu vermocht, mich für die Stellung des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen.» Mit diesem Handstreich ebnete sich Adenauer den Weg zur Macht. Im Bundestag wurde er dann mit einer Stimme Mehrheit – seiner eigenen – Bundeskanzler. In späteren Jahren, nach seiner wichtigsten po-

litischen Leistung befragt, nennt er diese Rhöndorfer Sitzung. «Adenauer sah in der Presse keinen Partner, sondern ein Werkzeug; sie war dazu da, seiner Politik zu dienen», schreibt der Historiker Baring. Verwandtschaftsgefühle Helmut Kohls bereiten nicht gerade Überraschung.

Sein zweites Vorbild war ein Vierteljahr vor dem deutschenglischen Vertrag vom 18. Juni 1890 gestürzt worden. Sinnigerweise am 75. Jahrestag der Schlacht von Waterloo hatte der noch von Bismarck initiierte Vertrag Deutschland verpflichtet, seine erst wenige Jahre zuvor errichtete «Schutzherrschaft über die Inseln Sansibar und Pamba» zugunsten Englands aufzugeben. Dafür versprach die britische Regierung, den Sultan von Sansibar zu nötigen, seine an der ostafrikanischen Küste gelegenen Besitzungen an Deutschland abzutreten. Entscheidende Gegenleistung war die Übergabe der Nordseeinsel Helgoland, seit 1814 in britischem Besitz, an das Deutsche Reich. Helgoland wurde zu einem «deutschen Gibraltar» gegen die britische Flotte ausgebaut.

Auf Bismarcks Helgoland nun schrieb – wenn auch nach dem Sturz des Eisernen Kanzlers – Herr August Heinrich Hoffmann, der sich den Namen Fallersleben zulegte, jenes berühmte «Deutschlandlied», das Adenauer von Hitler übernahm, indem er es auf die dritte Strophe reduzierte. Bundespräsident von Weizsäcker meinte in einem Brief an den Kanzler bestätigen zu müssen: «Die dritte Strophe des Hoffmann-Haydn'schen Liedes hat sich als Symbol bewährt.»

Doch zunächst zurück zum Kohl-Vorbild Bismarck, dem wir – verdienstvoll – Helgoland verdanken. Während er für das Hoffmann-Lied nichts konnte und oft gegen die Volksmeinung und gegen die Parlamentsmehrheit regierte, machte er das Königreich Preussen durch eine Reihe von Eroberungskriegen und geschickten «Beitritten» zur stärksten Macht in Europa. «Ich bin ein Junker und will meinen Vorteil davon haben», bekannte erforsch. Das war die Zeit, in der ostelbische Junker – vorwiegend Fürsten, Grafen und einfache Adelige – ihren Einfluss auf die Regierungspolitik verstärkten, ihn später auf Hindenburg und Hitler ausdehnten, den Freikorps zum Sturz der Weimarer Republik Unterschulpf gewährten, der Reichswehr und der Wehrmacht das Offi-

zierskorps und Hitlers Aussenminister Ribbentrop das diplomatische Korps stellten; sie wollten Krieg, betrieben Krieg, träumten von neuem Land im Osten, verloren den Krieg – und heute wintern sie Morgenluft. Sie treten als brave Demokraten und Besserwessis auf und wollen Bauernland wieder in ihrer Junkerhand haben.

Im Junkerstaat Preussen galt im Abgeordnetenhaus – bis 1918 – das Dreiklassenwahlrecht: Zwei Drittel durften ohnehin nicht wählen, wenn sie nämlich Frauen waren oder unter 25 oder Empfänger öffentlicher Beihilfe oder keinem eigenen Haushalt vorstanden. Das übrige Drittel war wiederum in drei Klassen eingeteilt: Die wenigen Höchstbesteuerten, die mittleren Steuerklassen und die Masse der Niedrigbesteuerten wählten jeweils die gleiche Anzahl von Wahlmännern, die ihrerseits gemeinsam den Abgeordneten des Bezirks bestimmten. So hatten die Reichen und Wohlhabenden das Sagen, der breite Mittelstand blieb unterlegen, und die Masse des Volkes konnte gar keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments ausüben.

Bismarck war deswegen nicht beliebt. Aber er bescherte den ersten und zweiten Klassen durch seine Eroberungen den ersehnten grossen Markt und stark vermehrte Profite. So waren die Besitzbürger von ihrem «Eisernen Kanzler» schliesslich begeistert und bejubelten sein «Einigungswerk» – wovon man ja heute wohl wiederum spricht. Armes Deutschland ... Apropos Bismarck: Er bekam wenigstens einen Hering. Was bekommt Kohl?

Auf Bismarcks Helgoland nun schrieb nach dessen Sturz Herr Hoffmann jenes Lied. Aber der hehre Dichter war nicht «der deutsche Patriot», der das Lied «gegen die deutsche Kleinstaaterei» und als «glühendes Bekenntnis zum Vaterland der Deutschen» geschrieben hätte. Sein Lied entstand nicht als «Kind der revolutionär-demokratischen Bewegung». Dieser Hoffmann war – manigfach durch eigenes Schrifttum belegt – Monarchist, Nationalist und Antisemit. England bedichtete er: «die grosse Krämerseele». Über Frankreich wusste er zu berichten: «Die Franzosen sind egoistisch als Volk wie in ihrer Einzelheit.» Heinrich Heine bedachte er mit den Worten: «Ja, du schwärmtest für das Hohe, für das Schöne nur zum Scheine; koscher war für Deine Seele

doch zuletzt nur das Gemeine.» Hätte es damals schon Globkes «Gelben Stern» gegeben: Der Dichter unserer Nationalhymne, Hoffmann, hätte ihn Heinrich Israel Heine angeheftet.

Hoffmanns Deutschlandlied wurde von des Kaisers Oberster Heeresleitung zur nationalen Legende gemacht. Am 11. November 1914 stand im Heeresbericht: «Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesang ‚Deutschland, Deutschland, über alles‘ gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen und nahmen sie.» Es waren vorwiegend Studenten, die sich freiwillig gemeldet hatten; schlecht ausgebildet, wurden sie von mässig begabten Generalen in den sinnlosen Krieg gejagt. Und keiner – weder General noch Schlachtopfer – meinte «Patriotismus» und «deutsche Einheit», sondern sie sollten, wollten «von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt» stürmen, damit «Deutschland, Deutschland, über alles, über alles in der Welt» herrsche.

Der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert erhob am 11. August 1922 dieses, mit dem Geruch des Todes und des Weltherrschaststrebens behaftete Lied zur deutschen Nationalhymne. Auch Hitler hat das Hoffmann-Lied nicht «missbraucht» (missbraucht wurde die Melodie aus Haydns Streichquartett); es passte haargenau in seinen Kurs. Deshalb übernahm er es und fügte ihm gleichberechtigt das Lied des braunen Zuhälters Wessel hinzu – und bei beiden musste der rechte Arm zum Faschistengruss erhoben werden.

Was bedeuten in der 3. Strophe, auf die die bundesrepublikanische Hymne verkürzt ist, «Einigkeit und Recht und Freiheit»? «Streben» nach Einigkeit und Recht und Freiheit? Die Einheit haben wir doch, und die Oder-Neisse-Grenze wurde anerkannt – wenn auch mit Vorbehalten der Landsmannschaften und der CSU. Weiterhin «streben» kann doch nur Aufgabe für die Zukunft bedeuten, also Revanchismus. Ein unsäglicher Satz in Weizsäckers Brief an Kohl sagt unfreiwillig alles: «Als ein Dokument deutscher Geschichte bildet es (das Deutschlandlied) in allen seinen Strophen eine Einheit.»

Ich verstehe die Reaktionen in Westeuropa auf das «neue» Deutschland mit dieser Hymne und der alten Reichskriegsflagge über Demonstranten und Fussballfanatiker. Hans van Mierlow, ehemaliger Verteidigungsminister der Niederlande, Fraktionsvor-

sitzender der «Demokraten 66»: «Was fühle ich? Gemischte Gefühle, muss ich aufrichtig sagen, es sind gemischte Gefühle. In der Mitte von Europa entsteht die grösste Macht. Das ist es, was mich verunsichert. Es ist nicht, weil Deutsche da leben. Ich möchte ein Zentrum haben, das nicht zu gross ist, nicht zu mächtig.»

Frankreichs *Le Monde* warnt vor einem «beunruhigenden Pangermanismus: Noch ist es Zeit, der kriminellen Verzahnung Einhalt zu gebieten, in die Kohl und die CDU, aber auch die nicht widerstrebende SPD uns hineinziehen wollen.»

Der ehemalige Premier Michel Debré ruft Frankreich zum Widerstand auf gegen «drohende gesamtdeutsche Hegemonie auf unsere Kosten». Der Sozialwissenschaftler Serge Christophe Kolm sieht Osteuropa bereits als «Kolonie deutscher Banken und Industrieller». Zeitungsüberschriften kennzeichnen den sogenannten Beitritt als «l'Anschluss» oder «Deutschmark über alles». *Le point* erschien mit dem Titel «La grosse Allemagne»; «grosse» bedeutet «fett». Ein Kommentator in *Le Monde* meinte, der «boche» sei ins französische Bewusstsein zurückgekehrt. Ein anderer berichtet in *R TL plus*, seine zwanzigjährige Tochter spreche von Deutschland wieder als dem «Erbfeind».

Adenauer und Rhöndorf, Bismarck und Helgoland-Kauf und Hoffnung auf deutsche Weltherrschaft, Kohls «erfolgreichste Regierung in Europa», «weil wir doch die Tüchtigsten sind»: Bleibt sein «Vorbild Friedrich II.», dessen Umbettung den Anspruch des Doktors der Geschichte, Kohl, auf Kontinuität der Historie und ihrer Grossen beweisen soll. Kontinuität von Sanssouci über Versailles und Helgoland bis Bonn und in die Reichshauptstadt mit einer Siegesgöttin auf dem Brandenburger Tor?

BONN, BERLIN? ODER WAS?

Aufs Erste möchte man zu dieser Frage sagen: Gehupft wie gesprungen. Die Deutschen in Ost und West haben wohl zunächst andere Sorgen.

Ausserdem: Was würde sich ändern? Würden andere in Berlin regieren als in Bonn? Würden sie – oder ihre Nachfolger – anders

regieren? Wären sie in ihrem Regierungsgetto Bonn-Wandlitz näher an den Interessen der Menschen in Westdeutschlands Ostzone, ferner den Interessen der Herren von Rhein und Ruhr, Neckar und Isar?

Zwei Weltkriege, Luxemburg und Landwehrkanal, Staatsoberhäupter von Ebert über Hindenburg bis Hitler, Reichssicherheitshauptamt, Köpenicker Blutwoche, Gestapo, Kristallnacht, Wannsee-Konferenz, Holocaust, Cäsar Springer, das einstige Glitzerding Westberlin, die Frontstadt: Waren solche Entscheidungen in Berlin gefallen? Sass die Macht nicht am Rhein, in der Villa Hügel, in Essen und Düsseldorf, Höchst, Mannheim und Stuttgart, Hamburg, München und Frankfurt/Main? Die im Berliner Schloss, im Reichstag und in der Wilhelmstrasse sassen und dort amtieren durften, dachten, sie seien an der Macht. Und sie waren doch nur an der Regierung, Befehlsempfänger, Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte.

Wenn man noch «Imperialismus» sagen darf: Er beherrschte das arme Deutschland via Berlin. Das wurde 1945 beendet. Wie 1919 vor dem Volk nach Weimar geflohen, zog man sich nach der zweiten Niederlage in das überdimensionale Wandlitz-Bonn zurück: weg vom Volk, versteckt hinter den sieben Bergen und den Ausläufern der einsamen Eifel, dem Venusberg.

Als geborener Berliner war ich spontan für Berlin. Deutschlands Hauptstadt, Bismarcks erste Sozialversicherung, Liebknecht auf dem Potsdamer Platz, Novemberrevolution, Niederschlagung des Kapp-Putsches, der rote Wedding, Widerstand gegen Hitler, Rote Kapelle, Stauffenberg und Haefen in der Bendler-Strasse, die rote Fahne auf dem Reichstag, Trümmerfrauen, neue Hoffnungen, Einheit der Arbeiterklasse, erste Aufbauerfolge – warum gegen Berlin nur schlechte Traditionen ins Feld führen?

Aber warum wollen nun Bonns Rheinstaat-Politiker plötzlich nach Berlin, in den Reichstag, von dem «dem deutschen Volk» noch nie Gutes widerfahren ist – wenn man absieht von Reden und Anträgen von Bebel und Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Wilhelm Koenen, Ernst Thälmann und Walther Stöcker, Theodor Neubauer und Ernst Schneller, Martha Arendsee und Fritz Heckert, Conrad

Blenkle und Georg Schumann, Wilhelm Pieck und Edwin Hoernle, und noch einmal Clara Zetkin, die als Alterspräsidentin die letzte Sitzungsperiode des Reichstages vor Hitler am 30. April 1932 mit einer mutigen, leidenschaftlichen Warnung vor dem Faschismus und seinen unausbleiblichen Folgen eröffnete. Namen, die von Strassen, Plätzen, Schulen, Betrieben, Genossenschaften, Werkstätten, Kinderheimen und Kasernen verschwinden und der Vergessenheit anheimgegeben werden sollen.

Es sei ihm «unerträglich, durch eine ‚Wilhelm-Pieck-Strasse‘ zu fahren», meint eine der schnellebigen Grössen von heute. Wie vielen müsste es dann unerträglich sein, in einer ‚Konrad-Adenauer-Allee‘ wohnen zu müssen?

Die an Persönlichkeiten und Reichstagsgesetzen nicht eben reiche Geschichte – Kriegsgeschichte, Geschichte des bürgerlichen Kampfes gegen soziale Gerechtigkeit und der Klassenkämpfe – soll umgeschrieben, ihrer wenigen Höhepunkte entkleidet werden.

Über vierzig Jahre lang hatte man in Bonn – nicht nur in Sonntagsreden – beteuert, versprochen, beschworen, Berlin und nur Berlin werde die Hauptstadt des künftigen einheitlichen Deutschland sein. Bonn sei und bleibe Provisorium – wie sein Verfassungs-Grundgesetz.

Aber Bequemlichkeit und Gewöhnung, Venushügel und Freiheit von Heim und Volk? Und in der kleinen Universitätsstadt im Regierungsbezirk Köln ist man doch wer! Mehr jedenfalls, als man in der Metropole Berlin sein würde! Sprachen nicht für Bonn Beethoven und ein schöner Marktplatz, Hofgarten und das Siebengebirgs-Panorama am Rheinufer, kurfürstliche Universität und die schlagenden Corps, deren ‚Borussia‘ schliesslich alle männlichen Hohenzollern angehört hatten? Ernst-Moritz Arndt könnte man in Anspruch nehmen (man muss ja nicht hervorheben, dass Arndt erst in Köln Asyl erhalten hat, aber dann in Bonn des Professorenstuhls enthoben wurde und Berufsverbot erhielt). Und dieser Marx hat schliesslich nicht nur in Berlin studiert, sondern auch in Bonn (und sogar bei «Palatia» scharfe Messuren geschlagen)!

Was also soll nun plötzlich Berlin. Was schert mich mein Geschwätz von gestern? So schien es auch anfangs zu laufen. Da auf der Bonner Provinzbühne, Verzeihung: Stadttheater, Verzeihung:

Bundestag schon seit jeher jeder ungestraft jeden Unfug vorschlagen kann, sollten der Bundespräsident und der Aussenminister in Berlin residieren, Parlament und Regierung in Bonn (gehört der Aussenminister nicht zur Regierung?) Man plante sogar: Bundestag in Berlin, Bundesrat in Bonn. Ein anderer Volksvertreter hielt die Auflösung der Einheit von Legislative und Exekutive der Funktionsfähigkeit einer Hauptstadt förderlich. Und natürlich wird jede Parlaments- und Regierungssituation ihr Gegenstück haben: in Bonn oder in Berlin. Da werden sich aber Lufthansa, Bundesbahn, Autobahn und Bundeshaushalt freuen ...

Berlin-Mutwillige dagegen sprachen von einer «optischen Täuschung». Man dürfe der Metropole an der Spree «keinen Ehrentitel ohne sachlichen Inhalt» verleihen und sie nicht «mit dem Hauptstadt-Titel schmücken».

Einige – beileibe nicht viele – quälten sich mit Gewissensbissen wegen der 40-jährigen Berlin-Optionen. Willy Brandt fügte seinen vielen Orakeln ein neues hinzu und fragte, ob man «die Teilung nicht durch Glaubwürdigkeit überwinden» müsse. Seit wann haben Bonner Politikerworte oder Bundestagsabschlüsse etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun?

Doch dann ereignete sich etwas Merkwürdiges, Bemerkenswertes: Kohl und Lambsdorff sprachen sich vehement für Berlin aus. SPD-Glotz versuchte sich mit einem Spagat: höchstes Lob und Anerkennung für Kohl und Lambsdorff, Zustimmung sogar, aber die Glotz-Stimme für Bonn. Sogar aus der blau-weißen Karriere Herr Waigels ertönte plötzlich – wenn auch mit bayerischen Vorbehalten gegen «Saupreissen» – ein «Ja für die Hauptstadt Berlin». Wolfgang Schäuble hielt eine sachliche, zugleich erstaunlich emotionale Rede für die Grossstadt an der Spree und empfing von allen Fraktionen «standing ovations», wie es auf Neudeutsch heisst.

BONNS ERSTER SCHRITT NACH EUROPA

Helmut Kohl begründete den Stellungswechsel: Im künftigen Europa werde Berlin «keine Randlage» einnehmen, sondern «Mittelpunkt» sein. Die Mächte an Rhein und Ruhr, Main, Neckar, Isar und Alster hatten ihre Bonner richtig beraten: Ihr Europa werde

kommen – vom Atlantik bis zum Ural; und dann werde Berlin – so plauderte es Kohl aus – «keine Randlage mehr einnehmen», sondern «Mittelpunkt» sein.

Das heisst, die Bonn-Berlin-Debatte war kein Provinztheater! Der Streit um Berbonn oder Bonnlin war kein Krämerspiel, so sehr einige Statisten dort als Laiendarsteller agierten: Der Kampf um die Vorherrschaft im künftigen Europa war eröffnet! Das war kein Hauskrach. Zumal vom «gemeinsamen Haus Europa» nichts übriggeblieben ist, nachdem Michail Gorbatschow den kleineren, aber besseren Teil Europas eingerissen hat.

Das zeitgleiche Hin und Her mit Jugoslawien, ob ein zerstückeltes Jugoslawien leichter zu beherrschen sei; Kohls Schwanken zwischen EG, Mitterand und KSZE («Serbien muss sterben») – das ist ein Vorgeschmack dessen, was sich im künftigen Europa abspielen wird. Da wird es nicht um Fischfangquoten gehen, um weitere Beschränkungen von Anbauflächen und Subventionsstreichungen für Bauern, um Autobahn-Maut oder freie Alpenfahrt der Lastkraftwagen, um Beitrittsanträge von EFTA-Staaten zur EG, nicht einmal um «Tauziehen», wie es beschönigend heisst.

Als der Nachbarschaftsvertrag Bonn-Warschau unterzeichnet wurde, kündigten über Bonn zwei Sportflugzeuge mit Spruchbändern «Verzicht ist Verrat» und «Schlesien bleibt unser» an. Die vorgeschriebene Sicherheitshöhe von 600 Metern wurde eingehalten; es gab für die Polizei keinen Handlungsbedarf, bei der Landung auf dem Flughafen Hangelar einzuschreiten.

Deutschland soll nicht «der Osten des Westens» sein, sondern die Mitte des Kontinents. Die geographische Mitte Europas liegt angeblich in Warschau. Aber die politische Mitte will, herrschend, das «neue» Deutschland sein. Davon träumten deutsche Imperialisten seit je. Am lautesten Franz Josef Strauss. Sein Epigone Waigel zieht deshalb sogar das verhasste Berlin seinem Bürgerbräukeller-München vor. Zugleich findet er «das Misstrauen der Verbündeten den Deutschen gegenüber beleidigend» (*Süddeutsche Zeitung*, 27.12.1989).

Auf dem Ostmarkt – für Imperialisten ist die Welt nicht Volk, Nation, Staat, sondern «Markt» – wird es eng werden. Alle möchten ein Stück von dem grossen Kuchen ergattern, der da gebacken

wird. Die Eroberung der DDR war nur der erste Schritt Bonns nach Europa bis zum Ural. Das italienische *Panorama* schreibt: «Der Drang nach Osten war noch niemals so stark wie in diesem Moment.»

Und immer noch heissen Deutschlands Finanz-Hauptstädte Frankfurt und München. An Rhein und Main residieren die Herren der Wirtschaft. Die Rechtshüter walten in Karlsruhe.

San Francisco (dpa): «Kohl: Deutschland ist bereit zu Führungspartnerschaft. Das vereinte Deutschland ist nach den Worten von Bundeskanzler Kohl bereit, entsprechend seiner gewachsenen Bedeutung in Europa und der Welt wirtschaftliche und politische ‚Führungspartnerschaften‘ zu übernehmen.»

Herr Wörner – wegen seiner militärischen und menschlichen Unzulänglichkeit vom Posten des Bundesverteidigungsministers nach Brüssel abgeschoben – spreizt sich mit Pfauenfedern und glaubt die Zeit gekommen, dass ein deutscher NATO-Generalsekretär den USA politische Verhaltensregeln vorschreiben könne: «Washington (AFP): NATO-Generalsekretär Wörner hat die USA vor einer Rückkehr zur Selbstbezogenheit gewarnt (...) Wenn die USA der Tendenz zum Isolationismus nachgäben, würden die weltweiten Probleme zurückkommen und das Land überwältigen, warnte Wörner bei der 37. Sitzung des Nordatlantikrats in Washington.»

Schadows Friedensgöttin auf dem Brandenburger Tor – von der Deutschen Demokratischen Republik wiederhergestellt, von trunkenen Einheitsvandalen unter Schutz der Polizei und mit Beihilfe ostwestlicher Fernsehreporter geschändet und ruiniert, schwingt nun als umfunktionierte «Siegesgöttin» Preussens, dann Grossdeutschlands Adler nach Osten – in Richtung Neisse, Bug, Drina, Newa und Ural. Und «nach Baku, zu unserem Öl».

Bonn? Berlin? Oder was? Berlin: Ja! Aber keine «Reichshauptstadt»!

WORTE ZUM SONNTAG ODER WANN IMMER ZEIT IST ZUM NACHDENKEN UND STREITEN

Ist unsere Erde mit der weltweiten Schwächung des Sozialismus nun in Ordnung? Im Gegenteil. Sie ist noch mehr aus den Fugen geraten.

Sind wir Menschen mehr als früher an der res publica beteiligt, am Staat, an den öffentlichen Angelegenheiten? Im Gegenteil. Nach Fehl- und Misswahl sind andere, aber nicht mehr beteiligt.

Gibt's keine Willkür mehr? Im Gegenteil. Die Mehrheit ist neuem Bürokratismus ausgeliefert, der Unsicherheit preisgegeben, der Willkür von Ämtern, Gesetzgebern, Bürokraten und Journalisten.

Haben wir einen Rechtsstaat? Im Gegenteil. Wir leben in rechtsfreien Räumen, wie wir sie bisher nicht gekannt haben.

Wenn man «die Macht anderen überlassen» soll: Bleibt einem dann nicht selbst die Ohnmacht?

«Der Klügere gibt nach»? Heisst das nicht, dem Dümmeren das Feld zu überlassen?

In Revolutionen fließt oft unschuldiges Blut. Weit schlimmer aber ist das Meer von Blut und Tränen, das zur Revolution führt und von ihr trockengelegt werden soll.

Manche verwechseln den Seismographen mit dem Erdbeben.

Die «deutsche Frage» zu lösen, ist doch wohl nicht möglich ohne Lösung der sozialen Frage.

Die Kunst der Politik in Bonn: Wutschnauben vorm Mund, Krokodilstränen in den Augen.

Haben wir die Freiheit von Forschung und Lehre? Welcher Professor kann unter Verleumdungen forschen und in Existenzangst lehren? Welcher Student in Angst lernen?

Kunst bedarf nicht der «Subventionierung»: Sie muss finanziert werden.

Welch schöner Rat: «Die Ärmel aufkrempleln!» Aber wie, bitte, wenn einem das letzte Hemd genommen wird?

Angst kann in Feigheit umschlagen; das ist menschlich. Aber Vorsicht: Feigheit kann Vorstufe für Charakterlosigkeit werden!

«Eigentum verpflichtet!» Welch schönes Verfassungsgebot. Aber es fehlt die Aussage: Wozu? So verpflichtet es zu gar nichts, ausser: Durch Profit das Eigentum zu vergrössern.

«Hinter (fast) jedem grossen Vermögen steht ein Verbrechen.»
(Autor unbekannt)

Der Computer ersetzt keinen Menschen. Er weiss als Antwort nur: Ja oder Nein. Da ist kein Platz für Zwischenlösungen, Toleranz, Kompromiss, Konsens und Menschlichkeit.

Biermann wird «Heino der Linken» genannt. Heino – ja. Aber links?

Links sitzt. Oder steht III. Klasse.

In der «maroden DDR-Misswirtschaft» mussten die Menschen nach Bananen anstehen. In der «sozialen Marktwirtschaft» stehen sie nach Arbeit, Wohnung und Sozialhilfe an.

40 Jahre lang hatten wir langweiligen Unterricht in Kapitalismus. Jetzt durchleben wir das Praktikum.

Es sind nicht die alleredelsten Ritter, die die Fackel der Marktwirtschaft nach Osten tragen.

Für Bier gibt es ein Reinheitsgebot. Wann wird ein solches für Politiker und Journalisten erlassen?

Nehmen Sie Treuhand! (Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie die Betroffenen.)

Aktenberge in der Normannenstrasse sind zu einem grossen Teil schlimm. Aber nicht zu vergleichen mit Aktenbergen im Amt für Verfassungsschutz und Leichenbergen auf Schlachtfeldern.

Reiche sind arme Leute mit Geld.

Kohl in Bonn: «Wir wollen aufeinanderzugehen!» Kohls Selbstberichtigung in Halle: «Wir müssen aufeinanderlosgehen!»

Nicht der ist der Held, der schlägt, sondern der, der es erträgt.

Steigerung: Niemandem wird es schlechter gehen, aber vielen besser / besser, es geht vielen schlecht als keinem gut / einem Niemand würde es nicht besser gehen als vielen Schlechten / für niemanden ist es schlecht, wenn es wenigen besser geht / es geht niemandem schlechter als vielen / und so fort...

O-Ton Präsident Bush: «Die Türkei ist ein Beispiel für diejenigen, die um freie Wahlen und freie Märkte kämpfen!»

Hat der Golfkrieg auch nur ein Problem im Nahen Osten gelöst?

Bauhelme statt Blauhelme!

S/Jzeg^ Hausmitteilung vom 26.8.1991: «Vom Baltikum bis zum Amur war der SPIEGEL im Einsatz.» So weit sind andere «Einsätze» nicht gekommen.

Fast alle Staaten sind Schuldner der Deutschen Bank. Der Brocken, höchster Berg Nord- und Mitteldeutschlands, gehört wieder dem Fürsten zu Stolberg-Wernigerode und wird nun als Disneyland kultiviert. In Bielefeld hat der Stadtrat den «Platz des Widerstandes» in «Bahnhofplatz» umbenannt. Bundeskanzler Kohl sagt: «Dies ist ein Land, das wieder zu sich selbst findet.» Armes Deutschland ...

EIN SINNERFÜLLTES LEBEN. ODER WAS?

Über den Sinn des Lebens ist viel philosophiert, meditiert, diskutiert, fabuliert, phantasiert, historisiert worden. Ich will mich daran nicht beteiligen. Ich will mich erinnern, nachdenklich und ohne Blick zurück im Zorn.

Alfred Kantorowicz, mit dem ich erst befreundet, schliesslich zerstritten war, hat einem seiner Bücher nach dem Krieg den Titel *Vom moralischen Gewinn der Niederlage* gegeben.

Kinder von Landarbeitern hatten meinen Blick für Ungleichheit und Ungerechtigkeit geöffnet; ich begann die Welt mit anderen Augen und die Klasse meiner Herkunft kritisch zu sehen. Mein Bruder Hans festigte meine Überzeugung und wurde mein «ideologischer Vater». Pastor Martin Niemöller bestärkte mich 1932 in dem Entschluss, der Sozialistischen Arbeiterbewegung beizutreten. Faschisten versuchten vergeblich, mir meinen Antifaschismus auszuprügeln.

Mein Hauptmann Mauve wagte meinen Schritt in die Illegalität nicht, aber billigte und förderte ihn. Der einzige Tod, den ich verschuldet habe, war der eines SS-Obersturmführers, den ich daran hinderte, gefangene kanadische Fallschirmjäger ermorden zu lassen. Bankier Pferdenges meinte, ich solle mit der Politik aufhören; für einen gutdotierten Direktorposten werde es doch wohl reichen. Hugh Carlton Greene, ehe er mich verjagte und verleumdete, hielt mich für einen «guten Journalisten»; aber welches Berufsethos erwartete er von mir? Wilhelm Pieck bestärkte mich: «Du hast eine schwere Wahl getroffen, aber sie ist richtig.» Hanns-Anselm Perten nannte mich «einen der vierzehn Nothelfer»; ich kannte mehr als dreizehn andere, und das waren nicht die Schlechtesten. Für einige bin ich «Sudel-Ede», ein Lügner und Rattenfänger, obgleich ich niemals wissentlich etwas Unwahres gesagt und nichts Unrechtes getan zu haben sicher bin. Otto Schily gab mir den Rat, «endlich zu schweigen und mich meines Rentenalters zu freuen».

Ist mein Leben sinnlos gewesen? Den Begriff «Laufbahn» fasse ich nicht als Beginn und Ende meines Berufes auf, schon gar nicht als «Karriere». Schätze und Geld anzusammeln, war nie Ziel meiner Wünsche und meiner Arbeit. Gute Gelegenheiten dazu liess ich verstreichen, auf Privilegien aufgrund meiner Herkunft habe ich verzichtet, auch auf Privilegien aufgrund einer Karriere im Westen. Ich habe unberechtigte Privilegien immer missachtet. Mir war mein Beruf Berufung.

Wenn ich jetzt, am langen Lebensabend – mit gesetzwidrig gekürzter Rente, mit Unsicherheit um den Erhalt angemessener Wohnung für meine Frau und mich, in ungewisser Erwartung weiterer Belastungen durch Mietwucher, Steuererpressung, überhöhte Rechnungen aller Art und voll unerfüllbarer lebensnotwendiger Wünsche, mit dem Unvermögen von Theaterbesuchen oder

Reisen, im Bungalow meiner Frau, bei Sparsamkeit von Licht und Heizung und unter gelegentlichen Steinwürfen und Gegröle vorm Zaun – diese Sichten und Einsichten schriftlich niederlege, mancher Freunde und Genossen verlustig, dann blicke ich dennoch auf ein erfülltes Leben zurück, das sinnvoll war und bleibt. Ich bin voller Dankbarkeit für viele Menschen, die mir begegneten und mit denen ich ein kurzes oder längeres Stück Wegs zusammenging – mit meiner Frau fast ein halbes Leben lang. Ich bin dankbar für eine Fülle von Erlebnissen und Erfahrungen, die mir Freude oder auch Schmerz bereiteten und mich Anschauungen überprüfen liessen oder sie bestätigten: «Moralischer Gewinn der Niederlage». Ich habe keine Zeit für Weltschmerz.

«Trotz alledem» und «Nun erst recht», «Augen auf, durch, und nichts vergessen»: Das ist nicht Trotz, sondern Ergebnis nüchterner, fühlsamer Bilanz. In der Geschichte, im Leben der Menschen und ihrer Gesellschaften, ihrer Staaten, gab und gibt es stets eine Barrikade. Ich erfuhr sie in der Familie und deren Umgebung, im Übergang zur Position der Arbeiterklasse, in Schule, Lehre und Studium, in Frieden und Krieg, im Nachkrieg, in der Spaltung Deutschlands. Ich erkannte und kannte (und ich kenne) Ausbeuter und Ausgebeutete, Kriegsanstifter und Kriegsgegner, Kriegspoliteure und ihre Opfer, Spalter und Ausgegrenzte, die einen anderen Staat im Herzen und im Verstand hatten und haben, Wendehälse und selbstkritische Treue. Und ich glaube, mich stets auf der richtigen Seite der Barrikade befunden zu haben: als Schwächerer zunächst, als Leidender, aber Unbeirrbarer, als Mitsieger dann, vermeintlicher «Sieger der Geschichte», nun als Unterlegener, wenn auch nicht als Korkenzieher. Seit Beginn politischen Denkens den Feind im Visier, übersah ich den Feind in uns. Stets zum Widerstand verpflichtet und entschlossen, liess ich ausgangs meines Staates bis fünf Minuten nach zwölf – gleichsam aus Nibelungentreue – Widerstand im Innern missen, beschränkte mich auf meinen Frontabschnitt.

Niederlage gleich Sinnlosigkeit? Ich habe an der richtigen Front gekämpft, nicht als Stabsoffizier, sondern als Frontsoldat, treu, meiner guten Sache ergeben, wenn auch einäugig, Mängel

nicht glaubend, übersehend oder beschönigend. Soll mein Leben deshalb sinnlos sein?

Der Boxer, der gegen Ende seiner Laufbahn stehend k.o. geht, kann unter Lorbeerkränzen und Pokalen auf eine Fülle von Leistungen und Erfolgen zurückblicken. Gegen seine letzten, erfolglosen Trainer und ihr Versagen mag er mit Groll und Einverständnis reagieren. Aber Leistungen und Erfolge bleiben in den Annalen der Sportgeschichte.

Der Kampf gegen Faschismus und Krieg war gerecht und ehrenvoll wie der Wille, eine neue, bessere Welt aufzubauen. Erfolge und Wille sind nicht tot, nicht aus dem Leben auszulöschen. Warum sollte ich schweigend und still für mich mein Leben zu Ende leben? Das wäre eine Versündigung an meinem Leben und Wissen, an meinen Erfahrungen und meiner Lernfähigkeit. Prinzipienfestigkeit muss nicht Starrsinn sein, Einsicht und Flexibilität nicht Opportunismus.

Ich habe mein Lachen nicht verlernt, wenn ich alte und neue Freunde sehe, mit ihnen an Erfolge denke, an gemeinsame Leistungen, an Irrtümer und Fehler – und wenn wir Unsterbliches erkennen, Unausrottbares, Verschüttetes, das wieder freigelegt wird. Warum soll ich nicht mein Lächeln behalten: verächtliches, wenn ich Möpfe höre, die den Mond anbellern, politische und wirtschaftliche Marktschreier, die ihren Schund ausbreiten wollen? Stolz lächeln, wenn die Schlange den Igel verspeist und darauf Verdauungsschwierigkeiten bekommt (wie Stephan Heym sagt). Jonas soll vom Walfisch, der ihn verschlungen hatte, wieder ausgespien worden sein. Als Kain seinen Bruder Abel erschlug, ging er nicht als Held in die biblische Geschichte ein. Ich werde nicht zum christlichen Glauben finden. Sowenig wie Wendehals bin ich Konvertit. Aber ich darf viele Christen «Bruder» nennen, die Gott und seine Gebote, Christus und seine Lehren ernst nehmen und nicht verzagen, wenn um deren Verwirklichung, wenn um Gerechtigkeit auf Erden nun schon 2.000 Jahre lang gerungen wird. Das Gemeinsame überwiegt bei Weitem. Bei gegenseitiger Toleranz sind wir Verbündete und Freunde.

Und da soll ich aufgeben? Nach dem neuen «Zeitgeist»: vom Wir zum Ich? Meine Sichten und Einsichten werden heute nicht viel bewegen. Aber sie müssen offengelegt werden – mit ihren Wahrheiten und Irrtümern, ihrem Mut zur Differenzierung, ihrer

Ablehnung jeglicher Pauschalisierung, jeglicher Gewalt, die man der Geschichte und den Menschen antut, die das Beste gewollt haben und wollen.

Das Schlimmste sind Dinge, die man nicht getan hat. Ich blicke auf ein sinnerfülltes Leben zurück, das mir die Kraft gibt, aus der Niederlage moralischen Gewinn zu ziehen. Wer etwas weiss und zu sagen hat, darf nicht schweigen. Denn das Leben besteht nicht nur aus Vergangenheit und Gegenwart. Und Zukunft ohne Wurzeln in Vergangenheit und Gegenwart ist keine Zukunft.

«Endzeit der Geschichte» heisst eine neue Theorie. Alle Probleme seien nun gelöst, das Endziel erreicht: freie Menschen, freier Markt, Wohlstand für alle ... Wer die Halbwelt des Kapitalismus und die Welt als Ganzes überschaut und seinen klaren Blick behält, Einsicht und Verstand nicht in der Kloake des Medien-Imperialismus abgegeben hat und vor lauter gesunden Bäumen dennoch den kranken Wald sieht, erkennt diese «neue Theorie» als alten Hut: Er soll der Wirklichkeit übergestülpt werden, die «Endzeit der Geschichte» soll die Denk- und Systemkrise des Kapitalismus verdecken.

Die «Pax americana» wird zu teuer; der Militärapparat, sprich: das Weltkontrollsystem ist unbezahlbar; auch die okkupierte UNO, Währungsfonds und Weltbank sind auf die Dauer keine Rettungsanker. Ein «gemässigter, reformierter Kapitalismus» bleibt Kapitalismus – mit seiner Steigerung zum Imperialismus und Faschismus. Die Moral der Menschheit, ihr Werte-Verständnis werden zur Zeit abwärts gelenkt. Kulturelle Auswegsuche verliert sich im Aussermenschlichen, Ausserweltlichen, Ausserirdischen.

Ich will nicht von einer «Gesetzmässigkeit» des imperialistischen Rückzugs reden. Aber Anfangssymptome gibt es genug, explosive Gegensätze innerhalb des Systems (wie sie 1914 und 1939 ausreichten, um Weltkriege auszulösen); dazu die wachsenden Widerstände in der Dritten Welt. Der Ruf nach einer Alternative wird noch schwach erhoben, aber schwillt an.

Unsere Zeit scheint reif, dass wir an die Erarbeitung eines neuen *Kommunistischen Manifests* gehen – mit ersten Überlegungen, ersten Schritten, von denen einige sicher wieder zurückgenommen werden, ersten Sätzen und Thesen, die von vielen vielerorts niedergelegt werden.

Was man uns vorwirft und was in beträchtlichem Masse zutrif, müssen wir nun vermeiden: das Durcheinander von Krausem und Geradem, Spekulation und Teilrealismus, richtiger Wahrnehmung und falscher Analyse, praktikabler Wertung und falscher Analyse, praktikabler Wertung und falscher Verurteilung – und umgekehrt: Wie der Teufel das Weihwasser müssen wir die Wiederholung scheuen, wissenschaftliche Betrachtungsweisen so hinzubiegen, dass sie in die betriebene Politik passen.

Von Brzezinski stammt die Behauptung: «Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wird Praxis und Dogma des Kommunismus infolge seines Verfalls für die *conditio humano* irrelevant sein.» Ich will weder mit Gläubigen noch mit dem Papst, nicht mit Marx, mit Marxtöttern noch mit Brzezinski über Himmel und Hölle, Glaube und Ideal, Vergangenheit und Zukunft streiten.

Wohl aber, scheint mir, muss man darüber reden, was in Bibel, Koran oder Thora Legende ist, auf damalige Zeiten und Zustände bezogen – und was heute und morgen Gültigkeit hat, was im «Kommunistischen Manifest» zeitbezogen war und überholt ist, was für unsere Zeit wahr, von Wert und praktikabel ist.

Mit Begriffen wie «Aus für den Kommunismus», «für ewig gescheitert», «endgültige Niederlage» bewegt man sich nicht in philosophischen und historischen Gefilden, sondern beansprucht Illusionen, Wünsche und Hoffnungen. Das hat mit «Wissenschaft» nichts zu tun.

Wir werden den Epoche-Begriff neu definieren müssen. Nach «Übergang zum Sozialismus» sieht es zur Zeit nicht aus. Durchleben wir die Epoche der «Geburtswehen des Sozialismus»? Das wäre kleingedacht. Ist es nicht dennoch der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus? Was sonst? Kapitalismus kann ja wohl nicht das Endstadium der Menschheitsgeschichte sein. An meinem Gästetisch hörte ich – einmal! – den Zweifel: Wer will das heute hören, wer so etwas lesen, wer darüber nachdenken?

Der Imperialismus ist da längst am Werk. Obwohl wir am Boden liegen, scheucht er seine Apologeten aus ihrem Siegesrausch auf und lässt sie mit imperialistischer Ideologie und Geschichtsklitterung auf den Kommunismus einschlagen, um ihn auszurot-

ten. Also ist der Kommunismus nicht tot, nicht am Ende, sondern – wenn schon nicht sehr lebendig – doch am Leben. Sie schlagen auf Marx und Engels, Lenin, ja Hegel ein und wollen uns Rosa Luxemburg stehlen, indem sie Zitate und Anmerkungen aus dem Zusammenhang reißen. Wenn es ihnen in den «neuen Ländern», sprich: Deutsch Nord-Ost, an «freiem Unternehmertum» mangelt, ziehen sie Videotheken, Kioske und Imbissbuden als «Beweise» heran. Bei ihrem Versuch, die Deutsche Demokratische Republik in Grund und Boden zu stampfen, lassen sie die Fragen aussen vor: Wo waren die Knotenpunkte für Fehlentscheidungen? Wann hätten andere Entscheidungen gefällt werden müssen? Waren andere Entscheidungen zu diesem oder jenem Zeitpunkt überhaupt möglich? Gab es nicht innen- und aussenpolitische Zwänge – sei es das Bündnissystem im Osten mit teils fordernden, teils notleidenden Verbündeten, sei es die Feindschaft im Westen, die mit Embargo und Psychokrieg operierte und offen mit Gewalt drohte? Darf man wirklich alles auf Fehlentscheidungen und Inkompetenz zurückführen? Und wie ist es mit dem Verhältnis von Ursache und Wirkung? (Damit meine ich nicht die alte Frage, ob erst das Ei oder erst das Huhn da war, aber einer Reaktion geht ja stets eine Aktion voraus.)

Die Oktoberrevolution: eine falsche Weichenstellung? Sie hat die Möglichkeit bewiesen, dass die eine, «ewige» imperialistische Welt aufgebrochen und erschüttert werden kann. Sie öffnete Völkern den Weg aus der «ewigen» Kolonialherrschaft. Sie zerbrach das «ewige Gesetz» des «Herrn im Haus», der Leibeigenschaft, der «Herren und Knechte und Mägde», der Schlösser und Katen; sie kehrte das Unterste nach oben und umgekehrt. Sie hat ihre Signalwirkung für die Völker behalten – wenn diese denn nicht daran gehindert werden, zu hören, zu sehen und zu handeln.

Wir haben's schwer. Imperialisten haben es schwerer.
Ich möchte mit ihnen nicht tauschen.

DRUM

Ich höre sie schon aufheulen: Unerhört! Sudel-Ede wagt es, sich wieder zu Wort zu melden! Der unverbesserliche Lügner! Ein Altstalinist, der nichts hinzugelernt hat!

Ich habe vieles hinzugelernt. Zum Beispiel: Feind bleibt Feind! Zum Beispiel aber auch: Niemand ist Alleinbesitzer der Wahrheit! Niemand darf im Alleinbesitz der Macht sein!

Lebenserfahrung, historische Fakten, Ereignisse, Entwicklungen und Persönlichkeiten summieren sich in meiner um Ehrlichkeit bemühten Rückschau auf das sich neigende Jahrhundert in solchem Masse, dass menschlich-moralische wie kriminelle Schuld der feudalen, kapitalistischen, imperialistischen, faschistischen Herrschaftsformen unübersehbar und unleugbar ist – trotz unbestrittener Leistungen und Fortschritte.

Dieselben historischen Kriterien beweisen, dass der Sozialismus/Kommunismus für höchste menschliche Werte und deren Verwirklichung auf Erden angetreten ist und vieles verändert und erreicht hat – trotz unbestrittener Fehler, Irrwege und sträflicher Verwerfungen.

Warum ich mich mit 75 Jahren weiterhin zu Wort melde? Weil der Imperialismus noch nie derart seinen Alleinanspruch erhoben hat, sogar im eigenen Land, in dessen östlichem Teil er schon einmal abgemeldet war. Weil nach wie vor gilt: «Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet.» Marx und Engels, natürlicherweise in Unkenntnis der nunmehrigen Führungsrolle des Imperialismus, zählen die Jäger von damals auf. «Papst und Zaren, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten». Sie kannten noch nicht Schewardnadse, Reagan, Gorbatschow, Bush und Jelzin, Baker und die Brüder Afanasjew, nicht Brzezinski und Schäuble, Seiters und Krause und nicht Limbach und v. Stahl und was dazwischen liegt, wie der Kölner Professor Niermann, der östlich von Elbe und Werra geistige Zwerge produzieren will.

Das hat die Weltzeituhr angehalten und will sie zurückdrehen. Aber unbestreitbar – wenn auch gut getarnt – steht im Raum:

«Die Geschichte aller bisheriger Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen!» und: «Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassengegensätze nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltungen des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.»

Wir, in deutschen Landen, die einst Deutsche Demokratische Republik hiessen, erfahren seit der Rückwärtswende Wahrheiten des – gewiss nicht in allem gültigen – *Kommunistischen Manifests*: «Streitet nicht mit uns, indem ihr an euren bürgerlichen Vorstellungen von Freiheit, Bildung und Recht usw. die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums messt. Eure Ideen selbst sind Erzeugnisse der bürgerlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, wie euer Recht nur der zum Gesetz erhobene Wille eurer Klasse ist, dessen Inhalt gegeben ist in den materiellen Lebensbedingungen eurer Klasse.»

Sieger haben keineswegs immer Recht, Unterlegene nicht immer Unrecht. Pyrrhus, in Epirus König der Molosser, hatte einviertel Jahrhundert vor der Zeitenwende so oft, so lange und gründlich gesiegt, bis er endgültig verloren hatte ...

Beendet am 3. Oktober 1991

PERSONENREGISTER

- Abs, Hermann-Josef 20
Acheson, Dean 19
Adams, John 269
Adenauer, Konrad 19 ff, 29, 31, 49, 69 f, 88, 99
f, 104, 136 f, 157, 173, 203, 218, 223 f,
257, 260, 266, 275, 320, 324 f, 328
Afanasjew 314, 343
Aitken, Max 309
al-Bakr, H. 280
al-Sabbah, Emir Dshabir 285
Albertz, Heinrich 66
Allende, Salvador 207, 242
Andersen, Hans-Christian 234
Arafat, Jassir 270
Ardenne, Manfred von 17
Arendsee, Martha 329
Arndt, Ernst-Moritz 330
Arnstadt, Rudi 49, 225
Assmussen 319
Astor, Lord 294
Augenfort, Jupp 165
Augstein, Rudolf 32, 37, 58, 78

Bach, Johann Sebastian 7
Bahr, Egon 173, 237
Baker, James 62, 130, 206, 283, 343
Bamford, James 210
Baring, Arnulf 325
Barschel, Uwe 79, 215
Barth, Karl 241
Barzel, Rainer 196, 244
Battista y Zaldivar, Fulgencio 208, 270
Beaverbrook, William M. 309
Bebel, August 16, 329
Becher, Johannes R. 141
Becker, Artur 174
Beethoven, Ludwig von 7, 330
Behrendt, Katrin 250
Behring, Emil-Adolf von 158
Beimier, Hans 174
Bemmen, Helga 173
Berendonk 250
Bergen, Diego von 34, 293
Berghofer, Wolfgang 23, 85, 92
Bergmann-Pohl, Sabine 140, 159, 168
Berija, Lawrenti P. 317, 322
Bernadotte, Folke 311
Beumelburg, Werner 177
Biba, Iris 252
Biedenkopf, Kurt 194
Biegel 33
Biermann, Wolf 16, 23, 131, 335
Bischoff 184
Bismarck, Otto von 96, 98 f, 102, 105, 134
Blank, Theodor 218
Bleukle, Konrad 329
Blücher, Gebhard Leberecht von 134
Blüm, Norbert 177, 195
Boeden, Gerhard 215
Bonhoeffer, Dietrich 215
Bonnet, George 295
Bossemeyer, Horst 152
Bossle, Lothar 243
Bracher, Karl-Dietrich 246
Brandt, Willi 84, 88, 101, 212 f, 266, 331

Brecht, Bertolt 13, 15, 32, 45, 57, 60, 102,
115, 123, 142, 173, 274
Bredel, Willi 66
Breitscheid, Rudolf 247
Brentano, Heinrich von 173, 257
Breschnew, Leonid 260
Bresser, Klaus 94 f
Breuel, Birgit 145
Breuer, Grit 249, 252 f
Brown, Malcolm 280
Brugger, Ulrich 152
Brzezinski, Muska 50
Brzezinski, Zbigniew K. 50, 52 f, 124, 138, 236
f, 248, 273, 281, 341, 343
Buchda, Rudolf 254
Buck, Pearl S. 273
Bülow, Andreas von 221
Burckhardt, Carl J. 308
Bush, George 133, 206, 266, 269, 274,
277 ff, 282 ff, 336, 343

Calley, Leutnant 280
Capote, Truman 273
Carter, Jimmy 50, 272
Castro, Fidel 119, 147, 206, 208
Chamberlain, Arthur Neville 294 ff, 299, 301
Cheney, Richard 278
Chruschtschow, Nikita S. 260, 317
Claudius, Matthias 36
Commager, Henry Steele 268
Cuellar, Perez de 217, 284
Churchill, Winston 67, 119, 260, 305, 312
Curzon, George N. 305
Cwojdrak, Hans-Günter 68
Cyrankiewicz, Jozsef 103
Czaja, Herbert 29, 103

Daerr, Dieter 70
Dahlems, Birger 308
Daladier, Edouard 296
Debré, Michel 328
Diebelius, Otto 175
Diepgen, Eberhard 136
Diestel, Peter-Michael 132, 215 f
Dietrich, Otto 197
Dietrich, Sepp 185
Diewald, Hellmut 32, 246
Dimitroff, Georgi 88, 245
Dirksen, Herbert von 34, 301 f
Donike, Manfred 252
Dönitz, Karl 68, 313
Dornbusch, Fritz 177
Dos Passes, John 273
Drechsler, Heike 250
Dregger, Alfred 29, 59, 104, 180
Dreiser, Theodore 273
Dressel, Birgit 251
Duarte 270
Dulles, Alan 310
Dulles, John Foster 292
Dürfeld, Walter 136
Duvalier 270
Dwinger, Edwin Erich 177
Dzierzynski, Felix Edmundowitsch 183, 206,
314

Ebeling, Hans-Wilhelm 97, 240 f
 Ebert, Friedrich 176, 280, 327
 Eduard VIII. 293
 Egel, Karl-Georg 69
 Eibl-Eibesfeld, Irenäus 133
 Eichhorn, Hans-Jürgen 254
 Eichmann, Adolf 37, 65, 132
 Einsele, Helga 78
 Eisenhower, Dwight D. 312
 Eisler, Gerhart 274
 Eisler, Hanns 274
 Eisner, Kurt 78
 el-Mandshira, Mahdi 284
 Enderlein 186, 188
 Engels, Friedrich 41, 62, 144, 243, 245,
 272, 342 f
 Engert, Otto Max 58
 Engholm, Björn 146
 Eppelmann, Rainer 241
 Erhard, Hans 68
 Erhard, Ludwig 25, 119, 173, 182
 Ewerbeck, H. 162

Fahd, Ibu Abdul-Aziz 285
 Falin, Valentin 111
 Fallersleben, August H. Hoffmann von 325
 Fassbender 165
 Faucher, General 296
 Faulkner, William 273
 Feddersen, Jens 84 f
 Fellner 39
 Fest, Joachim 32
 Fichte, Johann Gottlieb 172
 Fock, Gorch 177
 Ford, Henry 292
 Forestal, James 273, 292
 Forsyth, Frederic 207
 Franco, Francisco 174, 297
 Frank, Anne 85
 Freisler, Roland 177
 Friedrich II. 118, 318, 324
 Friedrich Wilhelm I. 47
 Funke, Lieselotte 181
 Fümberg, Louis 119

Gagarin, Juri 183
 Galilei, Galileo 318
 Gärtner, Hans-Karl 146
 Gass, Karl 71
 de Gaulle, Charles 19
 Geggel, Heinz 76
 Gehlen, Reinhard 217 f
 Gehrman, Christian 251 f
 Geissler, Heiner 182
 Gellert, Rosemarie 93
 Genscher, Hans-Dietrich 88, 102, 105, 181,
 195, 203, 232 f, 275
 de Geoges, Olympe 166
 Gereke, Günter 69 f
 Gerstenmaier, Eugen 79, 196
 Geschonnek, Erwin 35
 Gessner, Herbert 68
 Ghadaffi, Muhammad al 206, 269 f
 Gisevius, Hans Bernd 311
 Glaspie, April C. 282
 Glienke, Hans-Georg 164
 Globke, Hans 37, 39 f, 65, 69, 233, 248,
 327

Glotz, Peter 331
 Gneisenau, Neidhardt von 102
 Goebbels, Joseph 34, 257, 308
 Goerdeler, Carl-Friedrich 310
 Goethe, Johann Wolfgang von 7, 80, 119, 174
 Gohlke 145
 Gorbatschow, Michail 100, 111, 146, 211, 224
 ff, 257, 287, 314, 317, 332, 343
 Göring, Hermann 67, 132, 289, 301, 308
 Gorki, Maxim 183
 Gossweiler, Kurt 34
 Gottwald, Klement 174
 Gramsci, Antonio 245
 Green, Hugh Carlton 177, 179, 337
 Gren, Axel Wenner 308
 Grimm, Gebrüder 234
 Grotewohl, Otto 103, 122
 Grothe, Heinz 69
 Grunthai, Marianne 175
 Guderian, Heinz 194
 Guevara, Ché 209
 Guillaume, Christel 212
 Guillaume, Günter 212 f
 Guizot, Guillaume 343
 Gustav Adolf, König von Schweden 318
 Gütt, Dieter 235
 Gysi, Gregor 37, 77 f, 107, 140, 219

Haeften, Werner von 311, 329
 Haffner, Sebastian 32, 49
 Hager, Kurt 72
 Halifax, Edward Frederic 294 f, 298 f
 Hallstein, Walter 43
 Hannover, Heinrich 39
 Härtling, Peter 173
 Hechert, Fritz 329
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 342
 Heid, Ludger 78
 Heine, Heinrich 60, 320 f
 Heinemann, Gustav 55, 88
 Heino 335
 Helfferich, Karl 33
 Hellmann, Martina 250
 Helms, Richard 209
 Hemingway, Ernest 11, 273
 Henderson, Neville 295
 Henning 29
 Herlt, Günter 69
 Hermann, Rita 93
 Herrmann, Joachim 12, 43 f, 66, 75 f, 89 f, 114,
 231, 237
 Hess, Rudolf 33, 132, 308
 Heuss, Theodor 54, 88
 Heym, Stefan 132, 177, 339
 Hildebrandt, Rainer 321
 Hilscher, Eberhard 173
 Himmler, Heinrich 32, 308, 311
 Hindenburg, Paul von 30 f, 134 f, 175, 277, 325,
 329
 Hinz 196
 Hirsch, Burkhard 166
 Hirschert, Wilhelm 177
 Hitler, Adolf 16, 20, 26, 31 ff, 44, 46, 54 f, 69,
 71, 82, 88, 105, Ulf, 120, 132, 135 f, 174 f,
 177, 185, 194, 217 f, 229, 232, 243, 245,
 256, 269, 274 f, 283, 289 ff, 316, 325 ff,
 329

Hochhuth, Rolf 173
 Hoelz, Max 24
 Hoemle, Edwin 330
 Hölderlin, Friedrich 7, 187
 Honecker, Erich 11, 43, 66, 90, 112, 138, 142,
 152, 214, 225, 231, 256, 260
 Hoover, Edgar 296
 Horkheimer, Max 245
 Hudson 298, 301
 Hugo, Victor 50
 Humboldt, Wilhelm von 134
 Hupka, Herbert 29, 103
 Hussein, Saddam 278, 280 ff

 Ickes, Harold L. 303
 Iwan, Zar von Russland 318

 Jackson, Andrew 269
 Jagusch 165
 Janka, Walter 66
 Jefferson, Thomas 271
 Jelzin, Boris 287, 343
 Jens, Walter 173
 Jobst, Hans 173
 Johnson, Lindon B. 276
 Jung, Nicolaus 180
 Jünger, Ernst 177
 Just, Gustav 173

 Kafka, Franz 43
 Kahn, Herman 297
 Kaiser, Jakob 223
 Kalinin, Michail Iwanowitsch 183
 Kantorowicz, Alfred 336
 Kapp, Wolfgang 134
 Kassem, Abd Al Karim 209
 Kaukel, Eckard 151
 Kaul, Friedrich-Karl 67
 Kennedy, John F. 47, 56, 133, 207, 260, 266,
 269
 Keppler, Herbert 88
 Keppler, Wilhelm 32
 Kertzscher, Günther 66
 Kesselring, Albert 185
 Kiesinger, Kurt Georg 55
 King, Martin Luther 207
 Kinkel, Klaus 215, 256
 Kirdorf, Emil 31, 291
 Kirkpatrick, Jean 246
 Kisch, Egon Erwin 230
 Koch, Marita 250
 Koch, Robert 158
 Koch, Thilo 266
 Koch 49
 Köfer, Gustav von 310
 Kogon, Eugen 188
 Kohl, Helmut 29, 39, 56, 95 ff, 105, 107 f,
 110, 122 f, 130 f, 133, 136, 140, 181, 194
 f, 203, 221, 237, 242, 256 f, 260, 266,
 275, 323, 325 ff, 328, 331 ff, 336
 Köhlert, Lutz 69, 72
 Kolm, Serge Christophe 328
 Kolnen, Wilhelm 329
 Krabbe, Katrin 250, 252 f
 Kraus, Karl 230
 Krause, Günther 138 ff, 162, 237, 255, 343
 Kräusel 310

 Krenz, Egon 89, 133, 214
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 82,
 136 ff, 233, 291
 Krusche, Werner 206
 Kügelien, Bernd von 66
 Kühn, Herbert 63

 Lambertz, Werner 25, 230
 Lambsdorff, Otto von 130 f, 141, 196, 331
 Landauer, Gustav 78
 Landowsky, Klaus 180
 Langhans, Carl Gotthard 133
 Läßle, Friedel 180
 Lasalle, Ferdinand 238 f
 Le Carré, John 207
 Le May, Curtis 276
 Leber, Georg 212, 218
 Leidiger, Petra 251
 Lemke, Michael 174
 Lenin, Wladimir Iljitsch 18, 41, 44, 60, 77, 287
 ff, 314 f, 317, 342
 Leone, Giovanni 88
 Leucht, Günter 69
 Leuschner, Bruno 212, 311
 Leviné, Eugen 78
 Liebknecht, Karl 44, 176, 287 f, 329
 Liebknecht, Wilhelm 329
 Limbach 206, 222, 343
 Lindenberg, Udo 23
 Litwinow, Maksim 292, 294 f
 Lloyd George 299
 Löffler, Hans 173
 Lomonossow, Michail Wassiljewitsch 183
 Londonderry, Charles Vane-Tempest-Stewart
 293
 Losch, Claudia 251
 Löwenthal, Gerhard 39, 58, 78, 212, 235 f
 Lübke, Heinrich 54, 56, 88
 Ludendorff, Erich 132, 134
 Lumumba, Patrice 207
 Luther, Martin 38
 Lütjhe, Uwe 97
 Luxemburg, Rosa 44, 287f, 329, 342

 Maase, Doris 164
 Machiavelli, Nicolo 229
 Mailer, Norman 273
 de Maizière, Lothar 25, 64, 97 f, 139 ff,
 162, 215, 237, 255
 Maneke, Ingra 251
 Mann, Heinrich 245
 Mann, Thomas 80, 231, 245, 274
 Mannen, Hartwig 180
 Marchetti 209
 Marks 209
 Marx, Karl 7, 41, 60, 62, 115, 177, 243, 245,
 256, 330, 341 ff
 Masur, Kurt 45
 Maurer, Georg 114
 Mauve, Werner 337
 Mayer, Hans 141
 McCarthy, Joseph R. 273 f
 McCloy, John 19
 McDonald, James Ramsay 293
 McFarlane, Robert 282
 McKennar 20
 Menjou, Adolphe 274
 Mertes 58, 238

Metternich, Klemens Wenzel Fürst 343
 Mielke, Ernst 206
 Mierlow, Hans von 327
 Mies van der Rohe, Ludwig 274
 Mitschurin, Iwan Wladimirowitsch 183
 Mittag, Günter 12, 43, 57, 89, 114, 138,
 220, 231
 Mitterand, Francois 128, 332
 Mjasnikow, Gabriel 77
 Mobutu, Joseph-Désirée 207
 Modrow, Hans 98, 112, 128 ff
 Möllemann, Jürgen 196
 Molotow, Wjatscheslaw M. 304
 Moltke, Helmuth von 134
 Moses, Bruno 177
 Mossadegh, Mohammed 208
 Mühsam, Erich 78, HO
 Müller, Heinrich 112
 Müller, Philipp 174
 Müntzer, Thomas 318
 Münzberg 163
 Mussolini, Benito 245, 296 f, 299, 307
 Muth 187

 Naggiar 298
 Napoleon 133
 Nasser, Gamal Abd el 71, 206
 Naumann, Konrad 152
 Nemes, Degző 52
 Neubauer, Theodor 329
 Niemöller, Martin 21, 30, 241, 337
 Niermann 343
 Niggemeier, Horst 180
 Nihous 58
 Nietzsche, Friedrich 92
 Nixon, Richard 269
 Nolte, Ernst 32
 Noman, Montagne 301
 Norden, Albert 230
 Noriega 218 f, 276
 North, Oliver 209
 Noske, Gustav 288

 Oelschlägel 152
 Olbing, H. 162
 Ortleb, Rainer 255
 Ortleib, Walther 140, 142
 Orwell, George 43

 Papen, Franz von 33
 Pavelic, Ante 233, 275
 Peill, Werner 31
 Pendergast, Jim 272
 Perten, Hans-Anselm 337
 Peter, Zar von Russland 318
 Peters, Arno 191
 Pferdenges, Robert 20, 324, 337
 Pieck, Wilhelm 16, 71, 141, 176 f, 274,
 321, 330, 337
 Pieroth, Elmar 25
 Pinochet, Augusto Ugarte 242, 257, 270
 Pleitgen, Fritz 58, 260, 267
 Podhorets, Norman 244
 Podkowinski, Maria 105
 Posser, Dieter 164
 Przybylski, P. 87 f
 Pünder, Herrmann 324

 Raab, Jürgen 254
 Radtke, Helga 250
 Rafael, Marta 65
 Rajk 317
 Rathenau, Walter 102
 Rau, Johannes 94
 Reagan, Ronald 25, 209 f, 244, 246, 268 f,
 274, 281 f, 343
 Reich, Jens-Georg 17, 240 f, 255 f
 Reiche, Steffen 180
 Ribbentrop, Rudolf von 295, 303, 304,
 326
 Rockefeller, Nelson 292
 Rodriguez, Felix I. 208 f
 Rohr 149
 Rohwedder, Detlev Karsten 144 f
 Rolland, Romain 205, 289
 Romberg 139
 Rommel, Manfred 278
 Roosevelt, Theodore 204, 268 f, 272 f, 281
 Rosenberg, Ludwig 223
 Rosterg 33
 Rudolf 58, 78
 Ruge, Gerd 58
 Rühle, Volker 121, 179, 181
 Runciman, Walter 308
 Runge 288

 Sahin, Ufuk 39
 Sauerbruch, Ernst-Ferdinand
 Sawimbi, Jonas 270
 Sayer 297
 Schabowski, Günter 89, 133
 Schacht, Hjalmar von 33, 67
 Schadow, Joh. Gottfried 133333
 Schalck-Goldkowsky, Alexander 53,
 219 ff, 256
 Schamhorst, Gerhard von 102
 Schäuble, Wolfgang 37, 97, 138 f, 143 f,
 221, 237, 331, 343
 Scheel, Walter 55, 88
 Schelle, Dietmar 180
 Schenk, Fritz 212 f
 Schewardnadse, Eduard 98, 214, 313, 343
 Schiller, Friedrich 94, 127, 323
 Schily, Otto 173, 196, 337
 Schlappner, Klaus 254
 Schmans, Wilhelm 180
 Schmid, Carlo 263
 Schmidt, Helmut 88, 121, 196, 256, 266
 Schmidt, Michael 58, 230
 Schmidt-Holtz, Joachim 282
 Schneider 165
 Schneider, Helmut 68
 Schneider, Rolf 120
 Schneller, Ernst 329
 Schnitzler, Georg von 31, 34
 Schnitzler, Eduard von 29
 Schnitzler, Richard von 34
 Scholl, Sophie und Hans 22
 Schönfelder 251
 Schönherr 235
 Schönhuber, Franz 39 f, 248
 Schorlemmer, Friedrich 173, 255 f, 258 ff
 Schörner 185
 Schröder, Kurt Freiherr von 31 ff, 292
 Schüller, Heidi 63 f
 Schulz, Helmut H. 173

Schulze 18
 Schumacher, Martin 185
 Schumacher, Ernst 19
 Schumacher, Kurt 31, 179, 243
 Schumann, Georg 330
 Schutt, Josef 180
 Schwarze, Hans Werner 235
 Schwarzkopf, Norman 278 f, 84 f
 Seghers, Anna 66
 Seidel 198
 Seiters, Rudolf 98, 138 f, 237, 343
 Shukow 135
 Siebert 177
 Simon, John 299
 Simon 251
 Simpson, Wallis 293
 Sinclair, Archibald 299
 Sinclair, Upton 274
 Sindermann, Horst 194
 Slansky, Rudolf 317
 Sokolowski 20
 Somoza, Anastasio 273, 281
 Späth, Lothar 86
 Springer, Axel 58, 267, 329
 Sprinsein, Thomas 252
 Stahl, Alexander von 206, 222, 229, 238
 Stalin, Joseph 111, 124, 183, 230 f, 243, 256,
 287, 292, 297, 304 ff, 312, 315, 318, 322
 Stauffenberg, Claus Graf von 310 f, 329
 Steeds 298
 Stein, Heinrich von 34
 Steinbach, Manfred 252
 Steinbeck, John 273
 Steinbrinck, Otto 33
 Stock, Josef 181
 Stöcker, Walter 329
 Stöckigt 173
 Stoiber, Edmund 179 f
 Stolberg-Wernigerode, Fürst von 336
 Stolpe, Manfred 175 f
 Stoltenberg, Gerhard 102, 215, 236
 Storm, Michael 69
 Strang, William 298
 Strauch, Theodor 160
 Strauss, Franz Josef 79, 82, 84, 157, 218 f,
 332
 Strauss, Franz-Georg 221
 Strauss, Max 221
 Strelecki, R. 52
 Stresemann, Gustav, 102
 Strippel 163
 Süßmuth, Rita 59, 183, 196
 Swerdlow, Jacob M. 183

 Tandler, Gerold 221
 Teltschik, Horst 98, 102
 Thälmann, Ernst 22, 30 f, 39 f, 44, 174, 247,
 288, 329
 Thatcher, Margaret 105
 Thedieck 223
 Thiele 252
 Thierse, Wolfgang 256, 258
 Thorndike, Andrew 70
 Thyssen, Fritz 291
 Tilgner, Wolfgang 57

 Tito, Josip Broz 232 f
 Toller, Ernst 78
 Töpfer, Klaus 23, 195
 Trotzki, Leo 286
 Truman, Harry S. 260, 272, 308
 Tuchatschewski, Michail Nikolaiwitsch
 307
 Tulpanow, Oberst 316
 Tupolew, Andrej Nikolajewitsch 183

 Uhse, Bodo 66
 Ulbricht, Walter 71 f, 112, 138, 142, 260,
 317
 Ullah, Aman 135
 Urban, Günter 190

 Vilmar 160
 Virchow, Rudolf 158
 Vogel, Jochen 194, 196
 Vögler, Albert 33
 Volensky, Michail 314
 Vollmer, Antje 173
 Voss 288

 Waalkes, Otto 122
 Wagner 147
 Waigel, Theo 29, 39, 59, 130 f, 144 f, 331 f
 Waldheim, Kurt 217
 Walter, Hans-Joachim 98
 Wayne, John 131
 Wehner, Herbert 82, 213
 Weinberger, Caspar 209
 Weinhold 49
 Weisenborn, Günther 11, 188
 Weismann, John 208
 Weiss, Peter 30
 Weizsäcker, Ernst von 55, 310
 Weizsäcker, Richard von 55 f, 325, 327
 Weis, Otto 247
 Wenzel, Hugo 176
 Wessel, Horst 173, 257, 327
 Wettberg, Karsten 253
 Wiesner 152
 Wilhelm II. 132
 Willms, Dorothee 59
 Wilms, Eva 251
 Winthorp, John 268
 Witt, Katharina 250
 Witzleben, Erwin von 310
 Wöckel, Bärbel 250
 Wohlfahrt 301
 Wolf, Markus 69, 206, 218, 256
 Wolf, Ulrike 238
 Wolfe, Thomas 273
 Wörner, Manfred 218, 333
 Woroschilow, Klimint 183, 300, 303
 Woytila, Papst Johannes Paul II. 167
 Wulf, Helmut 160

 Zahn, Peter von 21
 Zetkin, Clara 329 f
 Zimmermann 70
 Zimmermann, Christian 161
 Zitzewitz 223
 Zwerenz, Gerhard 256

INHALT

Vorbemerkung 7

I. Teil (15.1. bis 18.3.1990)

Die Festveranstaltung 11 / Völkerwanderung 13 / Endstimmung? 16 / Vor der Einheit war die Spaltung 19 / Verunsicherungen 22 / Umweltverschmutzung (Frühjahr 1990) 23 / Ängste 26 / Warum ich Sozialist wurde 29 / Meine Sippschaft 31 / Gegebenheiten der Zeit. Oder was? 35 / Republikaner 39 / Meine Blindheit 40 / Feindbild 45 / Die Mauer 46 / Neue Gebrauchsanweisung für den Kalten Krieg 49 / Der Schwarze Kanal 54 / Selbstkritik 60 / SAT 1 – Skandal 63 / Dreckschleudern 64 / Warum ich in den Osten ging 67 / Publizistik 69 / Du und mancher Kamerad 70 / «Der geteilte Michel» 72 / Widerworte sind kein Widerstand 75 / Lenin und die Pressefreiheit 77 / Deutschland – einig Femsehland 78 / Wir sind doch alle Deutsche 80 / Die Sache mit den zwei Nationen 84 / Zustandsbeschreibung Februar 1990 / Der Sekretär 89 / Die Würde des Menschen ist unantastbar 90 / Soziale Marktwirtschaft 91 / Katzenjammer 92 / Die sanfte, leise, gewaltfreie Revolution 95 / Deutschland – einig Unverstand 96 / Die Wohltäter 98 / Der Friede im Osten 102 / Das gemeinsame europäische Haus 106 / Das geeinte Deutschland 107 / Gegen die Grundübel unserer Epoche 110 / Wahlen 112 / Die Zukunft des Sozialismus 114 / Bin ich ein Grossbürger? 118 / Stundenbuch am 18. März 1990 119

II. Teil (23.8. bis 3.10.1991)

Was tun? 124 / Turmbau zu Babel oder: Was will das werden? 127 / Retten, was zu retten ist 128 / Fehlversuche in Sachen Demokratie 128 / II. Wahl 130 / Friedensgöttin hin – Siegesgöttin her 132 / Krupp und Krause 136 / Warum die plötzliche Eile? 140 / Mitgift verschmäht. Oder was? 141 / Treuhand. Oder was? 144 / Zum Beispiel 146 / Neuland unterm Fluch 148 / Die Republik und ihr Palast 150 / Die ersten Leidtragenden 153 / Vision

rückwärts 155 / Charité 158 / Was jetzt Recht sein soll 163 / Die Frau ist frei geboren 166 / Kultur: Keine Pflichtaufgabe? 170 / Bilderstürmer 174 / Anti-Antifaschismus 177 / Wort- und Totschlag 179 / Drushba – Freundschaft 183 / Reichstag. Oder was? 185 / Lagerleben 186 / Undank ist der Welt Lohn 189 / Was kostet die Einheit? 191 / Das Privilegien-Syndrom 194 / Treibjagd 197 / Das 40-Jahre-Syndrom 200 / Freiheit – ein leerer Wahn? 202 / Das Stasi-Syndrom oder: Das Zweitälteste Gewerbe der Welt 206 / Mysterium für Staatssicherheit 211 / Das Schalck-Syndrom 218 / Und noch einmal die Mauer oder: Der Tag X 222 / Mauer und Wahrheit 224 / Busen, Blut und rote Socken 229 / «Serbien muss sterbien» 232 / Zerrspiegel 234 / Für ein Linsengericht 239 / Rot gleich braun. Oder was? 243 / Höher – weiter – schneller! Oder was? 248 / Mit Hass und aus Rache: zum Tribunal! 255 / Befindlichkeiten 261 / Notbau oder festes Haus 263 / «Staatlich gelenkt». Oder was? 264 / Über die Amis und über uns 266 / Beispiel: Die Entdeckung Amerikas 268 / Beispiel: Amerikas Präsidenten 269 / Massstab Amerika 271 / Schlesien, Serbien und der Golf 275 / «Freie Berichterstattung» vom Golf 279 / Von «unserem Hundesohn» zum «Monster» 280 / Oktoberrevolution 286 / Über die Russen und über uns 287 / Der Weg in den Vaterländischen Krieg 289 / So war alles in Gang gebracht 293 / «Nichteinmischung» und Geduld 297 / In 18 Tagen nach Moskau 298 / Der Pakt 302 / Geheimprotokolle 306 / Die Alliierten 307 / Antihitlerkoalition in Aktion 312 / Der widersprüchliche Weg zur Befreiung 313 / Offene Fragen 314 / Von der Sowjetunion lernen 315 / Der heisse Krieg wird zum kalten 320 / Zeitgeist 323 / Bonn, Berlin? Oder was? 328 / Bonns erster Schritt nach Europa 331 / Worte zum Sonntag oder wann immer Zeit ist zum Nachdenken und Streiten 334 / Ein sinnerfülltes Leben. Oder was? 336 / Drum 343 Namensregister 345

ANDERE TITEL UNSERES PROGRAMMS

Christian Geissler

Prozess im Bruch

Schreibarbeiten • Broschiert

Wiglaf Droste

Mein Kampf, dein Kampf

Polemiken • Broschiert

Helene Manos

Gewidmet den Mädchen

Streitschrift gegen Armut, Gewalt, Sexismus

Franz Jung

Der Weg nach unten / Autobiographie

Sonderausgabe • Broschiert

Victor Serge

Erinnerungen eines Revolutionärs

Autobiographie * Gebunden

Sean McGuffin

Der Hund / Eine Verschwörung

IRA-Thriller • Broschiert

Franz Jung

Nach Russland! Schriften

zur russischen Revolution * Gebunden

DIE AKTION

Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst
Ein Kampf blatt gegen Kopflauheit und
zeitgeistige Entropie

Edition Nautilus